





Protokoll

der Verhandlungen des

Parteitages

der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich

Abgehalten in Wien vom 31. Oktober bis zum 4. November 1913

Samt Anhang:

Protokoll der fünften sozialdemokratischen Frauenreichskonferenz

Preis: Kronen 1·20

Wien 1913

Verlag der Wiener Volksbuchhandlung
Ignaz Brand & Co., Wien, VI. Bezirk

Protokolle der Parteitage

Verhandlungen des Parteitages der österreichischen Sozialdemokratie in Hainfeld. Abgehalten vom 30. Dezember 1888 bis 1. Jänner 1889. 112 Seiten. (Vergriffen.)

— des österreichischen sozialdemokratischen Parteitages zu Wien. Abgehalten vom 28. bis 30. Juni 1891. 184 Seiten. 50 H.

— des österreichischen sozialdemokratischen Parteitages zu Wien. Abgehalten vom 5. bis 9. Juni 1892. 172 Seiten. 50 H.

— des österreichischen sozialdemokratischen Parteitages zu Wien. Abgehalten vom 25. bis 31. März 1894. 200 Seiten. 50 H.

— des österreichischen sozialdemokratischen Parteitages zu Prag. Abgehalten vom 5. bis 11. April 1896. 186 Seiten. 50 H.

— des österreichischen sozialdemokratischen Parteitages zu Wien. Abgehalten vom 6. bis 12. Juni 1897. 224 Seiten. 50 H.

— des Parteitages der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich zu Linz. Abgehalten vom 29. Mai bis 1. Juni 1898. 168 Seiten. 50 H.

— des Gesamtparteitages der Sozialdemokratie in Oesterreich zu Brünn. Abgehalten vom 24. bis 29. September 1899. 144 Seiten. (Vergriffen.)

— des Parteitages der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich zu Graz. Abgehalten vom 2. bis 6. September 1900. 174 Seiten. 50 H.

— des Gesamtparteitages zu Wien 1901. 204 Seiten. 50 H.

— des Parteitages der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich zu Aussig. Abgehalten vom 15. bis 18. August 1902. 140 Seiten. 50 H.

— des Gesamtparteitages zu Wien. Abgehalten vom 9. bis 13. November 1903. 238 Seiten. 50 H.

— des Parteitages der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich. Abgehalten vom 26. bis 29. September 1904 in Salzburg 184 Seiten. 50 H.

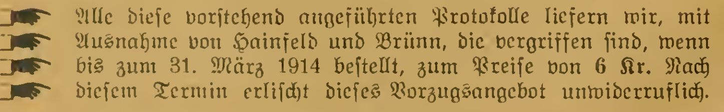
— des Gesamtparteitages zu Wien. Abgehalten vom 29. Oktober bis 2. November 1905. 143 Seiten. 50 H.

— des Parteitages der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich. Abgehalten vom 30. September bis 4. Oktober 1907. 240 Seiten. 50 H.

— des Parteitages der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich. Abgehalten in Reichenberg vom 19. bis 24. September 1909. Nebst einem Anhangprotokoll der ersten Konferenz sozialdemokratischer Gemeindevertreter. Wien 1909. 312 Seiten. Geheftet 80 H.

— des Parteitages der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich. Abgehalten in Innsbruck vom 29. Oktober bis 2. November 1911. Nebst einem Anhangprotokoll der Vierten sozialdemokratischen Frauenreichskonferenz. Wien 1911. 384 Seiten. Geheftet Kr. 1·20

— des Parteitages der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich. Abgehalten in Wien vom 31. Oktober bis 4. November 1912. Wien 1912. 268 Seiten. Kr. 1·20




Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co.

Wien VI 1, Gumpendorferstraße Nr. 18.

Protokoll

der

Verhandlungen des Parteitages

der

Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich

Samt Anhang: Protokoll der Fünften Sozialdemokratischen Frauenreichskonferenz

Abgehalten in Wien vom 31. Oktober bis zum 4. November 1913

Wien 1913

Im Verlage der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co., VI. Bezirk, Gumpendorferstraße 18 • Druck: „Vorwärts“, Wien V

Tagesordnung.

1. Konstituierung des Parteitages:
   a) Wahl des Präsidiums;
   b) Festsetzung der Geschäftsordnung und der Tagesordnung;
   c) Wahl einer Mandatprüfungskommission.
2. Berichte:
   a) des Parteivorstandes (Innere Parteitätigkeit, Berichterstatter: Ferdinand Skaret; Kassenbericht, Berichterstatter: Wilhelm Ellenbogen);
   b) der Kontrolle;
3. Bericht des Klubs der Abgeordneten, Berichterstatter: Karl Seitz.
4. Die Auswärtige Politik und die Militärforderungen. Berichterstatter: Karl Leuthner.
5. Die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit. Berichterstatter: Otto Bauer.
6. Der Stillstand der sozialpolitischen Gesetzgebung. Berichterstatter: Matthias Eldersch.
7. Der Internationale Sozialisten- und Gewerkschaftskongreß in Wien. Berichterstatter: Viktor Adler.
8. Die Reaktion in Justizpraxis und Justizgesetzgebung (Strafgesetz- und Preßgesetzreform). Berichterstatter: Friedrich Austerlitz.
9. Wahl der Parteivertretung.
10. Eventuelles.

Einberufer des Parteitages.

Viktor Adler, Heinrich Beer, Wilhelm Ellenbogen, Engelbert Pernerstorfer, Adelheid Popp, Jakob Reumann, Anton Schrammel, Karl Seitz, Ferdinand Skaret, Josef Tomschik und Laurenz Widholz aus Wien, Ludwig Czech (Brünn), Martin Dimnig (Klagenfurt), Josef Gruber (Linz), Hans Jokl (Troppau), Robert Preußler (Salzburg), Hans Resel (Graz), Anton Schäfer (Reichenberg) und Josef Seliger (Teplitz).

Bureau des Parteitages.

Vorsitzende:

Anton David, Engelbert Pernerstorfer, Josef Tomschik aus Wien.

Schriftführer:

Karl Cermak (Teplitz), Albert Hummel (Wien), Julie Klapatsch (Brünn) Martin Rapoldi (Innsbruck).

Mandatprüfungskommission:

Josef Breitenfelder (Salzburg), Heinrich Kohn (Brünn), Hermann Leibfried (Dornbirn), August Neutzler (Klagenfurt), Josef Pfeifer (Reichenberg), Adolf Topf (Marburg), Martin Rapoldi (Innsbruck), Paul Richter (Wien), Stephan Tietz (Bielitz), Josef Stock (Linz), Franz Zeplichal (Czernowitz)

Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.

(Beschlossen am Parteitag zu Wien 1901.)

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich erstrebt für das gesamte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, der politischen Unterdrückung und der geistigen Verkümmerung. Die Ursache dieser unwürdigen Zustände liegt nicht in den einzelnen politischen Einrichtungen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Tatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzer monopolisiert sind. Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, gerät dadurch in die drückendste Abhängigkeit von den Besitzern der Arbeitsmittel mit Einschluß des Bodens, der Großgrundbesitzerklasse und der Kapitalistenklasse, deren politische und ökonomische Herrschaft im heutigen Klassenstaat ihren Ausdruck findet.

Der technische Fortschritt, die wachsende Konzentration der Produktion und des Besitzes, die Vereinigung aller ökonomischen Macht in den Händen der Kapitalisten und Kapitalistengruppen hat die Wirkung, immer größere Kreise früher selbständiger kleiner gewerblicher Unternehmer und Kleinbauern ihrer Produktionsmittel zu enteignen und sie als Lohnarbeiter, Angestellte oder als Schuldknechte direkt oder indirekt in die Abhängigkeit von den Kapitalisten zu bringen. Es wächst die Masse der Proletarier, es steigt aber auch der Grad ihrer Ausbeutung, und dadurch tritt die Lebenshaltung immer breiterer Schichten des arbeitenden Volkes immer mehr in Gegensatz zu der rasch steigenden Produktivkraft seiner eigenen Arbeit und zu dem Anschwellen des von ihm selbst geschaffenen Reichtums. Die der Planlosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise entspringenden Krisen mit ihrem Gefolge von Arbeitslosigkeit und Elend beschleunigen und verschärfen diese Entwicklung.

Je mehr aber die Entwicklung des Kapitalismus das Proletariat anschwellen macht, desto mehr wird es gezwungen und befähigt, den Kampf gegen ihn aufzunehmen. Immer mehr macht die Verdrängung der Einzelproduktion auch den Einzelbesitz überflüssig und schädlich, während zugleich für neue Formen genossenschaftlicher Produktion auf Grund gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln die notwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden. Zugleich kommt das Proletariat zum Bewußtsein, daß es diese Entwicklung fördern und beschleunigen muß und daß der Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesamtheit des Volkes das Ziel, die Eroberung der politischen Macht das Mittel seines Kampfes für die Befreiung der Arbeiterklasse sein muß. Nur das zum Klassenbewußtsein erwachte und zum Klassenkampf organisierte Proletariat kann der Träger dieser notwendigen Entwicklung sein. Das Proletariat zu organisieren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist das eigentliche Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich, zu dessen Durchsetzung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich wird in allen politischen und ökonomischen Fragen jederzeit das Klasseninteresse des Proletariats vertreten und aller Verdunkelung und Verhüllung der Klassengegensätze sowie der Ausnützung der Arbeiter zugunsten von bürgerlichen Parteien energisch entgegenwirken.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich ist eine internationale Partei: sie verurteilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt und des Geschlechtes, des Besitzes und der Abstammung und erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß wie die Ausbeutung selbst. Sie verurteilt und bekämpft alle Einschränkungen der Freiheit der Meinungsäußerung sowie jede Bevormundung durch Staat und Kirche. Sie erstrebt gesetzlichen Schutz der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen und sie kämpft dafür, dem Proletariat auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens möglichst großen Einfluß zu verschaffen.

Von diesen Grundsätzen ausgehend, fordert die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich zunächst:

1. Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht in Staat, Land und Gemeinde für alle Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes vom 20. Lebensjahr an; Proportionalwahlsystem; Vornahme der Wahlen an einem gesetzlichen Ruhetag; dreijährige Gesetzgebungsperioden; Diätenbezug für die Gewählten.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittels des Vorschlags- und Verwerfungsrechtes; Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Staat, Land und Gemeinde.

3. Abschaffung aller Gesetze, die das Recht auf freie Meinungsäußerung einschränken; insbesondere Erfüllung voller Preßfreiheit durch Aufhebung des objektiven Verfahrens und der Einschränkung der Kolportage von Druckschriften; Aufhebung aller Gesetze, die das Vereins- und Versammlungsrecht einschränken.

4. Aufhebung aller Einschränkungen der Freizügigkeit, insbesondere aller Vagabunden- und Schubgesetze.

5. Schaffung und Durchführung eines Gesetzes, das Beamte, die die politischen Rechte von einzelnen oder Vereinen beeinträchtigen, einer strengen Bestrafung zuführt.

6. Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte; Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes; Entschädigung unschuldig Verhafteter und Verurteilter; Wahl der Geschwornen auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes; Unterstellung aller Staatsangehörigen unter die ordentlichen Gesetze und Gerichte; Abschaffung der Todesstrafe.

7. Staatliche und kommunale Organisation des Sanitätsdienstes; unentgeltliche Beistellung der ärztlichen Hilfeleistung und der Heilmittel.

8. Erklärung der Religion als Privatsache; Trennung der Kirche vom Staate und Erklärung der kirchlichen und religiösen Gemeinschaften als private Vereinigungen, die ihre Angelegenheiten ganz selbständig ordnen; obligatorische Zivilehe.

9. Obligatorische, unentgeltliche und weltliche Schule, die den Bedürfnissen und der Entwicklung der einzelnen Völker vollkommen entspricht; Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und der Verpflegung in den Volksschulen für alle Kinder sowie für jene Schüler höherer Lehranstalten, die zu weiterer Ausbildung befähigt sind.

10. Ersetzung aller indirekten Steuern und Abgaben durch stufenweise steigende Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern.

11. Ersatz des stehenden Heeres durch die Volkswehr; Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit; allgemeine Volksbewaffnung; Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung.

12. Beseitigung aller Gesetze, wodurch die Frau gegenüber dem Manne öffentlichrechtlich oder privatrechtlich in Nachteil gesetzt wird.

13. Befreiung der Wirtschaftsgenossenschaften der Arbeiter von allen ihre Tätigkeit hemmenden Lasten und Schranken.

Als Minimum an Arbeiterschutz fordert die österreichische Sozialdemokratie zunächst:

1. Volle Koalitionsfreiheit, gesetzliche Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation, gesetzliche Gleichstellung der Landarbeiter durch Aufhebung der Dienstbotenordnungen.

2. Achtstündigen Maximalarbeitstag ohne Klauseln und ohne Ausnahmen.

3. Verbot der Nachtarbeit mit Ausnahme jener Betriebe, deren technische Natur eine Unterbrechung nicht zuläßt; die Nachtarbeit für Frauen und jugendliche Arbeiter ist jedoch ausnahmslos zu verbieten.

4. Volle Sonntagsruhe in der Dauer von mindestens 36 Stunden.

5. Strenge Durchführung des Verbotes der Erwerbsarbeit von Kindern unter 14 Jahren; ausreichende Schutzgesetze für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter.

6. Ausschluß der Frauenarbeit aus den besonders für den weiblichen Organismus schädlichen Betrieben.

Alle diese Bestimmungen haben für Betriebe jeder Art und Stufenleiter (Großindustrie, Transportgewerbe, Handwerk, Handel, Hausindustrie, Land- und Forstwirtschaft) zu gelten.

Ausbau des Gewerbeinspektorats; Vermehrung der Inspektoren, denen exekutive Befugnisse zu geben sind; Mitwirkung der Arbeiterorganisationen an der Kontrolle der Durchführung des Arbeiterschutzes durch die von ihnen gewählten Inspektoren und Inspektorinnen.

Ueber Unternehmer, die das Arbeiterschutzgesetz übertreten, sind strenge Strafen zu verhängen, die nicht in Geldstrafen umgewandelt werden dürfen.

Die Arbeiterversicherung ist einer durchgreifenden Reform zu unterziehen, durch Einführung einer allgemeinen Alters- und Invalidenversicherung sowie Witwen- und Waisenversorgung zu ergänzen und unter durchgängiger Selbstverwaltung der Versicherten einheitlich zu organisieren.

Nationalitätenprogramm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.

(Beschlossen am Brünner Gesamtparteitag 1899.)

Da die nationalen Wirren in Oesterreich jeden politischen Fortschritt und jede kulturelle Entwicklung der Völker lähmen, da diese Wirren in erster Linie auf die politische Rückständigkeit unserer öffentlichen Einrichtungen zurückzuführen sind und da insbesondere die Fortführung des nationalen Streites eines jener Mittel ist, durch die die herrschenden Klassen sich ihre Herrschaft sichern und die wirklichen Volksinteressen an jeder kräftigen Aeußerung hindern,

erklärt der Parteitag:

Die endliche Regelung der Nationalitäten- und Sprachenfrage in Oesterreich im Sinne des gleichen Rechtes und der Gleichberechtigung und Vernunft ist vor allem eine kulturelle Forderung, daher im Lebensinteresse des Proletariats gelegen;

sie ist nur möglich in einem wahrhaft demokratischen Gemeinwesen, das auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht gegründet ist, in dem alle feudalen Privilegien im Staate und in den Ländern beseitigt sind, denn erst in einem solchen Gemeinwesen können die arbeitenden Klassen, die in Wahrheit die den Staat und die Gesellschaft erhaltenden Elemente sind, zu Worte kommen:

die Pflege und Entwicklung der nationalen Eigenart aller Völker in Oesterreich ist nur möglich auf Grundlage des gleichen Rechtes und unter Vermeidung jeder Unterdrückung, daher muß vor allem anderen jeder bureaukratisch-staatliche Zentralismus ebenso wie die feudalen Privilegien der Länder bekämpft werden.

Unter diesen Voraussetzungen, aber auch nur unter diesen, wird es möglich sein, in Oesterreich an Stelle des nationalen Haders nationale Ordnung zu setzen, und zwar unter Anerkennung folgender leitender Grundsätze:

1. Oesterreich ist umzubilden in einen demokratischen Nationalitätenbundesstaat.

2. An Stelle der historischen Kronländer werden national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper gebildet, deren Gesetzgebung und Verwaltung durch Nationalkammern, gewählt auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, besorgt wird.

3. Sämtliche Selbstverwaltungsgebiete einer und derselben Nation bilden zusammen einen national einheitlichen Verband, der seine nationalen Angelegenheiten völlig autonom besorgt.

4. Das Recht der nationalen Minderheiten wird durch ein eigenes, vom Reichsparlament zu beschließendes Gesetz gewahrt.

5. Wir erkennen kein nationales Vorrecht an, verwerfen daher die Forderung einer Staatssprache; wie weit eine Vermittlungssprache möglich ist, wird das Reichsparlament bestimmen.

Der Parteitag, als das Organ der internationalen Sozialdemokratie in Oesterreich, spricht die Ueberzeugung aus, daß auf Grundlage dieser leitenden Sätze eine Verständigung der Völker möglich ist;

er erklärt feierlich, daß er das Recht jeder Nationalität auf nationale Existenz und nationale Entwicklung anerkennt;

daß aber die Völker jeden Fortschritt ihrer Kultur nur in enger Solidarität miteinander, nicht im kleinlichen Streit gegeneinander erringen können, daß insbesondere die Arbeiterklasse aller Zungen im Interesse jeder einzelnen Nation wie im Interesse der Gesamtheit an der internationalen Kampfgenossenschaft und Verbrüderung festhält und ihren politischen und gewerkschaftlichen Kampf in einheitlicher Geschlossenheit führen muß.

Organisationsstatut der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.

(Beschlossen auf dem Parteitag zu Wien 1912.)

Parteimitgliedschaft.

§ 1. Als Parteimitglied wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen der Parteiprogramms bekennt und Mitglied der Parteiorganisation ihres Wohnortes ist.

§ 2. Der Partei kann nicht angehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder die Interessen der sozialdemokratischen Partei schuldig macht, einer anderen Partei angehört, für eine andere Partei tätig ist oder eine ehrlose Handlung begangen hat.

§ 3. Ueber die Aufnahme entscheidet auf Grund des Vorschlages der Lokalorganisation, in deren Sprengel der Aufnahmswerber wohnt, die Bezirksorganisation, beziehungsweise jene Organisation, die die in diesem Statut sonst für die Bezirksorganisation vorgesehenen Funktionen ausübt.
Jedes Parteimitglied erhält als Legitimation die im ganzen Reiche geltende Parteimitgliedskarte.

§ 4. Jedes Parteimitglied hat die Pflicht, seiner Berufsorganisation anzugehören, so wie die Mitglieder der Berufsorganisationen verpflichtet sind, Mitglieder der Parteiorganisation zu sein.

Parteiorganisation.

§ 5. Die Grundlage der Parteiorganisation ist der politische Verein. Für Parteiangehörige, welche aus wichtigen Gründen nicht Mitglieder des politischen Vereines sein können, sind die Zugehörigkeit und die Beitragsleistung zur Parteiorganisation überall nach gleichen Grundsätzen zu regeln.

§ 6. Die Parteiorganisation gliedert sich in Lokal-, Bezirks-, eventuell auch Kreis- und in Landesorganisationen.
Die Frauenorganisation ist ein Teil der Gesamtorganisation der Partei und gliedert sich in derselben Weise (§§ 22 bis 25 des Statuts).

a) Lokalorganisation.

§ 7. Die Lokalorganisation ist die Zusammenfassung aller in einem Orte wohnenden Parteimitglieder.
Innerhalb der Lokalorganisation ist die Straßen- und Häuserorganisation durchzuführen.

b) Bezirksorganisation.

§ 8. Die Lokalorganisationen werden zu Bezirksorganisationen zusammengefaßt.

Die Bezirksorganisation muß unter allen Umständen ein geschlossenes Gebiet umfassen, das entweder durch den Reichsratswahlbezirk oder durch ein territorial besser geeignetes Agitations- und Organisationsgebiet gebildet wird.

Die Bestimmung der Gebietsgrenzen der Bezirksorganisationen obliegt den Landes-, eventuell Kreiskonferenzen.

In Wien bildet jeder Gemeindebezirk eine Bezirksorganisation.

c) Landesorganisation.

§ 9. Alle Bezirksorganisationen eines Kronlandes unterstehen der Landesorganisation, der die Führung der Parteigeschäfte nach dem eigenen Organisationsstatut obliegt.

d) Kreisorganisation.

§ 10. Wo die Notwendigkeit vorliegt, können innerhalb der Landesorganisation einzelne Bezirksorganisationen zu Kreisorganisationen vereinigt werden. Ihre Abgrenzung bestimmt die Landeskonferenz.

§ 11. Die Statuten der unter a) bis d) angeführten Organisationen dürfen dem Statut der Gesamtpartei und denen der übergeordneten Organisationen nicht widersprechen. Sie sind der übergeordneten Organisation bekanntzugeben. Findet diese derartige Widersprüche, so entscheidet die nächst übergeordnete Organisation, beziehungsweise der Parteitag.

Parteibeitrag.

§ 12. Zur Deckung der Ausgaben der Parteiorganisation wird ein Parteibeitrag gemeinsam für alle Parteiinstanzen eingehoben.

§ 13. Die Festsetzung der Höhe des Parteibeitrages und dessen Aufteilung auf die Reichs-, Landes-, Kreis-, Bezirks- und Lokalorganisationen erfolgt durch die Beschlüsse des Parteitages sowie der Landes-, eventuell Kreis- und der Bezirkskonferenz*).

§ 14. Der monatliche Mindestbeitrag darf für jedes Mitglied nicht weniger als 20 Heller betragen.

§ 15. Den Parteibeitrag für weibliche Parteimitglieder setzt die Frauenreichskonferenz fest.

§ 16. Von den Beiträgen der weiblichen Mitglieder sind zwei Heller für den Monat und das Mitglied von der Reichsparteivertretung dem Frauenreichskomitee zuzuweisen.

§ 17. Die Leistung der Parteibeiträge ist auf der Mitgliedskarte (§ 3) mittels einheitlicher Marke zu quittieren. Die Mitgliedskarten und Marken werden von der Reichsparteivertretung an die Landesorganisationen und von diesen an die ihnen unterstehenden Organisationen abgegeben.

§ 18. Die Einhebung des Parteibeitrages geschieht in der Weise, daß die Quittungsmarke vom Reichsparteivorstand gegen Erlag des Reichsparteibeitrages (§ 13) an die Landesorganisation abgegeben wird. Von dieser gelangt sie ebenso stufenweise an die nachgeordneten Organisationen gegen Erlag eines um den jeweiligen Mitgliedsbeitrag dieser Organisationen erhöhten Betrages.

---

*) Der an die Reichsparteivertretung abzuliefernde Teil des Parteibeitrages beträgt derzeit 3 H. für den Monat und das Mitglied. Für die beruflich organisierten Genossen bleibt der Beschluß des Linzer Parteitages — Parteibeitrag von 2 H. als für das Mitglied und den Monat — so lange aufrecht, als sie ihre Mitgliedschaft bei der politischen Organisation mittels der Parteimitgliedskarte ausweisen können. (Beschluß des Parteitages von Reichenberg, 1909.)

Wahlfonds.

§ 19. Für den getrennt zu verwaltenden Wahlfonds sind obligatorisch Beiträge in der vom Parteitag zu bestimmenden Art und Höhe einzuheben*).

Die Einhebung der Wahlfondsbeiträge erfolgt gleichzeitig mit dem Parteibeitrag und wird mit der Wochen- oder Monatsmarke quittiert.

Vertrauenspersonen.

§ 20. Die Mitglieder der Lokalorganisation wählen alljährlich in einer Parteimitgliederversammlung den Lokalvertrauensmann, beziehungsweise den Lokalausschuß. Die Delegierten zu den Bezirks-, Kreis- und Landeskonferenzen wählen den Bezirks- und Kreisausschuß und die Landesparteivertretung. Die Anzahl der Mitglieder des Lokal-, des Bezirks- und des Kreisausschusses wie auch der Landesparteivertretung wird durch das Statut der betreffenden Organisation bestimmt. Der Obmann gilt als der Vertrauensmann der Organisation. Jede Neuwahl eines Vertrauensmannes sowie seine Adresse sind dem Reichsparteivorstand sofort mitzuteilen.

Berichte.

§ 21. Das Verwaltungsjahr beginnt für alle Organisationen am 1. Juli und endet mit 30. Juni.

Die Bezirksorganisation ist verpflichtet, bis längstens 20. Juli nach einem Fragebogen an den Parteivorstand über ihre Tätigkeit Bericht zu erstatten. Der Bericht soll mindestens enthalten: die Zahl der Parteimitglieder, die Zahl der Lokalorganisationen, den Bericht über den Ausbau der Organisation (insbesondere ob er auf Grund eines politischen Vereines erfolgte), über die Häuser- und Straßenorganisation, über Art und Umfang der entfalteten Agitation, die Höhe des Mitgliedsbeitrages, die Summe der gesamten Einnahmen und Ausgaben, über etwaige politische oder Gemeindewahlen, politische Verfolgungen und alle sonstigen für die Parteibewegung wichtigen Vorkommnisse.

Ebenso haben alljährlich die Kreisorganisationen und die Landesparteivertretungen bis längstens 20. Juli sowie der Klub der deutschen Reichsratsabgeordneten und die Vertreter der Partei in den Landtagen, Gemeindevertretungen und anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften über ihre Tätigkeit an den Parteivorstand zu berichten.

Frauenorganisation.

§ 22. Die Mitgliedschaft bei einer auf Grund der Beschlüsse der Frauenreichskonferenzen gegründeten Frauenorganisation begründet auch die Zugehörigkeit zur Partei.

Das Organisationsstatut der politischen Frauenorganisation ist den im Parteistatut festgesetzten Bestimmungen anzupassen. Jede Aenderung des Statuts kann nur im Einvernehmen mit der Reichsparteivertretung durch Beschluß der Frauenreichskonferenz vorgenommen werden.

§ 23. Der Frauenorganisation kommt ein selbständiges Vertretungsrecht in den leitenden Körperschaften und auf den Konferenzen der Parteiorganisationen zu.

---

*) Infolge Beschlusses des Innsbrucker Parteitages 1911 werden derzeit eingehoben:

a) von den männlichen Parteimitgliedern der Wiener Organisation 2 H. wöchentlich;

b) von denen aller anderen Organisationen 8 H. monatlich.

Von diesem Beitrag ist die Hälfte an den Wahlfonds der Reichsparteivertretung abzuliefern.

Ueber die andere Hälfte entscheidet die Landesorganisation.

§ 24. In allen Orten, wo es möglich ist, sind von den weiblichen Parteimitgliedern im Einvernehmen mit der Lokalorganisation weibliche Vertrauenspersonen zu wählen, denen die Organisierung des weiblichen Proletariats obliegt. Die Adressen dieser Vertrauenspersonen sind dem Parteisekretariat und dem Frauenreichskomitee mitzuteilen.

§ 25. Das Frauenreichskomitee wird von der Frauenreichskonferenz, die mindestens in jedem zweiten Jahre im Anschluß an den ordentlichen Parteitag stattfindet, nach den von der Frauenreichskonferenz beschlossenen Bestimmungen gewählt.

Bildungswesen.

§ 26. Die Parteiorganisationen sind verpflichtet, für eine systematische sozialistische Erziehungsarbeit Sorge zu tragen. Wo es möglich ist, sollen zur Durchführung dieser Arbeiten im Einvernehmen mit den anderen Organisationen eigene Bildungsausschüsse eingesetzt werden.

Zur Leitung der Bildungsarbeit wird die von der Reichsparteivertretung eingesetzte Zentralstelle für das Bildungswesen in Wien bestimmt, der alljährlich von allen Bezirksorganisationen ein Bericht über ihre Bildungstätigkeit zu erstatten ist.

Die Parteiorganisationen sind insbesondere auch verpflichtet, nach Kräften dafür zu sorgen, daß die schulentlassene Jugend der Arbeiterklasse im Geiste des Sozialismus erzogen und mit Klassenbewußtsein erfüllt werde. Ueberall soll zu diesem Zweck die Gründung eigener Organisationen gefördert werden.

Desgleichen sollen sich die Parteiorganisationen die Einwirkung auf die Erziehung der Arbeiterkinder angelegen sein lassen und alle Bestrebungen auf diesem Gebiet nach Möglichkeit unterstützen.

Parteitag.

§ 27. Der Parteitag ist die oberste Vertretung der Partei. Er wird vom Parteivorstand alljährlich einberufen, mit Ausnahme jener Jahre, in denen ein Gesamtparteitag oder ein Internationaler Kongreß stattfindet.

Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt:

1. Je zwei Delegierte jeder Bezirks-, Kreis- und Landesorganisation, Bezirke und Kreise, in denen sich Frauenorganisationen befinden, haben jedoch das Recht, außer den männlichen Delegierten auch ein weibliches Parteimitglied zu entsenden. Die Wahl der Delegierten wird in den Parteiversammlungen oder Konferenzen, beziehungsweise Plenarsitzungen der wahlberechtigten Organisationen vorgenommen. Das Wahlverfahren wird durch die Statuten der betreffenden Organisation geregelt.
2. Die Mitglieder der Reichsparteivertretung und die Parteisekretäre. (§ 43.)
3. Die Mitglieder des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten.
4. Zwei Delegierte des Frauenreichskomitees und je eine Delegierte des Frauenlandeskomitees.
5. Je ein Delegierter der in den beruflichen Zentralverbänden organisierten Genossen und Genossinnen, der Redaktionen der Partei- und Fachblätter sowie der von sozialdemokratischen Reichskonferenzen oder vom Parteitag eingesetzten Körperschaften.
6. Die vom Parteivorstand berufenen Referenten mit beratender Stimme.

§ 28. Die Mitglieder der Reichsparteivertretung haben in allen die geschäftliche Leitung der Partei, die Mitglieder des Klubs der sozialdemokratischen Abgeordneten in allen die parlamentarische Tätigkeit betreffenden Angelegenheiten nur beratende Stimme.

§ 29. Außerordentliche Parteitage finden auf Beschluß der Reichsparteivertretung oder auf Verlangen von mindestens fünfundzwanzig der zur Delegation berechtigten Parteiorganisationen statt.

§ 30. Hat der vorhergegangene Parteitag über den Ort, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll, keinen Beschluß gefaßt oder kann der Parteitag aus gewichtigen Gründen in dem bestimmten Ort nicht tagen, so hat die Reichsparteivertretung die Bestimmung vorzunehmen.

§ 31. Die Einberufung des Parteitages muß mindestens zwei Monate vorher durch das Zentralorgan und am gleichen Tage durch die übrigen Tagesblätter der Partei mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

§ 32. Der Parteibericht muß von der Reichsparteivertretung spätestens vierzehn Tage vor dem Stattfinden des Parteitages im Zentralorgan der Partei veröffentlicht werden.

§ 33. Selbständige Anträge der Parteimitglieder zum Parteitag sind mindestens drei Wochen vor dem Parteitag dem Parteivorstand schriftlich zu übermitteln. Dieser hat sie sowie seine eigenen Anträge vor dem Stattfinden des Parteitages im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen und dem Parteitag Bericht und Antrag zu erstatten. Selbständige Anträge, die nach Ablauf obiger Frist oder erst auf dem Parteitag selbst gestellt werden, können nur zur Verhandlung gelangen, wenn der Parteitag dies über Verlangen der Antragsteller beschließt. Im anderen Falle sind sie dem Parteivorstand zur Berichterstattung und Antragstellung für den nächsten Parteitag zuzuweisen.

§ 34. Der Parteitag prüft die Mandate seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung. Als ständiger Referent des Parteitages gilt, insoweit nicht für einzelne Verhandlungsgegenstände besondere Berichterstatter bestellt sind, der erste, beziehungsweise einer der anderen Parteisekretäre.

§ 35. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Die Beschlußfassung über folgende, vom Parteivorstand zu erstattende Berichte: Kassen- und Wahlfondsbericht; Bericht über das Zentralorgan und alle anderen von der Reichspartei gegründeten literarischen Unternehmungen sowie über deren Geschäftslage; Bericht über die wirtschaftlichen Unternehmungen der Partei; Bericht über die politische sowie über die organisatorische und agitatorische Tätigkeit des Parteivorstandes und über die parlamentarische Tätigkeit des Klubs der Reichsratsabgeordneten.

2. Entgegennahme des Berichtes der Kontrolle und Beschlußfassung darüber.

3. Bestimmung des Ortes, an dem der Parteivorstand seinen Sitz hat.

4. Die Wahl des Parteivorstandes und der Parteikontrolle.

5. Beschlußfassungen über die Parteiorganisation, deren Statut, über die Partei- und Wahlfondsbeiträge und über alle das Parteileben berührenden Fragen; Aenderungen des Organisationsstatuts können jedoch nur auf einen von der Parteivertretung gestellten oder von einer Organisation bei ihr mindestens sechs Wochen vor dem Parteitag eingebrachten Antrag vorgenommen werden. In jedem Falle sind solche Anträge mindestens vier Wochen vor dem Parteitag im Zentralorgan bekanntzugeben.

Anträge betreffend die Partei- und Wahlfondsbeiträge sind beim Parteivorstand mindestens sechs Monate vor dem Stattfinden des Parteitages einzubringen und müssen ebenso wie die von ihm in dieser Sache gestellten Anträge mindestens fünf Monate vor dem Parteitag im Zentralorgan bekanntgegeben werden.

Von diesen Vorschriften kann nur durch einen Beschluß, der mit Dreiviertelmehrheit der auf dem Parteitag anwesenden Delegierten gefaßt wird, abgegangen werden.

6. Die Anhörung der Berichte über die im Sinne des § 33 gestellten Anträge und Beschlußfassung darüber.

7. Die Bestimmung des Ortes für den nächsten Parteitag.

Der Parteitag faßt seine Beschlüsse mit der absoluten Mehrheit der stimmberechtigten Anwesenden. Die Wahlen des Parteivorstandes und der Kontrolle sind mit Stimmzetteln vorzunehmen. Als gewählt erscheinen diejenigen, deren Stimmenzahl die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmzettel erreicht hat. Haben mehr Personen, als zu wählen wären, die absolute Mehrheit erreicht, so gelten diejenigen als gewählt, die die meisten Stimmen erhalten haben. Insofern die absolute Mehrheit nicht erreicht wird, entscheidet die engere Wahl, wobei diejenigen als gewählt erscheinen, die die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet immer das Los.

Reichsparteivertretung, Vorstand und Kontrolle.

§ 36. Der Parteitag wählt die aus zwanzig Personen bestehende Reichsparteivertretung. Zehn vom Parteitag zu bestimmende Mitglieder der Reichsparteivertretung bilden den Parteivorstand, der die laufenden Geschäfte der Partei zu besorgen hat. Die anderen zehn Mitglieder bilden die Parteikontrolle.

In dem Orte, in dem der Parteivorstand seinen Sitz hat, müssen seine Mitglieder und zwei Mitglieder der Kontrolle wohnhaft sein. Diese durch ihren Wohnort bestimmten zwei Mitglieder der Kontrolle und die zehn Mitglieder des Parteivorstandes einerseits, die anderen acht Mitglieder der Kontrolle anderseits werden mit getrennten Listen gewählt.

a) Der Reichsparteivorstand.

§ 37. Unmittelbar nach seiner Wahl tritt der Parteivorstand zusammen und wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden, drei Stellvertreter und den Kassier.

§ 38. Der Parteivorstand besorgt die Parteigeschäfte und verwaltet die Parteigelder. Er kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane, ernennt selbst oder durch die von ihm hiezu bestellten Organe seine Angestellten und die Angestellten der ihm unterstehenden Unternehmungen, bestimmt deren Bezüge und sonstigen Rechtsverhältnisse und kontrolliert ihre Tätigkeit. Er ist in seiner Gesamtheit dem Parteitag verantwortlich und hat ihm auch über die Durchführung der von vorhergegangenen Parteitagen beschlossenen oder ihm zugewiesenen Anträge zu berichten.

§ 39. Der Vorsitzende des Parteivorstandes, beziehungsweise der von ihm bestimmte Stellvertreter vertritt die Partei nach außen und leitet alle Geschäfte des Parteivorstandes und des Sekretariats. Wichtige, insbesondere verbindliche Schriftstücke sind von ihm und einem der Sekretäre zu unterzeichnen.

b) Die Reichsparteikontrolle.

§ 40. Die Kontrolle wählt sofort nach ihrer Wahl aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden, den Vorsitzendenstellvertreter und einen Schriftführer. Sie besorgt die Kontrolle der gesamten Verwaltung, die dem Parteivorstand gemäß § 38 obliegt. Sie entscheidet über Beschwerden, die von Parteimitgliedern oder Organisationen gegen den Parteivorstand erhoben werden. Gegen die Entscheidung der Parteikontrolle in derartigen Beschwerdeangelegenheiten steht die Berufung an den Parteitag offen, der auch über Beschwerden gegen die Parteikontrolle entscheidet.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden. Die Mitglieder der Kontrolle haben aber jederzeit das Recht, alle Bücher und Schriftstücke zu prüfen. Sie sind berechtigt, an allen Sitzungen des Parteivorstandes teilzunehmen und haben in allen Angelegenheiten, die nicht ihrer Kontrolle unterliegen und in denen sie nicht Beschwerdeinstanz sind, das Stimmrecht.

c) Die Reichsparteivertretung.

§ 41. Die Reichsparteivertretung ist zur Entscheidung aller Fragen von großer politischer oder finanzieller Tragweite vom Vorsitzenden des Parteivorstandes nach Bedarf, mindestens aber vierteljährlich einmal, oder wenn fünf Mitglieder es verlangen, einzuberufen. Die Leitung dieser Sitzungen obliegt dem Vorsitzenden, beziehungsweise Vorsitzendenstellvertreter des Parteivorstandes.

§ 42. Die Reichsparteivertretung trifft die näheren Bestimmungen über ihre Geschäftsführung sowie über die des Parteivorstandes, der Parteikontrolle und der Funktionäre durch eine für ihre Funktionsperiode zu beschließende Geschäftsordnung.

§ 43. Die Reichsparteivertretung bestimmt die Parteisekretäre, den Chefredakteur und den Administrator des Zentralorgans, welche an den Sitzungen des Parteivorstandes und der Reichsparteivertretung mit beratender Stimme teilzunehmen haben.

§ 44. Ueber Beschluß der Reichsparteivertretung können die Vertreter anderer Reichsorganisationen sowie des parlamentarischen Sekretariats an ihren Sitzungen und denen des Parteivorstandes teilnehmen.

Die Mitglieder der Gesamtexekutive können an den Sitzungen der Reichsparteivertretung mit beratender Stimme teilnehmen.

§ 45. Das Ergebnis aller Wahlen sowie die Adresse des Vorsitzenden der Parteikontrolle sind im Zentralorgan der Partei mitzuteilen.

Die Funktionsdauer der Parteivertretung, der Kontrolle und aller Funktionäre beträgt in der Regel ein Jahr, endet aber erst nach erfolgter Konstituierung, beziehungsweise Wahl der Nachfolger.

Reichskonferenz.

§ 46. Die Reichsparteivertretung hat das Recht, in dringenden Fällen die Vertreter der Landesorganisationen zu einer Reichskonferenz einzuberufen.

Zur Teilnahme an dieser Konferenz sind alle diejenigen berechtigt, die an den Sitzungen der Reichsparteivertretung und nach den Statuten der Landesorganisationen an denen der Landesparteivertretungen teilnehmen können.

Parteipresse.

§ 47. Das Zentralorgan der Partei ist die „Arbeiter-Zeitung".

Sie untersteht dem Parteivorstand. Das gleiche gilt von der „Arbeiterinnen-Zeitung", von dem wissenschaftlichen Organ der Partei und von allen durch die Reichspartei gegründeten und von ihr erhaltenen Zeitschriften und literarischen Unternehmungen. Eventuelle Ueberschüsse fließen dem Parteifonds zu.

Die offiziellen Bekanntmachungen der Reichsparteivertretung, des Parteivorstandes und der Parteikontrolle sind in der „Arbeiter-Zeitung" zu veröffentlichen.

Alle Parteiorgane sind zu ihrem Nachdruck verpflichtet.

§ 48. Aufgabe der Parteipresse ist: die Arbeiter aufzuklären und zum Klassenbewußtsein zu erziehen. Sie hat fremde, nicht parteigenössische Einflüsse fernzuhalten.

Parteiblätter können nur mit Zustimmung der Kreis- und Landesorganisationen gegründet werden.

Kandidaturen.

§ 49. Die Aufstellung der Kandidaten erfolgt bei allgemeinen Reichsratswahlen durch die Reichskonferenz, und zwar auf Grund von Vorschlägen, die unter Zuziehung der Landesparteivertretung vom Parteivorstand im Einvernehmen mit der Bezirksorganisation, beziehungsweise einer Vertrauensmännerkonferenz des Wahlbezirkes festgestellt werden. Erfolgt ein solches Einvernehmen nicht, so erstattet jede der beteiligten Körperschaften ihren begründeten Vorschlag in der Reichskonferenz und diese trifft die endgültige Entscheidung. Bei Nachwahlen entscheidet über die Kandidatur, wenn eine Einigung nicht erfolgt, eine Kommission, die aus je drei Vertretern beider Teile besteht und ihren Vorsitzenden wählt. Wenn über dessen Person eine Einigung nicht erfolgt, so bestimmt ihn die Parteikontrolle. Die Entscheidung der Kommission ist endgültig und erfolgt mit Stimmenmehrheit, bei Stimmengleichheit durch den Vorsitzenden.

§ 50. Die Vorschriften betreffend die Aufstellung der Kandidaten für die Landtags-, die Bezirks- und Gemeindevertretungen und alle anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften werden durch die Statuten der Landes- oder der Kreis- und Bezirksorganisationen festgestellt.

Ausschließung aus der Partei.

§ 51. Parteimitglieder, die den Bestimmungen des § 2 dieses Statuts nicht entsprechen, sind aus der Partei auszuschließen.

§ 52. Der Antrag auf Ausschließung eines Parteimitgliedes aus der Partei ist beim Parteivorstand einzubringen. Er kann nur von einer Parteiorganisation, nicht aber von einzelnen Parteiangehörigen gestellt werden. Der Parteivorstand weist ihn einem siebengliedrigen Schiedsgericht zu. Drei der Beisitzer dieses Schiedsgerichts werden von der Organisation ernannt, die den Ausschluß beantragt, drei von dem durch den Ausschlußantrag Betroffenen. Den Vorsitzenden bestimmt der Parteivorstand; er hat im Schiedsgericht bei Stimmengleichheit entscheidende Stimme.

§ 53. Das Schiedsgericht kann erkennen auf Ausschließung aus der Partei überhaupt; Ausschließung aus der Organisation, die den Antrag gestellt hatte; Erteilung einer Rüge oder einer Verwarnung; Aberkennung des Rechtes, bestimmte Funktionen auszuüben, für eine bestimmte Zeit oder für immer.

Gegen diese Entscheidung des Schiedsgerichtes steht dem Betroffenen die Berufung an den Parteitag zu.

§ 54. Unterläßt es das Parteimitglied, dessen Ausschluß verlangt worden ist, innerhalb vier Wochen vom Tag der Verständigung durch den Parteivorstand an Schiedsrichter zu ernennen oder verzichtet es ausdrücklich auf die Einsetzung eines Schiedsgerichtes, oder erhebt es die Berufung gegen die Ausschließungsentscheidung des Schiedsgerichtes nicht innerhalb fünf Wochen, so gilt es ohneweiters als ausgeschlossen.

§ 55. Der Antrag auf Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen kann nur von einem Parteimitglied gestellt werden und ist an den Ausschuß jener Organisation zu richten, von der seinerzeit das Ausschlußverfahren anhängig gemacht worden war. Auf Grund des Gutachtens dieser Organisation sowie derjenigen des letzten Wohnortes des Ausgeschlossenen stellt der Parteivorstand dem Parteitag einen Antrag zur endgültigen Entscheidung.

Die Aufhebung eines Beschlusses auf Ausschließung aus der Organisation oder auf Funktionsentziehung kann nur durch den Parteivorstand und

nach Anhörung derjenigen Organisation geschehen, von der seinerzeit der Antrag gestellt, respektive der Beschluß gefaßt wurde.

Ausschließung aus einer Organisation.

§ 56. Beschließt eine Parteiorganisation die Ausschließung eines Mitgliedes aus ihrem Verband, so ist der Betreffende dadurch nicht auch aus der Partei ausgeschlossen. Es steht ihm überdies die Berufung an die übergeordnete Organisation zu, die den Fall einem endgültig entscheidenden Schiedsgericht zu überweisen hat.

Streichung aus den Mitgliedslisten.

§ 57. Mitglieder, die länger als drei Monate mit den Beiträgen im Rückstand sind, können von ihrer Lokalorganisation aus der Mitgliedsliste gestrichen werden. In Fällen von Arbeitslosigkeit oder Krankheit können die Beiträge im Einvernehmen mit der Bezirksorganisation bis auf sechs Monate gestundet werden.

§ 58. Tritt ein Mitglied, das sich nicht mehr zu den Grundsätzen des Parteiprogramms (§ 1) bekennt, nicht aus eigener Initiative aus der Partei aus, so kann der Parteitag auf Antrag des Parteivorstandes die Organisation seines Wohnortes mit der Streichung seines Namens aus den Mitgliedslisten beauftragen.

Das Schiedsgericht.

§ 59. Zur Schlichtung von Streitigkeiten unter Parteimitgliedern oder Parteiorganisationen sowie zur Entscheidung über ehrenrührige Vorwürfe gegen ein Parteimitglied kann jede Bezirksorganisation auf Verlangen ein Schiedsgericht, beziehungsweise ein Ehrengericht einsetzen, das aus mindestens vier Mitgliedern und einem Vorsitzenden besteht. Die näheren Bestimmungen trifft das Organisationsstatut der Bezirksorganisation.

In besonderen Fällen kann auch der Parteivorstand und ebenso die Landes- oder Kreisparteivertretung die Einsetzung eines solchen Schieds- oder Ehrengerichtes veranlassen.

Gegen die Entscheidungen eines nach den Bestimmungen des § 59 eingesetzten Schieds- oder Ehrengerichtes ist eine Berufung nicht statthaft.

Vorlagen an den Parteitag.

Bericht der Parteivertretung der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich an den Parteitag in Wien 1913.

Ein bedeutungsvolles Jahr ist dahingegangen, ein Jahr schwerer Kämpfe und gewaltiger Kraftaufwendung der österreichischen Arbeiterschaft. Die trostlosen Verhältnisse im Innern des Reiches und die verhängnisvolle auswärtige Politik der Machthaber wirkten gleicherweise zusammen, um das Proletariat vor schwierige Aufgaben zu stellen.

Die inneren Verhältnisse des Reiches sind verworrener denn je. Die ganze Staatsmaschinerie ist ins Stocken geraten. Das Parlament, auf das die Arbeiterschaft so große Hoffnungen gesetzt hatte, erledigt nur mühselig die unumgänglich notwendigen Finanzgeschäfte, während alle gesetzgeberische Reformarbeit völlig zum Stillstand gekommen ist. Am schwersten leidet unter dem Versagen des Parlaments die Arbeiterklasse. Sie sieht, daß das Parlament nicht imstande ist, auch nur die Arbeiten zu leisten, die zur Fristung seiner eigenen Existenz nötig sind, während zugleich die bürgerlichen Parteien, die sonst vollständig verfeindet sind, sich sofort zusammenschließen, wenn es gilt, das Zustandekommen irgendeines Arbeiterschutzgesetzes zu vereiteln. Die Arbeiterschaft sieht mit Ingrimm die beharrliche Verschleppung der Sozialversicherung, jenes Gesetzwerkes, dessen Vollendung für viele Tausende Arbeiter von der allergrößten Bedeutung ist.

Aber nicht allein das Parlament versagt. Es versagen auch die Landtage der glorreichen Königreiche und Länder. In Steiermark und Tirol, in Galizien und Istrien ist der Landtag durch die Obstruktion lahmgelegt. In Böhmen herrscht Absolutismus. Die volksfeindlichen Cliquen, die die Landtage beherrschen, sind außerstande, eine gedeihliche Arbeit zu vollbringen. Da mußte die Arbeiterschaft mit allem Nachdruck ihre Stimme erheben, um sich Gehör zu verschaffen und ihre Rechte kraftvoll geltend zu machen.

Zur Zerfahrenheit im Innern des Reiches gesellten sich die Folgen der geradezu verblendeten Balkanpolitik. In der Zeit der durch sie hervorgerufenen schweren Wirtschaftskrise waren die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Oesterreichs zu wichtigen Entscheidungen über ihre Arbeitsverhältnisse gezwungen. Im Frühjahr des Jahres 1913 waren zahlreiche wichtige Tarifverträge abgelaufen, deren Erneuerung nur mit großen Mühen durchgesetzt werden konnte. Besonders im Baugewerbe und in der Metallindustrie nahmen die Lohnbewegungen einen gewaltigen Umfang an. Den rasch emporgewachsenen Unternehmerorganisationen mußte die Kraft der gewerkschaftlichen Organisation mit Wucht entgegengestemmt werden, um in dieser schweren Zeit die alten Arbeitsbedingungen zu behaupten und, wenn irgendwie möglich, neue Vorteile für die Arbeiter zu erreichen. Daß es schließlich doch gelungen ist, alle bedeutenderen Tarifverträge mit erheblichen Erfolgen zu erneuern, muß als eine der besten Leistungen der österreichischen Arbeiterorganisationen gewürdigt werden.

Die kriegerischen Ereignisse des Jahres 1912 haben das österreichische Proletariat besonders stark in Mitleidenschaft gezogen. Als im Oktober dieses Jahres die Heere der Balkanstaaten gegeneinander aufmarschierten, schien es,

als ob auch Oesterreichs Machthaber die Zeit zu einem Waffengang für gekommen erachteten. Tausende Reservisten wurden einberufen und große Heeresmassen an der Süd- wie an der Nordgrenze des Reiches zusammengezogen. Es kamen Wochen, wo man stündlich darauf gefaßt sein mußte, die Nachricht zu erhalten, daß die Feindseligkeiten begonnen haben.

In dieser bedrohlichen Situation mußte die österreichische Sozialdemokratie ihre Stimme erheben, um sofort und unzweideutig gegen den Krieg zu protestieren. Wohl peitschte die bürgerliche Preßmeute die Oeffentlichkeit in unerhörter Weise auf und suchte gewaltsam eine Kriegsstimmung zu erzeugen. Wohl suchte die Regierung jede Kundgebung gegen den Krieg brutal zu unterdrücken und ließ es auch an Drohungen gegen diejenigen nicht fehlen, die es wagten, ihre Wahnsinnspolitik zu kritisieren. Die Sozialdemokratie ließ sich natürlich trotzdem nicht einschüchtern, sondern brachte ihren Protest gegen den Krieg nachhaltig zum Ausdruck.

Am 14. Oktober erschien ein Manifest der Gesamtexekutive der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich, das von der deutschen, italienischen, polnischen, südslawischen, tschechischen (Zentralisten) und ukrainischen Sozialdemokratie unterzeichnet war. In dem Manifest wird dargelegt, daß der russische Zarismus, der italienische Imperialismus, aber auch Oesterreich-Ungarns Machtgier die Gefahr eines Weltkrieges herbeigeführt haben. Ueber die Schuld Oesterreich-Ungarns an der bedrohlichen Zuspitzung der Situation heißt es dann weiter:

„Dieses Reich, das seine Völker in dem Zeitalter der Teuerung vor der bittersten Not nicht zu schützen vermag; das den verheerenden Bürgerkrieg seiner Nationen nicht beenden kann; das Ungarn mit der brutalen Gewalt der Tisza und Lukacs, Kroatien und Slawonien mit der Diktatur des Cuvaj beherrscht; das in Bosnien und der Herzegowina noch immer nicht das vor vierunddreißig Jahren gegebene Versprechen erfüllt hat, die christlichen Bauern vom türkischen Feudalrecht zu befreien — dieses Reich schickt sich heute an, als hätte es im eigenen Land nicht genug zu tun, am fernen Balkan als Richter und Ordner aufzutreten.

Die Völker Oesterreichs haben nur ein Interesse am Balkan:

Friedlichen Warenaustausch mit den Balkanvölkern!

Unsere Industrie will in Serbien und Bulgarien ihre Ware absetzen. Dafür wollen wir von den serbischen und bulgarischen Bauern Vieh und Getreide kaufen. Daß dieser Warenaustausch seit vielen Jahren erschwert und gestört worden, ist nicht die Schuld der Serben und der Bulgaren. Es ist

die Schuld der Agrarier

in Oesterreich und in Ungarn. Um die Viehpreise in Oesterreich-Ungarn von fremdem Wettbewerb ungestört in die Höhe treiben zu können, haben die reichen Viehzüchter und Viehmäster es durchgesetzt, daß dem serbischen und bulgarischen Vieh unsere Grenzen gesperrt wurden. Kaufen wir von den Agrarstaaten des Balkans kein Vieh, dann sperren sie natürlich den Erzeugnissen unserer Industrie ihre Märkte. Das ist das Hindernis unseres Handels auf dem Balkan! Aber dieses Hindernis zu beseitigen, müssen wir keine Soldaten auf die Grenze schicken. Es fällt, wenn wir die Macht der Agrarier in Oesterreich und in Ungarn brechen, wenn wir ihre Zollmauern abtragen. Nicht Krieg gegen Serbien, sondern Kampf gegen die agrarische Hungerpolitik — das ist die Balkanpolitik, die wir brauchen!"

Nach einer scharfen Kritik jener Bestrebungen, die Oesterreich zu einer Besetzung des Sandschaks drängen wollten, erklärte das Manifest kurz und bündig:

„Um des Sandschaks willen den Arbeiter aus seiner Werkstatt, den Bauern vom Pflug zu reißen, das Blut unserer Brüder und Söhne zu opfern, in Zehntausende Familien Not, Jammer und Verzweiflung zu bringen, unserer Volkswirtschaft die schwersten Wunden zu schlagen, wäre ein beispiel-

loses, ein unverantwortliches, ein unsühnbares Verbrechen!

Oesterreich-Ungarn hat an dem armen, zerstückelten südslawischen Volk schon schwer genug gesündigt. Es weiß die Südslawen, die seiner Herrschaft unterworfen sind, nur mit der militärischen Diktatur zu regieren. Es hat die Bauern Serbiens durch seine großagrarische Wirtschaftspolitik zur Verzweiflung getrieben. Wenn es jetzt auch noch das Blut seiner Söhne vergießen wollte, um die Herrschaft türkischer Feudalherren über serbische Bauern zu beschützen; wenn es den serbischen Bauern, denen es selbst ihre Ware nicht abnimmt, verwehren wollte, sich den Zugang zu anderen Absatzmärkten zu erkämpfen, dann würde es die Südslawen selbst

in die Arme des russischen Zarismus

treiben. Gerade weil wir Todfeinde des Zarismus sind, gerade weil wir in jeder Ausdehnung der Macht des Zaren die größte Gefahr für die europäische Kultur erblicken, fordern wir, daß Oesterreich-Ungarn den südslawischen Nationen nicht mit der Waffe in der Hand entgegentrete, daß es die Entfaltung ihrer Volkskraft nicht hemme.

In allen Ländern der Welt erhebt die Arbeiterklasse ihre Stimme gegen den Krieg, für den Frieden! Unsere Genossen in Rußland und in Polen setzen, die furchtbarsten Opfer nicht scheuend, ihren Kampf gegen den völkermordenden Zarismus fort. Unsere Genossen in Italien haben gegen den Raubkrieg in Tripolis protestiert. In Serbien und in Bulgarien haben sich die Vertreter der Arbeiterschaft in den Parlamenten mannhaft und tapfer der Kriegshetze widersetzt. In Deutschland, in Frankreich, in England demonstriert die Arbeiterklasse für die Sache des Friedens! So steht den Kriegshetzern aller Länder und aller Nationen einig und geschlossen als stärkste Macht des Friedens

die internationale Sozialdemokratie

gegenüber.

In ihrem Geist erfüllen auch wir in Oesterreich unsere Pflicht. Auch wir erheben unsere Stimme, zu mahnen und zu warnen. Auch für die Völker Oesterreichs kann es in diesen Tagen der Gefahr nur einen Feldruf geben:

Keine Einmengung in den Balkankrieg!
Nur eine Losung: Der Balkan den Balkanvölkern!
Nur eine Parole: Erhaltung des Friedens!"

Einige Tage nach dem Erscheinen dieses Manifests fand in Wien eine große Protestversammlung gegen den Krieg statt. Es war eine mächtige Kundgebung, zu der Tausende von Wiener Proletariern zusammenströmten. In der Versammlung sprachen Vertreter der deutschen, polnischen und italienischen Sozialdemokratie. Ihre Reden waren eine kräftige Brandmarkung der Kriegshetze und zugleich ein entschiedener Protest gegen die neuen Militärforderungen, welche die Regierung soeben den Delegationen unterbreitet hatte. Die Willensmeinung der Versammlung wurde in einer Resolution zusammengefaßt, welche folgenden Wortlaut hatte:

„Die am 14 Oktober im Hotel Wimberger tagende Versammlung erhebt gegen die Staatsmänner der kapitalistischen Großmächte Europas die Anklage, daß ihre Ränke und Eifersüchteleien den blutigen Krieg am Balkan herbeigeführt und die Gefahr eines Krieges zwischen den Großmächten heraufbeschworen haben.

Die Versammlung sendet der sozialdemokratischen Partei in Serbien und Bulgarien, in Rußland und Italien, in Deutschland, Frankreich und England ihren brüderlichen Gruß. Sie stellt mit Genugtuung fest, daß sich die Sozialdemokratie in allen Ländern der Kriegshetze der herrschenden Klassen und ihrer Regierungen mit aller Macht widersetzt.

Dieser hohen Sendung der internationalen Sozialdemokratie treu, protestieren auch wir dagegen, daß die Regierung unseres Landes dazu beiträgt, die allgemeine Beunruhigung zu verschärfen. Wir protestieren dagegen, daß der Minister des Aeußern Europa durch Reden beunruhigt, die den Eindruck erwecken, als wollte Oesterreich angebliche Interessen in den verkarsteten Bergen im Sandschak oder in armseligen Dörfern Altserbiens selbst um die Gefahr eines Weltkrieges verteidigen. Wir protestieren dagegen, daß die gefahrdrohende Stunde dazu mißbraucht wird, neuerlich Hunderte von Millionen für den Militarismus

zu vergeuden. Wir protestieren gegen jede Einmengung Oesterreichs in den Balkankrieg.

Die Interessen der Völker Oesterreichs heischen den Frieden. Wir wollen nicht um der elenden Felsennester des Sandschaks willen Hunderttausende von Menschenleben opfern, über Millionen das furchtbarste Elend heraufbeschwören, unsere ganze Volkswirtschaft für Jahrzehnte zerrütten. Wir fordern von der Regierung: Keine Einmengung in den Balkankrieg! Der Balkan den Balkanvölkern! Erhaltung des Friedens!"

Der Protestkundgebung in Wien folgten Versammlungen in den anderen größeren Städten des Reiches. Ueberall strömten die Arbeiter in Scharen herbei, um ihren Abscheu gegen die Kriegshetze zu bekunden. Die vielen gut besuchten Versammlungen und die Entschiedenheit ihrer Willensäußerung machten auf die Oeffentlichkeit einen großen Eindruck.

Mannhaft hielt sich in diesen Tagen die sozialdemokratische Presse. Sie hatte unter ganz außerordentlich schwierigen Verhältnissen eine schwere Arbeit zu verrichten. Es galt, der planmäßig organisierten Kriegshetze der bürgerlichen Presse entgegenzutreten, die mit tückischer Sensationsmache die Stimmung für ein Eingreifen Oesterreichs in die Balkanhändel schürte. Zugleich mußte gegen die Regierung aufgetreten werden, die in ihrer Verblendung Fehler auf Fehler beging und sehr erheblich dazu beitrug, daß sich die Verwicklungen mehrten. Die Regierung antwortete der sozialdemokratischen Zeitungskritik mit — Konfiskationen. Es half ihr aber nichts; unsere Aktion gegen den Krieg stand nicht still. Und je bedrohlicher die Situation wurde, desto entschiedener erhob sich der Protest der Sozialdemokratie.

Hand in Hand mit der Organisierung des Volkswiderstandes gegen den drohenden Krieg gingen die Abwehrversuche unserer parlamentarischen Fraktion*).

Der Kampf gegen die Kriegshetze war im letzten Jahr für sie die weitaus wichtigste Aufgabe. Bei jeder Gelegenheit traten die sozialdemokratischen Abgeordneten für die Erhaltung des Friedens ein. Sie haben aber auch gegen die Militärforderungen gekämpft, die die Regierung der gesetzgebenden Körperschaft unterbreitete. Die Rüstungskredite und das Pferdestellungsgesetz wurden bekämpft, ebenso das Kriegsleistungsgesetz. Im Parlament gelang es, die Kriegstreibereien der offiziösen Presse aufzudecken. Schließlich mußte auch der Oeffentlichkeit dargestellt werden, welchen Unbilden die einberufenen Reservisten und Ersatzreservisten ausgesetzt waren. Unermüdlich wurde die Entlassung der Einberufenen gefordert. Es ist kein Zweifel, daß der sozialdemokratische Feldzug gegen den Krieg die Kriegshetzer einschüchterte und sie mehrmals zwang, den Rückzug anzutreten.

Als sich im Ausland gleichfalls der Protest des organisierten Proletariats gegen den Krieg erhob, da bekundete die österreichische Sozialdemokratie ihre internationale Solidarität, indem sie zu den Protestkundgebungen im Ausland Redner entsandte. Nach Deutschland, Frankreich, Italien und Holland eilte eine Anzahl bewährter Genossen, um die Brudergrüße des österreichischen Proletariats zu überbringen und den ausländischen Genossen die Versicherung zu geben, daß die

---

*) Ueber das Wirken unserer parlamentarischen Fraktion unterrichten die Broschüren „Die Tätigkeit der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten im österreichischen Reichsrat". (Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand u. Komp.).

Das Berichtsheft, welches die Tätigkeit unserer parlamentarischen Fraktion in der letzten Session, das ist vom 24. September 1912 bis 20. Juni 1913, behandelt, wird den Parteitagsdelegierten vorgelegt.

österreichischen Arbeiter Schulter an Schulter mit den Klassengenossen der anderen Länder bereit seien, gegen den Krieg zu kämpfen.

Nach dem Wiener Parteitag wurde ein Flugblatt gegen den Krieg in einer Auflage von vielen Hunderttausenden Exemplaren im ganzen Reich verbreitet. Der 10. November 1912 war ein allgemeiner Demonstrationstag im ganzen Reich. In Wien und den anderen größeren Städten und Industrieorten marschierten die klassenbewußten Arbeiter zu Zehntausenden auf, um ihren Friedenswillen zu bekunden.

In den Versammlungen wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt:

„Wir warnen die Regierungen und Diplomaten Oesterreichs vor dem Frevel, über unser Land das namenlose Unheil eines Krieges heraufzubeschwören. Alles, was am Balkan zu gewinnen wäre, ist nicht das Leben eines einzigen Soldaten wert. Weder der Sandschak noch Albanien, noch irgendeine andere Einbildung des Großmachtwahns darf Anlaß zum Bruch des Friedens werden. Alle diese eingebildeten Interessen versinken in nichts gegenüber dem einzigen wirklichen und dauernden politischen und wirtschaftlichen Interesse aller Völker Oesterreichs, mit den Balkanstaaten in Frieden und Freundschaft zu leben.

Die Balkanwirren dürfen nie und nimmer Anlaß sein, die Schrecken der Arbeitslosigkeit und unermeßlicher Teuerung über unser Land zu bringen und die wertvollsten Kulturgüter zu zerstören.

Mögen die Herrschenden eingedenk sein der Witwen und Waisen, der Krüppel und Toten, die auf ihrem Gewissen lasten müssen, wenn sie das Verbrechen der Kriegsstiftung beginnen! Mögen sie davor zurückschrecken, sich mit unermeßlicher, unsühnbarer Blutschuld zu beladen.

Wir begrüßen die Aktion der sozialistischen Internationale für den Frieden, senden unseren Brüdern in allen Ländern unseren Gruß und geloben auch in unserem Land alle Energie einzusetzen im Krieg gegen den Krieg."

Die vielen hunderte Versammlungen und ihr massenhafter Besuch machten einen tiefen Eindruck. Die Herrschenden mußten erkennen, daß die Arbeiterschaft keine willenlose Herde sei, die sich wehrlos zur Schlachtbank werde führen lassen. Sie mußten auf die kriegsfeindliche Stimmung der breiten Massen Rücksicht nehmen, obwohl ihre Wut dadurch auf das höchste gesteigert wurde. Der Aerger über die Friedensdemonstration der Arbeiterschaft äußerte sich in verleumderischen Begeiferungen der Sozialdemokratie durch die bürgerliche Presse und in Verfolgungsmaßnahmen der Behörden.

Die österreichische Sozialdemokratie entsandte zum internationalen Friedenskongreß nach Basel eine starke Delegation. An den Verhandlungen des Kongresses nahmen die österreichischen Delegierten regen Anteil. Sie wirkten nach Kräften mit, um die internationale Friedenskundgebung des Proletariats mächtig und eindrucksvoll zu gestalten. Das Baseler Manifest verfiel indes in Oesterreich der Konfiskation. Diese Konfiskation war nicht mehr als eine kleinliche Schikane, sie kennzeichnet aber den Geist der österreichischen Machthaber. . . . .

Durch den Baseler Kongreß erhielt die Friedensbewegung in Oesterreich selbst einen neuen kräftigen Ansporn. Wieder fanden Versammlungen auf Versammlungen statt, wieder trat die Arbeiterpresse mit aller Schärfe gegen die Kriegshetzereien auf und wieder wurden Flugblätter auf Flugblätter verbreitet, um die Masse über die wahren Absichten der Herrschenden aufzuklären.

Als am Beginn des Jahres 1913 die Balkankrise auf die österreichischen Wirtschaftsverhältnisse zerrüttend zu wirken begann und Tausende Arbeiter arbeitslos wurden, die Arbeiterschutzgesetzgebung völlig stockte, während zugleich die Kriegslasten eine kaum mehr erträgliche Steigerung erfuhren, erhob die Sozialdemokratie ihre Stimme zu einem neuerlichen Protest. Kriegslasten und kein Arbeiterschutz, so lautete nun die Tagesordnung der Versammlungen. Dieselben erklärten:

Die versammelte Arbeiterschaft erhebt gegen die Regierung die Anklage, daß ihre Balkanpolitik eine schwere Wirtschaftskrise heraufbeschworen, Tausende österreichischer Arbeiter um Arbeit und Verdienst gebracht hat.

Die Arbeiterschaft protestiert dagegen, daß in dieser Zeit der Not von den Völkern neue Opfer für Militarismus und Marinismus gefordert, daß den Arbeitern durch Erhöhung der Branntweinabgaben und die Einführung der Zündhölzchensteuer neue schwere Lasten aufgebürdet werden sollen.

Die Arbeiterschaft protestiert gegen die Verschleppung der Sozialversicherung und gegen das Stocken der Arbeiterschutzgesetzgebung. Sie protestiert dagegen, daß das Herrenhaus selbst die vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Arbeiterschutzgesetze vereitelt. Sie protestiert dagegen, daß die bürgerliche Mehrheit des Abgeordnetenhauses den Gesetzanträgen der sozialdemokratischen Abgeordneten, ja selbst dem Bäckerschutzgesetz der Regierung Widerstand entgegensetzt. Sie erklärt, daß der Staat, dessen auswärtige Politik die Not der Volksmassen furchtbar gesteigert hat, dessen Steuergesetzgebung immer wieder neue Lasten der Arbeiterklasse auferlegt, sich nicht länger der Pflicht entziehen kann, den Arbeitern Linderung ihres Elends und Schutz gegen die Ausbeutung zu gewähren.

Der Ruf der Arbeitermassen nach vermehrtem Arbeiterschutz ist diesmal wirkungslos verhallt. Aber die Arbeiterschaft wird nicht erlahmen; sie wird für ihre Forderungen so lange kämpfen, bis dieselben schließlich doch durchgesetzt sind.

Als das Proletariat sich anschickte, die

Maifeier

zu begehen, hatte die Kriegsgefahr eben den Höhepunkt erreicht. Oesterreich hatte gegen die Besetzung Skutaris durch Montenegro Einspruch erhoben und war damit an den Rand eines wahnwitzigen Kriegsabenteuers gelangt. Da wurde der Maientag zu einer Friedensdemonstration. In den vielen Hunderten Versammlungen, die am Maientag stattfanden, wurde gegen den Krieg protestiert. An die übliche Mairesolution wurde ein Zusatz angeschlossen, welcher lautete:

„Die am 1. Mai versammelte Arbeiterschaft fordert die Regierung nochmals mit allem Nachdruck auf, sich von der gemeinsamen Aktion der europäischen Mächte nicht zu trennen und keinen eigenmächtigen Schritt, der zum Kriege führen kann, zu unternehmen.

Ein kriegerisches Vorgehen gegen Montenegro würde Tausende Menschenleben kosten. Es würde die Gefahr eines schweren Konflikts mit Rußland und mit Serbien herbeiführen. Es würde den Frieden ganz Europas schwer gefährden.

Diese Opfer und Gefahren stehen in schreiendem Mißverhältnis zu dem Streitgegenstand. Kein Lebensinteresse der Völker Oesterreichs wird durch diesen berührt.

Wenn aber schon die österreichische Regierung die Uebergabe Skutaris an Albanien für ein Interesse Oesterreichs hält, so ist dieses Ziel auch durch eine geduldige und beharrliche gemeinsame Aktion der europäischen Mächte zu erreichen. Es bedarf dazu nicht des eigenmächtigen Einschreitens Oesterreichs.

Wir fordern daher die Regierung nochmals auf, sich nicht von gewissenlosen Kriegshetzern in ein blutiges Abenteuer verstricken zu lassen, und stellen nochmals fest, daß die ungeheure Masse des arbeitenden Volkes in Oesterreich nichts will als die Erhaltung und Sicherung des Friedens."

Die Hunderttausende, die in allen Teilen Oesterreichs für die Erhaltung des Friedens demonstrierten, ließen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß die österreichischen Völker mit den Kriegstreibereien der Herrschenden nichts zu tun haben wollen. Wohl versuchten vielfach die Regierungsvertreter die Maiversammlungen, die gegen den Krieg protestierten, zu stören, aber die Stimme des Volkes war mit Gewalt nicht zu unterdrücken. Daß der Maientag des Jahres 1913 eine so entschiedene Demonstration für den Frieden war, wird stets ein Ehrenblatt in der Geschichte der Arbeiterbewegung unseres Landes sein.

Heute ist es jedem Einsichtigen längst klar geworden, daß die Kritik der Sozialdemokraten an der Balkanpolitik Oesterreichs vollauf berechtigt war. Die Kurzsichtigkeit der österreichischen Diplomatie hat dazu beigetragen, das Reich in eine schwere Krise zu stürzen. Ein *wirtschaftlicher Zusammenbruch* mit allen seinen schrecklichen Folgen ist dem Balkanrummel gefolgt, ein Zusammenbruch, der die Entwicklung der österreichischen Volkswirtschaft auf Jahre hinaus unterbindet. Die Fabriken stehen still, eine furchtbare *Arbeitslosigkeit* hat die Industriebevölkerung getroffen, Elend und die Verzweiflung sind in viele Tausende Familien eingekehrt. Zu allen den schweren Opfern, die die monatelange Mobilisierung den Völkern dieses unglückseligen Reiches auferlegte, ist eine Wirtschaftskrise gekommen, die drückend auf uns lastet.

Für die Sozialdemokratie bedeutet die Wirtschaftskrise eine beträchtliche Erschwerung ihrer *Tagesarbeit*. Wir vermögen mit den hungernden Massen den Kampf um die Erfordernisse des Tages nicht mit derselben Aussicht auf Erfolg zu führen, als in Zeiten günstiger Wirtschaftslage, weil die Massen während der Krise zu einem guten Teil unorganisierbar sind. Wir sind in den Zeiten der Krise geschwächt und vermögen weder in Wahlschlachten noch in Gewerkschaftskämpfen große Aussichten auf Erfolge zu besitzen. Ueberall, wo es auf das Gewicht der *Organisation* ankommt, leidet der proletarische Kampf unter den Wirkungen der Wirtschaftskrise.

Wenn die Krise aber auch den Tageskampf hemmt, beinträchtigt sie doch nicht den Endkampf des Proletariats. *Die Not der Wirtschaftskrise revolutioniert die Gehirne vieler Tausender*, und macht sie fähig, den Gedanken des proletarischen Befreiungskampfes aufzunehmen. Ist die Wirtschaftskrise vorüber, dann strömen neue Tausende in unsere Organisationen. So dürfen wir hoffen, daß auch die gegenwärtige Wirtschaftskrise dazu beitragen wird, der österreichischen Arbeiterbewegung schließlich neue Kräfte zuzuführen. Das revolutionäre Wollen der Arbeiterschaft empfängt durch das Elend der Wirtschaftskrise eine neue Befruchtung und führt zu einer Verschärfung des Klassenkampfes. Die Steigerung des Klassenkampfes bringt uns unserem großen Ziel, der freien sozialistischen Gesellschaftsordnung, näher.

Reichsratswahlen.

Durch den Tod des deutschnationalen Abgeordneten Ulrich ist das Mandat des IX. mährischen Städtewahlkreises (*Fulnek, Neutitschein, Bärn, Bautsch*) freigeworden. Für unsere Partei kandidierte ebenso wie bei den allgemeinen Wahlen Genosse Wilhelm *Rießner*. Er erhielt bei der am 24. September 1912 stattgefundenen Hauptwahl 2518 Stimmen, der deutschnationale Kandidat erhielt 2358 Stimmen, der christlichsoziale 961 Stimmen und ein deutschfortschrittlicher Kandidat 805 Stimmen. Bei der Stichwahl siegte durch das Zusammengehen aller bürgerlichen Parteien der deutschnationale Kandidat Dr. Bodirski mit 3594 gegen 3057 Stimmen, die Rießner auf sich vereinigte.

Am 24. September 1912 fand die Ersatzwahl für das durch den Tod des Genossen *Silberer* freigewordene Reichsratsmandat *Wien, Landstraße I*, statt. Diese Ersatzwahl brachte unserer Partei einen ansehnlichen Erfolg. Bei der Hauptwahl erhielt unser Kandidat Genosse Rudolf *Müller* 6718 Stimmen, was eine kleine Steigerung gegenüber unserer Stimmenzahl bei den allgemeinen Wahlen bedeutet. Der christlichsoziale Kandidat erhielt 6072 Stimmen, der deutschnationale 1503 Stimmen, der deutschfreiheitliche 1585 und der tschechische separatistische Kandidat 543 Stimmen. *Bei der Stichwahl siegte Genosse Rudolf Müller mit 8014 gegen 7176 Stimmen.*

Am 4. März 1913 fand die Ersatzwahl für das durch den Tod des Genossen *Schlinger* freigewordene Reichsratsmandat des niederöster-

reichischen Städtewahlkreises (Krems, Klosterneuburg, Korneuburg, Stockerau) statt. Dieses Mandat, welches wir bei den allgemeinen Wahlen nur durch ganz außerordentlich günstige Umstände erobern konnten, ging diesmal verloren. Wohl aber gelang es, unsere Stimmenzahl ganz erheblich zu erhöhen. Bei den allgemeinen Wahlen hatte Schlinger 2764 Stimmen erhalten. Bei der Ersatzwahl erreichte unser Kandidat Theodor Hackenberg eine Stimmenzahl von 3208. Der deutschnationale Kandidat erhielt 2839, der christlichsoziale 2462 Stimmen. Infolge eines Kompromisses der Christlichsozialen und Deutschnationalen siegte in der Stichwahl der Deutschnationale mit 4839 Stimmen gegen unseren Kandidaten, der 3764 Stimmen erhielt. Die höhere Stimmenzahl, welche unsere Partei bei dieser Nachwahl erzielte, zeigt, daß die Sozialdemokratie auch in diesem kleinstädtischen Wahlkreis in unaufhaltsamem Fortschritt begriffen ist.

Gemeindevertreter.

Die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter ist im Berichtsjahre sehr erheblich gestiegen. Wir zählten

im Jahre 1911/12	**16**, 1912/13	**17**	soz.-dem. Gemeindevertreter des	I. Wahlkörpers
„ „ 1911/12	**47**, 1912/13	**82**	„ „ „	II. „
„ „ 1911/12	**1004**, 1912/13	**1175**	„ „ „	III. „
„ „ 1911/12	**133**, 1912/13	**166**	„ „ „	IV. „
Zusammen . .	**1200**	**1440**		

In allen Wahlkörpern gelang es, Fortschritte zu machen. Eine Anzahl Gemeinden — es sind allerdings nur kleinere — werden von sozialdemokratischen Gemeindevorstehern geleitet; wir zählten am Ende der Berichtszeit zwölf sozialdemokratische Gemeindevorsteher.

In das Berichtsjahr fällt die Gründung der „Gemeinde", unserer Monatsschrift für Kommunalpolitik. Seit Jahren ist der Wunsch nach einem derartigen Blatte immer wieder laut geworden; schon in Reichenberg wurden sowohl auf dem Parteitag, als bei der Konferenz der Gemeindevertreter darauf bezügliche Beschlüsse gefaßt. Der letzte Parteitag in Wien hat die Frage endgültig der Lösung zugeführt, indem er die Schaffung eines monatlich erscheinenden Organs beschloß.

Im April des laufenden Jahres lag das erste Heft der „Gemeinde" den Parteigenossen vor. Ueber die Entwicklung der Zeitschrift läßt sich, da seit ihrer Gründung erst eine kurze Zeit verflossen ist, ein abschließendes Urteil noch nicht geben. Die Auflage ist noch nicht zufriedenstellend, sie beträgt 1500.

Das Drängen nach dem Blatt ließ ein stärkeres Interesse erwarten, als in dieser Zahl zum Ausdruck kommt. Auch beschränkt sich ja die „Gemeinde" keineswegs darauf, nur ein Behelf für unsere praktischen Kommunalpolitiker zu sein, sondern sie will auch für jeden, der die Tätigkeit der Gemeindeverwaltung verfolgt, eine Quelle der Anregung und Belehrung sein. Es scheint, daß die Kommunalpolitik in der österreichischen Arbeiterschaft noch nicht nach Gebühr gewürdigt wird.

Mitgliederbewegung.

Die schwere Wirtschaftskrise hat Tausende Arbeiter brotlos gemacht. Die Mobilisierung riß viele Tausende Arbeiter aus dem Erwerbsleben und raubte ihnen damit auch die Möglichkeit, weiterhin der Organisation anzugehören. Infolge der Wirtschaftskrise und der massenhaften Einberufungen mußten wir ganz automatisch eine erhebliche Anzahl Mitglieder verlieren. Immerhin ist aber der Verlust nicht so groß, als er aus den angeführten Gründen zu erwarten gewesen wäre. Wir haben im Vorjahr 145.524 Mitglieder gehabt und zählen nunmehr 142.027 Mitglieder. In Anbetracht der ganz ungewöhnlich schwierigen Verhältnisse des Berichtsjahres ist der Mitglieder-

verlust von 3500 nicht groß. Wir glauben im Gegenteil sagen zu dürfen, daß auch in diesem Jahre unsere politische Organisation sich trotz aller Schwierigkeiten ehrenvoll behauptet hat.

Von der gesamten Mitgliederzahl sind 121.969 Männer und 20.058 Frauen. Die Form unserer politischen Organisation hat auch heuer keine wesentliche Aenderung erfahren. Noch immer bestehen in Böhmen, Niederösterreich, Steiermark und Tirol neben den politischen Vereinen freie politische Organisationen. Wenn auch der faktische Unterschied zwischen beiden Organisationsformen durch die organisatorische Praxis stets kleiner wird, wäre es doch zu wünschen, daß endlich einmal im ganzen Reich die Parteiorganisation einheitlich auf der Basis des politischen Vereines aufgebaut werde.

Das Gesamtbild der politischen Organisation der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs ist folgendes:

Land	Ende Juni 1912		Ende Juni 1913		Mitgliederzunahme	Mitgliederabnahme
	Zahl der Orte mit sozialdemokratischer Organisation	Mitgliederzahl (inklusive Frauen)	Zahl der Orte mit sozialdemokratischer Organisation	Mitgliederzahl (inklusive Frauen)		
Böhmen	725	40294	691	40193	.	101
Bukowina	6	207	7	505	298	.
Kärnten	93	4185	97	4117	.	78
Mähren	130	6336	116	5582	.	754
Niederösterreich:						
Provinz	132	14704	142	14562	.	142
Wien	1	45919	1	46378	459	.
Oberösterreich	64	6102	64	5789	.	313
Salzburg	42	3586	46	3007	.	579
Schlesien	58	4117	71	3828	.	289
Steiermark	78	15597	93	13957	.	1640
Tirol	25	3352	24	3416	64	.
Vorarlberg	15	1125	13	703	.	422
Zusammen	1369	145524	1365	142027	821	4318

Ueber das Größenverhältnis des politischen Vereines zur freien politischen Organisation in den einzelnen Kronländern orientiert die folgende Zusammenstellung:

Land	Politischer Verein		Freie politische Organisation	
	Zahl der Orte	Zahl der Mitglieder (ohne Frauen)	Zahl der Orte	Zahl der Mitglieder (ohne Frauen)
Böhmen	540	26471	151	6884
Bukowina	7	505	.	.
Kärnten	97	3316	.	.
Mähren	116	4459	.	.
Niederösterreich:				
Provinz	99	9886	43	2178
Wien	1	42795	.	.
Oberösterreich	64	4962	.	.
Salzburg	46	2452	.	.
Schlesien	71	2722	.	.
Steiermark	34	8032	59	3969
Tirol	6	1923	18	863
Vorarlberg	13	552	.	.
Zusammen	1094	108075	271	13894

Die kommenden Monate müssen zur eifrigen Agitation für unsere politischen Organisationen benützt werden. Eine große, ununterbrochene Werbearbeit im ganzen Reiche ist notwendig, um neue Mitstreiter zu gewinnen. Wenn auch noch geraume Zeit hindurch die Wirtschaftskrise unsere Werbearbeit erschweren wird, darf sie doch keinesfalls unterbleiben. Der Begeisterung und opferwilliger Mitarbeit proletarischer Männer und Frauen wird es gewiß gelingen, die Schwierigkeiten zu überwinden und unserer Organisation Tausende neuer Mitglieder zuzuführen.

Versammlungstätigkeit.

Die Versammlungstätigkeit des heurigen Jahres entspricht ungefähr der des Vorjahres. Wieder waren unsere Vertrauensmänner in großer Zahl und mit bewundernswertem Pflichteifer tätig, den Gedanken des Sozialismus in die breiten Massen hinauszutragen. Tausende Sitzungen und Besprechungen fanden statt, um die Aktionen unserer Partei vorzubereiten. In zahlreichen Volksversammlungen wurde die Arbeiterschaft mit dem Wesen des proletarischen Befreiungskampfes bekanntgemacht und zugleich wurde in diesen Versammlungen zu den politischen Tagesereignissen Stellung genommen. Erfreulich ist, daß im Berichtsjahr die Zahl der Vereinsversammlungen (Parteimitgliederversammlung) erheblich gestiegen ist. Die wachsende Zahl der Vereinsversammlungen deutete darauf hin, daß die Werbearbeit der Volksversammlung in immer größerem Maße durch sozialistische Erziehungsarbeit ergänzt wird. Was in den großen Versammlungen an sozialistischen Lehren nicht so leicht erörtert werden kann, gelangt in der Vereinsversammlung zur gründlichen Besprechung und trägt dazu bei, die sozialistische Ideenwelt tiefer im Proletariat Deutsch-Oesterreichs zu verankern.

Die folgende Tabelle unterrichtet über die Zahl und Art der im Berichtsjahr abgehaltenen politischen Versammlungen:

Name des Landes	Vereinsversammlungen	§ 2- und Vertrauenspersonen-Versammlungen	Volksversammlungen
Böhmen	2377	5417	729
Bukowina	4	59	21
Kärnten	125	183	74
Mähren	411	769	217
Niederösterreich	535	1456	279
Wien	587	1932	99
Oberösterreich	242	830	130
Salzburg	155	231	59
Schlesien	202	200	127
Steiermark	211	887	215
Tirol	118	152	35
Vorarlberg	106	98	24
Zusammen 1913	5373	12214	2014
Zusammen 1912	4736	11693	2085

Frauenbewegung.

(Bericht des Frauenreichskomitees.) Die Zahl der Orte, in denen eine freie politische Frauenorganisation besteht, ist im Berichtsjahr von 286 auf 312 gestiegen, die Mitgliederzahl dagegen unverändert geblieben. Wir haben nun 20.058 politisch organisierte Frauen gegen 20.090 im Vorjahr. Die Ursache dieses bedauerlichen Stillstandes unserer Bewegung ist unschwer zu finden. Ein Jahr wirtschaftlichen Unglücks ist es ja, über das wir zu

berichten haben. Die verheerenden Wirkungen von Krieg, Teuerung und Arbeitslosigkeit mußten sich natürlich auch in der Frauenorganisation äußern. In den Sudetenländern machte sich die wirtschaftliche Krise am stärksten fühlbar; daher haben wir auch dort eine größere Anzahl von Mitgliedern verloren als in den übrigen Ländern, in denen wir zum Teil sogar Mitglieder gewinnen konnten.

Doch auch diese schwierige Zeit hatte nicht vermocht, die Arbeitslust der Genossinnen zu schwächen. Sie ließen keine Gelegenheit ungenützt, um für ihre Organisation Mitglieder zu werben. Die Durchführung der Beitragserhöhung brachte wohl einige Schwierigkeiten mit sich, doch waren dieselben zu Beginn des Herbstes 1912 so ziemlich überwunden. Nun ist in ganz Oesterreich der einheitliche Monatsbeitrag von 40 H. erreicht.

Die Versammlungstätigkeit begann überall mit der Abhaltung von Versammlungen gegen den Krieg. Aus Anlaß des Eucharistischen Kongresses wurde es ebenfalls notwendig, eine große Anzahl aufklärender Versammlungen abzuhalten.

Am 31. Oktober fand in Wien eine Besprechung aller Landesvertrauenspersonen statt, in der über die Abhaltung des Frauentages 1913 beraten wurde. Alle Genossinnen sprachen sich auf Grund ihrer Erfahrungen dafür aus, den Frauentag nicht wieder im Mai, sondern zeitlich im Frühjahr abzuhalten. Die schöne Jahreszeit beeinträchtigte den Besuch der Versammlungen zu viel. Es wurde hierauf der März festgesetzt. Die Herausgabe der Festschrift und eines Flugblattes wurde wieder beschlossen.

In einer Sitzung der weiblichen Delegierten während des Parteitages wurde beschlossen, ein Flugblatt gegen den Krieg herauszugeben. Der Beschluß wurde jedoch später aufgehoben, weil die Partei ein solches Flugblatt in einer Massenauflage erscheinen ließ.

In Böhmen, Oberösterreich, Kärnten und Salzburg fanden Landeskonferenzen statt, zu denen das Reichskomitee je eine Delegierte entsendet hatte. Es wurde überall über den Ausbau der Organisation sowie über die Abhaltung des Frauentages beraten. In den übrigen Ländern geschahen die Vorbereitungen für den Frauentag durch Bezirkskonferenzen.

Die Veranstaltung selbst gelang in diesem Jahre — es war der 9. März dafür bestimmt — trotz Kriegsgefahr und Arbeitslosigkeit viel besser als im vorigen Jahre. Es wurden in den meisten Orten, wo Organisationen bestehen, Versammlungen abgehalten. Die Resolution, welche überall zur Annahme gelangte, mußte auch heuer nochmals nachdrücklich die Beseitigung des § 30 des Vereinsgesetzes verlangen. Im Dezember 1912 beschloß wohl das Abgeordnetenhaus, das Verbot aufzuheben, doch ließ das Herrenhaus das Gesetz unerledigt und es besteht die Gefahr, daß es an das Abgeordnetenhaus wieder zurückgeschickt wird. So warten die österreichischen Frauen noch immer auf die gesetzliche Erlaubnis, politischen Vereinen anzugehören.

In Wien wurde der Frauentag zum erstenmal in der Volkshalle des neuen Rathauses abgehalten. Den Beschlüssen entsprechend, wurde die Festschrift „Der Frauentag" hergestellt und in 30.000 Exemplaren verbreitet. Das Agitationsflugblatt wurde in allen Ländern verteilt und hatte eine Auflage von 270.000.

Leider nahmen einzelne Behörden die Abhaltung einer Frauentagsversammlung zum Anlaß, den Frauenorganisationen Schwierigkeiten zu machen. Die Bezirkshauptmannschaften Bruck a. d. Mur und Fürstenfeld in Steiermark sind nicht einverstanden mit der Existenz einer freien politischen Frauenorganisation. Im erstgenannten Ort kam die Funktionärin mit einer „Belehrung" weg, in Kapfenberg kamen Gendarmen in die Wohnungen unserer Funktionärinnen, um sich über die Tätigkeit in der Organisation zu erkundigen. In Wilhelmsburg (Niederösterreich) wurden sogar sechs Genossinnen vor dem Bezirksgericht St. Pölten angeklagt, weil die Frauen einem gesetzlich unerlaubten „Verein" angehören. Bei der Verhandlung

jedoch wurden die Genossinnen freigesprochen mit der Begründung, daß die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei nicht als eine Uebertretung des § 30 des Vereinsgesetzes angesehen werden kann.

Im Herbst 1912 begann das Frauenreichskomitee eine Agitation unter den Frischhäklerinnen in Floridsdorf. Es wurde dann ein Verein der Häklerinnen gegründet, dessen Leitung nun in den Händen von tüchtigen Genossinnen liegt. Leider konnte der Verein nicht jene Tätigkeit entfalten, die wir erhofften, weil die Wirtschaftskrise diesen Erwerbszweig besonders hart traf.

Auch für die Modistinnen in Wien wurden auf Anregung des Frauenreichskomitees Versammlungen abgehalten, um sie der gewerkschaftlichen Organisation zuzuführen.

Der Dienstmädchenverein „Einigkeit" hat gute Fortschritte gemacht. Es bestehen nun in Graz und Salzburg Ortsgruppen, die so wie in Wien eine unentgeltliche Stellenvermittlung errichtet haben. Die organisierten Dienstmädchen nahmen überall an den Veranstaltungen der Frauenorganisation und der Partei überhaupt regen Anteil.

Die Genossinnen in Niederösterreich hatten zum erstenmal Gelegenheit, sich an Wahlarbeiten zu beteiligen, bei denen weibliche Wähler in Betracht kamen. Es waren die Gemeinderatswahlen in Wiener-Neustadt, die nach dem Proportionalwahlrecht durchgeführt wurden. Leider dürfen die Frauen nur im dritten und zweiten Wahlkörper wählen. Vom vierten Wahlkörper sind sie ausgeschlossen. Es haben daher die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen kein Wahlrecht. Trotzdem aber half eine große Anzahl Wiener-Neustädter Genossinnen bei den Vorbereitungen sowie am Wahltag fleißig mit. Auch einige Wiener Genossinnen wurden für den Wahltag des dritten Wahlkörpers nach Wiener-Neustadt entsendet.

Eine wichtige Parteiarbeit wurde geleistet durch die Abhaltung eines Kurses für Funktionärinnen in Wien. Derselbe war von durchschnittlich 60 Teilnehmerinnen besucht. Dort wurden Vorträge gehalten über Sozialismus, Gewerkschaften, Genossenschaften, Arbeiterinnenschutz, Rechtsfragen, Frauenfrage und Organisationsarbeit. Den ganzen Winter dauerte dieser Kurs, und wir glauben, daß die Genossinnen durch die Teilnahme und die Abhaltung von Diskussionen viel gewonnen haben.

Um Frauen die Möglichkeit zu geben, die Parteischule in Klagenfurt zu besuchen, trug das Komitee für zwei Genossinnen je die Hälfte der hiefür notwendigen Kosten.

In Vertretung der österreichischen Genossinnen nahmen zwei Delegierte des Reichskomitees am internationalen Kongreß in Basel teil.

Neben den einzelnen Versammlungen wurden zwölf größere Versammlungstouren abgehalten, zu denen Wiener Genossinnen als Referentinnen entsendet wurden.

Seit kurzer Zeit ist in den Frauenorganisationen die planmäßige Verbreitung von Druckschriften eingeführt. Neben den von der Partei nominierten Kolporteuren sind Genossinnen tätig, welche die von der Partei herausgegebenen und für Frauen besonders wichtigen Broschüren und Bücher verbreiten. In Wien hat eine große Versammlung von Funktionärinnen der Partei- und Gewerkschaftsorganisation getagt, in welcher über die Einführung der Kolportage referiert wurde. Der einstimmige Beschluß der Versammlung, in allen Wiener Bezirken die Kolportage einzuführen und eine Statistik darüber anzulegen, ist schon überall durchgeführt.

Die allmonatlich erscheinenden „Mitteilungen des Frauenreichskomitees" werden an 312 Organisationen kostenlos hinausgegeben.

Die Zeitungskorrespondenz des Komitees hat 30 Abnehmer.

Nach dem Verbandstag der Konsumvereine wurde ein genossenschaftliches Frauenagitationskomitee gegründet, das sich

die Aufklärung der Frauen und die Erziehung derselben zu tüchtigen Genossenschafterinnen zur Aufgabe gemacht hat. Unterstützt werden die Genossinnen dabei durch das Blatt „Die Hausmütter" (früher „Pionier"), welches in allen Konsumvereinen gratis an die Mitglieder abgegeben wird. Dem genossenschaftlichen Frauenkomitee gehört eine Anzahl Genossinnen vom Frauenreichskomitee an.

Die Organisation der Heimarbeiterinnen Oesterreichs berichtet über einen Stand von 1168 Mitgliedern in 26 Ortsgruppen. Die Zentrale gibt seit Jänner 1913 ein eigenes „Vereinsblatt" heraus, das eine Auflage von 1500 Exemplaren hat. Die Organisation legt seit einem Jahr besonderen Wert auf die Errichtung von Arbeitsvermittlungsstellen in allen Wiener Bezirken, damit den Mitgliedern Gelegenheit gegeben ist, ohne viel Zeitverlust Arbeitsstellen zu erhalten.

Die „Arbeiterinnen-Zeitung" hat eine von allen Leserinnen freudig begrüßte Neuerung eingeführt. In der Beilage „Für freie Stunden" erscheinen seit Jänner 1913 Modezeichnungen sowie eine Anleitung zum Schneidern. Die Redaktion dieses Teiles des Blattes ist der Genossin Olga Hönigsmann übertragen worden.

Leider ist durch die allgemeine Krise einige Monate hindurch auch die Auflage unseres Blattes gesunken. Im Jänner 1913 hatten wir nur eine Auflage von 25.200 Blättern. Seitdem ist durch die unermüdliche Tätigkeit der Organisationen nicht nur der Ausfall von 1500 Blättern wieder hereingebracht worden, den das Erscheinen des Heimarbeiterinnenvereinsblattes verursacht hatte, sondern unsere Auflage ist wieder auf 27.000 gestiegen.

Der unermüdlichen Werbearbeit unserer Genossinnen wird es hoffentlich gelingen, in der nächsten Zeit die Auflage unseres Blattes noch weiter zu erhöhen und unserer Organisation neue Mitglieder zuzuführen. Die proletarische Frauenbewegung, die so rasch zu einer achtunggebietenden Größe emporgewachsen ist, wird nicht stillstehen sondern sich vorwärtsentwickeln, zum Wohle der arbeitenden Frauen.

Jugendorganisation.

Den Fortschritt, den die Organisation in der Berichtsperiode gemacht hat, ersieht man am besten aus nachstehender Zusammenstellung der Zweigvereine des Verbandes der jugendlichen Arbeiter:

Kronland	Zahl der Ortsgruppen und Zahlstellen des Verbandes am Ende									
	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912
Niederösterreich	13	16	17	20	27	23	29	37	67	68
Oberösterreich	.	1	1	.	.	1	2	2	4	7
Salzburg	.	.	.	1	1	1	2	2	2	2
Tirol	.	.	.	.	.	.	1	1	1	1
Steiermark	1	2	4	4	4	4	6	10	16	18
Kärnten	.	.	.	1	1	1	1	1	3	2
Krain	.	.	.	.	.	1	1	.	.	.
Küstenland	.	4	5	3	3	1	14	.	.	.
Böhmen	4	4	4	7	9	68	101	128	191	228
Mähren	1	2	3	3	7	4	4	4	9	19
Schlesien	.	1	1	1	2	2	3	6	8	5
Galizien	.	.	.	4	4	2	6	.	.	.
Bukowina	.	2	2	3	1	1	2	4	5	5
Summe	19	32	37	47	59	109	172	195	306	355

Es wurden also 49 Jugendorganisationen gegründet. Sie verteilen sich auf folgende Kronländer: Niederösterreich 1, Oberösterreich 3, Steiermark 2, Böhmen 37, Mähren 10. Bedauerlicherweise sind in Kärnten 1 und in Schlesien 3 Jugendorganisationen eingegangen. So wie im Vorjahr blieb der Stand der Organisation in Salzburg und in der Bukowina.

Der **Mitgliederstand** kann diesmal auf Grund einer Erhebung, die am 31. Dezember 1912 durchgeführt wurde, genau angegeben werden. Ihn veranschaulicht folgende Tabelle:

Kronland	Mitglieder					Von den Mitgliedern sind					Mitgl. stehen im Alter von				
	Gesamtzahl der Mitglieder	davon männliche	davon weibliche	auch Turnvereinen angehörend	im Jahre 1912 traten zur Gew.-Org. über	Lehrlinge	Gehilfen und Gehilfinnen	im Hause beschäftigt	Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen	Beruf unbekannt	14—16 Jahren	17—18 Jahren	19—21 Jahren	über 21 Jahren	Alter unbekannt
Niederösterreich	3366	3307	59	276	402	1910	622	5	766	63	1151	1279	592	286	58
Oberösterreich .	231	231	.	26	18	173	23	.	29	6	100	99	22	7	3
Salzburg . . .	43	43	.	13	2	27	.	.	16	.	5	30	4	1	3
Tirol	47	46	1	2	4	31	9	.	7	.	4	25	5	6	7
Steiermark . . .	582	582	.	32	50	273	84	.	224	1	250	199	87	33	13
Kärnten	100	100	.	.	20	71	14	.	15	.	29	49	15	7	.
Böhmen	6833	5673	1160	1477	674	1472	1651	296	3309	105	1782	2049	1778	1056	168
Mähren	565	503	62	135	41	192	175	23	159	16	194	183	87	60	41
Schlesien . . .	133	122	11	10	17	59	46	.	24	4	36	45	22	20	.
Bukowina . . .	162	161	1	.	18	119	36	.	.	7	54	59	30	8	11
Summe . .	12062	10768	1294	1971	1246	4327	2660	324	4549	202	3605	4017	2652	1484	304

Es gehören 16 Prozent der Mitglieder dem Turnverein an, 10·3 Prozent sind im Jahre 1912 zur Gewerkschaft übergetreten.

Dem Beruf nach sind 35·8 Prozent Lehrlinge, 22 Prozent Gehilfen, 37·6 Prozent Hilfsarbeiter und 2·6 Prozent sind Heimarbeiter. Von 1·6 Prozent ist der Beruf unbekannt.

Im Alter von 14 bis 16 Jahren sind 29·8 Prozent, 17 bis 18 Jahren 33·3 Prozent, 19 bis 21 Jahren 21·9 Prozent und über 21 Jahre sind 12·3 Prozent der Mitglieder.

Die Mitglieder gehören folgenden Branchen an:

Bäcker 226, Baugewerbe 97, Bergarbeiter 280, Bildhauer 7, Blumenarbeiter 14, Brauer 22, Buchbinder 63, Buchdrucker 314, Chemische Arbeiter 93, Dachdecker 24, Drechsler 64, Eisenbahner 51, Fleischhauer 21, Friseure 72, Gärtner 14, Gießer 153, Glasarbeiter 637, Handels- und Transportarbeiter 54, Handschuhmacher 12, Heimarbeiter 153, Hilfsarbeiter 1466, Holzarbeiter 817, Hotel-, Gast- und Kaffeehausangestellte 15, Hutarbeiter 21, Juweliere 47, Kaufmännische Angestellte 640, Kürschner 16, Land- und forstwirtschaftliche Arbeiter 3, Lederarbeiter 66, Maler und Anstreicher 89, Maurer 246, Maschinisten und Heizer 5, Metallarbeiter 2703, Photographen 4, Porzellanarbeiter 318, Rauchfangkehrer 2, Redakteure, Beamte ꝛc. 35, Sattler, Taschner und Riemer 25, Schirmbranche 1, Schneider 206, Schuhmacher 214, Lithographen 18, Steinarbeiter 34, Techniker 7, Textilarbeiter 2067, Tonarbeiter 40, Zahntechniker 22, Zimmerer 1, Zuckerbäcker 21, im Haus beschäftigt 127, unbekannt ist der Beruf von 407 Mitgliedern.

Die **Finanzgebarung** der Jugendorganisation, deren Endsummen wir seit der Gründung des Verbandes anführen, illustriert auch die Erstarkung der Jugendbewegung. Es betrugen die

	Einnahmen Kronen	Ausgaben Kronen
1903	229·58	125·94
1904	606·44	428·28
1905	1.320·04	764·79
1906	5.230·01	4.972·44
1907	6.288·78	6.227·14
1908	7.888·08	8.001.76
1909	17.278·70	16.815·49
1910	22.367·31	21.267·46
1911	34.222·48	34.579·58
1912	46.084·98	46.229·35
Summe .	141.516·40	139.412·23

Der Verband nimmt heute in einer Woche viermal mehr ein, als im Gründungsjahr 1903 während des ganzen Jahres.

Die rege Versammlungstätigkeit, die die Jugendlichen im Jahre 1912 entfalteten, zeigt nachstehende Tabelle:

Kronland	Oeffentliche Versammlungen	Vereinsabende	§ 2-Versammlungen	Monats-versammlungen	General-versammlungen	Summe	Besucherzahl
Niederösterreich	132	1180	156	389	50	1907	51275
Oberösterreich	17	88	17	15	4	141	2851
Salzburg	1	4	2	17	1	25	529
Tirol	4	7	1	8	1	21	360
Steiermark	23	263	36	96	19	437	9323
Kärnten	5	48	14	12	1	80	1996
Böhmen	168	430	573	1302	154	2627	60648
Mähren	12	83	24	95	4	218	4773
Schlesien	8	30	16	49	5	108	3231
Bukowina	18	89	44	15	4	170	3467
Summe	388	2222	883	1998	243	5734	138453

Einen bedeutenden Aufschwung hat die Jugendzeitschrift „Der jugendliche Arbeiter" gemacht. Die Durchschnittsauflage betrug im Jahre:

1902/03	1907	1912
4100 Exempl.	4916 Exempl.	18.583 Exempl.

Seit zwei Jahren hat sich die Auflage der Zeitschrift um 7000 Exemplare per Monat vermehrt. Die bekannten vier gegnerischen Jugendzeitschriften haben zusammen eine kleinere Auflage als das Organ der freien Jugendorganisation allein. Ein Fortschritt, der alle Parteigenossen mit Stolz erfüllen wird!

Ueber die Bildungsarbeit, der die größte Aufmerksamkeit jeher geschenkt wird, unterrichten die folgenden Angaben:

Gegenwärtig sind 50 außerordentlich gut zusammengestellte Wanderbibliotheken für die Provinzmitglieder im Umlauf. Indem alle drei Monate eine andere Bibliothek in einen Ort kommt, hofft man, daß allein schon die Neugierde die jugendlichen Arbeiter in jenen Orten, wo überhaupt keine Bibliothek existiert, zum eifrigen Lesen anregen wird. Eine wichtige Einrichtung bilden die Funktionärkurse und Jugendschulen. In Wien wurden in den Jahren 1911 und 1912 in den Monaten Oktober und November an Sonntagnachmittagen Funktionärkurse abgehalten, die außerordentlichen Anklang fanden und immer gut besucht waren. Im Jahre 1912 beteiligten sich an diesem Kurs 148 Funktionäre, und zwar 28 Obmänner, 22 Schriftführer, 28 Kassiere, 22 Kontrollore, 10 Bibliothekare und 38 Ordner. Mehr als 150 Teilnehmer wurden in den Wiener Kurs nicht aufgenommen. In diesem Kurs wurde vorgetragen: Der jugendliche Arbeiter im Wirtschaftsleben; Der wissenschaftliche Sozialismus; Christentum und Sozialismus; Anarchismus und Sozialismus; Militarismus; Organisationskunde; Die österreichische Verfassung; Gesetzeskunde und Umgangsformen. Solche Kurse fanden auch in Teplitz und Oberleutensdorf zu je 5 Abenden statt. Im Karlsbader Gebiet wurden 4 Kurse an je 10 Sonntagen mit 136 Teilnehmern in Neudek, Chodau, Karlsbad und Trinksaifen abgehalten. Zwei Funktionärkurse fanden im Reichenberger Bezirk statt. Der erste umfaßte 12 Unterrichtsstunden. Es wurde vorgetragen: 2 Stunden

über Partei und Jugendorganisation, 1 Stunde über Gewerkschaftskunde, 2 Stunden über Jugendschutz, 3 Stunden über das Parteiprogramm und 4 Stunden über Organisationskunde. Der zweite Unterrichtskurs umfaßte 10 Stunden. Er wurde im Durchschnitt von 70 Teilnehmern besucht. 35 Teilnehmer waren in allen Stunden anwesend. Die Mehrheit der Teilnehmer war jünger als 18 Jahre. In Wien werden auch regelmäßig Einzelvorträge abgehalten. So fanden im Jahre 1910 372 Vorträge, 1911 393 und 1912 442 Vorträge über die verschiedensten Themata statt. In diesen 1207 Vorträgen waren 46.988 Personen anwesend. Soweit Geld und Kräfte in der Provinz vorhanden sind, werden auch dort Einzelvorträge abgehalten. Wo keine Vorträge möglich sind, werden Vorlesungen aus der Verbandszeitschrift oder aus ausgewählten Broschüren veranstaltet. Lichtbilderapparate, die durch die Zentrale und die Kreisleitungen den Zweigvereinen zur Verfügung gestellt werden, ermöglichen Lichtbildervorträge, die ebenfalls ziemlich häufig stattfinden. So wurden zum Beispiel in Westböhmen im Jahre 1910 24 Lichtbildervorträge mit 5400 Besuchern abgehalten. Die Veranstaltung von Festen bildet den Gegenstand besonderer Fürsorge. Man bemüht sich, den Festen durch ein besonders ausgewähltes Programm einen eigenen Charakter zu verleihen. So werden eigene Dichterabende (Schiller- und Goethe-Abende) sowie Konzertabende arrangiert. In der letzten Zeit versuchte man es mit Jugendfeiern, die infolge ihres guten Anklanges, den sie fanden, wieder ins Bildungsprogramm für den kommenden Herbst Aufnahme finden. Die Stenographenvereine Wiens vermitteln den Mitgliedern der Jugendorganisation unentgeltlichen brieflichen Stenographieunterricht. Sieben Mitglieder der Jugendorganisation nahmen auf Kosten der politischen Organisation an der von der Partei veranstalteten Parteischule teil. In der Wiener Parteischule ist den Mitgliedern eine Anzahl Freiplätze reserviert. Desgleichen in den Parteischulen, die in manchen Städten Oesterreichs vom Ortsunterrichtsausschuß während des Winters veranstaltet werden.

Um unter den Mitgliedern die Aufklärungsarbeit zu fördern, hat die Leitung der Jugendorganisation im Jahre 1911 mit der Wiener Volksbuchhandlung ein Abkommen dahin gehend getroffen, daß gewisse ausgewählte Broschüren zu einem ermäßigten Preis angekauft werden.

Auch einige im eigenen Verlag erschienene Broschüren sind flott abgesetzt worden.

Am 1. Juli 1913 wurde durch die Errichtung einer eigenen Schriftenabteilung die Kolportage von guten Broschüren und Büchern systematisch organisiert.

Dann wäre noch zu berichten, daß anfangs des Jahres 1913 zum erstenmal in vier Gebieten Mitgliederwerbeaktionen durchgeführt wurden, bei welchen 1973 neue Mitglieder der Organisation beitraten, so daß der Mitgliederstand mit Ende dieser Berichtszeit über 13.000 ist. Diese Werbeaktionen werden im Herbst im ganzen Reich einheitlich durchgeführt.

Ein neuer Beweis der Tatkraft und Schlagfertigkeit der Jugendorganisation ist dieser Bericht. Es wäre nur zu wünschen, daß sich die Parteigenossen in jenen Ländern, wo die Jugendorganisation keine Fortschritte gemacht hat, sich ihrer mehr als bisher annehmen, denn alles, was die Organisation der Arbeiterjugend leistet, ist Vorarbeit für die Arbeiterbewegung.

Das Bildungswesen.

(Bericht der Zentralstelle für das Bildungswesen.)

Der Ruf nach einer Vertiefung der Parteibewegung, den der letzte Parteitag ergehen ließ, ist nicht ungehört verhallt. Die Bildungsarbeit hat im letzten Berichtsjahr wieder erhebliche Fortschritte zu verzeichnen.

Wien.

Die stets steigende Tätigkeit der zentralen Vortragsvermittlung erhellt daraus, daß die Zahl der Einzelvorträge von 865 im Jahre 1903/04 auf 1091 im Jahre 1908/09 und auf 1746 im Jahre 1912/13 erhöht wurde.

Die Zahl der vermittelten Vorträge ist also bereits doppelt so groß als vor fünf Jahren bei der Gründung des Wiener Unterrichtsausschusses. Zwei Drittel der Themen der Einzelvorträge des letzten Jahres gehören dem Gebiet der Sozialwissenschaften an.

Auch heuer war es das Bestreben der Vortragsvermittlung, sozialistische Belehrung im Zusammenhang mit der Tagespolitik zu vermitteln und so die Bildungsarbeit intensiver wirken zu lassen. So tritt auch ihr Zweck am deutlichsten zutage: dem Kampf der Arbeiterklasse zu dienen.

Der Besuch der Vorträge ist ungleich. Den höchsten Durchschnittsbesuch weisen die Gewerkschaftsvorträge, den niedrigsten die der Jugendlichen auf. Die Gesamtzahl der Besucher aller Einzelvorträge beträgt etwa 70.000. Die Tatsache bleibt leider bestehen, daß mehr als 100.000 organisierte Arbeiter in Wien während des ganzen Jahres keinen Vortrag hören. 400 Organisationen in Wien nehmen die Vortragsvermittlung noch immer nicht in Anspruch. Nur ein Zehntel aller Organisationen steht mit uns in einer regelmäßigen Verbindung. Es ist also noch viel zu leisten.

Die Zahl der Vortragszyklen betrug 106 mit 460 Vorträgen. Die Themen gehörten auch hier zu zwei Dritteln den Sozialwissenschaften an. Die Zahl der Besucher aller Zyklenvorträge beträgt etwa 23.000.

Die Zahl der vom Unterrichtsausschuß besorgten Unterrichte betrug 85 mit 2136 Abenden. Der Durchschnittsbesuch kann auf 2000 Teilnehmer veranschlagt werden. Die Unterrichte behandelten Elementarfächer, Stenographie, Buchhaltung u. s. w.

Die Arbeiterschule wurde mit zwei Kursen und dem im Vorjahr mitgeteilten Lehrplan fortgesetzt. In jedem Kurs wurden 106 Unterrichtsstunden abgehalten. Die Teilnehmerzahl betrug im ersten Kurs 99, im zweiten Kurs 46. 54 Schüler kauften um 1600 Kr. Bücher.

Die vom Unterrichtsausschuß angelegten Lichtbilderserien fanden 26mal Verwendung. Die Besucherzahl bei diesen Vorträgen war 8260.

Die Arbeiter-Sinfoniekonzerte, die zu den bedeutendsten musikalischen Veranstaltungen Wiens gehören, waren von 9257 Personen besucht.

Reges Interesse fanden auch die Universitätskurse, die Veranstaltungen der Urania und anderer Volksbildungsvereinigungen.

Ein großer Schritt nach vorwärts geschah durch die Schaffung einer Abteilung für das Bibliothekswesen. Sie setzte sich zur Aufgabe, die Wiener Arbeiterbüchereien nach den Grundsätzen der neuen Bibliothekserfahrungen umzugestalten und auszubauen, für gute Bücherbestände und fehlerfreie Bücherverzeichnisse zu sorgen, unsere Bibliothekare zu schulen und zu beraten, die Entlehnungsweise und die Statistik zu vereinheitlichen und alles aufzubieten, um dem Büchereiwesen in der Arbeiterbewegung die größtmögliche Wirksamkeit zu verschaffen.

Die Bibliotheksabteilung trat zunächst nur mit den Bezirkszentralbibliotheken in Verbindung, deren verantwortliche Bibliothekare zu einer Bibliothekskommission vereinigt wurden. Es wurden Inspektionen der Bibliotheken eingeführt und den Bibliothekaren ständig Reformvorschläge gemacht. Dabei galt als Richtschnur, vor allem ein einheitliches System und eine einheitliche Statistik durchzusetzen, um die wichtigste Grundlage für gemeinsame Arbeit zu schaffen. Die Zentralstelle half bei der Anlage der Kataloge. Als wertvollstes Produkt dieser Tätigkeit ist der Katalog der Ottakringer Zentralbibliothek zu bezeichnen, der derzeit wohl das beste Bücherverzeichnis einer deutschen Arbeiterbibliothek ist. Die Zentralisations-

bestrebungen wurden selbstverständlich gefördert. Am Ende des Berichtsjahres bestanden in Wien bereits zwölf Bezirkszentralbibliotheken. Sie sind natürlich wertvoller und auch leichter zu beeinflussen als die Zwergbibliotheken der Ortsgruppen. Die Zentralstelle konnte auch wichtige Ratschläge bei der Neuanschaffung und Ausnützung von Büchern erteilen. Zur Schulung der Bibliothekare haben fünf eigene Kurse stattgefunden, die großes Interesse fanden und überraschende Erfolge erzielten. Daß die Bibliotheken wichtige Waffen im Klassenkampf sind, ist den Vertrauensmännern der Wiener Arbeiter bereits zum Bewußtsein gekommen. Die Krönung der Arbeiten des ersten Jahres ist der Gegenseitigkeitsvertrag, den die Wiener Bezirksorganisationen miteinander schlossen, in welchen bereits eine Zentralbibliothek eingerichtet ist. Die Entwicklung des Wiener Bibliothekenwesens wird vorbildlich wirken. Von den großen Erfolgen erzählen auch ein paar Ziffern: Die 14 Zentralbibliotheken, die mit der Zentralstelle in steter Verbindung waren und über 51.949 Bände verfügten und 83.000 benützungsberechtigten Arbeitern zur Verfügung standen, zählten vorderhand 5000 Leser. Die Zahl der Entlehnungen betrug im ersten Vierteljahr 1913 52.333, im zweiten Vierteljahr 42.946, zusammen 95.279. Während die Zahl der Gesamtentlehnungen im zweiten Quartal wegen der schöneren Jahreszeit naturgemäß sinkt, ist in beiden Quartalen die Zahl der entlehnten wissenschaftlichen Bände gleich hoch geblieben. Bedenkt man noch, daß dank dem erzieherischen Einfluß der Zentralstelle die schlechten Romane mit Entschlossenheit aus den Bibliotheken entfernt wurden und Rosegger, Jules Verne, Zola, Gerstäcker, Anzengruber, die Ebner-Eschenbach, Gorki heute die gelesensten Romanschriftsteller der Wiener Arbeiterbibliotheken sind, so wird die Qualitätsarbeit dieser Bibliotheken offenbar.

Vor drei Jahren gab es in Wien noch keine Kinderbibliothek. Heute sind ihrer zehn mit 5000 Bänden vorhanden. Sie entlehnten im ersten Halbjahr 1913 an 2000 Kinder 36.993 Bücher. Ein vielversprechender Anfang!

Die fruchtbare Arbeit auf dem Gebiet des Bibliothekenwesens wird natürlich mit allem Eifer fortgeführt werden, wenn auch der Mangel an Geld gerade hier ein großes Hindernis bildet und die Arbeiten der Zentralstelle hemmt.

Provinz.

Die unmittelbare Wirksamkeit der Zentralstelle, die im Berichtsjahr in Wien außerordentlich in Anspruch genommen war, konnte auf dem Gebiet des Vortragswesens nicht so umfangreich sein wie im Vorjahr. Es wurden 171 Einzelvorträge und 8 Vortragszyklen mit 28 Abenden vermittelt. Die Einzelvorträge, die meist sozialistische Themen behandelten, verteilten sich auf 55 Orte Niederösterreichs, Steiermarks, Böhmens, Mährens und Schlesiens. Von den Zyklen fanden 5 in Niederösterreich, 2 in Steiermark und 1 in Schlesien statt. Die Lichtbilderserien der Zentralstelle wurden von 78 Orten für 74 Vorträge in Anspruch genommen, die von 8277 Personen besucht waren und bei denen 2104 Textbücher verkauft wurden.

In das Berichtsjahr fällt auch die Abhaltung der Klagenfurter Parteischule, die ausschließlich den Provinzgenossen zugute kam und über die an anderer Stelle berichtet wird.

Die „Bildungsarbeit“ ist auch im heurigen Jahre den Genossen ein wertvoller Behelf bei ihrer eigenen Arbeit gewesen. Vertrauensmänner, die das Blatt einmal benützen gelernt haben, können es nicht mehr missen. Die Zahl der Abnehmer in der Provinz hat sich nicht vermehrt. Es gibt noch Hunderte Parteiorte, in die das Blatt nicht kommt.

Die Sammlung der Unterrichtsanleitungen wurde mit einem Heft über Statistik von Adolf Braun fortgesetzt. Dieses Heft sowie die drei früher erschienenen in einer Auflage von 17.000 Exemplaren sind vergriffen.

Die Tätigkeit der Bibliotheksabteilung konnte sich auch auf die Provinz erstrecken. Die Berichte der „Bildungsarbeit" über die Reformen in Wien erweckten das Interesse der Genossen in vielen Orten. Die Zentralbibliotheken wurden ermittelt, und mit 22 von ihnen stand die Zentrale bald in so enger Fühlung, daß sie monatlich von ihnen statistische Berichte erhielt. Für eine größere Zahl von Bibliotheken führte die Zentralstelle die Katalogisierung durch, sie stellte Bücherlisten für Neuanschaffungen zusammen und gab auch sonst zahlreiche Ratschläge für die Einrichtung der Bibliotheken. Auch der erste Bibliothekarkurs außerhalb Wiens wurde bereits abgehalten. Die rührigen Wigstadtler Genossen haben ihn für eine Reihe westschlesischer und nordmährischer Orte veranstaltet.

Eigene Tätigkeit der Bezirke.

Ein genauer Bericht über die von den Organisationen selbst geleistete Arbeit kann auch heuer nicht erstattet werden. Obwohl das Organisationsstatut die Bezirke zu jährlicher Berichterstattung an die Zentralstelle verpflichtet, sind etwa 60 Bezirke dieser Verpflichtung trotz zweimaliger Aufforderung nicht nachgekommen. Es sind allerdings fast ausschließlich solche, in denen die Organisation noch so schwach ist, daß sie eine eigentliche Bildungsarbeit noch nicht zu entfalten vermag. Das Bild, das sich aus dem Bericht ergibt — auch die hier mitgeteilten Ziffern machen keinen Anspruch auf Genauigkeit — ist nicht vollständig. Die Bildungsarbeit ist unzweifelhaft größer, als aus den Ziffern hervorgeht.

Böhmen. In den meisten Kreisorganisationen ist ein Bildungsausschuß eingesetzt, der mit der Leitung der Bildungsarbeit im ganzen Kreisgebiete betraut ist. Eine Anzahl von Bezirken besitzt ebenfalls bereits Bildungsausschüsse. Ein ziffermäßiger Ueberblick über die Bildungsarbeit läßt sich nicht geben, da die Statistik mangelhaft geführt wird und die Berichte deshalb sehr unvollständig sind. Das gilt namentlich von den Einzelvorträgen. Vortragszyklen haben in 32 Orten stattgefunden. In einer Reihe von Bezirken wurden Funktionärkurse und Unterrichte eingerichtet. Hervorgehoben sei insbesondere die Arbeiterschule in Karlsbad, in der über das sozialdemokratische Parteiprogramm und über Theorie und Praxis der Gewerkschaften vorgetragen wurde. Obwohl während der Schulzeit das schlechteste Wetter herrschte und viele Teilnehmer mehr als eine, manche sogar zwei Stunden weit zur Schule zu gehen hatten, haben 45 Teilnehmer, die Hälfte von allen, in drei Monaten keinen einzigen Unterrichtsabend versäumt. Hervorgehoben sei, daß die Jugendlichen, namentlich im Reichenberger Kreisgebiete, besonders eifrig Bildungsarbeit geleistet haben. Regelmäßige Diskussionsabende sind in vielen Lokalorganisationen eingeführt und haben häufig gute Erfolge gezeitigt. Lichtbildervorträge wurden in großer Zahl abgehalten. Die Zentralisation der Bibliotheken macht Fortschritte. 66 Orte besitzen bereits eine Zentralbibliothek. Im Karlsbader Bezirk, im Aussiger und Krumauer Kreisgebiet bestehen Wanderbibliotheken, die sich trefflich bewährt haben. 19 Lokalorganisationen verfügen auch über eine Kinderbibliothek. Von Veranstaltungen für die Kinder berichten ebenfalls viele Orte aus allen Kreisgebieten. In den großen Städten wurde das Theater in den Dienst des Bildungswesens gestellt. Erwähnenswert ist noch, daß die Jugendlichen im Reichenberger und Tepliter Kreisgebiet eine Reform der Arbeiterfeste eingeführt und Jugendfeiern veranstaltet haben, deren Programm wirklich künstlerischen Charakter hatte.

Bukowina. Bildungsarbeit wurde nur in Czernowitz und in Storozynetz geleistet. In diesem Orte besteht auch eine Zentralbibliothek.

Kärnten. Außer dem Landesbildungsausschuß bestehen 5 Ortsbildungsausschüsse. 17 Orte berichten über 26 Einzelvorträge. In 4 Orten

haben auch Zyklen stattgefunden. In Klagenfurt fand ein Funktionärkurs statt, in Villach wurde eine Arbeiterschule eingerichtet, in welcher in 16 Stunden österreichische Geschichte und in 20 Stunden Arbeiterrecht vorgetragen wurde. In 4 Orten gab es Lichtbildervorträge. In 5 Orten besteht eine Zentralbibliothek. 4 Orte machen auch Veranstaltungen für die Kinder. In Villach und Klagenfurt wurden Theatervorstellungen veranstaltet.

Mähren. Neben dem Landesbildungsausschuß bestehen in den größeren Orten Lokalbildungsausschüsse. Die Berichte dieses Landes sind die dürftigsten. Hervorgehoben sei die Arbeiterschule in Brünn. 20 Orte besitzen eine Zentralbibliothek, Brünn und Sternberg besitzen auch eine Kinderbibliothek. 5 Orte berichten über Veranstaltungen für Kinder.

Niederösterreich. Daß der letzte Landesparteitag sich mit der Frage der Bildungsarbeit beschäftigt hat, wirkte anregend auf die Bezirksorganisationen der Provinz. In 10 Orten wurden eigene Bildungsausschüsse eingesetzt. Ueber eine nennenswerte Zahl von Einzelvorträgen berichten die Bezirke Amstetten, Liesing, Mödling, Purkersdorf, St. Pölten, Stockerau und Wiener-Neustadt (6 Orte 50 Vorträge). In 6 Orten haben Vortragszyklen stattgefunden. Diskussionsabende sind nur in wenigen Orten eingeführt. 11 Orte berichten über 15 Unterrichte in Elementargegenständen u. s. w. In 13 Orten haben 41 Lichtbildervorträge stattgefunden. In 12 Orten bestehen bereits Zentralbibliotheken. In zehn Orten gab es Veranstaltungen für die Kinder. In St. Pölten und Wiener-Neustadt wurden Vorstellungen im Stadttheater gemietet.

Oberösterreich. Neben dem Landesbildungsausschuß bestehen 4 Ortsbildungsausschüsse. 10 Orte berichten von Einzelvorträgen, 4 von Vortragszyklen. In einer Anzahl Lokalorganisationen werden regelmäßig Diskussionsabende abgehalten. In 4 Orten fanden Unterrichte statt. In Linz und Wels wurde eine Arbeiterschule abgehalten. In Linz waren die Unterrichtsgegenstände Wirtschaftsgeschichte, Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung und Volkswirtschaftslehre. Der Unterricht währte 34 Abende. In 13 Orten besteht eine Zentralbibliothek, in Linz auch eine Kinderbibliothek. In 4 Orten wurden Veranstaltungen für die Kinder getroffen. In Linz fanden auch Theatervorstellungen statt.

Salzburg. Der Landesbildungsausschuß hat für 13 Orte 115 Einzelvorträge vermittelt. In den größeren Orten haben auch Diskussionsabende stattgefunden. Im Lande wurden 4 Arbeiterschulen abgehalten. In Salzburg wurde an 28 Abenden je eine Stunde Geschichte des Sozialismus und Nationalökonomie unterrichtet. In Hallein wurde an 21 Abenden Theorie und Praxis der Gewerkschaften und Nationalökonomie vorgetragen. In Saalfelden wurde während 8 Tagen täglich 2 Stunden Unterricht erteilt. Vorgetragen wurde über Gewerkschaftskunde und über das Parteiprogramm. In Bischofshofen fand derselbe Unterricht wie in Saalfelden statt. Er wurde wegen der Dienstverhältnisse der Eisenbahner täglich nachmittags und abends abgehalten. Die fleißige Arbeit der Salzburger Genossen, die den Teilnehmern auch Lehrbehelfe zur Verfügung stellten, zeitigte gute Erfolge. Der Ertrag der Marx-Feier wurde zur Anschaffung einer Schulbibliothek verwendet.

Schlesien. Neben dem Landesbildungsausschuß bestehen in den größeren Orten Lokalbildungsausschüsse. 13 Orte (Troppau und Jägerndorf ausgenommen) berichten über 82 Einzelvorträge, 5 Orte auch über Vortragszyklen. In einzelnen Orten haben sich die Diskussionsabende gut bewährt. In Jägerndorf wurde eine Arbeiterschule abgehalten, in Wigstadtl fand ein Bibliothekarkurs statt. 8 Orte besitzen Zentralbibliotheken, 4 auch Kinderbibliotheken. In 4 Orten fanden 30 Lichtbildervorträge statt. In 5 Orten gab es auch Veranstaltungen für die Kinder. Besonders rührig auf allen Gebieten ist der Bildungsausschuß von Wigstadtl.

Steiermark. Neben dem Landesbildungsausschuß bestehen in 6 Orten Bildungsausschüsse. 30 Orte berichten über 89 Einzelvorträge, 8 Orte über 13 Vortragszyklen. In den Städten sind überall Diskussionsabende eingeführt. Außer in Graz haben auch in 4 Provinzorten Unterrichte stattgefunden. In Knittelfeld wurde ein Kurs über Nationalökonomie abgehalten, in welchem während 34 Stunden nur zwei Teilnehmer abfielen. 9 Orte berichten über 24 Lichtbildervorträge. In 8 Orten besteht eine Zentralbibliothek. In Graz werden Theatervorstellungen und Konzerte veranstaltet.

Tirol. Der Landesbildungsausschuß hat für Innsbruck und andere Orte 16 Einzelvorträge vermittelt. Vortragszyklen wurden nicht abgehalten. Innsbruck und Meran veranstalteten auch Unterrichte. 3 Orte besitzen eine Zentralbibliothek, in der Bezirksorganisation Kufstein zirkuliert eine Wanderbibliothek. 2 Orte sorgten auch für Veranstaltungen für die Kinder. In Innsbruck wirkt eine Freie Volksbühne.

Vorarlberg. Ein Bildungsausschuß besteht in Dornbirn 4 Orte berichten über Lichtbildervorträge. In 9 Orten gibt es eine Zentralbibliothek. Die übrige Bildungstätigkeit im Lande ist sehr gering.

Parteischule.

Der gute Erfolg der in Bodenbach im August 1910 abgehaltenen Parteischule veranlaßte die Parteileitung, im August 1912 neuerdings einen einmonatigen Kurs für Vertrauensmänner abzuhalten. Den Wünschen der alpenländischen Genossen Rechnung zu tragen, fand der Kurs in Klagenfurt statt, wo die Parteigenossen alle Vorbereitungen getroffen hatten, um seine gute Durchführung zu sichern. Der Unterricht erstreckte sich auf Volkswirtschaftslehre (27 Stunden), Oesterreichische Geschichte (25 Stunden), Sozialpolitik (16 Stunden), Theorie und Praxis der Gewerkschaften (19 Stunden) und Arbeiterrecht (10 Stunden). Dieselben Gegenstände wurden auch in Seminarübungen in 41 Stunden behandelt. Im Seminar wurden außerdem noch journalistische und statistische Uebungen veranstaltet. An dem Unterricht haben 39 Genossen und 3 Genossinnen teilgenommen. 6 Schüler waren bis 25 Jahre, 9 Schüler 26 bis 30 Jahre, 19 Schüler 31 bis 40 Jahre und 8 mehr als 40 Jahre alt. 11 kamen aus Niederösterreich, 6 aus Deutschböhmen, 1 aus Mähren, 3 aus Salzburg, 8 aus Steiermark, 2 aus Tirol, 9 aus Kärnten, 1 aus Krain und 1 aus der Schweiz. 6 wurden von den Metallarbeitern, 2 von den Bäckern, je 1 von den Verbänden der Brauer, Holzarbeiter, Porzellanarbeiter, Schneider, Schuhmacher, Textilarbeiter und Zimmerer entsendet, 3 von Gewerkschaftskommissionen, 15 von politischen Organisationen, 3 vom Frauenreichskomitee und 1 von den Jugendlichen delegiert. Die Hutarbeiter schickten einen tschechischen, die slowenische Partei einen slowenischen Genossen, ein Teilnehmer wurde von der Landesorganisation der internationalen Arbeitervereine in der Schweiz entsendet und drei haben die Schule auf eigene Kosten besucht. Einen Monat hindurch wurde täglich von 7 bis 11 Uhr vormittags und mit Ausnahme der Samstage und Sonntage von 5 bis 7 Uhr abends unterrichtet. Die Schule hatte, wie alle Teilnehmer übereinstimmend bestätigten, einen günstigen Erfolg. Sie weist allerdings, abgesehen von der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit, zwei Mängel auf: Das Schülermaterial ist ungleichmäßig, und es fehlt eine Schulbibliothek. Vielleicht werden sich beide Mängel ein andermal beseitigen lassen.

Kinderfreunde.

Zu den erfreulichsten Erscheinungen der österreichischen Arbeiterbewegung gehört das rasche Aufblühen der Vereine „Kinderfreunde“. Sie haben sich die Aufgabe gestellt, den Proletarierkindern ihr schweres Los

zu erleichtern und leisten in der Tat auf diesem Gebiet sehr Anerkennenswertes.

Anläßlich des letzten Parteitages fand eine Konferenz von Parteitagsdelegierten statt, welche folgende Anträge annahm:

„1. Die Parteivertretung wird ersucht, eine Reichsauskunftsstelle für jene Organisationen zu schaffen, die sich mit der Pflege und Erziehung der proletarischen Jugend beschäftigen und einen sachkundigen Verwalter hiefür zu gewinnen."

„2. Es sei ein zehngliederiger Kinderrat einzusetzen, der Leitsätze über den Umfang und die Art dieser Jugendpflege auszuarbeiten hätte. Dieser Kinderrat ist zusammenzusetzen aus Mitgliedern des Parteisekretariats, des Frauenreichskomitees, des Unterrichtsausschusses, aus Abgesandten der »Naturfreunde«, der Arbeiter-Turnvereine, der »Arbeiter-Kinderfreunde«, aus Lehrern und aus Aerzten."

Der Parteivorstand trug diesem Wunsch Rechnung und war bemüht, den „Kinderrat" zu schaffen. Im gehören außer dem im Antrag der Delegiertenversammlung erwähnten Parteiinstanzen auch noch Vertreter des Parteivorstandes, der Gewerkschaftskommission und der niederösterreichischen Landesparteivertretung an. Der Kinderrat versuchte mit Erfolg, den Vereinen „Kinderfreunde" eine größere Verbreitung zu verschaffen. Er steht auch allen anderen Organisationen, die sich mit der Pflege des proletarischen Kindes befassen, mit Rat und Tat bei. Besonderen Anklang fand die Herausgabe von M e r k b l ä t t e r n, die den auf dem Gebiet der Jugendpflege tätigen Genossen geeignete Ratschläge geben. Im Berichtsjahr wurden folgende sieben Merkblätter herausgegeben:

1. Ein Arbeitsplan für die Kinderfreunde. 2. Veranstaltet Kinderausflüge. 3. Schafft Jugendbüchereien. 4. Laßt uns spielen. 5. Wir wollen turnen. 6. Kinderchor. 7. Wie sollen wir lesen? (Lesezeichen.)

Jedes der Merkblätter hat eine Auflage von 1000 Stück. Davon sind durchschnittlich von jedem Merkblatt 300 Stück verkauft worden. Wenn man bedenkt, wie gering die Zahl der Organisationen trotz aller Fortschritte noch ist, so kann man diese Abnahme als eine sehr zufriedenstellende bezeichnen.

In dem Berichtsjahr ist die Zahl der Vereine „Kinderfreunde" ganz erheblich gestiegen. Obwohl uns keine vollständigen Ziffern zur Verfügung stehen, geht dies aus den folgenden Angaben hervor:

Während am 1. Februar nur acht Ortsgruppen in Niederösterreich bestanden haben, die eine Mitgliederzahl von 1778 hatten, bestehen heute 16 Ortsgruppen mit mehr als 3000 Mitgliedern. Auch in der Provinz wird schon mit der Gründung von Ortsgruppen begonnen. So besteht eine Ortsgruppe in Neunkirchen, eine wird in Mödling gegründet und auch andere Orte treffen die Vorarbeiten zur Gründung von Ortsgruppen.

In Steiermark bestehen heute 10 Ortsgruppen mit 3000 Mitgliedern, deren Zahl sich ständig vermehrt. Hier, wo die Bewegung ihrer Ausgang genommen hat, besitzen die Genossen eine eigene Ferienkolonie, die sich glänzend bewährt hat.

Auch die Zeitung „Der Kinderfreund" erscheint in Graz. Er hatte am 1. Juni ebenfalls eine Auflage von 3000.

In Mähren besteht eine Ortsgruppe in Brünn, doch sollen andere gegründet werden. In Böhmen bestehen keine eigenen Organisationen der „Kinderfreunde", sondern die Bildungsausschüsse und die Frauenorganisationen veranstalten Kinderausflüge, Spielnachmittage, Feste und dergleichen. Auch in Schlesien und Oberösterreich ist das Verhältnis ähnlich. In Salzburg wurde erst kürzlich der erste Verein der „Kinderfreunde" gegründet.

Parteipresse.

Mit großer Genugtuung erfüllt es uns auch heuer wieder, von einem ansehnlichen Aufschwung unserer Presse berichten zu können. War schon in den letzten Jahren der Fortschritt der österreichischen Arbeiterpresse ein solcher, daß er zu großen Hoffnungen berechtigte, so können wir nunmehr berichten, daß die Entwicklung der Arbeiterpresse in dem Berichtsjahr 1912/13 noch viel rascher vor sich gegangen ist als in irgend einem der früheren Jahre. Es wurde eine Reihe neuer Blätter geschaffen, die bereits über ansehnliche Auflagen verfügen. Die Grazer und Linzer Organisationen geben jetzt für ihre Parteimitglieder Korrespondenzblätter heraus („Korrespondenzblatt" in Graz, „Sozialdemokrat" in Linz), die für die Belebung der Parteitätigkeit recht wertvolle Dienste leisten. Die bestehenden Blätter haben ihre Existenz gefestigt und die Auflageziffer um ein beträchtliches erhöht.

Nunmehr verfügt unsere Parteiorganisation über folgende politische Zeitungen:

„Arbeiter-Zeitung",	Wien	erscheint täglich
„Arbeiterwille",	Graz	„ „
„Salzburger Wacht",	Salzburg	„ „
„Volkszeitung",	Innsbruck	„ „
„Vorwärts",	Reichenberg	„ „
„Wahrheit",	Linz	„ „
„Freiheit",	Teplitz-Schönau . . .	„ 3 mal wöchentlich
„Volksrecht",	Aussig	„ 3 „ „
„Nordböhmischer Volksbote",	Bodenbach	„ 2 „ „
„Nordböhmische Volksstimme",	Warnsdorf	„ 2 „ „
„Oderberger Echo",	Oderberg	„ 2 „ „
„Schlesische Volkspresse",	Troppau	„ 2 „ „
„Volksfreund",	Brünn	„ 2 „ „
„Volksstimme",	Bielitz	„ 2 „ „
„Volkswille",	Karlsbad	„ 2 „ „
„Wahrheit",	Asch	„ 2 „ „
„Arbeiterinnen-Zeitung",	Wien	„ 14 tägig
„Das Volk",	Wien	„ 14 „
„Böhmerwald-Volksbote",	Krumau	„ 1 mal wöchentlich
„Gleichheit",	Wiener-Neustadt . . .	„ 1 „ „
„Iglauer Nachrichten",	Iglau	„ 1 „ „
„Lundenburger Volksblatt",	Lundenburg	„ 1 „ „
„Nordmährische Volkstribüne",	Sternberg	„ 1 „ „
„Nordwestböhmische Volkszeitung",	Saaz	„ 1 „ „
„Ostrauer Volksblatt",	Mähr.-Ostrau-Oderfurt	„ 1 „ „
„Schönhengster Volkszeitung",	Mährisch-Trübau . .	„ 1 „ „
„Trautenauer Echo",	Trautenau	„ 1 „ „
„Volksbote",	Wien	„ 1 „ „
„Volksrecht",	Neutitschein	„ 1 „ „
„Volkstribüne",	Wien	„ 1 „ „
„Volkswacht",	Mährisch-Schönberg .	„ 1 „ „
„Vorarlberger Wacht",	Dornbirn	„ 1 „ „
„Vorwärts",	Czernowitz	„ 1 „ „
„Znaimer Volksstimme",	Znaim	„ 1 „ „
„Korrespondenzblatt",	Graz	„ 1 „ monatlich
„Der Sozialdemokrat",	Linz	„ 1 „ „

Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei Oesterreichs besitzt also 6 Tagesblätter, 2 dreimal wöchentlich, 8 zweimal wöchentlich, 16 einmal wöchentlich, 2 vierzehntägig und 2 monatlich erscheinende Parteiblätter.

Außer den politischen Organen dienen den Interessen des klassenbewußten Proletariats Deutsch-Oesterreichs noch folgende Arbeiterblätter (Seite 40):

Blätter für das Bildungswesen:

„Bildungsarbeit“	Wien
„Abstinent“	„
„Arbeiter-Sängerzeitung“	„
„Arbeiter-Stenograph“ (Gabelsberger)	„
„Phonographia“	„

Wissenschaftliche Zeitschriften:

„Kampf“	Wien

Kommunalpolitische Zeitschriften:

„Gemeinde“	Wien

Jugend-Zeitschriften:

„Jugendliche Arbeiter“	Wien
„Kinderfreund“	Graz

Sozialpolitische Blätter:

„Arbeiterschutz“	Wien
„Gewerberichter“	„

Genossenschaftsblätter:

„Konsumverein“	Wien
„Für unsere Hausmütter“	„

Sportblätter:

„Naturfreund“	Wien
„All Frei“ (Radfahrer)	„
„Arbeiter-Turnzeitung“	Aussig

Belletristische Zeitschriften:

„Glühlichter“	Wien

Wir haben uns bemüht, die Auflage der österreichischen Arbeiterblätter festzustellen und sind zu folgendem Ergebnis gelangt:

	Einmalige Mindestauflage	Einmalige Höchstauflage
36 politische Blätter	335.400	370.700
53 deutsche Gewerkschaftsblätter	366.050	
5 Blätter für das Bildungswesen	16.050	
1 wissenschaftliche Zeitschrift	4.100	
1 kommunalpolitische Zeitschrift	1.500	
2 Jugendzeitschriften	22.500	
2 sozialpolitische Blätter	4.600	
2 Genossenschaftsblätter	88.800	
3 Sportblätter	53.200	
1 belletristische Zeitschrift	22.000	
	914.200	

Im Vorjahr hatten wir nur 28 politische Blätter mit einer einmaligen Mindestauflage von 302.620 Exemplaren, nunmehr verfügen wir über 36 politische Blätter mit einer einmaligen Mindestauflage von 335.400 Exemplaren. Um mehr als 30.000 Exemplare ist die Mindestauflage der politischen Blätter gestiegen! Auch die Gesamtauflage der österreichischen Arbeiterpresse weist einen erheblichen Fortschritt auf. Sie stieg im Berichtsjahr von achthunderttausend auf mehr als neunhunderttausend. Wenn man bedenkt, unter welch schwierigen Verhältnissen sich die österreichische Arbeiter-

presse entwickeln muß, und noch dazu in Berücksichtigung zieht, daß das Krisenjahr 1913 einem Fortschritt unserer Presse gewiß nicht sehr förderlich war, dann haben wir wohl alle Berechtigung, mit dem Ergebnis dieses Berichtsjahres zufrieden zu sein. Der erfreuliche Aufschwung der Arbeiterpresse soll uns ein Ansporn sein, durch rüstige Agitation im kommenden Jahre die Auflage noch weiter zu erhöhen. Noch immer gibt es Hunderttausende Arbeiter, die Leser der bürgerlichen Schmutz- und Schundpresse sind. Sie der proletarischen Presse zu gewinnen, ist eine der notwendigsten Aufgaben des Befreiungskampfes. Wir hoffen, bald berichten zu können, daß die Gesamtauflage unserer Blätter eine Million überschreitet. Das ist unser nächstes Ziel.

Parteibuchhandlung.

Trotz der Wirtschaftskrise, welche die Kaufkraft der Arbeiter schwächt, hat die Wiener Volksbuchhandlung im abgelaufenen Jahr keinen Rückgang in ihrem Umsatz erfahren, sondern ihn sogar wieder beträchtlich gesteigert. Eine Anzahl neuer Schriften ist erschienen, vergriffene Schriften wurden neu aufgelegt, der ganze Umfang des Geschäftes erweitert. Neben der Verbreitung der österreichischen und deutschen Parteiliteratur wurden auch die Bestrebungen erfolgreich fortgesetzt, der Arbeiterschaft und ihren Bibliotheken brauchbare Bücher der schönen Literatur und naturwissenschaftlichen Inhalts zu erheblich ermäßigten Preisen zugänglich zu machen. Zur Propaganda wurde ein allgemeiner Katalog in 8000 Exemplaren, ein Weihnachtskatalog in 6000 und ein Katalog über das reichhaltige Antiquariatslager in 5000 Exemplaren herausgegeben. Bei der Zusammenstellung der Bibliotheken wurden die Vorschläge der Zentralstelle für das Bildungswesen berücksichtigt, mit der die Volksbuchhandlung überhaupt ein stetes Einvernehmen pflegt.

Im Berichtsjahre sind folgende Neuerscheinungen, beziehungsweise Neuauflagen zu verzeichnen:

Titel	Preis in Kronen	Auflage	Verkauft	Seitenzahl
Adler, Rede gegen den Krieg	—·06	85000	75400	16
Ansichtskarten, Schuhmeier-	—·06	235500	190700	.
Hanusch, Der kleine Peter	1·80	5000	300	112
Kalender, Großer Arbeiter-, 1913	—·80	25000	24400	196
„ Kleiner Taschen-, 1913	—·80	35000	33300	340
„ Holzarbeiter-, 1913	1·—	6000	5550	360
„ Lichtstrahlen-, 1913	—·20	20000	18400	52
„ Transportarbeiter-, 1913	1·—	2000	1540	346
Leuthner, Das Wehrgesetz	—·06	50000	46500	24
Lichtstrahlen Nr. 6 (Payer, Mehrarbeit)	—·10	10000	7000	24
„ „ 23 (Schacherl)	—·15	5000	3740	40
„ „ 24 (Freundlich, Arbeiterinnenschutz)	—·15	5000	1620	40
„ „ 25 (Lassalle, Ueber Verfassungswesen)	—·10	10000	3500	32
Maifestschrift 1913	—·20	58000	56500	12
Märzfestschrift 1913	—·20	50000	44000	12
Parteitagsprotokoll 1912	1·20	6000	4100	268
Petzold, Heimat Welt	1·20	6000	710	64
Schuhmeier, Aus der Werkstatt des Klerikalismus	—·12	5000	1400	32
Seuchengesetz, Das	—·12	20000	8750	32
Tätigkeitsbericht der Fraktion	—·30	5000	4400	64
Weltbummler (9 Hefte)	.	5000	3500	144

Der Absatz der meisten Schriften ist, wie man aus der Tabelle ersieht, befriedigend. Nur die Belletristik des Verlages hat vorderhand geringen Absatz gefunden. Es könnte aber auf jeglichem Gebiete noch weit mehr geleistet werden, wenn es gelänge, mit den Genossen aller Orte, in denen die Parteibewegung Wurzel gefaßt hat, in Verbindung zu kommen. Die systematische Verbreitung der Parteiliteratur müßte zur Aufgabe der Parteiorganisationen selbst werden und nicht dem Belieben und guten Willen einzelner Genossen anheimgestellt bleiben. Nun sind in der Berichtzeit allerdings einige Fortschritte zu verzeichnen. Durch eine Aktion wurde die Zahl der Kolporteure um etwa 100 erhöht. In Wien, wo die Verbreitung der Parteiliteratur in den meisten Bezirken jahrelang vernachlässigt wurde, beginnt man diesem Teil der Parteiarbeit erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. An Entgegenkommen bei der Gewährung von Kredit läßt es die Volksbuchhandlung wahrlich nicht fehlen. Sie geht darin vielleicht sogar etwas zu weit. Es liegt nun an den Genossen, zu erkennen, daß die Einrichtung einer Kolportage nicht eine Gefälligkeit für die Buchhandlung ist, sondern eine wichtige Aufgabe der Organisation darstellt. Was geleistet werden kann, wenn ein Bezirk einen geeigneten Genossen mit der Aufgabe der Verbreitung der Parteiliteratur betraut, zeigt das Beispiel des V. Wiener Bezirkes, der im Berichtsjahr einen Umsatz von 7629 Kr. erzielt hat und seit dem 1. Jänner 1904 Bücher und Broschüren im Betrage von 50.118 Kr. abzusetzen vermochte. Das Beispiel sollte anspornend wirken. Der III. Wiener Bezirk hat sich den V. zum Muster genommen und ebenfalls mit der systematischen Verbreitung der Parteiliteratur begonnen. In 4½ Monaten wurde ein Umsatz von 2200 Kr. erzielt. Gegenwärtig sorgen die Bezirksorganisationen III, V, XII, XIII, XIV, XV und XX für einen geregelten Vertrieb der Parteischriften. Große Bezirke, wie Favoriten und Ottakring entbehren dieser Einrichtung noch immer. Daß die Wiener Arbeiterschaft ein starkes Interesse für die Parteiliteratur hat, ist unzweifelhaft. Als sich im Frühjahr einige Referenten des Unterrichtsausschusses der Mühe unterzogen, zu den Vorträgen über Marx Broschüren mitzunehmen, ergab es sich, daß im Durchschnitt zwei Drittel der Zuhörer eine Broschüre kauften. In Verbindung mit der Vortragstätigkeit könnte die Kolportage noch außerordentlich gesteigert werden.

Auch außerhalb Wiens ist ein weit größerer Erfolg bei der Verbreitung der Parteiliteratur möglich, als heute erzielt wird. Es wurden bereits mannigfache Vorbereitungen getroffen, um eine Steigerung des Absatzes zu erreichen.

In der Weihnachtszeit bemüht sich die Parteibuchhandlung, der Arbeiterschaft gute und billige Kinderbücher zu beschaffen. Zur Unterstützung dieser Bestrebungen fanden in Wien 13 Bücherausstellungen statt, deren Erfolg aber wenig befriedigend war. Günstiger ist er bei den Ausstellungen in den Provinzorten gewesen.

Vielfach geäußerten Wünschen Rechnung zu tragen, wurde der Erscheinungstermin der Arbeiter-Kalender geändert. Der Notizkalender für 1911 lag bereits am 1. Juli fertig vor, die beiden anderen sind in den ersten Augusttagen erschienen. Hoffentlich trägt dies sowie die Ausgestaltung des Inhalts der Kalender zu stärkerem Absatz bei.

Anläßlich des traurigen Ereignisses der Ermordung des Genossen Schuhmeier wurde ein großes Porträt des teuren Toten im Einvernehmen mit der Bezirksorganisation Ottakring zum Preise von 2 Kr. herausgegeben. In wenigen Wochen waren 5500 Stück verkauft. Die Schuhmeier-Nummer der „Glühlichter" erreichte eine Auflage von 100.000 Exemplaren. Sechs verschiedene Schuhmeier Ansichtskarten wurden in zusammen 190.700 Exemplaren verkauft. Die Nachfrage nach Schuhmeiers Broschüre „Aus der

Werkstätte des Klerakilismus“ war so groß, daß sie neu aufgelegt werden mußte.

Die Auflage der „Glühlichter“, deren Ausgestaltung eine stete Sorge der Redaktion und des Verlages ist, konnte während der Berichtszeit um 2000 gesteigert werden. Doch ist sie noch lange nicht hoch genug. Das Blatt wurde viermal konfisziert. Auch die Märzschrift erregte die Aufmerksamkeit des Staatsanwalts. Das Titelbild fiel der Zensur zum Opfer.

Die Grazer Filiale der Wiener Volksbuchhandlung hat sich im Berichtsjahr günstig weiter entwickelt. Der Ausbau der Kolportage in Steiermark und Kärnten wird ihren Umsatz noch weiterhin steigern.

Wenn alle Bezirksorganisationen, den Wünschen des letzten Parteitages entsprechend, die planmäßige Verbreitung der Parteiliteratur als wichtige Parteiarbeit betrachten, dann steht der Parteibuchhandlung noch eine große Entwicklung bevor.

Gewerkschaftsbewegung.

Seit Jahren hat die österreichische Gewerkschaftsbewegung mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Zuerst lähmte der nationale Konflikt ihre Schlagkraft, und später behinderten schlechte Wirtschaftsverhältnisse ihre Werbefähigkeit. So ist die Mitgliederzahl der Zentralverbände, die im Jahre 1907 bereits eine halbe Million erreicht hatte, bis zum Jahre 1910 auf 400.565 gesunken. Dann trat eine leichte Besserung ein, und die Zentralverbände konnten, wenn auch langsam, wieder die Bahn des Aufstieges beschreiten. Am Beginn des Jahres 1912 herrschte eine so gute Wirtschaftskonjunktur, daß die Gewerkschaften zahlreiche Mitglieder gewinnen konnten. Auch die separatistische Agitation konnte nicht mehr in demselben Maß wie in den vorhergegangenen Jahren zersetzend wirken, weil bereits alle Zentralverbände, bis auf die der Eisenbahner und Tabakarbeiter, gespalten waren und nunmehr eine weitere Losreißung größerer Mitgliederscharen nicht mehr zu befürchten war. Im Berichtsjahr ist dann auch die Spaltung der Eisenbahnerorganisation zur Tatsache geworden, so daß außer der Gewerkschaft der Tabakarbeiter alle österreichischen Zentralverbände von der separatistischen Agitation zerrissen erscheinen. Das schuf, so bedauernswert die völlige Spaltung auch sein mochte, immerhin eine klare Situation. Ueberraschungen waren nicht mehr zu erwarten, und die Zentralverbände mußten sich der geänderten Situation anpassen. Am Beginn des Jahres 1912 hatten sie sich denn auch von den Erschütterungen des nationalen Streites so weit erholt, daß sie nunmehr unbeirrt von den separatistischen Beschimpfungen ruhig ihres Weges gehen konnten. Sie hatten sich darauf eingerichtet, ohne den nationalistischen Teil der tschechischen Arbeiter ihre Arbeit zu verrichten, und fuhren schließlich gar nicht so schlecht dabei.

So war die Situation in der ersten Hälfte des Berichtsjahres. Da brach die Balkankrise herein, und mit einem Schlag waren alle günstigen Entwicklungsansätze wieder in Frage gestellt. Betriebsreduzierungen und Massenentlassungen wirkten lähmend auf die Gewerkschaftstätigkeit ein. Mitgliederverluste wurden unvermeidlich. Der Bericht der österreichischen Gewerkschaftskommission schildert dies mit folgenden Worten: „Die im ersten Halbjahr 1912 noch anhaltende gute Konjunktur, welche in allen Industrien und Gewerben, mit Ausnahme der Textilindustrie, zu verzeichnen war, machte es den Zentralverbänden möglich, erfolgreiche Aktionen zur Gewinnung neuer Mitglieder durchzuführen. Mehr als 30.000 Mitglieder wurden, nach den Zahlen an die Reichskommission geschätzt, in dieser Periode von der Gesamtorganisation gewonnen. Die im Spätherbst hereingebrochene Balkankrise übte jedoch sofort ihre Wirkungen auf die Zentralverbände, die über Massenentlassungen von Arbeitern und Redu-

zierung der Arbeitszeit auf dreiviertel und halbe Tage in den Fabriken zu berichten hatten. Diese Wirtschaftskrise, die sich im Laufe der Zeit noch bedeutend verschärfte und auch zurzeit noch ungeschwächt anhält, bewirkte selbstredend einen Abfall von Mitgliedern, so daß von den im ersten Halbjahr gewonnenen 30.000 Mitgliedern nur mehr 14.934 übrigblieben, denen gegenüber ein Verlust von 8476 Ausgetretenen zu verzeichnen ist."

Der Verlust von 8476 Mitgliedern ist zum größten Teil auf die bereits erwähnte nationale Spaltung der Eisenbahnerorganisation zurückzuführen. Dieselbe kostete der Zentralorganisation etwa 5000 Mitglieder. Die Zentralverbände haben demnach in Wirklichkeit nur 3000 Mitglieder effektiv verloren, dagegen 15.000 gewonnen. Angesichts der so traurigen Wirtschaftsverhältnisse in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres ist dies kein schlechtes Resultat und offenbart eine von Jahr zu Jahr steigende innere Festigkeit unserer Zentralverbände.

Die 54 Zentral- und 23 Lokalvereine, die in der Reichskommission vereinigt sind, weisen 377.947 männliche, 50.416 weibliche, zusammen 428.363 Mitglieder gegen 421.905 Mitglieder im Vorjahr aus. Die faktische Zunahme beträgt somit 6458 Mitglieder = 1·53 Prozent im gesamten. Nach der Zugehörigkeit zu den Nationen eingeteilt, ergibt die Statistik, daß die internationalen Zentralverbände rund 322.000 deutsche, 70.000 tschechische, 20.000 polnische, 9000 italienische, 6000 slowenische und 1000 ruthenische Arbeiter umfassen.

Eine Mitgliederzunahme von mehr als 100 Mitglieder haben im Berichtsjahr folgende 25 Verbände zu verzeichnen:

	Mitgliederzunahme	in Prozenten
Metallarbeiter	4856	8·65
Maurer	2109	7·40
Handlungsgehilfen	745	3·25
Zimmerer	636	8·50
Buchdruckereihilfsarbeiter	538	10·47
Handels- und Transportarbeiter	491	4·70
Glasarbeiter	477	11·38
Maler und Anstreicher	467	8·27
Bäckerarbeiter	464	5·10
Hutarbeiter	446	13·23
Kartonnagearbeiter (neu gegründet)	435	100·00
Tonarbeiter	372	12·42
Arbeiter der chemischen Industrie	255	1·79
Handschuhmacher	240	1·89
Sattler, Taschner, Riemer	227	13·19
Mühlenarbeiter	210	19·31
Brauereiarbeiter	198	1·91
Steinarbeiter	192	3·63
Landwirtschaftliche Arbeiter	189	11·62
Ziegelarbeiter	185	17·77
Pflasterer	180	138·46
Bauhilfsarbeiter	163	4·60
Buchdrucker	128	0·81
Gastwirtegehilfen	127	6·83
Gärtner (neu gegründet)	109	100·00

Einen Mitgliederverlust verzeichnen folgende 12 Organisationen:

	Mitgliederverlust	in Prozenten
Eisenbahner	4738	8·64
Gemeindebedienstete	804	39·90
Porzellanarbeiter	562	10·16
Holzarbeiter	358	1·26
Zuckerbäcker	261	26·28
Schuhmacher	255	5·09

	Mitgliederverlust	in Prozenten
Heimarbeiterinnen	219	15·57
Lederarbeiter	183	6·95
Kürschner	165	13·37
Fleischhauer und Selcher	141	24·39
Schneider	131	1·57
Buchbinder	118	2·66

Betrachtet man die Mitgliederbewegung in den einzelnen Provinzen des Reiches, so ergibt sich, daß in den rein deutschen Gegenden die Zentralverbände Mitglieder gewonnen haben, während sie in allen gemischtsprachigen Kronländern, mit Ausnahme Schlesiens und Dalmatiens, Verluste verzeichnen. In Wien und Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg und Steiermark haben sich die Zentralverbände nicht nur behauptet, sondern sogar Mitglieder gewonnen, während in Böhmen, Mähren, Galizien und Krain eine Anzahl Mitglieder — wenn auch nicht mehr so viel als in den vorhergegangenen Jahren — verloren gingen.

Die Zahl der deutschen Gewerkschaftsmitglieder ist erfreulicherweise gestiegen, was auch aus der Steigerung der Auflage der deutschen Gewerkschaftspresse von 346.000 auf 366.000 Exemplaren hervorgeht. In der deutschen Arbeiterschaft Oesterreichs wurzelt der gewerkschaftliche Zentralismus unerschütterlich und mit großer Genugtuung können wir berichten, daß auch in diesem Jahre schöne Fortschritte erzielt wurden.

Die tschechischen separatistischen Gewerkschaftsorganisationen weisen im Berichtsjahr einen Mitgliederstand von 103.813 auf, was gegenüber dem Jahre 1911 eine Zunahme von 20.000 Mitgliedern ergäbe.

In finanzieller Beziehung haben die österreichischen Zentralverbände auch heuer, ebenso wie in den vorangegangenen Jahren, besser abgeschnitten als in Bezug auf die Mitgliedergewinnung.

Es betrugen von sämtlichen Gewerkschaften die

Einnahmen:

	Kronen
An Beitrittsgebühren	113.314·79
„ ordentlichen Beiträgen	8,859.231·64
„ außerordentlichen Beiträgen	997.285·28
Zusammen	9,969.831·71

Ausgaben:

	Kronen
Für Unterstützungszwecke (ohne Streiks)	3,724.000·69
„ alle anderen Vereinszwecke	5,447.351·65
Zusammen	9,171.352·34

Es verbleibt somit ein Gesamtüberschuß von Kr. 798.479·37. Was die Unterstützungen anbelangt, entfielen auf Reiseunterstützungen 2·43 Prozent, Arbeitslosenunterstützungen 15·30 Prozent, Krankenunterstützungen 10·76 Prozent, Invalidenunterstützungen 3·60 Prozent, Beihilfe in Sterbefällen 2·80 Prozent und Notfallunterstützungen 5·72 Prozent der Gesamtausgaben. Insgesamt wurden 40·61 Prozent der Gesamtausgaben für Unterstützungszwecke verwendet.

Der Gesamtvermögensstand, der im Jahre 1911 Kronen 13,145.274·37 betragen hatte, ist im Berichtsjahr um Kr. 1,919.523·38 auf Kr. 15,064.798·25 gestiegen. Die Gesamtvermögenszunahme ist vom Jahre 1911 auf das Jahr 1912 seit dem Jahre 1901 am stärksten gestiegen. Die Vermögenszunahme beträgt per Kopf Kr. 4·01 gegenüber Kr. 3·75 im Vorjahr.

Die reichste österreichische Gewerkschaft ist die der Buchdrucker, deren Vermögen von 4,000.000 Kr. mehr als ein Viertel des Gesamtvermögens-

standes ausmacht. An zweiter Stelle steht die numerisch stärkste Gewerkschaft, der Metallarbeiterverband, mit einem Vermögen von 1,787.000 Kr. Mehr als eine Million Kronen Vermögen haben außerdem noch die Gewerkschaften der Eisenbahner und Holzarbeiter.

Der Bericht der Gewerkschaftskommission berechnet, daß von jedem Mitglied für Vereinszwecke im Jahre 1912 Kr. 23·68 eingenommen und Kr. 21·41 ausgegeben wurden. Im Vorjahr betrugen die durchschnittlichen Jahreseinnahmen Kr. 21·78, die Jahresausgaben Kr. 20·24. Es hat sich somit die Durchschnittsquote der Vereinseinnahmen um Kr. 1·50, die der Ausgaben um Kr. 1·17 erhöht. Wie sich diese Ausgaben auf Unterstützungen, Verwaltungskosten u. s. w. verteilen, ergibt die folgende, auf den Kopf des Mitgliedes berechnete Uebersicht:

	1911	1912
	Kronen	
Reiseunterstützung	0·49	0·52
Arbeitslosenunterstützung	3·16	3·28
Krankenunterstützung	2·37	2·30
Invalidenunterstützung	0·72	0·77
Beihilfe in Sterbefällen	0·58	0·60
Notfallunterstützung	1·26	1·22
Rechtsschutzkosten	0·36	0·40
Bildungszwecke	3·22	3·40
Verwaltungskosten und Sonstige:		
a) sachliche	5·95	6·74
b) persönliche	2·13	2·18
Zusammen	20·24	21·41

Diese Summen stellen nur reine Vereinseinnahmen und -Ausgaben, die für die nach den Vereinsstatuten normierten Zwecke verwendet werden können, dar. Außerdem werden Gelder für Widerstandsfonds-, respektive Streikfonds durch die sogenannten freien Organisationen separat eingehoben und verwaltet. Die separat verwalteten Streikfonds aller Organisationen hatten im Berichtsjahr Kronen 1,022.311·28 an Unterstützungen für Gemaßregelte und Streikende ausgegeben. Am Ende des Jahres 1912 standen der Gesamtorganisation Kronen 5,770.228·46 frei für Streiks und Aussperrungen zur Verfügung. Die Durchschnittsquote der Einnahmen für Streikzwecke hat sich im Berichtsjahr um Kr. 2·04 gegenüber dem Vorjahr erhöht. Allerdings hatten auch die Streikausgaben des Jahres 1911 nicht einmal die Hälfte der Summe erreicht, die im folgenden Jahre dafür aufgewendet werden mußte.

Die Ziffern über die Tätigkeit im Jahre 1912 zeigen, daß die österreichischen Gewerkschaften sich in einer schweren Zeit ehrenvoll behauptet haben. Sowohl im Kampf gegen den Separatismus als auch in dem gegen das gut organisierte Unternehmertum haben sie ihre Aufgabe erfüllt. Der Bericht der Gewerkschaftskommission kann zusammenfassend mit Genugtuung sagen:

„Die Zentralverbände haben zwei schwere Krisen, eine organisatorische im Innern sowie eine in Kampfstellung gegen das vereinigte und gut vorbereitete Unternehmertum zu überwinden gehabt, und wie die Ergebnisse des erstatteten Berichtes beweisen, auch mit Erfolg überwunden. Die nationale Raserei in Oesterreich mag ja noch einige Jahre den Ausbau der internationalen Gewerkschaften hemmen, aber die 70.000 tschechischen, 20.000 polnischen, 9000 italienischen und 6000 slowenischen Arbeiter, die trotz der Brandfackel des Chauvinismus in den Zentralorganisationen stehen, erwecken die berechtigte Hoffnung, daß die Internationalität in den Gewerkschaften ihre Anziehungskraft auf die Masse der Arbeiter noch immer ungeschwächt ausübt und deshalb den Bestand der Zentralverbände in Oesterreich sichert."

Genossenschaftsbewegung.

Dem Zentralverband der österreichischen Konsumvereine gehörten im Jahre 1912 540 Genossenschaften an, 34 Vereine sind ihm neu beigetreten, 9 wurden ausgeschieden, so daß ein Zuwachs von 25 Genossenschaften verbleibt. Von ihnen waren 484 Konsumvereine, 34 Produktivgenossenschaften und 21 Bau- und Wohnungsgenossenschaften; eine Genossenschaft ist eine Kreditbank. Nach der Geschäftssprache gehörten dem Zentralverband österreichischer Konsumvereine 392 deutsche, 88 tschechische, 26 polnische, 19 italienische. 13 slowenische und 2 rumänische Genossenschaften an.

Wir sehen aus den angeführten Tatsachen, daß der Stand der Konsumvereine im vergangenen Jahre keineswegs ein leichter gewesen ist. Trotzdem wurde ihre Entwicklung nicht aufgehalten. Wir können zum erstenmal konstatieren, daß die Konzentration der Organisationen Fortschritte gemacht hat. Nicht weniger als 15 Konsumvereine haben sich aufgelöst, um sich mit größeren Vereinen zu verbinden. Das ist erfreulich, denn je größer der Verein wird, um so mehr kann er für seine Mitglieder leisten. Von diesen Genossenschaften berichteten rechtzeitig 434 Konsumvereine, 24 Produktivgenossenschaften und 10 Arbeiter-Bau- und Wohnungsgenossenschaften.

Diese 434 Konsumvereine hatten 296.154 Mitglieder; davon waren 52 Vereine in Niederösterreich mit 118.738 Mitgliedern, 13 Vereine in Oberösterreich mit 3315 Mitgliedern, 4 Vereine in Salzburg mit 1935 Mitgliedern, 8 Vereine in Tirol und Vorarlberg mit 3276 Mitgliedern, 21 Vereine in den übrigen Alpenländern mit 31.340 Mitgliedern, 83 Vereine in Nordböhmen mit 34.070 Mitgliedern, 60 Vereine in Westböhmen mit 39.902 Mitgliedern, 74 tschechische Vereine in Böhmen und Mähren mit 18.728 Mitgliedern, 23 Vereine im polnischen Schlesien mit 8267 Mitgliedern, 81 deutsche Vereine in Mähren und Schlesien mit 26.858 Mitgliedern, 5 Vereine im Küstenland mit 5869 Mitgliedern, 6 Vereine in Galizien mit 1117 Mitgliedern und 3 Vereine in Krain mit 2739 Mitgliedern.

Der Gesamtumsatz der Vereine ist um 12,345.808 Kr. gestiegen und beträgt 97,711.948 Kr. Das Warenlager wurde nahezu siebenmal (im Vorjahr nur wenig über sechseinhalbmal) umgesetzt. Der Gesamtbruttoertrag ist von 12,928.909 auf 14,167.333 Kr. gestiegen.

Der Umsatz, der von den einzelnen Mitgliedern erreicht wurde, ist ständig gestiegen. Im Jahre 1902/03 hatte jedes Mitglied durchschnittlich 298 Kr. Umsatz, 1912 betrug der durchschnittliche Umsatz 329 Kr. Welche Entwicklung die dem Verband angeschlossenen Konsumvereine genommen haben, zeigt am besten folgende Tabelle:

Berichtsperiode	Zahl der Vereine	Berichtende Vereine	Mitgliederzahl	Warenumsatz	Bruttoertrag	Reingewinn
				K r o n e n		
1902/03	184	137	51.677	15,804.804	2,638.527	874.466
1905	343	271	113.680	32,657.773	5,092.331	1,902.316
1908	467	383	206.620	59,606.408	8,970.334	3,188.037
1911	515	424	273.058	85,366.140	12,928.909	4,264.602
1912	540	434	296.154	97,711.948	13,461.811	3,939.024

Diese Ziffern zeigen uns das stetige Anwachsen unserer Konsumentenorganisationen.

Die 24 Produktivgenossenschaften, von denen die Berichte rechtzeitig einlangten, hatten 1825 Mitglieder. Ihr Umsatz betrug 4,708.931 Kr., der Reingewinn 120.920 Kr.

Das eingezahlte Geschäftsanteilkapital betrug 658.362 Kr., an Reservefonds hatten die Produktivgenossenschaften 168.416 Kr., an fremdem

Kapital wurden 1,362.711 Kr. verwendet und die Warenschulden betrugen 452.711 Kr.

Zehn Baugenossenschaften haben zum erstenmal einen Bericht eingesandt. Dieselben zählten 1439 Mitglieder mit 376.033 Kr. eingezahlten Geschäftsanteilen. Der Reservefonds beträgt 3912 Kr. Der Wert der Häuser beträgt 614.043 Kr., und außerdem hatten die Baugenossenschaften einen Grundbesitz von 795.371 Kr.

Rüstige Fortschritte hat im abgelaufenen Jahr wiederum die Versicherungsabteilung des Zentralverbandes gemacht. Der Neuzugang beträgt 1432 Versicherungsabschlüsse; er hat gegen das Vorjahr eine Steigerung um 25 Prozent erfahren. Die durch die Versicherungsabteilung den Versicherten errungenen Ersparungen haben 1912 eine Höhe von 20.000 Kr. erreicht.

Auch bei den fünf Verbandsorganen ist mit Ausnahme des „Zespolenie" ein erheblicher Fortschritt zu verzeichnen. „Der Konsumverein" erschien zu Ende des Jahres 1912 in einer Auflage von 4800 Exemplaren (im Vorjahr 4650), „Potravní spolek" 1700 Exemplaren (1500), „Der Pionier" 82.000 Exemplaren (78.000), „Naš rozvoj" 12.000 Exemplaren (12.000) und „Zespolenie" 2600 Exemplaren (2750).

Daß die Konsumvereine des Zentralverbandes all die widrigen Verhältnisse unversehrt überstanden haben, ist ein glänzender Beweis ihrer inneren Gesundheit und Stärke. So ist auch für die Großeinkaufsgesellschaft das Jahr 1912 trotz alledem als ein Jahr des Erfolges zu buchen. Der Umsatz der G. ö. C. ist von 1911 auf 1912 von 22,292.651 auf 24,611.926 Kr., das ist um 2,319.275 Kr. oder um 10·4 Prozent gestiegen. Dabei ist aber zu beachten, daß im letzten Jahre nicht wie in den Vorjahren die von den Hammerbrotwerken an die Konsumvereine gelieferten Waren durch die G. ö. C. fakturiert worden sind. Dadurch ist die Zunahme der Ziffern des Umsatzes gewissermaßen künstlich verringert worden.

Dem Parteivorstand überwiesene Anträge.

Der Parteitag in Wien 1912 hat eine Anzahl von Anträgen dem Parteivorstand zur Erledigung überwiesen. Dieser hat sich in seinen Sitzungen damit beschäftigt und folgende Entscheidungen getroffen:

Der Antrag 2 betrifft die Veröffentlichung aller offiziellen Publikationen des Parteivorstandes in den Tagesblättern der Partei an demselben Tage. Es wurde Vorsorge getroffen, daß in Hinkunft der Grund zu Klagen über eine verspätete Verständigung einzelner Redaktionen entfällt.

Den Antrag 5 (zweimal tägliches Erscheinen der „Arbeiter-Zeitung") mußte der Parteivorstand ablehnen, da er eine Verteuerung des Abonnements herbeigeführt hätte, wozu sich die derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse am wenigsten eignen.

Der Antrag 6 betrifft die Agitation unter den Privatangestellten und verlangt, daß ein besonderer Punkt: „Die Lage der Privatangestellten" auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages gesetzt werde. Der Parteivorstand glaubte das letztere ablehnen zu müssen, wird jedoch stets bestrebt sein, die Agitation unter den Privatangestellten auf das tatkräftigste zu fördern.

Die Durchführung des Antrages 7 (einheitliche Abrechnungsformulare für die Lokalorganisationen) muß der Parteivorstand bei der Verschiedenartigkeit der Beitragsaufteilung den einzelnen Landesorganisationen überlassen.

Was den Antrag 8 (Agitation in nicht sozialdemokratisch vertretenen Wahlbezirken) betrifft, so kann sich der

Parteivorstand nicht binden, ist jedoch bereit, derartigen Verlangen die größte Unterstützung angedeihen zu lassen.

Die Anträge 12 und 22 (Vertretungsrecht am Parteitag) hat der Parteivorstand zurückgestellt, weil er es nicht für zweckmäßig hält, schon wieder mit einer Statutenänderung vorzugehen. Er wird im geeigneten Zeitpunkt, wenn sich eine Notwendigkeit für die Aenderung des Delegationsrechtes ergeben sollte, Vorschläge machen.

Der Antrag 24 (Tagesordnung des nächsten Parteitages) erledigt sich vorläufig durch Punkt 5 der Tagesordnung unseres Parteitages, bei dem sich die Gelegenheit ergeben wird, die sozialpolitische Seite der Kinderschutzfrage zu behandeln.

Antrag 28 (Referat Adler gegen Krieg als Broschüre) ist durch die Ereignisse überholt worden. Unmittelbar nach dem Parteitag fanden Massenversammlungen statt, Flugblätter wurden herausgegeben und das am 24. und 25. November 1912 am Internationalen Sozialistenkongreß zu Basel beschlossene Friedensmanifest ist trotz der Konfiskation in großer Zahl verbreitet worden.

Was den Antrag 29 (Herausgabe eines Handbuches für Vertrauensmänner) betrifft, hat sich der Parteivorstand an die Landesorganisationen mit der Anfrage gewendet, ob sie ein einheitliches Handbuch für das ganze Reich wünschen. Es wurde geantwortet, daß in Anbetracht der organisatorischen Besonderheiten der einzelnen Länder die Herausgabe eines Handbuches den Landesorganisationen überlassen bleiben solle.

Die Anträge 25, 47 und 48 (Bestimmung des Ortes des nächsten Parteitages) wurden vom Parteivorstand im Einvernehmen mit den Vertrauensmännern der antragstellenden Organisationen durch die Einberufung des Parteitages nach Wien erledigt.

Internationale Beziehungen.

Im Kampfe für die Erhaltung des Friedens bezeugte das österreichische Proletariat im Berichtsjahr seine internationale Solidarität. Was in den Kräften der österreichischen Sozialdemokratie lag, geschah in dieser kritischen Zeit, um den Kriegsausbruch zu verhindern. (Vergleiche Seite 17 bis 23 dieses Heftes.)

Der große Wahlrechtskampf des ungarischen Proletariats gab der österreichischen Sozialdemokratie Gelegenheit, ihren Waffengenossen jenseits der Leitha die Versicherung wärmster Anteilnahme an dem erbitterten Ringen mit der korrupten Junkerklasse zu geben. Als die Wogen des Wahlrechtskampfes in Ungarn am höchsten gingen und es schien, als ob der Generalstreik unvermeidlich sei, fand in Wien am 28. Februar 1913 eine große Versammlung statt, die zu den Vorgängen in Ungarn Stellung nahm. Die Versammlung wurde wohl vom Regierungsvertreter aufgelöst, sie nahm aber nichtsdestoweniger folgende Resolution an:

„Die Versammlung spricht der ungarischen Arbeiterklasse zu ihrem heroischen Entschluß, ihre ganze Kraft, ihr Leben und Blut für die Befreiung ihres Landes und Volkes von der atavitischen Barbarei einer korrupten Vertretung einzusetzen, Sympathie und Bewunderung aus. Die herausfordernde Anmaßung, die durch Jahrzehnte überlieferte Korruption, die schamlose Wahlbestechung und brutale Vergewaltigung der Wählerschaft, der systematische Raub goldbetreßter Glücksritter am ungarischen Staatsschatz haben in den Personen und Praktiken Tiszas und Lukacs' gleichsam ihre letzte, höchste Verkörperung erfahren, um die äußerste Kraftanstrengung des ungarischen Volkes zur endlichen Vernichtung des schändlichsten Regierungssystems der Welt aufzupeitschen. In der Verachtung dieses Systems ist ganz Ungarn — die namhaftesten

Männer des Hochadels, das Bürgertum und die Intelligenz eingeschlossen — völlig einig.

Wir begrüßen den Heldenmut der Genossen unserer Bruderpartei, die in diesem heiligen Kampf die erste Reihe bezogen haben und ihre und ihrer Kinder Existenz dabei in die Schanze schlagen. Der Befreiungskampf des ungarischen Proletariats zählt schon bis heute unerhört viele Blutzeugen und die systematische Vernichtung von Arbeiterexistenzen ist unter dem Junkerregime Gewohnheitszustand. Möge das eine und letzte größte Opfer diesen mit Blut und Tränen getränkten Weg der Leiden endlich schließen.

Die Versammlung stellt die furchtbare Verantwortung jener Faktoren, welche die Großmacht zu beraten haben, vor der ganzen Oeffentlichkeit fest, die mitten unter der kriegerischen Bedrohung des Reiches für ein bankerottes Regime die volle Hälfte des Reiches dem Bürgerkrieg aussetzt und die Volksmasse in die Bajonette der eigenen herrschenden Klasse treibt. Die Arbeiterklasse Oesterreichs, die in gleicher Weise wie jene Ungarns das Opfer der Ausbeutung derselben ungarischen Junkerkaste ist und durch deren Sieg auch im eigenen Land sich politisch bedroht sieht, ist im Herzen eins mit dem Proletariat Ungarns und sendet ihm brüderlichen Gruß und heißeste Wünsche auf den vollen und endgültigen Sieg."

Unser Zentralorgan, die „Arbeiter-Zeitung", widmete sich dem Kampf gegen die ungarische Oligarchenherrschaft mit der größten Entschiedenheit. Die ungarische Regierung zollte ihrem Wirken Anerkennung, indem sie ihr das Postdebit für die Länder der ungarischen Krone entzog.

Als das belgische Proletariat zur Erringung des Wahlrechtes in den Generalstreik trat, haben die österreichischen Arbeiterorganisationen den Streikenden am 19. April 1913 als Zeichen ihrer internationalen Solidarität 5000 Frcs. geschickt.

Bei dieser Gelegenheit stellte sich die Notwendigkeit heraus, einen Fonds für internationale Zwecke zu schaffen, aus dem die Arbeiterorganisationen anderer Länder, wenn es nötig erscheint, unterstützt werden können.

Während der Kriegshetze haben die österreichischen Machthaber in Bosnien den Versuch gemacht, die junge Arbeiterbewegung dieses Landes zu Boden zu werfen. Um die bosnischen Genossen in ihrem schweren Kampf zu unterstützen, hat die österreichische Sozialdemokratie ihnen einen namhaften Betrag zur Verfügung gestellt.

Auch die Sozialdemokratie Serbiens wurde von uns unterstützt. Während des Krieges sind ihre Organisationen niedergebrochen und wir erachteten es als unsere Pflicht, im Verein mit den Arbeiterparteien der anderen Länder den serbischen Genossen nach unseren bescheidenen Kräften eine Hilfe angedeihen zu lassen.

Die Balkanwirren haben auch den Gegensatz zwischen Oesterreich und Rußland verschärft. Im April 1913 erhielten die sozialdemokratischen Parteien in Oesterreich und Ungarn ein Schreiben von der sozialdemokratischen Fraktion der vierten Reichsduma, welches im Gegensatz zu den Kriegstreibereien der Diplomaten die Einigkeit der unterjochten Völker proklamierte und sich ebenso wie die Erklärungen der österreichischen Sozialdemokraten auf den Standpunkt stellte, daß der Balkan den Balkanvölkern gehören solle. Das Schreiben schließt mit den Worten:

In unserem Kampf für den Frieden wie in unserer gesamten Tätigkeit fühlen wir uns und sehen wir uns mit euch durch die unzerreißbare Einheit der Aufgaben und Ziele verbunden. Wir haben gemeinsame Feinde und gemeinsame Freunde.

Diese durch nichts getrübte sozialistische Solidarität stärkt unseren Mut und unsere Zuversicht inmitten des schauderhaften Tobens chauvinistischer Leidenschaften.

Mit Verachtung weisen wir die deutsch- und österreichfeindliche Agitation des russischen Liberalismus zurück, der es versucht, die wilde Aufhetzung des

russischen Volkes gegen die Deutschen und alles Deutsche mit der Farbe des Fortschrittes zu bestreichen. Mit Stolz erklären wir uns für treue Schüler des deutschen Sozialismus.

Es lebe der Frieden und die Brüderlichkeit der Völker!
Es lebe das Proletariat Oesterreichs und Ungarns!
Es lebe die unabhängige demokratische Föderation auf dem Balkan!
Es lebe der internationale Sozialismus!

Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs beantwortete das Schreiben der russischen Dumafraktion mit folgendem Brief:

Wien, 29. April 1913.

An die sozialdemokratischen Abgeordneten der Reichsduma
Petersburg.

Werte Genossen!

Mit Freude und Genugtuung haben wir, haben Hunderttausende österreichischer Arbeiter euren Brief gelesen.

Unzerreißbare Bande verknüpfen uns mit euch: nicht nur die Bande, die die Gemeinschaft des Zieles knüpft, auch die Bande gemeinsamer Geschichte, gemeinsamer Erinnerung.

Mit euch haben wir die großen heldenmütigen Kämpfe der Jahre 1905 und 1906 durchlebt. Eure großen Kämpfe haben unter den Arbeitermassen Oesterreichs jene leidenschaftliche Entschlossenheit ausgelöst, die sie zum Siege im Wahlrechtskampf geführt hat. Mit euch haben wir gelitten, als feindliche Gewalten euch besiegten. Mit euch jubeln wir über alle Zeichen der Wiederbelebung der russischen Arbeiterklasse: über die großen Massenstreiks, über die Erfolge bei den Dumawahlen, über die prächtige Entwicklung eurer Presse. In eurem Aufstieg, in eurem furchtlosen Kampf gegen den panslawistischen Chauvinismus sehen wir eine der festesten Bürgschaften der europäischen Demokratie und des europäischen Friedens.

Wie ihr, erblicken auch wir die Lösung der Balkanfrage nur in der demokratischen Selbstbestimmung der Balkanvölker selbst, nur in der demokratischen Föderation der Nationen des Balkans, die gleich frei sein soll von den Einflüssen der Wiener und der Petersburger Herrschaftsgelüste.

Wie ihr, weisen auch wir mit leidenschaftlichem Abscheu jeden Gedanken an die furchtbare Katastrophe eines Krieges zwischen Oesterreich und Rußland zurück. Wie ihr, setzen auch wir seit Monaten alle Kraft in dem Kampf gegen alle kriegerischen Gelüste ein. Wie ihr haben auch wir nie einen Feldzug mit größerer Leidenschaft geführt als den Krieg gegen den Krieg.

Euren Bedrückern gilt unser unversöhnlicher Haß. Die Völker Rußlands aber sind uns verbündet durch das unzerreißbare Band des gemeinsamen Kampfes um die Freiheit und den Frieden.

Für den Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich:

Ferdinand Skaret. Viktor Adler.

Politische Verfolgungen.

An behördlichen Schikanen wie an ernsten Verfolgungen hatte es auch in diesem Jahr nicht gefehlt. Zur Zeit unseres Kampfes gegen die Kriegshetze war sogar der Druck von oben stärker als in irgendeinem anderen Jahr. Besonders auf die sozialdemokratische **Presse** war es zu dieser Zeit abgesehen. Jedes freie Wort, jede Kritik der auswärtigen Politik verfiel dem Wüten des Zensors. **Nicht weniger als 205mal wurde die deutsche Parteipresse in diesem Berichtsjahr konfisziert.** Viele Parteiblätter wurden zur Zeit der Kriegshetze von Nummer zu Nummer beschlagnahmt. Die Konfiskationen erfolgten völlig willkürlich. Die Staatsanwalte gehorchten einem ihnen erteilten Wink und konfiszierten rücksichtslos drauflos, unbeschadet ob ihre Konfiskation durch das Gesetz gerechtfertigt war oder nicht. Die vielen Konfiskationen haben unserer Parteipresse nicht geschadet. Im Gegenteil. Je

wütender sich die Staatsgewalt gebärdete, ein um so festeres Vertrauen faßte die Masse der Bevölkerung zu der aufrechten und tapferen sozialdemokratischen Presse.

Auch die Zahl der Genossen, die im Berichtsjahr wegen politischer Delikte verurteilt wurden, ist sehr groß. Es wurden uns nicht alle Verurteilungen gemeldet, ja wir werden durch unsere Statistik kaum einen Bruchteil sämtlicher Verurteilungen erfaßt haben. Nichtdestoweniger konnten wir feststellen, daß 407 Genossen zu Geldstrafen und 132 zu Arreststrafen verurteilt worden sind.

Die politischen Verfolgungen werden den Herrschenden nicht helfen. Mögen sie weiter konfiszieren und mögen sie weiterhin Urteile über unsere Genossen verhängen. Sie werden damit die Entwicklung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung nicht aufhalten, sondern sich nur selbst lächerlich machen.

Sekretariatstätigkeit.

Die großen politischen Ereignisse dieses Jahres stellten auch an das Parteisekretariat erhöhte Anforderungen. Die Ausgestaltung unseres Sekretariats ist so weit gediehen, daß es allen Anforderungen klaglos entsprechen konnte. Sowohl bei den großen Aktionen der Partei als auch im inneren Parteileben hatte das Sekretariat eine Menge Aufgaben zu erfüllen; es war der natürliche Mittelpunkt der agitatorischen und organisatorischen Arbeit.

Das Sekretariat ist beständig mit allen Bezirksvertrauensmännern des Reiches in Fühlung. Es gibt ihnen Weisungen bei größeren politischen Aktionen, hilft ihnen bei der organisatorischen Kleinarbeit und stellt ihnen auch Materialien zu politischen Vorträgen zur Verfügung.

Es wurde heuer wieder eine Anzahl Rededispositionen herausgegeben, die die wichtigsten Fragen des politischen Kampfes behandeln.

Das Sekretariat ist bemüht, stets über den Stand der Parteiorganisation unterrichtet zu sein, damit es dort eingreifen kann, wo eine Unterstützung nötig ist. Zu diesem Zwecke werden von den Bezirksvertrauensmännern mindestens alljährlich ausführliche Berichte über die Tätigkeit und den Stand der politischen Organisation abverlangt. Leider müssen wir auch diesmal, wie schon früher, die Klage erheben, daß die Bezirksvertrauensmänner nicht in genügendem Ausmaß und vor allem nicht zu den festgesetzten Terminen berichten. Die Mängel der Berichterstattung legen dem Sekretariat eine Unsumme von Arbeit auf, die leicht erspart werden könnte, wenn die Bezirksvertrauensmänner in dieser Beziehung ihre Pflichten besser erfüllen würden.

Bei der Durchführung der im Berichtsjahr stattgefundenen Reichsratsersatzwahlen hat es sich das Sekretariat angelegen sein lassen, die Genossen der betreffenden Wahlkreise nach Möglichkeit zu unterstützen. Es wurden die Vorbereitungsarbeiten zur Wahl bis in das kleinste Detail mit den Vertrauensmännern beraten, entsprechende Weisungen hinausgegeben und, wo es nötig war, blieb einer unserer Parteisekretäre eine Zeitlang im Wahlkreis. Auch die Versammlungskampagne wurde stets mit Hilfe des Parteisekretariats organisiert.

Sehr oft kommt das Sekretariat in die Lage, den Bezirksorganisationen der Provinz Referenten vermitteln zu müssen. Auch hier könnte die Arbeit des Sekretariats wesentlich vereinfacht werden, wenn die Organisationen rechtzeitig ihre Wünsche bekanntgeben würden. Noch wichtiger wäre es freilich, wenn sich die Organisationen nicht immer darauf versteifen würden, Abgeordnete als Redner zu bekommen oder gar nur einzelne bestimmte Genossen verlangen. Wenn bei Referenten-

gesuchen die Organisationen dem Sekretariat die Auswahl überlassen würden, könnten sie viel öfter und rascher mit geeigneten Vortragskräften versorgt werden.

Eine noch engere Verbindung als mit den Bezirksvertrauensmännern besteht natürlich zwischen dem Sekretariat und den Landesorganisationen. In allen wichtigen Fragen wird ein Einvernehmen mit den Landesorganisationen herbeizuführen gesucht. Es ist ja auch nur bei einer ständigen Verbindung des Reichsparteisekretariats mit den Landessekretariaten eine gedeihliche Arbeit möglich. Aufgabe des Parteisekretariats wird es sein, durch persönliche Fühlungnahme die Verbindung der Parteizentrale mit der Provinz in den nächsten Jahren noch reger zu gestalten.

Von dem raschen Anwachsen der dem Parteisekretariat obliegenden Aufgaben zeigt auch der steigende Briefverkehr. Während im Vorjahr 1876 Briefe (die Zeitungen und Drucksachen nicht miteingerechnet) eingelangt sind, waren es heuer 4964. Die Zahl der weggeschickten Poststücke stieg von 6269 auf 8806. Daß die Arbeit des Parteisekretariats sich von Jahr zu Jahr vervielfacht, ist ein erfreuliches Zeichen regeren Parteilebens und gesteigerter agitatorischer wie organisatorischer Tätigkeit unserer politischen Organisation.

Parteischiedsgericht.

Auf Antrag der Bezirksorganisation Gablonz auf Ausschluß des Parteimitgliedes Franz Fuchs ist gemäß § 52 des Organisationsstatuts ein Schiedsgericht einberufen worden. Der Parteivorstand hat als Vorsitzenden Genossen Schäfer bestimmt. Das Schiedsgericht hielt am 22. Jänner 1913 in Gablonz eine Sitzung ab, in welcher beschlossen wurde, dem Ausschlußbegehren der Gablonzer Bezirksorganisation, welches sich darauf stützte, daß sich Fuchs bei den Wahlen in die Gablonzer Bezirkskrankenkasse parteischädigend verhalten habe, stattzugeben. Nachdem eine Berufung gegen den Beschluß des Schiedsgerichtes nicht erfolgt ist, ist seine Entscheidung in Kraft getreten.

Todesfälle.

Tage der tiefen Trauer und brennenden Schmerzes mußte das österreichische Proletariat in diesem Jahre erleben. Eine Reihe der hervorragendsten Kämpfer für die Interessen des arbeitenden Volkes ist uns durch den Tod entrissen worden.

Am 11. Februar 1913 fällte die Mordwaffe eines fanatisierten Christlichsozialen unseren Franz Schuhmeier. Was Schuhmeier der Partei, was er der gesamten Arbeiterschaft Oesterreichs überhaupt war, das braucht an dieser Stelle nicht mehr gesagt zu werden. Sein Andenken wird unauslöschlich im Herzen der vielen Tausende eingegraben bleiben, die ihn zu seinen Lebzeiten als tapferen, überragenden Vorkämpfer der Arbeiterklasse geliebt und verehrt haben.

In jungen Jahren mußte ein zweiter Genosse sein Leben lassen, der zu den besten Männern des österreichischen Proletariats gehörte: Anton Schlinger. Er hat als Organisator und Agitator in Wien und Niederösterreich Mustergültiges geleistet. Bei den Wahlen im Jahre 1911 nahm er dem Deutschnationalen Weidenhoffer das Mandat des Städtewahlbezirkes Klosterneuburg-Krems ab, ein Mandat, von dem wir vordem nicht zu hoffen wagten, daß es uns erreichbar sei.

Im August 1912 starb in Graz der Genosse Josef Gans. Er war Jahrzehnte hindurch in der österreichischen Arbeiterbewegung tätig. Früher ein „Radikaler", bemühte er sich am Hainfelder Parteitag mit großem Eifer um die Einigung der österreichischen Arbeiterbewegung. Nach der erfolgten Einigung widmete er seine ganze Kraft der Partei.

Ein treuer, alter Vorkämpfer des mährischen Proletariats, der Genosse Johann Zelbr, starb Ende September 1912. Er war seit den Achtzigerjahren in der Arbeiterbewegung tätig gewesen und hatte wichtige Funktionen in der mährischen Parteiorganisation bekleidet. Im Jahre 1907 war er Kandidat der sozialdemokratischen Partei im Reichsratswahlkreis Grußbach-Land.

Am 28. Dezember 1912 starb in Wien ein anderer Genosse der alten Schule, der Etuimacher Johann Wittasek. Seit Anfang der Siebzigerjahre stand er in der Arbeiterbewegung und bekleidete in Wien und Niederösterreich eine Reihe wichtiger Vertrauensstellen.

Unerwartet rasch ist uns der Obmannstellvertreter der Wiener Bezirksleitung der Metallarbeiter und Administrator des „Arbeiterschutz", der noch junge Genosse Max Stein durch den Tod entrissen worden. Auch im Vorstand des Verbandes der Allgemeinen Arbeiter-Kranken- und Unterstützungskassen Oesterreichs sowie als Beisitzer des Gewerbegerichts war er jahrelang für die Interessen der Arbeiterschaft tätig gewesen.

Ein schwerer Verlust für die niederösterreichische Parteiorganisation war der Tod Karl Gürlichs. In der Wiener und in der Provinzorganisation wirkte er viele Jahre als Vortragender. Vom Jahre 1903 bis 1907 war er auch Mitglied der Landesparteivertretung. Bei den ersten Wahlen nach dem allgemeinen Wahlrecht im Jahre 1907 wurde er als Kandidat in zwei südböhmischen Bezirken aufgestellt. Im Jahre 1911 kandidierte er im niederösterreichischen Landgemeindenbezirk Schwechat-Bruck. Auch als Gewerkschafter war Gürlich in hervorragender Weise tätig.

In Haida starb im Jänner 1913 die Genossin Marie König. Eine warmherzige Idealistin, vermachte sie letztwillig den größten Teil ihres Vermögens der sozialdemokratischen Partei, welcher sie bei Lebzeiten mit ganzem Herzen angehört hatte.

Die Pflicht der Dankbarkeit gebietet es, daß wir an dieser Stelle auch eines Mannes gedenken, der, obwohl nicht Sozialdemokrat, der Arbeiterschaft große Dienste erwies: Dr. Ferdinand Kronawetter. Zur Zeit, als die österreichische Arbeiterschaft von den Behörden in unerhörter Weise drangsaliert wurde, war Kronawetter einer der wenigen, die mannhaft und entschieden für sie in die Schranken traten. Des tapferen Demokraten werden wir stets in Ehren gedenken.

Auch unsere Bruderparteien haben in diesem Jahre schmerzliche Verluste zu beklagen. Am erschütterndsten traf das Proletariat der ganzen Erde die Kunde von dem Tode August Bebels. Mit ihm sank nicht nur der Stolz der deutschen Arbeiterschaft, mit ihm sank der verehrteste Mann der gesamten proletarischen Internationale ins Grab.

Wir gedenken an dieser Stelle auch des Todes von Minna Kautsky, der bekannten und beliebten Schriftstellerin. Der österreichischen Arbeiterschaft stand sie, die selbst Oesterreicherin war, besonders nahe.

Die tschechoslawische Sozialdemokratie hat in diesem Jahre unter anderen die Genossen Josef Steiner und Wilhelm Cerny verloren. Lange Jahre standen diese beiden Genossen Schulter an Schulter mit uns im gemeinsamen Kampf gegen den Kapitalismus.

Viele andere brave Genossen, die wir nicht mit Namen nennen können, sind in diesem Jahre dahingegangen. Wir gedenken aller, die für die Sache des Proletariats gelebt und gekämpft haben; ihr Angedenken wird in unseren Herzen weiterleben.

Ferdinand Skaret,
Parteisekretär.

Bericht des Parteikassiers

für die Zeit vom 1. Juli 1912 bis 30. Juni 1913.

I. Allgemeine Kassengebarung.

	Kronen
Die Gesamteinnahmen betrugen	139.583·01
Die Gesamtausgaben	119.387·60
Kassensaldo per 1. Juli 1913	20.195·41

Detailausweis.

A. Einnahmen:

	Kronen
Saldo per 1. Juli 1912	6.671·68
Parteieinnahmen	70.255·16
Rückzahlung des Wahlfonds	25.686·15
Parteiunternehmungen	22.454·45
Maizeichen	7.732·29
Darlehensrückzahlung	6.284·46
Zünder	498·82
Zusammen	139.583·01

Die Parteieinnahmen setzen sich zusammen aus:

	Kronen
Marken, Legitimationen, Einlegeblätter	43.022·78
Alte Parteisteuer	7.542·38
Klub deutscher sozialdemokratischer Abgeordneter	5.000·—
Sammlungen*)	10.582·50
Zinsen	2.615·27
Diverse Einnahmen	1.492·23
Zusammen	70.255·16

B. Ausgaben:

	Kronen	
Subventionen an Vertrauensmänner und Parteisekretariate	23.948·89	
Unterrichtsorganisation	6.510·—	
Jugendorganisation	3.300·—	
Frauenorganisation (Subvention und Markenverrechnung)	8.299·54	
Versammlungen	2.607·46	
Delegationen	2.045·36	
Allgemeine Agitation (Vortragsdispositionen 2c.)	1.996·—	
Parteitag	2.352·40	
Gesamtexekutive	1.210·—	
Internationales Bureau	1.338·25	
Archiv und Bibliothek	2.714·67	
Prozeßkosten	915·20	
Inhaftiertenunterstützung	4.156·53	
Pensionen	1.430·—	
Witwenunterstützungen	755·—	
Parteikontrollspesen	2.050·80	
Diverse Unterstützungen	607·—	66.237·10
Fürtrag		66.237·10

*) Für spezielle Zwecke wie: Internationaler Fonds, Inhaftiertenfonds 2c.

	Uebertrag . .	66.237·10
	Kronen	
Gehalte und Remunerationen	21.291·78	
Miete, Beleuchtung und Beheizung	3.600·—	
Drucksachen, Porto und Telephon	2.838·95	
Hilfspersonal	4.538·—	
Kranken- und Pensionsversicherung	1.466·54	
Steuer	326·67	
Diverse Ausgaben (Inventaranschaffung rc.)	3.517·90	37.579·84
Parteisteuerregie (Marken, Liste und Legitimationen)	4.676·02	
Maizeichen	4.054·84	
Parteiunternehmungen	2.169·80	
Darlehen	4.670·—	15.570·66
Gesamtsumme der Ausgaben		119.387·60

Die Ausgaben für Agitation und verschiedene Arten von Unterstützungen verteilen sich auf die Kronländer folgendermaßen:

	Kronen
Niederösterreich	5.932·58
Oberösterreich	334·80
Salzburg	279·40
Tirol	602·40
Vorarlberg	520·—
Steiermark	38·40
Böhmen	10.544·27
Mähren	2.384·90
Schlesien	1.433·—
Bukowina	1.050·—

Ferner wurden abgegeben an die österreichischen Bruderparteien (Polen, tschechische Zentralisten, Slowenen, Bosnier) Kr. 4255·80 und für Zwecke der Internationale und ausländischer Bruderparteien Kr. 9003·25.

Die Parteivertretung subventioniert gegenwärtig 25 Sekretariate, und zwar: Unterrichtssekretariat, Frauensekretariat, Jugendsekretariat; ferner je ein Sekretariat in Niederösterreich, Oberösterreich, Tirol, Vorarlberg, Mähren, Bukowina, in der Schweiz, 11 in Böhmen und 4 in Schlesien.

II. Wahlfonds.

(§ 19 des Organisationsstatuts.)

Einnahmen Kronen		Ausgaben Kronen	Saldo vom Juli 1913 Kronen
60.214·04	Wahlagitation	24.852·90	9.674·99
	Rückzahlung der Schuld aus den Jahren 1911 und 1912 an die Parteikasse	25.686·15	
		50.539·05	

Von den Wahlfondseinnahmen entfallen auf

	Kronen
Marken	52.192·65
Sammlungen	8.021·39
Summe . .	60.214·04

Die **Wahlfondsausgaben** verteilen sich folgendermaßen:

	Kronen
Allgemeine Ausgaben	2.603·20
Niederösterreich	18.264·80
Kärnten	431·54
Böhmen	151·20
Mähren	3.378·36
Schlesien	23·80
Summe . .	24·852·90

Bei den letzten allgemeinen Reichsratswahlen sowie den in der vorletzten Berichtsperiode erfolgten Nachwahlen ergaben sich Mehrausgaben in dem oben genannten Betrag von Kr. 25.686·15, zu deren Deckung Darlehen aufgenommen werden mußten. Dieses Erfordernis sowohl, als auch die großen Kosten, die die Nachwahlen zu verursachen pflegen, waren neben den enormen Anforderungen, die die Reichsratswahlen überhaupt an die Parteikasse stellen, dann auch eine der Hauptursachen, die zur Schaffung eines eigenen Wahlfonds führten. Die aufgenommene Schuld mußte zurückgezahlt werden; überdies kam es wieder zu einer Reihe von Neuwahlen. Von diesen entfallen zwei auf Niederösterreich (Wien, achter Wahlkreis, und Krems), eine auf Mähren (Neutitschein). Das oben genannte Sammlungsergebnis ist beinahe ausschließlich in Wien und Niederösterreich zustande gekommen, so daß sich die eigentlichen Ausgaben für die beiden Wahlen in Niederösterreich aus den Wahlfondsmarken auf rund 10.000 Kr. belaufen.

III. Schuhmeier-Fonds.

Das tragische Ende Franz Schuhmeiers veranlaßte den Parteivorstand, zur dauernden Erinnerung an diesen unseren unvergeßlichen Freund, der zeitlebens das Muster eines hochstrebenden, bildungseifrigen Proletariers war, einen **Franz Schuhmeier-Fonds** für die Bildung und Erziehung der Arbeiterjugend zu gründen. Der zu diesem Zweck veröffentlichte Aufruf ergab bis Ende Juni 1913 ein Sammlungsergebnis von **Kr. 14.687·—.**

Die Parteimarken, der Parteiwahlfonds und die alte Parteisteuer.

Die Einnahmen der Zentrale aus den Parteimarken betrugen im Berichtsjahr brutto Kr. 39.487·69. Da zwei Drittel der für Frauenmarken eingenommenen Gelder an das Frauenreichskomitee abzuliefern sind, verblieb dem Parteivorstand eine Nettoeinnahme von Kr. 35.120·81. Es wurden also im Berichtsjahr um Kr. 3383·49 **weniger** eingenommen als in der Periode 1911/12. **Sechs** Länder hatten diesmal im Gesamtumsatz eine Verminderung und nur vier eine nicht sehr beträchtliche Vermehrung aufzuweisen. Zwei Länder blieben stationär. Das Berichtsjahr hat also nicht die erhoffte Steigerung in der Zahl der Parteimitglieder gebracht. Es weist sogar einen **Rückgang** aus. Diese durchaus unerfreuliche Tatsache ist zurückzuführen auf die furchtbare wirtschaftliche Krise, unter der der Staat infolge der Balkankriege und der unsinnigen Politik der österreichischen „Staatsmänner" leidet. Es kostete ungeheure Mühe, den Mitgliederstand auch nur zu erhalten.

Der **Reichswahlfonds** hat in diesem Jahre an Beiträgen aus den Organisationen Kr. 49.790·46 gebracht. Dazu die 966 Kr., welche im Vorjahr eingenommen wurden, ergibt für den Reichswahlfonds, abgesehen von Sammelergebnissen, eine bisherige Gesamteinnahme von Kr. 50.756·46. Die für diesen Zweck einlangenden Gelder werden, den Parteitagsbeschlüssen entsprechend, **vollkommen getrennt** von den übrigen Parteigeldern verwaltet.

Die alte Reichsparteisteuer ergab in diesem Jahre nur mehr eine Gesamteinnahme von Kr. 7542˙38. Aus der immer geringer werdenden Zahl der Organisationen und der Orte, aus denen sie abgeführt wird, sieht man, wie diese Quelle nach und nach versiegt. Leider bieten die Einnahmen aus den Parteimarken noch lange keinen entsprechenden Ersatz für die daraus der Parteikasse entstehenden Verluste.

Restzahlungen für die ehemalige zehnprozentige Abgabe der Bezirksorganisationen liefen nur aus dem IX. und XIX. Wiener Bezirk ein. Sie betrugen Kr. 64˙82. Leider schulden noch immer viele Bezirke beträchtliche Reste, ohne daß eine Aussicht auf baldige Abzahlung der Rückstände vorhanden wäre.

Vergleichende Zusammenstellung des Gesamteinlaufes

für Parteimarken nach Kronländern.

Land	Männermarken vom		Frauenmarken vom		Gesamteinlauf vom		1912/13 ergibt sich gegenüber 1911/12 ein	
	1. Juli 1912 bis 30. Juni 1913	1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912	1. Juli 1912 bis 30. Juni 1913	1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912	1. Juli 1912 bis 30. Juni 1913	1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912	+	−
	Kronen							
Böhmen	8700·—	10350·—	2385·—	1860·—	11085·—	12210·—	.	1125·—
Bukowina	120·—	60·—	.	.	120·—	60·—	60·—	.
Kärnten	990·—	1080·—	300·—	210·—	1290·—	1290·—	.	.
Mähren	660·—	1110·—	240·—	360·—	900·—	1470·—	.	570·—
Niederösterreich	2457·—	3129·—	1846·17	1588·50	17691·69	18633·50	.	941·81
Wien, nur Männer	13388·52	13916·—	.	.				
Oberösterreich	1440·—	1350·—	278·84	309·—	1718·84	1659·—	59·84	.
Salzburg	615·—	720·—	198·—	255·—	813·—	975·—	.	162·—
Schlesien	645·93	669·—	372·30	393·—	1018·23	1062·—	.	43·77
Steiermark	3180·	3480·—	660·—	540·—	3840·—	4020·—	.	180·—
Tirol	600·—	630·—	210·—	30·—	810·—	660·—	150·—	.
Triest	50·93	31·80	.	.	50·93	31·80	19·13	.
Vorarlberg	90·—	120·—	60·—	30·—	100·—	150·—		.
Summe	32937·38	36645·80	6550·31	5575·50	39487·69	42221·30		2733·61

Das Frauenreichskomitee erhielt vom Parteivorstand Kr. 4366˙87.

Der Gesamteinlauf aus Beiträgen der Organisationen betrug: Parteimarken Kr. 35.120˙81, Reichswahlfonds Kr. 49.790˙46, alte Reichsparteisteuer Kr. 7542˙38 und Reste auf die zehn Prozent Kr. 64˙82, zusammen also Kr. 92.518˙47. Das ist allerdings um Kr. 32.170˙59 mehr als im Vorjahr. Wenn man aber bedenkt, daß die Kr. 49.790˙46 des Wahlfonds für allgemeine Parteizwecke nicht zur Verfügung stehen, kann von einer wirklichen Besserung der Parteieinnahmen, so weit die Beiträge der Organisationen in Betracht kommen, nicht gesprochen werden.

Der Parteikassier:
Dr. W. Ellenbogen.

Revidiert und richtig befunden:

Heinrich Beer, Ludwig Czech, Martin Dimnig, Josef Gruber, Hans Jokl, Robert Preußler, Hans Resel, Anton Schäfer, Josef Seliger, Laurenz Widholz.

Abrechnung der Parteimarken (nach Ländern und Monaten geordnet).

Hier sind nur die tatsächlich in der Zeit vom 1. Juli 1912 bis 30. Juni 1913 abgelieferten Beträge berücksichtigt.

a) Männermarken.

Postnummer	Land	1912						1913						Summe
		Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	
		Kronen												
1	Böhmen	900·—	900·—	.	510·—	915·—	726·—	954·—	954·—	1056·—	594·—	489·—	702·—	8700·—
2	Bukowina	.	.	.	30·—	.	.	.	30·—	.	.	.	60·—	120·—
3	Kärnten	90·—	.	150·—	150·—	.	60·—	150·—	150·—	.	90·—	150·—	.	990·—
4	Mähren	30·—	90·—	.	90·—	90·—	.	90·—	90·—	.	180·—	.	.	660·—
5	Niederösterreich (ohne Wien)	429·—	60·—	105·—	210·—	210·—	153·—	270·—	150·—	270·—	240·—	240·—	120·—	2457·—
6	Wien (Wochenmarken)	1127·—	1210·02	805·—	1120·—	947·50	1050·—	989·—	1260·—	1330·—	910·—	1470·—	1120·—	13388·52
7	Oberösterreich	270·—	.	90·—	90·—	150·—	90·—	90·—	90·—	210·—	90·—	90·—	180·—	1440·—
8	Salzburg	.	60·—	.	120·—	60·—	60·—	30·—	60·—	60·—	60·—	75·—	30·—	615·—
9	Schlesien	120·93	15·—	42·—	51·—	54·—	45·—	84·—	60·—	15·—	60·—	69·—	30·—	645·93
10	Steiermark	450·—	240·—	120·—	390·—	180·—	240·—	300·—	300·—	300·—	330·—	150·—	180·—	3180·—
11	Tirol	120·—	.	.	.	.	.	180·—	90·—	.	.	150·—	60·—	600·—
12	Triest	3·87	6·—	.	.	6·—	4·16	6·—	.	7·50	8·40	.	9·—	50·93
13	Vorarlberg	.	.	30·—	.	30·—	.	.	30·—	.	.	.	.	90·—
													Gesamtsumme . .	32937·38

b) Frauenmarken.

Postnummer	Land	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Summe
1	Böhmen	450·—	.	300·—	90·—	90·—	195·—	450·—	180·—	300·—	150·—	.	180·—	2385·—
2	Bukowina	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
3	Kärnten	30·—	.	60·—	.	.	30·—	60·—	60·—	.	30·—	30·—	.	300·—
4	Mähren	30·—	30·—	.	30·—	30·—	.	30·—	30·—	.	60·—	.	.	240·—
5	Niederösterreich (mit Wien)	303·—	26·67	36·—	151·50	159·—	150·—	240·—	150·—	120·—	180·—	210·—	120·—	1846·17
6	Oberösterreich	30·—	30·—	.	30·—	30·—	30·—	18·84	30·—	30·—	30·—	.	30·—	278·84
7	Salzburg	.	.	.	27·—	15·—	30·—	30·—	18·—	18·—	18·—	36·—	6·—	198·—
8	Schlesien	26·10	31·20	36·—	15·—	54·—	15·—	66·—	15·—	39·—	15·—	60·—	.	372·30
9	Steiermark	90·—	60·—	.	150·—	30·—	90·—	60·—	60·—	90·—	30·—	.	.	660·—
10	Tirol	30·—	.	.	.	.	.	90·—	30·—	.	.	30·—	30·—	210·—
11	Triest	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
12	Vorarlberg	.	.	30·—	.	.	.	.	.	.	.	30·—	.	60·—
													Gesamtsumme . .	6550·31

Ausgegeben

wurden in der Berichtszeit in den Landesorganisationen.

Monat	Partei-Legitimationen	Männermarken: alte ohne Wahlfonds	Männermarken: neue mit Wahlfonds	Männermarken: Umtausch neuer gegen alte	Wiener Wochenmarken: alte ohne Wahlfonds	Wiener Wochenmarken: neue mit Wahlfonds	Wiener Wochenmarken: Umtausch neuer gegen alte	Frauenmarken: alte ohne Wahlfonds	Frauenmarken: neue mit Wahlfonds	Frauenmarken: Umtausch neuer gegen alte
Juli 1912 .	4150	–	70010	15292	48000	113000	27000	19000	14500	2160
August „ . .	3100	—	46700	9980	1000	171860	2140	4400	2929	4611
September „ . .	2900	—	24900	10310	—	115000	—	11000	5400	10
Oktober „ . .	4550	—	49000	8479	—	180000	—	6550	6500	1649
November „ .	5800	—	59300	1121	500	152000	7489	7500	9100	121
Dezember „ . .	7020	—	46700	372	—	140000	—	4500	11500	493
Jänner 1913 . .	4000	—	66000	—	—	137000	—	4000	28828	421
Februar „ . .	4100	—	72800	510	—	180000	—	2600	17500	190
März „ . .	3736	—	66950	30	—	190000	—	3600	17300	4659
April „ . .	4686	—	53080	—	—	130000	—	600	14500	249
Mai „ . .	5100	—	47100	—	—	240000	—	1000	13200	—
Juni „ . .	500	—	45700	—	—	130000	—	—	14200	—
Summe . .	49642	—	649040	46094	49500	1878860	36629	64750	155457	14563
					1928360			220207		

Es wurden also im Berichtsjahr durchschnittlich per Monat 54.086 Männer- und 18.350 Frauen- und durchschnittlich per Woche 37.083 Wiener Wochenmarken ausgegeben. Da die ständigen Zahlen für das Vorjahr 62.541, 16.112 und 38.230 waren, ergibt sich nur bei den Frauenmarken ein Fortschritt. Sowohl in der Provinz wie in Wien ist der Absatz an Männermarken zurückgeblieben, was dem eingangs Gesagten entspricht.

Ausweis

über die während der Berichtszeit eingelaufene alte Reichsparteisteuer.

Land	Restzahlungen: Zahl der Organisationen	Restzahlungen: Betrag Kronen	Zweites Halbjahr 1912: Zahl der Organisationen	Zweites Halbjahr 1912: Betrag Kronen	Erstes Halbjahr 1913: Zahl der Organisationen	Erstes Halbjahr 1913: Betrag Kronen	Gesamtsumme Kronen	Gesamtzahl der Organisationen	Gesamtzahl der Orte
Böhmen	44	348·75	33	199·12	14	65 07	612·94	47	45
Bukowina	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Galizien	1	18·—		.	.	.	18·—	1	1
Kärnten	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Mähren	2	21·96	2	13·54	1	5·04	40·54	3	3
Niederösterreich . .	18	214·49	13	67·37	7	54·04	335·90	19	19
Wien	44	3256·12	31	2031·46	14	904·15	6191·73	48	1
Oberösterreich . . .	7	26·90	7	36·51	5	18·66	82 07	7	6
Salzburg	4	14·74	4	34·26	4	22·58	71·5[illegible]	4	4
Schlesien	4	52·30	3	33·16	2	27·16	112·62	5	3
Steiermark . . .	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Tirol	2	17·—	2	34·—	2	26·—	77·—	2	1
Vorarlberg	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Summe . .	126	3970·26	95	2449·42	49	1122·70	7542·38	136	83

Einnahmen des Reichswahlfonds

von den Landesorganisationen vom 1. Juli 1912 bis 30. Juni 1913.

Land	Zweites Halbjahr 1912			Erstes Halbjahr 1913			Die ganze Berichtszeit		
	durch Männermarken	durch Frauenmarken	Zusammen	durch Männermarken	durch Frauenmarken	Zusammen	durch Männermarken	durch Frauenmarken	Zusammen
	Kronen								
Böhmen	6257·40	80·—	6337·40	6332·—	938·16	7270·16	12589·40	1018·16	13607·56
Bukowina	40·—	.	40·—	120·—	.	120·—	160·—	.	160·—
Kärnten	756·20	103·—	859·20	720·—	120·—	840·—	1476·20	223·—	1699·20
Mähren	481·52	112·98	594·50	480·—	80·—	560·—	961·52	192·98	1154·50
Niederösterreich (Frauen mit Wien)	1937·68	679·88	2617·56	1720·—	680·98	2400·98	3657·68	1360·86	5018·54
Wien (nur Männer)	8884·89	.	8884·89	10070·—	.	10070·—	18954·89	.	18954·89
Oberösterreich	1083·56	28·—	1111·56	1005·56	103·58	1109·14	2089·12	131·58	2220·70
Salzburg	400·—	.	400·—	420·—	4·—	424·—	820·	4·—	824·—
Schlesien	472·—	118·40	590·40	434·08	130·22	564·30	906·08	248·62	1154·70
Steiermark	1760·—	.	1760·—	2080·—	.	2080·—	3840·—	.	3840·—
Tirol	160·—	20·—	180·—	640·—	120·—	760·—	800·—	140·—	940·—
Triest	21·77	.	21·77	41·20	.	41·20	62·97	.	62·97
Vorarlberg	113·40	.	113·40	40·—	.	40·—	153·40	.	153·40
Summe	22368·42	1142·26	23510·68	24102·84	2176·94	26279·78	46471·26	3319·20	49790·46

Die Erläuterungen zu den beiden letzten Tabellen sind bereits oben gegeben worden.

Kassenbericht des Frauenreichskomitees

für die Zeit vom 1. Juli 1912 bis 30. Juni 1913.

Einnahmen	Kronen	
Marken vom Parteisekretariat	4829·54	
Arbeiterinnen-Zeitung	800·—	
Rückvergütung für Versammlungen . .	529·91	
Korrespondenz des Frauenreichskomitees	66·—	
Broschüren	38·90	
Frauentag	2622·78	
Postsparkassenzinsen .	13·35	
Diverses	19·10	
Durchgangsposten . .	1208·54	10128·12
Saldo am 1. Juli 1912	.	1430·50
Zusammen . .	.	11558·62

Ausgaben	Kronen	
Subventionen	1050·—	
Versammlungskosten .	1417·66	
Delegationskosten . .	240·40	
Korrespondenz	710·61	
Frauentag	335·39	
Broschüren	184·21	
Bildungsarbeit . . .	153·—	
Arbeiterschule	240·—	
Druckerei	2700·—	
Kanzleierfordernisse	337·72	
Postporto	152·67	
Postsparkasse	22·81	
Spende (Kinderrat und Kränze)	94·40	
Diverses	60·84	
Durchgangsposten . .	1208·54	8908·25
Saldo am 30. Juni 1913	.	2650·37
Zusammen . .	.	11558·62

Gabriele Proft, Kassierin.

Mathilde Eisler
Kontrolle.

Josefine Deutsch
Kontrolle.

Tabellarische Uebersicht über die Gesamtorganisation.

1. Gesamtübersicht.

Name des Landes	Orte mit sozialdemokratischer Organisation: Politische Vereine	Orte mit sozialdemokratischer Organisation: Freie politische Organisationen	Orte mit sozialdemokratischer Organisation: Frauenorganisationen	Zahl der: Jugendorganisationen	Zahl der: anderen Vereine (Turn-, Gesang- rc.)	Mitgliederstand: Politische Vereine	Mitgliederstand: Freie politische Organisationen	Mitgliederstand: Frauenorganisationen	Mitgliederstand: Jugendorganisationen	Mitgliederstand: Andere Vereine (Turn-, Gesang- rc.)	Abgehaltene politische Versammlungen: Vereinsversammlungen	Abgehaltene politische Versammlungen: § 2- und Vertrauenspersonenversammlungen	Abgehaltene politische Versammlungen: Volksversammlungen	Politische Verfolgungen: Anzahl der Geldstrafen	Politische Verfolgungen: Anzahl der Arreststrafen	Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter, Wahlkörper: I.	Wahlkörper: II.	Wahlkörper: III.	Wahlkörper: IV.	Zahl der Orte mit Maifeier
Böhmen	540	151	141	210	433	26471	6884	6838	7159	25423	2377	5417	729	155	10	14	69	862	.	219
Bukowina	7	.	.	4	2	505	.	.	171	90	4	59	21	.	.	.	3	2	.	5
Kärnten	97	.	13	3	27	3316	.	791	118	891	125	183	74	11	.	.	1	25	.	33
Mähren	116	.	18	16	52	4459	.	1123	565	2447	411	769	217	21	.	1	3	58	4	52
Niederösterreich	99	43	39	55	167	9886	2178	2498	1831	6803	535	1456	279	133	.	.	4	38	128	94
Wien	1	.	20	23	116	42795	.	3583	1980	11459	587	1932	99	37	97	.	.	1	6	1
Oberösterreich	64	.	16	10	30	4962	.	827	410	2049	242	830	130	16	1	.	.	20	12	36
Salzburg	46	.	9	2	14	2452	.	555	55	510	155	231	59	1	.	2	.	3	.	21
Schlesien	71	.	14	6	30	2722	.	1106	205	1341	202	200	127	23	24	.	1	49	.	23
Steiermark	34	59	27	20	81	8032	3969	1956	820	5274	211	887	215	6	.	.	.	108	.	44
Tirol	6	18	10	1	17	1923	863	630	47	1015	118	152	35	2	.	.	.	7	2	12
Vorarlberg	13	.	5	.	15	552	.	151	.	786	106	98	24	2	.	.	1	2	14	8
Zusammen 1913	1094	271	312	350	984	108075	13894	20058	13361	58088	5373	12214	2014	407	132	17	82	1175	166	548
Zusammen 1912	1120	248	286	321	942	111876	13558	20090	13052	56730	4736	11693	2085	428	77	16	47	1004	133	437

2. Länderberichte.

Name der Bezirksorganisation	Orte mit sozialdemokratischer Organisation: Politische Vereine	Freie politische Organisationen	Frauenorganisationen	Zahl der: Jugendorganisationen	anderen Vereine (Turn-, Gesang- rc.)	Mitgliederstand: Politische Vereine	Freie politische Organisationen	Frauenorganisationen	Jugendorganisationen	Andere Vereine (Turn-, Gesang- rc.)	Abgehaltene politische Versammlungen: Vereinsversammlungen	⅔- und Vertrauenspersonenversammlungen	Volksversammlungen	Politische Verfolgungen: Anzahl der Geldstrafen	Anzahl der Arreststrafen	Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter, Wahlkörper: I.	II.	III.	IV.	Zahl der Orte mit Maifeier
Böhmen.																				
Trautenau	49	.	12	5	21	1702	.	339	165	895	265	175	64	22	.	.	1	52	.	11
Gablonz	32	.	10	16	29	1589	.	507	615	2244	169	123	30	3	.	.	.	16	.	15
Reichenberg	63	23	31	35	101	3631	711	1149	1360	5590	207	957	112	3	.	2	9	233	.	30
Warnsdorf	31	.	7	12	28	2378	.	862	545	2638	101	379	38	38	5	.	6	31	.	17
Bodenbach	26	63	15	45	46	1085	3671	823	1350	2779	83	998	73	13	2	.	9	176	.	50
Aussig	66	.	15	9	23	3119	.	734	269	1090	345	331	30	3	.	.	.	20	.	7
Teplitz	123	.	31	34	58	4914	.	1218	965	2663	525	902	116	33	1	1	8	73	.	37
Karlsbad	102	22	13	49	102	5955	1074	838	1685	5772	398	946	125	32	1	11	33	202	.	17
Asch-Eger	19	5	6	1	17	1005	204	323	80	1183	104	243	64	4	1	.	.	9	.	15
Südwestböhmen	15	16	.	3	3	548	440	.	110	100	80	121	31	2	.	.	2	30	.	6
Südböhmen	14	21	1	1	4	545	594	45	15	149	95	234	45	2	.	.	1	20	.	13
Prag	.	1	.	.	1	.	190	.	.	300	5	8	1	.	.	.	.	.		1
Zusammen 1913	540	151	141	210	433	26471	6884	6838	7159	25423	2377	5417	729	155	10	14	69	862	.	219
Zusammen 1912	569	156	123	209	460	26199	7194	6901	7525	22110	2239	5854	756	206	19	15	42	764	.	192

Name der Bezirksorganisation	Orte mit sozialdemokratischer Organisation: Politische Vereine	Orte mit sozialdemokratischer Organisation: Freie politische Organisationen	Orte mit sozialdemokratischer Organisation: Frauenorganisationen	Zahl der: Jugendorganisationen	Zahl der: anderen Vereine (Turn-, Gesang- 2c.)	Mitgliederstand: Politische Vereine	Mitgliederstand: Freie politische Organisationen	Mitgliederstand: Frauenorganisationen	Mitgliederstand: Jugendorganisationen	Mitgliederstand: Andere Vereine (Turn-, Gesang- 2c.)	Abgehaltene politische Versammlungen: Vereinsversammlungen	Abgehaltene politische Versammlungen: § 2- und Vertrauenspersonenversammlungen	Abgehaltene politische Versammlungen: Volksversammlungen	Politische Verfolgungen: Anzahl der Geldstrafen	Politische Verfolgungen: Anzahl der Arreststrafen	Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter, Wahlkörper: I.	II.	III.	IV.	Zahl der Orte mit Maifeier
I. Kreis: Trautenau.																				
Braunau	16	.	7	2	4	502	.	193	62	235	79	37	17	11	.	.	.	14	.	1
Grulich	2	.	.	.	1	101	.	.	.	24	18	16	8	.	.	.	.	3	.	2
Hohenelbe-Arnau	11	.	.	1	5	347	.	.	18	176	57	20	6	.	.	.	1	5	.	4
Landskron	8	.	2	1	3	192	.	55	35	99	13	50	31	9	.	.	.	27	.	2
Trautenau	12	.	3	1	8	560	.	91	50	361	98	52	2	2	.	.	.	3	.	2
Zusammen 1913	49	.	12	5	21	1702		339	165	895	265	175	64	22	.	.	1	52	.	11
Zusammen 1912	74	3	1	9	18	1978	.	287	42	691	182	186	53	22	.	.	1	19	.	14
II. Kreis: Gablonz-Hohenelbe.																				
Gablonz	19	.	5	9	16	961	.	227	340	1086	101	99	17	3	.	.	.	2	.	10
Tannwald	13	.	5	7	13	628	.	280	275	1158	68	24	13	.	.	.	.	14	.	5
Zusammen 1913	32	.	10	16	29	1589	.	507	615	2244	169	123	30	3	.	.	.	16	.	15
Zusammen 1912	35	.	10	16	34	1658	.	519	600	2126	139	228	20	.	.	.	.	16	.	12

Name der Bezirksorganisation	…te mit sozialdemokratischer Organisation			Zahl der		Mitgliederstand					Abgehaltene politische Versammlungen			Politische Verfolgungen		Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter				Zahl der Orte mit Maifeier
	Politische Vereine	Freie politische Organisationen	Frauenorganisationen	Jugendorganisationen	anderen Vereine (Turn-, Gesang- 2c.)	Politische Vereine	Freie politische Organisationen	Frauenorganisationen	Jugendorganisationen	Andere Vereine (Turn-, Gesang- 2c.)	Vereinsversammlungen	§ 2- und Vertrauenspersonenversammlungen	Volksversammlungen	Anzahl der Geldstrafen	Anzahl der Arreststrafen	Wahlkörper I.	Wahlkörper II.	Wahlkörper III.	Wahlkörper IV.	
III. Kreis: Reichenberg.																				
Deutsch-Gabel	1	7	.	3	4	32	153	.	110	219	4	72	8	.	.	1	4	18	.	3
Friedland-Neustadt a. d. T.	33	.	4	9	18	1086	.	138	310	1130	15	239	33	3	.	.	1	71	.	6
Kratzau	20	.	7	8	30	971	.	313	320	1396	.	256	16	.	.	.	.	53	.	2
Niemes	1	8	3	1	7	206	190	140	60	780	77	54	8	.	.	.	3	34	.	2
Reichenberg	27	.	16	10	34	1243	.	513	450	1612	105	295	38	.	.	1	1	40	.	14
Zwickau	1	8	1	4	8	93	368	45	110	453	6	61	9	.	.	.	.	17	.	3
Zusammen 1913	83	23	31	35	101	3631	711	1149	1360	5590	207	977	112	3	.	2	9	233	.	30
Zusammen 1912	79	27	27	31	87	3503	606	1220	1515	3770	309	1024	228	25	.	3	9	205	.	31
IV. Kreis: Warnsdorf.																				
Rumburg	8	.	1	3	11	869	.	180	150	1366	40	98	11	3	.	.	6	28	.	7
Schluckenau	15	.	4	3	9	681	.	352	105	563	58	100	16	.	.	.		.	.	9
Warnsdorf	8	.	2	6	8	828	.	330	290	709	3	181	11	2	.	.	.	3	.	1
Zusammen 1913	31	.	7	12	28	2378	.	862	545	2638	101	379	38	5	.	.	6	31	.	17
Zusammen 1912	29	.	8	14	33	2571	.	1159	653	2298	139	381	23	9	2	.	2	15	.	12

Name der Bezirksorganisation	Orte mit sozialdemokratischer Organisation: Politische Vereine	Freie politische Organisationen	Frauenorganisationen	Zahl der: Jugendorganisationen	anderen Vereine (Turn-, Gesang- rc.)	Mitgliederstand: Politische Vereine	Freie politische Organisationen	Frauenorganisationen	Jugendorganisationen	Andere Vereine (Turn-, Gesang- rc.)	Abgehaltene politische Versammlungen: Vereinsversammlungen	§ 2- und Vertrauenspersonenversammlungen	Volksversammlungen	Politische Verfolgungen: Anzahl der Geldstrafen	Anzahl der Arreststrafen	Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter, Wahlkörper: I.	II.	III.	IV.	Zahl der Orte mit Maifeier
V. Kreis: Bodenbach.																				
Bensen	15	.	2	11	5	716	.	75	345	213	18	159	6	3	1	.	3	50	.	12
Böhm.-Haida	.	13	.	5	7	.	406	.	170	645	.	127	12	4	.	.	3	29	.	10
Böhm.-Kamnitz	.	8	.	5	9	.	301	.	140	397		64	7	.	.	.		.	.	3
Böhm.-Leipa	11	.	1	7	6	369	.	54	160	200	65	62	9	2	1	.	.	15	.	1
Tetschen	.	38	12	16	18	.	2836	694	510	1289	.	570	38	1	.	.	3	74	.	22
Wernstadt	.	4	.	1	1	.	128	.	25	35	.	36	1	1	.	.	.	8	.	2
Zusammen 19 3	26	63	15	45	46	1085	3671	823	1350	2779	83	1018	73	11	2	.	9	176	.	50
Zusammen 1912	25	65	14	37	46	760	4326	831	1195	2289	182	657	109	9	.	.	8	149	.	26
VI. Kreis: Aussig.																				
Aussig Stadt	1	.	1	1	5	875	.	261	122	350	92	62	6	.				.		1
Aussig Land	53	.	11	6	15	1980	.	435	127	679	248	148	17	.	.	.	.	20	.	4
Leitmeritz	12	.	2	2	3	264	.	38	20	61	5	121	7	3	.	.	.		.	2
Zusammen 1913	66	.	14	9	23	3119	.	734	26[illegible]	1090	345	331	30	3	.	.	.	20	.	7
Zusammen 1912	66	.	13	8	22	3273	.	896	340	1150	38	791	12	18	.	.	.	21	.	5

Name der Bezirksorganisation	Orte mit sozialdemokratischer Organisation: Politische Vereine	Freie politische Organisationen	Frauenorganisationen	Zahl der: Jugendorganisationen	anderen Vereine (Turn-, Gesang- 2c.)	Mitgliederstand: Politische Vereine	Freie politische Organisationen	Frauenorganisationen	Jugendorganisationen	Andere Vereine (Turn-, Gesang- 2c.)	Abgehaltene politische Versammlungen: Vereinsversammlungen	§ 2- und Vertrauenspersonenversammlungen	Volksversammlungen	Politische Verfolgungen: Anzahl der Geldstrafen	Anzahl der Arreststrafen	Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter, Wahlkörper: I.	II.	III.	IV.	Zahl der Orte mit Maifeier
VII. Kreis: Teplitz-Saaz.																				
Brüx	4	.	2	3	1	199	.	77	105	25	29	18	.	1	1	.	.	.	.	1
Dux-Bilin	18	.	6	10	8	570	.	183	225	397	148	104	15	.	.	.	4	9	.	1
Görkau	9	.	2	.	.	158	.	33	.	.	9	53	.	.	.	.	.	.	.	1
Kaaden	11	.	1	4	4	432	.	35	60	216	62	13	11	13	.	.	.	4	.	9
Komotau	10	.	4	.	7	543	.	170	.	454	114	68	17	.	.	1	3	14	.	10
Lubitz-Buchau	5	.	.	.		110	.	.	.	.	23	9	1	.	.	.	.	.	.	1
Oberleutensdorf	10	.	2	1	7	309	.	77	35	256	13	76	20	11	.	.	1	1	.	2
Podersam	12	.	.	2	5	359	.	.	40	213	87	29	9	6	.	.	.	4	.	10
Saaz	15	.	1	1	6	496	.	48	30	182	.	101	17	.	.	.	.	13	.	1
Teplitz	29		13	13	20	1738	.	595	470	920	40	431	26	2	.	.	.	28	.	1
Zusammen 1913	123	.	31	34	58	4914	.	1218	965	2663	525	902	116	33	1	1	8	73	.	37
Zusammen 1912	137	.	29	39	93	4516	.	1270	975	3343	741	943	106	55	.	1	.	79	.	38
VIII. Kreis: Karlsbad.																				
Elbogen	28	.	4	9	22	1475	.	130	290	2048	120	195	16	12	.	6	8	95	.	1
Falkenau a. d. E.	12	.	.	2	13	721	.	.	70	456	56	68	18	.	.	.	.	13	.	2
Graslitz	15	.	2	5	16	1032	.	169	310	1290	61	170	16	.	.	2	2	26	.	1
Karlsbad	29	.	3	14	37	1838	.	341	370	1454	118	212	39	1	.	.	12	22	.	1
Neudek	16	.	.	9	5	618	.	.	280	90	10	118	8	9	.	2	8	30	.	1
Petschau	.	8	.	1	.	.	308	.	18	.	.	87	5	.	1	1	3	9	.	1
Platten	.	3	1	4	3	.	123	24	112	66	.	10	3	2	.	.	.	.	.	1
Fürtrag	100	11	10	44	96	5684	431	664	1450	5404	365	860	105	24	1	11	33	195	.	8

Name der Bezirksorganisation	Orte mit sozialdemokratischer Organisation			Zahl der		Mitgliederstand					Abgehaltene politische Versammlungen			Politische Verfolgungen		Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter				Zahl der Orte mit Maifeier
	Politische Vereine	Freie politische Organisationen	Frauenorganisationen	Jugendorganisationen	anderen Vereine (Turn-, Gesang- ꝛc.)	Politische Vereine	Freie politische Organisationen	Frauenorganisationen	Jugendorganisationen	Andere Vereine (Turn-, Gesang- ꝛc.)	Vereinsversammlungen	§ 2- und Vertrauenspersonenversammlungen	Volksversammlungen	Anzahl der Geldstrafen	Anzahl der Arreststrafen	I. Wahlkörper	II. Wahlkörper	III. Wahlkörper	IV. Wahlkörper	
Uebertrag	100	11	10	44	96	5684	431	664	1450	5404	365	860	105	24	1	11	33	195	.	8
St. Joachimsthal	1	4	1	1	3	234	137	50	15	181	21	25	11	4	.	.	.	6	.	4
Weipert	1	7	2	4	3	37	506	124	220	187	12	61	9	4	.	.	.	1	.	5
Zusammen 1913	102	22	13	49	102	5955	1074	838	1685	5772	398	946	125	32	1	11	33	202	.	17
Zusammen 1912	107	19	15	51	92	5855	809	963	1677	5085	357	1054	111	51	8	11	17	206	.	32
IX. Kreis: Asch.																				
Asch	9	.	3	1	9	515	.	203	80	677	65	93	17	1	.	.	.	6	.	7
Eger	4	.	2	.	4	409	.	105	.	330	16	46	10	3	1	.	.	.	.	4
Marienbad	.	5		.	1	.	204	.	.	96	21	30	37	.	.	.	.	3	.	3
Wildstein	6	.	1	.	3	81	.	15	.	80	2	74	.	.	.	.	.	.	.	1
Zusammen 1913	19	5	6	1	17	1005	204	323	80	1183	104	243	64	4	1	.	.	9	.	15
Zusammen 1912	23	4	5	4	23	1250	93	295	135	1674	126	178	31	8	8	.	3	26	.	13
X. Kreis: Südwestböhmen.																				
Hostau	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Mies	.	.	.	1	.	.	.	.	50	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Neuern	2	.	.	.	2	126	.	.	.	50	1	18	4	.	.	.	.	.	.	1
Prennet	.	5	.	.	.	.	85	.	.	.	.	10	8	.	.	.	1	7	.	1
Staab	.	11	.	1	.	.	355	.	50	.	.	80	10	.	.	.	.	7	.	3
Tachau	13	.	.	1	1	422	.	.	10	50	79	13	9	2	.	.	1	16	.	1
Zusammen 1913	15	16	.	3	3	548	440	.	110	100	80	121	31	2	.	.	2	30	.	6
Zusammen 1912	20	.	.	1	6	668	.	.	48	191	18	118	9	5	.	.	1	19	.	3

Name der Bezirksorganisation	Orte mit sozialdemokratischer Organisation: Politische Vereine	Freie politische Organisationen	Frauenorganisationen	Zahl der: Jugendorganisationen	anderen Vereine (Turn-, Gesang- rc.)	Mitgliederstand: Politische Vereine	Freie politische Organisationen	Frauenorganisationen	Jugendorganisationen	Andere Vereine (Turn-, Gesang- rc.)	Abgehaltene politische Versammlungen: Vereinsversammlungen	§ 2- und Vertrauenspersonenversammlungen	Volksversammlungen	Politische Verfolgungen: Anzahl der Geldstrafen	Anzahl der Arreststrafen	Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter, Wahlkörper: I.	II.	III.	IV.	Zahl der Orte mit Maifeier
XI. Kreis: Südböhmen.																				
Alt-Langendorf — Kein Bericht eingelangt.																				
Außergefield	.	2	.	.	.	.	85	.	.	.	.	18	2	.	.	.	.	6	.	1
Blauenschlag	.	2	.	.	.	.	51	.	.	.	.	7	.	.	.	.	.	4	.	.
Budweis	.	2	.	.	1	.	49	.	.	59	.	24	3	.	.	.	.	.	.	1
Kaplitz	2	.	.	.	.	62	.	.	.	.	4	11	4	.	.	.	.	.	.	1
Krumau	1	5	1	1	2	100	165	45	15	74	37	29	16	.	.	.	.	1	.	1
Neubistritz — Kein Bericht eingelangt.																				
Oberplan	.	5	.	.	1	.	98	.	.	16	.	67	4	1	1	.	1	1	.	2
Simmersdorf	2	.	.	.	.	43		.	.	.	3	2	4	1	.	.	.	.	.	2
Sonnberg	8	.	.	.	.	310	.	.	.	.	44	48	4	.	.	.	.	3	.	.
Wallern	1	4	.	.	.	30	62	.	.	.	7	12	5	.	.	.	.	5	.	4
Winterberg	.	1	.	.	.	.	84	.	.	.	.	16	3	.	.	.	.	.	.	1
Zusammen 1913	14	21	1	1	4	545	594	45	15	149	95	234	45	2	1	.	1	20	.	13
Zusammen 1912	1	37	2	.	5	167	1037	57	.	193	8	278	53	4	.	.	1	12	.	7
Bezirksorganisation Prag.																				
Prag 1913	.	1	.	.	1	.	190	.	.	300	5	8	1	.	.	.	.	.	.	1
Prag 1912	.	1	.	.	1	.	180	.	.	300	.	16	1	.	.	.	.	.	.	1

Name der Bezirksorganisation	Orte mit sozialdemokratischer Organisation			Zahl der		Mitgliederstand					Abgehaltene politische Versammlungen			Politische Verfolgungen		Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter				Zahl der Orte mit Maifeier
	Politische Vereine	Freie politische Organisationen	Frauenorganisationen	Jugendorganisationen	anderen Vereine (Turn-, Gesang- 2c.)	Politische Vereine	Freie politische Organisationen	Frauenorganisationen	Jugendorganisationen	Andere Vereine (Turn-, Gesang- 2c.)	Vereinsversammlungen	§ 2- und Vertrauenspersonenversammlungen	Volksversammlungen	Anzahl der Geldstrafen	Anzahl der Arreststrafen	I.	II.	III.	IV.	
																Wahlkörper				
Bukowina.																				
Czernowitz	1	.	.	1	1	350	.	.	80	40	4	35	8	.	.	.	.	.	.	1
Gurahumora	1	.	.	.	1	20	.	.	.	50	.	1	.	.	.	.	.	.	.	.
Radautz	1	.	.	1	.	30	.	.	46	.	.	6	4	.	.	.	1	1	.	1
Pezoritta	1	.	.	.	.	20	.	.	.	.	.	1	.	.	.	.	.	.	.	.
Sereth	1	.	.	.	.	10	.	.	.	.	.	2	2	.	.	.	1	.	.	1
Suczawa	1	.	.	1	.	50	.	.	25	.	.	12	5	.	.	.	1	1	.	1
Storozynetz	1	.	.	1	.	25	.	.	20	.	.	2	2	.	.	.	.	.	.	1
Zusammen 1913	7	.	.	4	2	505	.	.	171	90	4	59	21	.	.	.	3	2		5
Zusammen 1912	1	5	.	3	1	52	155	.	201	40	3	132	55	.	.	.	.	3	.	4
Kärnten.																				
Arnoldstein	17	.	.	.	.	327	.	.	.	.	5	31	4	.	.	.	.	6	.	10
Ferlach	5	.	1	1	4	233	.	53	48	188	13	17	3	.	.	.	.	.	.	1
Klagenfurt Stadt	1	.	1	.	2	260	.	123	.	50	6	.	7	.	.	.	.	.	.	1
" Land	15	.	.	1	1	291	.	.	20	43	12	8	.	.	.	.	.	.	.	.
Spittal	14	.	4	.	6	401	.	54	.	70	10	37	10	3	.	.	.	.	.	3
Villach	20	.	4	1	10	826	.	375	50	305	36	51	18	.	.	.	1	11	.	8
Völkermarkt	20	.	2	.	3	640	.	126	.	200	16	25	20	8	.	.	.	5	.	9
Wolfsberg	5	.	1	.	1	338	.	60	.	35	27	14	12	.	.	.	.	3	.	1
Zusammen 1913	97	.	13	3	27	3316	.	791	118	891	125	183	74	11	.	.	1	25	.	33
Zusammen 1912	93	.	8	2	30	3511	.	674	112	1604	138	163	87	2	.	.	1	18	.	19

Name der Bezirksorganisation	Orte mit sozialdemokratischer Organisation: Politische Vereine	Freie politische Organisationen	Frauenorganisationen	Zahl der: Jugendorganisationen	anderen Vereine (Turn-, Gesang- ꝛc.)	Mitgliederstand: Politische Vereine	Freie politische Organisationen	Frauenorganisationen	Jugendorganisationen	Andere Vereine (Turn-, Gesang- ꝛc.)	Abgehaltene politische Versammlungen: Vereinsversammlungen	§ 2- und Vertrauenspersonenversammlungen	Volksversammlungen	Politische Verfolgungen: Anzahl der Geldstrafen	Anzahl der Arreststrafen	Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter, Wahlkörper: I.	II.	III.	IV.	Zahl der Orte mit Maifeier
Mähren.																				
Gau I: Brünn	27	.	4	1	11	1308	.	246	60	1202	139	378	57	13	.	.	.	4	4	20
„ II: Mährisch-Schönberg	30	.	2	7	14	1132		95	275	368	102	172	66	.	.	.	1	12	.	10
„ III: Sternberg	39	.	4	.	15	1092	.	211	.	406	91	77	57	.	.	1	2	37	.	11
„ IV: Neutitschein	13	.	5	2	5	487	.	291	40	176	42	94	26	4	.	.	.	4	.	7
„ V: Lundenburg	3	.	1	.	2	238	.	120	.	80	14	10	2	2	.	.	.	1	.	1
„ VI: Mährisch-Ostrau	4	.	2	6	5	202	.	160	190	215	23	38	9	2	.	.	.		.	3
Zusammen 1913	116	.	18	16	52	4459	.	1123	565	2447	411	769	217	21	.	1	3	58	4	52
Zusammen 1912	130	.	22	14	43	5217	.	1119	503	1833	300	693	138	42	3	1	.	40	4	41
Niederösterreich.																				
Amstetten	3	.	1	.	2	196	.	54	.	40	12	36	8	14	.	.	.	.	5	1
Baden	1	1	.	6	5	57	270	.	168	98	1	26	6	.	.	.	.	.	.	2
Fürtrag	4	1	1	6	7	253	270	54	168	138	13	62	14	14	.	.	.	.	5	3

Name der Bezirksorganisation	Orte mit sozialdemokratischer Organisation: Politische Vereine	Freie politische Organisationen	Frauenorganisationen	Zahl der: Jugendorganisationen	anderen Vereine (Turn-, Gesang- 2c.)	Mitgliederstand: Politische Vereine	Freie politische Organisationen	Frauenorganisationen	Jugendorganisationen	Andere Vereine (Turn-, Gesang- 2c.)	Abgehaltene politische Versammlungen: Vereinsversammlungen	§ 2- und Vertrauenspersonenversammlungen	Volksversammlungen	Politische Verfolgungen: Anzahl der Geldstrafen	Anzahl der Arreststrafen	Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter, Wahlkörper: I.	II.	III.	IV.	Zahl der Orte mit Maifeier
Uebertrag	4	1	1	6	7	253	270	54	168	138	13	62	14	14	.	.	.	.	5	3
Ebreichsdorf	2	9	7	6	23	165	540	206	296	612	53	99	30	28	.	.	.	.	16	9
Gaming	4	.	.	.	9	203	.	.	.	223	11	36	7	2	.	.	.	3	1	3
Gmünd	1	15	2	.	7	22	454	48	.	521	36	80	14	6	.	.	.	4	6	10
Hohenberg	7	.	2	.	14	771	.	63	.	492	15	81	18	4	.	.	.	.	2	4
Klosterneuburg	4	.	1	1	1	132	.	40	30	70	4	85	6	6	.	.	.	.	.	2
Krems	5	.	1	2	1	218	.	43	50	14	8	8	13	2	.	.	.	.	.	4
Laa a. d. Thaya	1	.	.		.	32	.	.	.	.	8	2	1	.	.	.	.	.	1	1
Liesing	8	1	3	3	15	1346	.	125	67	698	41	131	12	9	.	.	.	1	27	6
Marchegg	1	.	.	1	.	72	.	.	20	.	4	3	3	.	.	.	.	4	.	1
Mistelbach	1	.	.	.	.	40	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Mödling	6	.	3	5	6	650	.	74	180	.	48	177	13	1	.	.	.	.	7	4
Neunkirchen	10	2	5	7	10	1229	64	376	190	761	36	140	14	7	.	.	.	5	14	4
Oberhollabrunn	1	.	.	1	1	42	.	.	25	35	8	5	.	.	.	.	.	.	.	1
Pottenstein	7	.	2	3	7	437	.	74	110	291	36	57	14	15	.	.	.	.	1	4
Purkersdorf	5	.	.	.	2	282	.	.	.	46	12	45	7	.	.	.	.	.	5	2
St. Pölten	16	.	3	8	16	1545	.	318	260	690	36	205	32	3	.	.	.	.	14	15
Schwechat	10	.	3	3	9	1033	.	457	60	316	47	80	24	27	.	.	2	7	11	5
Stockerau	5	.	2	2	9	1033	.	384	125	594	34	47	22	5	.	.	.	2	6	5
Waidhofen a. d. Thaya	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Waidhofen a. d. Ybbs	.	5	1	1	2	.	152	32	10	100	17	16	8	1	.	.	.	.	1	2
Wiener-Neustadt	1	10	3	6	18	371	698	194	240	1202	68	97	27	3	.	.	2	12	11	9
Zusammen 1913	99	43	39	55	167	9886	2178	2498	1831	6803	535	1456	279	133	.	.	4	38	128	94
Zusammen 1912	88	44	35	39	121	8396	4034	2274	1064	5734	416	994	235	18	2	.	2	24	97	74

Name der Bezirksorganisation	Orte mit sozialdemokratischer Organisation: Politische Vereine	Freie politische Organisationen	Frauenorganisationen	Zahl der: Jugendorganisationen	anderen Vereine (Turn-, Gesang- rc.)	Mitgliederstand: Politische Vereine	Freie politische Organisationen	Frauenorganisationen	Jugendorganisationen	Andere Vereine (Turn-, Gesang- rc.)	Abgehaltene politische Versammlungen: Vereinsversammlungen	§ 2- und Vertrauenspersonenversammlungen	Volksversammlungen	Politische Verfolgungen: Anzahl der Geldstrafen	Anzahl der Arreststrafen	Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter, Wahlkörper: I.	II.	III.	IV.	Zahl der Orte mit Maifeier
Wien.																				
I	1	.	1	.	.	150	.	11	.	.	12	5	.	.	.	.	.	.	.	.
II	1	.	1	2	5	1617	.	130	190	1100	24	36	4	.	4	.	.	.	1	.
III	1	.	1	1	7	2461	.	180	160	416	29	108	4	.	.	.	.	.	.	.
IV	1	.	1	.	1	246	.	43	.	35	21	12	1	.	.	.	.	.	.	.
V	1	.	1	1	6	2418	.	173	50	450	39	148	4	.	.	.	.	.	1	.
VI	1	.	1	1	2	669	.	150	30	90	33	31	4	.	.	.	.	.	.	.
VII	1	.	.	1	2	469	.	.	25	52	39	12	2	.	.	.	.	.	.	.
VIII	1	.	1	.	.	378	.	79	.	.	31	12	4	.	.	.	.	.	.	.
IX	1	.	1	1	5	669	.	204	80	890	6	14	8	.	.	.	.	.	.	.
X	1	.	1	1	6	4715	.	412	260	652	26	158	.	.	.	.	.	.	1	.
XI	1	.	1	1	4	1336	.	84	30	165	15	39	3	.	.	.	.	.	1	.
XII	1	.	1	1	6	3225	.	275	50	720	73	117	5	5	4	.	.	.	.	.
XIII	1	.	1	1	6	2216	.	70	56	254	7	128	7	.	.	.	.	.	.	.
XIV	1	.	1	1	6	2428	.	170	.	650	36	71	8	.	.	.	.	.	1	.
XV	1	.	1	.	3	1198	.	68	160	150	11	53	7	.	.	.	.	.	.	.
XVI	1	.	1	2	21	9869	.	304	365	3688	12	198	3	9	77	.	.	1	.	.
XVII	1	.	1	1	5	1860	.	100	30	237	24	47	7	.	.	.	.	.	.	.
XVIII	1	.	1	1	4	756	.	64	30	253	41	215	4	1	.	.	.	.	.	.
XIX	1	.	1	1	3	552	.	135	12	70	15	7	5	.	.	.	.	.	.	.
XX	1	.	1	2	5	2648	.	331	82	711	23	137	3	20	12	.	.	.	1	.
XXI	5	.	1	4	19	2915	.	600	370	876	70	384	16	2	.	.	.	.	.	.
Zusammen 1913	25	.	20	23	116	42795	.	3583	1980	11459	587	1932	99	37	97	.	.	1	6	1
Zusammen 1912	25	.	20	19	106	42536	.	3383	2202	10980	581	2027	292	132	46	.	.	1	8	1

Name der Bezirksorganisation	Orte mit sozialdemokratischer Organisation: Politische Vereine	Orte mit sozialdemokratischer Organisation: Freie politische Organisationen	Orte mit sozialdemokratischer Organisation: Frauenorganisationen	Zahl der: Jugendorganisationen	Zahl der: anderen Vereine (Turn-, Gesang- 2c.)	Mitgliederstand: Politische Vereine	Mitgliederstand: Freie politische Organisationen	Mitgliederstand: Frauenorganisationen	Mitgliederstand: Jugendorganisationen	Mitgliederstand: Andere Vereine (Turn-, Gesang- 2c.)	Abgehaltene politische Versammlungen: Vereinsversammlungen	Abgehaltene politische Versammlungen: § 2- und Vertrauenspersonenversammlungen	Abgehaltene politische Versammlungen: Volksversammlungen	Politische Verfolgungen: Anzahl der Geldstrafen	Politische Verfolgungen: Anzahl der Arreststrafen	Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter, Wahlkörper: I.	II.	III.	IV.	Zahl der Orte mit Maifeier
Oberösterreich.																				
Attnang	4	.	2	.	1	239	.	32	.	46	12	31	4	.	.	.	.	.	.	2
Braunau	2	.	1	1	.	112	.	16	15	.	6	19	6	1	.	.	.	.	.	2
Enns	1	.	.	.	.	26	.	.	.	.	2	14	2	.	.	.	.	.	.	1
Freistadt	1	.	.	.	.	24	.	.	.	.	1	6	.	.	.	.	.	.	.	.
Gmunden	4	.	2	.	5	441	.	116	.	194	31	72	18	3	.	.	.	.	.	4
Ischl	5	.	.	2	.	398	.	.	65	.	27	20	6	2	.	.	.	17	.	4
Linz	5	.	4	2	8	1915	.	482	200	964	68	343	28	3	.	.	.	3	5	2
Mauthausen	6	.	.	.	.	109	.	.	.	.	10	20	3	.	.	.	.	.	1	2
Ried	1	.	.	.	.	66	.	.	.	.	.	13	2	.	.	.	.	.	.	1
Schärding	1	.	1	.	.	49	.	9	.	.	2	4	2	.	.	.	.	.	.	1
Scharnstein	3	.	.	.	.	30	.	.	.	.	2	4	.	.	.	.	.	.	.	.
Schwanenstadt	5	.	1	.	2	138	.	13	.	51	12	31	12	.	.	.	.	.	.	3
Steyr, Weyer, Kirchdorf	14	.	1	3	10	604	.	64	70	630	23	59	17	6	.	.	.	.	4	5
Traun	3	.	2	.	.	114	.	.	.	.	9	30	3	.	.	.	.	.	2	3
Urfahr	4	.	1	1	1	283	.	50	40	34	6	64	12	.	.	.	.	.	.	1
Wels	5	.	1	1	3	414	.	45	20	130	31	100	15	1	.	.	.	.	.	5
Zusammen 1913	64	.	16	10	30	4962	.	827	410	2049	242	830	130	16	.	.	.	20	12	36
Zusammen 1912	64	.	20	7	37	5122	.	980	319	1915	308	816	110	6	.	.	.	21	11	26

Name der Bezirksorganisation	Orte mit sozialdemokratischer Organisation			Zahl der		Mitgliederstand					Abgehaltene politische Versammlungen			Politische Verfolgungen		Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter				Zahl der Orte mit Maifeier
	Politische Vereine	Freie politische Organisationen	Frauenorganisationen	Jugendorganisationen	anderen Vereine (Turn-, Gesang- 2c.)	Politische Vereine	Freie politische Organisationen	Frauenorganisationen	Jugendorganisationen	Andere Vereine (Turn-, Gesang- 2c.)	Vereinsversammlungen	§ 2- und Vertrauenspersonenversammlungen	Volksversammlungen	Anzahl der Geldstrafen	Anzahl der Arreststrafen	I. Wahlkörper	II. Wahlkörper	III. Wahlkörper	IV. Wahlkörper	
Salzburg.																				
Flachgau	10	.	.	.	1	279	.	.	.	12	21	7	10	.	.	.	.	.	.	3
Hallein	4	.	1	1	3	620	.	245	20	80	6	16	9	1	.	.	.	.	.	1
Itzling-Marglan	13	.	3	.	.	437	.	110	.	.	39	93	11	.	.	.	.	.	.	1
Lungau	4	.	.	.	1	105	.	.	.	19	17	8	6	.	.	.	.	2	.	1
Pinzgau	6	.	2	.	3	302	.	84	.	105	34	51	9	.	.	2	.	1	.	5
Pongau	8	.	2	.	2	509	.	72	.	54	33	41	11	.	.	.	.	.	.	8
Salzburg	1	.	1	1	4	200	.	44	35	240	5	15	3	.	.	.	.	.	.	1
Zusammen 1913	46	.	9	2	14	2452	.	555	55	510	155	231	59	1	.	2	.	3	.	20
Zusammen 1912	42	.	6	2	11	2979	.	607	78	421	126	171	46	.	.	.	1	5	.	12
Schlesien.																				
Bielitz	6	.	1	2	4	306	.	32	65	135	27	35	2	6	14	.	.	15	.	5
Freiwaldau	21	.	3	1	.	472	.	115	20	.	74	10	29	.	.	.	.	10	.	3
Freudenthal	14	.	3	.	.	340	.	100	.		16	12	6	1	.	.	.	4	.	4
Jägerndorf	19	.	2	.	2	587	.	334	.	78	40	62	51	2	.	.	1	19	.	1
Odrau	3	.	3	1	9	373	.	372	25	690	5	39	17	1	.	.	.	1	.	3
Teschen	3	.	1	1	2	287	.	36	25	116	18	26	13	6	8	.	.	.	.	3
Troppau	5	.	2	1	13	357	.	117	70	322	22	16	9	7	2	.	.	.	.	4
Zusammen 1913	71	.	14	6	30	2722	.	1106	205	1341	202	200	127	23	24	.	1	49	.	23
Zusammen 1912	58	.	15	6	31	2929	.	1188	270	2476	191	148	88	6	1	.	.	22	.	16

Name der Bezirksorganisation	Orte mit sozialdemokratischer Organisation			Zahl der		Mitgliederstand					Abgehaltene politische Versammlungen			Politische Verfolgungen		Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter (Wahlkörper)				Zahl der Orte mit Maifeier
	Politische Vereine	Freie politische Organisationen	Frauenorganisationen	Jugendorganisationen	anderen Vereine (Turn-, Gesang- 2c.)	Politische Vereine	Freie politische Organisationen	Frauenorganisationen	Jugendorganisationen	Andere Vereine (Turn-, Gesang- 2c.)	Vereinsversammlungen	§ 2- und Vertrauenspersonenversammlungen	Volksversammlungen	Anzahl der Geldstrafen	Anzahl der Arreststrafen	I.	II.	III.	IV.	
Steiermark.																				
Bruck a. d. Mur	1	7	3	3	7	.	993	152	106	499	10	63	17	.	.	.	.	1	.	4
Cilli	.	4	.	1	3	.	121	.	10	49	10	20	5	.	.	.	.	1	.	4
Eisenerz	1	1	1	.	2	470	16	50	.	104	1	34	4	.	.	.	.	3	.	2
Fürstenfeld	4	.	1	1	1	166	.	60	25	70	15	15	2	.	.	.	.	1	.	2
Judenburg-Knittelfeld	17	.	6	4	12	1400	.	433	165	491	26	93	41	.	.	.	.	13	.	6
Graz und Umgebung	2	11	2	3	22	3414	602	346	330	1505	47	123	25	.	.	.	.	33	.	6
Leoben	5	.	3	2	7	1332	.	355	45	1286	30	196	29	.	.	.	.	17	.	1
Marburg	1	4	1	1	4	580	220	50	18	200	22	69	8	.	.	.	.	10	.	3
Mürzzuschlag	1	5	4	4	8	250	742	230	105	774	32	56	19	.	.	.	.	10	.	4
Stainach	.	12	4	.	3	.	835	221	.	64	.	152	41	.	.	.	.	11	.	5
Voitsberg	2	.	.	1	6	420	.	.	16	102	18	32	9	.	.	.	.	8	.	2
Weiz	.	6	.	.	1	.	131	.	.	20	.	6	2	1	.	.	.	.	.	1
Wies	.	9	2		5	.	309	59	.	110	.	28	13	5	.	.	.	.	.	4
Zusammen 1913	34	59	27	20	81	8032	3969	1956	820	5274	211	887	215	6	.	.	.	108	.	44
Zusammen 1912	53	25	23	17	60 ?	12119	1321	2157	727	7394 ?	284	459	197	9	5	.	.	93	.	42
Tirol.																				
Bozen	4	.	1	.	3	491	.	35	.	250	15	9	8	.	.	.	.	.	.	1
Franzensfeste	.	4	1	.	.	.	130	30	.	.	.	46	3	1	.	.	.	.	.	4
Fürtrag	4	4	2	.	3	491	130	65	.	250	15	55	11	1	.	.	.	.	.	5

Name der Bezirksorganisation	Orte mit sozialdemokratischer Organisation: Politische Vereine	Freie politische Organisationen	Frauenorganisationen	Zahl der: Jugendorganisationen	anderen Vereine (Turn-, Gesang- 2c.)	Mitgliederstand: Politische Vereine	Freie politische Organisationen	Frauenorganisationen	Jugendorganisationen	Andere Vereine (Turn-, Gesang- 2c.)	Abgehaltene politische Versammlungen: Vereinsversammlungen	§ 2- und Vertrauenspersonenversammlungen	Volksversammlungen	Politische Verfolgungen: Anzahl der Geldstrafen	Anzahl der Arreststrafen	Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter, Wahlkörper: I.	II.	III.	IV.	Zahl der Orte mit Maifeier
Uebertrag	4	4	2	.	3	491	130	65	.	250	15	55	11	1	.	.	.	.	.	5
Innsbruck	1	4	2	1	10	1032	150	285	47	600	49	74	13	.	.	.	.	.	2	4
Landeck	.	3	1	.	.	.	67	12	.	.	?	?	?	.	.	.	.	.	.	?
Lienz	.	1	1	.	2	.	109	66	.	90	.	8	3	.	.	.	.	6	.	1
Meran	1	.	1	.	1	400	.	80	.	50	54	4	4	.	.	.	.	1	.	1
Schwaz	.	1	1	.	1	.	70	22	.	25	.	11	4	1	.	.	.	.	.	1
Wörgl	.	5	2	.	.	?	337	100	.	?	?	?	?	.	.	.	.	.	.	?
Zusammen 1913	6	18	10	1	17	1923	863	630	47	1015	118	152	35	2	.	.	.	7	2	12
Zusammen 1912	7	18	8	1	27	1947	854	551	50	1520	83	100	51	7	1	.	.	8	3	13
Vorarlberg.																				
Bludenz	2	.	1	.	2	49	.	26	.	120	.	6	4	.	.	.	.	.	2	1
Bregenz	3	.	1	.	3	174	.	25	.	260	32	23	8	.	.	.	.	1	7	3
Dornbirn	5	.	2	.	7	239	.	65	.	264	54	64	9	2	.	.	1	1	3	2
Feldkirch	3	.	1	.	3	90	.	35	.	142	20	5	3	.	.	.	.	.	2	2
Zusammen 1913	13	.	5	.	15	552	.	151	.	786	106	98	24	2	.	.	1	2	14	8
Zusammen 1912	15	.	6	.	15	869	.	256	.	703	67	136	30	.	.	.	1	2	10	9

Anträge zum Parteitag.

Vor den Verhandlungen gestellte Anträge.

Zur Abänderung der Tagesordnung.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: „Berichte“.

1. Antrag der Kreisorganisation Karlsbad.

Der Bericht des Klubs der sozialdemokratischen Abgeordneten ist als separater Verhandlungsgegenstand, getrennt von den anderen Berichten, auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen.

2. Antrag der Landesorganisation Schlesien.

Der Parteivorstand wird beauftragt, mit den Vorständen der österreichischen Bruderparteien, der Gewerkschaftskommission und der Reichskommission der Krankenkassen in Verbindung zu treten behufs Durchführung einer großen, sich über das ganze Reich erstreckenden einheitlichen Aktion für die endliche Erledigung der Sozialversicherung durch das Parlament.

3. Antrag der Kreisorganisation Reichenberg.

Mit Rücksicht darauf, daß das Geschäftsjahr in allen politischen Parteiorganisationen die Zeit vom 1. Juli bis 30. Juni des nächsten Jahres umfaßt, sind im Monat Juli eines jeden Jahres die Berichte auf Grund der Fragebogen, welche vollständig einheitlich zu lauten haben, von den Lokalorganisationen an die Bezirks-, von den Bezirks- an die Kreisorganisationen, von den Kreisorganisationen an die Landes- und von der Landes- an die Reichsparteileitung zu senden. Das statistische Material ist also gesammelt im Instanzenzug weiter zu leiten.

4. Antrag der Bezirksorganisation Römerstadt.

Zum leichteren Einheben der Parteibeiträge sind Wochenmarken einzuführen.

5. Antrag der Bezirksorganisation Mährisch-Trübau.

Im Ansehen der Tatsache, daß die Sozialversicherungsvorlage auf ein totes Geleise gekommen, und bei der Regierung und allen bürgerlichen Parteien das Bestreben wahrzunehmen ist, dieselbe zu verschleppen, richtet der Reichsparteitag an den sozialdemokratischen Parteivorstand und die Parlamentsfraktion die Aufforderung, unverzüglich eine Aktion zur Beschleunigung der Verhandlungen betreffend die Sozialversicherungsvorlage einzuleiten.

6. Antrag des Genossen Alois Rohrauer.

Das Blatt „Der Naturfreund“ ist als Parteiorgan anzuerkennen und mit den gleichen Rechten und Pflichten auszustatten, wie sie ähnliche Fachblätter besitzen.

7. Antrag der Bezirksorganisation Graz.

Der Zentralbildungsausschuß ist in einen Reichsbildungsausschuß umzuwandeln, der konform der Reichsparteivertretung zusammengesetzt werden soll. Außerdem soll den einzelnen Ländern ein Delegierungsrecht für den Reichsbildungsausschuß zustehen. Der Reichsbildungsausschuß hat mindestens einmal im Jahre zusammenzutreten, um das Jahresprogramm der Bildungsarbeit festzusetzen.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: „Berichte“.

8. Antrag der Bezirksorganisation Wien XII.

Der Parteitag fordert die sozialdemokratische Fraktion des Abgeordnetenhauses auf, den Kampf gegen die neuen Militärvorlagen mit allen, auch den schärfsten Mitteln zu führen.

9. Antrag der Bezirksorganisation Graz.

Der Parteitag beauftragt die sozialdemokratische Fraktion im österreichischen Reichsrat, die Militärvorlagen und die Staatsnotwendigkeiten mit allen Mitteln, eventuell mit der Obstruktion zu bekämpfen, solange die Regierung, das Herrenhaus und die bürgerlichen Parteien die Arbeiterschutzgesetze und die Sozialversicherung obstruieren.

10. Antrag der Bezirksorganisation Römerstadt.

Der Parteitag faßt den Beschluß, daß der Sozialdemokratische Verband des Abgeordnetenhauses mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln eine Aenderung der bestehenden Reichsratswahlordnung zu erreichen trachtet, und zwar dahingehend, daß man die Durchführung der Wahl nach dem Muster Deutschlands einführt (Wahlzelle, amtliches Kuvert, die Stimmzettel nicht amtlich).

Zu Punkt 5 der Tagesordnung: Die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit.

11. Antrag des Genossen Alois Kořinek.

Obwohl die Arbeitslosigkeit auch in der Land- und Forstwirtschaft vorhanden ist, gewährt das Justizministerium an einzelne Großgrundbesitzer Sträflinge und Korrektionspfleglinge, die als land- und forstwirtschaftliche Arbeiter verwendet werden.

Dadurch werden die freien Arbeiter geschädigt, und deshalb protestiert der Parteitag gegen die Verwendung der Sträflinge als Arbeiter außer den Strafhäusern und beauftragt die sozialdemokratische Fraktion im Abgeordnetenhaus, dafür einzutreten, daß eine derartige Schädigung der Arbeiter durch die Sträflinge eingestellt wird.

Zu Punkt 10 der Tagesordnung: „Eventuelles“.

12. Antrag der Lokalorganisation Bautsch und Mährisch-Trübau.

In Berücksichtigung der geringen finanziellen Mittel, die der Partei zur Verfügung stehen, haben jene Genossen, die ein Reichsrats- oder Landtagsmandat innehaben und nebst diesem noch in bezahlter fester Stellung stehen, einen Teil der Diäten an die Parteikasse abzuführen.

Ueber die Durchführung dieses Beschlusses wacht eine vom Reichsparteitag einzusetzende Kommission.

13. Antrag des Genossen Alois Kořinek.

Mit Rücksicht darauf, daß die Agitation und die Organisierung der in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Arbeiter mit besonderen Schwierigkeiten verbunden sind, verpflichten sich die Vertrauensmänner, überall nach Möglichkeit ihre Tätigkeit auch auf die Forst- und Landarbeiter auszudehnen.

Während der Verhandlungen gestellte Anträge.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

14. Antrag der Lokalorganisation Münzdorf bei Braunau.

Um den Absatz des großen Arbeiter-Kalenders insbesondere bei der ländlichen Bevölkerung zu heben, sollen möglichst viel Erzählungen Aufnahme finden. Solche Erzählungen sind auch dazu geeignet, den Grundgedanken des Sozialismus in die Bevölkerung zu tragen und es sollen dieselben Aufnahme finden, auch wenn dadurch der Umfang des Kalenders größer werden müßte.

15. Antrag des Dr. Ludwig Czech und Genossen (Brünn).

Folgende mährische Arbeiterblätter sind als Parteiorgane anzuerkennen: „Znaimer Volksstimme“, „Lundenburger Volkszeitung“, „Schönhengster Volkszeitung“, „Ostrauer Volksblatt“, „Nordmährische Volkstribüne“ (Sternberg).

16. Antrag Anton Jenschik (Wien).

Der Parteitag fordert unter Hinweis auf den § 26 des Parteistatuts neuerdings alle Organisationen auf, die Jugendbewegung nach Kräften zu fördern.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

17. Antrag Johann Witzmann (Wien).

Der Parteitag ist sich der Schwierigkeiten bewußt, mit denen die sozialdemokratische Reichsratsfraktion zu rechnen hat; er anerkennt die Verdienste derselben für das arbeitende Volk und spricht ihr sein uneingeschränktes Vertrauen aus.

18. Antrag Gröbner, Hartmann und Genossen.

Nichtsdestoweniger stellt er fest, daß die Sozialdemokratie, so großen Wert sie auch darauf legen muß, das Haus des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes zu erhalten, doch keineswegs die Obstruktion als äußerstes parlamentarisches Kampfmittel ein- für allemal ausschließt.

19. Antrag Karl Cermak (Teplitz).

Der Parteitag lehnt die Obstruktion als ein normales Mittel der parlamentarischen Taktik ab.

Die Obstruktion ist nur unter besonderen Umständen, nur als äußerstes Mittel parlamentarischer Abwehr anwendbar. Der Parteitag vertraut dem Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten, daß er die Waffe der Obstruktion gebrauchen wird, wenn die Umstände dies erfordern und einen Sieg des Obstruktionskampfes erhoffen lassen. Der Parteitag vertraut der Arbeiterklasse, daß sie in diesem Falle dem Obstruktionskampf im Parlament Rückhalt und Schwung geben wird im organisierten Massenkampf außerhalb des Parlaments.

Der Parteitag warnt vor der Ueberschätzung der Möglichkeit, durch Kunstgriffe der parlamentarischen Taktik Erfolge zu erreichen. Die Macht unserer Abgeordneten ist immer nur bestimmt durch die Zahl, durch die Geschlossenheit, durch die Reife und Kampfbereitschaft der Masse, deren Beauftragte sie sind.

Die Organisierung der Massen und ihre Erfüllung mit sozialistischer Erkenntnis ist daher der einzige Weg zu Siegen im Parlament, wie außerhalb des Parlaments.

In dieser Erkenntnis geht der Parteitag über die Anträge der Bezirksorganisation Graz und Wien XII zur Tagesordnung über.

20. Anträge der Lokalorganisation St. Joachimsthal.

In Anbetracht dessen, daß die Agitations- und Aufklärungsarbeit in der Provinz durch behördliche Schikanen wesentlich erschwert wird, fordert der Parteitag die Reichsratsfraktion auf, für das eheste Zustandekommen des Vereinsgesetzes und Beseitigung des § 23 des Preßgesetzes zu wirken.

Die Fraktion wird weiters beauftragt, die Bewilligung neuer indirekter Steuern zur Deckung der Rüstungskosten für die neuen Militärvorlagen mit allen Mitteln zu verhindern.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung: Die auswärtige Politik und die Militärforderungen.

21. Antrag des Referenten Karl Leuthner.

Der Parteitag spricht in Entrüstung und Abscheu sein Urteil über die Balkanpolitik des Wiener Kabinetts, die, ziellos schwankend und herausfordernd zugleich, Oesterreich-Ungarn im Laufe des letzten Jahres wiederholt an den Rand des Krieges gedrängt, die, begleitet von einer dreisten, bedenkenlosen Kriegshetze und mit ihrem Gefolge von Mobilisierungen das wirtschaftliche Leben aufs tiefste erschüttert, den Kredit verwüstet und mit alledem Geschäftsstockungen und eine Arbeitslosigkeit über das Reich, ja in weiten Gebieten des Reiches einen beispiellosen Notstand heraufbeschworen hat.

Oesterreich-Ungarns Balkanpolitik ist ausschließlich bestimmt durch die törichte Furcht vor dem großserbischen Gedanken, dessen vorgebliche Gefahren zu bannen die Herstellung verfassungsmäßiger Zustände in Kroatien und der Ausbau der Autonomie Bosniens die wirksamsten Mittel wären. Statt mit plumpen Intrigen und mit beschämendem Mißlingen in die Streitigkeiten der Balkanstaaten sich einzumengen und den Haß und das Mißtrauen aller zu ernten, müßte eine vernünftige Politik Oesterreich-Ungarns auf dem Balkan vielmehr wirtschaftliche Vorteile für seine Völker in einer sorgsamen und vorausschauenden Handelspolitik suchen, die bisher die verblendete Habsucht der Agrarier unmöglich gemacht hat. Oesterreich-Ungarn hat auf dem Balkan keine anderen als wirtschaftliche Interessen. Es darf daher keine protektoratähnliche Stellung in Albanien ansprechen, womit bloß eine Quelle beständiger Kriegsgefahren eröffnet würde, auch nicht in der Form einer Mitherrschaft mit Italien, eines Kondominiums, das uns notwendig in einen feindlichen Wettstreit und Gegensatz mit den Nachbarstaat brächte, mit dem freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten für uns ein Gebot des Friedens und der Kultur ist.

Der Parteitag erhebt Protest gegen die geplante neue Erhöhung der Heeres- und Landwehrkontingente, die durch gesetzwidrige Zurückbehaltung der Ersatzreservisten vorwegzunehmen die Kriegsverwaltung kühn genug war. Die ungeheuren, auf 400 Millionen geschätzten Kosten der Mobilisierung, die Fortsetzung der Geschützreform, die angekündigte Aufstellung eines zweiten Dreadnoughtgeschwaders bedrohen die Völker Oesterreich-Ungarns mit einer außerordentlichen Mehrbelastung von weit über einer Milliarde. Der Militarismus hat von dem Staate vollständig Besitz ergriffen, er zerrüttet seine Finanzen, gräbt die Quellen der Steuerkraft ab und entzieht den sozialen und kulturellen Reformen alle Mittel, drückt die breiten Schichten des arbeitenden Volkes ins tiefste Elend und treibt sie über das Meer. Der Militarismus ist zum einzigen Inhalt unseres Staatslebens, unserer Staatstätigkeit geworden. Der Parteitag fordert daher die gesamte Arbeiterklasse auf, ihren Kampf gegen den Militarismus mit leidenschaftlicher Entschlossenheit zu führen und alle, die ihn stützen, als Feinde der Volkskraft und Zerstörer der Volkswirtschaft tatkräftigst zu bekämpfen.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung: Die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit.

22. Antrag des Referenten Otto Bauer.

I. Die inneren Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise werden in den periodisch wiederkehrenden Wirtschaftskrisen offenbar. Die Produktion wird eingeschränkt, während das Volk an allen Produkten Mangel leidet. Die Waren häufen sich in den Speichern der Kapitalisten, während den Volksmassen Nahrung, Kleidung, Obdach fehlen. Die Erzeugnisse der Arbeit sind unverkäuflich, weil die Arbeiter ihre eigenen Erzeugnisse nicht kaufen können. Die periodische Wiederkehr der Wirtschaftskrisen mit der Arbeitslosigkeit, den Feierschichten, den Lohnkürzungen, der Steigerung des Massenelends in ihrem Gefolge kann nicht verhindert werden, solange die kapitalistische Produktionsweise bestehen wird. Die Wirtschaftskrisen, unvermeidliche Wirkungen der auf das Privateigentum an den Produktionsmitteln gegründeten Produktionsweise, werden erst mit der Aneignung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft verschwinden.

II. Der Eintritt der schweren Wirtschaftskrise, die jetzt auf der österreichischen Volkswirtschaft lastet, ist beschleunigt, ihre Wirkung verschärft, ihre Dauer verlängert

worden durch die auswärtige Politik des österreichischen Imperialismus und durch die Vergeudung der wirtschaftlichen Kräfte des Landes durch den Militarismus. Der Kampf gegen die abenteuerliche Balkanpolitik der herrschenden Klassen und gegen die maßlosen Forderungen des Militarismus ist daher in den stärksten wirtschaftlichen Bedürfnissen der Arbeiterklasse begründet.

III. Die Arbeiterklasse fordert vom Staat, von den Ländern und von den Gemeinden Maßregeln, die geeignet sind, die Arbeitslosigkeit einzudämmen. Zu diesem Zwecke verlangen wir:

1. Erschließung neuer Absatzgebiete für die österreichische Industrie durch die Verbesserung der Handelsverträge mit Serbien und mit Rumänien und durch die Abschließung von Handelsverträgen mit den anderen Balkanstaaten und mit überseeischen Ländern.

2. Vergebung öffentlicher Arbeiten und Lieferungen in möglichst großem Umfang. Beschaffung der für produktive öffentliche Arbeiten erforderlichen Mittel durch Einschränkung der unproduktiven Ausgaben. Bei den öffentlichen Arbeiten sind in erster Reihe heimische Arbeitslose, und zwar ohne Herabdrückung des Lohnniveaus, zu verwenden.

3. Die Auswanderung der Arbeitslosen darf nicht verhindert werden.

4. Verkürzung des gesetzlichen Höchstarbeitstages. Ueberstunden sind nicht zu bewilligen.

IV. Soweit der Staat, die Länder und die Gemeinden den Arbeitslosen keine Arbeitsgelegenheit schaffen können, sind sie verpflichtet, das Elend der Arbeitslosen zu lindern. Wir fordern daher nach dem Vorbild des Auslandes die Gewährung von Staats- und Gemeindezuschüssen zu der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung. Insbesondere unsere Vertreter in den Gemeindevertretungen werden beauftragt, überall die Gewährung kommunaler Zuschüsse zu der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung zu verlangen.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung: Der Stillstand in der sozialpolitischen Gesetzgebung.

23. Antrag des Referenten Matthias Eldersch.

Der Parteitag konstatiert, daß das Abgeordnetenhaus im abgelaufenen Jahr auf dem Gebiet der sozialen Gesetzgebung vollständig unfruchtbar gewesen ist. Der Ausbau der Arbeiterschutzgesetze wird entweder durch Zuweisung von Initiativanträgen an die zahlreichen Beiräte verschleppt oder er scheitert an dem offenen Widerstand der bürgerlichen Parteien des Abgeordnetenhauses, die sich selbst nicht scheuen, obstruktionistische Mittel anzuwenden, um die Beratung sozialpolitischer Vorlagen zu hintertreiben.

Noch arbeiterfeindlicher ist die Haltung des Herrenhauses, das Beschlüsse des Abgeordnetenhauses, wenn sie ein kärgliches Stück Arbeiterschutz oder auch nur die Beseitigung mittelalterlicher Formen des Arbeitsverhältnisses beinhalten, jahrelang unerledigt läßt, um ihnen dann über Auftrag der interessierten Unternehmerorganisationen die Zustimmung zu verweigern.

Die Regierung unterstützt diese skandalöse Mißachtung bescheidener Arbeiterforderungen, indem sie durch eine Art passiver Resistenz der Verschleppung von Verhandlungen über sozialpolitische Anträge und Vorlagen in jeder Weise Vorschub leistet. Im Sommer dieses Jahres hat sie sogar durch direkte Einflußnahme auf die Regierung anderer Staaten die internationalen Vereinbarungen der Berner Konferenz über den Schutz der jugendlichen Arbeiter und der Arbeiterinnen auf ein durchaus unzulängliches Maß herabgedrückt, um sich den reichsten und mächtigsten Unternehmerklüngeln Oesterreichs gefällig zu erweisen. Mit Verordnungen, die, kaum erlassen, in den Durchführungsvorschriften unwirksam gemacht werden, wie die Verordnung über die Arbeitszeit in den kontinuierlichen Betrieben, oder die zurückgezogen werden, wie das Verbot der Verwendung von Kindern im landwirtschaftlichen Maschinenbetrieb in Niederösterreich, wird die Regierung die Arbeiter über ihre soziale Rückständigkeit nicht hinwegtäuschen.

Das Vorgehen der bürgerlichen Parteien des Herrenhauses und der Regierung in der Behandlung sozialpolitischer Angelegenheiten ist eine Provokation der Arbeiterschaft, es fordert die tatkräftigste Abwehr der organisierten Arbeiter heraus.

Der Parteitag erneuert die bisher unerledigt gebliebenen sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterklasse, die auf Parteitagen und Gewerkschaftskongressen

erhoben und begründet wurden und fordert alle Parteikörperschaften und Arbeiterorganisationen auf, den Kampf für den Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung unermüdlich fortzuführen, die Arbeitermassen über die Ursachen des Stillstandes in der sozialpolitischen Gesetzgebung aufzuklären, damit die arbeiterfeindlichen Abgeordneten von den Arbeiterwählern zur Verantwortung gezogen werden. Wenn Parlament und Regierung in ihrem Widerstand gegen die Schaffung sozialer Schutzgesetze beharren, dann muß die Arbeiterklasse zu einem entscheidenden Kampf für einen ausreichenden gesetzlichen Schutz des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter aufgerufen werden.

Der Parteitag protestiert auf das entschiedenste gegen die beispiellose Verschleppung der Verhandlungen über die Sozialversicherungsvorlage. Volle fünf Jahre sind seit Vorlage dieses Gesetzentwurfes verstrichen und erst jetzt wird von der Mehrheit des Ausschusses zugegeben, daß die Selbständigenversicherung in Galizien überhaupt nicht durchführbar ist. Trotz aller gegenteiligen Versicherungen werden die Verhandlungen zwischen Regierung und dem Polenklub über die Sonderstellung Galiziens überhaupt nicht geführt. Seit neun Monaten ruht die Arbeit des permanenten Sozialversicherungsausschusses und es ist in dieser Zeit in der galizischen Frage nicht einmal noch zu irgend einer seriösen Erklärung der beteiligten Parteien gekommen. Die einseitigen Erklärungen der Regierungsvertreter verfolgen nur den durchsichtigen Zweck, die Oeffentlichkeit darüber zu täuschen, daß überhaupt nicht verhandelt wird. Es wird immer offenkundiger, daß die bürgerlichen Arbeiterfeinde nicht gewillt sind, die Schwierigkeiten, die die organisatorische und finanzielle Verbindung der Arbeiterversicherung mit der Versicherung der Selbständigen geschaffen hat, durch eine zweckmäßige Aenderung der Regierungsvorlage zu überwinden, sondern daß sie diese Schwierigkeiten nur dazu benützen, um das Zustandekommen der schon seit Jahren spruchreifen Arbeiter-Invaliden- und Altersversicherung zu verschleppen.

In der Arbeiterschaft hat dieses skandalöse Vorgehen der Regierung und der bürgerlichen Parteien eine tiefgehende Erbitterung ausgelöst. Durch Steuer- und Militärforderungen wird die arbeitende Bevölkerung in unerträglicher Weise belastet, die wirtschaftliche Not wird durch die wucherische Agrarierpolitik maßlos gesteigert und Regierung und Mehrheitsparteien weigern sich, Arbeitergreisen und Arbeiterkrüppeln einen kärglichen Rentenanspruch durch die Alters- und Invalidenversicherung zu gewährleisten.

Der Parteitag fordert den ehesten Abschluß der Verhandlungen über die Sozialversicherung. Wird diesem bescheidenen Verlangen nicht Rechnung getragen, dann muß die Arbeiterschaft neuerlich zum Kampf für die Durchsetzung dieser proletarischen Lebensnotwendigkeit aufgerufen werden.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung: Internationaler Sozialistenkongreß.

24. Antrag des Referenten Viktor Adler.

Der Parteitag nimmt mit freudiger Genugtuung zur Kenntnis, daß der internationale Sozialisten- und Gewerkschaftskongreß in Wien stattfinden wird und beauftragt die Parteivertretung, mit den Gewerkschaften in Fühlung zu treten und im Einvernehmen mit dem Internationalen sozialistischen Büro alle Vorbereitungen zu treffen, um die Vertreter der Internationale in Wien würdig zu empfangen.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung: Die Reaktion in Justizpraxis und Justizgesetzgebung.

25. Antrag des Referenten Fritz Austerlitz.

Die Sozialdemokratie ist sich über Ursprung und Zweck der strafrechtlichen Satzungen nicht im unklaren. Sie weiß, daß sie der Niederschlag der ökonomischen Verhältnisse sind, von ihnen hervorgerufen und bestimmt, durch sie erhalten und verändert. Die Strafe hat vornehmlich den Zweck, die gesellschaftlichen Verhältnisse, wie sie sich aus der kapitalistischen Ordnung heraus entwickelt haben, zu schützen, und ihnen die Fortdauer zu verbürgen. Diese Bestimmung des Strafgesetzes tritt mit besonderer Schärfe im kapitalistischen Klassenstaat auf, und so enthüllt sich das Gesetz des Staates immer deutlicher auch als das Mittel, die Interessen der besitzenden Klassen zu schützen und alle auf die Fortentwicklung der Gesellschaft, also gegen

die Herrschaftsinteressen gerichteten Tätigkeiten als verbrecherisch und strafwürdig zu erklären.

Wenn diese Tendenz nun schon die Gesamtheit der strafrechtlichen Satzungen beherrscht, so in hervorragendem Masse jene, die sich auf politische und sozialpolitische Bestrebungen beziehen. Hier tritt das Streben, den gegebenen Zustand vor Angriffen zu behüten, ihn als unwiderruflich zu erklären, mit voller Offenheit auf. Der Parteitag hat nun den Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches, so weit er sich auf den politischen und gewerkschaftlichen Klassenkampf bezieht, geprüft und als Vertretung der besitzlosen und von dieser Ordnung ausgebeuteten Volksklassen erklärt er: Der Entwurf ist, wenngleich er gegenüber den sinnlos gewordenen Kautschukbestimmungen des geltenden Gesetzes einen kleinen Fortschritt enthält, durchaus unzulänglich. Er gibt der Meinungsfreiheit, der Kritik, nicht annähernd den Raum, den die demokratische Entfaltung des Staatswesens gebietet, und den die politische und soziale Notwendigkeit der ausgebeuteten Klassen als unerläßliche Notwendigkeit erfordert. Der Parteitag verwirft überhaupt alle auf die Vergewaltigung der Kritik, auf die Einschränkung der Meinungsfreiheit gerichteten Bestimmungen, verwirft auch alle den Herrschaftsgraden der Organe des Klassenstaates angepaßten Sonderbestimmungen. Er ist der Ueberzeugung, daß für niemand im Staat ein privilegiertes Schutzrecht nötig sei, daß sich demnach jedermann im Staat, wer er auch sei, mit dem Schutz zu begnügen habe, den das Strafgesetz der Ehre der Staatsbürger zubilligt.

Mit der größten Entschiedenheit verwahrt sich der Parteitag gegen alle wie immer gearteten und wie immer versteckten Bestrebungen, die sich gegen die Freiheit der Vereinigung kehren, die das Koalitionsrecht antasten wollen. Er erklärt, daß sich die Sozialdemokratie diesen Absichten mit unbeugsamer Kraft widersetzen werde. Der Parteitag erklärt, daß schon die gegenwärtige Bestimmung, die dem Streikbrecher, dem Verräter an den gewichtigsten Interessen seiner Arbeits- und Klassengenossen, einen besonderen Schutz verleiht und ihn in die Reihen der durch das Strafgesetz Privilegierten aufnimmt, ein Ausnahmsrecht gegen die Arbeiter ist; er fordert deshalb die Beseitigung jenes Ausnahmsschutzes für den, der sich in so schwerem Masse verächtlich gemacht hat. Deshalb erklärt der Parteitag, daß jeder Versuch, in das neue Gesetz weitere Fußangeln gegen den gewerkschaftlichen Kampf einzuschmuggeln, wie es zum Beispiel mit der hinterlistigen „fahrlässigen Gefährdung durch Betriebsstörung“ (§ 424) in Sachen des Koalitionsrechtes der Eisenbahner geplant ist, schlechthin ausgeschlossen sein muß. Mit dem größten Nachdruck verurteilt der Parteitag die immer gewalttätiger auftretenden Bestrebungen, die im höchsten Sinne sittliche Tätigkeit der gewerkschaftlichen Vertrauensmänner den Erpressungs- oder Nötigungsparagraphen zu unterwerfen; in diesen Richtersprüchen erblickt er nur die Dienstbarkeit der staatlichen Justiz für die rohesten Scharfmacherinstinkte.

Der Parteitag erachtet die Reform des Strafgesetzbuches im freiheitlichen, sozialen und humanen Sinne als unbedingt notwendig. Nicht minder dringend erscheint ihm aber die Reform des sogenannten Polizeistrafrechtes nötig, das heute, auf einer absolutistischen Verordnung beruhend, der dreistesten Willkür Tür und Tor öffnet und pflichtvergessenen Polizeiorganen die Möglichkeit gibt, die Armen zu behandeln, wie es nur im Zeitalter der Leibeigenschaft üblich war. Insbesondere weist der Parteitag auf die Gewalttätigkeit hin, die das Streikpostenstehen, dieses ursprüngliche, durch kein Gesetz beschränkte oder zu beschränkende Recht der im Lohnkampf stehenden Arbeiter auf Kontrolle der betreffenden Bewegung, mit einer ganz mißbräuchlichen Auslegung der §§ 7 und 11 der Verordnung vom Jahre 1854 zu verbieten sucht und zu bestrafen pflegt. Der Parteitag erklärt, daß bei der Feststellung des neuen Gesetzes dieser gewalttätigen Auslegung ein Riegel vorgeschoben werden muß. Dagegen fordert er die Aufnahme aller Vorschriften zum Schutze der körperlichen Sicherheit der arbeitenden Menschen ins Strafgesetz, wonach die Ahndung der Verletzung dieser Vorschriften den Gerichten zu überweisen sei. Er fordert, daß die Achtung vor der Gesundheit und dem Leben des Arbeiters unter die Rechtsgüter eingereiht werde, deren Schutz das Strafgesetzbuch zum Zwecke hat.

Der Parteitag erklärt die Ausübung der Rechtsprechung durch die Staatsbürger als ein unerläßliches Postulat des demokratischen Staates. Er ist sich freilich über die Mängel und Unzulänglichkeiten des heutigen Geschwornengerichtes nicht im unklaren, er erachtet also auch die Reform des Schwurgerichtes für nötig. Er ist der Ueberzeugung, daß jene Mängel in der Hauptsache dem Umstand zuzuschreiben sind, daß zu dem Amte der Geschwornen

in überwiegendem Maße nur das kleinbürgerliche Element gerufen wird — was darauf beruht, daß die Anlegung der Urliste heute geradezu nach den Prinzipien geschieht, die bei der Anlegung der Wählerlisten walten — die Arbeiter von dem Amte aber ebenso ausgeschlossen werden, wie die intellektuellen Schichten. Der Parteitag erklärt demnach, daß die Berufung zu dem Geschwornenamte so zu erfolgen habe, daß tatsächlich die Angehörigen aller Klassen berufen werden, daß keine Gesellschaftsklasse von dieser staatsbürgerlichen Berechtigung ausgestoßen bleibe. Denn nur dadurch werden die Geschwornen (oder die Schöffen) von jener Einseitigkeit bewahrt, die erstens zur Abstumpfung des Rechtsgefühls, zweitens aber zur Klassenjustiz führen muß. Aus diesem Gesichtspunkt erachtet es der Parteitag auch für nötig, daß den Geschwornen oder Schöffen Taggelder bewilligt werden, um auch den Besitzlosen die Ausübung dieser staatsbürgerlichen Tätigkeit zu ermöglichen.

Was die Verteilung der Befugnisse der Rechtsprechung, die Kompetenz des Berufsrichtertums und des Laienrichtertums anlangt, so drückt der Parteitag seine Ueberzeugung dahin aus, daß die politischen Delikte, sofern ihre Geltung überhaupt zuzulassen sei, ausnahmslos den Geschwornen überlassen bleiben müssen, also keineswegs mit den Beschränkungen, die heute stattfinden, wo zum Beispiel das ausgesprochen politische Delikt der Majestätsbeleidigung dem Berufsrichtertum zugewiesen ist. Wie immer man zu den politischen Delikten sich stellen möge: daß sie selbst in gemein-kriminalistischem Sinne nur als eine Ausschreitung der Kritik erachtet werden können, unterliegt keinem Zweifel. Diese Ausschreitung wäre demnach ein Eingriff in die Gesamtheit der staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten: ob aber diese vorliegt, ist nur von den Staatsbürgern selbst, von ihnen als Geschwornen zu erkennen und auszusprechen. Der Parteitag verkennt aber nicht, daß die Frage der Judikatur über Ehrenbeleidigungen gegen Private — gegen diese allein! — einer erneuten Prüfung und einer Reform bedarf, da sich in dieser Richtung die gegenwärtigen Geschwornen in allen Anklagen von und gegen politische Gegner der gröblichsten Parteijustiz hingeben.

Der Parteirag spricht die schärfste Entrüstung über die nun länger als zwölf Jahre andauernde Verschleppung der Reform des Preßrechtes aus. Er verlangt, daß das Abgeordnetenhaus die Beschließung nun ohne jeden Verzug vornehme, denn der Skandal des Verbotes der Kolportage und der Skandal der absoluten Konfiskationswillkür schreit zum Himmel und schließt Oesterreich aus der Reihe der Kulturstaaten aus. Der Parteitag ist sich bewußt, in Uebereinstimmung mit der gesamten öffentlichen Meinung zu handeln, wenn er die Konfiskationswirtschaft, wie sie sich unter dem Ministerium Hochenburger, von dem Justizminister immer in Schutz genommen, jederzeit gefördert und geradezu angestiftet, als eine gehässige Vergewaltigung und Verhöhnung der doch staatsgrundgesetzlich gewährleisteten Preßfreiheit brandmarkt. Die Sozialdemokratie ist deshalb entschlossen, den Kampf gegen das Preßunrecht mit aller Schärfe fortzuführen und nicht zu ruhen, bis das veraltete Preßgesetz, das jeder Willkür die formale Möglichkeit zu ihrem Treiben bietet, einem modernen, die Freiheit der Presse verbürgenden Rechte Platz gemacht hat.

Zu Punkt 10 der Tagesordnung:

26. Antrag Wagner, Schütz (Wien XVI).

Der Parteitag wählt eine zwanziggliedrige Kommission, die das Problem der größeren Verbreitung der täglichen Parteipresse einem gründlichen Studium unterzieht und dem nächsten Parteitag geeignete Vorschläge zu unterbreiten hat.

27. Antrag Vinzenz Muchitsch und Genossen.

Der nächste Parteitag ist nach Graz einzuberufen.

Geschäftsordnung
für die
Verhandlungen des Parteitages.

1.

Die Meldungen zum Worte sind schriftlich einzureichen und erhalten die Redner nach der Reihenfolge der Anmeldung das Wort.

2.

Alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzureichen.

3.

Bei Anträgen auf Schluß der Rednerliste oder Schluß der Debatte erhält nur ein Redner für und einer gegen das Wort. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außer der Reihenfolge der vorgemerkten Redner erteilt. Jeder Delegierte hat das Recht, persönliche Bemerkungen oder tatsächliche Berichtigungen entweder am Schlusse der Sitzung oder der Debatte vorzubringen.

4.

Die Redezeit der Referenten wird auf eine Stunde festgesetzt.

In der Diskussion erhält jeder Redner zehn Minuten das Wort. Kein Redner darf mehr als zweimal in einer Sache das Wort nehmen.

5.

Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der Abstimmenden gefaßt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung des Antrages.

6.

Auf Antrag von mindestens 20 Mitgliedern des Parteitages muß die namentliche Abstimmung über einen Antrag stattfinden.

7.

Nur die Teilnehmer haben das Recht, sich an der Diskussion zu beteiligen und abzustimmen; den Gästen kann nur über besonderen Beschluß des Parteitages ausnahmsweise das Wort erteilt werden.

Verhandlungen des Parteitages.

Eröffnungsversammlung.

Im großen Saale des Arbeiterheims trat am Abend des 31. Oktober der Parteitag der Deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs zusammen. Von der Bühne herab grüßt die Delegierten aus Grün heraus die lebensgroße Büste Schuhmeiers. Die Stirnwand ist mit Laub geschmückt und die Büsten von Marx und Lassalle zieren die Ränder der Bühne. Noch nie war ein Parteitag der Deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs so besucht wie dieser. 298 Delegierte sind erschienen. Zu ihnen gehören zahlreiche Frauen.

Als Gäste waren anwesend: der Sekretär des Internationalen sozialistischen Bureaus Deputierter Huysmans (Brüssel), ferner für die deutsche Sozialdemokratie Genossin Zietz und Parteisekretär Müller (Berlin), für die portugiesische Sozialdemokratie Genosse Peluso, für die ungarische Sozialdemokratie Weltner (Budapest), für die tschechische Sozialdemokratie Burian und Merta (Brünn), für die polnische Sozialdemokratie Dr. Diamand und Klemensiewicz, für die slowenische Sozialdemokratie Kristan (Laibach).

Konstituierung.

Skaret eröffnet den Parteitag: Namens der Parteivertretung begrüße ich die anwesenden Delegierten sowie unsere lieben Gäste aus dem In- und Ausland auf das herzlichste und erkläre den diesjährigen Parteitag für eröffnet.

Es wird zunächst das Präsidium gewählt, und zwar gemäß dem Vorschlag Skarets: als Vorsitzende mit gleichen Rechten Engelbert Pernerstorfer, Anton David und Josef Tomschik; als Schriftführer: Albert Hummel (Wien), Karl Cermak (Teplitz), Julie Klapatsch (Brünn) und Martin Rapoldi (Innsbruck).

Es wird nun die Tagesordnung festgesetzt.

Skaret: Nach dem Organisationsstatut ist der Parteivorstand verpflichtet, die Tagesordnung acht Wochen vor dem Parteitag zu veröffentlichen. Der Parteivorstand mußte sich also schon drei Monate vorher mit der Tagesordnung beschäftigen. Sie werden begreifen, daß sich vor drei Monaten die Dinge in vielen Beziehungen anders ansahen als derzeit. Wir waren daher vor vier Wochen gezwungen, eine Aenderung der Tagesordnung vorzunehmen. Nun wurde auch von Karlsbad ein Antrag eingebracht, daß der Bericht über die parlamentarische Tätigkeit, der gemeinsam mit den anderen Berichten erstattet werden sollte, abgesondert von ihnen behandelt werde. Wir stimmen diesem Antrag zu und schlagen Ihnen demgemäß folgende Tagesordnung vor:

1. Konstituierung des Parteitages:
   a) Wahl des Präsidiums;
   b) Festsetzung der Geschäftsordnung und der Tagesordnung;
   c) Wahl einer Mandatprüfungskommission.

2. Berichte:

a) des Parteivorstandes (Innere Parteitätigkeit, Berichterstatter: Ferdinand Skaret; Kassenbericht, Berichterstatter: Wilhelm Ellenbogen);
b) der Kontrolle.

3. Bericht des Klubs der Abgeordneten. Berichterstatter: Karl Seitz.

4. Die auswärtige Politik und die Militärforderungen. Berichterstatter: Karl Leuthner.

5. Die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit. Berichterstatter: Otto Bauer.

6. Der Stillstand in der sozialpolitischen Gesetzgebung. Berichterstatter: Matthias Eldersch.

7. Der Internationale Sozialisten- und Gewerkschaftskongreß in Wien. Berichterstatter: Viktor Adler.

8. Die Reaktion in Justizpraxis und Justizgesetzgebung (Strafgesetz und Preßgesetzreform). Berichterstatter: Friedrich Austerlitz.

9. Wahl der Parteivertretung.

10. Eventuelles.

Die Tagesordnung wird genehmigt, ebenso die Geschäftsordnung, die dieselbe ist wie auf den früheren Parteitagen. Die Arbeitszeit wird festgesetzt von 9 bis halb 1 Uhr und von 2 bis 6 Uhr.

In die Mandatprüfungskommission werden gewählt: aus Böhmen Josef Pfeifer (Reichenberg), aus Mähren Heinrich Kohn (Brünn), aus Schlesien Stephan Titz (Bielitz), aus Niederösterreich Paul Richter (Wien), aus Oberösterreich Josef Stock (Linz), aus Steiermark Adolf Topf (Marburg), aus Tirol Martin Rapoldi (Innsbruck), aus Kärnten August Neutzler (Klagenfurt), aus Salzburg Josef Breitenfellner, aus Vorarlberg Hermann Leibfried (Dornbirn), aus der Bukowina Franz Zeplichal (Czernowitz).

Die Eröffnungsrede.

Vorsitzender **Pernerstorfer:** Seitdem wir das letztemal — gerade vor einem Jahre — beisammen waren, haben sich bedeutsame Ereignisse vollzogen. Schon bei unserem letzten Parteitag wußten wir, daß wir schweren Zeiten entgegengehen. Der Balkankrieg war schon ausgebrochen und wir mußten in größter Besorgnis sein, daß die Folgen auch auf unser Land übergreifen könnten, in größter Besorgnis, in eine Abenteurerpolitik hineingetrieben zu werden, die Staat und Volk aufs schwerste schädigen mußte. Wir haben damals auf unserem Parteitag mit der größten Entschiedenheit kundgetan, daß wir den Frieden wollen, daß wir nicht wollen, daß sich Oesterreich in die Verhältnisse des Balkans hineinmische. Diese Friedenskundgebung wurde wenige Wochen darauf in Basel von der Internationale bestätigt und wiederholt. Wenn es auch gelungen ist, den Kriegszustand, dessen Gefahren über unserem Lande schwebten, hintanzuhalten, so haben wir doch bittere, schwere Monate verleben müssen. Wir haben keinen Krieg geführt, aber wir haben beinahe alle Schrecknisse des Krieges kennen gelernt. Eine Mobilisierung hat Tausende und Tausende unserer Mitbürger, unserer Parteigenossen an die Grenze des Reiches gerufen und Monate haben diese unter bitteren Kümmernissen ihr Leben verbringen müssen. Sie haben aus vielen Briefen, die in unseren Blättern veröffentlicht

wurden, erfahren, wie es unseren Leuten dort gegangen ist. Immer und immer wieder, so oft sich neue Bestrebungen geltend gemacht haben, uns mitzuverwickeln in den Krieg, haben wir unsere mahnende Stimme ertönen lassen. Wir haben Protest erhoben gegen diese unnütze Mobilisierung und gegen die damit verbundenen Nachteile. Wir haben eine schwere Zeit der wirtschaftlichen Not erlebt. Die Geschäftsstockung war allgemein, die Arbeitsgelegenheiten waren gering und die zurückgebliebenen Familien der Reservisten hatten Not zu leiden. Die in Oesterreich immer unerquicklichen Zustände haben sich in diesem Jahre auf das äußerste gesteigert. Die Unvernunft unserer Diplomatie wird vielleicht nur noch durch die Unvernunft unserer Regierung übertroffen. Aber diese Diplomatie hat alles mögliche geleistet, um uns in einem steten Zustand der Sorge zu erhalten. Mit tiefer Bekümmernis haben wir in diesem verflossenen Jahre gesehen, daß die wirtschaftliche Lage des Proletariats von Monat zu Monat schwieriger wurde. Wir haben unsere Stimme erhoben im Parlament und wir haben keine Gelegenheit vorübergehen lassen, in der Presse auf die Unleidlichkeit all dieser Verhältnisse hinzuweisen, und wir haben es im verflossenen Jahre erleben müssen, daß alle, Regierung und bürgerliche Parteien, taub gewesen sind gegen unsere Vorstellungen. Wir haben durch die ganze Zeit hindurch festgestellt, daß es die Aufgabe Oesterreichs ist, mit den Balkanvölkerschaften in Frieden und freundschaftlicher Beziehung zu stehen. Trotzdem ist es dazu gekommen, daß wir heute in einer nichts weniger als angenehmen Situation sind. Es ist unsere Aufgabe, dahin zu wirken, daß wieder solche Verhältnisse eintreten, daß das Proletariat sich nach und nach wieder erheben kann. Wir gehen einer Periode entgegen, die immer deutlicher zeigt, daß das Schicksal der Völker abhängt vom Maß des Verstandes, den die Regierungen für die wirtschaftliche Entwicklung Oesterreichs haben. So können wir das abgelaufene Jahr als eines der schwersten ansehen, und jeder wird begreifen, wenn der allgemeine Unwille, der alle Kreise erfüllt, in ganz besonderem Maße das Proletariat erfüllt hat, daß die Ungeduld stärker und stärker wird. Wir werden darüber ja im Verlauf des Parteitages noch mehr zu reden haben. Aber wie immer sich die Dinge entwickeln werden, wir sind dessen sicher und in uns als Partei zu sehr geschlossen, wir stehen in zu fester Einheit da, als daß wir schwereren Besorgnissen wegen der Partei Raum geben könnten; wir sind dessen gewiß. Wir werden auch für die Zukunft gerüstet sein.

Wir haben während dieses Jahres schwere Verluste in der Partei zu beklagen. (Alle Anwesenden erheben sich von den Sitzen.) Vor allem anderen den Verlust eines Mannes, der nicht der österreichischen Partei angehörte, der aber als ein Angehöriger der ganzen Internationale uns besonders nahegestanden ist, der repräsentative Mann des internationalen Proletariats: August Bebel. Wir wußten es ja, daß er schon lange leidend war, aber die so plötzliche Nachricht von seinem Tode hat uns doch im Innersten erschüttert. Alle Worte, die ich hier gebrauchen könnte, sind ja nur arm und können für diesen Verlust nur wenig bedeuten. Ein reiches Leben hat sich in August Bebel erfüllt, ein Leben voll Kampf und voll innerer Kraft. Der Mann, der in seinen jungen Jahren schon so viel mit dem Leid zu tun hatte und sich mit ganzer Ueberzeugung in die Politik gestürzt hat, hat sich in rascher Folge der sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland angeschlossen und war ihr Führer durch vier Jahrzehnte seines Lebens. Er war der Typus des deutschen Proletariers. Herausgewachsen aus der untersten Schicht des Lebens, ist er, ohne Hoffnungen auf ein sorgenloseres Leben, gewandert wie jeder Handwerksbursche, auf der Walz weit durch die Länder gezogen, ist endlich seßhaft geworden und hat sich aus eigener Kraft zu behaupten gewußt. Aber der innere Schwung seiner Seele hat es nicht dabei bewenden lassen; er ist in den jüngsten Jahren in die Politik eingetreten und hat sich, sobald seine Augen für die Lehre des Sozialismus geöffnet waren, diesem angeschlossen. Es ist unmög-

lich, auch nur andeutungsweise zu erzählen, mit welchen Schwierigkeiten er sich durchgerungen hat. Aber vom ersten Augenblick an war er ein unermüdlicher Kämpfer, insbesondere ein nachahmungswerter Vorkämpfer. Aber nicht allein das deutsche Proletariat hat ihn geliebt wie keinen anderen, er ist geehrt und geschätzt und persönlich geliebt worden von allen Mitgliedern der Internationale. Und es ist eine merkwürdige Sache, daß derselbe Mann, der sich alles mühselig selbst erkämpft hat, in den Jahren seiner Reife mitten unter den anderen, die von früh an höher gebildet waren und mehr gelernt hatten, eine Autorität sondergleichen ausgeübt hat. Man muß es selbst erlebt haben auf internationalen Kongressen, wie dieser einfache, schlichte Arbeiter — es muß herausgesagt werden — geehrt von Fürsten des Geistes wurde. Er war der Typus des deutschen Arbeiters mit allen seinen Vorzügen, mit seinen Bildungsbestrebungen, mit seiner Treue, und sein ganzes Leben war durchleuchtet von seinem Glauben an den Sozialismus und an die Befreiung der Arbeiterklasse, an die große Zukunft der ganzen Menschheit im Reiche der Freiheit und Selbständigkeit. Es ist unmöglich, an dieser Stelle alles zu sagen, was mir am Herzen liegt; aber sein Name ist in der Geschichte nicht allein des Proletariats unsterblich. Wenn es auch möglich wäre, daß wir ihn vergessen könnten, in der Geschichte der Welt wird er als eine Persönlichkeit bestehen bleiben bis in die fernsten Zeiten als der große Ausdruck einer nach aufwärts ringenden Schicht. Ich habe schon einmal an anderer Stelle gesagt und will es hier wiederholen: Wir Oesterreicher hängen mit besonderer Liebe an ihm, wir haben den Glauben, daß er, dessen Herz der ganzen Welt zugewendet war, auch für uns einen besonderen Platz in seinem Innern übrig gehabt hat. Sein Name bleibt aufgezeichnet in der Geschichte der Menschheit, bleibt aufgezeichnet auch in unseren Herzen.

Wir haben vor wenigen Tagen einen unserer ältesten Genossen begraben: Karl Höger. Es sind wenige in diesem Saal, die ihn nicht gekannt haben. Er war einer der ältesten gewerkschaftlich Organisierten, er stand in den stürmischen Zeiten der österreichischen Arbeiterbewegung schon mitten in ihr. Er war leidenschaftlichen Gemütes und immer das, was wir in Oesterreich einen Losgeher nennen. Aber alle seine Eigenschaften, wenn sie auch hie und da Ueberschwenglichkeiten zeigten, waren begründet in seiner Liebe zum Proletariat, und Karl Höger, den wir alle gekannt haben und der ja auch einige Jahre Mitglied des österreichischen Abgeordnetenhauses war, wird in der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung einen ehrenden Platz haben und wir werden seiner immer ehrenvoll gedenken.

Wir haben noch zu gedenken des Todes der Genossen Rößler in Bodenbach, Popluschnik in Tannwald, Laufke in Bensen und Gürlich in Wien. Vertrauensmänner, die an ihrer Stelle ihre Pflicht als Mitglieder der Partei immer erfüllt haben und von denen wir sagen können, daß sie echte und gute Proletarier gewesen sind.

Wir haben noch einen Verlust erlitten, der stärker ist als andere. Wir alle sind nicht sentimental, wir wissen, das Leben hat seine Grenze, dereinst kommt die Stunde, wo wir scheiden müssen und wir, die wir nachzudenken gewohnt sind über das Leben, wir sagen uns immer: „Nütze die Spanne Zeit, die dir gegeben ist, für die große Sache, der wir alle dienen.“ Aber was einen wie ein Blitzstrahl aus heiterem Himmel befällt, überwältigt und niederdrückt, das ist, wenn plötzlich ohne die natürlichen, biologischen Voraussetzungen einer dahin muß, den die Kugel des Mörders trifft. Der Mann, dem dieses Schicksal beschieden war, war unser Franz Schuhmeier. Wir sind an der Stätte seiner besonderen Wirksamkeit, der Stätte, deren Organisation er angehört hat. Auch er ist ein Proletarier, der aus der tiefsten Schicht des Volkes herausgekommen ist, der immer den Drang gehabt hat nach vorwärts, den Drang, sich zu bilden, zu lesen, an sich zu arbeiten; einer von denen, der eine Summe von natürlichen Begabungen hatte, die im Volke so mannigfach verbreitet sind und so selten an die

Oberfläche kommen und dann nur innerhalb unserer Partei. Er war nicht nur ein treuer Genosse, ein Mitkämpfer unserer Partei in den Zeiten gewaltigen Kampfes, er war auch ein Original, eine Spezialität, eine besonders wienerische Spezialität. Es wird keinen in diesem Saal geben, der sich nicht erquickt hat an seinem Humor, an seinem Witz, seiner Schlagfertigkeit, an dem, was ihm während seiner Rede eingefallen ist. So hat denn dieses Ereignis auf uns so ungeheuer schwer gewirkt, daß wir mühsam nach Worten ringen, um auszudrücken, was er war. Wenn wir wenige Monate, nachdem wir ihn begraben, hier in dem Saal, wo sein Sarg aufgebahrt war, von ihm sprechen, überkommt uns ein doppeltes Gefühl der Wehmut, daß wir einen tüchtigen und starken Kämpfer verloren haben, und das andere, daß dieser frische und lebensfrohe Mensch so frühzeitig aus dem Leben gehen mußte. Das packt uns, das erschüttert uns und die Arbeiter Oesterreichs werden Franz Schuhmeier nie vergessen, der so sehr der Ausdruck ihres eigenen Wesens war und den wir im Parteileben so notwendig und so oft noch brauchen würden. Mit uns fühlt die sozialdemokratische Partei jedes Landes und wir haben in den Tagen nach Schuhmeiers Tode aus allen Ländern die Beweise der Anteilnahme bekommen, wir wollen ihm ein treues Angedenken bewahren.

Sie haben sich von den Sitzen erhoben, wir werden die Ehrung dieser Toten und aller derer, der wir gedenken, die namenlos dahingegangen sind, im Protokoll verzeichnen.

Verehrter Parteitag! Unser diesmaliger Parteitag hat eine besondere Bedeutung. Es werden in wenigen Wochen fünfundzwanzig Jahre sein, daß der Parteitag in Hainfeld abgehalten wurde. Es wäre eine Unterlassungssünde, wenn wir uns heute nicht dieses Parteitages von Hainfeld und der fünfundzwanzig Jahre, die ihm gefolgt sind, erinnerten. Nur die Alten und Aelteren in diesem Saal kennen die Zustände aus eigener Erfahrung, die im österreichischen Proletariat in den Siebziger- und Anfang der Achtzigerjahre geherrscht haben. Wer den Aufschwung des österreichischen Proletariats in jenen Zeiten gekannt hat, hat mit tiefer Bekümmernis den Zerfall der Partei am Ende der Siebzigerjahre mitansehen müssen. Es war eine Zeit, da das Proletariat Oesterreichs sich innerlich zerfleischt hat, in Richtungen gestanden ist, die sich gegenseitig bekämpft haben. Es war eine Zeit, da es dem Einfluß der Polizei gelungen ist, in die Organisation der Partei Lockspitzel hineinzuschicken und die ganze aufstrebende Arbeiterbewegung in Verwirrung zu bringen, da man den Ausnahmszustand über einzelne Teile Oesterreichs verhängte und hier in Wien auf Grund des Ausnahmszustandes barbarische Urteile fällte; es war die Zeit, da 1886 die österreichische Regierung nach reichsdeutschem Muster ein Sozialistengesetz im Abgeordnetenhaus beschließen lassen wollte, das die Arbeiterschaft auf lange Zeit hinaus geknebelt hätte.

Damals ist es gelungen, nach langer Zeit wieder die beiden Richtungen so nahe zu bringen, daß es sogar zu einer gemeinsamen Demonstration gegen das Sozialistengesetz gekommen ist. Es ist nicht zu viel gesagt, daß die damalige Einigung, wenn sie auch sozusagen nur einen Augenblick bestand, viel dazu beigetragen hat, daß es zum Sozialistengesetz nicht gekommen ist.

Bei jenen Verhandlungen hat zum erstenmal der Genosse Viktor Adler seine versöhnende Kraft gezeigt und hat die beiden Gruppen zusammengebracht, und die Resolution, die damals im Schwender-Saal angenommen wurde, war die erste in der Reihe so vieler und ausführlicher Resolutionen, die Adler ausgearbeitet hat. (Heiterkeit.) Man kann sie als einen Teil der stattlichen Sammlungen der Staatsschriften Adlers bezeichnen. (Heiterkeit und Beifall.) Von diesem Tage an hat Adler mit Unermüdlichkeit das ganze Land bereist. Es ist hier nicht Zeit und Ort, das ausführlich zu schildern; aber es hat lange Arbeit gekostet, bis es Ende 1888 wieder zu einem wirklichen Parteitag gekommen ist. Von dieser Zeit an datieren die neue Organisation der Partei und ihr stetiger Aufstieg, der sich ununter-

brochen vollzog. Ich glaube im Sinne des Parteitages zu handeln, wenn ich der Person des Genossen Viktor Adler besonders gedenke. (Lebhafter Beifall.) Wenn wir alle zusammen gewiß der Auffassung sind, daß der einzelne nicht entscheidend ist für die Entwicklung der Völker und Ideen, so wissen wir doch den Wert der Persönlichkeit zu schätzen, und wir wissen, was der einzelne leisten kann. Ich möchte hier an dieser Stelle und an diesem Tage eine Aufforderung an den Genossen Adler erneuern, die ich schon in Innsbruck an ihn gerichtet habe. Er möge sich niedersetzen und seine Erinnerungen aus diesen Jahren fixieren. (Stürmischer Beifall.) Es wären Erinnerungen, die, wenn sie nicht niedergeschrieben werden, wirklich unersetzlich wären. Er hat diese ganzen Jahre miterlebt nicht als Betrachter, sondern als Mithandelnder, an erster Stelle. All die bewegenden Kräfte, all die sonderbaren Zustände, die damals geherrscht haben und die überwunden werden mußten, hat keiner so gekannt wie er. Und darum ist es eine Pflicht von ihm, er ist es uns schuldig, daß er diese Erinnerungen niederschreibt.

Es ist also dieser Tag für uns so recht ein Tag der stolzen Erinnerungen, denn wenn wir uns vorstellen, was die Partei vor fünfundzwanzig Jahren war und was sie heute ist, so dürfen wir wohl mit einem gewissen Selbstbewußtsein auf die in diesen Jahren geleistete Arbeit zurückschauen. In der Tat, es ist etwas Großes in der Zeit geschehen. Es ist eine große Organisation geschaffen worden, die nicht mehr zu zertrümmern ist und die auch niemals zertrümmert werden kann. Und wenn wir heute in die Zukunft schauen und gar manchmal von bangen Zweifeln erfüllt werden, was denn in der allernächsten Zeit geschehen wird, wenn wir in den Reihen der Partei so manche Unzufriedenheit sehen, über dies oder jenes, so können wir sagen: All das wird sich klären, die Festigkeit der Partei wird über all diese Dinge hinwegkommen. Wir sind alle zu sehr erfüllt nicht allein von den momentanen Aufgaben der Tagespolitik, wir sind alle zu sehr erfüllt vom sozialistischen Geist, als daß wir je glauben könnten, daß die in den fünfundzwanzig Jahren zusammengeschmiedete Sozialdemokratie Oesterreichs jemals wieder wanken könnte. In uns lebt zu viel von jenem sozialistischen Geist, der über die engen Grenzen unseres sogenannten Vaterlandes leichthin hinausfliegt, weil dieses Vaterland nicht das Um und Auf unseres Fühlens und Denkens ist, denn wir sind der Meinung, daß wir weit über die Grenzen unseres Landes und unserer Zeit hinaus Ziele haben, denen nachzustreben das persönliche Glück jedes bewußten Sozialdemokraten ausmacht. Und so lassen Sie mich die Hoffnung aussprechen, daß nach abermals fünfundzwanzig Jahren der Parteitag nach neuen großen Erfolgen auch derer gedenken wird, die in diesen fünfundzwanzig Jahren mitgewirkt haben. (Beifall.)

Und nun lassen Sie mich die Gäste, die auf unserem Parteitag erschienen sind, begrüßen. Wir haben die Freude, in unserer Mitte zu sehen den Vertreter des Internationalen Sozialistischen Bureaus aus Brüssel Genossen Huysmans (Stürmischer Beifall); wir haben wie immer auf unserem Parteitag zwei Parteigenossen aus Deutschland, den Genossen Müller und die Genossin Zietz, beide aus dem Parteivorstand unserer reichsdeutschen Bruderpartei (Stürmischer Beifall); wir haben das besondere Vergnügen, einen Vertreter Portugals zu begrüßen, den Genossen Peluso; wir begrüßen von der ungarischen Bruderpartei den Genossen Weltner, von der polnischen Sozialdemokratie die Genossen Diamand und Klemensiewicz, von der tschechischen Sozialdemokratie die Genossen Merta und Burian, von der slowenischen Sozialdemokratie den Genossen Kristan. (Lebhafter Beifall.)

Die Begrüßungsreden.

Huysmans: Geehrte Genossinnen und Genossen! Ich übermittle Ihnen die Grüße der belgischen Genossen und insbesondere die Grüße der Mitglieder der Internationalen Exekutive. Wir sind ja alte Bekannte und ich kenne kein Land, wo Ihre Politik mit mehr Interesse verfolgt wird als in

Belgien. Wir haben ja dieselben Feinde. In den Jahren nach 1894 hatte Belgien nach seinem gelungenen Generalstreik ein schönes Ansehen in der Internationale erworben. Aber nach dem mißlungenen Generalstreik von 1902 haben wir es wiederum teilweise eingebüßt. 1913 kam, wir streikten aufs neue und ich lese in allen Blättern, selbst in den deutschen, daß wir wiederum anständige Leute geworden sind. (Heiterkeit.) Es ist also gar nicht zu wundern, daß meine Landsleute sehr zufrieden sind über die anderen und auch über sich selbst. (Heiterkeit.) Wir danken dies unseren Gegnern. Die Klerikalen in unserem Lande lassen uns keine Ruhezeit. Gestern standen wir inmitten eines Wahlrechtskampfes, heute tobt im Parlament ein Schulstreit. Die Klerikalen haben heute die Mehrheit im Parlament dank dem pluralen Wahlrecht. Sie wollen auch morgen die Mehrheit bleiben, dank einer politisch-religiösen Zwangserziehung auf Kosten des Staates. Sie sehen, die Leute sind überall dieselben. Ich weiß nicht, ob die Ihrigen besser sind als die unseren. (Rufe: Nein, nicht möglich!) Aber eine Sache ist sicher: jede sozialdemokratische Partei hat die Klerikalen, die sie nicht verdient. (Sehr gut!) Unser Wahlrechtskampf ist jedoch nicht beendet. Wir hoffen, daß die verfassungsmäßige Lösung kommen wird nach den Wahlen von 1914 für die eine Hälfte der Kammer und vor den Wahlen der Kammer 1916, wo die Wahl der anderen Hälfte stattfinden wird. Man hat, wie Sie wissen, eine besondere Kommission eingesetzt; man hofft, daß ihr Kind ohne zu viel Schmerzen geboren wird. Aber geht es nicht, dann kann es wiederum geschehen, daß wir es in Belgien hübsch machen müssen. Wir haben eine gewisse parlamentarische Erfahrung und auch eine gewisse extraparlamentarische Erfahrung. (Heiterkeit.) Sie denken wohl, daß ich nicht allein nach Wien gekommen bin, wie der Genosse Müller nur wegen der Freude, Sie im Namen meiner heimischen Organisation zu begrüßen. Nächstes Jahr haben wir den internationalen Parteitag. Wie Sie wissen, hat schon das Bureau in Kopenhagen den österreichischen Genossen suggeriert, uns einzuladen. (Heiterkeit.) Das wurde auch spontan getan. Aber wegen des Baseler Kongresses wurde der Kongreß auf ein Jahr vertagt. Und nun ist die Zeit gekommen, sich um seine Organisierung zu kümmern. Ich bin also hier wie eine Art Vorläufer. Die vielen anderen kommen später. (Heiterkeit.) Und daß es viele sein werden, dafür sorgt schon der Ruf der Stadt Wien. Ich komme also hier ein wenig zur Information, um zu wissen, wann der Kongreß stattfindet, wo und wie er stattfindet. Wir werden also zusammen arbeiten müssen zum Wohlgelingen dieses Zehnten internationalen Kongresses.

Geehrte Genossen! Wir leben in einer interessanten Zeit. Ich werde die Tribüne nicht mißbrauchen, um Ihnen eine Schulmeisterede über internationale Politik zu halten Aber man kann sagen, daß die Sozialdemokratie überall ihre Macht und ihren Einfluß vermehrt hat: in gewissen Ländern lehnt sie selbst Ministerportefeuilles ab. Eine Sache aber ist sicher. Die letzten Ereignisse haben bewiesen, daß wir, und wir allein, unseren Prinzipien treu geblieben sind, vor allem im Kampfe gegen den Krieg, und daß jeder Tag, der vorübergeht, immer aufs neue die Wahrheit der sozialdemokratischen Kritik am Kapitalismus beweist. Aber auch die Wahrheit der sozialdemokratischen Auffassung der Gesellschaft. In diesem Sinne wird auch Ihr Parteitag wirken zum Wohl des arbeitenden Volkes. (Lebhafter, andauernder Beifall.)

Müller (Berlin): Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat Genossin Zietz und mich beauftragt, Ihrem Parteitag beizuwohnen, und ich habe den ehrenvollen Auftrag, Sie im Namen der deutschen Sozialdemokratie zu begrüßen. Alle meine Vorgänger auf früheren österreichischen Parteitagen haben Ihnen bereits versichert, wie gern wir zu den Verhandlungen der österreichischen Bruderpartei kommen. Gewiß, die deutsche Partei hat ja erst im letzten Jahre wieder, und besonders im Zusammenhang mit den Vorgängen, die zu dem außerordentlichen Inter-

nationalen sozialistischen Kongreß in Basel geführt haben, bewiesen, daß sie die herzlichsten Beziehungen zu allen Bruderparteien hat, daß zwischen dem klassenbewußten Proletariat in den Dreibundstaaten und in den Reichen des Dreiverbandes keine Differenzen bestehen und daß die Einheit der Aktion zwischen den Proletariern aller Länder tatsächlich besteht. Wenn wir aber besonders gern zu Ihnen kommen, so vor allem deshalb, weil wir auf dem alten deutschen Kulturboden gemeinsam wirken für die Ziele des Sozialismus und weil wir da das Erbe von Hegel und Marx, von Fichte und Lassalle zu wahren und zu erhalten haben.

Wir haben in dem letzten Jahre gemeinsam gegen die Kriegshetzer gekämpft und haben dadurch verhindert, daß Zustände über Deutschland kamen, so schauerlich, wie sie seit dem Dreißigjährigen Kriege in Deutschland nicht mehr gewesen sind. Wir haben mit Ihnen immer gemeinsam gekämpft, weil wir mit Ihrer Arbeit verwachsen sind. Ihr Vorsitzender, Genosse Pernerstorfer, hat ja heute schon darauf hingewiesen, wie sehr der Tod des Genossen Bebel auch in den Reihen der österreichischen Arbeiter die Herzen aufs tiefste erschüttert hat. Das freundschaftliche Verhältnis zwischen Ihrem Adler und unserem Bebel war nicht nur ein persönliches Freundschaftsverhältnis der Führer, sondern diese Gesinnungen gehören den beiden Völkern gemeinsam. Eben deswegen hat es uns so außerordentlich gefreut, daß das, was wir in Ihrer „Arbeiter-Zeitung" am Tage nach dem Tode gelesen haben, das Beste war, was überhaupt über August Bebel geschrieben worden ist. Als der Tod ganz plötzlich an das friedliche Lager unseres Vorkämpfers trat, traf uns dieser Schicksalsschlag unerwartet. Aber wir wußten ja, daß der Tod einmal so an sein Lager treten könnte, ob heute oder morgen; sein reiches Leben ging dem Abend zu, das wußten wir. Ganz anders aber hat es auf die deutschen Arbeiter gewirkt und es ging wie ein Schrei der Empörung durch ihre Reihen, als Ihr Franz Schuhmeier ein Opfer einer feigen Mörderhand geworden war. Auch er hatte Beziehungen zu uns, seit er 1896 zum Parteitag nach Gotha kam. Damals wurde er rasch bei uns beliebt, als er mit seinem goldenen Humor versuchte, sein geliebtes Oesterreich unserem Verständnis näherzubringen. Und wir haben deshalb das tragische Geschick dieses echten Proletarierkindes und Arbeitervorkämpfers tief bedauert. Es hat uns wieder gezeigt, daß wir neben dem schweren Kampfe gegen unsere offenen Feinde auch den noch schwereren gegen jene zu führen haben, die zu uns gehören sollten, die aber noch abseits von unseren Reihen stehen.

> Der Feind, den wir am tiefsten hassen,
> Der uns umlagert schwarz und dicht,
> Das ist der Unverstand der Massen.

Wir wissen, daß bei uns und bei Ihnen noch Zehntausende fernstehen, die eigentlich zu uns gehören müßten. Es ist von Ihrem Vorsitzenden ja schon auf den Kampf gegen den Klerikalismus hingewiesen worden, auch vom Genossen Huysmans. Aber auch bei uns wittert der Klerikalismus wieder Morgenluft. Im Norden haben wir die preußischen Junker und südlich des Mains sammeln die Klerikalen alle ihre Kräfte gegen die Sozialdemokratie. Sie kämpfen angeblich gegen den Liberalismus, aber sie hassen mehr die Sozialdemokratie. Das ist aber vorzüglich die Wirkung der ausgereiften Verhältnisse bei uns, es soll aber wohl auch die Rache für die letzten gewaltigen Niederlagen des Klerikalismus in Deutschland sein. Es ist uns bei den Reichstagswahlen nicht nur gelungen, die schon früher eroberten alten Hochburgen der Schwarzen, Düsseldorf und Mainz, Speir und Straßburg zu halten, sondern auch andere ihrer festesten Burgen, wie Metz und Würzburg, zu erobern; aber was sie am allertiefsten kränkt und am allermeisten schmerzt, das ist der Verlust des heiligen Köln, das trägt dazu bei, daß sie uns, wo sie nur können, Eintrag tun wollen. Ihre klerikalen Wähler werden jetzt in Baden aufgeboten, für Liberale und Freimaurer

einzutreten, nur damit diese gegen die Sozialdemokraten Sieger bleiben. Unser Klerikalismus ist nicht schlechter und nicht besser als der Ihre, und in der Zeit der Orientkrise konnten wir sehen, daß die österreichische Orientpolitik keine treueren Anhänger gehabt hat als die klerikale Presse im Deutschen Reich. Aber wenn die Klerikalen auch bei uns Morgenluft wittern, so kann es ihnen doch nicht gelingen, uns den Weg zu verlegen, und wenn sie auch versichern, daß alle Wege nach Rom führen, so können wir doch verändert sagen, alle Wege führen zum Sozialismus. Ich wünsche den Arbeiten Ihres Parteitages, daß Sie diese Wege kürzer zu machen verstehen. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß wir alle, wenn sich im nächsten Jahre die Delegierten des Internationalen Kongresses hier in Wien versammeln werden, dann stolz sein werden auf die österreichische Sozialdemokratie.

Weltner (Budapest): Im Namen der ungarländischen sozialdemokratischen Partei begrüße ich Sie auf das herzlichste und wünsche Ihren Beratungen die besten Erfolge. Wir sind eng zusammengeknüpft mit Ihnen durch die gemeinsamen Angelegenheiten Oesterreich-Ungarns. Es ist deshalb für uns von großem Interesse, daß Sie in Ihrer Arbeit vorwärtsschreiten. Die weltberühmte äußere Politik der österreichischen Monarchie, dessen Elend Sie so trefflich gekennzeichnet haben, ist auch für uns sehr nachteilig. Die Lasten des Militarismus und Imperialismus müssen wir mit Ihnen tragen, können aber nicht so mächtig wie Sie gegen ihn auftreten. Dies macht uns zur Schuldigkeit, daß wir den Kongreß der Deutschen in Oesterreich verfolgen und unsere Glückwünsche darbringen. Die österreichische Partei hat im mutigen Kampfe das allgemeine Wahlrecht erobert und hat als ein Kampffeld das Parlament; die ungarische Arbeiterschaft kann bis heute nur auf der Straße kämpfen, und man will mit den Maschinengewehren auch diesen Weg nehmen. Nachdem sie im Kampfe für das allgemeine Wahlrecht blutige Schlachten geschlagen hatte, kam die Partei der „nationalen Arbeit“ und wir haben einen neuen Begriff von „Arbeit“ bekommen. Was bei dieser Partei Arbeit heißt, das ist die Arbeit des Diebstahls, des Panamas und der Korruption. Sie hat in ihren ersten Anfängen Millionen aus den Staatskassen gestohlen. Graf Tisza hat es eben am Donnerstag eingestanden, daß ohne Stimmkäufe eine Wahl nicht zu begreifen ist, daß es keine Wahl ohne Korruption gibt. Und diese Regierung, von der vor dem Gericht bewiesen wurde, daß sie gestohlen hat, gibt für unser Ungarn Sklavengesetze wie nirgends sonst in der Welt. Ich weise nur darauf hin, daß wir vor einigen Wochen eine Verordnung bekommen haben, nach der eine Versammlung nur dann genehmigt werden kann, wenn der Stuhlrichter will, und ein Zuruf genügt, daß das ganze Bureau und sämtliche Anwesenden bis zu fünfzehn Tagen Arrest bestraft werden können. (Entrüstungsrufe.)

Hunderttausende sind bei uns arbeitslos und Sie wissen ja selbst von den Verheerungen der Krise. Ohne daß man für die Notleidenden etwas tut, hält man im Budget auch diese Summen zurück, welche für öffentliche Arbeiten bewilligt wurden, und macht ein Gesetz nicht für die Arbeitslosen, sondern für die Vagabunden und „gewohnheitsmäßig Arbeitslosen“, ein Gesetz, das jedem Stuhlrichter die Macht gibt, streikende Arbeiter auf sechs Monate ins Zuchthaus zu sperren und zu fünf Jahren Arbeitshaus zu verurteilen, ohne daß man dagegen etwas unternehmen könnte. Und Tisza macht ein Gesetz für den „Schutz der Arbeiter“, nämlich für die Arbeitswilligen, für die Streikbrecher. Sie machen ein Gesetz, welches die Geschwornengerichte gänzlich aufhebt. Der Präsident des Gerichtshofes ist nun auch Vorsitzender der Geschwornen, er geht mit ihnen in den Beratungssaal und übt seine Macht zur Beeinflussung der Geschwornen aus. Die Geschwornen werden ja ohnedies nur aus den zuverlässigen Bürgern gewählt, aber auch diese müssen noch überwacht werden. Wir haben ein antirepublikanisches Gesetz bekommen, das nicht nur Majestätsbeleidigungen mit Jahren von Kerkern bestraft und den Geschwornen das Urteil wegnimmt, aber auch

über Aufreizung wird in der Zukunft nicht das Geschwornengericht urteilen und dieses Delikt wird auch unter dieses Gesetz gestellt. Es wurde in diesen Tagen ein Preßgesetz vorgelegt, nach welchem die Kaution der Zeitungen auf 50.000 Kr. erhöht wird, und auch wenn das Gericht erkannt hat, daß in einer Nachricht keine Beleidigung enthalten ist, kann sie Schadenersatz zusprechen. Dennoch werden die Zeitungen und die Druckerei, die damit zu tun haben, in das Gesetz einbezogen, eine Gewalttat, die sich nur als ein Ausnahmsgesetz gegen die Sozialdemokratie darstellt.

Und diese Bande macht Gesetze in einem Parlament, das kein Parlament, sondern eine Kaserne ist, wo die Opposition überhaupt nicht reden kann. Da die ungarischen Arbeiter gegen diese Gesetze nicht mit voller Macht kämpfen können, ist es für uns unbedingt nötig, daß die österreichische Partei mit ihrer größeren Kraft, mit ihrem größeren Einfluß hilfreich eingreift. Die ungarische Arbeiterschaft, die für das Wahlrecht schon blutige Schlachten gekämpft hat, die durch diese Gesetze in Sklaverei gebracht wird, wird durch Not und Elend so weit getrieben, daß mit Riesenschritten die Zeit naht, daß man vor den Maschinengewehren nicht zurückschrecken darf. Es ist eine fieberhafte Erregung im ganzen Lande, und man will das Volk direkt in eine Revolution drängen. Die österreichische Bruderpartei hat große Mittel, uns hilfreich zu sein. Deshalb können Sie überzeugt sein, daß wir Ihrem Parteitag den größten Erfolg wünschen, denn Ihre Stärke ist auch die Stärke unserer Partei. Ihre Stärke bedeutet, daß sämtliche Völker Oesterreich-Ungarns besser leben können. (Lebhafter Beifall.)

Abgeordneter Dr. Diamand (Lemberg): Werter Parteitag! Ich habe vom Vorstand der polnischen Partei und vom polnischen sozialdemokratischen Klub im Abgeordnetenhaus den Auftrag erhalten, Ihren Kongreß zu begrüßen. Wir folgen Ihren Beratungen mit großer Aufmerksamkeit. Wir bringen Ihren Beratungen Interesse entgegen, welches viel größer ist als das, mit dem man sonst Kongressen befreundeter Parteien folgt. Wir fühlen uns nicht als Gäste auf Ihrem Kongreß, wir haben die Empfindung — nicht nur wir, die wir hier sind, sondern alle unsere Genossen im Lande — daß auch hier wir verhandeln, daß auch unsere Interessen hier zur Geltung kommen, daß Sie verhandeln über das, was uns allen in Oesterreich gemeinsam ist.

Pernerstorfer hat daran erinnert, daß fünfundzwanzig Jahre seit dem ersten Parteitag vergangen sind. Das sind fünfundzwanzig Jahre Bundesgenossenschaft, ungestörter Bundesgenossenschaft ohne tieferen Mißton, ohne jeden ernsten Gegensatz. Wie vieles haben wir in diesen Jahren zusammen erlebt, wieviel gelitten, wieviel gefochten und wieviel ersiegt! Meine Partei war vor fünfundzwanzig Jahren ein Embryo, bestehend aus einer kleinen Gruppe von Menschen. Ihre Partei war damals unvergleichlich größer, aber von welcher politischen Bedeutung, von welchem Einfluß auf die Gestaltung der Dinge! Wie klein waren Sie im Vergleich mit dem, was Sie heute in Oesterreich sind! An Ihrer Seite, mit Ihnen sind wir gewachsen. Wir, die wir vor fünfundzwanzig Jahren Gegenstand des Spottes im Lande waren, sind heute eine Partei von Einfluß und Bedeutung für die Entwicklung der Geschicke unseres Landes. Ich bitte Sie, nicht zu verkennen, daß es das klerikalste Land in Oesterreich und vielleicht in Europa ist. Bei uns fällt der Klerikalismus zusammen mit der Nationalität. Der Gegensatz zu den lutherischen Deutschen und den orthodoxen Russen drängt zusammen die Begriffe von katholischer Religion und polnischer Nationalität. Unter diesen Verhältnissen war es in dem Lande, das kapitalistisch so schwach entwickelt ist, keine kleine Aufgabe, daß die Partei sich entwickelte zu dem, was sie heute in Galizien geworden.

Fünfundzwanzig Jahre leben wir miteinander. Die Form der Organisation hat sich verändert, aber der Inhalt ist derselbe geblieben. Man hat die Umformung unserer Organisation mit großem Mißtrauen aufge-

nommen; man war der Meinung, daß unsere Bewegung verflache, daß der Klassenstandpunkt verschleiert werden würde. Das Gegenteil ist der Fall. Unsere Selbständigkeit, die Möglichkeit, selbst über unser Leben zu entscheiden, hat aufklärend auf die Arbeiter gewirkt. Die Möglichkeit, allein zu gehen, hat uns gelehrt, unsere Interessen selbst zu führen. Pernerstorfer hat hier Erwähnung getan der Zukunft, der wir entgegengehen. Wie immer sie sich gestalten mag, was immer uns in der Zukunft erwartet: wir werden zusammen kämpfen, wir werden bei euch stehen, und ich hoffe, daß wir zu Siegen schreiten. (Lebhafter Beifall.)

Burian (Brünn): Auch die Parteileitung der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, die mich beauftragt hat, hier zu sprechen, begrüßt Ihre Tagung. Seit unserer Anerkennung in Innsbruck führen wir einen schweren Kampf, über dessen Details ich Ihnen nichts erzählen will, aber dessen Beschaffenheit eine Besonderheit in der internationalen Arbeiterbewegung ist. Die Verhältnisse innerhalb der tschechischen Arbeiterschaft stehen nun, so glaube ich, mit Ihrer Tagung in einem wichtigen Zusammenhang. Sie werden hier über politische Fragen verhandeln, die das Proletariat auf das tiefste erregen, die den Ernst der Situation in diesem Staate darlegen werden. Sie werden die Waffen in Erwägung ziehen, welche das Proletariat anwenden soll, um in den verlotterten Zuständen Oesterreichs politische, soziale und wirtschaftliche Fortschritte zu ermöglichen. Als eng mit Ihnen Verbundene, als Mitleidende und Mitkämpfende werden wir Ihre Beratungen mit Spannung verfolgen.

Ich glaube jedoch aussprechen zu können, daß zu einem erfolgreichen Vorgehen der Arbeiterschaft vor allem eine Vorbedingung not täte: die Einheit des gesamten Proletariats Oesterreichs, die Schaffung einer wahren Gesamtpartei. Die Fragen, welche hier verhandelt werden, sind so außerordentlich wichtig, daß sie unter anderen Verhältnissen auf einem gemeinsamen Parteitag besprochen werden müßten. Gleichwie von der Tribüne des Parlaments die Propaganda der Sozialdemokraten weithin wirkt, so werden Sie es begreifen, daß für uns die Tagung des Parlaments der deutschen Arbeiterschaft eine wirksame Tribüne ist, von welcher aus wir weithin aussprechen können, was wir fühlen und denken. Wir sind überzeugt, daß die Verhandlungen dieses Parteitages auf die Arbeiterschaft aller Nationen einwirken werden. Darum sprechen wir unseren Wunsch aus, daß alle verantwortlichen Männer der tschechischen Arbeiterbewegung es anerkennen sollten, daß die trostlosen österreichischen politischen Verhältnisse ein mächtiger Appell sind zur gemeinsamen politischen Aktion und zur gemeinsamen gewerkschaftlichen Organisation. So begrüßen wir Ihre Tagung in der Ueberzeugung, daß das hellleuchtende Feuer Ihrer Debatten, daß Ihre zur Tat und Arbeit rufenden Beschlüsse dazu beitragen werden, nicht nur die Arbeiterschaft in ihrem Kampfe zu stählen, sondern daß Sie auch den Gedanken fördern werden: dem österreichischen Sumpfe ist vor allem durch eines beizukommen: durch den internationalen Zusammenschluß der Arbeiter aller Nationen! Wir sind überzeugt, daß Ihre Verhandlungen auch im internationalen Sinne segensreich wirken werden. (Lebhafter Beifall.)

Kristan (Laibach): Ich begrüße Ihren Parteitag im Namen der südslawischen Sozialdemokratie; ich glaube, es ist ziemlich überflüssig, wenn ich beifüge, daß wir Ihnen den besten Erfolg wünschen. Ihre Tagesordnung ist ja eine Sammlung von Gegenständen, die jeden Sozialdemokraten in diesem Staate interessieren müssen. Und Genosse Diamand hatte vollkommen recht, als er aussprach, daß Ihre Beratungen eigentlich auf Grundlage dieser Tagesordnung die Beratungen des gesamten Proletariats Oesterreichs sind. Nur war heute, fast möchte man sagen eigentümlicherweise, etwas mehr als sonst auf den Parteitagen die Rede vom Klerikalismus. Es scheint Tatsache zu sein, daß die klerikale Welle wieder emporgeschnellt ist und daß überall das Proletariat wieder mit diesem alten

Feind zu schaffen hat. Nun gehören wir Slawen nicht zu den Auserwählten, die da eine Ausnahme machen könnten. Unser Klerikalismus ist um kein Jota besser als irgend ein anderer, ja man könnte sagen, der Schüler habe die Meister bereits übertroffen. Ich möchte Ihnen nur ein kleines Kulturbildchen aus dem Lande Krain geben. Bei uns geschehen noch Zeichen und Wunder. Ist da vor einem Jahr beiläufig in einem Pfarrhof ein Mädchen aufgetaucht, das von den Himmlischen die besondere Gnade empfangen hat, Blut zu schwitzen — zu Bekehrungszwecken, zur Agitation für Messelesen und dergleichen. In einem Pfarrhof ging diese Theatervorstellung vor sich, und der Hokuspokus konnte ein Jahr lang ungehindert dauern, ohne daß sich ein staatliches Organ ins Mittel gelegt und wenigstens versucht hätte, den plumpen Schwindel zu untersuchen. Bis endlich ein Fiakerkutscher, der das Mädchen zum Schlachthaus führen mußte, wo es eine Flasche Kalbsblut kaufte, die Entdeckung machte, daß das heilige Blut, welches das Mädchen schwitze, von Kälbern herrührt. Dann werden Sie mir wohl glauben, wenn ich erkläre, daß die klerikale Herrschaft bei uns mit einer rücksichtslosen Frechheit einherschreitet, die alles niederzutrampeln sucht, was sich nicht auf Gnade und Ungnade den herrschenden Schwarzen vor die Füße wirft. Wir haben bei uns tatsächlich eine Schreckensherrschaft, und all die schönen Dinge, mit denen sich seinerzeit unsere Christlichsozialen aufputzten, all die sozialen Mätzchen sind heute in die Rumpelkammer geworfen, denn nachdem sie zur Macht gekommen sind, brauchen sie diesen Aufputz nicht mehr. Die großen Sozialpolitiker wie Dr. Krek sind heute nichts anderes als ausgesprochene Vorkämpfer der Schwarzen. Es wäre ein trauriges Leben bei uns angesichts dieser ausgreifenden Macht des Klerikalismus, wenn nicht glücklicherweise doch auch in unseren zurückgebliebenen Ländern die sozialdemokratische Partei langsam stärkere Wurzel fassen und unter der arbeitenden Bevölkerung an Ausbreitung gewinnen würde. Wir sind ja unendlich klein im Vergleich zu Ihnen. Ein Parteitag, wie er von den deutschen Genossen abgehalten wird, ist für uns ein imposantes Bild, von dem wir ja nicht träumen können. Wir haben nicht Ihre industrielle Entwicklung, wir haben infolgedessen auch nicht die Möglichkeit, jenen großen Einfluß der Arbeiterklasse in die Wagschale zu werfen wie Sie; nichtsdestoweniger kann ich Ihnen die Versicherung geben, daß der sozialdemokratische Gedanke auch unter unserer Arbeiterschaft aufklärend gewirkt hat und daß sichtbare Erfolge bereits zu verzeichnen sind. Wir sind leider die einzige sozialdemokratische Partei dieses Reiches, die bis zum heutigen Tag im Zentralparlament ihre Stimme noch nicht erheben konnte; allein wir schöpfen die Hoffnung aus der Tatsache, daß die Zahl der Gemeinden wächst, in welchen unsere Anhänger gewählt werden trotz der rückschrittlichsten Wahlordnung und trotz dem äußersten Terror der Gegner. Wir befinden uns gegenwärtig wieder in einer Wahlzeit. Der Landtag in Krain wurde vorzeitig aufgelöst, und zwar ist dies ein Geschenk an die Klerikalen, damit sie ihren Bankerott nicht vor den Wahlen eingestehen müssen, und wir hoffen, daß wir bei diesen Wahlen unseren Mann stellen und beweisen werden, daß die südslawische Sozialdemokratie im Vormarsch ist. Aber wie immer es gehen mag, wir werden wie bisher stets treu stehen zur Internationale, in dem vollen Bewußtsein, daß eine Erlösung der Arbeiterklasse anders als in der festesten Solidarität aller Arbeiter aller Nationen nicht zu erreichen ist. Wir waren international und wir werden international bleiben, und wenn ich in diesem Sinne erkläre, wir freuen uns Ihrer Erfolge, so können Sie uns das glauben, weil es ja eigentlich aus den egoistischen Gefühlen herausgesprochen ist. Ich kann Ihnen hier die Versicherung geben, daß wir denselben Weg weiterschreiten wie bisher; wir haben sehr oft Ihre Hilfe in Anspruch genommen, aber vielleicht kommen Momente, wo auch unsere Hilfe nicht bedeutungslos sein wird. Und wie wir immer auf Sie gezählt haben, so sollen dann auch Sie auf uns zählen. (Lebhafter Beifall.)

Abgeordneter Sever (Wien): Ich habe den ehrenden Auftrag, Sie zu begrüßen im Namen der organisierten Arbeiterschaft dieses Bezirkes und im Namen des Vorstandes des Arbeiterheims. Wir freuen uns, daß Sie den heurigen Parteitag bei uns abhalten, wir freuen uns aber auch, daß er in die Zeit der roten Woche fällt, weil wir dadurch Gelegenheit haben, Ihnen den Parteigruß von zehntausend Parteimitgliedern, die wir jetzt nach der Werbewoche hier in Ottakring haben, zu überbringen. (Stürmischer Beifall.) Wir geben Ihnen die Versicherung, daß wir nicht ruhen und rasten werden, bevor alle, die Arbeiter sind in diesem Bezirk, unserer Partei angehören.

Begrüßungsschreiben.

Es werden nun die Begrüßungsschreiben vorgelesen von der sozialdemokratischen Partei Kroatiens, dem Generalrat der belgischen Arbeiterpartei, der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Bulgariens, der dänischen sozialdemokratischen Partei, der britischen Arbeiterpartei, dem Nationalrat der sozialistischen Partei Frankreichs, der griechischen sozialistischen Partei, der sozialistischen Partei Italiens, der norwegischen Arbeiterpartei, der sozialistischen Partei Portugals, dem Organisationskomitee der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, dem Zentralbureau der ausländischen Gruppen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, der schweizerischen Arbeiterpartei und der Sozialdemokratie Schwedens.

Hierauf werden die Verhandlungen abgebrochen und auf Samstag früh vertagt.

Erster Verhandlungstag.

Vormittagssitzung.

Zu Beginn der Sitzung trägt der Jugendchor der Ottakringer Arbeiterschaft das Bundeslied von Mozart und den Chor „Wir sind noch jung" von Schoof vor. Der Vorsitzende Pernerstorfer spricht namens des Parteitages den Ottakringer Genossen den Dank für die Ueberraschung aus und ruft den jugendlichen Sängern ein fröhliches Glückauf! zu. (Lebhafter Beifall.)

Es wird in die Tagesordnung eingegangen. Den

Bericht des Parteivorstandes

erstattet

Abgeordneter Skaret: In dem vorliegenden gedruckten Bericht finden Sie alle Einzelheiten aufgezählt, die Ihnen zeigen, welches Stück Arbeit die Partei im verflossenen Jahre geleistet hat. Ich will mich darum nur auf einige Ergänzungen beschränken. Vor allem werden Sie aus dem Bericht ersehen haben, daß wir auf die Entwicklung unserer Parteiorganisation in diesem Jahre nicht mit derselben Befriedigung zurückblicken können wie in früheren Jahren. Nun gibt es ja gewiß Gründe für diesen, wenn auch nicht bedeutenden, aber immerhin doch vorhandenen Rückgang. Sie liegen vor allem in der wirtschaftlichen Depression, die infolge der Verwicklungen auf dem Balkan eingetreten ist, und nicht zumindest sind es auch die Mobilisierungen, durch die eine so große Zahl von Reservisten, Parteigenossen, an die Grenzen gerufen worden sind, wodurch der Ausfall zum großen Teil herbeigeführt wurde. Da wir aber gewöhnt sind, von Jahr zu Jahr vorwärtszuschreiten, so muß selbst dieser Rückgang, den wir durch den Verlust von etwa 3500 Mitgliedern erlitten haben, für uns Anlaß

genug sein, Betrachtungen darüber anzustellen, ob denn alles geschehen ist, was von uns im Interesse der Parteibewegung vorgekehrt werden sollte. Der Parteivorstand hat im Frühjahr die Anregung zu einer größeren, das ganze Reich umfassenden Werbeaktion gegeben. Es wurde uns zuerst vereinzelt, im Laufe des Sommers aber schon verstärkt, eingewendet, daß es doch nicht der richtige Zeitpunkt sei, und der Parteivorstand hat sich daher veranlaßt gesehen, von dem ursprünglichen Plan Abstand zu nehmen und es den einzelnen Ländern zu überlassen, die Aktion durchzuführen. Merkwürdigerweise ist von den Ländern, die keinen Rückgang zu verzeichnen haben, die Aktion aufgenommen worden, während Länder mit starkem Rückgang es nicht für notwendig und zweckmäßig gehalten haben.

Wie wenig berechtigt die Auffassung war, wir könnten diese Werbeaktion mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht durchführen, beweist die im September von der Frauenbewegung durchgeführte Werbearbeit. Wenn wir ihren Erfolg in Vergleich zu der Werbeaktion der Männer ziehen, so ergibt sich, daß die ablehnende Haltung einzelner Länder ungerechtfertigt war. Wieviel schwieriger ist es, die Frauen in die politische Organisation hineinzubringen. Es kommt ja da meist nur auf jene Frauen an, die doch schon etwas über unsere Parteibewegung aufgeklärt sind, wo der Mann schon in der Partei steht und schon einen gewissen Einfluß auf die Denkweise der Frau gewonnen hat. Und trotz dieser ungünstigen Voraussetzungen hat die Werbeaktion der Frauen, die am 9. September 1913 eingesetzt hat, mit einem Mitgliederzuwachs von 3344 vorläufig abgeschlossen. Gerade unter den Ländern, die damals erklärt hatten, es sei eine Werbeaktion im gegenwärtigen Zeitraum ein Ding der Unmöglichkeit oder sie werde so gut wie mit keinem Erfolg abschließen, gerade diese Länder haben einen verhältnismäßig günstigen Zuwachs bei dieser Aktion der Frauen erfahren. Wir haben durch die Werbearbeit der Frauen einen Mitgliederzuwachs in Wien von 1047 — das heißt natürlich immer, soweit er bis jetzt ermittelt ist — in Oberösterreich von 350, in Böhmen von 1747 und in Schlesien von 100. Diese Ziffern beweisen, daß wir zweifellos schon mit einem schönen Mitgliederzuwachs hätten rechnen können, wenn wir uns von den Stimmungen und Meinungen der einzelnen Genossen nicht allzu stark hätten beeinflussen lassen und die allgemeine Werbeaktion durchgeführt hätten. Die wirtschaftliche Krise wirkt ja nicht nur in einzelnen Ländern, sondern im ganzen Reiche. Die Niederösterreicher, die sich von dem Bedenken gegen die Durchführbarkeit der Aktion nicht hatten beeinflussen lassen und am 19. Oktober hier in Wien und Niederösterreich mit der roten Woche eingesetzt haben, die haben ebenfalls einen ganz bedeutenden Fortschritt zu verzeichnen. Sie haben schon gestern aus dem Mund des Genossen Sever gehört, wie der Bezirk Ottakring, der doch sehr stark proletarisch ist und deshalb von der wirtschaftlichen Krise sehr stark betroffen wird, einen ganz bedeutenden Erfolg aufweist. Aehnlich ist es in anderen Bezirken. Einzelne Bezirke erzielten einen Mitgliederzuwachs von 1400 und 1500 Parteimitgliedern; darunter Ottakring, das heute schon weit über 10.000 organisierte Sozialdemokraten zählt. Der Gesamterfolg der roten Woche für Wien und Niederösterreich dürfte sich auf zirka 12.000 neugewonnene Mitglieder belaufen.

Obwohl das alles vorüber und am Verflossenen nichts mehr zu ändern ist, so habe ich doch geglaubt, dieses Moment hier erörtern zu müssen, um zu zeigen, daß wir manchmal von falschen Voraussetzungen ausgehen, manchmal zurückweichen, weil wir glauben, daß kein Fortschritt zu erzielen sei, und daß dessen ungeachtet dennoch schöne Fortschritte gemacht werden können.

Ich habe die Absicht, während des Parteitages eine Konferenz der Landesvertreter abzuhalten, um — außer anderen Fragen — auch die einer einheitlichen Werbeaktion für ganz Oesterreich zu beraten. Ich meine, daß so, wie bis jetzt gearbeitet wurde, es nicht fortgehen kann. Die Dinge

sind heute nicht besonders erfreulich, und das muß einmal offen auf dem Parteitag ausgesprochen werden. Es scheint, daß das, was man Parteileben und Parteibewegung nennt, in einem sehr großen Teil unserer Organisationen außerordentlich stark ins Stocken geraten ist. Das Sekretariat hat sich alle Mühe gegeben, den Genossen die Mittel zur Agitation zuzuführen. Wir haben Rededispositionen über alle die Arbeiter interessierenden aktuellen Fragen herausgegeben. Wir wollten erreichen, daß der Bezirksvertrauensmann, der nicht den Glauben an sich hat, daß er vortragen kann, und daß das, was er vorträgt, auch richtig sei, das notwendige Material in die Hand bekomme, damit er von Lokalorganisation zu Lokalorganisation gehe und so die Werbeaktion in Versammlungen betreiben kann. Es scheint, daß von diesem Material nicht überall der nötige Gebrauch gemacht worden ist. Das Wichtigste muß für uns sein, die Parteiorganisation zu beleben und zu stärken.

Mit dem Hinweis auf Deutschland wurde wiederholt die Klage laut, daß in Oesterreich zu wenig mit Flugblättern agitiert werde. Wir haben auf dem Innsbrucker Parteitag „Das Volk" gegründet. Wir glaubten, damit das Mittel zu haben, in die indifferenten Kreise einzudringen. Flugblätter von Fall zu Fall sind eine schöne Sache. Leider fehlen uns die Mittel zu Flugblätterverteilungen, die sich öfter wiederholen. Es ist aber auch zu bedenken, daß ein großer Teil solcher Flugblätter nicht den Zweck erreicht, weil das, was man umsonst in das Haus bekommt, nicht so geachtet und beachtet wird, als das, wofür man eine Kleinigkeit ausgeben muß. Wir haben „Das Volk" nicht zu dem Zweck gegründet, um der Parteipresse in Wien oder Provinz Abbruch zu tun. Das ist auch nicht möglich, denn wer in der Bewegung steht, stellt andere Ansprüche an ein Blatt, und für solche Leute ist „Das Volk" auch nicht geschrieben. Wir haben das Blatt herausgegeben, in der Hoffnung, daß bei der großen Zahl von Indifferenten, für die das Blatt bestimmt ist, es einen großen Aufschwung nehmen werde. Wir haben jetzt einen Absatz von etwas über 70.000 Exemplaren. Wir sind seit dem vorigen Jahre um 9495 Exemplare gestiegen. Es scheint mir daher, daß von dieser Gründung nicht der richtige Gebrauch gemacht worden ist, der im Interesse unserer Parteibewegung und unserer Parteipresse gemacht werden sollte. Wenn wir den Forstarbeitern, den landwirtschaftlichen Arbeitern, den Sägearbeitern und vielen anderen in einem entlegenen Winkel des Reiches regelmäßig dieses Blatt bringen, werden wir sie nicht nur für unsere Ideen interessieren, sondern sie auch zu Abnehmern unserer übrigen Parteipresse erziehen. Ich kann darum die Angst nicht begreifen, die in unseren Genossen zu stecken scheint, als ob durch dieses Blatt Abnehmer ihrer Presse verloren gehen könnten. Ich kann es darum nur bedauern, daß von diesem so zweckmäßigen Agitationsmittel nur so geringer Gebrauch gemacht wird. Wohl haben sich die Orte, in die „Das Volk" gedrungen ist, vermehrt. Aber trotzdem ist in der letzten Zeit in manchen Ländern dennoch ein Rückgang zu verzeichnen. Diese Länder sind Niederösterreich, Kärnten, Tirol, Vorarlberg und die Bukowina. Die Bukowina ist zwar von Nationalitäten außerordentlich gemischt, aber gerade dort könnte mit diesen Agitationsmitteln mehr geleistet werden. Ganz unverständlich ist mir aber der Rückgang in den übrigen Ländern, wo es doch zweifellos der Indifferenten auch noch sehr viele, der sonstigen Möglichkeiten aber, an diese Leute heranzukommen, so wenige gibt.

Nicht minder betrüblich ist die Haltung unserer Parteigenossen zu unserem wissenschaftlichen Organ, zum „Kampf". Der „Kampf" soll ja unseren Vertrauensmännern die geistige Unterlage für ihre Parteiarbeit geben. Wir haben zwar eine kleine Steigerung der Abonnenten von 84, aber damit kann man nicht zufrieden sein. Es gibt heute zweifellos eine große Zahl von Bibliotheken der Ortsgruppen, der Bezirksorganisationen der politischen Vereine, die den „Kampf" nicht halten, obwohl es sehr notwendig wäre, ihn ihrer Bücherei einzuverleiben.

Auf den letzten Parteitagen wurde auf Schaffung eines kommunalen Korrespondenzblattes gedrängt. Auf dem letzten Parteitag in Innsbruck wurde die Herausgabe eines solchen Organs dem Parteivorstand überwiesen. Am 1. April ist die erste Nummer „Die Gemeinde" erschienen. Von 1436 sozialdemokratischen Vertretern, die wir heute in Oesterreich haben, ganz abgesehen von sonstigen Interessenten, haben nur 832 das Blatt abonniert. Seit dem 1. Juni haben wir aber in der Abonnentenzahl sogar noch abgenommen. Da das Blatt einmal gegründet ist, müssen wir es unter allen Umständen aufrechterhalten, und zwar durch Zuschüsse aus der Zentralkasse. Ich kann nicht annehmen, daß „Die Gemeinde" inhaltlich nicht entspricht. Würde eine solche Unzufriedenheit mit dem Inhalt des Blattes vorhanden sein, so hätte sie ja gewiß schon längst Ausdruck gefunden. Da dem aber nicht so ist, so ist die Annahme gerechtfertigt, daß das Blatt den Wünschen der sozialdemokratischen Gemeindevertreter entspricht.

Was die Jugendorganisation betrifft, so finden Sie die Fortschritte, die sie gemacht hat, genau im Bericht verzeichnet.

Von den Anträgen werden wir die Anträge 2 und 5 unter Punkt 5 der Tagesordnung behandeln. Der Antrag 3, den die Reichenberger Organisation stellt, hat sehr viel für sich, weil der Parteivorstand dadurch ein kontrollierbares Material bekommt. Nur habe ich ein kleines Bedenken: Wenn wir die Fragebogen aussenden, stellen wir in der Regel den 15. Juli als Tag der Beantwortung, aber am 15. August sind noch immer 80 Prozent der Fragebogen gar nicht eingegangen. Sie können sich vorstellen, welche Unsumme von Arbeit dann die Reklamationen und Urgenzen erfordern. Wird uns dieser Antrag vor weiteren Verschleppungen schützen?

Wenn wir nun so vorgehen, daß die Lokalorganisation an die Bezirksorganisation zu berichten hat, und die Bezirksorganisation das ganze Material mit dem Fragebogen zusammenzustellen, und mit dem Lokalfragebogen an die Landesorganisation — oder, wie in Böhmen, an die Kreisorganisation und von dieser an die Landesorganisation — zu schicken hat, so fürchte ich sehr, daß wir dadurch eine Verspätung erfahren, die im Interesse der Berichterstattung an den Parteitag nicht gelegen ist — wenn nicht die Kreis- und Landesvertrauensmänner hinter den Bezirksorganisationen sehr hinterher sind. Ich glaube jedoch, daß die Landesvertrauensmänner sich diese Urgenz sehr angelegen werden sein lassen, weil ja auch sie eine Frist bekommen werden, in der sie ihren Bericht zu erstatten haben. Ich erkläre mich daher mit dem Antrag Reichenberg einverstanden, empfehle aber, daß wir ihn auf der Konferenz mit den Landesvertretern beraten und uns dort über die Durchführung einigen sollen.

Der vierte Antrag von der Bezirksorganisation Römerstadt verlangt die Einführung von Wochenmarken, zum leichteren Einheben der Parteibeiträge. Das ist ein Antrag, den wir vom Parteitag aus nicht beschließen können, sondern der unter Umständen zur Durchführung den Ländern überlassen werden muß, soweit sie eine solche getrennte Durchführung für notwendig halten. Ich halte es aber für ganz ausgeschlossen, daß in dem einen Ort oder Bezirk Wochenmarken und in einem anderen Monatsmarken verwendet werden. Denn das hängt ja auch von der Beschaffenheit des Mitgliedsbuches, von seinem Raster ab. Ich empfehle daher, den Antrag dem Parteivorstand zuzuweisen. Der Antrag 6 des Genossen Rohrauer verlangt die Anerkennung des Blattes „Der Naturfreund" als Parteiorgan. Wir haben gegen die Anerkennung des „Naturfreund" als Parteiorgan nichts einzuwenden. Dr. Cech und Genossen beantragen, die Kopfblätter des Brünner „Volksfreund", nämlich die Znaimer „Volksstimme", die Lundenburger „Volkszeitung", das Ostrauer „Volksblatt" und die Sternberger „Volkstribüne", als Parteiorgane anzuerkennen. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Die Bezirksorganisation Graz stellt einen Antrag, demzufolge ein Reichsbildungsausschuß aus dem ganzen Reich eingesetzt werden soll. Ich

zweifle nicht, daß sich im Laufe der Jahre die Notwendigkeit ergeben wird, eine solche Einrichtung zu schaffen. Ich glaube aber, daß gegenwärtig die Notwendigkeit dafür noch nicht gegeben ist. Stellen Sie sich doch die Bildungszentrale — ich will Danneberg es überlassen, dies eingehender darzulegen — ihr Wesen, ihre Arbeit und Aufgaben nicht so vor, daß man in einer Sitzung im Jahre das ganze Programm für das Jahr festlegen könnte. Die Territorien und Organisationen haben grundverschiedene Bedürfnisse und dieser Mannigfaltigkeit hat bisher der Bildungsausschuß, soweit es angängig war, Rechnung getragen. Es laufen ununterbrochen Ansuchen um Abhaltung von Zyklen, bei dem einen Teil im Frühjahr, beim anderen im Herbst und im Winter ein. Wie soll nun ein aus dem ganzen Reich zusammengesetzter Ausschuß an einem Tag im Jahre über ein Programm beraten, das im allgemeinen gewiß nicht zu verwerfen ist, das aber den verschiedenen Bedürfnissen nach Zeit und Ort nicht Rechnung tragen kann. Ich bitte deshalb die Grazer Genossen, von ihrem Verlangen Abstand zu nehmen, da ich glaube, daß es nur Kosten verursacht, aber nicht imstande ist, praktisch unsere Bildungsbestrebungen zu fördern. Der Zeitpunkt dafür scheint noch nicht da zu sein, trotzdem ich nicht in Abrede stellen will, daß, wenn sich die Dinge mehr eingelebt haben, sich mit einem solchen Ausschuß ganz gut wird arbeiten lassen. Sollten die Genossen von dem Antrag heute nicht Abstand nehmen, wäre er dem Parteivorstand zu überweisen.

Die Genossen aus Märzdorf bei Braunau stellen den Antrag, im Arbeiterkalender mehr Belletristik (Erzählungen) zu bringen. Die Forderung ist zweifellos sehr löblich, aber ich weiß nicht, ob man mit Recht sagen kann, daß wir zu wenig von dieser Sorte im Kalender haben. Man kann vielleicht sagen, der Kalender sei zu schwach. Dafür enthält er im Gegensatz zu anderen Kalendern nicht eine Menge überflüssiger Druckbogen. In unserem Kalender ist alles Fleisch, es ist alles auf die Bedürfnisse der Arbeiter berechnet. Ich bin nicht in der Lage, heute Zusagen zu machen in Bezug auf Vergrößerungen. Mehr Erzählungen wären aber nur bei Vergrößerungen des Umfanges möglich. Ich bitte Sie, diesen Antrag dem Parteivorstand zur Prüfung zu überweisen.

Ich will zum Schlusse nun die Genossen bitten, die Gelegenheit unseres Beisammenseins zu benützen, mehr Sorgfalt der Frage des Ausbaues unserer Parteiorganisation zuzuwenden und alle Kräfte in den Dienst der Gewinnung neuer Mitglieder zu stellen.

Bericht des Parteikassiers.

Abgeordneter Dr. **Ellenbogen**: Zum Kassenbericht habe ich nur ganz wenig zu sagen. Es liegt Ihnen ein so ausführlicher Kassenbericht vor, daß eine längere Darlegung überflüssig ist. Die Form der Darstellung unserer Finanzen ist geändert worden. Das hat seinen Grund darin, daß die alten Bezeichnungen Agitationsfonds und Inhaftiertenfonds ihren Inhalt verloren haben. Im Agitationsfonds haben wir in den letzten Jahren untergebracht, was wir anderswo nicht unterbringen konnten. Aber auf der Einnahmenseite reduzierte er sich schließlich auf die Marken und was damit zusammenhängt. Die alte Parteisteuer stirbt vollständig ab und wird in diesem, spätestens im nächsten Jahre tatsächlich nicht mehr vorhanden sein. Sammlungen existieren nicht. Was die Ausgaben betrifft, werden Sie zugeben, daß Dinge, wie Archiv, Inventar mit der Agitation etwas zu losen Zusammenhang haben und daß es nötig war, diese Ausgaben anders zu benennen. Formell besteht der Inhaftiertenfonds allerdings; es besteht keine Notwendigkeit, ihn aufzuheben. Aber unter diesem Titel sind nur 20 Kr. eingegangen, dagegen haben die Ausgaben, die man dahin rechnen kann, wenigstens nach den früheren Begriffen, 5000 Kr. ausgemacht. Aber bei diesen Verhältnissen kann man nicht einen gesonderten Fonds führen. Wir haben auf einem Parteitag beschlossen, daß die Unterstützung von

Inhaftierten und die Tragung von Prozeßkosten von den Provinzen zu bestreiten seien. Natürlich, wenn eine große Bewegung ist, an die sich Prozesse schließen, wird die Partei, trotzdem sie keine Einnahmen für den Inhaftiertenfonds hat, im großen Maße herangezogen.

Ich bemerke, daß wir den Prozeß zugunsten der böhmischen Kleinhäusler gegen die Latifundienbesitzer noch immer fortführen und daß die Kosten ins Riesenhafte wachsen. Wir halten uns aber für verpflichtet, den Prozeß, solange es halbwegs geht, weiter fortzuführen.

Das Zündhölzchenkonto haben wir gänzlich aufgelassen. Die Spezifikation der Einnahmen schon im Bericht, wie sie der letzte Parteitag gewünscht hat, haben wir bereits durchgeführt.

Die Entwicklung unserer Einnahmen läßt zu wünschen übrig. Die Ursache liegt nahe, es ist die wirtschaftliche Krise; dem raschen Aufstieg in den früheren Jahren ist nun eine langsamere Entwicklung gefolgt, das braucht uns nicht zu betrüben. Die Welle geht einmal in die Höhe und dann wieder etwas herunter. Wie wenig wir Ursache haben, besorgt zu sein, geht aus dem erfreulichen Ergebnis der Roten Woche hervor. Wir haben in Wien, obwohl die Aktion noch nicht abgeschlossen ist — in den meisten Bezirken wurde erst die Hälfte bearbeitet — bereits über 7000 neue Mitglieder geworben, darunter in Favoriten 1400, Ottakring 1300, Brigittenau 800 u. s. w., und das in einer Zeit, wo sich die Krise sogar verstärkt hat. Das zeigt denn doch, daß wir durchaus nicht zurückgehen.

Die Parteivertretung hat sich, da die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen zu wünschen übrig lassen, mit der Frage befaßt, wie die Einnahmen auf anderen Wegen zu stärken wären. Das vorläufige Mittel wurde darin gefunden, daß die Beiträge aus den Parteiinstituten erhöht wurden. Tatsächlich haben sich die Parteidruckerei und die „Arbeiter-Zeitung“ dreimal so viel als bisher zu leisten verpflichtet. Diesen Instituten geht es ja auch wirklich gut und ich hoffe, daß ihre Leistungen noch höhere sein werden. Auch aus dem Ertrag der „Arbeiterinnen-Zeitung“ und des „Volk“ sind erhöhte Beiträge in die Parteikasse geflossen. Einen gewissen Beitrag leistet auch der „Kampf“. Von der „Volkstribüne“ wurden 4000 Kr. geleistet. Dagegen wäre es sehr wünschenswert, wenn die Volksbuchhandlung höhere Beiträge leisten könnte; allerdings müßte sie von den Parteigenossen entsprechend unterstützt werden.

Das kleine Saldo von 9000 Kr. beim Wahlfonds soll Sie nicht so erschrecken. Das erste Jahr dieses Fonds war ein Ausnahmsjahr. Die großen Beträge, die wir bei der großen Wahlbewegung im Jahre 1911 ausleihen konnten, mußten erst zurückerstattet werden. Es sind 25.000 Kr. auf diesem Wege entzogen worden. Außerdem haben noch Nachwahlen stattgefunden, die im Durchschnitt teurer sind als die Hauptwahlen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich nachdrücklichst darauf hinweisen, daß die Kosten unserer Wahlen immer mehr und mehr steigen und daß sich die Genossen bemühen müssen, sie herabzudrücken. Es ist unmöglich, daß eine proletarische Partei die Konkurrenz mit den bürgerlichen Parteien auf diesem Gebiet aufnimmt. Wir müssen lernen, andere Methoden anzuwenden.

Ich verweise auf den sehr lehrreichen Artikel des Genossen Danneberg. Die Genossen ersehen auch aus diesem geringen Saldo, daß, wenn wir den Wahlfonds im vorigen Jahr nicht eingeführt hätten, unser Defizit um 50.000 Kr. größer geworden wäre. Es war also nicht Uebermut, sondern wirklich höchste Zeit, daß er geschaffen wird.

Wir haben endlich aus Anlaß des Todes unseres Franz Schuhmeier einen Schuhmeier-Fonds gegründet. Sie ersehen aus dem Ausweis, daß damals der Schuhmeier-Fonds 14.000 Kr. betrug, bis zum heutigen Tage ist er auf ungefähr 16.000 Kr. angewachsen. Wir haben diesen Fonds proletarischen Zwecken zugeführt und wir wünschen, daß aus ihm Arbeiter, die höhere Bestrebungen haben, ausgebildet werden, weil dadurch das Andenken Schuhmeiers am besten gewahrt ist. Wir halten deshalb die in

diesem Fonds angesammelten Gelder einstweilen zurück, bis sie eine gewisse Höhe erreicht haben, und ich möchte Sie hier bitten, des Schuhmeier-Fonds nicht zu vergessen. Ich will ja den künftig sterbenden Parteigenossen nicht Abbruch tun, aber Sie werden es mir nicht übelnehmen, wenn ich bemerke, daß da bei Kränzen manchmal des Guten zu viel getan wird und daß wir da mehr die Kunstblumenhändler unterstützen, als mit unserem Gelde unsere Interessen zu fördern. Es ist ausgerechnet worden, daß in der letzten Zeit beim Tode eines sehr hervorragenden Parteigenossen die Summe, die für die Kränze ausgegeben worden ist, 30.000 bis 40.000 Kr. ausgemacht haben. Ich glaube, daß, wenn die Genossen einen Teil davon in künftigen Fällen dem Schuhmeier-Fonds zuführen werden, das auch mehr im Geiste jedes verstorbenen Genossen liegen wird. Im übrigen übergebe ich Ihnen den Bericht zur Würdigung und bitte Sie, für den Ausbau der Organisation zu sorgen, weil die gesündeste und natürlichste Stärkung der Finanzen der Partei die Stärkung der Organisation ist.

Bericht der Kontrolle.

Dr. Czech: Auch in der abgelaufenen Berichtsperiode betätigte sich die Parteikontrolle im Rahmen ihres statutarischen Wirkungskreises und diese Betätigung bestand vornehmlich in der Revision der Parteigeschäfte und Parteiunternehmungen. Diese Revision wird vierteljährlich bei der regelmäßigen Tagung der Parteikontrolle vorgenommen und sie findet ihre Ergänzung in der turnusmäßigen Kontrolle der hiezu bestimmten Kontrollmitglieder. Die Kontrolle hat sich erstreckt auf die Parteikasse, auf die Buchhandlung, auf die Druckerei, sie befaßte sich mit der Prüfung der Verwaltung der „Arbeiter-Zeitung“, der „Arbeiterinnen-Zeitung“, des „Kampf“, des „Volk“ und der „Gemeinde“. Das Augenmerk richtete die Kontrolle hiebei darauf, die Gebarung der Parteiunternehmung zu prüfen, um sich über den Stand der Parteiunternehmungen zu orientieren und insbesondere festzustellen, ob die Entwicklung der Parteiorganisation gleichen Schritt halte mit der Entwicklung der Partei und ob die Führung der Geschäfte und Verwaltung den modernen Anforderungen entspreche. Damit erschöpfte sich aber die Tätigkeit der Parteikontrolle nicht; vielmehr wurden anläßlich der vierteljährigen Kontrolltagungen gemeinsame Sitzungen mit der Parteivertretung abgehalten und bei diesem Anlaß Angelegenheiten agitatorischer und taktischer Natur und überhaupt solche wichtiger Art beraten. Ich verweise da auf die Geschäftsordnung, die ja die Agenden der Parteikörperschaften ganz genau festgestellt und die Beziehungen dieser Körperschaften zueinander genau festgelegt hat.

Nach dem Statut fallen der Parteikontrolle insbesondere auch die Funktionen einer Beschwerdeinstanz zu. Gleichwie im Vorjahr hatte die Parteikontrolle auch in diesem Jahre keine Beschwerde zu verhandeln, was wohl der beste Beweis für das gute Einvernehmen zwischen der Parteivertretung und der Parteiorganisation ist.

Da alles klaglos funktionierte und die Gebarung des Parteivorstandes von der Parteikontrolle in Ordnung gefunden wurde, beantragt die Parteikontrolle, daß dem abtretenden Parteivorstand die Entlastung erteilt werde.

Es folgt nun

Die Debatte.

Danneberg (Wien): Es erübrigt sich, einen Bericht über die Bildungsarbeit auf dem Parteitag zu erstatten, da Ihnen ein ausführlicher gedruckter Bericht vorliegt. Wir können feststellen, daß infolge der Anregungen des letzten Parteitages die Bildungsarbeit im letzten Berichtsjahr weit intensiver betrieben wurde als vorher. Insbesondere ist hervorzuheben, daß Oesterreich über eine ganze Reihe von Arbeiterschulen verfügt und

daß sich eine stets wachsende Anzahl von bewährten Parteigenossen der Bildungstätigkeit widmet. Ich möchte nur ein paar Worte zum Antrag der Grazer Genossen sagen. Skaret hat schon hingewiesen, daß wir uns einen besonderen Erfolg von der Tätigkeit eines solchen Reichsbildungsausschusses nicht versprechen können. Wenn die Grazer Genossen vielleicht meinen, daß so ein Bildungsausschuß, der im Jahre einmal zusammentritt, ein Programm für das ganze Reich entwerfen könnte, so glaube ich, daß sie sich täuschen. Denn die Verhältnisse sind in Oesterreich in den einzelnen Ländern viel zu verschieden, als daß man ein Programm für das ganze Reich aufstellen könnte. Es ist auch durch die geringe Anzahl von Kräften und den Mangel an Geldmitteln der Bildungsarbeit eine gewisse Grenze gesetzt. Es ist auch nicht möglich, etwa im Juni schon zu sagen, was in ganz Oesterreich im Laufe des nächsten Winters geschehen soll.

Es wäre auch ein Irrtum, zu glauben, daß etwa in den anderen Ländern, in denen die Bildungsorganisation schon weiter vorgeschritten ist als bei uns, derartiges geschieht. Auch der Reichsbildungsausschuß in Deutschland hat andere Funktionen als die, die sich die Grazer denken. Seine Mitglieder wohnen zwar im ganzen Reiche, er ist aber ein Bildungsausschuß, der vorwiegend pädagogische Bestrebungen hat und in denen die verschiedenen theoretischen Strömungen vertreten sind, der sich aber mit organisatorischen Fragen, wie mir bekannt ist, nicht beschäftigt. Die Programme werden von den Orten im Einvernehmen mit dem Sekretariat für das Bildungswesen festgesetzt. Anders kann es auch bei uns nicht sein. Die Zeit für einen Bildungsausschuß, der auch organisatorische Aufgaben erledigen soll, ist noch nicht gekommen.

Nun zu einer anderen Sache, die mit dem Bildungswesen zusammenhängt, dem S c h r i f t e n v e r t r i e b. Wie der Bericht zeigt, hat die Volksbuchhandlung Fortschritte gemacht. Der Umsatz ist gestiegen trotz der Krise und in den letzten fünf Jahren ist ein ununterbrochener Aufstieg zu verzeichnen, trotzdem die Zahl der Parteimitglieder sich nicht vermehrt hat. Das zeigt uns, daß man in den Kreisen, die wir für den Schriftenvertrieb interessiert haben, noch viel mehr tun könnte als heute. Die Märzschrift, die Maischrift, die „Glühlichter“, die Kalender könnten noch mehr verbreitet werden und einen weit größeren Absatz haben. Die Vergrößerung des Arbeiterkalenders, wie sie der Antrag Märzdorf will, wäre auch erst möglich, wenn der Absatz steigt. Bei dem heutigen Absatz ist es nicht denkbar, den Inhalt zu vermehren. Wir haben heute in Oesterreich tausend Genossen, die als K o l p o r t e u r e für die Volksbuchhandlung arbeiten und sich bemühen, der Parteiliteratur einen Absatz zu schaffen. Es gibt aber noch viele Orte mit Parteiorganisationen, wo wir noch nicht eingedrungen sind, und viele andere, wo es nur von dem guten Willen eines Genossen abhängt, ob Parteischriften vertrieben werden oder nicht. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Es muß i n j e d e r L o k a l o r g a n i s a t i o n e i n g e w ä h l t e r K o l p o r t e u r vorhanden sein. Wie man einen Obmann, einen Schriftführer, einen Kassier wählt, muß ein Kolporteur gewählt werden. Wenn die Genossen das tun, wird der Umsatz der Buchhandlung gewaltig gesteigert werden. Das wird nützlich sein, nicht nur in materieller, sondern auch in ideeller Beziehung. Wir werden dann eine viel stärkere geistige Beeinflussung der Arbeiter erzielen.

Ein Beispiel zeigt treffend, wie wenig in dieser Beziehung heute geschieht. Es wird heftig und mit Recht darüber geklagt, daß für die politische Erziehung der Arbeiterklasse zu wenig geschieht. Ich habe an anderer Stelle der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Abgeordneten in dieser Beziehung mehr tun könnten. Ein anderes wichtiges Mittel wäre aber die Verbreitung entsprechender Druckschriften. Im November, in der Zeit der höchsten Kriegsgefahr, ist im Parlament eine Rede gehalten worden, die so recht die Stimmung ausgedrückt hat, in der wir damals waren. Es wäre im Interesse der Partei gelegen, wenn die Rede des Genossen Adler die

weiteste Verbreitung gefunden hätte. Sie ist gedruckt worden. Aber es wurden nur 75.000 Exemplare verbreitet, 20.000 in Wien und 55.000 in der Provinz. Kleine Parteiorte haben viel getan, große Organisationen haben sich aber gar nicht um die Sache gekümmert. Es ist heute noch immer nicht allen in Fleisch und Blut übergegangen, daß die Verbreitung der Literatur eine Notwendigkeit ist, nicht nur um einzelnen wißbegierigen Genossen zu Literatur zu verhelfen, sondern um die politische Erziehung zu beeinflussen. Deshalb bitte ich Sie, dieser Sache die größte Aufmerksamkeit zu widmen.

Lakenbacher (Wien): Ich entledige mich des Auftrages meiner Organisation, indem ich Ihre Aufmerksamkeit auf die Agitation unter den Privatangestellten lenke. Der Obmann der Organisation der Versicherungsangestellten, Genosse Broczyner, hat auf dem vorigen Parteitag den Antrag gestellt, die Frage betreffend die Agitation unter den Privatangestellten auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu stellen.

Der Parteivorstand teilt im Bericht mit, daß er diesen Antrag folgendermaßen erledigt hat:

„Der Antrag 6 betrifft die Agitation unter den Privatangestellten und verlangt, daß ein besonderer Punkt: »Die Lage der Privatangestellten« auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages gesetzt wird. Der Parteivorstand glaubte das letztere ablehnen zu müssen, wird jedoch stets bestrebt sein, die Agitation unter den Privatangestellten auf das tatkräftigste zu fördern."

Dieser Beschluß hat bis jetzt keine irgendwie verspürbare Wirkung gehabt. Was die sozialdemokratischen Angestellten von der Partei wollen, ist ja gar nicht, daß sie die Agitation unter den Angestellten fördert, sondern daß sie die Agitation bei den Privatangestellten erst überhaupt macht. Wenn die Parteivertretung beschließt, die noch nicht bestehende Agitation unter den Privatangestellten zu fördern, so ist ihr Beschluß von keinem großen Wert. Sie dürfen nicht vergessen, daß die Zahl der Privatangestellten ungeheuer wächst. Unter den Wählern Wiens beträgt ihre Zahl mehr als 10 Prozent, in den städtischen Kreisen Steiermarks 4 Prozent, in Graz mehr als 6 Prozent, in Böhmen 4 Prozent, in Brünn 12 Prozent, in Schlesien mehr als 5 Prozent, in den städtischen Kreisen Mährens 8 Prozent der Wählerschaft. Auch für die Gewerkschafter ist die Privatangestelltenbewegung nicht ohne Bedeutung. Es kann ihnen nicht gleichgültig sein, ob die Angestellten, die ja in der Leitung des Betriebes immer mehr an Stelle der Unternehmer treten, für die Ideen des Sozialismus Verständnis haben oder nicht. Bei den Wahlen nun wie überhaupt bei der Agitation werden die Privatangestellten gar nicht berücksichtigt. Es werden keine Werbeschriften herausgegeben, die ihre Interessen behandeln. Während in den Versammlungen der Staatsangestellten jederzeit sozialdemokratische Abgeordnete zu finden sind, kostet es den Privatangestellten größte Mühe, sich einen Abgeordneten als Redner zu beschaffen. Gewiß hat unsere Fraktion im Parlament sehr viel für die Privatangestellten geleistet. Wir haben im ersten Volksparlament das Handlungsgehilfengesetz bekommen und jetzt stehen wieder Privatangestelltenfragen auf der Tagesordnung. Aber von einer Ausnützung dieser Aktionen und Erfolge im Parlament für die Agitation ist nichts zu bemerken. Einen Antrag zu stellen, hat keinen Zweck, denn was wir wollen, steht schon in dem Antrag, der dem vorigen Parteitag vorlag. Es wäre sehr zu wünschen, daß die Partei ihre Agitation auch auf die Schicht der Privatangestellten erstrecke. Den Vorteil davon hätte nicht die Partei zuletzt.

Lindner (Graz): Bei der Stellung unseres Antrages bezüglich der Bildungsarbeit haben wir uns die Sache nicht so vorgestellt, wie die Genossen Skaret und Danneberg es zum Ausdruck gebracht haben. Unserer Meinung nach hat sich der Bildungsausschuß nicht nur mit pädagogischen Fragen zu beschäftigen, sondern auch mit organisatorischen. Es ist notwendig, daß in diesem Zentralbildungsausschuß, zu dem von allen Ländern

Delegierte beigezogen werden, darüber gesprochen wird, welche Themen, welche Zykluſſe abzuhalten ſind und wie das Bibliothekswesen zu regeln iſt. Das alles ſind Dinge, für die ſich auch die Genoſſen in der Provinz intereſſieren. Es wurde von Dr. Danneberg zum Ausdruck gebracht, daß es uns an Kräften mangelt, daß es nicht gut möglich ſei, ein Programm im Sommer feſtzuſetzen, das erſt im Winter durchgeführt wird. Aber ich glaube, gerade darum, weil wir wenig Kräfte haben, müſſen wir uns zuſammenſetzen und beſprechen, wie wir dieſe wenigen Kräfte zweckmäßig verteilen.

Abgeordneter Seliger: Wenn wir in unſerem Bericht über das letztverfloſſene Arbeitsjahr die Tatſache verzeichnen müſſen, daß wir keinen beſonderen Aufſchwung zu verzeichnen hatten, ſo iſt dies ſicher im höchſten Grade unangenehm, weil wir gewohnt ſind, nur in der Aufwärtsentwicklung der Partei auch das Wachstum unſerer Macht zu erblicken. Aber ich glaube, zu den außerordentlichen Beſorgniſſen, die hie und da aus Anlaß dieſes gewiſſen Stillſtandes geäußert worden ſind, iſt kein Anlaß. Die Entwicklung der Partei, die Entwicklung unſerer organiſatoriſchen Stärke hängt ja nicht allein von dem Grade unſerer Tätigkeit ab, ſie iſt bedingt durch eine Reihe von Vorausſetzungen allgemein politiſcher und wirtſchaftlicher Natur. Wenn wir in dieſer Zeit der Wirtſchaftskriſe, die noch ungemein verſchärft worden iſt durch den politiſchen Niedergang in Oeſterreich, unſere organiſatoriſche Stärke auf dieſer Höhe halten konnten, ſo iſt das wohl der beſte Beweis für die innere Kraft und Stärke unſerer Organiſation. (Sehr richtig!) Zur Verdroſſenheit in unſeren Reihen iſt gar kein Anlaß, wir befinden uns jetzt im Tal der politiſchen Bewegung und von hier aus geht es wieder aufwärts. Wenn wir mit verſtärkter Kraft beim Hinaufgehen des wirtſchaftlichen und politiſchen Lebens, wie es ja kommen muß, wieder einſetzen, ſo haben wir die Ausſicht, wieder um ein bedeutendes zu wachſen und ſtärker zu werden.

Skaret hat bemängelt, daß eine Reihe Landesorganiſationen nicht dem Beſchluß des Parteivorſtandes nachgekommen iſt, im Laufe des Herbſtes eine allgemeine Werbeaktion durchzuführen, und hat mitgeteilt, daß ſie jetzt in Wien zu ausgezeichneten Reſultaten geführt hat. Genoſſe Skaret hat daraus nun falſche Schlüſſe gezogen. Er meint, der Wiener Erfolg und die Erfolge der Frauen ſeien der beſte Beweis, daß in der Provinz der gleiche Erfolg hätte erzielt werden können. Zu den Ländern, die nun Einwendungen erhoben haben, daß die Aktion in dieſer Zeit vorgenommen werde, gehört auch Deutſchböhmen. Ich möchte den verſteckten Vorwurf des Genoſſen Skaret gegen einzelne Genoſſen zurückweiſen. Die Vertrauensmänner des ganzen Landes haben beraten und einmütig ſind ſie zur Auffaſſung gekommen, daß wir die Zeit, die vorgeſchlagen wurde, als die denkbar ungünſtigſte anſehen müſſen. Wenn Skaret die Provinz mit Wien vergleicht, möge er mir auch einen Vergleich geſtatten. Wenn er die politiſchen Erfahrungen als Maßſtab zur Beurteilung nimmt, ob wir mit gleichem Erfolg in Wien und in der Provinz arbeiten können, müßte er zum umgekehrten Schluß kommen. Wenn es Ihnen in Wien politiſch gut geht, geht es uns in den Sudetenländern ſchlechter. Wenn bei uns eine politiſche Schwächung der Partei eintritt, ſo haben Sie es in Wien beſſer. Die Urſachen ſind nicht Gegenſtand der heutigen Beurteilung, aber das iſt eine Sache der Erfahrung. Wenden Sie das nun auf die Parteitätigkeit an, dann müſſen Sie ſich ſagen, daß trotz des Wiener Erfolges die Genoſſen in den Sudetenländern recht haben. Vergleichen Sie, was bei uns eine Aktion iſt und was in Wien. Unſere zweieinhalb Millionen deutſcher Menſchen ſind zerſtreut über die Linie von Aſch bis Braunau, dann von Braunau bis Krumau, dann von Krumau bis Eger. Das iſt ein Territorium, das nur zu überſehen eine der ungeheuren Schwierigkeiten iſt, das zu bearbeiten eines der ſchwerſten Probleme des Parteilebens iſt, und dieſes Problem zu löſen, war keine einfache Sache. Wenn wir Werbeaktionen machen oder Aktionen für Abnahme der Blätter, ſo iſt das etwas

ganz anderes wie in Wien und da müssen ganz andere Voraussetzungen bestehen. Sie haben dieselbe Zahl Menschen wie wir auf einem Gebiet beisammen, auf dem man jeden mit der Elektrischen erreichen kann. Ich weise also den Vorwurf, daß wir bei einem Appell an das Pflichtgefühl versagt hätten, zurück. (Skaret: Ich habe darüber kein Wort gesagt.) Wir haben letzthin eine Werbeaktion für die Parteipresse mit ganz bescheidenem Erfolg gemacht. Wissen Sie, was bei uns eine solche Aktion kostet, wenn wir alle Kräfte anspannen sollen? Tausende von Kronen! Wir sind nicht mehr so unpraktisch, Mühe und Geld in ein Unternehmen zu stecken, wenn dafür die Konjunktur eine schlechte ist und die geringste Aussicht auf Erfolg besteht. Wir haben im vorigen Jahre eine solche Werbeaktion unternommen und darum bitte ich, nicht die Wiener als Musterknaben hinzustellen. Sie folgen unserem Beispiel. Wir werden, wenn die Zeiten wieder besser sein werden, es nachholen, ich hoffe, mit ebenso schönem Erfolg wie die Wiener Genossen. (Beifall.)

Gabriele Proft (Wien): Skaret hat der Werbeaktion der Frauen Erwähnung getan. Ich möchte hinzufügen, daß nicht nur in dem von ihm erwähnten Ländern die Aktion gemacht wurde, sondern in allen übrigen mit Ausnahme von Oberösterreich und Vorarlberg. Nur fehlen noch einige Berichte. Auch dort haben die Genossen und Genossinnen viel getan, um weibliche Parteimitglieder zu gewinnen. Wir haben wohl eine Riesenauflage des Werbeblattes herstellen müssen. Aber wenn man die furchtbar schlechte wirtschaftliche Lage in Betracht zieht, muß man mit dem Erfolg zufrieden sein. Ich möchte nun die Beschlüsse der gestern beendeten Frauenkonferenz mitteilen: Die Konferenz hat nach dem Einvernehmen mit der Parteivertretung beschlossen, im Jahre 1914 wieder einen Frauentag abzuhalten. Ich möchte Sie nun auf unsere Resolution zu diesem Beschluß aufmerksam machen und die Genossen bitten, daß Sie den Genossinnen, die verpflichtet sind, den Frauentag im Einvernehmen mit den Genossen vorzubereiten, wenn sie rechtzeitig an die Lokal- und Bezirksorganisationen herantreten, Ihre bewährte Unterstützung angedeihen lassen. (Beifall.)

Noch eine Bitte habe ich an den Parteitag. Sie betrifft die zweite Resolution, die bei dem Referat über „Die Aufgaben der sozialistischen Frauenorganisation" angenommen worden ist. Es wurde hauptsächlich von der Bildungsarbeit gesprochen und die Referenten haben auf Vorschläge des Komitees eine ziemlich große Liste von Vorträgen empfohlen, die die Genossinnen abhalten sollen. Weil wir wissen, daß die Verhältnisse nicht überall so sind wie in Wien, in Niederösterreich und in den größeren Städten des Reiches, wo doch mehr redegewandte Genossen und Genossinnen vorhanden sind, so bitten wir Sie, uns insbesondere in kleineren Orten dadurch zu unterstützen, daß Genossen sich für die Abhaltung solcher Vorträge zur Verfügung stellen. (Beifall.)

Volkert (Wien): In unserem diesjährigen Bericht an den Parteitag ist zum erstenmal auf die Organisation der Kinderfreunde Bezug genommen. Wir sind in der erfreulichen Lage, konstatieren zu können, daß es ganz besonders im letzten Jahre in dieser Sache vorwärts gegangen ist. Das verdanken wir insbesondere der Konferenz, die im Anschluß an den vorjährigen Parteitag abgehalten wurde; und wir verdanken es insbesondere der Parteivertretung, ebenso auch der „Arbeiter-Zeitung", die in der bereitwilligsten Weise sich mit dieser Angelegenheit befaßt haben. Es ist selbstverständlich, daß wir den lebhaftesten Wunsch haben, daß überall zu dieser Frage Stellung genommen werde, und daß dort, wo es nur irgend angeht, Organisationen geschaffen werden, die es sich zur Aufgabe machen, sich dem proletarischen Kinde zu widmen. Wir sind uns dessen wohl bewußt, daß in dieser Sache eine ganze Reihe von Schwierigkeiten vorhanden ist. Aber wir meinen, daß man überall in irgendeiner Hinsicht wenigstens etwas im Interesse unserer Kinder tun kann. Das, was die Kinderfreunde treiben, darf keineswegs als Spielerei betrachtet werden, und wenn etwa einige

unter uns sein sollten, die eine derartige Meinung haben sollten, dann wird wohl am besten der Beweis, daß sie damit unrecht haben, dadurch geliefert werden, daß unsere Gegner unsere Organisation schon auf das heftigste bekämpfen und daß das Organ der Arbeitgeber auf die Gefahren hingewiesen hat, die in dieser Organisation liegen sollen. Wenn wir dem proletarischen Kinde Frohsinn und Freude bereiteten, wenn wir dafür sorgen, daß es physisch und geistig gehoben werde: dann leisten wir auch eine wichtige Parteiarbeit und ich bitte Sie daher, uns zu unterstützen. (Beifall.)

Preußler (Salzburg): Man kann die Ausführungen des Genossen Seliger über die Ursachen unseres geringen Organisationsstandes vollinhaltlich unterschreiben. Trotz alledem bleibt dabei die Frage übrig, wieso es denn kommt, daß wir immer noch 200.000 Arbeiter in Oesterreich haben, die in unseren Organisationen stehen, die sich zur Sozialdemokratie bekennen, aber nicht als Mitglieder in unserer sozialdemokratischen Parteiorganisation verzeichnet sind; daß wir weiters mit unserer Werbekraft andere Schichten, die sich inzwischen immer mehr und mehr proletarisiert und in ihrem Existenzkampf gezwungen wären, den sozialen Fragen näherzutreten, wie zum Beispiel die Privatangestellten, nicht erreichen konnten. Einer der hauptsächlichsten Gründe, der es veranlaßt hat, daß wir in der politischen Organisation nicht weit vorwärts gekommen sind, ist der Umstand, daß wir seit dem Jahre 1907 eigentlich unausgesetzt mit Wahlarbeiten beschäftigt waren, daß diese Wahlarbeit uns nicht nur materiell, sondern auch persönlich so in Anspruch genommen hat, daß nach ihr eine gewisse Ermüdung eintrat. Dadurch sind eben agitatorische Arbeiten, die bei einem genügenden Stand der Mittel hätten durchgeführt werden können, in einzelnen Ländern dann tatsächlich unterlassen worden. Es wird schließlich notwendig sein, ein gewisses Gleichgewicht zwischen der Wahlarbeit und der Arbeit für die Organisation herzustellen. Das hat man in Deutschland längst getan. Dort hat jede die Wirkung, daß neue Mitglieder gewonnen werden. Bei uns in Oesterreich tritt nach der Wahl, wie schon hervorgehoben, eine gewisse Abspannung und Ermüdung ein. Da kommen nun tiefere Gründe in Betracht und wir haben mit Tatsachen zu rechnen, die hier auf dem Parteitag festzustellen mir besonders wichtig erscheint: wir waren seit dem Jahre 1890 unausgesetzt gezwungen, unsere wirtschaftlichen Organisationen auszubauen, haben uns nur immer mit den praktischen Fragen des Tages befassen müssen. Dadurch ist in den Massen eine gewisse Leere entstanden, es ist zu wenig Idealismus vorhanden, und der Blick zu wenig auf das große Ziel gerichtet, das Begeisterung erweckt und über alle Trübsal des Tages hinweggeht. Daß die Gegner durch die schwarze und die gelbe Arbeiterbewegung Erfolge erreichen konnten, beweist, daß wir agitatorisch zu wenig in die Tiefe gegangen sind. Ich glaube daher, daß wir bei der Erörterung der praktischen Fragen in der Agitation immer und überall auf das Endziel hinweisen müssen. Wir müssen den Massen zeigen, daß große Bewegungen nur aufzusteigen vermögen, wenn sie von Idealismus und Begeisterung getragen werden, wenn die Kämpfer dieser Bewegung niemals die Frage stellen: „Was ist der augenblickliche Vorteil davon, was habe ich davon." Wenn sie niemals erklären: „Ja, das kostet zu viel!" Tatsache ist, daß wir an jene Massen, die wir viel zu wenig mit unseren Idealen erfüllt haben, sehr große Anforderungen an ihre Opferwilligkeit stellen mußten, und daß man uns bei unserer Organisationsarbeit oft, namentlich von den Gewerkschaftern, mit der Antwort kommt: „Wir bringen ohnedies ungemein viel Opfer." Genosse Danneberg hat in seinem Artikel schon darauf hingewiesen, daß die Zahl der Sportvereinsmitglieder in einzelnen Bezirken die Zahl der Parteimitglieder weit überwiegt. Das ist ein Beweis dafür, wie seicht die Art der Agitation in diesen Gebieten war. Da ist es wichtig, den Leuten offen zu sagen: Was ihr an Opferwilligkeit erfüllt, wurde euch in den letzten zwei Jahrzehnten reichlich zurückgezahlt, reichlich vergütet. Die alten Leute haben viel mehr Opfer

gebracht wie die jungen — ohne Aussicht auf nahe praktische Erfolge. Wir müssen ein natürliches Verhältnis des Idealismus mit dem Realismus herstellen. Dadurch werden wir unsere Bewegung beflügeln, ihr Werbekraft geben und imstande sein, ihr unter den schwierigsten Verhältnissen Aufschwung zu verleihen. (Lebhafter Beifall.)

Cermak (Teplitz): Wenn der Parteivorstand bei einer gemeinsamen Sitzung mit der Kontrolle den Plan der Werbeaktion den Vertretern der Länder vorgelegt und ihnen Gelegenheit gegeben hätte, sich dazu zu äußern, so wäre es möglich gewesen, zu einem einheitlichen Vorgehen zu gelangen. Entweder hätten die Genossen den Parteivorstand von der Unmöglichkeit, die Werbeaktion jetzt durchzuführen, überzeugt oder man wäre umgekehrt zu einer Vereinbarung gekommen, wie eine einheitliche Aktion versucht werden sollte. Die Aktion in Böhmen war auch erschwert dadurch, daß wir schon eine Aktion hatten. Wenn wir wieder eine Werbeaktion unternehmen, werden wir auch nach Mitteln suchen müssen, wie wir mit neuen Formen die Aktion unternehmen können, damit sie Erfolg hat. Wenn es uns in der Zeit der schweren wirtschaftlichen Krise, in der Zeit der Kriegswirren gelungen ist, den Stand der Partei im großen und ganzen zu erhalten, so war das nur möglich unter den unsäglichen Mühen unserer Vertrauensmänner (Sehr richtig!), die für die Mitglieder, die ausgeschieden sind, Monat um Monat immer neue Mitglieder gebracht haben. Selbst wenn die einheitliche Reichsaktion beschlossen worden wäre, wir in Böhmen hätten sie mit Rücksicht auf den augenblicklichen politischen Kampf nicht durchführen können.

Die Finanzen der Partei stehen recht traurig. Die Partei ist passiv. (Dr. Ellenbogen: Das nicht!) Wir haben hier eine Post im Kassenbericht, Rückzahlung aus dem Wahlfonds. Es ist selbstverständlich, daß, wenn Parteigelder für Wahlzwecke verwendet werden, der Wahlfonds sie zurückzahlen muß. Ich möchte aber zu erwägen geben, ob es richtig war, daß der ganze Betrag der Schuld des Wahlfonds in einem Jahre rückerstattet wurde. Bei dieser Gelegenheit möchte ich fragen, ob der Wahlfonds noch Schulden zu bezahlen hat oder ob wir damit fertig sind. (Dr. Ellenbogen: Ja, damit sind wir fertig.) Ich hätte es nicht notwendig, diese Frage zu stellen, wenn wir eine Art Bilanz über das Vermögen der Partei hätten. Wir kennen nicht die Mittel unserer Partei, wir kennen auch nicht den Stand ihrer Schulden. Die Aufstellung eines Budgets wäre notwendig, damit wir wissen, ob wir mit den Einnahmen aus den Parteimarken das Auslangen finden oder nicht. Wenn nicht, so müßte der Vorstand dem Parteitag sagen, wie er sich die finanzielle Sicherung und Fortentwicklung der Partei vorstellt. Man könnte auch dann erwägen, ob sich nicht bei diesem oder jenem Posten sparen ließe. Das „Volk" ist nach meiner Meinung in der letzten Zeit redaktionell nicht so ausgestattet, wie man es will. Das Blatt hat ja nur wenige Seiten, jede halbe Seite ist von großer Bedeutung. Es waren Interpellationen an den Justizminister abgedruckt, dann wieder Kämpfe mit dem Staatsanwalt. Solche Sachen gehören in eine Tageszeitung, aber nicht in ein Agitationsblatt.

Pfeiffer (Reichenberg): Wenn wir den Antrag auf Aussendung einheitlicher Fragebogen eingebracht haben, so deshalb, weil wir einheitliches statistisches Material gewinnen wollen. Die Kreisvertretung Reichenberg legt der Kreiskonferenz jährlich einen gedruckten Bericht vor, der tabellarisch fast so ausgestattet ist wie der Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag. Wenn der Parteivorstand das Ziffernmaterial unseres Berichtes mit dem seines Berichtes verglichen hat, wird er finden, daß sie nicht übereinstimmen. Es ist eine Behelligung der Lokalvertrauensmänner, wenn die Erhebungen wie bisher gepflogen werden. Die Lokalvertrauensmänner haben doch nicht genug Zeit, um alle Arbeiten zu bewältigen. Wir meinen daher, daß, da wir doch überall dieselbe Geschäftsperiode haben, ein einheit-

licher Fragebogen an die Lokalvertrauensmänner herauszugeben und das Material im Instanzenzug einzusammeln wäre.

Abgeordneter **Winarsky:** Ich will die Genossen aufmerksam machen, daß ein Aufklärungsblatt, das auf dem letzten Parteitag, das auf Wunsch vieler Vertrauensmänner und Funktionäre gegründet wurde, noch nicht die notwendige Verbreitung gefunden hat. Wir haben Jahre hindurch die lebhafte Klage gehört, daß die Genossen in den Gemeindevertretungen keine Möglichkeit haben, miteinander in Fühlung zu treten und daß insbesondere die Literatur fehlt, in der eine Besprechung der in den Gemeinden auftretenden Fragen durchgeführt werden soll. Diesem Drängen nachgebend, hat der letzte Parteitag die Herausgabe der „Gemeinde" beschlossen. Nun müssen wir sehen, daß noch lange nicht alle sozialdemokratischen Gemeindevertreter es als notwendig ansehen, die „Gemeinde" abzunehmen. Würden alle unsere Gemeindevertreter auch Abnehmer der „Gemeinde" sein, dann könnte sie kein Defizit haben. Zur Behebung ihrer finanziellen Schwierigkeiten ist nichts notwendig, als die Verbreitung unter denjenigen Genossen, die in der Gemeindevertretung tätig sind.

Ueber den Inhalt des Blattes ist noch keine Beschwerde erhoben worden. Wenn ein Genosse eine vorzubringen hat, wäre es gut, es hier zu tun. Wenn Sie aber keine Beschwerde haben, dann bitte ich Sie, für die Verbreitung des Blattes zu sorgen. Nicht nur an die Funktionäre in den Gemeindevertretungen richte ich den Appell, ich bitte die Bezirks- und Lokalorganisationen, dafür zu sorgen, daß alle Gemeindevertreter ihres Organisationsgebietes Abnehmer werden. Wo die Genossen das Abonnement nicht aus eigenem bestreiten können, dann möge dem Beispiel von einzelnen Landesorganisationen, so zum Beispiel der Niederösterreichs, gefolgt und das Blatt für die in den Gemeindeverwaltungen tätigen Genossen durch die Bezirks- respektive Lokalorganisationen abonniert werden. Es liegt im Interesse der Partei, daß die Genossen, die namens der Partei wichtige Funktionen ausüben, darüber informiert werden, wie anderswo die sozialdemokratischen Gemeindevertreter vorgehen, und daß sie Anregungen auf dem Gebiet der Gemeindeverwaltung bekommen.

Seliger und Čermak haben, ohne daß Skaret ein bestimmtes Land genannt hätte, sich für Deutschböhmen als diejenigen gemeldet, die dem Aufruf der Werbeaktion nicht gefolgt sind. Ich weiß nicht, ob es im Interesse ihrer Organisation gelegen ist, daß sie diese Selbststellung vollzogen haben. (Seliger: Das überlasse uns!) Die Verteidigung, die sie gehalten haben, war nicht besonders glücklich, insbesondere glaube ich nicht, daß es nötig gewesen wäre, die Werbearbeit in Wien und Niederösterreich so leicht hinzustellen. Seliger hat gemeint, hier fahre man mit der Elektrischen in alle Bezirke. Aber mit der Elektrischen kommt man nicht in die Häuser, und ich weiß nicht, ob die Werbearbeit in vier- und fünfstöckigen Häusern und Hinterhäusern nicht viel schwieriger ist als in den Dörfern. Dann ist diese Arbeit nicht nur in Wien, sondern in ganz Niederösterreich vollzogen worden, und hier gibt es auch viele Orte mit noch viel weniger fortgeschrittener Industrie als in Böhmen. Trotzdem ist der große Erfolg erreicht worden. Wir haben trotz der Krise, die hier ebenso empfunden wird wie in Deutschböhmen, nicht nur in Wien 7500 Mitglieder gewonnen, sondern dazu noch 2500 in der Provinz. Wenn es möglich war, in einem Lande der Partei 10.000 Mitglieder zuzuführen, müssen wir sagen, und daran kann keine Erwägung rütteln, wenn die ganze Kraft der Partei in den Dienst dieser Aktion gestellt worden wäre, würden trotz der Ungunst der Verhältnisse noch weit größere Erfolge erzielt worden sein. Vor kurzem wurde doch auch in Deutschböhmen eine Werbeaktion durchgeführt: die der Frauen. Und die Krise trifft doch auch die Frauen, und gerade in Deutschböhmen hat die Frauenorganisation die größten Erfolge erzielt. Wenn dort 1800 weibliche Parteimitglieder gewonnen wurden, so sehe ich nicht ein, daß gerade die männliche

Arbeiterschaft unserer Aktion nicht zugänglich gewesen sein sollte. Wenn Seliger auf die deutschböhmische Werbeaktion im vorigen Jahre hingewiesen hat, so möchte ich daran erinnern, daß, so schätzenswert das Beispiel war, wir in Wien es nicht gebraucht haben, da in den Wiener Bezirken jedes Jahr eine solche Werbeaktion stattfindet; täten wir das nicht, so könnten wir den großen Mitgliederstand nicht aufrechterhalten. Heuer war nur eine Zusammenfassung der gewöhnlichen Arbeiten nötig, um den großen Erfolg herbeizuführen. Wir haben auch vorher in Wien keinen Mitgliederverlust verzeichnet, während in Deutschböhmen trotz der Aktion im Vorjahr ein solcher zu verzeichnen ist. Die innere Notwendigkeit hätte also zur Werbearbeit ebenso getrieben wie in Niederösterreich. Wenn Čermak sagte, der Parteivorstand hätte gemeinsam mit der Provinzkontrolle über die Werbeaktion beraten sollen, so erinnere ich Sie, daß die Werbeaktion in einer gemeinsamen Sitzung mit der Kontrolle beschlossen wurde. Dem Parteivorstand ist die Ausführung übertragen worden. Wenn gesagt wurde, der September sei für die Arbeit ungünstig, so erinnere ich daran, daß der September nur in Vorschlag gebracht worden ist. Wenn die Aktion in Niederösterreich im Oktober vorgenommen wurde, so hätte dies auch in Deutschböhmen geschehen können. Wir wollen keine Vorwürfe erheben, aber es müssen diese Feststellungen vorgenommen werden, weil Seliger und Čermak zuerst über die Sache gesprochen haben. Wir wollen aber unsere Freude darüber ausdrücken, daß wenigstens in Wien und Niederösterreich die Werbeaktion einen großen Erfolg gehabt hat, daß wir dadurch 10.000 neue Streiter gewonnen haben. Wenn in Zukunft die Werbeaktion im ganzen Reiche durchgeführt werden wird, werden wir noch größere Erfolge haben. (Beifall.)

Nitschmann (Zauchtl): Der Bericht des Genossen Skaret ist nicht gerade sehr erfreulich, aber unter den gegebenen Umständen war auch bei uns nicht mehr zu erzielen. Bei der jetzigen Arbeitslosigkeit haben wir unsere Pflicht erfüllt, wenn wir behauptet haben, was wir früher hatten. In diesen Zeiten der Krise sind in den kleinen Orten die Gegner wieder frecher, die Arbeiter vielfach ängstlich geworden, da die Furcht der Entlassung auf ihnen lastet. Ein gewisses Versäumnis möchte ich der Parteileitung vorwerfen, nämlich in Bezug auf die Organisation des Kreditwesens in der Partei. Wir, die wir in Parteiunternehmungen angestellt sind, wissen genau, unter welchen Schwierigkeiten wir zu arbeiten haben, wie schwer heute Kredit zu bekommen ist. Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß viele unserer Unternehmungen Staatspapiere kaufen, dem Staat also zu Geld verhelfen, um Kanonen und Flinten zu kaufen, also etwas tun, was wir verurteilen, und auf der anderen Seite sehen, wie sie oft 14 und 15 Prozent zahlen müssen, um sich Geld zu beschaffen, so müssen wir sagen, daß da möglichst bald eine Abänderung geschaffen werden muß. Auch bei den Arbeiterheimen muß eingegriffen werden. Zu einer Zeit, wo wir keine Versammlungslokale bekommen haben, war die Errichtung solcher Heime dringend notwendig. Heute ist die Arbeiterheimerei zu einer Krankheit geworden. Hier soll die Parteileitung eingreifen, oder es sollte wenigstens ein Verband der Arbeiterheime gegründet werden, der die Vereine kontrolliert, der dafür sorgt, daß keine Dummheiten gemacht werden, und die Arbeiterheime allmählich auf eine gesunde Grundlage stellt.

Abg. **Jokl** (Troppau): Auch ich muß mich gegen die Ausführungen des Genossen Skaret wenden, der den Vorwurf durchleuchten ließ, als ob Arbeitsunlust die Ursache wäre, warum in den einzelnen Ländern die Werbeaktion nicht durchgeführt worden ist. Auch wir in Schlesien haben es, als das Zirkular der Reichsparteivertretung uns zugekommen ist, nicht für klug gehalten, in der gegebenen Zeit eine Werbeaktion durchzuführen. Was Seliger und Čermak sagten, trifft in erhöhtem Maße für Schlesien zu. Die Gegenargumente, die Winarsky ins Feld geführt hat, scheinen mir sehr bei den Haaren herbeigezogen. Ich will nicht untersuchen, wo die Werbearbeit

schwerer ist, ob in Wien oder auf dem flachen Lande. Unzweifelhaft ist aber das eine — womit in Wien nicht zu rechnen ist — daß in Zeiten der Arbeitslosigkeit draußen noch der ungeheure Druck der Unternehmer zu unseren ungunsten in die Wagschale fällt. Die Unternehmer nützen ihre wirtschaftliche Uebermacht aus, um die Arbeiter zu zwingen, unseren Organisationen fernzubleiben, versuchen es, womöglich die Arbeiter in gegnerische gelbe Organisationen hineinzupressen. Jede Zeit der Krise ist eine Zeit der Hochkonjunktur für die deutschgelben Organisationen. Wir haben Orte, wir haben Betriebe, wo die Deutschgelben niemals Fuß fassen konnten, wo sie aber jetzt die Krise ausnützen und scheinbare Erfolge zu verzeichnen haben. Sie können sich ja gar keine Vorstellung machen, wie ungeheuer die Krise bei uns gewirkt hat. Sie dauert ja schon seit dem Ausbruch der Kriegswirren, seit November 1912 in einem Umfang, wie wir ihn seit Jahrzehnten in Schlesien nicht gekannt haben. Dazu kommt, daß unter dem Druck der Not gerade unsere tüchtigsten Arbeiter und Genossen dem Lande den Rücken kehren. Der Hinweis des Genossen Winarsky mit dem Erfolg der Werbeaktion hinkt etwas. Denn unter den Frauen sind noch große Schichten vorhanden, die von der Agitation überhaupt noch nicht erfaßt worden sind, wo es also leichter ist, Erfolge zu erzielen. Uebrigens sehen Sie, daß in Schlesien nur 90 Frauen gewonnen wurden, trotz der eifrigsten und energischesten Werbearbeit. Gewiß hätten wir eine Werbeaktion machen können, aber der Erfolg wäre mit den aufgebotenen Kräften nicht in Einklang gestanden.

Kollinger (Linz): Nach dem Kassenbericht betragen unsere Einnahmen rund 70.000 Kr., die Zahl der männlichen Mitglieder 108.075; vergleicht man diese beiden Ziffern, so sieht man, daß wir kaum die Hälfte der Mitgliedsbeiträge hereingebracht haben. Auch wir in Oberösterreich, die wir gewiß eine schwache Organisation haben, haben mit diesem Mangel zu kämpfen. Wir haben im abgelaufenen Berichtsjahr rund 5000 Beiträge auf der Straße gelassen, die unsere Beitragskassiere einfach nicht einkassiert haben. Das Einkassieren ist eine Frage von der größten Bedeutung. Wenn es auch mit der größten Kraftanstrengung gelingt, der Organisation neue Mitglieder zuzuführen, so ist der Erfolg gleich Null, wenn es uns nicht gelingt, eine regelmäßige Beitragsleistung durchzuführen. Die politische Organisation hat es da schwieriger als die Gewerkschaften, wo das Mitglied die Beiträge schon selber zahlt, weil es sonst im Falle der Arbeitslosigkeit den Unterstützungsanspruch verliert. Es ist ein sehr bedauerlicher Umstand, daß die Reichsparteivertretung, wenn die Beiträge regelmäßig einkassiert worden wären, um 70.000 Kr. mehr erhalten hätte als tatsächlich eingegangen sind. Auch wir in Oberösterreich haben im Monat März eine Werbeaktion durchgeführt, die uns eigentlich nicht vollauf befriedigt hat. Wenn die Reichsparteivertretung den Beschluß gefaßt hat, im ganzen Lande eine solche Aktion auszuschreiben, so ist das zu begrüßen. Wir hätten ohnehin wieder eine veranstaltet, weil wir es für notwendig halten, die Vertrauensmänner jedes Jahr ein paarmal aufzupulvern. Wir wissen, daß in vielen Orten die Vertrauensmänner nicht in Bewegung zu setzen sind, wenn nicht vorher ein allgemeines Zirkular hinausgeht. Wir haben vorläufig noch keinen Abschluß über die letzte Aktion, aber ich glaube, wir werden nicht schlecht abschneiden. Auf eine Erscheinung will ich noch hinweisen: den größten Widerstand beim Beitritt zur politischen Organisation haben wir gerade bei der bestgestellten Arbeiterschaft zu verzeichnen. (Zustimmung.) In diesen Kreisen müssen wir um so nachhaltiger arbeiten. Es muß hier auf dem Parteitag festgestellt werden, daß gerade die ärmsten Arbeiter, wo man die tiefe Armut schon sieht, wenn man in die Wohnung kommt, für die politische Organisation das stärkste Verständnis und die beste Opferwilligkeit haben. (Zustimmung.) Es muß unsere Aufgabe sein, es durch unermüdliche Arbeit dahin zu bringen, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auch Parteimitglieder werden. Und dann, ich wiederhole es, müssen wir alle

Hebel in Bewegung setzen, daß die Vertrauensmänner bei der Einhebung der Parteibeiträge sorgfältiger vorgehen. Die Frauenorganisation kann uns da ein Muster sein, sie hat sehr wenige verlorene Parteibeiträge aufzuweisen. (Beifall.)

Dr. Friedrich Adler (Wien): Der Standpunkt, den wir gegenüber unserer Parteipresse einzunehmen haben, als deren Herausgeber, als Organisation, die sozialistische Erkenntnis verbreiten will, ist gerade entgegengesetzt dem Standpunkt jener Leute, die als Indifferente diese Presse lesen und die in der Presse in erster Linie ganz andere Dinge suchen, als wir ihnen geben wollen. Wir als Sozialdemokraten haben das einzige Interesse, sozialistische Erkenntnis zu verbreiten und unsere Presse ist uns gerade so viel wert, als sie sozialistische Gedanken in die Köpfe der Menschen hineinbringt. Die Indifferenten, die für uns gewonnen werden sollen, erwarten von der Zeitung etwas vollständig anderes: sie sehen in ihr eines der wichtigsten Narkotika. Sie betrachten die Zeitung ebenso wie Zigarre, Kaffee oder Tee als ein Mittel des Hinwegtäuschens über Langweile. Als zielbewußte Sozialdemokraten wollen wir aber durch die Zeitung die Leser nicht einschläfern, sondern im Gegenteil aufwecken. Die Zeitung ist uns das wichtigste Mittel zur Entwicklung zum Klassenbewußtsein. Nun hat jede unserer Zeitungen, und je größer sie ist, um so mehr, ein Kompromiß zu machen zwischen diesen beiden Standpunkten. Sie wissen, daß unsere Tagespresse gezwungen ist, dem allgemein menschlichen Bedürfnis nach dem Narkotikum der Zeitung Konzessionen zu machen und alles mögliche an Neuigkeiten, Romanen, Erzählungen u. s. w. bringen muß, was mit der Hauptaufgabe unserer Zeitungen nicht direkt zusammenhängt. Je kleiner die Zeitung, um so mehr Raum muß relativ der sozialistischen Erkenntnis gewidmet werden. „Das Volk“, das ich redigiere, ist so klein, daß sie sich vollständig beschränken muß auf die sozialistische Erkenntnis. Darin stimme ich mit Genossen Cermak überein, daß es die einzige Aufgabe des „Volk“ sein muß, agitatorisch zu arbeiten. Das kann nur geschehen, wenn wir es als Zeitung hinausbringen. Diese kleine Zeitung ist eigentlich ein Flugblatt. Wenn wir aber lauter Flugblätter machen, so würden sie von den Indifferenten nicht gelesen. Auch nicht, wenn es umsonst verbreitet würde. In den Indifferenten müssen wir die Annahme erwecken, daß es eine Zeitung ist. Wir müssen alles, was wir als sozialistische Erkenntnis verbreiten wollen, in die Form der Neuigkeit kleiden. Es ist auch kaum eine Notiz hineingekommen, in der man nicht sähe, daß irgendeine Forderung der Sozialdemokratie, irgendeine Klage des Volkes in ihr zum Ausdruck kommt. Nun ist es sehr schwer, sowohl für den Redakteur als auch für jeden Genossen, der die Parteipresse zu lesen gewohnt ist, sich ein richtiges Urteil zu bilden. Denn wir müssen uns hineinversetzen in den Geist der Leute, die nicht die „Arbeiter-Zeitung“, nicht das Kreisorgan gelesen haben. Deshalb ist es unrichtig, wenn Genosse Cermak sagt, es steht im „Volk“ vieles drin, was schon in anderen Zeitungen gestanden ist. Ich glaube im Gegenteil, daß Genosse Cermak alles, was im „Volk“ steht, in anderen Blättern schon vorher gelesen hat. Es handelt sich beim „Volk“ eben darum, daß den Leuten, die unsere sozialdemokratische Presse *nicht* gelesen haben, etwas gegeben werde, und zwar in der Auswahl gegeben werde, daß es agitatorisch wirksam ist. Cermak hat gesagt, wir beschäftigen uns zu viel mit dem Abdruck von Interpellationen. Meines Wissens wurde nur eine Interpellation abgedruckt, während alle anderen „Interpellationen“, die erschienen sind, nichts sind als immunisierte Artikel der ersten Auflage des „Volk“. Die Methode, die das „Volk“ ausbilden konnte, weil es nur 14tägig erscheint, ist, in der zweiten Auflage den Artikel, der in der ersten konfisziert wurde, zu bringen. Der Staatsanwalt war so freundlich, das Blatt immer dann zu konfiszieren, wenn gerade der Landtag oder Reichsrat beisammen war. Das sind die „Interpellationen“, und ich meine, Sie würden wünschen, daß alle Blätter die Möglichkeit hätten, die zweite Auflage in dieser Weise herzustellen. (Zustimmung.) In der letzten

Zeit ist allerdings eine Interpellation abgedruckt worden. Aber über diesen Gegenstand, die Vorgänge bei den Manövern in Böhmen, konnte man nicht in anderer Form sprechen. Es ist dies der Artikel „Die hohe Frau und der hohe General“, der nur mit Beziehung auf die Interpellation über die Konfiskation der „Arbeiter-Zeitung“ gebracht werden konnte. (Seliger: Es ist auch über den Mager geschrieben worden.) Richtig ist, daß wir eine Nummer hatten, wo über den Mager gesprochen werden mußte, das war damals, wo er den Orden bekommen hat. Die Besprechung geschah in solcher Form, daß sie den Genossen so großes Vergnügen gemacht hat, daß einige Provinzblätter die Sache nachgedruckt haben. Wir haben zusammengestellt, was Kaiser Franz und was Kaiser Franz Josef zur Zensur sagt. Nun meint Cermak, daß das die Indifferenten vielleicht nicht verstehen. Nun ist es eine gute Uebung, den Kampf gegen die Behörden und gegen die Preßunterdrückung zum Mittel der Agitation zu machen, und ich glaube, das soll es auch bleiben. „Das Volk“ wird in verschiedenen Kronländern sehr verschieden verbreitet. In den Kronländern, wo es Eingang gefunden hat, hat es die größten Dienste geleistet. Ich will nur auf ein Beispiel verweisen. In Wigstadtl ist die Auflage im letzten Jahr von 250 auf 750 gestiegen. Die Genossen haben den Ort in Rayons geteilt und für jeden einen Vertrauensmann bestellt und so sind diese in ständige Fühlung mit Indifferente gekommen. Diese Methode hat sich auf das beste bewährt. Ich kann nur wünschen, daß das „Volk“, das so viel für die Agitation wirken kann, in die großen Massen getragen wird. (Beifall.)

Begrüßungsschreiben.

Es werden vorgelesen: Begrüßungstelegramme von der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands und von der Polnischen sozialistischen Partei Russisch-Polens.

Schluß der Vormittagssitzung.

Nachmittagssitzung.

Die Debatte wird fortgesetzt.

Jenschik (Wien): Ich will den Bericht des Genossen Skaret über die Jugendbewegung ergänzen. Die Jugendlichen haben wirklich große Fortschritte gemacht. Die Zahl der Ortsgruppen ist seit vorigem Jahr von 309 auf 385 gestiegen, die der Mitglieder von 9000 auf 13.000. Aber unsere Agitation übt auf die Arbeiterjugend einen Einfluß aus, der weit über die Mitgliederzahl hinausreicht. Wir haben in den letzten drei Jahren über eine Million Flugschriften in Oesterreich verbreitet. Unsere Zeitschrift „Der Jugendliche Arbeiter“ hat sich sehr entwickelt. Vor zwölf Jahren erschien sie vier Seiten stark in einer Auflage von 4000 Stück. 1911 war die Auflage 11.000 und in diesem Jahr beträgt die durchschnittliche Auflage 18.500. (Bravo!) Dabei müssen Sie bedenken, daß alle diese Blätter nur verbreitet werden von den jugendlichen Arbeitern selbst. Die Auflage unserer Jugendzeitschrift ist heute größer als die der vier gegnerischen Blätter zusammengenommen. Wir bekommen von der Partei eine Subvention von 600 Kr., das ist im Verhältnis zu dem, was die Gegner aufwenden, eine kleine Summe. Allerdings werden wir auch vom Parteisekretariat unterstützt. Ein höherer Betrag wäre sicher fruchtbar angelegt. In manchen Kronländern ist es mit der Jugendbewegung sehr schlecht bestellt. In Nordmähren entfalten die Klerikalen eine rege Agitation, während unsere Parteiorganisationen zuschauen. Ganz anders in Böhmen. Da kümmert sich wirklich jede Lokalorganisation um die Jugendlichen. Wir haben dort 228 Ortsgruppen. Unsere Arbeit auf dem Gebiet des Bildungswesens ist sehr erheblich. Im letzten Jahr haben wir 50 Wanderbibliotheken ausgerichtet. Wir schicken sie in alle Orte, wo die Parteiorganisation schwach ist, wo keine Büchereien

vorhanden sind. Allerdings haben diese Wanderbüchereien 5000 Kr. gekostet. Wir versuchen die Jugend auch dazu zu erziehen, regelmäßig Lektüre in die Hand zu nehmen. Wir haben eine Schriftenabteilung eingerichtet. Es werden per Mitglied und Monat 10 H. eingehoben. Nach drei Monaten bekommt dann das Mitglied eine gute Broschüre in die Hand. Diese organisierte Kolportage, die innerhalb unserer Partei einzig dasteht, bringt uns gute Erfolge.

Wir haben heute schon 3000 Mitglieder in dieser Schriftenabteilung. Das erste Buch, das die Mitglieder bekommen haben, hat wieder eine große Anzahl Mitglieder veranlaßt beizutreten. Da die bürgerlichen Parteien alles tun, um uns die Jugend abspenstig zu machen, müssen wir alles daransetzen, unsere Organisation nicht nur auszubauen, sondern überall dort, wo noch keine Organisation ist, durch Gründung von Organisationen die Jugend auf sie aufmerksam zu machen. Wo die Verhältnisse es nicht gestatten, soll wenigstens der „Jugendliche Arbeiter" verbreitet werden, um die Jugend für unsere Ideen zu gewinnen.

Ich stelle folgenden Antrag:

„Der Parteitag fordert unter Hinweis auf den § 26 des Parteistatuts neuerdings alle Organisationen auf, die Jugendbewegung zu fördern."

Nehmen Sie den Antrag an und ich bin überzeugt, daß die Förderung, die Sie der Jugendorganisation zuteil werden lassen, fruchtbringend sein wird für die ganze Parteibewegung. (Beifall.)

Abgeordneter **Seliger**: Ich möchte nicht, daß die Debatte über den Parteibericht ausgeht in einen Streit darüber, ob wir in Böhmen eine nennenswerte Anzahl Parteimitglieder gewonnen hätten, wenn wir uns an der Werbeaktion beteiligt hätten. Daß darüber so viel gesprochen wird, ist nicht meine Schuld, sondern hängt zusammen mit dem Bericht, der wenig Anlässe zu einer Diskussion gegeben hat. Es steckt aber in der Sache nicht Rechthaberei, es handelt sich um die Frage, unter welchen Voraussetzungen man solche Aktionen ins Werk setzen darf. Auch in der Parteiarbeit muß das Gesetz der Oekonomie Anwendung finden, wir dürfen unsere Mittel und Kräfte nicht verschwenden in einem Augenblick, der viel größere Aufwendungen erfordert als ein anderer. Es ist ganz falsch, wenn Winarsky behauptet, ich hätte gesagt, das Werben von Mitgliedern sei in Wien eine Leichtigkeit. Ich habe von der Schwere der Arbeit nicht gesprochen. Ich habe nur davon gesprochen, daß wir Deutschböhmen unsere Arbeit unter ganz anderen Bedingungen verrichten müssen, und daß diese Bedingungen entscheidend sein müssen und andere sind als in Wien. Sie dürfen doch nicht vergessen, daß wir viel mehr Zeit zur Vorbereitung brauchen wie Sie. Deshalb besprach ich auch die Schwierigkeiten, die im Territorium liegen. Wir brauchen nicht nur ein paar Wochen, sondern ein paar Monate, wir müssen im ganzen Land Hunderte von Vertrauensmännerversammlungen einberufen, für die doch nicht gleich die Referenten zur Verfügung stehen. In mehr als 700 Lokalorganisationen müssen wir Leute schicken, die erst die Genossen auf diese ganze Arbeit einschießen. Diese Arbeit muß unter der Kontrolle der Kreis- und Bezirksvertrauensmänner vollführt werden, und die Uebersicht und die Kontrolle ist bei uns komplizierter, schwerer und zeitraubender wie in Wien. Wir tagen in einem Bezirk, der 180.000 Einwohner hat, von denen 60 Prozent der Arbeiterschaft angehören. Wir in Deutschböhmen haben keine Arbeiterstadt mit 110.000 Menschen. Wenn wir so viel Menschen bearbeiten wollen, haben wir 200 Ortschaften von Bodenbach bis Komotau in Arbeit zu nehmen. Als deutschböhmischer Kandidat muß Winarsky diese Dinge kennen. (Heiterkeit. — Winarsky: Deshalb sage ich es!) Es ist das schwerer als in Wien, wenn auch hier noch nicht die Elektrische in die Haustore geht, was ich für einen schweren Mangel halte, den abzustellen ich für eine Aufgabe der Wiener Gemeinderäte ansehe. (Lebhafte Heiterkeit.) Was den Erfolg der Frauenaktion in Deutschböhmen betrifft,

so ist er kein guter. Wir sind nur zufrieden im Vergleich mit den schlechten Möglichkeiten. Ein großer Teil der 1800 ist auch nicht neu gewonnen, sondern sind Zurückgewonnene, die von der Peripherie der Bewegung in den Indifferentismus zurückgefallen waren. (Winarsky: Solche gibt es bei den Männern auch.) Deshalb sind wir mit den 1800 nicht zufrieden. (Austerlitz: 1800 sind besser als nichts.) Aber welche Arbeit steckt darin! Für die Gewinnung von 1800 mußten mehr als 1800 Vertrauensmänner auf die Beine gebracht werden. Wenn im Frühjahr die Konjunktur besser ist, wenn die Bauarbeiter wieder Arbeit haben, erreichen wir mit der gleichen Kraft einen drei- bis vierfachen Erfolg.

Nun handelt es sich auch noch darum, daß wir mit den Genossinnen im vorigen Jahr das Abkommen getroffen haben, daß ihre und unsere Aktion nicht gleichzeitig durchzuführen seien. Weil unsere Genossinnen doch mit diesem bescheidenen Erfolg herausgekommen sind, so ist das darauf zurückzuführen, daß sie im vorigen Jahr die Aktion nicht mit uns machen konnten. Winarsky behauptet, es sei diese Aktion im Herbst in einer Sitzung der Gesamtparteivertretung beschlossen worden. Genosse Winarsky, du bist im Irrtum. Wir haben im Frühjahr des vorigen Jahres die Aktion in der Parteivertretung abgelehnt und beschlossen, sie auf eine spätere Zeit zu verschieben. (Winarsky: Nein, für den Herbst.) Ich bitte, es wurde damals ausdrücklich auseinandergesetzt, warum wir sie im Mai nicht machen konnten und inzwischen ist die schwere wirtschaftliche Krise eingetreten. Es hätte sich der Parteivorstand ganz gut sogar in diesem Fall mit den Vertretern der Länder auseinandersetzen können. Es haben in der Zeit zwischen dem ablehnenden Beschluß im Frühjahr und dem späteren Beschluß der Parteivertretung, wonach die Aktion im September durchzuführen war, auch noch Zusammenkünfte mit der Kontrolle stattgefunden. Aber in keiner ist ein Wort davon geredet worden. Alles in allem, muß ich sagen, kann man solche Dinge nicht über einen Leisten schlagen. (Beifall.)

Abgeordneter **Sever** (Wien): Genosse Seliger denkt wohl als Wortführer der deutschböhmischen Genossen, die beste Parade ist der Hieb, und er denkt wohl, wenn die Genossen nun auf die Wiener losdreschen, werde dadurch der Vorwurf verdeckt werden, daß sie die von der Parteivertretung beschlossene Aktion nicht durchgeführt haben. (Seliger: Aber nein.) Es ist ja richtig, daß in Böhmen die Aktion schwieriger ist als in Wien. Aber wir haben ja die Aktion nicht nur in Wien durchgeführt, sondern auch in Niederösterreich, wo es nicht minder schwierig zu arbeiten ist wie in Böhmen. Er stellt die Sache so dar, als ob in Wien nur Milch und Honig flöße und uns da die Parteimitglieder nur von selber zufliegen. Ich will den deutschböhmischen Genossen gewiß nicht das Armutszeugnis ausstellen, das ihnen Seliger ausgestellt hat, indem er uns schildert, daß eine solche Aktion in Deutschböhmen durch längere Zeit vorbereitet werden müßte. (Seliger: Das habe ich nicht gesagt.) Wir glauben aber — wir wenigstens sind es so gewohnt — wenn wir einen Auftrag von der Parteivertretung bekommen, so müssen wir ihn durchführen. Wir geben ruhig zu, daß Sie in Deutschböhmen die Krise stark verspürt haben; aber seien Sie versichert, daß in der Großstadt die Krise sich noch ganz anders spiegelt als in der Provinz. Wir haben mit Tausenden von Arbeitslosen zu rechnen. (Zwischenruf der Deutschböhmen: Wir auch.) Wir haben eine Zeit gehabt, wo keine einzige Fabrik voll gearbeitet hat. (Rufe bei den Deutschböhmen: Wir auch!) Wir haben Fabriken gehabt, die wegen Arbeitsmangel ihre Arbeiter entlassen haben, die gesperrt worden sind. (Rufe bei den Deutschböhmen: Wir auch!) Wir haben hier in der Großstadt eine Lebensmittelteuerung und eine Wohnungsteuerung in einem Grade, wie sie bei euch nicht vorkommt. (Widerspruch der Deutschböhmen: Die haben wir auch.) Aber seit wann ist es denn bei uns in der sozialdemokratischen Partei Usus, daß wir sagen, es stellt sich uns etwas entgegen, und darum können wir nichts machen? (Beifall.) Wir haben schon unter schwierigeren Verhältnissen etwas durchgeführt, als dies jetzt der Fall

war. Es ist gewiß ein Unterschied in der Arbeit von zwei Wahlkreisen mit 184.000 Einwohnern, wie es Ottakring ist, und den Wahlkreisen draußen. Ich glaube, daß die Arbeit bei Ihnen leichter durchzuführen ist. Dort draußen kennt einer den anderen. Es ist die Agitation von Mann zu Mann möglich. Sie haben die Arbeiter in großen Fabriken beisammen. Wir haben in Ottakring bereits gar keine Fabriken. Wir haben Kleinbetriebe, wir haben die Heimarbeit, und unsere Parteigenossen müssen Tausende von Wohnungen besuchen in jeder Woche, wenn wir einen Erfolg haben wollen.

Das ist ein bißchen mehr Arbeit, als wenn eine solche Aktion in einem Gebiet mit großen Betrieben durchgeführt werden soll. Es mag Ihnen unangenehm sein, dies zu hören, aber wir müssen es Ihnen sagen. Die Arbeit in unserem Bezirk ist schwer, außer drei großen Fabriken haben wir sonst lauter Kleinbetriebe. Wenn Sie den guten Willen gehabt haben würden, die Aktion zu machen, hätten Sie nicht warten müssen, bis sich der letzte Vertrauensmann einverstanden erklärt. Die Arbeit wäre gemacht worden und Sie hätten uns dann bessere Berichte bringen können als diesmal. Ich erinnere mich dunkel der Worte Seligers in Reichenberg. Er sagte, die Wiener Organisation sei überhaupt keine Organisation, sondern das sei nur eine Sammlung von „Volkstribüne"-Abnehmern. Nun, wir haben uns den Reichenberger Beschlüssen gefügt, wir haben die Straßen- und Häuserorganisation durchgeführt, 500 Vertrauensmänner laufen Woche für Woche von Haus zu Haus, von Tür zu Tür und werben für uns, nur so halten wir unseren Mitgliederbestand nicht nur aufrecht, sondern sind wir imstande, ihn noch zu vergrößern. (Beifall.)

Ruschak (Mürzzuschlag): Es scheint fast, als ob die Debatte einen Streit zwischen den deutschböhmischen und den Wiener Genossen heraufbeschwören würde. Genosse Preußler hat Ihnen schon die tieferen Ursachen auseinandergesetzt, warum wir in den Alpenländern keine größeren Fortschritte machen. Bei uns fehlt es viel zu sehr an intensiver Aufklärungsarbeit unter den Massen. Zwischen der Zahl der politisch Organisierten und der Gewerkschafter ist ein zu großes Mißverhältnis. Wir haben vor der Zahl der politisch organisierten Arbeiter Wiens einen gewaltigen Respekt; nicht vergessen darf aber werden, daß Wien der Sitz der Bildungszentrale ist und daher in puncto Bildung und Aufklärungsarbeit mehr geleistet werden kann, als es uns in der Provinz möglich ist. Es wäre gut, wenn die Reichsparteivertretung den Landesparteivertretungen für Bildungszwecke etwas mehr Mittel, als dies bisher der Fall ist, zuweisen würde. Dann würden wir in Zukunft über keine Rückgänge zu klagen haben.

Abgeordneter Bretschneider (Wien): Es dreht sich nicht um einen Streit zwischen Wien und den übrigen Ländern, sondern darum, daß richtig beurteilt wird, unter welchen Schwierigkeiten man in Wien und in der Provinz große Aktionen durchzuführen hat. Ich will mit Niederösterreich beginnen. Das, was die Genossen aus Böhmen, Mähren und Schlesien anführen, die Krise, die Entlassungen, die Scharfmacherorganisationen, die Gründung von gelben Ortsgruppen, haben wir in Niederösterreich auch. Ich verweise auf St. Pölten, dort ist eine Industriellenorganisation, welche in der unglaublichsten Weise gegen die Gewerkschaften vorgeht, bei Landtags- und Reichsratswahlen mit allem Terror gegen uns arbeitet. Ich verweise auf das ganze Neunkirchner Gebiet, wo sich eine der größten und gewaltigsten Unternehmerorganisation befindet. Ich verweise auf das Gölsental und andere Gebiete, in denen unsere Parteigenossen der Provinz zugleich mit den Wiener Parteigenossen die Werbeaktion erfolgreich durchführten. Wohl ist es nicht richtig, daß wir es auch sogleich gemacht haben; wir haben dem Parteivorstand Vorstellungen gemacht, wir haben gesagt, daß der September nicht geeignet ist, die Werbeaktion muß in Mitte Oktober oder in der letzten Woche desselben vor sich gehen. Ich gestehe, daß wir es unseren Genossen nicht sagen durften, daß in Böhmen, Mähren und Schlesien die

Werbeaktion nicht stattfindet, weil sonst der nötige Schwung bei dieser Aktion verloren gegangen wäre.

Es ist eine Legende — ich möchte das auch den Genossen vom flachen Lande Niederösterreichs sagen —, es sei in Wien gar so leicht, eine politische Organisation aufzubauen und für sie zu werben. Wenn ein Wiener Bezirk, alle sind ja nicht so wie Ottakring, eine solche Aktion beginnt, gibt es mühevolle Arbeit genug. Die Elektrische geht wohl in viele Straßen, aber kein einziger Vertrauensmann kann zur Begehung seines Rayons die Elektrische benützen. Glauben Sie, in Wien haben die Parteigenossen und die vier- bis fünftausend Vertrauensmänner nur eine rote Woche zur Gewinnung von Parteimitgliedern? Wir haben eine rote Woche zur Gewinnung von neuen Abnehmern der „Arbeiter-Zeitung", wir haben eine rote Woche für das Hammerbrot, wir haben in jedem Bezirk eine rote Woche für den Konsumverein. Wir wissen, daß es sein muß. Aber ebenso haben wir gewußt, daß trotz der schweren Krise die Werbearbeit für die politische Organisation verrichtet werden mußte, schon weil durch die Krise sonst Tausende von Mitgliedern verloren gegangen wären.

Ich kann Ihnen auch mitteilen, daß die Ziffer der Neugewonnenen, wie Sie heute gehört haben, nicht mehr richtig ist. Es sind in Wien schon 10.000 männliche Parteimitglieder gewonnen, in der Provinz zirka 2500, und die Aktion ist noch gar nicht abgeschlossen. Nehmen Sie dazu den Gewinn der Frauen von über 1500 in Niederösterreich, so haben wir 14.000 neue Parteimitglieder in Niederösterreich gewonnen. Hätten sich die Genossen der Sudetenländer der Aktion angeschlossen, so hätten sie es gewiß nicht zu bereuen gehabt.

Wenn unsere Provinzgenossen sich ein Muster an Wien nehmen, werden sie nicht schlecht fahren. So wie wir uns an der großen Bruderpartei in Deutschland ein Muster nehmen, tun wir alles, daß wir, wie es in Deutschland ist, aus dem Proletariat eine große schlagfertige Armee für unseren Kampf bilden.

Eggenbauer (Wien): Ich habe einige Fragen an den Referenten zu stellen. Auf den früheren Parteitagen war es üblich, daß Genosse Emmerling als Verwalter der Zeitschriften, die der Reichsparteivertretung unterstehen, zu dem gedruckten Bericht Erläuterungen gab. Das haben wir diesmal vermißt. Wir finden zum Beispiel bei dem Bericht über die „Arbeiter-Zeitung" die Einnahmen spezialisiert, während wir dies bei den Ausgaben vermissen. Es wäre gewiß notwendig, zu wissen, aus welchen Posten sich die Ausgabensumme von Kr. 1,232.853·97 zusammensetzt. Wenn man uns auch nicht jedes Detail im gedruckten Bericht bekanntgibt, was ich begreiflich finde, so wäre es doch zweckmäßig gewesen, wenn man uns die Hauptposten, Redaktion, Administration, Expedition und die Druckkosten, mitgeteilt hätte. Wir interessieren uns auch darüber, wer uns in der „Arbeiter-Zeitung" die geistige Kost vorsetzt, wir wollen wissen, wer unsere Redakteure sind, namentlich dann, wenn Veränderungen in der Redaktion vorkommen. So ist zum Beispiel Genosse Dr. Braun nach Deutschland übersiedelt und sein Ressort mußte mit einem anderen Genossen besetzt werden. Wer ist aber dieser Genosse? Auch über die Gesamtauflage der „Arbeiter-Zeitung" gibt der gedruckte Bericht keine Auskunft, man kann sich dieselbe nur annähernd herausrechnen. Ich ersuche daher den Referenten Genossen Skaret, in seinem Schlußwort die bezügliche Auskunft zu geben.

Schlußwort des Referenten.

Skaret: Ich werde mich der Reihenfolge nach mit den Einwendungen beschäftigen, die gegen den Bericht vorgebracht wurden.

Lackenbacher hat vermißt, daß die Parteivertretung dem Wunsch, die Lage der Privatangestellten auf die Tagesordnung dieses Parteitages zu stellen, Rechnung getragen hätte. In unserem gedruckten Bericht haben wir die Erledigung aller dem Parteivorstand zugewiesenen Anträge mitgeteilt. Was speziell diesen Antrag betrifft, so haben wir uns gesagt, daß es

nicht angehe, auf dem Parteitag die Lage der Privatangestellten in einem besonderen Punkt zu besprechen, weil mit demselben Recht eine Reihe anderer Gruppen eine solche Besprechung ihrer Angelegenheiten fordern könnten. Darum haben wir einen solchen Punkt nicht auf die Tagesordnung gestellt, sind aber dafür, daß überall, wo Privatangestellte in Betracht kommen, die Agitation auf sie wie auf alle anderen Menschen, die von ihrer Arbeit leben, ausgedehnt werde.

Genosse Lindner meinte, wir hätten den Antrag mißverstanden, wenn wir nur herauslesen, daß der Reichsbildungsausschuß bloß das Programm festzustellen habe. Er meint, Zweck eines solchen Reichsbildungsausschusses sei die ganze Organisation des Bildungswesens ebenso wie die Festsetzung bestimmter Themen. Ich kann nur wiederholen: wir halten den Zeitpunkt der Einsetzung eines solchen Ausschusses bei dem heutigen Stand der Entwicklung für verfrüht, weil unser ganzes Bildungswesen außerhalb Wiens noch sehr primitiv ist. Ich zweifle aber nicht, daß das, was noch zu tun ist, durch die Zentralbildungsstelle getan wird, ebenso wie durch einen solchen Reichsbildungsausschuß. Wir werden aber zweiffellos auf einem späteren Parteitag über diese Sache noch zu sprechen kommen.

Und nun gestatten Sie mir, daß ich jetzt auf diese beinahe unleidliche Frage der Werbeaktion zu sprechen komme, die dieses Jahr hätte im ganzen Reiche einheitlich durchgeführt werden sollen. Sie hat sich leider zu einer förmlichen Debatte zwischen Wien und der Provinz aufgespielt. Ich habe in meinen Ausführungen absichtlich kein Land genannt, und es hätten sich auch ebensogut wie sich Böhmen gemeldet hat, zwei, drei andere Kronländer melden und die Behauptung aufstellen können, meine Ausführungen seien auf sie gemünzt gewesen. Was ich mit meinen Ausführungen bezwecken wollte, war vor allem, unseren derzeitigen Stillstand in der Organisation zu konstatieren. Da hat auch Genosse Seliger gesagt, wir sind einen Stillstand in unserer Parteibewegung nicht gewohnt, am wenigsten einen Rückgang. (Seliger: Wir sind schon einigemal zurückgegangen.) Ich rede jetzt nicht von den alten Zeiten. Ich denke von Reichenberg an. Das ist die neue Periode unserer parteipolitischen Entwicklung. Wir sind Stillstand nicht gewohnt, und ich muß Ihnen doch notgedrungen im Zusammenhang damit mitteilen, daß im Schoße des Parteivorstandes die Absicht war, bei Erkennung dieses Stillstandes irgendein Vorwärtsmarschieren zu ermöglichen. Das hat durchaus nicht bedeutet — wie man mir offenbar irrtümlicherweise unterschieben wollte — daß wir mißmutig und kopfhängerisch sind. Das sind wir auch nicht. Wir haben nur, wenn wir jedes Jahr einmal zusammenkommen, zu sagen, wie es bei uns steht, und warum es so ist. Ich bin bereit, ohneweiters zuzugestehen, daß zwischen Wien und der Provinz Unterschiede bestehen. Es ist wahr, wenn wir in der Provinz draußen politische Erfolge konstatieren konnten, wir in Wien Rückschlag zu verzeichnen hatten, oder auch umgekehrt. Aber ich rede jetzt nicht von den politischen Ereignissen, ich rede von den wirtschaftlichen Verhältnissen, von denen ich glaube, daß sie in Wien nicht weniger wirksam sind als draußen in der Provinz. Wir haben in Wien heute eine Arbeitslosigkeit, wie wir sie noch bei gar keiner Krise konstatieren konnten. Ich brauche mich da nur auf die Berichte des Gewerkschaftskongresses zu berufen, was da von den Zentralverbänden festgestellt wurde. Doch obgleich die Dinge in Wien so schlimm sind, haben wir doch im Interesse der Sache diese Aktion durchgeführt, die wir doch nicht gut allgemein fallen lassen konnten, weil einige Länder glaubten, sie nicht durchführen zu können.

Nun komme ich auf das Kapitel der Debatte, in dem gewissermaßen der Vorwurf erhoben wurde, als ob der Parteivorstand bei der Aktion eine Eigenmächtigkeit begangen hätte. Da habe ich folgendes festzustellen: Es war in der Sitzung vom 1. April dieses Jahres, es war die Sitzung, Genosse Seliger, in der wir uns sehr eingehend mit den Parteifinanzen beschäftigt hatten. (Seliger: Die Sitzung bestreite ich ja nicht. Ich habe ja selber darauf hingewiesen.) Ich stand damals mit einigen anderen Genossen auf dem

Standpunkt, daß wir nicht auf Zuschüsse aus Parteiunternehmungen unsere Organisation aufbauen dürfen, sondern daß es unsere vornehmste Aufgabe sein muß, unsere Organisation so stark zu machen, daß sie aus ihrer Stärke heraus die Mittel für die Kriegführung selbst schöpfen kann. In dieser Sitzung wurde damals im Beisein der auswärtigen Kontrolle nach einer längeren Diskussion, an der sich auch Seliger, Beer und Resel beteiligt haben, folgender Beschluß gefaßt:

„Der Parteivorstand wird beauftragt, mit den Landesorganisationen in Verbindung zu treten, um eine umfassende Werbeaktion zur Gewinnung von Parteimitgliedern bis spätestens im nächsten Herbst durchzuführen."

(Seliger: Das in Verbindung zu treten habt ihr leider vergessen!) Auch das nicht. Wir haben also gemäß diesem Beschluß anfangs Juli an alle Landesorganisationen ein Zirkular geschickt mit der Aufforderung, nunmehr mit der für den Herbst, und zwar wie ich glaube, für den September berechneten Werbeaktion zu beginnen. Einzelne Landesorganisationen haben gar nicht geantwortet. Einige haben dem zugestimmt, andere haben abgeredet, und zwar mit Rücksicht auf die Umstände, die heute bereits Čermak und Seliger angeführt haben. Ja, was sollten wir tun? Wir haben uns mit der Landesorganisation in Böhmen ins Einvernehmen gesetzt; wir haben geglaubt, daß, wenn die Werbeaktion nicht im ganzen Reiche durchgeführt würde, der Elan der Vertrauensmänner darunter leiden würde. In einer besonderen Auseinandersetzung haben wir versucht, die deutschböhmischen Genossen von ihrem Standpunkt abzubringen. Aber Seliger erklärte, eine Vertrauensmännersitzung der deutschböhmischen Genossen erachte die Werbeaktion in dieser Zeit für nicht opportun. Um was es sich hier handelt, ist festzustellen, daß der Gedanke, eine Werbeaktion zu machen, nicht so plötzlich in die Köpfe der Parteivorstandsmitglieder gekommen ist. Ich gestehe, daß wir noch heute auf dem Standpunkt stehen, daß, wenn in Deutschböhmen die Werbeaktion durchgeführt worden wäre, die deutschböhmischen Genossen selbst keinen Grund gehabt hatten, damit unzufrieden zu sein. Nachdem die Sache aber nun einmal vorüber ist, so hoffen wir, daß wenigstens eine Einigung für das nächste Jahr zustande kommt. Dem Genossen Bretschneider möchte ich erwidern, daß es sich um keine Vorschrift gehandelt hat, die Werbeaktion im September zu machen. Es ist der niederösterreichischen Landesorganisation offen gestanden, die Aktion im Oktober zu unternehmen.

Genosse Nitschmann hat ausgeführt, daß das hinausgeschickte Agitationsmaterial nicht verwendet werden könne, weil sie überhaupt nicht dazukommen, Versammlungen abzuhalten. Die Gegner seien zu frech und die Parteigenossen zu furchtsam. Die Gegner werden in der Regel frech, wenn wir selbst zu wenig arbeiten. (Sehr richtig!) Es ist ganz natürlich: je weniger wir tun, um unsere Parteigenossen aufzurütteln, desto verzagter werden sie. Nitschmann hat dem Parteivorstand ein Versäumnis vorgeworfen. Der Vorstand kümmere sich nicht um die Regelung des Kreditwesens. Allein die Gründung einer solchen Kreditorganisation kann niemals Sache des Parteivorstands als solchem sein. Uebrigens hat sich eine solche Institution bereits gebildet, die die Regelung des Kreditwesens in Angriff nehmen will. Wir hoffen, daß die Kreditorganisation mit allen ihren Bestrebungen und Plänen sich als ein wirksames Instrument für unsere wirtschaftlichen Kämpfe erweisen wird.

Eggenbauer vermißt in diesem Jahre einen detaillierten Bericht über die Presse. Wir haben heuer so wie im vorigen Jahre einen gedruckten Bericht über die Presse jedem einzelnen Genossen in die Hand gegeben. In früheren Jahren haben wir vertrauliche Sitzungen abgehalten. Wir halten dies beim gegenwärtigen Stand der Partei nicht mehr für notwendig.

Bei der Debatte über den Bericht hat Jenschik eine Resolution eingebracht, welche den Ausbau und die Förderung der Jugendorganisation

fordert. Es ist zweifellos, daß wir im Ausbau unserer Jugendorganisation eine unserer wichtigsten Pflichten sehen müssen, weil der junge Arbeiter, der durch diese Organisation gegangen ist, sich dann der Parteiorganisation anschließt oder doch wenigstens für sie gewonnen werden kann. Uebrigens zeigt die Tatsache, daß die bürgerlichen Parteien die Jugend so umwerben, sehr deutlich die Bedeutung der Jugendorganisation.

Es wäre ein schwerer Fehler, wenn wir diesen Parteitag vorübergehen ließen, ohne uns die Bedeutung unseres für die Agitation bestimmten Blattes vor Augen zu halten. Neben das gesprochene Wort tritt in der Agitation immer mehr das gedruckte. Es ist von höchster Bedeutung, daß wir die Verbreitung des „Volk" fördern. Mit dem „Volk" kann man an Kreise herantreten, die uns fast nicht kennen, wir können sie unserer Anschauung näherbringen, ihr Vertrauen zur Sozialdemokratie erwecken und so unsere eigene Organisation vergrößern und stärken.

Abgeordneter **Dr. Ellenbogen:** Ich habe Genossen Cermak zur Beruhigung mitzuteilen, daß der Wahlfonds jetzt den übrigen Fonds nichts mehr schuldig ist. Er dürfte also, falls uns nicht größere Summen durch Nachwahlen entzogen werden, im nächsten Jahre mit einem größeren Saldo abschließen. Genosse Cermak wünscht zu wissen, wie es mit den Schulden der Partei steht. Wir sind zwar nicht frei von Schulden, aber sie sind nicht nennenswert; wir haben nur ein kleines Darlehen abzuzahlen und dann Prozeßkosten, besonders für den Böhmerwalderprozeß. Cermak hat auch gefragt, warum wir nicht einen Ausweis über die Parteiinstitute in den Provinzen veröffentlichen. Das sind wir nicht in der Lage, weil diese Parteiinstitute nicht der Parteivertretung unterstehen, sondern den Landesvertretungen, denen allein sie Rechenschaft schuldig sind. Es müßte erst der Parteitag beschließen, daß diese Verpflichtung auch gegenüber der Reichsparteivertretung besteht, aber ich weiß nicht, ob außer Genossen Cermak noch jemand danach Verlangen empfindet.

Was aber unseren Aktivstand betrifft, wird Genosse Cermak begreifen, daß ich eine ziffermäßige Darstellung nicht geben kann. Wir haben allerdings einen außerordentlich hohen Aktivstand, aber unser Geld ist in einer ganzen Zahl von Parteiinstituten festgelegt, aus dem wir es nicht herausziehen können.

Die wichtigste Frage Cermaks war die, ob der Eingang aus Marken für die laufende Bedeckung genügt und woher, wenn dem nicht so ist, der Parteivorstand diese Ausgaben zu decken gedenkt. Hinter dieser Frage steckt wohl die Besorgnis — ich glaube, das so verstehen zu müssen — daß die Parteivertretung in absehbarer Zeit eine Erhöhung der Parteibeiträge vornehmen will. Ich kann Sie beruhigen, von einer solchen Absicht ist gegenwärtig keine Rede. Daß die Parteibeiträge für die Ausgaben ausreichen, ist wohl nicht der Fall; das ersehen Sie aus dem Bericht. Was aber darüber hinaus nötig ist, wird aus den Einkünften aus den Parteiinstituten gedeckt. Es bestehen darüber Absichten, die aber nur die Parteiinstitute treffen sollen, aber nicht die einzelnen Parteigenossen durch Beiträge. Ich glaube, daß diese Aufklärung hinreichen wird.

Die Abstimmung.

Der Antrag der Kontrolle auf Erteilung des Absolutoriums wird einstimmig angenommen.

Der Antrag 6 (Rohrauer) auf Anerkennung des Blattes „Der Naturfreund" als Parteiorgan wird einstimmig angenommen.

Der Antrag 3 der Kreisorganisation Reichenberg wegen der Ausschickung der Fragebogen wird dem Parteivorstand zugewiesen.

Der Antrag 4 der Bezirksorganisation Römerstadt auf Einführung von Wochenmarken wird dem Parteivorstand zugewiesen.

Der Antrag 7 der Bezirksorganisation Graz auf Einsetzung eines Zentralbildungsausschusses wird dem Parteivorstand zugewiesen.

Der Parteitag beschließt, über die nach der statutenmäßigen Frist eingelaufenen Anträge ebenfalls abzustimmen, und es wird der Antrag 15 (Dr. Czech) auf Anerkennung der neugegründeten mährischen Parteiblätter angenommen; ebenso der Antrag 16 (Jenschik) um Unterstützung der Jugendorganisation.

Der Antrag 14 der Lokalorganisation Märzdorf wegen Erweiterung des Arbeiterkalenders wird dem Parteivorstand zugewiesen.

Es folgt der Punkt:

Bericht der parlamentarischen Fraktion.

Referent Abgeordneter Seitz: Seitdem das Parlament des allgemeinen Wahlrechts besteht, seit dem Jahre 1907, hat der Klub der Abgeordneten nach jedem Parlamentsabschnitt einen ausführlichen gedruckten Bericht an die Partei über die Tätigkeit des Klubs und über die gesamte parlamentarische Tätigkeit erstattet. Diese Berichte erscheinen in den bekannten roten Heften, jedesmal 5000 an der Zahl. Sie gehen an jeden agitatorisch tätigen Lokalvertrauensmann, sie werden auch den Mitgliedern des Parteitages zugestellt, ich kann daher voraussetzen, daß diese Berichte Gemeingut des Parteitages sind, und werde es unterlassen, auf Einzelheiten einzugehen oder zu kennzeichnen, wie sich der Klub zu jeder einzelnen parlamentarischen Frage verhalten hat und welche Erfolge unsere Arbeit erzielte. Ich kann meinen Bericht zusammenfassen in einige allgemeine Erörterungen der Bedingungen unserer Arbeit und der Grundsätze, nach denen wir arbeiteten.

Das abgelaufene Jahr war ein Jahr der Kriegshetze und ein Jahr der Kriegsgefahr. Es bestand nicht selten die große Gefahr, daß auch Oesterreich-Ungarn in die Wirren des Balkankrieges miteinbezogen werde. Da war es denn die erste Aufgabe der parlamentarischen Fraktion und ihre erste Pflicht, unausgesetzt im Sinne des Friedens zu wirken, unausgesetzt den Herrschenden die große Gefahr vor Augen zu halten, die ein Krieg nach sich ziehen könnte, gegen den Leichtsinn jener Politik zu protestieren, die den Staat in die Wirren des Balkankrieges stürzen wollte. Da war es weiter unsere Aufgabe, die Motive der Kriegshetzer an den Pranger zu stellen, gegen die wahnsinnigen Rüstungen aufzutreten und sich derer anzunehmen, die die unglücklichen Opfer jener Kriegshetze waren, die von den Werkstätten und den Pflügen weggerissen waren: der Reservisten und Ersatzreservisten. Die Fraktion hat diesen Kampf unausgesetzt geführt und der Internationale Kongreß in Basel und seine Resolution waren für uns ein Auftrag mehr, in diesem Sinne fortzuwirken. Sie wissen ja, was dann im Parlament geschehen ist.

Nun bin ich weit davon entfernt, in hochtrabenden Phrasen die Erfolge unserer Politik zu preisen. Aber das können wir ohne Ueberhebung sagen, daß wir Sozialdemokraten außerhalb des Parlaments und die Fraktion im Parlament einen großen Teil dazu beigetragen haben, daß wir vor dem Krieg verschont blieben, der Friede erhalten blieb. Es ist kein Geheimnis: In den Kreisen der Herrschenden und vor allem bei jenen, die heute über Krieg und Frieden noch zu entscheiden haben — ich meine nicht den Faktor allein, der nach dem Staatsgrundgesetz über Krieg und Frieden die Entscheidung hat, sondern alle jene, die um ihn herum sind — bestanden zwei Richtungen: die eine, die durchaus den Krieg wollte, die träumte von dem Marsch nach Salonich, von der Wiederaufrichtung einer mächtigen Herrschaft Oesterreichs auf südslawischem Gebiet, eine Partei, die unausgesetzt für Rüstungen und den Krieg wirkte;

die andere Richtung, die besonnen war, die wohl erkannte, welche Gefahr eine solche Politik für den Staat selbst bedeutet, die die Möglichkeit und die eventuellen Erfolge einer solchen Politik abzuschätzen verstand und daher zum Frieden mahnte. Wenn es gelang, daß diese zweite Richtung siegte, dann war das *nicht zuletzt ein Verdienst der Sozialdemokratie* und ihrer Vertretung im Parlament. Durch unsere Argumente und durch die Stimmungsbilder, die die Denkweise und die Empfindung der großen Massen zeigten, haben wir den Kriegshetzern eine Warnungstafel aufgestellt, an der sie nicht vorübergehen konnten. Wir haben ihnen nicht nur gezeigt, daß wir den Frieden wollen und was der Krieg bedeuten würde, wir haben auch ganz deutlich gesagt, *wie die Völker Oesterreichs über den Krieg denken* und welche Gefahren diese Herren über sich selbst heraufbeschwören würden, wenn sie den Staat in einen wahnwitzigen Krieg hineinrennen ließen. Das ist *unser Verdienst*, dessen wir uns in aller Bescheidenheit rühmen können. Was übrig blieb, ist leider noch traurig genug.

Wir haben zwar den Krieg vermieden, wir haben aber leider fast alles Unglück und alles Elend über uns ergehen lassen müssen, die sonst ein verlorener Krieg über das Volk bringt: den Abbruch unserer Handelsbeziehungen mit dem Balkan, Haß, Gehässigkeiten in den Balkanländern und bei den Balkanvölkern, die wahnsinnige Teuerung der Lebensmittel, die Geldkrise, die Arbeitslosigkeit, die Not und das Unglück der Familien der Reservisten. Das alles haben wir auf uns nehmen müssen. Wir stehen vor der Gefahr, daß wir auch *ungeheure neue Steuern und neue Menschenforderungen des Militarismus* zu leisten haben und daß wir vielleicht Jahrzehnte an dem zu tragen haben werden, was die verfehlte Politik unserer Diplomaten heraufbeschworen hat. Und so sehen wir als das Produkt dieser unseligen Politik Groll, Erbitterung, Verdrossenheit in allen Teilen des Volkes. Nicht nur bei den Arbeitern. Wir sehen diese Erbitterung unter den Gewerbetreibenden, unter den Angestellten, unter den Beamten des Staates, unter den Kaufleuten, unter den Industriellen. Wenn unser Parteitag nach einem anderen Referat eine schwere Verurteilung unsere Diplomatie und ihrer Politik zum Ausdruck geben wird, wenn wir flammenden Protest gegen diese unsinnige Politik erheben, so stehen wir nicht allein. Wir haben es ja vor einigen Monaten gelesen, daß auch die Antipoden der Arbeiter, die Unternehmer, auf ihrem Industriellentag in Aussig diese Politik auf das schärfste verurteilen und dem Leiter unserer auswärtigen Politik das schärfste Mißtrauen aussprachen. Oben und unten, hüben und drüben ist man einig in der Verurteilung dieser Politik.

Nun hätte man erwarten müssen, daß gerade in dieser Zeit, die den Völkern so schwere Opfer auferlegt, die Parlamentstätigkeit auf volkswirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet um so intensiver sein werde. Man hätte voraussetzen müssen, daß die Regierung sich förmlich darum bemühen werde, das Parlament unausgesetzt in Arbeit zu halten, um mindestens ausgleichend zu wirken gegenüber dem, was die Leiter unserer auswärtigen Politik gesündigt haben. Aber man hat *niemals so wenige Sitzungen des Parlaments gehalten* wie in dieser Zeit. Eine kluge Regierung hätte alles darangesetzt, um durch Förderung der sozialpolitischen Gesetzgebung versöhnend zu wirken, um das Mißtrauen gegen die Leiter der auswärtigen Politik durch strenge Kontrolle der Verwaltung zu beseitigen. Daher hat die Regierung Stürgkh selbstverständlich das gerade Gegenteil getan. Man hat das Parlament ferngehalten, ja die Regierung hat ganz offen eingestanden, daß man in *solchen Zeiten* im Parlament nicht sagen dürfe, was ist, daß eine ehrliche Debatte im Parlament die leitenden Führer der äußeren Politik desavouieren würde. *Die Parlamente der kleinen Balkanstaaten wurden versammelt*, um ihre Meinung zu sagen, das Parlament des allge-

meinen Wahlrechts in Oesterreich wurde nach Hause geschickt, weil man fürchtete, daß die Vertreter der Völker die Wahrheit sagen würden.

So kann ich und muß ich wohl sagen — ich soll ja nicht schönfärben — daß unsere parlamentarischen Erfolge sehr gering sind. Wir Abgeordneten können Ihnen nicht verhehlen, daß die positiven Erfolge, die wir erzielt haben, klein sind, ja daß wir nicht einmal imstande waren, alle Anschläge auf die Interessen der Arbeiter abzuwehren. Es ist uns in diesen sechs Jahren des Parlaments des allgemeinen Wahlrechts zwar gelungen, jene Anschläge gegen die Arbeiter, die von den gefährlichsten Unternehmern ausgehen und sich gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter richten, abzuwehren, es ist uns aber nicht gelungen, die Angriffe der Militärverwaltung unwirksam zu machen. So stehen die Erfolge, die wir erzielt haben, in einem großen Mißverhältnis zu den Forderungen, die wir an das Parlament gestellt haben, und zu den Anträgen, die die Fraktion eingebracht hat.

Um zunächst mit der Frage zu beginnen, die im Vordergrund steht, mit dem Militarismus, so ist es uns nicht gelungen, die Gesetze über die Kriegsleistungen zu verhindern. Die Erfolge der Balkanvölker und die Umwälzungen auf dem Balkan haben die Leiter unserer Politik in Furcht und Schrecken gejagt. Dies und die sogenannten Bündnispflichten, die uns Deutschland auferlegte, haben die Regierung veranlaßt, schwere Anforderungen an die Volkskraft zu stellen. Kaum war die Wehrreform bewilligt, kam schon das Kriegsleistungsgesetz, das noch schwerere Opfer in Aussicht stellte, wenn sie auch nur für den Fall des Krieges vorgesehen sind. Wohl finden wir diese großen Anforderungen des Militarismus in allen Staaten. Rüstungen sehen wir nicht nur in Oesterreich, sondern auch in Deutschland und England, in Frankreich und Rußland, wir sehen sie in der ganzen Welt. Aber in Oesterreich befinden wir uns in einer ganz anderen Lage als die anderen Staaten. Die anderen Staaten können die Rüstungen schwer, aber doch ertragen, weil ihre Volkswirtschaft es ermöglicht, weil sie eine vernünftige Industrie- und Handelspolitik treiben, die ja die eigentliche Steuerquelle für den Militarismus ist. Ein Industriestaat ist in der Lage, die Lasten, wenn auch unter schweren Opfern, so doch auf sich zu nehmen. Was aber ist in Oesterreich an Industrie? Wir haben ein kleines Gebiet in Niederösterreich und in den Sudetenländern, und diese kleinen Gebiete sollen die Lasten tragen für ein großes Reich, das weite agrarische Gebiete umfaßt, Ungarn, Galizien, die Alpenländer. Daß ein agrarischer Staat militärische Lasten nicht ertragen kann, daß sie nur getragen werden können von Industrie und Handel, weiß jedes politische Kind. Bei uns besteht also die größte Schwierigkeit darin, daß dieses kleine Industriegebiet nicht nur die Lasten für sich aufzubringen hat wie jedes andere, sondern daß es auch die Lasten eines großen Agrarstaates mitschleppen muß.

Es ist uns nicht gelungen, die bürgerlichen Parteien zu der Erkenntnis zu bringen, daß sich ein armer Staat gerade in diesen Fragen bescheiden muß und daß er nicht eine Politik treiben kann, als wäre er ein entwickelter Industrie- und Handelsstaat, der seine Waren in ferne Länder führt und dort verdient, was die Kosten des Militarismus erfordern.

Wir haben auf dem Gebiet des Militarismus allerdings anderseits auch einige kleine Erfolge erzielt. Wir können uns rühmen, daß es gerade die sozialdemokratische Opposition und Kritik war, die den ärgsten Ausschreitungen der Soldatenmißhandlungen Einhalt bot. Sie erinnern sich an den Kampf, den wir geführt haben hauptsächlich durch den früh verstorbenen Genossen Schuhmeier. Sie kennen seinen Kampf gegen den damaligen Landesverteidigungsminister Latscher, der demissionieren mußte angesichts seiner Enthüllungen. Wir haben, das kann man sagen, bei den militärischen Vorgesetzten einige Achtung erzwungen für den Staatsbürger, der die Blutsteuer entrichtet. Unsere

Anträge auf den Unterhaltsbeitrag für Familien von Reservisten sind auf fruchtbaren Boden gefallen, wir haben hier etwas durchgesetzt. Es ist wahr, was man jetzt den Reservistenfamilien geboten hat für die Monate, da der Vater der Familie fern beim Militär war, ist ein Nichts im Vergleich zu den großen Verlusten, die jede Familie erlitten hat. Wir müssen uns aber vor Augen halten, was es bedeutet hätte, wenn die Familien nicht einmal den bescheidenen Unterhaltsbeitrag gehabt hätten, den das Gesetz sichert. Es ist den langjährigen Bemühungen nicht nur der Sozialdemokraten, sondern auch anderer Parteien auf Aenderung der mittelalterlichen Militärstrafprozeßordnung gelungen, zugleich mit dem Wehrgesetz ein etwas moderneres Strafverfahren zu erzielen. Das sind kleine Erfolge; sie müssen aber erwähnt werden, um ein richtiges Bild der parlamentarischen Arbeit zu geben.

Auf dem für uns wichtigsten Gebiet, der Sozialpolitik, können wir sagen, daß wir einiges erzielt haben: das Gesetz über die Lohnzahlungen im Bergbau, das Gesetz über die Ausdehnung der Unfallversicherung im Baugewerbe, das Kranken- und das Unfallversicherungsgesetz für die Seeleute. Beschlossen wurde auch das Gesetz über die Nachtarbeit der Frauen, das Gesetz über die Arbeitszeit im Handelsgewerbe, über die Rechtsverhältnisse der Angestellten, das Gesetz über das Verbot der Verwendung weißen Phosphors, dann eine Verordnung zum Schutz vor Bleivergiftungen, die Aenderung des § 74 des Gewerbegesetzes über den Schutz des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter und das Seuchengesetz.

Diese Erfolge stehen in keinem Verhältnis zu dem, was wir brauchen. Nur mit schwerer Mühe haben wir erreicht, daß die Regierung das Unfallversicherungsgesetz für die Bergarbeiter eingebracht hat.

Nicht durchgesetzt haben wir die wichtigsten Maßregeln, die wir forderten, so den bescheidenen Antrag auf gesetzliche Festlegung des Zehnstundentages, nicht das Gesetz zum Schutz der Jugendlichen, tief begraben in den Akten des Sozialpolitischen Ausschusses ist das Gesetz über die Kinderarbeit. Das bescheidene Bäckerschutzgesetz fertigzubringen, das so wenig bietet, daß die gewerkschaftlich organisierten Bäckergehilfen in den Großstädten heute schon mehr erreicht haben, als dieses Gesetz brächte, ist noch immer nicht gelungen; hier finden wir den stärksten Widerstand der Zünftler. Dagegen haben wir eine kleine Vermehrung der Gewerbeinspektoren durchgesetzt, ferner die Zuziehung von Arbeitern zur Inspektion im Baugewerbe. Aber noch lange nicht erreicht sind die Sicherung der Rechte der Gewerbeinspektoren, die gesetzliche Feststellung einer Exekutivgewalt für sie und schon gar nicht die Vermehrung der Stellen. Für die kontinuierlichen Betriebe ist eine kleine bescheidene Verordnung erreicht, die Pausen und die Sonntagsruhe sichert; wir stehen aber sehr fern der Erfüllung unserer vollen Forderung des Achtstundentages im kontinuierlichen Betrieb. Freilich, es ist dies nicht ein Fehler der österreichischen Unternehmer und der österreichischen Regierung allein. Man wendet die ausländische Konkurrenz ein, und Tatsache ist, daß kein anderer Staat ein Achtstundengesetz hat. Aber es darf auch nicht verschwiegen werden, daß gerade die Haltung der österreichischen Regierung eines der schwersten Hemmnisse des Fortschrittes im internationalen Arbeiterschutz bildet. Wie Genosse Hanusch im Parlament enthüllt hat, waren es die Vertreter der österreichischen Regierung, die vor der Berner internationalen Konferenz alle Minen springen ließen, um auch Vertreter anderer Staaten zu veranlassen, gegen weitergehende Arbeiterschutzbestimmungen aufzutreten und sich weitergehenden Forderungen zu widersetzen.

Wir haben gegen uns nicht nur den Widerstand der Unternehmer — der besteht ja überall — nicht nur die überall beliebte Ausrede auf die

Konkurrenz der anderen Staaten, sondern wir führen den schwersten Kampf gegen jene gewissenlosen Regierungsorgane, die sich nur an die Seite der Unternehmer stellen, die sich nicht fühlen als die Wahrer des öffentlichen Interesses und damit des Interesses der Arbeiterklasse. sondern ausschließlich als die Bedienten des Unternehmertums.

Sie werden begreifen, daß unsere Stellung gegenüber solchen Regierungsorganen nicht sehr leicht ist. Wir haben mehrere Gesetze über die Wohnungsfürsorge durchgesetzt, so das Gesetz für die Steuerfreiheit von Neubauten, das Gesetz über das Erbbaurecht, die Wohnungsfürsorgegesetze, das Gesetz über die Steuerfreiheit des erhöhten Umlagenprozents. Wir haben uns bemüht, einigermaßen dem Wohnungselend beizukommen; aber gerade da hat sich gezeigt, daß alle derartigen Maßnahmen im kapitalistischen Staat nur sehr beschränkt Bedeutung haben. Was diese Gesetze an Verbilligung der Mietpreise sichern, wird wettgemacht durch die Unmöglichkeit, Bankapital zu bekommen, und durch die Steigerung des Zinsfußes, der wieder eine Erhöhung der Mieten bewirkt. Wir haben uns bemüht, die Lage der Staatsarbeiter, der Staatsangestellten und Eisenbahner einigermaßen zu verbessern. Vieles von dem, was wir forderten, steht in Durchführung, ein Teil ist erreicht. Aber all das ist nur eine bescheidene Abschlagszahlung auf unsere berechtigten Forderungen.

Nun zur politischen Gesetzgebung.

Ist es schon schwer, auf sozialpolitischem Gebiet Erfolge zu erzielen, so steht die politische Gesetzgebung ganz zurück. Das erklärt sich sehr einfach so: Das Bürgertum hat sich im Jahre 1907, als das allgemeine gleiche Wahlrecht geschaffen wurde, in seinem Streben nach politischer Freiheit völlig erschöpft. Heute sieht das Bürgertum deutlich, wohin die politische Bildung der Arbeiterschaft führt. Heute erkennt das Bürgertum in jedem Arbeiterblatt den Feind, in jeder Versammlung der Arbeiter eine Gefahr für seine Existenz, in jedem Verein der Arbeiter und Arbeiterinnen ein neues Bollwerk im Kampf gegen die herrschende Klasse und ihre Vorrechte. Nichts ist natürlicher, als daß sich die bürgerlichen Parteien und die Unternehmer, deren Lakaien die bürgerlichen Parlamentarier sind, gegen jeden Fortschritt auf dem Gebiet des Vereins-, Preß- und Versammlungsgesetzes zur Wehr setzen. Mit vieler Mühe ist es gelungen, ein neues Vereinsgesetz durchzubringen, das den Frauen das gleiche Recht wie den Männern sichert, das der Schande ein Ende macht, daß die Frauen zwar verpflichtet werden, für den Staat Kinder zu erziehen, die Rekruten zu stellen, den Staat erhalten zu helfen durch Arbeit und harte Fron, aber ausgeschlossen sind von politischen Rechten, vom öffentlichen Leben, daß sie als „Frauenspersonen“, wie dieses Gesetz sagt, vom öffentlichen Leben ausgeschaltet sind. Das Herrenhaus hat aber in diesem Vereinsgesetz ein Haar gefunden und es wieder zurückgeschickt. Es wird sehr vieler eingehender Beratungen bedürfen, bis wir zu einem einheitlichen Entschluß in dieser Frage kommen werden. Sie wissen, daß in der Frage des Vereinsgesetzes nicht nur unsere politische Organisation ein Wort zu sprechen hat, mehr noch die gewerkschaftliche Organisation und sehr viel auch die Frauenorganisation. Es wird Aufgabe der Fraktion sein, den richtigen Weg zu finden zur Schaffung eines Vereinsgesetzes, das den Wünschen aller drei Organisationsformen Rechnung trägt.

Immer wieder erheben die Feinde der Arbeiter im Parlament ihr Haupt. Anträge zur Beseitigung des Koalitionsgesetzes liegen vor von den Christlichsozialen Wohlmeier und Genossen und von dem Deutschnationalen Kroy und Genossen, der hier der Erbe des würdigen Weidenhoffer ist. Es ist Aufgabe der Fraktion, allen diesen Anschlägen

gegenüber wie eine Mauer zu stehen, unerschütterlich und fest, auf daß unsere Feinde erkennen, daß sie über dieses Hindernis nicht hinwegkommen werden.

Schwere Arbeit erfordern seit 1907 die Verhandlungen über die Sozialversicherung. Es ist uns seinerzeit gelungen, das Ministerium Beck zur Vorlage des Gesetzes zu zwingen, aber die Beratung zeigt den echt österreichischen Jammer.

Die Beratungen im Ausschuß sind eigentlich zu Ende. Obwohl es schon jedermann als selbstverständlich betrachtet, daß der Versicherte seine Beiträge zu leisten hat und daß zu jeder Rente ein Staatszuschuß gewährt wird, damit Krüppel und Greise zu einer ausreichenden Rente kommen, stößt das Gesetz in Oesterreich plötzlich auf die schwersten Hindernisse. Es hat sich herausgestellt, daß in weiten Gebieten des Staates der Bevölkerung nicht zugemutet werden kann, einen Beitrag von monatlich einer Krone zu zahlen. Die Ruthenen haben erklärt, sie müssen gegen die Sozialversicherung sein, weil ihre Kleinhäusler nicht imstande sind, für sich und ihre Arbeiter auch nur den geringsten Beitrag zu entrichten. Wer da weiß, daß man dort um Grundsteuern von je drei Kronen Tausende Exekutionen vornehmen muß, und wer die Lebenslage dieses Volkes kennt, wird zugeben: es ist leider tatsächlich unmöglich, diesen Schichten die Zahlung von Prämien zuzumuten. Aber die Ruthenen sagen weiter: Mit dieser Anerkennung können wir uns nicht begnügen; daß wir ausgeschlossen werden, ist nicht genug, denn wenn die anderen einen Staatszuschuß von 90 oder 60 Kr. bekommen, dann gebührt dieser Staatszuschuß auch uns! Nun ist die schwierige Entscheidung zu treffen, wie man jemand einen Rentenzuschuß gibt, der keine Rente bekommt. Ueber diese Frage allein wird bisher ein Jahr verhandelt. Sie ist gewiß sehr schwierig, aber diese Feststellung kann uns nicht entheben zu sagen, daß die Regierung diese Schwierigkeit ausnützt, um die Gesetzwerdung zu vereiteln. Die Regierung will das Sozialversicherungsgesetz nicht und sie hat an die Spitze des Ressorts für diese Gesetzgebung einen Mann gestellt, der sich nicht scheut, sich als ein Feind der Krankenkassen und ihrer Verbände zu erweisen. Sie nützt eine Schwierigkeit aus, um die Gesetzwerdung zu hintertreiben und zu vereiteln.

So zeigt uns auch dieses Gesetz, wie schwer der Kampf ist, den wir zu führen haben; es zeigt aber auch das ganze Elend dieses österreichischen Staates, es zeigt die Leichtfertigkeit der Regierung und ihrer Organe, die ein Gesetz verhindern, das in Deutschland seit Jahrzehnten besteht und in Kulturstaaten heute eine Selbstverständlichkeit ist. Die Regierung möge sich aber hüten, dieses Spiel zu lange zu treiben; sie möge sich vor Augen halten, was es heißt, wenn man den Arbeitern so klar zeigt, daß das Elend dieses Staates, der Zwang des Zusammenlebens mit Völkern der verschiedensten Kultur, das Zusammenleben von Völkern, die einander nicht verstehen und nicht verstehen können, den Arbeitern die Erfüllung ihrer wichtigsten und berechtigtesten Forderungen vereitelt. Sie soll bedenken, wie es erbittern muß, wenn man dem Arbeiter sein bißchen Existenz im Alter vorenthält, wenn man ihn auf die Straße weist und ins Elend stößt; sie möge bedenken, was es heißt, wenn man dem Arbeiter zeigt, daß dieser Staat zu einer Unmöglichkeit geworden ist, weil er dank seiner nationalen Schwierigkeiten nicht das einfachste für das Alter und das Elend des arbeitenden Menschen zu sichern imstande ist. (Lebhafter Beifall.)

Es ist ein frivoles Spiel der Regierung, daß sie die Gesetzwerdung hinausschiebt mit der Begründung einer solchen nationalen Schwierigkeit. Sie zeigt damit die Unmöglichkeit dieses Staates.

Sie fordert jeden, sie hetzt jeden förmlich auf, zu sagen: „Nur los, je eher, desto lieber aus dem Käfig, in dem die disparatesten Elemente zusammengepfercht werden.“ Sie möge sich hüten, zu lange ihr Spiel zu treiben und möge den Sektionschef

Wolf veranlassen, seines Amtes zu walten und die Schwierigkeiten zu beseitigen oder den Weg zu gehen, der jedem vorgezeichnet ist, der sein Ziel nicht erreichen kann und sich als ungeeignet erwiesen hat.

Dieses Bild unserer parlamentarischen Tätigkeit, das ein Bild der parlamentarischen Schwierigkeiten ist, unter denen die Abgeordneten wirken müssen, zeigt Ihnen, wie begreiflich es ist, wenn sich allmählich Verdrossenheit und Unmut in den Reihen der Genossen geltend macht. Gewiß, wir wissen, daß die Schwierigkeiten für den sozialpolitischen Fortschritt in jedem Staate immer größer werden, wir wissen, daß es überall schwerer wird, gewerkschaftliche Erfolge zu erzielen, daß sich nicht nur in Oesterreich, sondern auch in Deutschland und in England, kurz in der ganzen Welt die Unternehmer ebensogut und noch besser organisieren, daß bei jedem Ablauf der Tarifverträge sich immer größere Hindernisse entgegenstellen, wir wissen, daß auch in anderen Parlamenten die Sozialpolitik auf immer größere Hindernisse stößt, wir wissen, daß die Zeiten vorüber sind, wo man gesagt hat, man müsse sozialpolitische Gesetze machen, um der Sozialdemokratie den Boden abzugraben, wir wissen, daß die Unternehmer alle Parlamente beherrschen, daß daher der Fortschritt, je mehr die Arbeiterschaft sich organisiert, immer schwerer wird, das ist eine selbstverständliche Folge der kapitalistischen Entwicklung. Es wäre also töricht, anzunehmen, daß mit dem Stärkerwerden der Arbeiterklasse sich das Tempo beschleunigt; aber anderseits wissen wir auch, daß weit hinaus über diese allgemeinen Gesetze der sozialen Entwicklung wir in Oesterreich leiden unter der Einsichtslosigkeit unseres Bürgertums und unserer Regierungen und noch mehr — das kann nicht laut genug gesagt werden — infolge der Indolenz weiter Schichten des Proletariats.

Wenn uns ein Ueberblick über die parlamentarische Tätigkeit erkennen läßt, wie viel wir noch zu erreichen haben und wie wenig wir erreicht haben, und wenn dieser Ueberblick zur Feststellung führt, wie schlecht die anderen sind, so müssen wir Manns genug sein, uns auch offen zu sagen, wie schwach wir selbst noch sind und wie wenig es gelungen ist, die großen Massen des Proletariats zu ihrem eigenen Befreiungskampf aufzurufen und zu organisieren. Diese verhältnismäßige Schwäche der Partei ist natürlich mit auch eine Ursache ihrer geringen Erfolge.

Ich habe damit einen Ueberblick gegeben über die Art und Weise, wie wir zu arbeiten haben und über das, was wir erreicht haben. Freilich, es gibt immer im politischen Leben Augenblicke, wo man sagt: „Es geht nicht vorwärts, es stagniert alles!" Aber wir sind jetzt in einem solchen Augenblick der Stagnation noch schlechter daran durch die wirtschaftliche Krise, durch die schlechte Konjunktur. Würde der Mangel parlamentarischer Erfolge festgestellt werden müssen in einer Zeit günstiger Konjunktur, wo die Arbeiter entsprechende Löhne erzielen, ja vielleicht sogar durch die Gewerkschaften ihre Löhne verbessern könnten, so würde man natürlich leicht darüber hinwegkommen. Was die Arbeiter besonders empört, ist der Stillstand im Parlament gerade zu der Zeit, wo eine schwere wirtschaftliche Krise den Staat und seine Wirtschaft erschüttert, zu einer Zeit der Arbeitslosigkeit, der Feierschichten, der niedrigen Löhne. Das verursacht natürlich jene Stimmung des Unwillens und des Unbehagens, von der so häufig hier gesprochen wird. Ich glaube allerdings, daß manche Genossen ein wenig übertreiben (Sehr richtig!), ich glaube auch, man sollte nicht immer nur von unserem Unglück reden, man sollte sich nicht selbst die Schwingen lähmen, von Unzufriedenheit und Verdrossenheit in den Organisationen reden, man sollte nicht immer griesgrämig sagen, es geht ja doch nicht weiter. Das ist eine österreichische Eigenheit, die wir endlich einmal ablegen müssen, die wir nicht scharf genug bekämpfen können. Da möchte ich unsere Genossen einladen, sich ein Muster zu nehmen an unseren reichsdeutschen Parteigenossen. Auch unsere deutschen

Genossen haben Mißerfolge erlitten, auch sie leiden unter dem Stillstand der Sozialpolitik und schwere Lasten sind es, die ihnen die Steuergesetze des Reiches auferlegen. Auch sie haben schwere Zeiten der Krise; aber haben Sie je gelesen, daß man dort gesagt hätte: „Mein Gott, es geht uns schlecht, wer ist in der Partei der Schuldige?" Haben Sie gehört, daß man dort immer gejammert und lamentiert hätte? (Zustimmung.) Nein, Genossen! Wir haben immer gesehen, wenn unsere Brüder draußen aus dem Parlament gingen und schlecht abgeschnitten hatten, dann flammte der Sturm auf in der ganzen Arbeiterschaft gegen die Schuldigen des Klassenparlaments, dann brach die Entrüstung in der deutschen Arbeiterschaft aus. Man hält uns nieder, man tritt uns und knechtet uns — da müssen wir uns zusammenschließen, müssen unsere Organisation ausbauen und müssen immer mächtiger werden, um diese unerträgliche Herrschaft zu vernichten. (Stürmischer Beifall.) Das ist proletarische Politik, das ist proletarische Kraft, das steht allerdings ganz im Gegensatz zu unseren jämmerlichen Stimmungen Oesterreichs, das Raunzen bringt uns nicht weiter. (Erneuter Beifall.) Was uns obliegt in einer Zeit der wirtschaftlichen, der politischen, der parlamentarischen Krise, ist nicht Raunzen und Wehklagen, nicht ein Suchen nach Verantwortlichkeiten oder nach der Schuld einzelner Personen. Wir müssen uns entschlossen zur Abwehr aufraffen, wir müssen sorgen für ein Durchdringen der Organisationen und ihrer Mitglieder mit klarer Erkenntnis, mit neuer Begeisterung, wir müssen den Unmut und die Entrüstung der Arbeiterklasse umsetzen in nützliche Energien für die Agitation und Organisation. (Brausender Beifall.)

Ich bin auch nicht der Ansicht, daß es uns gar so schlecht geht. Ich komme ja viel herum. Ich bin in viele Lokalorganisationen und Versammlungen, in Fabrikbesprechungen, in die Vertretungen der Landes- und Reichsorganisation, in viele Verbände und Gewerkschaften gekommen, und ich kann wohl sagen, wenn einige Genossen so reden, als wäre überall in allen diesen Organisationen nur Mißstimmung und Trübseligkeit, so ist das nicht richtig. Es gibt schon noch sehr viele, die sich ihren gesunden Optimismus bewahrt haben und die sich entschlossen haben, in schweren Zeiten, trotz der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse, ja gerade deshalb den Kampf mit doppelter Tatkraft aufzunehmen. (Vielseitige Zustimmung.)

Nun zu den Stimmen der Parteipresse! Da ist zunächst im „Kampf" der Ruf erklungen: „Weg mit dem § 14; der § 14 ist der Absolutismus! Wenn wir den § 14 beseitigt hätten, dann wären wir ein konstitutioneller Staat, dann wäre es möglich, im Parlament normal entscheiden und abstimmen zu lassen, und da doch die Mehrzahl der Menschen klug und gut ist, so würden nur durchwegs gute Gesetze gemacht werden." Ich will nicht bestreiten, daß der § 14 ein Mangel in unserer Verfassung ist, ja daß er geradezu ein Schandfleck der Verfassung genannt werden kann. Demgemäß haben wir uns bemüht, solange es Vertreter der Arbeiter im Parlament gibt, ihn zu beseitigen. Wir haben wiederholt Anträge auf Abschaffung des § 14 gestellt und ich selbst bin im Verfassungsausschuß Referent über diese Anträge. Aber gar so bedeutend, wie viele Genossen glauben, ist die Frage meines Erachtens denn doch nicht. Stellen Sie sich vor, man hätte wirklich den § 14 abgeschafft und er würde nicht bestehen. Na, was würde denn dann, wenn man doch eigenmächtig entscheiden wollte, geschehen? Wir haben es ja in Böhmen erlebt. Die böhmische Verfassung kennt keinen § 14. Aber unsere famosen Juristen des Verwaltungsgerichtshofes haben sehr bald herausgefunden, daß der § 14 in der Reichsverfassung eigentlich keine Ermächtigung für die Regierung sei, im gegebenen Fall das zu tun, was ihr beliebt, sondern daß ein Notrecht der Krone immer bestanden hat und immer besteht und daß dieses Notrecht durch den § 14 nur ein wenig eingeengt wurde. Wenn also eine Landesverfassung den

§ 14 überhaupt nicht kennt, dann bestehe eben das Notrecht im ganzen Umfang. Sie sehen, daß man für die absurdesten Meinungen, ja für alles, was man will, Juristen findet und es könnte uns eigentlich geschehen, daß sie, wenn wir einen § 14 nicht in der Verfassung hätten, uns vielleicht sagten: „Um so mehr gibt es ein Notrecht!" Ich sage nicht, daß eine solche Politik, die die Herren vom Verwaltungsgerichtshof hier treiben, sehr klug ist, oder daß es von der Regierung sehr klug ist, sich auf derartige Gelehrsamkeit zu stützen. Denn, Genossen, wenn es ein Notrecht gibt für die Herrschenden im Staate, dann gibt es selbstverständlich auch ein Notrecht für die Beherrschten. Und wenn die einen das Recht haben, zu sagen: „Was schert uns Gesetz und Recht!", dann müssen auch die anderen das Recht haben, im entscheidenden Moment, wenn sie wollen, zu sagen: „Was schert uns Gesetz und Recht, wir holen uns das Recht herunter!" (Stürmischer Beifall.) In dieser Hinsicht sind wir eigentlich Gesinnungsgenossen des Marquis Bacquehem und seiner Mannen. Er hat sein Notrecht und wir haben unser Notrecht. (Erneuter brausender Beifall.)

Der § 14 wird gewöhnlich hingestellt als die Ursache dessen, daß schlechte Gesetze gemacht werden. Das ist aber eine Denunziation des § 14, der man bei aller Gegnerschaft gegen ihn nicht zustimmen kann. Sie können nämlich aus den Parlamentsannalen feststellen, daß noch niemals eine Verfügung durch eine § 14-Verordnung erlassen wurde, die die Mehrheit des Parlaments abgelehnt hatte. Sie können weiter feststellen, daß die Mehrheit des Parlaments alle § 14-Verordnungen entweder durch stille Zustimmung — indem sie sie in einem Ausschuß begraben ließ — oder durch offene Zustimmung sanktioniert hat. (Sehr richtig!) Wenn zum Beispiel einzelne Genossen sagen, ja die Wehrreform wäre nie Gesetz geworden, wenn es nicht einen § 14 gäbe, so ist das ein schwerer Irrtum. Wir haben gesehen, daß sich für die Wehrreform nicht nur eine gewöhnliche Parlamentsmehrheit, sondern eine Zweidrittelmehrheit gefunden hat. Daß diese Mehrheit nicht etwa zustande kam, wie einer der Genossen gemeint hat, durch die Drohung mit dem § 14, daß weiß jedermann. Die Drohung mit dem § 14 bewirkt für das Parlament gar nichts. Der § 14 als Ersatz für das Parlament kommt nur insofern in Betracht, als sich wirklich eine Parlamentsmehrheit für das entscheidet, was mit dem § 14 verhängt wird, aber durch Obstruktion verhindert ist, das Gesetz zu beschließen. Die Beseitigung des § 14 wäre wünschenswert und notwendig. Das muß jeder sagen, der Sinn für Verfassungsmäßigkeit hat. Es muß jeder wünschen, daß die Theorie von dem Notrecht des Staates aus den Lehr- und Gesetzbüchern mit aller Deutlichkeit entfernt werde. Dieser Ansicht sind wir selbstverständlich. Aber es ist übertrieben, wenn jemand annimmt, daß durch die Beseitigung des § 14 die realen Machtverhältnisse im Staate geändert würden oder daß andere parlamentarische Mehrheiten geschaffen und uns andere Erfolge erblühen würden. Die Entscheidungen im Parlament und in der Gesetzgebung sind von ganz anderen Bedingungen abhängig. Sie sind der Ausdruck der jeweils herrschenden ökonomischen Verhältnisse und der dadurch bedingten Machtverhältnisse der Klassen und ihrer Schichtungen.

Eine andere Idee, die wir so häufig in dieser Diskussion auch gehört haben, war die, man müsse nun endlich einmal obstruieren.

Ich weiß nicht, ob den Genossen vielleicht der ästhetische Eindruck der ruthenischen Obstruktion so gefallen hat, daß sie meinen, man müsse dies nachmachen. Ich will annehmen, daß die Genossen glauben, es wären durch die Obstruktion größere positive Erfolge zu erzielen. Diese Auffassung liegt ja dem Antrag zugrunde, den die Bezirksorganisation Graz gestellt hat. Ein anderer Antrag dieser Art liegt vor von der Bezirksorganisation Meidling. Er ist hier im Antragsheft, allerdings in einem sehr harmlosen Gewand. Wie der Antrag hier steht, könnte ich namens der Frak-

tion nur sagen, das werden wir machen; ich glaube nicht, daß es jemand in der Partei gibt, der nicht überzeugt ist, daß wir die neuen Militärvorlagen mit den schärfsten Mitteln bekämpfen werden. Der Antrag bekommt aber ein anderes Gesicht, wenn man ihn in der „Arbeiter-Zeitung" liest, wo er zuerst veröffentlicht wurde. In einem Bericht über die Bezirkskonferenz in Meidling ist eine Rede des Genossen Deutsch enthalten, die zu diesem Antrag sozusagen den Motivenbericht abgibt und deren maßgebende Stelle ich hier zum näheren Verständnis vorlesen muß. Es heißt: „Es müsse einmal vernehmlich gesagt werden, daß, solange die wichtigen Arbeiterschutzforderungen vom Parlament nicht erledigt werden, auch die Militärvorlagen von der gesetzgebenden Körperschaft nicht verabschiedet werden dürfen. Wenn die Regierung kein Geld für die Sozialversicherung aufbringt, dann darf sie auch keines für den Militarismus bekommen, und gelte es auch, mit einer Obstruktion ihr dies einzubleuen." Danach stellt sich der Antrag dar als eine Aufforderung an die Fraktion, insolange alle Finanzvorlagen zu obstruieren, als nicht die Sozialversicherung und unsere übrigen sozialpolitischen Anträge gesichert sind. Dann ist noch ein Antrag von Joachimstal. Auch von diesem Antrag kann ich nur sagen, er ist ganz vernünftig und es ist gar nicht notwendig, ihn anzunehmen, weil die Fraktion selbstverständlich versuchen wird, neue indirekte Steuern mit allen Mitteln zu verhindern. Aber insofern dabei das Mittel der Obstruktion gemeint ist, bedeutet der Antrag dasselbe wie die anderen.

Wir haben ja Obstruktion in Oesterreich wahrlich nicht wenig. Wenn man unsere Budgetverhandlungen auf Jahre zurück verfolgt, so wird man finden, daß es ein seltenes Ereignis war, wenn das österreichische Parlament das macht, was jedes Parlament als seine erste Pflicht erkennt, nämlich jährlich den Staatsvoranschlag zu beraten und dabei zu beschließen, welche Ausgaben und Einnahmen die Regierung machen darf. Die Budgetverhandlungen werden bei uns in der Regel obstruiert, dann kommt im letzten Moment das Budgetprovisorium. Das ist ein Gesetz mit einem Paragraphen, der die Regierung ermächtigt, die Einnahmen und Ausgaben, die sie für notwendig hält, zu machen. Dieses Budgetprovisorium wird dann entweder in den letzten Stunden des Halbjahres angenommen oder es wird ebenfalls wie das eigentliche Budget obstruiert, worauf dann das Parlament seine Session schließt und die Regierung sich mit dem § 14 diese Ermächtigung selbst gibt. Obstruktion wird bei uns zur Genüge betrieben, und wenn einige Genossen nur die Sorge haben, zu verhindern, daß das Budget etwa beraten, daß die einzelnen Ausgabs- und Einnahmsposten genau kontrolliert und kritisiert, die ganze Klassenpolitik der Regierung und der Mehrheitspartei aufgedeckt werden könnte, dann kann ich sie beruhigen, das werden die Ruthenen und Slowenen leider zur Genüge besorgen. Jetzt versetzen Sie sich aber einmal in die Lage eines Finanzministers und fragen Sie sich, was Ihnen, von seinem Standpunkt aus gesehen, lieber wäre: Daß das Budget beraten oder daß es obstruiert wird? Ein Finanzminister, dessen Budget beraten wird, muß monatelang im Budgetausschuß sitzen, muß Auskünfte geben, muß sich kritisieren lassen, muß sich Streichungen gefallen lassen, kurz und gut, er muß seine ganze Wirtschaft aufdecken lassen und Besserung mindestens versprechen. Ein Finanzminister, der in den Budgetausschuß kommt, wo er den Herrn Budzynowski mit langgestreckten Beinen quer über auf dem grünen Tisch liegen sieht, wo er mit Trommeln und Pfeifen empfangen wird und wo mit langen slowenischen und ruthenischen Reden einfach jede Beratung unmöglich gemacht wird, der hat nichts weiter zu tun, als daß er diese Reden überdauert, sitzt, spazierengeht und Zigaretten raucht, und wenn die Zeit um ist, dann hat er sein Budget in Form des Provisoriums oder der § 14-Verordnung. Unser Genosse Diamand hat einmal im Parlament ganz

richtig gesagt, es gibt Finanzminister, die sich die Obstruktion absichtlich züchten, um zu verhindern, daß ihre Gesetzvorlagen ernstlich geprüft werden. So viel ist richtig, daß, wenn ein Finanzminister die Beratung des Budgets hindern wollte, er gar nichts anderes tun müßte, als zu den ruthenischen und slowenischen Freunden zu gehen und ihnen zu sagen: „Obstruiert!" Von diesem Gesichtspunkt aus gesehen waren wir immer Gegner der Obstruktion, wir waren selbst die Träger einer Geschäftsordnungsreform, die die Obstruktion bis zu einem gewissen Grad ausgeschaltet hat, ja, die Vorschläge betreffend die Schaffung einer neuen Geschäftsordnung sind unter unserer Mitwirkung zustande gekommen. Wir haben darin den Grundsatz niedergelegt, daß die Obstruktion bei einem gewissen Zweig der parlamentarischen Tätigkeit überhaupt ausgeschaltet werden soll; wir haben den Standpunkt vertreten, daß die jährliche Beschlußfassung über das Budget und die Kritik daran überhaupt nicht obstruiert werden kann, daß die Beschlußfassung über das normale Rekrutenkontingent sowie über den Abschluß von Handelsverträgen überhaupt von jeder Obstruktion befreit werden soll, so daß die Parteien gezwungen werden, in diesen Fragen ihre Meinung klipp und klar durch Abstimmung zu bekunden. Wir haben allerdings eine gewisse Möglichkeit für die Obstruktion gelassen bei allen jenen Vorlagen, die eine Neuheit darstellen und die nicht in den Rahmen der normalen parlamentarischen Arbeit gehören.

Nun ist es richtig, daß die Fraktion, wenn diese Geschäftsordnungsanträge angenommen würden, noch immer obstruieren könnte. Sie könnte zunächst mit der Obstruktion einsetzen gegen die Finanzreform, sie könnte jetzt die ruthenische Obstruktion gegen die Steuerreform stärken und so wenigstens dem Staate einen Teil der Mittel vorenthalten; denn wenn auch die bürgerlichen Vertreter und die Regierungsorgane sagen, daß die jetzige Finanzreform dazu bestimmt ist, den Beamten und Lehrern höhere Gehalte zu verschaffen, indirekt bedeutet diese Finanzreform doch eine Stärkung der Staatsfinanzen und daher die Gewinnung neuer Mittel für den Militarismus. Es ist auch richtig, daß wir — selbst wenn diese Geschäftsordnungsreform schon durchgeführt wäre — trotzdem die Wehrreform, die jetzt vor einigen Tagen vorgelegt wurde, obstruieren könnten, und es ist weiter richtig — und darauf bitte ich Ihre Hauptaufmerksamkeit zu lenken — daß wir im Sinne dieser Anträge die Obstruktion einleiten könnten mit der Erklärung, wir werden jede Wehrreform und Steuervorlage der Regierung, überhaupt alle sogenannten Staatsnotwendigkeiten obstruieren, bis die Sozialversicherung beschlossen und jene sozialpolitischen Forderungen erfüllt sind, die in den Gesetzentwürfen der Sozialdemokratie niedergelegt sind. Wir würden damit zu derselben Taktik wie die Ruthenen kommen, die zum Beispiel der Regierung sagen: „Wir fordern jetzt eine Subvention von einer Million für diesen oder jenen landwirtschaftlichen Zweck in Galizien. Insolange das nicht bewilligt wird, werden wir obstruieren."

Aber sehen Sie sich die Kehrseite der Medaille an; glauben Sie, daß daraufhin das Parlament plötzlich die Sozialversicherung liefern und alle sozialpolitischen Forderungen der Arbeiter erfüllen wird? Glauben Sie, daß das Parlament diese Forderungen erfüllen würde und nehmen Sie an, wir würden durch die Drohung mit der Obstruktion auf einmal aus den Vertretern der Fabrikanten, der Zünftler und Agrarier moderne Sozialpolitiker machen können, die die sozialpolitischen Anträge der Sozialdemokratie annehmen? Und selbst dann, wenn wir das annehmen, was wäre denn die Folge? Unsere Forderungen würden erfüllt, jetzt aber hieße es: Da, Bruder, zahle! Denn wenn wir erklärt haben, daß wir die Wehrreform insolange obstruieren, als die Sozialversicherung und die sozialpolitischen Anträge nicht genehmigt sind, so müssen wir als Männer von Ehre in dem Moment, wo die Bedingung erfüllt ist, nunmehr die Wehrreform preisgeben. (Resel: Na, na, na!) Ich weiß nicht, ob der

Genosse Resel glaubt, daß er dann noch die Obstruktion weiterführen könnte. Dann hätte jedenfalls seine frühere Erklärung keinen Sinn.

Das wäre, wie ein Genosse in der Diskussion geschrieben hat, das alte nationale Schlagwort: „Kanonen für Volksrechte."

Die Bewilligung — denn Nichtverhinderung ist dann gleich mit Bewilligung, die Bewilligung ist nach einer wirksamen Obstruktion nur mehr ein rein formaler Akt, dazu braucht man uns nicht mehr — wäre Austausch der Wehrreform gegen die Sozialpolitik. Das halte ich nicht für möglich, deshalb halte ich alle diese Anträge für unmöglich und deshalb glaube ich auch, daß wir eine solche Taktik im Parlament niemals werden einschlagen können. Wenn im Parlament eine Wehrreform vorgelegt werden wird, so glaube ich, werden — solange wir leben — die Sozialdemokraten dieser Wehrreform den entschiedensten Widerstand entgegensetzen, werden alles tun, was sie verhindern kann, werden dagegen stimmen, werden dagegen reden, werden die Volksmassen dagegen aufwühlen, werden die Verantwortlichkeiten aller derer feststellen, die dafür gestimmt haben, kurz, werden jene parlamentarische Taktik einschlagen, die ein Gebot sozialdemokratischer Politik ist. Einen Tausch einzugehen gegenüber der Wehrreform — derart, daß man sich anders als absolut ablehnend verhält gegen ein Geschenk — halte ich für eine ganz unmögliche, insbesondere aber für Sozialdemokraten ganz unmögliche Taktik.

Nun ergibt sich die Frage: Können Sozialdemokraten überhaupt obstruieren und wann können sie obstruieren? Ich gestehe ganz offen, daß mir die Diskussion über dieses Thema nicht sehr angenehm ist. Sie ist mir so peinlich, wie zum Beispiel auf dem letzten reichsdeutschen Parteitag die Diskussion über den Generalstreik. Ich sehe nämlich nicht ein, warum wir den Gegnern, den Herrschenden, gegenüber ein falsches Bild unserer Absichten, unserer Beweggründe und der Ziele unserer Taktik geben sollen. Wenn wir heute hier, veranlaßt durch diese Anträge, sagten: „Wir sind Gegner jeder Obstruktion", so hielte ich das für falsch. Denn ich sehe nicht ein, warum ich ein solches Bekenntnis meinem Gegner gegenüber ablegen soll. Und wenn ich heute sage: „Ich bin für die Obstruktion," so weiß ich nicht, warum ich meinen Gegnern Gelegenheit bieten soll, mich als einen Obstruktionisten zu denunzieren, und wieder in anderer Richtung ein falsches Bild meiner Absichten zu geben. Die Wahrheit ist nämlich, daß die Obstruktion gewiß ein Mittel unserer Taktik sein kann, daß sie aber nicht unbedingt und gegenüber allen Vorlagen des Parlaments anwendbar ist. Sie ist unanwendbar zum Erpressen irgend welcher positiver Gesetze, das habe ich bereits gekennzeichnet, sie ist aber selbstverständlich anwendbar als Abwehrmittel gegenüber einem Gesetz, das uns einen schweren, unverbesserbaren Schaden zufügen würde, und das durch den § 14 nicht verhängt werden kann.

Die parlamentarische Verhandlung der Wehrreform oder eines neuen Steuergesetzes ist durch eine Obstruktion zu hindern, das ist sicher. Aber ebenso sicher ist, daß sie, wenn die Parlamentsmehrheit für diese Gesetze ist, mit dem § 14 verhängt werden oder, wo eine solche nicht besteht, als ein Ausfluß des Notrechtes des Staates verhängt würden und daß das Parlament bei der Steuerreform mit dem § 14, bei der Wehrreform mit dem § 43 des Wehrgesetzes aus dem Wege geschafft würde, daß also das Gesetz zustand käme auf Grund des Willens der Mehrheit des Parlaments. Deshalb halte ich in diesem Punkt eine Obstruktion für unmöglich, für falsch, für ausgeschlossen.

Etwas anderes wäre es mit einem Gesetzentwurf, der das Koalitionsrecht beseitigt. Gegen ein solches Gesetz würde ich sofort mit allen Mitteln der Obstruktion auftreten. Warum? Weil ich sehr genau weiß, daß keine Regierung den Mut hätte, dieses Gesetz

mit dem § 14 zu verfügen, und weil ich sehr genau weiß, daß diese Obstruktion mit ihrem ganzen Gefolge es sehr fraglich erscheinen ließe, ob eine Parlamentsmehrheit den Mut hätte, sich hinter eine solche Regierung zu stellen. Ich würde daher in diesem Fall ohne Bedenken zu obstruktionistischen Mitteln greifen und sie in ihrer Gänze gebrauchen.

Wir können vielleicht auch einmal eine Wehrreform oder ein anderes unpopuläres Gesetz obstruieren; in einem Ausnahmsfall, nämlich dann, wenn wir hoffen, durch die Obstruktion eine Auflösung des Parlaments zu erzwingen, und wenn wir hoffen, daß auf Grund der Auflösung und auf Grund des Appells an die Wähler wirklich eine andere Parlamentsmehrheit zustande kommt, die im Gegensatz zur bestehenden Mehrheit ein solches Gesetz durch Mehrheitsbeschluß ablehnen wird. Wenn ich die Hoffnung habe, daß Neuwahlen eine andere Mehrheit erzeugen, und zwar eine Mehrheit, die dieses schlechte Gesetz niederstimmen wird, werde ich selbstverständlich obstruieren, werde den Appell an die Wähler erzwingen, werde dann mit der auf diesen Appell hin gewählten Mehrheit das Gesetz niederstimmen oder die etwa erflossene § 14-Verordnung aufheben, was ja ein Recht der Mehrheit des Parlaments ist. Wenn ich aber nur weiß, daß ich eine Mehrheit gegen eine andere gleiche Mehrheit eintausche, werde ich mich dieser Arbeit überhaupt nicht unterziehen. Da gibt es nun Genossen, die sagen: Noch schlauer müssen wir sein! Unausgesetzt obstruieren und immer wieder die Auflösung und Neuwahlen erzwingen und im neuen Parlament wieder obstruieren und das anmutige Spiel einige Jahre hindurch forttreiben, dann werden die Leute schon kirre. Was glaubt aber der Genosse? Glaubt er, dann werden aus den Unternehmern Sozialpolitiker, aus Zünftlern Arbeiterfreunde und die Wähler werden lauter Sozialdemokraten wählen? Ein solche Politik möge der jugendliche Genosse einmal selbst probieren, vielleicht hätte er damit Erfolg; ich aber glaube, daß die Arbeiter, wenn wir zum zweitenmal zu ihnen kämen mit Obstruktion und mit Neuwahlen, einen Stock nehmen und uns hinausklopfen würden und daß sie sagen würden: Eine solche Politik und solche Politiker können wir nicht brauchen.

Ich wiederhole, ich halte die Obstruktion und in vielen Fällen mindestens die dilatorische Methode für möglich. Wir haben diese Methode schon hie und da geübt. Wenn zum Beispiel im Sozialpolitischen Ausschuß die Zünftler das Bäckerschutzgesetz durch lange Reden oder verschiedene Anträge verzetteln, ist es ein selbstverständliches Gebot taktischer Klugheit oder kluger Taktik, daß ich im Gewerbeausschuß irgendein Gesetz, das den Zünftlern angenehm ist, etwas langsamer behandle, es einer eingehenden Erörterung unterziehe.

Ich habe einmal den Herren bei einem solchen Anlaß gesagt: „Bis jetzt war es üblich, daß eine kluge Regierung fragte: Was wollen die Industriellen, was wollen die Gewerbetreibenden, was ist eine aktuelle Forderung der Landwirte, was eine der Arbeiter?“ Dann haben sie einen solchen Blütenstrauß von aktuellen Forderungen zusammengestellt, sie nannten das „Arbeitsprogramm“ und sagten: „So bekommt jeder etwas! Arbeiten wir alle zusammen, dann kann für jede Schicht etwas gemacht werden und es wird ein allgemeiner Fortschritt auf allen Gebieten erzielt!“ Das war die kluge Taktik der Koalitionsregierung, selbst von ihrem Standpunkt aus. Heute machen es die Zünftler umgekehrt. Sie sagen nicht: „Wir geben euch das, gebt uns jenes!“, sondern sie sagen: „Wir verekeln euch, was ihr wollt, und ihr verekelt uns, was wir wollen!“ So kommen wir alle zusammen zu keinem Resultat. So geht es aber nicht. Eine Obstruktion, die alle üben, schädigt alle, die Obstruktion kann nur ein Mittel für Ausnahmsfälle sein, sie kann nur ein letztes Mittel sein in Fällen, wo es sich um große Rechte des Volkes handelt. Wenn sich Leute finden, die das Koalitions-

recht antasten wollen oder das Wahlrecht, Leute die die Preßfreiheit noch mehr herunterbringen wollen als sie schon ist, die Grundrechte der Bürger antasten wollen, die in schwerem Kampf errungen wurden, dann werde ich der erste sein, der sagt: „Wir greifen zu allen Mitteln, auch zur Obstruktion!“ Dann bin ich versichert, daß die Obstruktion nicht ein ödes Spiel sein wird, wie es die Ruthenen und Slowenen mit Redensarten und Abstimmungen treiben, sondern das, was sie sein soll und als was sie gedacht war von ihrem Erfinder Parnell: die Revolution im Parlament, die Revolution, die aber begleitet sein muß von der Empörung der Straße, von der Empörung der großen Masse des Volkes, und die von dieser Masse zum Ziele geführt wird. Eine solche Obstruktion halte ich für möglich, sie kann kommen; dann wird sie aber ein ernster Akt sein. Eine Obstruktion zum Tauschgeschäft halte ich für unwirksam und darum für unmöglich. Mit dem Geschäftsordnungsbuch in der Hand, mit den §§ 42, 62 und 63 führt man aber keinen Kampf, der die realen Machtverhältnisse im Staate ändern sollte. Wer das glaubt, ist ein parlamentarisches und politisches Kind.

Ich fasse zusammen, ich halte die Obstruktion für möglich als das äußerste Abwehrmittel in ernsten Augenblicken, ich halte sie aber für unmöglich als ein Mittel, positive Erfolge zu erpressen, als ein Tauschmittel im Kulissengeschäft des Parlaments.

Das Parlament ist nichts als ein Spiegelbild dessen, was im Staate vorgeht. Die Machtverhältnisse im Staate sind die Machtverhältnisse im Parlament, die Mehrheit im Staate ist die Mehrheit im Parlament. Jedesmal nach einer Wahl sehen wir an den Gegnern, welche Erfolge wir erzielt haben. Wir sind 1907 eingezogen als große einheitliche Partei — noch nicht bedroht vom Separatismus — und als eine Partei, die im deutschen Volke eine große Zahl von Mandaten besaß. Die bürgerlichen Parteien waren erschreckt über dieses Anwachsen der Sozialdemokratie und haben sich zu manchem Zugeständnis herbeigelassen. Manches, was wir buchen können als Erfolge unserer parlamentarischen Tätigkeit, verdanken wir unserer mächtigen, imponierenden Stellung nach den Wahlen des Jahres 1907. Wir sind 1911 schwächer, in geringerer Zahl wiedergekehrt. Wir hatten in Wien Erfolge, aber in den Sudetenländern Mißerfolge. Wir waren vom Separatismus geschwächt und sofort waren die Gegner geändert und die Haltung der Regierung und der Parteien eine ganz andere, unsere Arbeit schwieriger, härter und doch von geringerem Erfolg gekrönt.

Und ich versichere Sie: Machen Sie heute den Versuch, die parlamentarische Arbeit mit reger Agitation draußen zu begleiten, gehen Sie nach jeder Abstimmung im Parlament und nach jeder Annahme eines Gesetzes hinaus in die Massen der Arbeiter, rufen Sie die Massen auf, die heute noch den Christlichsozialen und den Nationalverbändlern nachlaufen, sammeln Sie sie in Ihrer Organisation, reißen Sie sie dem Gegner weg, suchen Sie sie aufzuklären über die parlamentarische Arbeit Ihrer Vertretung und über die gehässige Haltung der bürgerlichen Parteien und Sie werden sehen, wie, sobald die abgeirrten Arbeiter zu uns kommen, die Haltung der bürgerlichen Parteien sofort anders wird, wie die bürgerlichen Abgeordneten nachdenklich werden und einlenken, sobald sie sehen, daß sie die Arbeiterwähler verlieren. Solange aber die bürgerlichen Parteien noch Arbeiter bekommen durch ihre öligen Phrasen, durch die Verleumdung der Sozialdemokratie, sagen sie sich: Wozu sollen wir im Parlament unsere Vorteile und unsere Vorrechte preisgeben an die Sozialdemokraten und Arbeiter, wir haben die Massen der Einsichtslosen auch so hinter uns. (Lebhafter Beifall.) Nur die Erfolge unserer organisatorischen Tätigkeit ändern die realen Machtverhältnisse und ändern die Machtverhältnisse im Parlament. In demselben Maße, als wir Furcht verbreiten in den Reihen der Gegner, als wir ihnen die Furcht einjagen,

daß ihnen Stimmen entgehen werden, in demselben Maße werden wir Einfuß gewinnen im Parlament und auch Einfluß gewinnen auf die Regierung. Darum, glaube ich, sollen wir uns nicht verlassen auf kleine Kulissenkniffe, auf die parlamentarische Taktik, sondern nur auf unsere wirkliche Arbeit im Volke. Das Parlament zerschlagen, zertrümmern durch die Obstruktion, nichts leichter als das. Wir haben das Wahlrecht erkämpft und dieses Parlament gezimmert. Leider steht es dank diesem Staate, dessen Bild es ist, so schlecht um dieses Parlament, daß es nur ganz geringer Mühe bedürfte, nur einer Abstimmung und einiger Maßregeln Ihrer Vertreter im Parlament, um dieses Parlament unmöglich zu machen. Vernichtet ist das, was wir in Jahrzehnten aufgebaut haben, mit einem einzigen starken Zugriff; vernichten ist leicht, aber ob wir es wieder aufbauen können und ob wir es entbehren können, das, bitte ich, ernstlich zu erwägen. Wer das Parlament braucht als Tribüne für das freie Wort, als Maschine im Staatsorganismus, kann unmöglich eintreten für seine Vernichtung.

Das halten wir für unmöglich und deshalb lehnen wir die Waffe der Obstruktion ab.

Ich glaube, aus unseren Parlamentsberichten können Sie die Erkenntnis schöpfen, daß von uns getan worden ist, was menschenmöglich ist. Es könnte ja vielleicht sein, daß nicht mehr erreicht wurde, weil die Abgeordneten so träge, so faul, so unfähig sind, und daß vielleicht mehr hätte erreicht werden können, wenn sie gescheiter und fleißiger wären. Genossen, ich kenne unsere Vertrauensmänner und Sie kennen sie auch. Darüber das Urteil zu sprechen, ob es ihnen an Fähigkeit und Hingebung gefehlt hat oder nicht, ist Ihre Sache. Wenn Sie aber der Ansicht sind, daß es nicht an den Personen liegt, daß es um dieses Parlament so schlecht steht, dann kann die Quelle der geringen Erfolge nur sein die Machtlosigkeit der Arbeiter in Oesterreich, die Schwäche der Partei. (Zustimmung.) Und wenn Sie wollen, daß es besser werde, so können Sie nur den Schluß ziehen, daß wir den Kampf aufnehmen müssen, unverdrossen, tatkräftig und mit unermüdlichem Eifer und mit echt proletarischer Energie. Noch stehen Tausende von Arbeitern außer unseren Reihen. Nicht bloß die rückständigsten Arbeiter, die landwirtschaftlichen Sklaven der Latifundienbesitzer, sondern auch noch Arbeiter in den Industriezentren. Gerade diese Arbeiter stellen unseren Gegnern, den bürgerlichen Parteien, noch die besten Stützen. Diese Arbeiter gilt es aufzuklären und zu gewinnen. Sie alle und insbesondere jene Arbeiter in unsere politische Organisation einzugliedern, die schon den Wert der gewerkschaftlichen Organisation erkannt haben, aber von der politischen Organisation noch immer nicht erfaßt sind, ist unsere Aufgabe. Ich hoffe, daß von diesem Parteitag aus eine rege Agitation ausgehen wird, von Mann zu Mann, in allen Ländern unseres Reiches, und daß das Resultat seiner Beratungen nicht sein wird der Antrag, das Parlament zu erschlagen, sondern der Auftrag, das Parlament zu erobern durch die Macht der Arbeiterklasse, durch die Macht und Stärke ihrer Organisation! (Stürmischer, sich immer erneuernder Beifall.)

Vorsitzender **Tomschik**: Ich teile mit, daß vom Delegierten Witzmann ein Antrag eingelaufen ist, der Fraktion das uneingeschränkte Vertrauen auszusprechen.

Zweiter Verhandlungstag.

Vormittagssitzung.

Vorsitzender Pernerstorfer: Wir haben zunächst die Wahl der Wahlkommission vorzunehmen.

Gewählt wurden: Bretschneider (Wien), Ofenböck (Wiener-Neustadt), Kollinger (Linz), Cermak (Teplitz), Schloßnikel (Sternberg), Lindner (Graz), Witternig (Salzburg), Leibfried (Dornbirn), Rapoldi (Innsbruck), Trenka (Jägerndorf), Gröger (Klagenfurt), Vogel (Czernowitz).

Paul Richter (Wien): Die Mandatprüfungskommission hat ihre Arbeiten beendet und sie stellte fest, daß 298 Delegierte anwesend sind, die 249 Mandate haben, darunter befinden sich 37 Frauen. Im einzelnen verteilen sich die Delegierten folgendermaßen: Parteivorstand 9, Parteikontrolle 9, Parteisekretäre 4, Gewerkschaftskommissär 1, Reichsratsabgeordnete 25, Frauenreichskomitee 2, Preßkontrollkommission 1, Jugendorganisation 1, Volksbuchhandlung 1, Parteipresse 20, Vertreter der Fachpresse 25, Zentralverbände 31, Bezirks-, Kreis- und Landesorganisationen 169. Auf die einzelnen Länder verteilen sich die Delegierten folgendermaßen: Böhmen 32, Bukowina 3, Kärnten 4, Mähren 15, Niederösterreich 28, Wien 57, Oberösterreich 5, Salzburg 6, Schlesien 7, Steiermark 10, Tirol 2, Vorarlberg 1.

Bei den Mandaten hat sich im allgemeinen, da ja dafür gedruckte Formulare ausgegeben wurden, kein Anstand ergeben. Nur bei 21 Mandaten waren kleine Formfehler zu bemängeln, worüber ja schon alle Mandatprüfungskommissionen zu klagen hatten. Wir sind aber trotzdem zu dem Entschluß gekommen, auch diese Mandate anzuerkennen, weil es sich meist nur darum gehandelt hat, daß vergessen wurde, anzugeben, ob und wo die Wahl stattgefunden hat, oder in anderen Fällen ein oder zwei Unterschriften gefehlt haben, was wir deshalb nicht so strenge nehmen dürfen, weil unter denen, die solche Fehler begangen haben, auch das Parteisekretariat war. (Heiterkeit.) Bei zwei abgegebenen Mandaten sind gröbere Fehler, die zwar nicht so weit gehen, daß wir die Anerkennung verweigern könnten, die wir aber nicht vorübergehen lassen können, ohne zumindest festzustellen, daß die Bestimmungen des § 27 des Parteistatuts dabei nicht eingehalten wurden. Es handelt sich in beiden Fällen um Mandate von Frauenorganisationen. Eines aus dem Kreis Karlsbad, wo eine Frauenorganisation die Delegierte entgegen dem Statut auf einer Frauenkonferenz gewählt hat, wobei außerdem die Frauenorganisation das Mandat ausgestellt hat. Das Parteistatut schreibt aber vor, daß nur die Bezirks- und Kreisorganisationen das Recht haben, Frauendelegationen vorzunehmen, wo eine Frauenorganisation existiert. Ebenso war es mit einem Mandat mit Hernals. Da sich aber nach Rücksprache mit den Vertretern dieser Organisationen ergeben hat, daß die Organisation der Männer es war, die den Frauen diese schlechten Ratschläge gegeben hat, meint die Kommission, daß auch diese beiden Mandate anzuerkennen sind. Die Kommission empfiehlt Ihnen also, sämtliche Mandate anzuerkennen.

Dieser Antrag wird angenommen.

Es folgt nun die

Debatte über den Bericht des Klubs der Abgeordneten.

Lindner (Graz): In der Debatte über den Parteibericht wurde geklagt, daß die Mitgliederzahl der Partei stagniert, beziehungsweise einen Rückgang erfahren hat. Meiner Meinung nach liegen die Ursachen viel tiefer, als in der Berichterstattung angeführt worden ist. Die Parteivertrauensmänner, die doch im innigsten Kontakt mit den Arbeitern stehen,

erklären übereinstimmend, daß allgemeine Unzufriedenheit über die Taktik unserer Genossen im Parlament herrsche. Es wird darauf verwiesen, daß die breiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung es nicht begreifen können, daß das Sozialversicherungsgesetz, welches schon lange Jahre dem Parlament vorliegt, nicht erledigt werden kann, daß man hingegen für den Moloch Militarismus zu allen Zeiten Millionen hat, daß diese Millionen in der kürzesten Zeit bewilligt werden, wie alle Staatsnotwendigkeiten, daß aber die Volksnotwendigkeiten, besonders die Sozialversicherung, so lange auf sich warten läßt. Die Genossen sagen, daß sie nicht begreifen können, daß es möglich sei, daß eine kleine Gruppe von Zünftlern, so oft ein sozialpolitisches Gesetz zur Verhandlung steht, den größten Widerstand entgegensetzen kann. Die Genossen meinen, daß man bei solchen Dingen, wie den Bäckerschutz, den Herren viel mehr auf die Füße treten sollte.

Genosse Seitz hat gesagt, daß man durch die Obstruktion, die der Grazer Antrag empfiehlt, den Parlamentarismus schädigen würde, beziehungsweise es zur Auflösung des Hauses kommen könnte. Wir sind nicht der Meinung, daß man immer und unter allen Umständen Obstruktion treiben muß, glauben aber, daß es Situationen gibt und geben wird, wo es am Platze ist, mit den schärfsten Mitteln, wenn nötig mit der Obstruktion, einzusetzen. Seitz sagt, man werde dann behaupten, wir seien schuld, daß das Haus zertrümmert werde. Erstens fürchte ich nicht, daß das Haus bei einer Obstruktion sofort heimgeschickt oder aufgelöst wird; zweitens bin ich der Meinung: wenn sich die Genossen mit aller Vehemenz wehren werden, daß solche Kredite bewilligt werden, wird die Bevölkerung der Partei nicht grollen, sondern wird ihr dankbar sein, wenn es verhindert wird, daß solche Summen für den Militarismus bewilligt werden. Ich glaube, durch unsere Aengstlichkeit davor, zu radikal zu sein, fühlen sich unsere Gegner stärker. Wir meinen daher, daß die Abgeordneten im Parlament aufgefordert werden sollen, daß sie mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Militärforderungen verhindern sollen und darauf hinwirken, daß endlich die sozialpolitischen Gesetze einer günstigen Erledigung zugeführt werden. Diese Meinung haben wir in unserem Antrag zum Ausdruck gebracht. Diese unsere Meinung teilen auch Genossen anderer Bezirksorganisationen und viele Arbeiter und Parteigenossen. Ich glaube daher, daß dieser Appell, der an die Abgeordneten gerichtet wird, nicht ungehört verhallen wird. Ich möchte nur noch beifügen, daß wir nicht glauben, daß die Obstruktion zum Parlamentschreck ausarten wird, wie vom Genossen Seitz gestern die Befürchtung ausgesprochen wurde.

Witternigg (Salzburg): Wir haben gestern in einer zweistündigen Rede den Bericht der Fraktion entgegengenommen. Es obliegt nun uns, daß wir über die Taktik unserer Abgeordneten etwas sprechen, und zwar aus dem Grunde, weil in der praktischen Arbeit draußen uns oft die Unzufriedenheit mit der Taktik unserer Abgeordneten entgegentritt. Es ist nun die Frage: Ist es richtig, was uns die Abgeordneten im Bericht durch ihre Vertreter zum Ausdruck gebracht haben, oder ist das richtig, was die Arbeiter in den Betrieben über die Haltung der Abgeordneten aussprechen? Da will ich nun auf einige praktische Fragen der Fraktion eingehen. Genosse Seitz sprach gestern von dem Wehrgesetz und sagte, daß dieses Wehrgesetz im Parlament angenommen worden wäre mit einer Zweidrittelmajorität. Ganz ohne Zweifel. Er sagt nicht, das ist richtig, was man draußen uns öfter zum Vorwurf macht, wir hätten uns durch den § 14 einschüchtern lassen, oder die Regierung habe uns mit dem § 14 gedroht, sondern wir haben Kenntnis gehabt, daß dieses Gesetz nach den Verhältnissen im Parlament sicher mit dieser großen Majorität angenommen worden wäre. Aber ist es unter allen Umständen notwendig und richtig, dieses Gesetz zu schlucken? Wäre es nicht besser, wenn unsere Abgeordneten im Parlament — ich will nicht sagen durch Obstruktion — sondern durch aus-

führliche Reden und die eingehende Darlegung der Verhältnisse im Parlament das Wehrgesetz auf das entschiedenste bekämpft hätten? Man hätte die Wehrreform so weit hinausschieben können, bis die Regierung dieses Gesetz durch die Majorität gegen den Widerstand der Sozialdemokraten hätte durchpressen lassen, oder sie hätte es infolge des Widerstandes der Sozialdemokraten mit dem § 14 gemacht. Hätten wir in einem solchen Falle draußen bei der Agitation nicht eine leichtere Arbeit gehabt? Wir hätten sagen können: die Sozialdemokraten haben den größten Widerstand geleistet, die Regierung hat die demokratische Verfassung nicht geachtet, sie hat mit dem § 14 gewirtschaftet. Wir hätten sagen können, daß die Regierung unter allen Umständen jede Entwicklung der Demokratie hindert. Nicht die Abschaffung des § 14 soll unsere Parole sein, sondern wir wollen so argumentieren, wie seinerzeit Dr. Adler argumentierte, als der Kanzelparagraph in Verhandlung stand. Genosse Adler sagte damals: „Aber laßt den Kanzelparagraph bestehen!" Je mehr er von Pfaffen überschritten wird, desto erfolgreicher wird unsere Agitation werden. Wenn die Regierung den § 14 anwendet und trotz unserer demokratischen Verfassung der Absolutismus herrscht, dann werden wir der Bevölkerung den Absolutismus zeigen und sie um so leichter zur Demokratie erziehen können. Aus den Darlegungen des Referenten ging gestern hervor, daß wir Furcht haben vor den Feinden der Demokratie. Unsere Abgeordneten können nicht energisch auftreten, weil sie die Organisatoren und Führer zur Bekämpfung einer bürgerlichen Obstruktion geworden sind. Genosse Seitz sagte auch: „Seht euch nur diese Obstruktionisten an, welchen ästhetischen Eindruck sie machen!" Gewiß ist es nicht das Schönste und Idealste; aber was haben sie bekämpft? Das Budget. Ja, haben wir denn Ursache und die größte Ursache, daß wir uns als Regierungsmänner aufspielen, damit im Parlament das Budget erledigt werde? Haben wir nicht andere größere Sorgen? In einer Zeit, wo uns die Genossen die Worte entgegenschleudern: „Jetzt sind wir eine große Gruppe im Parlament! — —" Zur selben Zeit wird der Klerikalismus üppiger, wird der Militarismus gefräßiger und steigen Not und Elend.

Seitz gibt uns den Rat: geht hinaus und sagt den Leuten, was wir im Parlament alles geleistet haben. Gewiß, alle Anerkennung. Unsere Abgeordneten haben nicht geschlafen, sie haben in den Ausschüssen fleißige Arbeit geleistet. Aber sie haben den Resonnanzboden des Parlaments nicht ausgenützt, um das Echo draußen in den Massen zu erwecken. Und wenn Seitz sagt, seht nach Deutschland, dort wenden sich die Proletarier gegen jede Militärforderung mit der größten Empörung, bei uns rührt sich nichts, — zum Schluß sprach er von der Schwäche unserer Partei — so sage ich, ja die Schwäche ist vorhanden, aber sie kann beseitigt werden, wenn die Abgeordneten mit der österreichischen Eigenart und dem Temperament der Arbeiterschaft rechnen würden. *Unsere Abgeordneten sollen eine Politik treiben, die den österreichischen Arbeitern verständlich ist; eine proletarische Politik*, und nicht eine Politik nach der Manier der Hofräte. Wir wünschen, daß unsere Abgeordneten im Parlament die Arbeiterfunktionäre im Reich dadurch unterstützen, daß sie eine Politik machen, die auch die Arbeiter verstehen können. Früher hat man bei Eröffnung des Parlaments Kundgebungen, Demonstrationen im ganzen Reich gemacht, heute sehen wir die Abgeordneten wohl fleißig an der Arbeit, aber verstehen tut sie niemand. Diese Taktik können wir nicht billigen, ohne den Abgeordneten zu sagen: Greifen Sie zu jener alten Taktik, versuchen Sie wieder, die Proletarier aufzurufen, ihnen zu sagen: es gilt, unsere Greise, unsere Witwen und Waisen zu schützen, jetzt wollen wir die Regierung einmal energisch zwingen, um die Sozialversicherung durchzusetzen.

Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen.

Witternigg: Genosse Seitz hat gestern zwei Stunden geredet. (Schallende Heiterkeit.) Ich wünsche, daß die Abgeordneten die Initiative zu einer

Massenkundgebung für die Sozialgesetzgebung ergreifen. Die Massen werden sie bekommen, wenn sie die nötige Initiative ergriffen haben werden. Die andere Arbeit werden die Vertrauensmänner besorgen.

Winarsky (zur Geschäftsordnung): Die Wichtigkeit des zur Verhandlung stehenden Gegenstandes und das große Interesse, das ihm entgegengebracht wird, dürfte es notwendig machen, den folgenden Rednern die Redezeit zu verlängern. Ich beantrage die Verlängerung der Redezeit auf zwanzig Minuten. (Zustimmung.)

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Dr. Deutsch (Wien): Der Bericht des Genossen Seitz hat ein sehr anschauliches Bild der Schwierigkeiten gegeben, mit denen unsere Fraktion im Parlament zu kämpfen hat. Ich glaube, daß es keinen Vertrauensmann der Partei gibt, der sich dieser Schwierigkeiten nicht bewußt wäre und nicht voll Anerkennung für die schwere Arbeit, die unsere Abgeordneten leisten. Nichtsdestoweniger ist es nötig, daß wir über die Taktik ein ernstes, aufrichtiges Wort sprechen. Ich kann Seitz nicht folgen, wenn er meint, daß eine Diskussion über die Obstruktion „peinlich" sei. Ich glaube, sie ist notwendig, und wir können sie gar nicht vermeiden. Es mag sein, daß die Gegner aus dem, was wir reden, einiges Material für sich zu schöpfen versuchen werden; das kann aber nicht hindern, daß wir uns selbst verständigen. Die Diskussion ist ein Mittel der Selbstverständigung. Wir reden nicht für die Gegner, sondern für uns. Notwendig ist, daß wir besprechen, welche Taktik wir einzuschlagen haben, damit wir geschlossen vorgehen können. Es ist gerade so wie in Deutschland. Die Diskussion über den Massenstreik, die dort geführt wurde, dünkt dem Genossen Seitz auch peinlich, aber sie war notwendig. Wir wären gewiß stärker, wenn die politischen Diskussionen in Oesterreich einen größeren Raum einnehmen und unsere führenden Genossen solche Auseinandersetzungen nicht scheuen würden.

Wir sind aber auch zur Diskussion gezwungen, weil wir der Stimmung breiter Massen der Parteigenossen Ausdruck geben müssen. Es wurde oft gesagt, daß eine starke Parlamentsverdrossenheit in den Reihen des Proletariats und anderer Bevölkerungsschichten besteht. Wir müssen dafür sorgen, daß diese Parlamentsverdrossenheit nicht zu einer Parteiverdrossenheit werde, daß sich das, was sich gegen das Parlament richtet, nicht schließlich gegen die Partei richtet. (Sehr richtig!)

Die Meidlinger Genossen haben den Antrag gestellt, daß in einem bestimmten Fall, bei den Militärvorlagen, die Partei den Kampf führe mit allen Mitteln, auch mit den schärfsten. Das Wort Obstruktion steht nicht in unserem Antrag, aber wir verhehlen nicht, daß wir unter den schärfsten Mitteln auch die Obstruktion verstehen und uns vor diesem Worte nicht fürchten. Es ist vielleicht gefährlich, wenn fortwährend von der Obstruktion geredet wird, aber noch viel gefährlicher ist es, wenn dieses Wort aus unserem Sprachschatz gestrichen wird. Lieber sollen einige Leute nach Obstruktion rufen, als daß man sagt: „Wir sind grundsätzliche Gegner der Obstruktion." Ich begreife, daß manche Parteigenossen die Obstruktion nicht wünschen, weil wir doch die Väter des Parlaments des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes sind.

Es ist ganz begreiflich, daß man infolgedessen einigermaßen vorsichtig ist und das Kind nicht umbringen will, das man selbst gezeugt hat. Nun ist das Parlament aber ein ungeratenes Kind, es ist ein so mißratener Bengel geworden, daß es gar nicht schaden würde, wenn die Vaterliebe der Sozialdemokraten sich einigermaßen abkühlte. Es hat eine Reihe von Genossen — Dr. Bauer im „Kampf" und auch Seitz im Referat — darauf hingewiesen, daß wir nur für bestimmte Arten der Obstruktion sein sollen und daß wir nicht die Obstruktion schlechthin als normales Kampfmittel benützen. Die Obstruktion als normales Kampfmittel zu benützen fällt ja auch uns gar nicht ein. Keiner

will, daß wir es etwa so machen, wie die Ruthenen und Südslawen. Wir wollen die Obstruktion nur benützen in bestimmten Fällen, wo uns scheint, daß es der Stimmung der breiten Massen, mehr noch, daß es den berechtigten Wünschen der Arbeiterklasse entspricht, wenn zu einer schärferen Taktik geschritten wird. Seitz hat gemeint, wir brauchen ja nicht die Obstruktion, wir haben „obstruktionistische Mittel". Damit sind wir ganz einverstanden, weil das Wort Obstruktion nicht nur bedeutet, Pultdeckelkonzert, sondern weil es eine Menge anderer Dinge auch umfaßt, vor allem die „dilatorische Behandlung" der Beratungsgegenstände, von der Seitz gesprochen hat. Und da müssen wir nun sagen, es ist eine merkwürdige Inkonsequenz, welcher sich Genosse Seitz schuldig gemacht hat. Er hat gesagt, daß wir im Sozialpolitischen Ausschuß durch die Obstruktion der Zünftler oftmals an der Beratung von Arbeiterschutzgesetzen gehindert waren und uns dann revanchierten, indem wir im Gewerbeausschuß die Gegenstände, die ihnen am Herzen lagen, auch so gründlich behandelten. Nun frage ich: warum sollen wir dasselbe nicht auch mit dem Sozialversicherungsausschuß und den Wehrausschuß machen? Welcher prinzipielle Unterschied besteht denn zwischen diesen Ausschüssen? Wenn wir die Obstruktion, die die Zünftler im Sozialpolitischen Ausschuß machen, im Gewerbeausschuß bestrafen, warum sollen wir die Obstruktion der Zünftler im Sozialversicherungsausschuß nicht zu verhindern suchen durch eine Obstruktion im Wehrausschuß? (Rufe: Im Sozialversicherungsausschuß ist das anders!) Sie rufen jetzt, unsere Gegner machen keine Obstruktion im Sozialversicherungsausschuß? Eine andere Obstruktion machen sie ja im Sozialpolitischen Ausschuß auch nicht! (Rufe: Passive Resistenz!) Das kommt doch auf eins hinaus! Wenn die Herren passive Resistenz machen, gegen die Sozialversicherung, können wir sie gegen die Wehrreform machen! Ich wiederhole: die Obstruktion als normales Kampfmittel benützen wollen wir nicht, aber obstruktionistische Mittel in bestimmten Fällen sind notwendig, sind ein Erfordernis der taktischen Klugheit.

Wenn die anderen uns in den Ausschüssen mit passiver Resistenz oder obstruktionistischen Mitteln hindern, Arbeiterschutzgesetze fertigzustellen, so sehe ich nicht ein, warum wir ihnen das nicht vergelten sollen. Denn sonst wäre es eine Taktik, wo wir den Buckel für Prügel herhalten, ohne selbst gegen die anderen loszuschlagen. Für ein solches „Prinzip" kann ich mich halt nicht begeistern.

Es wird gesagt: Wenn wir diese Taktik anwenden, so zerstören wir das einzige Element der Demokratie in Oesterreich, das wir haben. Aber dieses Element der Demokratie in Oesterreich sieht merkwürdig aus. Es steht fortwährend unter dem Damoklesschwert des Absolutismus. Es scheint mir sehr gefährlich, wenn wir dieses Parlament als ein demokratisches, als etwas gar so Wertvolles hinstellen; es ist ja nur eine Scheindemokratie, und es könnte deshalb sehr wohl die Frage auftauchen, ob es nicht für den Klassenkampf besser wäre, wenn wir einen nackten Absolutismus hätten, statt dieser Scheindemokratie. (Ohorufe.)

Wann sollen wir anders zur Obstruktion greifen, als wenn es sich um Fragen von großer Bedeutung handelt, und was hat eine größere Bedeutung für uns als die Fragen des Militarismus und Imperialismus? Wir haben gesehen, wie die bescheidensten Arbeiterforderungen in der Beratung gehindert wurden, während uns zu gleicher Zeit vom Parlament die drückendsten Lasten auferlegt worden sind. Dieses Parlament ist stets sehr langsam in Schwung gekommen, wenn es sich um sozialpolitische Dinge gehandelt hat; aber es war sofort im Gange, wenn Vorlagen der Regierung für den Militarismus in Frage standen. Die österreichischen Völker leiden heute am meisten darunter, daß sie der Militarismus mit seinen furchtbaren Lasten zu erdrücken droht. Diese Erkenntnis ist in dem so armen Lande, das aller finanzieller Hilfskräfte, wie sie die anderen Groß-

mächte haben, entbehrt, die Grundlage unserer Politik. Da meine ich, ist es denn doch möglich, daß es sich die Regierung überlegt, das Parlament nach Hause zu schicken und die Militärvorlagen mit dem § 14 zu verhängen. Das würde ihr, wie wir wissen, schwer zu überwindende finanzielle Schwierigkeiten bereiten. Sie muß danach trachten, die Bedeckung der Militärausgaben auf parlamentarischem Wege zu erreichen. Nun wachsen aber seit einigen Jahren diese vom Parlament zu bewilligenden Ausgaben zu einer solchen Höhe an, daß sie unerträglich werden. Da sage ich, was die „Arbeiter-Zeitung" gestern geschrieben hat: „Lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende."

Man wirft uns vor, daß wir uns dadurch, daß wir den Kampf für die Obstruktion führen, einer Ueberschätzung des Parlaments schuldig machen. Ich glaube, die Ueberschätzung liegt auf Ihrer Seite. Wenn man das Parlament als eine so ungeheure wichtige Institution hinstellt, vor der wir als freiwillige Schutzwache stehen müssen, so bringt man selbst die Ueberschätzung des Parlaments in die Massen. Nun leiden wir schon so wie so aus historischen Gründen an einer Ueberschätzung des Parlaments. Wenn wir nicht mit der Kritik einsetzen, so müssen wir diese Ueberschätzung noch steigern. Demgegenüber müssen wir erklären: unser Parlament ist ein Parlament der bürgerlichen Klassen. Es ist unserer Partei nicht würdig, daß wir als freiwillige Schutzgarde vor dem Parlament aufmarschieren. Wenn das Parlament einen Wert hat, so hat es den Wert doch nicht allein für uns, sondern noch viel mehr für die bürgerlichen Klassen, und wenn sich die bürgerlichen Klassen nicht ums Parlament kümmern, ja warum sollen wir es dann tun? Warum sollen wir für das Parlament unsere besten Kräfte aufwenden? Wir haben den Wahlrechtskampf geführt, weil wir damals vom Parlament große Dinge erwarteten. Wenn wir heute vom Parlament enttäuscht sind, so ist es notwendig, dem Ausdruck zu verleihen. Wir bezwecken mit unserem Antrag nicht, daß eben sofort mit der Obstruktion eingesetzt wird, sondern daß die Fraktion zu schärferen Waffen greife. Wir haben ohne Vorbedacht den Ausdruck gewählt „mit den schärfsten Mitteln". Ich möchte eine historische Parallele ziehen. Auf dem Parteitag 1894 wurde über die Taktik der Partei gesprochen und der Generalstreik als Kampfmittel um das allgemeine Wahlrecht gefordert. Damals hat Dr. Adler den Antrag gestellt, man möge dem Parteivorstand auftragen, den Generalstreik als letztes Mittel im geeigneten Zeitpunkt anzuwenden. Eigentlich wollen wir nichts anderes. Wir glauben, daß es für die Partei nicht gut ist, wenn wir nach außen erklären: wir sind grundsätzliche Gegner der Obstruktion.

Es wurde in der Diskussion gefragt, was denn diese Richtung in der Partei, die nach einer schärferen Taktik ruft, für einen Namen verdient. Die einen nannten uns Radikale, die anderen Revisionisten. Ich habe nie danach gegeizt, ein „Radikaler" zu heißen, und mich auch nicht geschämt, wenn man mich einen Revisionisten gescholten hat. Das sind Begriffe des Auslands, die, wie gewöhnlich, auf unsere Verhältnisse gar nicht passen. Wir sind Sozialdemokraten, wir wollen, daß die Partei in eine größere Aktivität eintritt, daß sie sich mehr regen und rühren soll. Wir haben eine Fülle von Kräften in der Partei, die sich betätigen wollen und sollen. Aber unsere Tätigkeit wird vielfach dadurch unterbunden, daß wir wie hypnotisiert auf das Parlament starren. (Beifall.)

Wir glauben, daß es viel besser wäre, wenn wir mit einer Kritik des Parlaments einsetzen, und die Aktion mehr verlegen würden in die breiten Massen des Volkes. Wir glauben, daß durch eine scharfe Kritik des Parlaments und durch eine größere Regsamkeit außerhalb des Parlaments neues und frisches Leben bei uns einziehen würde, daß die Kräfte, die in der Partei sind, sich jugendfroh betätigen können. Wenn wir dem Parlament als solchem kritischer gegenüberstünden, würden wir uns leichter dazu ent-

schließen, im Parlament schärfer aufzutreten, was jetzt aus allzu großer Rücksicht auf das Parlament leider manchmal unterlassen wird.

Wir halten es für völlig unwürdig, auf irgendein Kampfmittel zu verzichten. Wir meinen, daß die Sozialdemokratie den Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft mit allen Kampfmitteln führen und keines aus der Hand geben soll; wir meinen, daß sie auch nicht auf eines verzichten darf, das uns durch die Gunst des Augenblicks Vorteile bringen könnte. Wir überschätzen diese Vorteile nicht, es wäre aber unseres Erachtens unklug, sie nicht zu nehmen. Wir wollen, daß Aufklärungsarbeit geleistet werde im Sinne des Sozialismus, aber schärfere Taktik geübt werde im Parlament, damit die Oeffentlichkeit und Regierung erkennen, daß die Stimmung der breiten Massen eine solche ist, daß sie entschlossen sind, sich Provokationen, wie die neuen Militärvorlagen, nicht bieten zu lassen, und entschlossen sind, den Kampf mit schärferen Waffen zu führen. Würdig für die revolutionäre Sozialdemokratie ist es, jede Waffe im Befreiungskampf zu benützen und auf keine zu verzichten. (Lebhafter Beifall.)

Therese Schlesinger (Wien): Der Referent hat gestern einen Vergleich gezogen zwischen der Generalstreikdebatte in Deutschland und der Obstruktionsdebatte bei uns. Dieser Vergleich ist in mancher Beziehung sehr berechtigt, denn die beiden Bewegungen entsprechen dem gleichen Gefühl. Im Deutschen Reich wie bei uns besteht eine zahlreiche parlamentarische Fraktion und da wie dort die Ohnmacht, für Volksbedürfnisse etwas auszurichten. Dieser Gegensatz zwischen einer großen parlamentarischen Vertretung und einer tatsächlich geringen politischen Macht hat in Deutschland wie bei uns in den Massen das Bedürfnis und den Ruf nach schärferen Waffen hervorgerufen. Genosse Seitz hat nun gesagt, es hätte ihn die eine Debatte so peinlich berührt wie die andere, denn es sei in einem wie in dem anderen Fall verfehlt, dem Gegner zu sagen, welche Waffen wir gebrauchen können und welche nicht. Wir sind aber in Deutschland wie — in weitem Abstand — in Oesterreich eine große Partei und nicht eine Verschwörerbande und es ist viel notwendiger, daß die Massen verstehen, was die Führer wollen, als daß die Gegner nicht verstehen, was sie wollen. Witternigg hat gesagt, die Genossen im Parlament sollen eine Politik machen, die den Massen verständlich ist. Ich glaube, hier liegt nicht der Fehler. Es ist nicht möglich, daß bei der Verwickeltheit des parlamentarischen Lebens alles, was die Genossen im Parlament tun und was sie nicht tun, allen Parteigenossen sofort verständlich sei. Ich möchte den Ruf, daß die Fraktion eine Politik mache, die den Massen verständlich ist, dahin abändern, sie solle den Massen ihre Politik verständlich zu machen suchen.

Es handelt sich darum, daß der Zusammenhang zwischen Fraktion und Partei nicht immer fest und innig genug ist, daß in der Partei die Politik nicht genug erörtert wird. Es kommt sehr oft vor, daß wir in unserer Parteipresse lesen, und wir hören es auch von den führenden Genossen im Privatgespräch, es wär ja so gut, wenn in der Partei mehr Debatten wären, mehr Diskussionen. Wenn aber ein Parteigenosse etwas schreibt oder etwas sprechen will, was nicht genau übereinstimmt mit den Auffassungen der Fraktion und der Parteivertretung, so wird er — ich will mich milde ausdrücken — als störend empfunden. (Zustimmung.) Es war immer so, es ist gegenwärtig so, aber es wird hoffentlich nicht immer so bleiben. (Zwischenruf: Paradediskussionen!) Die Debatte im Deutschen Reich über den Generalstreik, die hat auch, so vermute ich wenigstens, die Genossen, die immer wieder den Ruf nach dem Generalstreik erhoben haben, zum größten Teil überzeugt, daß jetzt dazu nicht die Zeit ist. Ich habe nach dem Referat des Genossen Seitz den Eindruck gewonnen, daß es ähnlich auch mit der Obstruktion ist. Er spricht sich ja nicht grundsätzlich gegen die Obstruktion aus. Aber er hat auseinandergesetzt, in welchen Fällen die Obstruktion angewendet werden kann und wann sie nicht angewendet werden kann. Aber warum ist uns das nicht schon längst gesagt

worden? (Zwischenruf: Aber das ist doch geschrieben worden!) Aus diesem fortwährenden Verlangen nach der Obstruktion spricht, glaube ich, am allerdeutlichsten das Gefühl: wir haben von dem Parlament nicht viel zu erwarten. Genosse Deutsch hat gemeint, wenn man nicht Obstruktion macht, so wird sich eine Parlamentsmüdigkeit einstellen. Nein! Das Verlangen nach Obstruktion ist ein Ausdruck der Parlamentsmüdigkeit. Das liegt in der Unfruchtbarkeit des Parlaments und in den verrückten Verhältnissen Oesterreichs. Aber da wir aus den verschiedensten Gründen das Parlament als wichtige Waffe betrachten, so muß uns daran liegen, auch dieses Bewußtsein in die Massen zu bringen, daß wir dieses Parlament nicht ansehen als ein Allheilmittel gegen die österreichische Misere, sondern daß wir es ansehen als eine Tribüne, als politische Waffe, die wir in ganz anderem Sinn gebrauchen als sie von den bürgerlichen Parteien gebraucht wird. Das müssen unsere Vertrauensmänner in die Massen hinaustragen. Was wir heute aus der Debatte lernen müssen, das ist: daß die Frage der Politik nicht eine Geheimwissenschaft innerhalb des engen Kreises der Vertrauensmänner bleiben darf, sondern daß sie so oft als möglich und in den weitesten Massen der Arbeiterschaft diskutiert werden muß. Wir haben die Klage gehört, daß das Versammlungswesen zurückgeht. Hier liegt der Grund, warum sich die Fraktion mit den Massen so schwer verständigen kann. Es muß die Versammlungstätigkeit gehoben werden, es muß aber auch das Konferenzwesen anders gestaltet werden, und vor allem müssen wir uns andere Manieren angewöhnen. Es darf nicht mit Autoritäten aufgetreten werden, wenn jemand eine andere Meinung sagt (Beifall), sondern die Vorkämpfer müssen imstande sein, die verschiedensten Meinungen anzuhören, ja aus den Vertrauensmännern abweichende Meinungen direkt herauszuholen, um sie dann, falls sie dazu imstande sind, die Genossen für ihre eigenen Anschauungen zu gewinnen. (Lebhafter Beifall.)

Ruschak (Mürzzuschlag): Ich glaube nach dem gestrigen Referat des Genossen Seitz, daß er die Sache zu schwarz angesehen hat, als die Genossen von Graz es ausgesprochen haben, daß die Obstruktion als Kampfmittel der Fraktion ans Herz gelegt werden soll. Darüber ist nicht viel zu sprechen, daß eine arge Parlamentsverdrossenheit Platz gegriffen hat, und daß es schwierig ist, die Taktik unserer Fraktion den Genossen begreiflich zu machen. Die österreichischen Genossen sind es gewohnt, daß mit radikalen Mitteln gearbeitet wird. Sie sehen das auch bei den bürgerlichen Parteien, und da fragen sie sich, ob nicht, was bei Slowenen und Ruthenen möglich ist, auch bei uns möglich wäre, um Erfolge zu erreichen, und sie fragen sich, ob unsere Genossen nur die Aufgabe haben, für die ordnungsmäßige Geschäftsführung des Parlaments Sorge zu tragen. Ich sage ganz offen: Das Sozialversicherungsgesetz ist uns eine so wichtige Sache des Fortschrittes, daß uns die stärksten Kampfmittel gerechtfertigt erscheinen. Und ich glaube, daß wir es auch nicht verschmähen sollen, der Regierung und dem Herrenhaus, wo nur die Interessen der Unternehmer vertreten werden, deutlich zu zeigen, daß, wenn es nicht geht, daß dieses Gesetz gemacht wird, wir auch zur Obstruktion greifen können. Seitz hat schon darauf hingewiesen, daß es der Regierung an den Kragen gehen werde, wenn die Arbeiter sehen, daß das Sozialversicherungsgesetz nicht zustande kommt. Aber die Genossen sagen sich heute schon draußen, es geht nicht weiter an, daß wir diese stillschleichende Obstruktion der bürgerlichen Parteien ertragen sollen in dieser wichtigen Frage. Wir selbst sind nicht der Meinung, daß das Parlament allmächtig ist und daß es die Machtverhältnisse der Gesellschaft aufheben kann. Aber das Sozialversicherungsgesetz kann es machen. Es ist richtig, daß seit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts das Bürgertum eine ungemein heftige Stellung gegen die Arbeiterschaft einnimmt. Aber wir werden deshalb doch nie auf den Standpunkt kommen, daß wir verzagen, weil die Gegner erkennen, daß wir auf der Welt sind und stark werden. Wir sind nur der Ansicht gewesen, daß wir

der Fraktion sagen müssen, du mußt, wenn es nicht anders geht, zu dem schärfsten Kampfmittel greifen. Die Sozialversicherung gilt uns als eine Sache von der höchsten Wichtigkeit und da sollen die Regierung und die bürgerlichen Parteien und das Herrenhaus rechtzeitig wissen, daß wir von der Fraktion, um dieses Gesetz zu erzwingen, auch die Anwendung der Obstruktion verlangen. Wir in der Provinz anerkennen vollständig, daß die Fraktion Großes geleistet hat, geleistet in den Ausschüssen und in den Debatten im Parlament.

Wir in Oesterreich sind noch zu wenig mit der Kritik gegen die Wehrvorlage aufgetreten. Das hat sich auch bei den Wahlen im Jahre 1911 gezeigt. Die Massen wußten gar nichts von dem Verbrechen, das die bürgerlichen Parteien an ihnen begangen, indem sie 800 Millionen neue Militärlasten bewilligten. Es war tieftraurig zu sehen, daß während der Balkanwirren selbst einige Parteigenossen Kriege für nicht etwas so außerordentlich Schädliches gehalten haben. Das beweist, daß wir in unserer Bildungsarbeit noch weit im Rückstand sind. Ich möchte das, was im Antrag Graz enthalten ist, wiederholen, wir wollen die Obstruktion nicht auf jeden Fall anwenden, aber wenn es gilt, die Sozialversicherung weiter zu bringen, ein Werk auf das Millionen warten, dann möge sie auch angewendet werden.

Schmerz (Wien): Eine gewisse Verdrossenheit ist unzweifelhaft vorhanden. Wir, die wir die Kleinarbeit zu machen haben, müssen den Genossen begreiflich machen, daß das Parlament in seiner jetzigen Zusammensetzung die Sozialversicherung deswegen nicht vorwärts bringt, weil unsere Fraktion im Vergleich zu den anderen Parteien zu klein ist. Es ist außer Zweifel, daß wir alles daransetzen müssen, die Massen in diesem Sinne aufzuklären, aber es muß hier auch gesagt werden, daß wir nicht völlig zufrieden sind mit der parlamentarischen Taktik unserer Fraktion, wir kennen sie ja alle die Genossen, die uns im Parlament vertreten, wir wissen, was in ihrem Innern ruht, aber wir wollen, daß sie einmal aus der Reserve heraustreten, die sie sich auferlegt haben. Er ist uns noch allen in Erinnerung der wöchentliche Stürgkh, und nun als er ans Ruder gekommen, als er im Parlament zum erstenmal aufgetreten ist, was ist geschehen? Wir haben erwartet, jetzt wird ein Sturm losgehen, jetzt wird die Fraktion durchsetzen, daß ein Stürgkh nicht ans Ruder kommt, statt dessen kam eine leise Opposition. Der Stürgkh ist ans Ruder gekommen, und was nach seiner früheren Tätigkeit vorauszusehen war: es ist im Parlament im Interesse der großen Massen nichts geschehen. Die Sozialversicherung wurde weiterverschleppt. Ich kann mich genau erinnern, daß es eine Zeit gegeben hat, wo wir draußen mit aller Vehemenz verlangt haben, daß unsere Abgeordneten drinnen eine schärfere Tonart anschlagen, um die Sozialversicherung vorwärtszubringen. Das ist nicht geschehen, weil wiederum die staatsmännische Klugheit und Weisheit im Vordergrund gestanden ist. Ja, Parteigenossen, mit einer bloß klugen und weisen Politik ist in Oesterreich nichts zu machen. Der Karren ist hier so verfahren, daß eine schärfere Taktik Platz greifen muß, wenn man sich den Massen verständlich machen will. Das ist es, was wir von der Fraktion verlangen. Wir glauben aber auch, daß die Genossin Schlesinger vollständig recht hat, wenn sie erklärt, daß eine Meinung, wenn sie von irgend jemand ausgesprochen wird, der nicht in den vordersten Reihen steht, negiert wird; man wird nervös, wenn man solche Meinungen hört, auch hier liegt die Schuld: wir glauben, daß der Wille der Masse des Proletariats bei jeder Gelegenheit zum Ausdruck kommen soll. Unsere Versammlungen lassen alles zu wünschen übrig, wir bekommen nicht die nötigen Abgeordneten zu den Versammlungen. Anderseits mangelt es auch an der aufklärenden Arbeit unter den Massen. Der heurige Parteitag soll wieder eine bessere Fühlung herstellen. Wir überschätzen den Parlamentarismus nicht, aber wir unterschätzen ihn auch nicht. Wir wissen, die Politik läßt sich nicht allein auf der Straße machen, wir brauchen auch das Parlament dazu.

Wenn wir erklären, daß wir eine scharfe Taktik eingeschlagen wissen wollen, so meinen wir zumindest nicht, daß die Obstruktion hier einsetzen soll. Aber die Obstruktion unter allen Umständen zu negieren, haben wir keine Ursache. Wir müssen energischer vorgehen und wir werden, glaube ich, die Fraktion veranlassen, wenn es nicht anders geht, mit der Obstruktion einzusetzen, und dann wird proletarische Politik im österreichischen Parlament möglich sein.

Abgeordneter Seliger: Wir haben alle Ursache, den Anregern dieser Debatte über unsere politische Taktik und im engeren Sinne über die Frage, ob in der parlamentarischen Aktion der österreichischen Sozialdemokratie die Obstruktion eine anwendbare Waffe sei, im höchsten Maße dankbar zu sein. Wir haben diese Debatte hier sehr notwendig, wir brauchen sie aber auch sehr notwendig draußen in den Organisationen, und ich wünsche, daß von der Debatte hier die Anregung ausgeht, die Frage draußen in sehr eingehender Weise zu besprechen. Es haben fast bisher nur Wiener Genossen und Genossen aus den Alpenländern über das Verhalten der parlamentarischen Fraktion Beschwerde geführt, aber ich glaube sagen zu können, daß das Gefühl, das Sie mit Verdrossenheit und Unzufriedenheit bezeichnen, ein allgemeines Gefühl in Oesterreich ist. Es ist das eine Mißstimmung, die nicht nur die Arbeiter, sondern das ganze öffentliche Leben beherrscht, alle Klassen ergriffen hat, und ich würde es als ein Wunder ansehen, wenn in dieser Zeit des völligen parlamentarischen Niederganges in Oesterreich die Arbeiter nicht verdrossen wären.

Ich glaube, es ist notwendig, zu sagen, daß wir Abgeordnete dieses Gefühl unserer Genossen vollauf zu würdigen und zu respektieren wissen, und ich möchte nicht, daß in irgendeinem Genossen die Meinung aufkomme, wir würden die Kritik und die Reden, die Ausdruck dieser Mißstimmung sind, als Raunzerei betrachten, welches Wort dafür schon angewendet wurde. Nichts liegt uns ferner als das, denn es ist am Ende doch nur der den Arbeitern mögliche Ausdruck des Gefühls der Besorgnis über das Schicksal unserer Partei. Es sind nicht nur verdrossen die Arbeiter und die Vertrauensmänner; wir Abgeordnete tragen dieses Gefühl in unserer Brust am stärksten und in uns allen steigt der Ekel über die parlamentarischen Zustände und die politischen Verhältnisse, in deren Mittelpunkt wir stehen, bis zum Halse. Wir möchten manchmal gerne unsere Siebensachen zusammennehmen und nach Hause gehen, aber ich glaube, Sie würden uns dann noch ganz anders zur Rechenschaft ziehen, als Sie es heute tun. Wir müssen auf diesem Posten ausharren, so unangenehm er ist. Es mangelt die Zeit, die Gründe für den merkwürdigen und eigenartigen Ausdruck der Mißstimmung hier ausführlich zu erörtern. Ich glaube, wir kommen auf den Grund, wenn wir uns vor Augen halten unsere Bruderpartei in Deutschland und ihre Schicksale. Es ist davon gesprochen worden, daß auch auf dem letzten Parteitag in Deutschland Mißstimmung zum Ausdruck gekommen ist, daß man auch dort nach neuen Kampfmethoden sucht, um der Kraft und Macht der Partei stärkere Wirksamkeit zu verleihen. Wie ist es aber ganz anders in Deutschland. Denken Sie daran, daß unsere deutschen Genossen in der parlamentarischen Geschichte der deutschen Partei die beste Schule und die beste Erziehung für den parlamentarischen und politischen Kampf hat. Die Genossen in Deutschland sind 1871 mit wenig Mann in den Reichstag eingezogen, es ist aufwärts, es ist wieder abwärts gegangen, die Partei ist stärker geworden. Die Arbeiterklasse Deutschlands hat sich emporranken können an dem Auf und Nieder der parlamentarischen Schicksale, an den wechselnden Verhältnissen des parlamentarischen Kampfes. Aus neun Mann anfangs der Siebzigerjahre sind in der Frakiton 111 geworden. Wir haben aber diese ganze Entwicklungsreihe überspringen müssen, für das österreichische Proletariat gab es diese große Schule des parlamentarischen Kampfes nicht. Im Jahre 1907 wurden wir 87 Mann auf das parlamentarische Kampffeld gestellt und es wäre unbegreiflich, wenn unmittelbar

anschließend an die Zeit der parlamentarischen Machtlosigkeit der Sozialdemokratie bei einer plötzlich so starken Fraktion das Proletariat an sie nicht die allerunmöglichsten Hoffnungen geknüpft hätte. Wenn sich Enttäuschung, Verbitterung und Verdrossenheit im höchsten Maße einstellen würden, so wäre das wohl zu begreifen, aber der Schluß, den wir ziehen müssen, ist der, daß wir die Aufgabe haben, dort anzufangen, wo die Genossen Deutschlands vor 40 Jahren mit ihren großartigen Erziehungsmethoden anfingen, die mehr ins Gehirn wirken als die bloß rhetorischen Auseinandersetzungen in öffentlichen und Parteiversammlungen. Wir müssen da mitbeginnen, die Arbeiterschaft erst einzuführen in das Wesen des parlamentarischen Kampfes, um sie zu gewöhnen, Niederlagen und Zeiten der parlamentarischen Fruchtlosigkeit zu ertragen und vor allem sie zu begreifen.

Diese Arbeit werden wir verrichten müssen, und ich glaube, die heutige Debatte wird dazu die allerstärkste Anregung geben. Da werden wir nicht umhin können, den Arbeitern Oesterreichs zu sagen — das ist meine persönliche Meinung und ich unterscheide mich hier von Genossen Seitz — daß die Obstruktion kein Instrument der parlamentarischen Aktion der Sozialdemokratie in dem Parlament des allgemeinen Wahlrechts sein kann. Ich halte sie als Mittel der parlamentarischen Aktion — in dem Sinne, in dem man diese Aktion im allgemeinen auffaßt — für ausgeschlossen. Vergegenwärtigen wir uns, daß die Obstruktion der Sozialdemokratie etwas anders ist als das, was Südslawen, Ruthenen und Tschechen tun. In dem Augenblicke, wo wir Sozialdemokraten Obstruktion treiben, haben wir zu geheimen Verbündeten das Herrenhaus, alle Machthaber, vielleicht auch den Nationalverband, kurz alle, die das Haus des allgemeinen Wahlrechts nicht wollen, aus den Gründen, aus denen sie die Wahlreform bekämpfen, mehr noch heute aber, weil dieses Wahlrecht der Arbeiterklasse eine so große Machtposition gegeben hat. Durch das allgemeine Wahlrecht ist die Sozialdemokratie als aktive Partei in das parlamentarische Leben in einer Stärke hineingestellt worden, die fast unerträglich ist für die bürgerlichen Parteien, und eine Obstruktion der Sozialdemokratie — eine ernste Obstruktion, denn Sie werden uns doch nicht zumuten, daß wir die Faxen der Ruthenen und Südslawen aufführen — kann meiner bescheidenen Auffassung nach nur mit der Zertrümmerung des Parlaments enden. Es ist gesagt worden, wenn das Parlament nicht arbeitsfähig ist, soll es zum Teufel gehen; wenn wir das wollen, dann müssen wir aber Antwort geben auf die Frage: Was dann und welches Instrument geben wir der Arbeiterschaft in die Hand, um ihren politischen Willen wirksam zur Geltung zu bringen? Diese Antwort müssen Sie uns geben und ich harre ihrer.

Darum möchte ich aber auch nicht mit Seitz sagen: „In diesem und jenem Fall Obstruktion." Ich werde es mir zum Beispiel im konkreten Fall sehr überlegen, ob wir ein Attentat auf das Koalitionsrecht mit Obstruktion beantworten sollen oder nicht. Das kann man im vorhinein nicht bestimmen, weil eine Reihe von Umständen gegeben sein muß, die im voraus nicht abzusehen sind.

Es kommt noch in Frage: In welcher Situation sind wir parlamentarisch in diesem Augenblick? Es könnte die Sache so stehen, daß wir ohne Obstruktion es dahin bringen, der Vorlage die Giftzähne auszubrechen, so wie das beim Kriegsleistungsgesetz gelungen ist, das ein sehr gefährlicher Anschlag auf das wirtschaftliche Kampfrecht der Arbeiter war. Es kann sein, daß in einem Falle, wo man eine Vorlage gegen das Koalitionsrecht einbringt, eine ähnliche Situation ist. Dann kommt als wichtigstes Moment die Frage ins Gewicht: Wie stehen wir außerhalb des Parlaments? Wie stark sind wir in dem Augenblick des Anschlages außerhalb des Parlaments? Sind wir stark genug, die parlamentarische Aktion in einem solchen Maße zu unterstützen, daß die Entscheidung, wenn sie im Parlament nicht zu unseren Gunsten gewendet werden kann, auf der Straße zu unseren Gunsten herbeigeführt wird? Und schließlich dürfen wir eines nicht ver=

gessen: daß wir nicht allein auf der Welt sind, sondern die anderen auch. Daß wir unsere Taktik nicht allein bestimmen können von der Einsicht in unsere eigene Lage, sondern auch bestimmen lassen müssen von der Einsicht in die Lage der anderen. Wenn die anderen stärker sind, wenn sie eine solche Uebermacht haben, daß wir sehen, wir werden nicht die Stärkeren sein, dann werden wir eine dementsprechende Taktik einschlagen. Anders ist die Taktik, wenn wir oben sind, anders, wenn wir unten in der Wellenlinie der politischen Entwicklung sind. Das alles sind Dinge, die wohl erwogen werden müssen. Und ich möchte nicht, daß wir uns binden mit dem Worte: „Wenn das und jenes kommt, so machen wir Obstruktion", und sind am Ende dann nicht in der Lage, ein hier scheinbar gegebenes Wort einzulösen. Das Kampfmittel der Obstruktion im Parlament kann nichts anderes sein als das parlamentarische Mittel der proletarischen Revolution außerhalb des Parlaments. Wenn wir außerhalb des Parlaments den Kampf auf Leben und Tod führen und den Abgeordneten sagen, jetzt ist die Entscheidung.

Unsere Genossen so in das Wesen des parlamentarischen Kampfes und seiner Bedingungen einzuführen, das ist die große Aufgabe, die uns für die nächste Zukunft gestellt ist, wenn wir diese Debatte hier für die Partei fruchtbar machen wollen.

Regner (Knittelfeld): Es ist den Vertrauensmännern aus der Provinz nicht darum zu tun, hier ein Hochgericht abzuhalten, wir haben den Auftrag, unsere Wahrnehmungen kundzugeben, um unseren Abgeordneten eine Richtschnur zu geben, in der sie sich in Zukunft bewegen sollen. Es wurde so viel von taktischer Klugheit gesprochen, aber nicht das ist es, was uns die Massen entfremdet hat, sondern die Tatsache, daß die Hoffnungen, die im Wahlrechtskampf den Massen von dem kommenden Parlament gemacht worden sind, sich nicht annähernd erfüllt haben. Die breiten Massen halten sich die großen Agitationsversprechungen aus dem Wahlrechtskampf vor Augen und sie sehen die geringen Erfolge des nun tagenden Volksparlaments. Das ist das eigentliche Mißverständnis. Die breiten Massen wollen etwas vom Parlament haben, etwas von dem, was sie sich erhofft, sie sehen aber heute nichts als eine Rednertribüne, von wo unsere Abgeordneten schöne und kräftige Reden halten, die aber den breiten Massen nicht das geringste dienen. Ich stehe nicht auf dem Standpunkt, daß die Obstruktion das Allheilmittel ist und daß es sich heute nur darum handelt: Obstruktion oder nicht. Seitz hat aber diese Frage so gestellt, das ist aber nicht richtig. Seitz hat es damit begründet, indem er sagte: „Sehen Sie sich eine Obstruktion gegen das Budget an." Wenn obstruiert wird, dann wird uns der Minister überhaupt nichts sagen können; er wird spazieren gehen, Zigaretten rauchen und wir erfahren überhaupt nichts von der Zusammensetzung der Finanzen. Aber welches Interesse haben wir, zu wissen, wie sich die Finanzen zusammensetzen, wenn wir kein Mittel haben, diese Zusammensetzung zu ändern? Ich bin schon der Meinung, daß man auch manches tun kann, das nicht gerade Obstruktion ist. Wir haben ja erfahren, daß die Abgeordneten ihre Taktik geändert haben. Erinnern Sie sich an die Frage der Abschaffung des Arbeitsbuches. Die „Arbeiter-Zeitung" hat ausdrücklich geschrieben, in dem Moment, wo der Genosse Jokl mit einer Obstruktionsrede eingesetzt hat, haben sich die Bürgerlichen sofort eingeschränkt und den Forderungen der Sozialdemokratie entsprochen. Mag sein, daß dies vielleicht nicht völlig klar mitgeteilt wurde, daß da irgend etwas hinter den Kulissen geschoben wurde, wir wissen es nicht und die Massen wissen es auch nicht. Aber in der „Arbeiter-Zeitung" ist es so gestanden. Warum war damals Obstruktion möglich? (Leuthner: Weil es sich um eine Kleinlichkeit gehandelt hat, so theoretisch sind die Massen nicht, die Kleinigkeiten von anderen Sachen scheiden zu können.) Die Massen sagen, wenn es da ging, warum nicht auch bei anderen Fragen des proletarischen Interesses? Auf die Obstruktion der Separatisten, die bei der Wehrreform niedergerungen wurde, will ich nicht eingehen. Seitz sagt,

eine Wehrreform zu obstruieren sei nichts anderes, als die Möglichkeit geben, daß sie gemacht wird. Und weiter kommt er dann zu einem Gedankengang, den ich mir nicht erklären kann, er sagt: Auch ich komme in die Versammlungen heraus und sehe nicht, daß es den Massen so schlecht geht. Ja, sollen denn die Massen, gerade weil wir jetzt eine ungünstige politische Stituation haben, alle jene Erfolge verlieren, die sie im jahrzehntelangen Kampf erobert haben? (Rufe: Das ist ein Mißverständnis!) Seitz hat vom Schlechtgehen im politischen Sinne gesprochen. Wenn es ein Mißverständnis ist, so lasse ich mich gern belehren.

Man sagt, man könne die Massen nicht in Bewegung setzen, weil sie so verdrossen seien; aber ich sage, die breiten Massen sind zu interessieren, wenn sie sehen, daß die Partei wieder Partei wird. Heute ist nicht nur das Vertrauen zum Parlament erschüttert, sondern auch das Vertrauen zur Partei. Diese Parteifremdheit, die heute besteht, ist es, welche die Agitationsmöglichkeit benimmt.

In der Diskussion wurde auch unser seinerzeitiges Agitationsmittel angeschnitten, der § 14. Man sagt, der § 14 sei ein österreichisches Uebel, das zu bekämpfen nicht möglich ist. Genosse Bauer sagt, entweder der § 14 wird bestehen, oder er wird mit Oesterreich fallen. Da kommen wir auf ein Gebiet der Theorie, und wenn wir den Massen in einer Volksversammlung einen solchen nationalökonomischen Vortrag halten wollen, da würden uns die Massen nicht verstehen. Hier tritt der Akademiker auf den Platz. (Dr. Bauer: Darauf kommt es nicht an.) Ist es wahr oder ist es nicht wahr, ob es wahr ist oder nicht, das können wir den Massen durch einen Artikel im „Kampf“ nicht erklären. Man kann sich im „Kampf“ auf den Standpunkt stellen, daß etwas nach der Theorie nicht nötig ist, aber vom Standpunkt der Praxis in der Volksversammlung müssen wir sagen, daß es möglich ist. (Dr. Bauer: Das sollen Sie eben nicht.) Wenn man alles auf die Entwicklung der Dinge vom Standpunkt der nationalen Oekonomie aufbauen wollte, so müßten wir so lange warten, bis sich, wie es Seliger gesagt hat, die Dinge von selbst entwickeln. Aber es ist durch das Eingreifen in die Dinge schon möglich, die Entwicklung vorwärts zu treiben. Ich bin nicht der Meinung, daß die Obstruktion ein Allheilmittel ist, aber ich würde eine Aenderung der Taktik, die den Massen verständlich ist, empfehlen, und bitte Sie daher, den diesbezüglichen Antrag anzunehmen.

Emmy Freundlich (Wien): Ich glaube, daß niemand für diese Diskussion so dankbar sein müßte, wie unsere Fraktion. In Volksversammlungen ist es gewöhnlich nicht möglich, so eingehend über diese Frage zu sprechen, wie hier auf dem Parteitag. Genosse Seliger hat es ja auch ausgesprochen, daß diese Diskussion notwendig war. Und wenn Sie dabei gewesen wären, wie wir auf unserer Bezirkskonferenz über den Antrag des Genossen Deutsch die Debatte hatten, so hätten Sie gesehen, daß wir noch niemals eine so lebhafte Diskussion hatten wie damals. Auch in der Provinz waren die Diskussionen darüber, ob die Taktik unserer Fraktion eine richtige ist oder nicht, außerordentlich lebhaft. Nun hat aber auch die Diskussion im Kampf gewiß gezeigt, daß über die Frage der parlamentarischen Taktik sich sehr viele Parteigenossen die Köpfe zerbrechen. Es ist nur leider in der Diskussion im Kampf an der unrichtigen Stelle angesetzt worden. Man hat sich mit dem § 14 als Hauptübel befaßt. Aber ich hätte geglaubt, der Staatsstreich in Böhmen hätte die Genossen überzeugen müssen, daß man Staatsstreiche nicht nur mit, sondern auch ohne § 14 machen kann. Und wenn wir den § 14 in der Staatsverfassung nicht hätten, so würde gewiß die Staatsregierung den Mut aufbringen, eine solche Verordnung unter Umständen aus eigener Machtvollkommenheit zu erlassen. Genosse Bauer hat auf dem außerordentlichen deutschböhmischen Landesparteitag gesagt: „Wir müssen noch einmal an alle Machtfaktoren appellieren und die Frage stellen, ob sie nicht mithelfen wollen, diesen Staat erträglich zu

gestalten durch die Durchführung der nationalen Autonomie." Man hat auch in Böhmen eine Aktion für die nationale Autonomie eingeleitet. Aber ich meine, daß es gar nicht angeht, daß wir diese nationale Autonomie, die für die Entwicklung des österreichischen Staates von so grundlegender Bedeutung ist, immer nur als eine Frage der Utopie behandeln und so wenig praktische Agitation für sie leisten, als ob die nationale Autonomie in absehbarer Zeit nicht eingeführt werden könnte. Vor allem meine ich, daß diese nationale Autonomie nicht nur für Böhmen und nicht durch die Nation in Böhmen allein durchgesetzt werden kann, sondern daß diese Frage eine Lebensfrage des ganzen Staates ist, und daß sie nur gelöst werden kann, wenn eine Gesamtaktion des gesamten Proletariats Oesterreichs für sie arbeitet. Wir dürfen nicht vergessen, daß alle anderen Sorgen immer wieder zurückstehen müssen, weil wir keine Klärung unserer nationalen Verhältnisse in Oesterreich haben. Wir haben es auch bei der Wahlreform gesehen, daß dem vereinigten Ansturm des Proletariats es möglich war, die nationalen bürgerlichen Parteien zur nationalen Verständigung in der Wahlreform zu zwingen. Vielleicht wäre es auch möglich bei der nationalen Autonomie, diese Verständigung zu erzwingen. Ich meine, die Unzufriedenheit mit unseren politischen Verhältnissen ist nicht nur eine Unzufriedenheit mit dem Parlament, sondern es hängt die Unzufriedenheit auch damit zusammen, daß es in der letzten Zeit nicht möglich war, eine große Massenaktion des österreichischen Proletariats durchzuführen. Alles, was wir in den letzten Jahren in Volksversammlungen gemacht haben, ist immer nur von geringem Erfolg begleitet gewesen. Viele glauben, weil die Wirkung der Volksversammlung abgenommen hat, so wäre das ein Beweis des Parteistillstandes. Aber da wird eines übersehen. Bis zum Jahre 1907 hatten wir nur eine einzige Verbindung mit dem Volk, und das waren die Volksversammlungen. Seit 1907 ist aber unsere Fühlung mit den Arbeitern viel inniger geworden durch die Bildungsarbeit. Diese Leute sind früher in Volksversammlungen gekommen, haben dort vielleicht auch Beifall gejubelt, aber sie haben gewiß nicht jenen Vorteil gehabt, den sie und die Partei heute von der wirksamen Erziehungs- und Bildungstätigkeit unserer Partei haben. Ich glaube aber auch, daß wir viel zu wenig an die Massen appellieren. Nehmen Sie zum Beispiel das Kriegsleistungsgesetz. Es ist in der „Arbeiter-Zeitung" und Presse eingehend darüber geschrieben worden, aber wieviel Volksversammlungen haben sich damit befaßt? (Rufe: Sehr viele!) Es war die Aktion lange nicht so groß und umfassend, wie sie hätte sein können und wie sie hätte sein müssen, und ich meine, wenn die Mißstimmung, die heute von einem Teil der Parteitagsdelegierten zum Ausdruck kommt, wirklich behoben werden soll, so kann das nicht geschehen, bloß dadurch, daß vielleicht eine radikalere Taktik im Parlament Platz greife, sondern wir werden im allgemeinen eine viel regere öffentliche Tätigkeit entfalten müssen. Wir haben heute in den Lokalorganisationen kein wirkliches geistiges Leben. In diesen Organisationen wird nicht diskutiert, und wenn Genossin Schlesinger gemeint hat, die Diskussion in der Partei werde beschränkt, so glaube ich, daß wir in der Partei heute noch zu wenig das Bedürfnis nach Diskussionen haben. Ich meine auch, daß auch da die Parteivertretung die Initiative ergreifen müßte, Diskussionen in den Lokalorganisationen anzuregen. Wir in unserer Frauenorganisation sind imstande, von der Zentrale aus, solche Diskussionen anzuregen und in Fluß zu bringen. Ich glaube, daß das auch in der gesamten Partei möglich wäre. Skaret hat daran erinnert, daß ohnedies schon Dispositionen über Referate hinausgeschickt werden. Aber die bekommen doch nur die wenigen Referenten. Dadurch kommt noch keine Diskussion zustande. Wir müssen eine Publikation schaffen, welche die Vertrauensmänner in die Hand bekommen, und auf Grund deren sie in den Vertrauensmännerversammlungen zu diskutieren imstande wären. Viele Fragen werden ja im „Kampf" diskutiert. Aber

die Artikel des „Kampf" eignen sich auch gewöhnlich nicht zur Diskussion, weil sie meist viel zu schwer sind, als daß sie der einfache Vertrauensmann zu Diskussionen verwenden könnte.

Wenn die Diskussion einen Wert haben soll, müssen wir sie hinaustragen in jede einzelne kleine Organisation im ganzen Reich. Wir müssen dafür sorgen, daß die breite Parteiöffentlichkeit sich mit diesen Fragen beschäftigt, daß dasjenige, was wir zur Klärung beigetragen haben, nicht im Protokoll verschwinde, sondern die Massen es erfahren und miterleben, damit so das Verständnis für die Fragen der österreichischen Politik eine tiefere Grundlage bekomme. Daß diese Diskussion notwendig ist, nicht nur hier, sondern überall in unseren Organisationen, beweist das lebhafte Interesse, das die Verhandlungen des Parteitages überall gefunden haben. Sie brauchen sich ja nur die vollbesetzten Galerien anzuschauen. Nur wenn das Verständnis der Parteigenossen für die Fragen der politischen Taktik, der parlamentarischen Taktik geweckt wird, werden wir imstande sein, die etwa auftauchenden Mißstimmungen zu bekämpfen und wieder die Parteigenossen zu großen politischen Aktionen zu versammeln, die dann die indifferenten Massen mit sich fortreißen werden. Fehlt aber diese große Aktion außerhalb des Parlaments, dann kann es auch nicht eine große Aktion im Parlament geben. Diese beiden Aktionen müssen Hand in Hand gehen. Nur dann können wir erwarten, daß die ganze Bevölkerung hinter den Forderungen der Sozialdemokratie stehen wird.

Taucher (Eggenberg): In der Diskussion scheint es, als ob viele Genossen vergessen würden, daß wir nicht in Deutschland leben, sondern in Oesterreich, und daß die Taktik sich auch danach richten muß. Mit dem Antrag der Grazer Genossen ist gewiß nicht beabsichtigt, der Fraktion einen Vorwurf zu machen für die Taktik, die sie bisher beobachtet hat. Es ist nur die Frage aufgetaucht, ob auch weiterhin diese Taktik im Parlament aufrechterhalten werden kann. Wir Arbeiter in der Fabrik haben sehr oft das Gefühl, wenn wir sehen, wie die nationalen Parteien wegen ihrer Straßentafeln und dergleichen das Parlament herabwürdigen, wenn sie das Parlament zwingen, sich mit ihren Sachen zu befassen, die die breiten Massen des Volkes nichts angehen und dafür die Fragen des Volkes vernachlässigen, daß doch auch unsere Fraktion, wenn es auf andere Weise nicht geht, diese unsere Fragen auf die Tagesordnung zu bringen, durch Obstruktion den Forderungen der Arbeiter, die die Träger der Kultur, die die Träger des Staates sind, Nachdruck zu verschaffen. Die Grazer haben nicht beabsichtigt, das Parlament zu zerschlagen. Das ist ihnen ferngelegen. Die Unzufriedenheit über die Fraktion ist ja schon hier besprochen worden, die Fraktion wird gewiß uns nur dankbar sein, daß wir ihr Gelegenheit geben, die Stimmungen in den Massen ungeschminkt kennen zu lernen. Wir aber glauben, daß, wenn es notwendig werden sollte, im Parlament mit den schärfsten Mitteln vorzugehen, die Arbeiter auch hinter der Fahne stehen werden, die sie selbst aufgerollt haben.

Ich teile die Ansicht des Genossen Seitz selbst, daß unsere Partei zu schwach ist, und nicht nur in Wien, sondern in allen Lokalorganisationen in der Provinz gestärkt werden muß, damit wir als Träger der Partei befriedigt sein können.

Rapoldi (Innsbruck): Die heutige Debatte zeigt uns, daß auch ein Teil unserer Parteigenossen vom Niederschlag der verrotteten österreichischen Politik stark beeinflußt ist. Denn wenn wir uns fragen, worin im Grunde das Verlangen, daß unsere Fraktion obstruieren soll, wurzelt, so können wir nur sagen: in nichts anderem als in der echt österreichischen Ansicht, daß jeder Schaden und jedes Unheil nur durch Zerstörung gutgemacht werden kann.

Soweit das Denkvermögen von uns jüngeren Leuten zurückreicht, ist in Oesterreich obstruiert worden. Es wurde unter Badeni obstruiert, worauf das Parlament lange Jahre hindurch arbeitsunfähig blieb; nun kommen

Parteigenossen und verlangen, daß diese Politik der Obstruktion, die damals zu einer langen Aera des § 14-Regimes führte, aufgenommen und fortgesetzt werden soll von unseren Abgeordneten! Eine solche Forderung muß aus mehrfachen Gründen abgelehnt werden. Erstens weil wir wissen, daß die seinerzeitige Obstruktion eine unheilvolle Erziehung der österreichischen politischen Oeffentlichkeit zur Folge gehabt hat (Sehr richtig!), und daß füglich jene, die verlangen, daß unsere Fraktion Obstruktion um der Obstruktion willen mache, begehren, daß wir dieses „Erziehungswerk" fortsetzen. Das kann nicht unsere Aufgabe sein! Zweitens müssen wir bedenken, daß jede Obstruktion das Parlament verneint. Wir haben die Wahlrechtskämpfe nicht geführt, um das Parlament zu zerschlagen, und darum zu zerschlagen, daß es die Arbeiter später unter den größten Kämpfen wieder aufzurichten haben. (Lebhafte Zustimmung!) Genosse Seliger hat gesagt, es sei ein großer Unterschied, wer im Parlament obstruiert. Dann möchte ich beifügen: Triumphieren würden die Reaktionären in ganz Oesterreich, wenn wir obstruieren wollten, so wie es heute bürgerliche Parteien tun, unter allen Umständen und unter jeder Voraussetzung, nur, um geringe kleine Tageskonzessionen herauszuschlagen. Dadurch würden wir den Parlamentarismus lächerlich machen, und die Reaktionäre würden sagen, die Arbeiterschaft und die sozialdemokratische Partei ist gar nicht reif für den Parlamentarismus. Es ist heute ein Vergleich gezogen worden zwischen der Generalstreikdebatte in Deutschland und unserer heutigen Debatte. Es ist aber ein Vergleich nicht möglich. In Deutschland hat man ein Kampfmittel erwogen, das den Weg zum Fortschritt ebnen soll, das der Partei das gleiche Wahlrecht in Preußen erringen soll; wir erwägen aber ein Kampfmittel, das totsicher unser gleiches Reichsratswahlrecht vernichten würde.

Setzen wir den Fall: Unsere Partei hätte gegen die Wehrreform obstruiert, sie wäre in diesem Fall vielleicht mit Enthusiasmus gefeiert worden, und viele Genossen hätten Beifall geklatscht. Die Bürgerlichen aber hätten gesagt: „Gott sei Dank, daß den Sozialdemokraten dieser Einfall gekommen ist; sie haben uns der unangenehmen Aufgabe enthoben, für die Wehrreform zu stimmen! Also, Regierung, nimm die sozialdemokratische Obstruktion zum Anlaß, sperr zu die Bude, verordne die Wehrreform mit dem § 14!" Und dann hätten die Parteien weiter gesagt: Wir werden nun hinausgehen und in Versammlungen verkünden: Wenn die Wehrreform so schlecht ist, so viele Lasten bringt, so sind nur die Sozialdemokraten schuld daran. Wir waren bereit, sie zu verbessern, und gründlich zu verbessern, aber die Sozialdemokraten mit ihrer dummen Obstruktion haben uns diese Möglichkeit genommen. (Deutsch: Ausreden werden sie immer haben!) Seit langen Jahren wird der kleine Finanzplan verhandelt, der indirekt auch zur Deckung der Kriegsausgaben dienen soll. Wenn wir die Wehrvorlage obstruiert hätten, dann wäre die Regierung nicht bei der Oktroyierung der Wehrvorlage stehen geblieben, auch die Steuern hätte sie gleich mitoktroyiert; wir hätten Soldaten und Steuern mit dem § 14 bekommen. Das wäre das Resultat der Politik, die hier von verschiedenen Seiten gewünscht wurde. Auch in Zukunft könnte eine Obstruktion unter allen Umständen nur das gleiche Ergebnis haben!

Diese Unzufriedenheit mit der Partei und mit der ganzen Politik ist nicht zurückzuführen darauf, daß die Partei so wenig erreicht, sondern auf die gesamten österreichischen Verhältnisse, auch auf die Rechtlosigkeit der Arbeiter in der Gemeinde, die jedem Arbeiter so empfindlich wird, wie auf die Rechtlosigkeit in den Ländern und auf die allgemeine Rechtlosigkeit des Proletariats. Wenn wir in den Gemeinden ein besseres Wahlrecht und eine stärkere Vertretung hätten, könnten wir auf dem Gebiet des Wohnungswesens und der Approvisionierung der Städte sehr viele Erfolge erzielen, und man würde nicht so sehr fragen, ob die Fraktion im Parlament wohl viel erreicht. Das Auge aller Arbeiter ist nur auf das Parlament ge-

richtet, weil es eben die einzige Stätte ist, auf die das arbeitende Volk Einfluß hat. Wir sollten nicht verlangen, daß auch diese Stätte vernichtet, sondern dafür kämpfen, daß uns auf allen Gebieten ein Recht und damit die Möglichkeit gegeben werde, für die Besserstellung des Proletariats zu wirken. Man verlangt von der Fraktion Maßnahmen gegen die Wohnungsteuerung. Ich glaube, es wäre besser, für mein gutes Wahlrecht in der Gemeinde zu kämpfen, um dann in der Gemeinde für diese Forderung zu kämpfen. Man verlangt von der Fraktion alles mögliche, was in die Zuständigkeit der Landtage fällt. Auch für die Landtagsstuben müssen wir um das gleiche Wahlrecht energisch kämpfen, damit wir dann drinnen die notwendigen Verbesserungen herbeiführen. Also Kampf um neue Rechte, nicht Zerstörung des Rechtes, das wir schon haben!

Nun komme ich auf einen Punkt, wo ich der Partei nachsagen muß, daß ihre Politik nicht richtig und zum Ziel führend ist. Hier muß ich die Partei einer Opportunität beschuldigen — nicht einer im Parlament, die mitunter ganz gesund sein kann, sondern einer anderen. Man glaubt an eine Wiedervereinigung mit den Separatisten, und unterläßt deshalb alles, was wirklich sozialdemokratisch und international ist, zu einer festen Arbeitsgemeinschaft zusammenzuführen. Wir können Kämpfe um Erweiterung des Gemeindewahlrechtes und des Landtagswahlrechtes und um die Umgestaltung des Staates nicht führen, solange über die sozialdemokratischen Gruppen kein Ueberbau, keine Zusammenfassung besteht. Man glaubt, die Separatisten werden wieder zurückkommen. Die Zeit werde sie kurieren. Ich aber glaube, daß sich die Separatisten immer weiter und weiter von uns entfernen werden, und daß es deshalb an der Zeit ist, alles, was sozialdemokratisch ist, zur festen Geschlossenheit zusammenzufassen und dann einen gemeinsamen Kampf zu eröffnen für die Umgestaltung dieses Staates. Es hat einen merkwürdigen Eindruck auf viele Parteigenossen gemacht, besonders in jenen Orten, wo man vom Separatismus nicht unmittelbar berührt wird und seine ganze Entartung nicht so genau kennt, als zum Beispiel in Deutschböhmen die Frage der nationalen Autonomie angeschnitten worden ist, aber nur von den deutschen Arbeitern. Mancher Arbeiter mußte sich fragen, ob diese Aktion zum Erfolg führen kann, solange nicht auch die tschechischen Arbeiter das gleiche verlangen und mit den deutschen ums gleiche Ziel kämpfen. So ist auf der ganzen Linie in der Partei eine Schwäche. Das drückt auch das Bewußtsein der Arbeiter und schwächt ihre Kampfenergie. Wir sagen, wir wollen im Staat die Gesellschaft umgestalten, und auf der anderen Seite hat unsere Partei, die dieses Werk vollbringen soll, heute eine leider sehr schwache Zusammenfassung zwischen den einzelnen Gruppen und Gliedern.

Seitz hat gestern trefflich erklärt: „Sozialisten machen aus den Arbeitern, das ist unsere Aufgabe!" Ich sage ja, Sozialisten machen, sie aufklären über die österreichischen Tatsachen, sie unterrichten, um was sie eigentlich kämpfen, daß nicht Augenblickserfolge das Ziel unseres Kampfes sind, daß wir höheren Zielen zustreben. Aber die Voraussetzung einer gedeihlichen Erziehungsarbeit ist, daß wir auch wieder zusammenkommen als internationale, geschlossene Partei. Dann können wir auf allen Gebieten einen viel entschiedeneren Kampf führen als heute, wo einmal die, ein andermal eine andere Gruppe anzieht, und so ein gemeinsamer Zug, ein gemeinsames Vorwärtsstreben nur in den seltensten Fällen zu verzeichnen ist.

Schrammel (Wien): Wenn hier auf dem Parteitag Klage geführt wird, daß die großen Massen der Bevölkerung dem Parlament und der Partei mißtrauisch gegenüberstehen, und wenn hier gesagt wird, daß eine Verdrossenheit deshalb besteht, weil im Parlament von unseren Abgeordneten nicht das gemacht wird, was erhofft worden ist, so müssen wir uns eigentlich selbst anklagen, denn es ist ein Beweis, daß die Massen nicht genügend über den Parlamentarismus und über die Tätigkeit unserer

Abgeordneten im Parlament durch die Jahre hindurch aufgeklärt worden sind. Wir haben, als wir in den Wahlkampf vor so viel Jahrzehnten eingetreten sind, doch ausdrücklich in jeder Versammlung erklärt, daß das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht nicht das Allheilmittel ist, daß es für uns genau so wie alle politischen Rechte, die wir uns erobert haben oder erobern müssen, ein Mittel zum Zweck ist, und es hat auch zu jener Zeit niemand gegeben, der geglaubt hat, daß mit der Einführung des Wahlrechts die soziale Frage gelöst werden kann. Als wir damals die Kämpfe um dieses Wahlrecht begonnen haben, haben wir diese auf Grund unseres Programms geführt. Da haben wir im Programm geschrieben, daß wir, ohne den Wert des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts zu verkennen, dafür kämpfen müssen. Es ist also meiner Auffassung nach ganz ungehörig, wenn wir die Klage führen, daß das heutige Parlament nicht dasjenige bringt, was wir eigentlich von ihm erwartet haben. Es ist gesagt worden, daß das Parlament ein bürgerliches Parlament ist. Es ist selbstverständlich, daß solange die Masse der Bevölkerung, die Masse der Wähler nicht sozialdemokratisch wählt, die Mehrheit aus bürgerlichen Abgeordneten bestehen muß. Und in einem solchen Parlament ist es schwer möglich, die kleinsten Arbeiterschutzgesetze zu erringen. Es ist von verschiedenen Genossen ja nicht verlangt worden Obstruktion unter allen Umständen, sondern nur in gewissen Fällen. Andere wieder haben nur eine schärfere Taktik verlangt. Manche Genossen weisen darauf hin, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten ja schon einmal im Parlament eine Obstruktion durchgeführt haben, die ihre Wirkung nicht verfehlt hat. Als wir im Jahre 1897 zum erstenmal in das Parlament eingetreten sind, und als wir damals gezwungen wurden, Obstruktion zu machen und uns mit allen Mitteln gegen die Gewaltherrschaft zu wehren, ist die Sache anders gestanden. Damals war es unsere Aufgabe, uns vor einer Vergewaltigung zu schützen und dieses elende Kurienparlament zu zertrümmern, zu trachten, etwas Besseres zu bekommen. Heute, nachdem wir durch viele Jahrzehnte um das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht gekämpft haben, wäre es meiner Auffassung nach ein Verbrechen, dieses Parlament, das wir mit so schweren Opfern erobert haben, durch eine Obstruktion zu zertrümmern. Welche Aufgaben haben denn unsere Genossen im Parlament? Doch nicht die, Gesetze mit der Obstruktion zu verhindern, sondern die Aufgabe, den Massen zu zeigen, wer ihr Freund und wer ihr Feind ist. Es ist oft viel wichtiger, anstatt ein Gesetz mit Obstruktion zu verhindern, die anderen schuldig werden zu lassen. Es ist sehr wichtig, den Massen zu zeigen, wie rücksichtslos und brutal die bürgerlichen Parteien und ihre Vertreter sind, wie infam und niederträchtig die bürgerlichen Parteien an den Proletariern handeln.

Ganz mit Recht ist hervorgehoben worden, daß es notwendig ist, in Zukunft über die Tätigkeit unserer Abgeordneten die Massen besser aufzuklären. Es ist unsere Aufgabe, die Schwierigkeiten, die unsere Genossen im Parlament haben, in dem Proletariat aufzuzeigen; wie schwer es ist, im Parlament für die Arbeiterklasse Erfolge zu erzielen, wo fünf Sechstel der Abgeordneten aus Bürgerlichen besteht. Wir haben die Aufgabe, die Leute zu überzeugen, daß der Klassenstaat nichts anderes hervorbringen kann als diese Klassenpolitik der Bürgerlichen gegen die Arbeiter und daß wir mit unserem Programm eben recht haben, das da sagt, weg mit diesem Klassenstaat. Ich möchte nur wissen, worin eigentlich die schärfere Taktik bestehen soll. Eine schärfere Taktik ist nur mehr die Obstruktion, denn eine rücksichtslosere Opposition kann in einem Parlament nicht gemacht werden, als sie unsere Abgeordneten in den Ausschüssen und im Plenum des Hauses ohnedies schon machen. Wer das nicht weiß, der kann nur die Berichte darüber nicht lesen oder nicht mit jenem Verständnis lesen, das man erwarten sollte. Wir erhalten in der „Arbeiter-Zeitung" Tag für Tag klar und deutlich vor Augen geführt, welch schwieriges Amt unsere Genossen

im Parlament haben und leisten, und ich möchte nur wünschen, daß alle diejenigen, die ihre Unzufriedenheit ausdrücken, ins Parlament kämen und dort mitarbeiten müßten, damit sie sehen, wie schwer darin zu arbeiten ist, und daß eine schärfere Taktik, die Obstruktion, uns nur Schaden bringen könnte. Was aber die Obstruktion bedeutet, darüber brauche ich nicht weiter mehr zu reden. Die Obstruktion bedeutet die Zertrümmerung des Parlaments. Wir dürfen auch nicht übersehen, daß die Unzufriedenheit zum größten Teil durch die traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse hervorgerufen wird, die die unglückselige Politik der Herrschenden über unsere Länder gebracht hat. Die Masse leidet, sie darbt und hungert und versteht nicht, was die Schuld dieses Elends ist. Und so richtet sich ihre Unzufriedenheit gegen die Abgeordneten. Es ist unsere Aufgabe, der Masse die wahren Ursachen dieses Unheils zu zeigen. Auch ich stehe auf dem Standpunkt des Genossen Seitz, daß unter allen Umständen die Obstruktion nicht abzulehnen ist, aber das müssen wir schon unseren Genossen im Parlament überlassen, wann der entscheidende Moment gekommen ist, mit ihr einzusetzen. (Zustimmung.) Aber Vorschriften zu machen und ihnen zu sagen, eine Obstruktion ist unter allen Umständen notwendig, damit die Massen draußen befriedigt werden, das, Genossen, kommt mir ein bißchen demagogisch vor. (Lebhafte Zustimmung.) Jeder Parteigenosse muß wissen, wie weit im Parlament zu gehen ist und wie die wirtschaftlichen Verhältnisse in Oesterreich stehen. Darüber die Massen aufzuklären und sie zu denkenden Sozialdemokraten zu machen, ist unsere Pflicht, und wenn wir die erfüllen, wird die Verdrossenheit in ihnen nicht aufkommen. (Großer Beifall.)

Dr. Friedrich Adler (Wien): Die Debatte hat sich von der Kritik unserer Klubfraktion zur Erörterung des Problems des Parlamentarismus überhaupt erhoben. Insbesondere die Genossen Seliger und Rapoldi haben schon darauf hingewiesen, daß, wenn wir die Unzufriedenheit unserer Parteigenossen in ihrer Wurzel begreifen wollen, es sich nicht einfach darum handeln kann, unsere Fraktion als isolierte Erscheinung zu betrachten, sondern daß wir sie in einem weiteren Zusammenhang betrachten müssen. Genosse Seliger hat auf Deutschland hingewiesen, das uns als Muster dafür dienen soll, wie man über die Bedeutung und über die Leistungsfähigkeit des Parlamentarismus zu urteilen hat. Aber wir brauchen nicht, wie Genosse Seliger meinte, Neues zu lernen, wir müssen uns nur zurückerinnern an unsere Anfänge, an das, was vor fünfundzwanzig Jahren in Hainfeld beschlossen worden ist, was damals unsere Meinung über den Parlamentarismus war, um wieder auf den rechten Weg zu kommen. Es ist das große Verdienst des Hainfelder Parteitages, daß er sich über die Bedeutung und den Wert des Parlamentarismus deutlich dahin ausgesprochen hat: „Wir fordern das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, ohne uns über den Wert des Parlamentarismus einer Täuschung hinzugeben."

Daß seither andere Auffassungen über die Bedeutung des Parlaments in der Arbeiterklasse Eingang gefunden haben, wollen wir niemand zum Vorwurf machen, sondern wir wollen versuchen, zu erklären, wodurch denn eigentlich diese Ueberschätzung des Parlamentarismus entstanden ist. Denn das scheint mir der Kern zu sein: die Unzufriedenheit der Genossen hat ihre letzte Wurzel in der Ueberschätzung des Parlamentarismus. Man mutet ihm Unmögliches zu, Dinge, die eine sozialdemokratische Partei ihm niemals zumuten kann. Diese Ueberschätzung des Parlamentarismus ist eine notwendige, eine geschichtliche Folge unseres Wahlrechtskampfes. Wer weiß, welche ungeheure Energie ausgelöst werden mußte, um das Wahlrecht zu erringen, der wird es jedem Redner, jedem Redakteur verzeihen, wenn er in diesem Kampfe dem Parlament mehr zutraute, als es leisten kann. Ebenso muteten die Genossen, nachdem die ersten Wahlen auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes vorüber waren, dem „Volks"parlament, dem Kurienparlament gegenüber geradezu Wunder zu,

die es nicht leisten kann. Aber wer könnte den Genossen, die in der damaligen Kampfzeit in einer Fülle glänzender Artikel über den Wert des Parlaments und den Wert des allgemeinen Wahlrechtes geschrieben haben, einen Vorwurf machen, wenn sie die Bedeutung des Parlaments übertrieben? Diese Artikel hatten damals eine wichtige taktische Bedeutung, das allgemeine Wahlrecht mußte gegen die Attentate der Herrenhäusler und anderer Reaktionäre gesichert werden und dazu mußte das Bewußtsein erweckt werden, daß das Parlament ein Gut ist, das wir als Sozialdemokraten zu verfechten haben. Wenn heute der Ausdruck gefallen ist: „Lieber den Absolutismus als einen derartigen Scheinkonstitutionalismus!", dann muß ich sagen, man muß sich wundern, daß man in sechs Jahren so schnell vergessen kann. (Lebhafte Zustimmung.) Ich glaube, wir sollen uns ein Muster nehmen an jener deutschen Sozialdemokratie, die ohne nennenswerte positive Erfolge Jahr um Jahr gearbeitet hat und sich nicht durch das Fehlen dieser Augenblickserfolge niederdrücken ließ. Wir müssen uns klar darüber sein, daß das, was wir der Arbeiterklasse zu sagen haben, in eine andere, in eine tiefere Form gebracht werden muß, als es oft geschieht. Wir dürfen nicht glauben, wir werden die Wähler gewinnen durch die Erfolge, die wir ihnen geben können. Sehen Sie nach Deutschland: da kommt kein Arbeiterabgeordneter in eine Versammlung und sagt: „Seht, das und das haben wir durchgesetzt," sondern sie sagen: „Das und das haben unsere Klassengegner im Parlament niedergestimmt und vereitelt, obwohl wir uns mit aller Energie dafür eingesetzt haben. Schaut diese Schandkerle an, das haben sie uns abgelehnt. Es muß die Menge der gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung Entrüsteten wachsen, es muß immer mehr dahin gestrebt werden, daß die Sozialdemokratie wächst, dann wird es anders."

Bei uns sagen die Leute: „Wenn keine positiven Erfolge da sind, was nützt das Parlament?" Da ist es notwendig, aufzuklären, daß wir das Wahlrecht brauchen vor allem als Volkszählung der Sozialdemokratie, damit wir wissen, wie weit unsere agitatorische Tätigkeit Früchte gezeitigt hat, und zweitens als Instrument der Kritik am Klassenstaat. Daß wir die Hoffnung haben, aus dem nationalen Durcheinander kleine Erfolge herauszubringen, darf nicht im Mittelpunkt des Interesses stehen. Wir wollen jeden Erfolg, den wir haben können, heimbringen; auch die deutschen Genossen tun es. Aber es wird sich niemand der Täuschung hingeben dürfen, daß, so groß ein solcher Erfolg auch sein kann, er nur eine Nebensächlichkeit sein kann gegenüber den großen Aufgaben der Sozialdemokratie, gegenüber der Organisierung der arbeitenden Klasse zur Erreichung des sozialistischen Endzieles.

Nun hat Rapoldi gesagt, es wäre ja alles sehr schön, wenn nicht ein gewisser Mangel da wäre in Bezug auf die internationale Geschlossenheit. So sehr ich mit den übrigen Ausführungen Rapoldis einverstanden sein kann, glaube ich sagen zu müssen, daß der Mangel nicht dort zu suchen ist. Wir haben die Möglichkeit als deutsche Sozialdemokraten, sozialdemokratische Aufklärungsarbeit zu verrichten, Entwicklungsziele des Sozialismus aufzuweisen, und daran kann uns der Separatismus, so wenig ich ihn unterschätze, keineswegs hindern.

Die Obstruktion ist heute als Heilmittel gepriesen worden, aber die Argumente für sie haben in der Debatte keine sehr große Stütze gefunden. Was uns immer als historisches Beispiel angeführt wird, unsere Obstruktion gegen Badeni, der Sturm auf das Präsidium im Jahre 1897, ist allerdings ein Beispiel, aus dem wir lernen können. Wir hatten den Erfolg, daß Badeni fortgejagt wurde durch unsere Obstruktion im Parlament und unseren Kampf auf der Straße. Aber ebenso ist dieser Fall auch das beste Beispiel für die Grenzen der Möglichkeit der Obstruktionstaktik. Erinnern Sie sich, was die ganzen fünf Jahre nach Badenis Fall geschehen ist! Dieselben vierzehn mutigen Männer waren weiter unsere

Abgeordneten; wir können nicht sagen, daß sie den Mut eingebüßt hätten, und sie waren auch weiter zu jedem Opfer bereit. Und was ist geschehen? Es sind die unerhörtesten Mißbräuche begangen worden mit dem § 14. Ich erinnere Sie nur an die Oktroyierung der Zuckersteuer. Wenn wir aus der Geschichte lernen wollen, dann können wir nicht nur aus dem 28. November 1897 allein lernen, sondern auch aus den fünf Jahren, die ihm gefolgt sind. Da lernen wir, daß die Obstruktion ein Mittel ist für einen gewissen Augenblick, aber nicht etwas, mit dem wir alles machen können. Die Obstruktion, die wir machten, war etwas Neues und etwas Großes, was Ansehen hatte. Die Obstruktion, die heute gemacht wird, ist vollkommen diskreditiert. Wenn Sie heute im Volke fragen, wird man Ihnen in Analogie zu dem Worte eines großen Staatsmannes, der sagte: „Mit dem Ausnahmszustand kann jeder Esel regieren", antworten: „Obstruktion machen kann jeder Esel." Es ist kein Zweifel, daß sie das Leichteste ist, das im Parlament vollbracht werden kann. Sie brauchen nur die Obstruktionisten anzusehen und zu glauben, daß unsere Abgeordneten dies wirklich auch zusammenbrächten, wenn sie glaubten, daß es zum Ziele führen kann.

Wir müssen in die Massen hinausgehen und ich habe in einer Reihe von Versammlungen gesehen, daß die Massen es begreifen, daß wir das Parlament nicht überschätzen sollen. Wir sollen ihnen sagen, was das sozialdemokratische Ziel ist, wir sollen ihnen sagen, daß wir das Oesterreichertum, das leider auch in der Arbeiterklasse steckt — daß man keine Geduld hat, sondern gleich Erfolge sehen will — in uns überwinden müssen und daß wir ein Ziel haben, das viel größer ist, als alle Augenblickserfolge sein können, und an dem wir mit Geduld und Ausdauer arbeiten müssen, Geduld und Ausdauer, die am wichtigsten sind in einem Staate, der so verkommen ist wie Oesterreich und darum ein so schwieriger Kampfboden für das Proletariat ist. Wir müssen hinausgehen und den Genossen sagen: „Was wir erringen können, wollen wir erringen; wir wollen keinen Erfolg ausschlagen, aber wir haben ein viel größeres Ziel und haben für unseren Weg ein großes Muster in der deutschen Sozialdemokratie!" Wir haben wiederholt auf Bruderparteien verwiesen; während des ersten Wahlrechtskampfes drohten wir den Herrschenden, wir werden „belgisch reden"; wir haben im letzten Wahlrechtskampf den Herrschenden zugerufen: „Wir werden russisch reden!" Ich glaube, die Parole, die wir in der heutigen historischen Situation auszugeben haben, muß sein: „Wir wollen endlich einmal deutsch reden!" (Lebhafter Beifall.)

Wagner (Wien IX): Der einfache Vertrauensmann, der die Alltagsarbeit in der Bezirksorganisation und in Branchenversammlungen zu machen hat, steht in der letzten Zeit vor schweren Aufgaben. Er muß sich gestehen, daß er den Fragen, die an ihn gestellt werden, oft nicht gewachsen ist, weil er die Vorgänge im parlamentarischen Leben selbst nicht genau verstehen kann. Wenn nun ein solcher einfacher Vertrauensmann mit der Hoffnung auf den Parteitag gekommen ist, daß er das, was er aus der „Arbeiter-Zeitung" und auf den diversen Konferenzen bis jetzt nicht erfahren hat, denn es ist dort ja nicht möglich, in die Feinheiten des parlamentarischen Getriebes einzugehen und sich verständlich zu machen, daß er also hier Aufklärung finden wird, so haben ihn die Ausführungen des Genossen Seitz sehr enttäuscht. Denn der einfache Vertrauensmann hätte verlangt, daß er eine Frage von besonderer Bedeutung erklären soll, die lautet: Wir haben darüber zu beraten, ob die Arbeitsunwilligkeit draußen in der Partei die Folge der augenblicklich parlamentarischen Tätigkeit oder ob die sichtbar zutage tretende Schwäche im Parlament zuzuschreiben ist der Interesselosigkeit draußen. Darüber hat Seitz nicht gesprochen. Er hat es sich sehr leicht gemacht. Die Argumente, die er uns vorgeführt hat, können dem Vertrauensmann nichts sagen. Was soll zum Beispiel der Vergleich der paar Ruthenen mit unserer Fraktion? Es ist doch ein Unterschied, ob

in einer Sprache gesprochen wird, die gleich mehr als dreihundert im Parlament selbst nicht verstehen, oder in der Sprache, auf welche die Vertrauensmänner draußen horchen. Und es ist auch nicht so, wie Genosse Fritz Adler gesagt: „Was kann denn in den paar Stunden geschaffen werden?" Es handelt sich nicht um eine Obstruktion von ein paar Stunden. Unsere Abgeordneten würden vor die Aufgabe gestellt, immer wieder neue Gesichtspunkte, neues Material aufzuwerfen, um die Obstruktion auf der Höhe zu erhalten. Das wäre für uns von großer Wirksamkeit.

Aber es ist auch ein zweiter Einwand des Genossen Seitz gar nicht logisch und keine Antwort auf die Vorgänge. Der Antrag Graz spricht sehr deutlich aus, solange die Regierung, das Herrenhaus und die bürgerlichen Parteien die Sozialversicherung und die sozialpolitischen Gesetze nicht bewilligen, zu obstruieren. Was hat Seitz daraus gemacht? Er sagte: „Stellen Sie sich vor, wir hätten also die Sozialversicherung bekommen, dann müßten wir der bürgerlichen Regierung die Wehrreform bewilligen." Das ist nicht richtig. Wir haben uns zu gar nichts verpflichtet, wir haben nur gesagt, daß, so lange die Sozialversicherung nicht bewilligt wird, wir obstruieren werden. Für die Zeit nachher halten wir uns zu nichts verpflichtet.

Seitz hat dann auch gesagt, die Debatte, die sich darüber entspinnen werde, sei unklug. Ich glaube das gerade Gegenteil. Wenn wirklich die Schwäche der Fraktion darauf zurückzuführen ist, daß die Versammlungen schwach besucht sind und die bürgerlichen Parteien daraus Schlüsse ziehen, so kann es nur auch nach außen hin gut sein, wenn hier auf dem Parteitag, wo die Vertrauensmänner der großen Organisationen versammelt sind, nach einem kräftigeren Kampfe verlangt wird, um das, was das Volk will.

Wir hören oft: Es ist nicht leicht, daß der Vertrauensmann, der außerhalb des Parlaments ist, versteht, was Obstruktion bedeutet; und ich gestehe selbst, ich habe mich nicht getraut, das Wort so leicht zu gebrauchen. Es ist nicht leicht, wenn man außerhalb des Parlaments steht, die vielen Fragen zu verstehen, die dort verhandelt werden. Aber wenn ich sehe, daß Genosse Deutsch, der Sekretär der Partei ist, also vom Parlament etwas verstehen muß, sich auch für die Obstruktion ausspricht im Sinne vieler Genossen, da fasse auch ich Mut und lasse mich nicht von den vielleicht möglichen Folgen so leicht abschrecken. Es war sogar eine Versammlung, wo ein Abgeordneter gesagt hat: Alle die internen Fragen können wir nicht an die große Glocke hängen und in der „Arbeiter-Zeitung" veröffentlichen. (Rufe: Wer war es!) Ich wäre sehr dafür, daß man uns über diese internen Fragen hier aufklärt. Vielleicht würde es uns beruhigen. Denn nur auf die bewundernswerten Spitzfindigkeiten der Abgeordneten, darauf kann sich der Parlamentarismus nicht aufbauen. (Sehr richtig!) Wenn Genossin Schlesinger sagt, daß das Versammlungswesen stocke, so kann man daraus der Fraktion keinen Vorwurf machen. Der IX. Bezirk hat nicht gewartet, bis eine Aufforderung von oben kommt. Als die Reservisten nach Hause kamen, da haben wir selbständig Versammlungen einberufen, wo wir natürlich auch dafür Sorge trugen, daß der Abgeordnete des Bezirkes hinkam. Der schlechte Besuch der Versammlungen müßte meiner Ansicht nach ein Ansporn sein, daß die Abgeordneten sich mehr um die Bezirke kümmern und wirklich die ersten Vertrauensmänner ihres Bezirkes sind.

Preußler (Salzburg): Ich habe heute die Genugtuung, daß die Wiedergabe der Empfindungen der Arbeiterschaft, die ich in Innsbruck zum Ausdruck gebracht habe, heute stärker zum Ausdruck gekommen ist. Die österreichische Politik ist ein so kompliziertes Ding, daß sich oft selbst führende Genossen darin schwer auskennen. Für die Arbeiterschaft ist es natürlich noch schwieriger, in dieses Labyrinth zu dringen. Der Stillstand unserer Gesetzgebung, die Korruption in der Verwaltung muß ja von selbst eine tiefe Unzufriedenheit in den Massen auslösen. Wir haben jedoch heute wenigstens die eine Genugtuung, daß sich alle jene Wähler, welche sich von

den bürgerlichen Schlagworten bei den verschiedensten Wahlkämpfen haben narren lassen, heute von der gleichen Empfindung der Verdrossenheit durchdrungen sind wie die Arbeiterschaft. Unsere heutige Debatte zeigt, daß wir draußen noch einen großen Mangel an politischer Erziehung zu verzeichnen haben. Die Massen draußen haben eine ganz falsche Auffassung über die schwierigen Fragen unseres politischen Lebens, und aus dieser falschen Auffassung resultiert ja ein gewisser Teil der Verdrossenheit, die sich heute allgemein im Parteileben geltend macht. Es hat ein Redner darauf verwiesen, wir sollen uns wieder auf das Hainfelder Programm erinnern, auf die damaligen Beschlüsse über den Parlamentarismus. Auch ich bin der Ansicht, daß dies uns davor bewahren wird, den Wert des Parlamentarismus zu überschätzen. Wir werden uns aber auch von einer Unterschätzung des Parlaments fernhalten. Der österreichische Charakter ist im Gegensatz zum deutschen Volkscharakter nicht zur Gründlichkeit geneigt, sondern zeigt sich in seiner aufflackernden südlichen Leidenschaft einmal himmelaufjauchzend, das anderemal zu Tode betrübt. Mir hat ein bürgerlicher Abgeordneter gesagt, ihre Wählermassen seien auch verdrossen. Ob ein schönes Kurienparlament nicht besser wäre, wo wir achtzig Mandate lebenslänglich gesichert hätten; wir wären dann nicht so in Konflikt gekommen und hätten nebeneinander ein hübsch ruhiges Leben. Ich habe darauf geantwortet, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht kann unter Umständen sehr unangenehm sein, wenn das Parlament aufgelöst ist und sich monatelang der Wahlkampf hinzieht. Aber es fehlt uns in Oesterreich so viel an politischer Erziehung, daß wir nicht nur die Arbeiter, sondern auch euch Bürgerliche erziehen müssen, und dazu haben wir kein anderes Mittel, als das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht. Wir dürfen also durchaus nicht unterschätzen, daß die Parlamentstribüne eine politische Erziehungsanstalt für die Arbeiter ist, von der soviel Anregungen ausströmen, daß wir ihrer nicht entbehren können.

Nun ist aber tatsächlich in dem Kurienparlament von unserer Fraktion, das kann nicht geleugnet werden, eine schärfere Tonart angeschlagen worden. Ich erinnere Sie an die Reden Daszynskis und Schuhmeiers. Das ist halt so etwas, was im österreichischen Element Leben und Wirkung auslöst. Die Massen finden, daß es in dieser Beziehung an der richtigen Betonung des Arbeiterwillens bei den verschiedenen Gelegenheiten im Parlament seitens unserer Genossen fehlt. (Auf einen Zwischenruf): Ich sage da nur, Genosse Adler, was die Massen beseelt, aber ich identifiziere mich keineswegs mit allen diesen Stimmungen; aber ich glaube, es ist ganz gut für unsere Abgeordneten, wenn sie das hören, was die Massen empfinden. Die Arbeiter berücksichtigen viel zu wenig, daß das allgemeine Wahlrecht ja erst zur Ralliierung der Gegner geführt hat. Das ist sehr gut. Es sind dadurch viele Illusionen aus den Köpfen der Arbeiter beseitigt worden. Der Druck gegen uns wächst, und die Arbeiter werden daher gezwungen, wenn sie vorwärts kommen wollen, sich zusammenzuraffen und ihre Organisationsmacht zu erhöhen. Die heutige Diskussion ist schon ein Ausdruck davon. Es mag manchmal unangenehm sein, wenn Genossen kommen, die Argumente bringen, die man beachten muß. Aber es ist einmal unser Schicksal, durch unangenehme Dinge zu wachsen. Es ist unbegreiflich, daß zu einer Zeit völligen wirtschaftlichen Niederganges, zu einer Zeit, wo die Volksnotwendigkeiten im Parlament gar keine Beachtung mehr finden, daß zu einer solchen Zeit immer unerhörtere Forderungen des Militarismus gestellt werden. Die Massen empfinden darin eine Schwäche unserer Fraktion. Sie haben noch nicht erkennen gelernt, daß die Schwäche der Fraktion nichts anderes ist als ihre eigene organisatorische Schwäche. Der Punkt Organisation, den wir vorher beraten haben, hängt auf das innigste mit dieser Diskussion zusammen.

Infolge dieses Schwächezustandes ist eine Reihe von gegen die Arbeiter gerichteten Erscheinungen zutage getreten, an welche die österreichischen Arbeiter mit ihrem revolutionären Fluidum nicht mehr gewöhnt sind.

Daß wir den Hochenburger ertragen müssen, wirft man den Abgeordneten vor. Die Leute sagen: Ein solcher Kerl wäre früher hinausgeworfen worden! (Ruf: Soll man ihn niederschießen, wie es der Njeguisch versucht hat?) Ich glaube, das wäre ein unwirksames Mittel. (Seitz: Also, welches denn?) Das kann ich persönlich nicht untersuchen, da ich nicht in der Fraktion sitze. Es ist die Empfindung der Arbeiter, daß man gegen Hochenburger stärkere Mittel anwenden müßte. Daß die Arbeiter eine gewisse Nullifizierung erdulden müssen, daß die Gegner rascher auftreten, daß die Regierung keine Furcht vor den Arbeitern hat. Das ist auch von Seitz anerkannt worden. Wenn nun die Arbeiter glauben, daß unsere Abgeordneten gegen diese Nullifizierung zu wenig tun, müssen wir nach Mitteln suchen, dieser Stimmung der Arbeiter Rechnung zu tragen. Insofern diese Stimmung Irrtümern entspringt, ist es an den Vertrauensmännern, der unrichtigen Auffassung, als ob die Obstruktion das Allheilmittel für den österreichischen Staat und besonders für die österreichische Arbeiterschaft wäre, entgegenzutreten, was ja auch geschehen ist.

Es wurde mit Recht hervorgehoben — und auch aus den Ausführungen des Genossen Seitz trat es hervor — daß der innige Kontakt der Abgeordneten mit der Arbeiterschaft zu wünschen übrig läßt. Hier liegt eine wichtige Aufgabe. Die Abgeordneten ersehen aus den Stimmungen, die sich oft durch Unklarheit erklären lassen, daß sie in innigere Beziehung mit unserem Organisationsapparat treten müssen. Es gibt nichts Wichtigeres für uns, als die Ueberwindung des toten Punktes in der Organisation. Dazu müssen uns die Abgeordneten durch Erörterung der schwebenden Fragen und besonders der parlamentarischen Haltung helfen. Das wird die Organisation, besonders in der Zeit der Krise, beleben.

Einen Ausspruch des Genossen Seliger möchte ich nicht unwidersprochen lassen. Genosse Seitz hat gestern in seinem Bericht ausgeführt, wenn die Gegner im Parlament mit einem Ausnahmsgesetz gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter kommen würden, dann gäbe es für uns keinen Zweifel mehr, daß die schwerste Obstruktion sofort einzusetzen hätte. Genosse Seliger aber meinte — vielleicht haben wir ihn mißverstanden, aber auf uns hat es so den Eindruck gemacht — wir würden es uns noch sehr überlegen, eine Obstruktion auf einen Anschlag des Koalitionsrechts zu beginnen. Das wäre eine indirekte Einladung an unsere Gegner, es doch einmal in Oesterreich mit einem Koalitionsraub zu versuchen, solange die Arbeiterschaft noch nicht zu stark ist. (Heiterkeit und Rufe: Sehr richtig!) Ich muß aber die Regierung und die Vertreter der Unternehmerklasse von dieser Tribüne hier aufmerksam machen: In einem solchen Fall kämen unsere Abgeordneten gar nicht mehr zum Entscheiden. Da würden die Arbeiter die Entscheidung sofort selbst in die Hand nehmen, und es würde in der Arbeiterschaft sofort ein solcher revolutionärer Sturm ausgelöst werden, daß eine andere Entscheidung als die stärkste Obstruktion gar nicht mehr möglich wäre. (Lebhafte Zustimmung.) Ich glaube aber auch, daß es zu weit gegangen ist, wenn Genosse Seitz nur einen schmalen Streifen für die Obstruktion offen halten will. Er hat uns gestern eine längere Auseinandersetzung gegeben darüber, wo die Obstruktion nicht anzuwenden wäre und er war fast am Rande und an diesem Rande hat er dann gesagt, daß eine Obstruktion doch möglich ist. (Heiterkeit.) Ich möchte die Grenze nicht so eng stecken und ich glaube auch, daß zwischen der Obstruktion und der heutigen Taktik noch der Raum wäre für eine etwas entschlossenere Taktik im Sinne der Forderung der österreichischen Arbeiterschaft und dieses Parteitages, für eine entschlossenere Art der Behandlung der Arbeiterfragen im Parlament, die der Stimmung der Arbeiterschaft mehr entgegenkommen. Auch ich glaube, daß die Frage der Obstruktion uns nur im äußersten Falle beschäftigen kann; darüber ist sich der ganze Parteitag klar. Aber wir meinen, daß wir doch von der Parlamentstribüne noch eine etwas verständlichere Sprache für die

Arbeiter und für die Gegner anwenden können. Unsere Organisation ist immerhin noch stark genug, sich gegen eine solche Art der Behandlung von Arbeiterfragen, wie es sich die Zünftler beim Bäckerschutzgesetz erlaubt haben, kräftiger zu wehren. In dieser Hinsicht glaube ich, daß die Fraktion aus der Debatte eine Lehre ziehen wird, daß aber auch für die Massen die Diskussion über diesen Parteitag zu einem Erziehungsmittel werden wird. (Lebhafter Beifall.)

Als Preußler geschlossen hatte, stimmte der Gesangverein der Zeitungssetzer auf der Galerie das Trutzlied „Es lebe der Trotz und die Kraft" an. Der feierliche Chor machte einen mächtigen Eindruck. Nachdem er verklungen, schließt der Vorsitzende Tomschik die Vormittagssitzung.

Nachmittagssitzung.

Strunz (Wien XII): Wir haben es sehr sonderbar empfunden, daß Seitz bei Besprechung der Erfolge der Fraktion auf mehrere Jahre zurückgriff und über das letzte Jahr so wenig berichtete. Zwischen dem Referat des Genossen Hanusch auf dem Gewerkschaftskongreß und dem gestrigen des Genossen Seitz ist ein großer Unterschied. Hanusch hat begründet, warum die Arbeiterschaft keine Erfolge gehabt hat. Er hat erklärt, welche Hindernisse sich dem Parlament des allgemeinen Wahlrechts entgegenstellen und warum es hier anders ist wie im Kurienparlament, in dem die Klassengegensätze nicht so scharf zum Ausdruck kamen. Man muß begreifen, daß die Genossen im Kurienparlament als kleines Häuflein mehr Demonstrationspolitik nach außen als reale Politik im Interesse der Arbeiter machen mußten. Die Tätigkeit der Abgeordneten im Parlament zu beurteilen, erfordert ein gewisses Verständnis der parlamentarischen Schwierigkeiten. Das, was man Verdrossenheit nennt, ist eigentlich das Unverständnis der großen Masse der Arbeiter für die Taktik, die aus den österreichischen Verhältnissen entspringt. Wir müssen uns fragen: Haben wir immer die Pflicht erfüllt, unsere Vertrauensmänner so aufzuklären, daß sie das Verständnis für die Taktik der Fraktion haben? Wir haben sehr viel versäumt. Als eine syndikalistische Woge in Wien aufstieg, hat eine Vertrauensmännerversammlung in Favoriten stattgefunden und als wir dort erklärten, daß wir manche Dinge nicht verstehen, die sich im Parlament abspielen, hat man geantwortet: „Wir begreifen das und werden Abhilfe zu bringen suchen." Das heißt: „Wir werden uns mit den Vertrauensmännern zusammensetzen und sie aufklären, warum es so und nicht anders geht." Aber haben wir seit jener Zeit eine Vertrauensmännerversammlung gehabt, in der wir uns über die Taktik der Fraktion auseinandersetzen konnten? Das war nicht der Fall und so kommt es, daß man die Taktik nicht begreift. Man muß einsehen, daß, bevor man von einem Menschen etwas verlangt, man ihn lehren muß, es zu verstehen.

Genosse Seitz hatte es sich sehr leicht gemacht. Wie ein Staatsanwalt nimmt er zwei Zeilen und gibt einem den Genickfang. So machte er es mit der Meidlinger Versammlung. Er sagt: Ihr stellt ein Junktim auf, aber die Konferenz in Meidling hat schon erklärt, daß sie ein solches Junktim nicht will. Tauschgeschäfte, handeln, Tarnopolmoral wollen wir nicht. Wir wollen Kampf gegen die Militärvorlage, unbekümmert um das, was man uns gibt. Es wird auch gesagt, es sei nicht die richtige Aufregung im Volke. Aber es fordert doch jeden Arbeiter heraus, wenn er auf der einen Seite Krise und Arbeitslosigkeit sieht und dann die österreichische Regierung nach den vielen Blamagen auf dem Balkan eine Milliarde und noch so viele Tausende neue Rekruten verlangt. Was für Gedanken muß das auslösen? Kann da der Arbeiter ruhig sein, will man ihm das noch zumuten: „Wir wollen keine Pultdeckelpolitik?" Aber das hat Seitz nur getan, um den Antrag umzubringen, davon steht nichts in dem Antrag. Wir wollen einen anderen Kampf sehen. Wenn wir ein Industriestaat wären und Hoch-

konjunktur hätten, wäre die Sache anders. Aber in einem so ausgesogenen Land mit einer Militärvorlage zu kommen, das geht schon zu weit. (Ruf: Das hat Seitz auch gesagt!) Das weiß ich auch, was Seitz gesagt hat. Es hat kein Mensch behauptet, daß die Obstruktion das beste Instrument ist, etwas zu ändern. Aber derselbe Seitz hat gesagt, daß man schon Mittel und Wege finden wird, die Sache irgendwie auszunützen.

Man hat auch auf Deutschland verwiesen. Aber den Vergleich mit Deutschland halten wir nicht aus. In Oesterreich läßt sich nicht alles so anwenden. Es ist nicht die größte Gescheitheit, alles nachzumachen, wir müssen uns schon unseren österreichischen Verhältnissen anpassen. Die Arbeiter in Oesterreich werden so viele Erfolge haben, als sie kraft der Stärke der Organisation erringen werden. Wir überschätzen das Parlament nicht, aber wir sehen in ihm eine Tribüne für die Agitation. Geben Sie das Signal von der Tribüne und es wird Echo finden. Bisher haben wir mitgetan, weil wir überzeugt sind, daß wir das Parlament, so wenig wir von ihm halten, doch noch brauchen. Wenn wir aber sehen, daß immer und wieder die Staatsnotwendigkeiten vorangehen — dann ein bißchen energischer. Es ist nicht wahr, daß das Echo nicht käme. Man muß nur anfangen, dann wird man in die Lage kommen, die Massen zu interessieren und zu begeistern. Wenn es nicht jetzt ist, so ist es später noch schwerer. Der Militarismus wird weitere Forderungen stellen und dann wird die Abwehr schwerer sein als jetzt.

Wir erwarten von der „Obstruktion um jeden Preis" nichts. Aber was wir wollen ist, daß die Agitation — die Abgeordneten können allein es nicht machen — und die Erziehung der Vertrauensmänner für die parlamentarische und Parteitaktik intensiver werde. Wollen wir Abhilfe haben, dann müssen wir unser ganzes Organisationsleben dementsprechend einrichten.

Skaret hat in seinem Bericht gesagt, es tut da jeder Vertrauensmann, was er tun kann; aber empfinden Sie nicht selber, daß die ganze Geschichte stockt. Wie viele Volksversammlungen haben wir heuer abgehalten, waren wir während des Balkankrieges überhaupt auf der Welt? Von uns hat man ja gar nichts gesehen, wir haben gewartet, bis der Stürgkh das Parlament einberuft und der Kerl war so gescheit und hat es nicht einberufen. Auf das wirksamste Mittel unserer Agitation haben wir vergessen, auf die Volksversammlungen. Das rächt sich nun. Mit unserem Antrag, von dem Seitz sagt, daß er nichts ist, haben wir schließlich doch erreicht, was wir wollten: eine Diskussion auf dem Parteitag über die Haltung unserer Fraktion, die eben beiträgt zur Aufklärung unserer Genossen und Genossinnen, der Vertrauensmänner in den Sektionen und Werkstätten. Ich bin von der Diskussion befriedigt. Seit wann sind wir denn so klein und verzagt, daß wir uns nicht trauen, die Dinge so zu nennen, wie sie sind? Die Diskussion hat gezeigt, daß es möglich ist, die Militärvorlage mit anderen Mitteln zu bekämpfen, als es bei der Wehrreform geschehen ist.

Leibfried (Dornbirn): Gestatten Sie einem Delegierten der Vorarlberger Arbeiterschaft, auch hier ein paar Worte zu sagen über die Taktik der Parlamentsfraktion. Unser Land ist weit weg von der Wiener Zentrale, unsere Anschauungen sind nicht beeinflußt durch die Anträge der Grazer oder Wiener Genossen, trotzdem muß ich sagen, daß der Genosse Seitz unrecht hat, wenn er behauptet, daß die Parlamentsverdrossenheit keine allgemeine sei. In unserem kleinen Land ist die Parlamentsverdrossenheit schon so groß, daß unsere Genossen und Genossinnen die Hoffnung auf dieses Parlament, die sehr groß war, fast verloren haben. Wir Vorarlberger haben allerdings auf dieses Parlament größere Hoffnungen gesetzt als Sie, weil wir mit unseren schwachen Gewerkschaften nicht imstande sind, diese Zeiten der Teuerung durch Lohnbewegungen auszugleichen und so etwas besser zu überstehen. Wir hofften uns vom Parlament große Fortschritte

in sozialpolitischer Beziehung, die sind aber ganz ausgeblieben und darum der Mißmut. Warum dieses Parlament arbeitsunfähig ist, ist ja bekannt. Da ist zunächst der unselige nationale Streit, dann kommt der Wurstigkeitsstandpunkt der Regierung, welche das Parlament nicht einberuft und ihm keine Zeit zur Arbeit läßt. Nun wären wir dem Parlament nicht einmal so gram, wenn wir die Ueberzeugung hätten, daß darin gar nichts gearbeitet wird, keine Militärvorlagen und keine Steuervorlagen, wir würden dann einfach sagen, der Parlamentarismus taugt nichts. Aber dem ist nicht so, ganz glatt wurde bisher jede Heeresvorlage erledigt und alle Lasten, die daraus erfließen, vom Parlament bewilligt. Wenn Staatsnotwendigkeiten bewilligt werden können, dann muß das Volkshaus auch imstande sein, sozialpolitische Gesetze zu genehmigen.

Wir stehen nun auf dem Standpunkt, es muß mittels einer entsprechenden parlamentarischen Taktik möglich sein durchzusetzen, daß der Regierung und den Parteien beigebracht wird: „Zuerst wird die Sozialversicherung beschlossen! Solange wir dieses Gesetz nicht haben, werden wir absolut eine Wehrvorlage nicht durchgehen lassen!" Ich glaube, diese Taktik ist möglich, denn Seitz hat angedeutet, daß wir andere Sachen ähnlich durchgedrückt haben. Seitz sagt aber, wenn wir Obstruktion machen, dann wird die Sache mit dem § 14 geregelt. Gut, doch diese § 14-Wirtschaft fürchten wir gar nicht. Die Regierung kann auf die Dauer mit dem § 14 nicht regieren. Wohl ist es richtig, daß sich die bürgerlichen Parteien davon für die erste Zeit große Vorteile erhoffen werden, aber auch jetzt, ohne den § 14, erfüllt die Regierung alle Wünsche der Bürgerlichen. Bei einer § 14-Wirtschaft würde die Regierung die notwendigen Gelder auf die Dauer nicht aufbringen. Die Banken würden einer § 14-Regierung sicherlich nicht Milliarden borgen. Es ist aber auch mehr als wahrscheinlich, daß sich unsere Regierung, obzwar sie ziemlich weitherzig ist, nicht trauen würde, ständig mit dem § 14, also absolutistisch zu regieren. Die Scham vor dem Ausland, obwohl dieselbe nicht groß sein dürfte, würde sie zwingen, den § 14 wieder abzuschaffen. Aber auch die Arbeiterschaft würde dafür sorgen, daß dies möglichst bald eintrifft. Wir haben in der Fraktion viele Theoretiker, aber viel zu wenig Praktiker. Wir haben viel zu viel Staatspolitiker, die Fraktion geht zu sehr staatsmännisch vor, sie sollte eine Politik treiben, die dem Arbeiter verständlich ist, die so ist, daß sie selbst der einfachste Arbeiter noch verstehen kann. Aber unsere Doktoren können sich dieser Politik nicht anpassen oder sie wollen durch ihre Intelligenz dieses verlotterte Parlament wieder in die Höhe bringen. Dadurch kommen wir in eine Zwickmühle. Die Bürgerlichen ruinieren das Parlament und setzen so alle ihre Wünsche durch. Wir wollen es retten, bekommen aber nichts dafür. Das kann die Arbeiterschaft nicht verstehen.

Wir brauchen eine Aera, in der das Vertrauen zu den Führern, das schon ziemlich untergraben worden ist, wieder kommt. Es ist höchste Zeit, daß das Vertrauen des Volkes zu unserer Reichsratsfraktion voll und ganz wieder zur Geltung komme. Ich glaube, der Antrag der Grazer sowie auch der Meidlinger Genossen ist nicht unbillig, und wenn er auch nicht ganz wörtlich durchgeführt werden kann, so wird durch die Annahme doch dokumentiert, daß die österreichischen Arbeiter es satt haben, noch länger sich von den bürgerlichen Parteien und der Regierung am Narrenseil herumführen zu lassen. (Beifall.)

Muchitsch (Graz): Es wäre mir im gegenwärtigen Moment sehr angenehm, wenn ich nicht Abgeordneter wäre (Rufe: Das glauben wir!) und als einfacher Delegierter des Parteitages sprechen könnte. Aber nicht vielleicht deshalb, weil ich meine, daß diese Diskussion unangenehm ist und der Fraktion die Kritik peinlich wäre, sondern weil ich mehr herausgehen könnte und das, was ich sagen will, noch deutlicher sagen könnte, ohne Gefahr zu laufen, daß mir entgegengehalten wird: „Nun, der redet so, weil er Abgeordneter ist." Wenn wir uns vor Augen führen wollen, was diese

zwei Anträge bezwecken, so hat uns die Debatte gesagt, daß schließlich das Um und Auf dessen, was die Meidlinger wollen, die Obstruktion und Obstruktion und wieder die Obstruktion ist. Sagen muß man allerdings, daß die ganze Debatte, die wir hier führen, und auch die Anträge ein Produkt der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse sind. Das glaube ich, muß zugegeben werden. Aber es ist notwendig, wie ich glaube, dafür die richtige Erklärung zu finden und daraus auch die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen. Das Ergebnis der Diskussion wird nach meiner Ueberzeugung keinen Nachteil, sondern nur einen Vorteil für die Partei und für die Parteigenossen bedeuten, und ich bin nicht der Meinung, die man manchmal hört, und die auch Seitz gestern mit ein paar Worten angedeutet hat, daß es nicht gut ist, über diese oder jene Dinge zu reden. Ich bin der Meinung, daß es nützlich und notwendig ist, daß die Genossen über alles reden, was ihnen am Herzen liegt. Es ist Tatsache, daß die große Masse der Arbeiterschaft in diesem Staat und auch ihre Vertrauensmänner — und davon sind auch die Abgeordneten nicht ausgenommen — mehr vom Parlament erwartet haben, als wir von dem Parlament hätten erwarten dürfen und erwarten sollen. Aber wir müssen uns zurückerinnern an den Kampf, den wir geführt haben um die Eroberung des Parlaments und um das allgemeine Wahlrecht und an den Schwung, den damals unsere Bewegung gehabt hat. Wir müssen uns auch erinnern an die großen Erfolge bei den Wahlen im Jahre 1907, die gewiß nicht erwartet wurden und einen ganz überraschenden Sieg bedeuteten. Da wird man verstehen, daß die große Masse der Arbeiterschaft geglaubt hat, die sozialdemokratische Fraktion im Parlament werde alle sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterschaft binnen kurzer Zeit durchsetzen. Das ist nicht eingetroffen. Das haben wir nicht erreicht. Erinnern Sie sich auch, daß der Kampf ums Wahlrecht und auch der erste Wahlkampf unter dem allgemeinen Wahlrecht in einer anderen wirtschaftlichen Konjunktur geführt wurden, und daß auch erst im Jahre 1907 die Teuerung eingesetzt hat, die ja ein wesentliches Moment der heutigen schrecklichen Notlage ist. Seit 1908 haben wir eine imperialistische und militaristische Politik, die Vermehrung der Heereslasten, seit 1912 ist die Balkankrise eingetreten. Eigentlich datiert diese Verdrossenheit — wenn man von einer Parlamentsverdrossenheit sprechen darf, was ich nur ganz bedingt zugebe — erst seit einer verhältnismäßig kurzen Zeit. Alles das, was sich sozusagen aufgehäuft und zusammengeballt hat an drückenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen und Zuständen, hat in gewissem Sinn dem Faß den Boden ausgeschlagen. Und es ist unter der Masse der Arbeiterschaft eine gedrückte Stimmung vorhanden, vielfach und gerade dort, wo die Wirkungen der Krisen am ärgsten zu spüren sind, wird sie geradezu zu einer verzweifelten. Aber das darf man nicht als Parlamentsverdrossenheit und eine Stimmung gegen die Abgeordneten ausgeben. (Zustimmung.) Das ist eine falsche Diagnose. So gehen die Dinge nicht. Es wirkt ja einigermaßen befremdend, wenn die Sache geradeso dargestellt wird, als wenn an allen dem die Taktik der sozialdemokratischen Abgeordneten im österreichischen Parlament die Schuld trüge, daß die Dinge so sind. Daß das nicht der Fall ist, das werden Sie ohneweiters zugeben. Es ist von Genossen Fritz Adler schon sehr richtig gesagt worden, daß wir es mit einer gewissen, sehr bedeutenden Ueberschätzung des Parlamentarismus zu tun haben — und es wäre noch hinzuzufügen, in gewisser Hinsicht auch mit einer Unterschätzung, als Tribüne des freien Wortes und Waffe der Arbeiterklasse — und daß wir darauf hinzuarbeiten haben, die Arbeiterschaft zu der richtigen Wertung des Parlamentarismus zu führen. Ich muß auch gegen einige Ausführungen meines Freundes Regner einiges sagen. Freund Regner erklärt, das Parlament habe der Arbeiterschaft in Oesterreich nicht das geringste gebracht. Ja, Genossen, kann man bei wirklich objektiver Beurteilung der Sache diese Behauptung aufstellen? Vor einigen Tagen hat, als wir über den schleppenden Gang der Verhandlungen des

Bäckerschutzgesetzes uns empörten, ein bürgerlicher Abgeordneter gesagt: „Es sind ja nicht bloß die Arbeiter da, sondern auch die Gewerbetreibenden; die Sozialdemokraten erreichen alles und die bürgerlichen Parteien nichts." Natürlich ist auch das eine Uebertreibung, aber ein Körnchen Wahrheit liegt doch darinnen. Es fällt mir natürlich nicht ein, die Dinge aufzuzählen, die wir erreicht haben; aber es muß doch gesagt werden, daß wir in dem so viel verlästerten Parlament doch einiges durchgesetzt haben für die Arbeiterschaft, und es wäre absolut unrichtig zu sagen, das Parlament habe der Arbeiterschaft absolut nichts gebracht. (Zustimmung.)

Nun wird verlangt, die Fraktion soll Obstruktion machen. So wie man auf der einen Seite das Parlament überschätzt, so unterschätzt man es auf der anderen. Wir können nicht dieselbe Politik und Taktik verfolgen wie die bürgerlichen Parteien. Eines kann gesagt werden und muß gesagt werden. An dem, was wir heute gehört haben und was wir schon früher draußen in Konferenzen zu hören bekamen, ist die Partei in gewissem Sinn mitschuldig. Es ist aber falsch, wenn man nur die Abgeordneten verantwortlich macht. Mehr sozialistische Schulung. Ich möchte diese Mahnung besonders an die Tagespresse richten, weil ich glaube, es ist zu viel, wenn jeden Tag und immer wieder nur vom Parlament und über das Parlament geschrieben wird, und wenn man das vernachlässigt, was wir früher mit so fruchtbarer Wirkung getan haben: sozialistische Bildung verbreiten. Die Tagespresse wird da hauptsächlich beitragen, daß nach der heutigen Mißstimmung eine Wendung eintritt. Es darf nicht alles vom Parlament und den Abgeordneten verlangt werden. Klar ist, daß die Stärke unseres Einflusses im Parlament abhängig ist von unserer Stärke draußen. Wir haben drinnen nur so viel Macht, als die Arbeiter uns draußen verschaffen.

Genosse D e u t s ch, der den Antrag der Meidlinger Bezirksorganisation vertreten hat, hat einen Standpunkt eingenommen, gegen den ich mich mit aller Schärfe wenden möchte. Entweder ein Ende mit Schrecken oder ein Schrecken ohne Ende, hat D e u t s ch gesagt. Genosse D e u t s ch, was stellen Sie sich darunter vor? (D e u t s ch: Dasselbe, was sich die gestrige „Arbeiter-Zeitung" darunter vorgestellt hat! — Heiterkeit.) Das heißt so viel wie: zerschlagen wir das Parlament. Was heißt es denn sonst? Wenn ein Genosse, der Sekretär der Partei ist, einen Antrag so begründet, was sollen wir dann von den Vertrauensmännern draußen verlangen? (Lebhafte Zustimmung.) Was im Meidlinger Antrag steht, ist bei weitem nicht das, was Sie heute als Begründung zum besten gegeben haben. Das ist nichts anderes als die, wie ich glaubte, längst überholte Katastrophenpolitik, wenn Sie sagen, entweder wir vermögen die Militärvorlagen zu verhindern oder es mag das Parlament zum Teufel gehen. Wenn Sie mit der Zerschlagung des Parlaments einen Erfolg haben werden, so werden Sie als Sozialdemokrat, nachdem in unserem Programm das allgemeine, gleiche Wahlrecht steht, wieder von vorne anfangen, werden den Wahlrechtskampf eröffnen, um dorthin zu kommen, wo wir heute sind. Es ist mir unverständlich, daß eine solche Meinung zum Ausdruck kommen kann. Der Vergleich, der mit dem Kurienparlament gezogen wurde, stimmt nicht. Das Parlament des allgemeinen Wahlrechts ist auch unser Parlament. Insofern ist es falsch zu sagen, es sei nur ein bürgerliches Parlament. Es ist das Parlament, das den gegenwärtigen Stand der politischen Kräfte in Oesterreich wiedergibt und so auch den Grad des Einflusses der Arbeiterklasse im Staat. Wir sind auch dort und es ist falsch zu sagen: „Wenn es zum Teufel geht, haben wir nichts verloren, dann haben nur die Bürgerlichen etwas verloren."

Ich möchte noch erklären, daß ich mit der Argumentation, die S e i tz über den § 14 vorgebracht hat, nicht ganz einverstanden sein kann, denn einzelne Sätze haben geklungen wie ein Plaidoyer für den § 14. Es wäre die Stellung der bürgerlichen Parteien und der Regierung zum Parlament eine andere, wenn wir diesen Schandfleck der österreichischen Verfassung, wie S e i tz ihn genannt hat, nicht hätten. Ich möchte noch bemerken,

daß wir alle Mittel in Anwendung bringen müssen und keines ausschließen dürfen. Ich meine nicht, daß die Obstruktion ein parlamentarisches Kampfmittel unter allen Umständen ist. Sie kann nur angewendet werden bei besonderen Angriffen des Klassenstaates auf die Arbeiter. Wir können uns nicht auf den Standpunkt anderer Parteien stellen. Leider kommt es vor, daß in ganz unberechtigter und unzutreffender Weise zum Schaden der Partei und ihrer Entwicklung Stimmung gemacht wird gegen das Parlament und gegen die Taktik der Abgeordneten, ohne daß die, die so reden, sagen könnten, wie es anders gemacht werden soll, so wie es auch Genosse Deutsch nicht sagen kann.

Wir haben Arbeiterpolitik gemacht, sozialdemokratische Politik und ich glaube, daß wir sie verantworten können.

Austerlitz (Wien): Die Diskussion auf dem Parteitag drängt so ausschließlich einem Punkte zu, daß die anderen Fragen, die der Referent berührt hat, unbeachtet bleiben. Ich würde es aber doch für eine Unterlassung erachten, wenn man eine große Leistung unserer Fraktion nicht anerkennen und nicht hervorheben würde. Ich will uns nicht überheben und werde nicht so töricht sein zu sagen, daß wir allein es waren, die den Ausbruch des Krieges verhindert haben. Aber die Tatsache, daß wir die ganze Kriegshetze mit einer bohrenden, nie versagenden Kritik begleitet haben, daß wir gleichsam immer auf der Wacht standen, die war sicherlich mit ein Faktor, der die Kriegslust der Herrschenden gedämpft hat, dem die Bewahrung des Friedens zu danken ist. Und auf einem Parteitag, auf dem die Kritik über das parlamentarische Wirken so laut, so überlaut erschallt, darf gerade diese Tatsache nicht unerwähnt bleiben. Und was nun die Erwägung betrifft, ob in Hinkunft von der Fraktion eine andere, eine neue Taktik eingeschlagen werden soll, ist vor allem folgendes zu sagen: Es kann sich da nicht um Tadel oder Kritik der Vergangenheit handeln, und die Befürworter der neuen Taktik begehen einen groben Fehler, wenn sie die Ratschläge und Weisungen für die Zukunft in eine Kritik, und zwar in eine sehr ungerechte Kritik der Vergangenheit umwandeln. Ich bin überzeugt, daß von den Vorwürfen gegen die Fraktion bei einer näheren Betrachtung nicht einer Stich hält. Im Gegenteil, muß gesagt werden, daß die Fraktion einem so unfruchtbaren, einem so steinigen Boden, wie es der österreichische Parlamentarismus ist, eine sozialdemokratische Leistung abgewonnen hat, die sich auch unter normalen Verhältnissen sehen lassen könnte, die aber unter solchen Schwierigkeiten errungen zu haben gewiß eine große Tatkraft bezeugt.

Und wenn wir darüber nachdenken, ob es möglich und nützlich wäre, die Taktik der Fraktion zu ändern, so müssen wir uns vor allem über zwei Dinge klar werden. Erstens was ist es, was wir am Parlament beklagen, und zweitens, was wohl mit dieser neuen Taktik, die, wie wir wissen, die sozialdemokratische Obstruktion zu sein hätte, eigentlich bezweckt werden soll? Was wir vor uns als schmerzliche Tatsache sehen, ist nun, daß das Parlament versagt. Das heißt, wir beklagen seine Schwäche, seine Unfruchtbarkeit, seine Arbeitsunfähigkeit, seine Hilflosigkeit. Wir beklagen, daß dieses Parlament zu einer normalen, sachgemäßen, zielbewußten Tätigkeit nicht zu gelangen vermag. Wir beklagen also ganz eigentlich, daß es obstruiert ist; weil die Obstruktion, unter der das Parlament immer von neuem zusammenbricht, seine Arbeitsfähigkeit aufhebt. Und nun soll die Krankheit des Parlaments, welche seine Obstruktion ist, durch Obstruktion geheilt werden? Was schwebt nun denen, die zu der Obstruktion raten, im Wesen vor? Der Gedanke der sozialdemokratischen Obstruktion ist nichts anderes, als daß dadurch das Proletariat auf das Parlament einen Druck ausüben soll. Der Gedanke ist der, daß die Fraktion, obwohl es ihr an Umfang nicht gebricht und obwohl es ihr weder an Talent noch an Kraft noch an Energie gebricht, weil es doch die bewährtesten Vertrauensmänner des österreichischen Proletariats sind, die sie bilden, daß sie trotzdem nicht imstande ist, auf das

Parlament den Druck wirksam zu machen, der notwendig wäre, um es zur Erfüllung der proletarischen Forderungen zu zwingen.

In der Diskussion sind die zwei Tendenzen in der Auffassung unseres Verhältnisses zum Parlament deutlich sichtbar geworden. Die einen sagen, das Parlament ist ein unerläßliches Mittel des Fortschritts und der Entwicklung der Arbeiterklasse. Unter den Instrumenten des Klassenkampfes des Proletariats steht es als gewichtigstes und weithin wirkendes an erster Stelle. Es ist nun wahr, daß dieses Parlament mit den Gebresten und Unzulänglichkeiten der österreichischen Staatlichkeit voll behaftet ist. Es ist wahr, daß es insbesondere in allen sozialpolitischen Fragen versagt. Aber daraus folgt nur, daß wir an der Herbeiführung seiner Arbeitsfähigkeit beharrlich arbeiten müssen, daß wir die Störungen gegen seine Arbeitsfähigkeit abzuwenden haben und daß wir vor allem dafür sorgen müssen, daß der arbeiterfeindliche Geist in seiner Zusammensetzung zurückgedrängt werde. Die andere Richtung sagt etwa dieses: Wir stellen einfach dem Parlament die Forderungen des Proletariats und wenn es sie nicht erfüllen will oder nicht erfüllen kann, so zerschlagen wir es, weil es dann aufhört, ein nützliches und brauchbares Instrument unseres Kampfes zu sein. Aber wie würde es dann nach der Zerschlagung des Parlaments sein? Denn darüber kann man sich nicht im unklaren sein, daß die Obstruktion der Sozialdemokraten die Zerschlagung des Parlaments ist. Und nicht etwa eine erst später eintretende, sondern den Streichen einer sozialdemokratischen Obstruktion würde das Parlament sofort erliegen. Dann wäre es mit dem Parlament gleich aus. Weshalb es klar ist, daß die Obstruktion kein Mittel ist, das Parlament zu helfen, und ebensowenig ein Mittel, die proletarischen Forderungen im Parlament durchzusetzen. Mit der proletarischen Obstruktion würden wir weder das Parlament noch das Proletariat vorwärtsbringen, wir würden vielmehr nur die ganze demokratische Entwicklung um Jahrzehnte zurückwerfen.

Nehmen wir einmal an, was ja beantragt ist und was so bestechend erscheint: daß wir die neue Wehrvorlage obstruieren, das heißt ihre Beschließung so lange hindern, bis die Sozialversicherung erledigt ist. Wie steht das aber praktisch? Die Sozialversicherung ist eine Sache, die die Parteien beschließen müssen, ist aber dabei eine mühselige und schwer durchführbare Sache. Kann man nun meinen, daß die Drohung mit der Obstruierung der Wehrvorlage, die eine Drohung an die Regierung ist, erstens diese Schwierigkeiten beseitigen und zweitens die Parteien so in Angst und Schrecken versetzen, sie so bestürzt machen würde, daß sie alle Schwierigkeiten gegen die Sozialversicherung sofort aufgeben würden? Wir dürfen doch nicht vergessen, wie es um das Verhältnis der Parteien zu dem österreichischen Staate steht. Auch sie bewilligen die Militärforderungen nur ungern, nur notgedrungen; Begeisterung ist für derlei bei niemand anzutreffen. Diese Leidenschaft wird höchstens von ein paar verabschiedeten Generalen und Admiralen beigestellt. (Heiterkeit.) Die Möglichkeit, daß man nicht dazu gelangen werde, die Militärforderungen zu bewilligen, wird keine der bürgerlichen Parteien mit Entsetzen erfüllen. Ganz im Gegenteil; es wird ihnen vielleicht eher angenehm sein, wenn sie sich einmal weniger für die Regierung prostituieren müssen. Wir sehen also, daß durch die Obstruierung der Wehrvorlagen auf die Parteien kein Druck ausgeübt wird. Das Parlament würde zusammenbrechen, aber die Sozialversicherung würde nicht erreicht werden.

Aber noch etwas kommt hier in Betracht. Eine Obstruktion, die etwas erzwingen will, kann nur ein homogenes Volk machen, ein Volk, das imstande ist, die Gesamtheit seiner Kraft und Leidenschaft auf einen Punkt zu konzentrieren. Das ist zum Beispiel bei den Ruthenen der Fall. Aber es ist am wenigsten bei den Deutschen der Fall, weil in dieser wirtschaftlich entwickeltsten Nation die Klassengegensätze sehr groß sind und weil ihre Obstruktion nicht mehr als eine nationale Erhebung, viel eher als die

Frivolität einer einzelnen Partei erscheint. Auch das können wir nicht übersehen, daß sich in den langen, düstern Obstruktionsjahren Wesen und Form der Obstruktion beträchtlich geändert haben. Ehemals gehörte zur Obstruktion auch wirklicher Mut und die Obstruktion war die verzweifelte Gegenwehr einer Minorität, gegen die alle Hunde losgelassen waren. Damals war die Obstruktion ein ernster und leidenschaftlicher Kampf. Und heute ist sie nicht viel mehr als der Boykott, den eine Partei über das Parlament verhängt. Auch unter Badeni war der Unterschied zwischen der bürgerlichen und proletarischen Obstruktion deutlich bemerkbar. Die Sozialdemokraten sind gekommen, als die proletarische Faust notwendig war. Das heißt, nachdem die Leute mit dem Badeni durch zwei Jahre Geschichten gemacht haben und ihn mit Kleinigkeiten gequält haben, sind wir auf die Tribüne losgegangen und haben ihn hinausgeworfen. (Pernerstorfer: Als die Lex Falkenhayn kam!) An diese heroische Obstruktion, an diesen prächtigen, leidenschaftlichen Sturm denken die Genossen, wenn sie die Obstruktion lieben. Aber wie die Obstruktion jetzt betrieben wird, wenn sie mit den stumpfsinnigen, sinnlosen Reden, mit den kleinlichen Kniffen der Geschäftsordnung betrieben wird: diese Obstruktion würde den Arbeitern nicht gefallen! Und als revolutionäre Tatkraft würde ihnen das heutige Possenspiel nicht erscheinen!

Ganz anders steht es natürlich mit der Frage der Berechtigung der Obstruktion als Mittel des proletarischen Widerstandes. Die Obstruktion in ihrer klassischen Gestalt entspringt der Idee, ein Gesetz, das eine Partei für schädlich hält, unter Ausnützung der geschäftlichen Ordnung zu verhindern. In dieser sozusagen reinen Auffassung ist die Obstruktion meines Erachtens auch für die Sozialdemokratie ein durchaus legales Mittel. Wenn ein Redner soweit gegangen ist, daß wir, selbst wenn man das Koalitionsrecht antasten würde, selbst dann erst erwägen müßten, ob wir mit der Obstruktion einsetzen dürfen, so hat er sich von dem Gedanken, der jetzt vorgetragen wird, daß es nämlich ein absolutes Recht der Mehrheit sei, zu beschließen, was sie für gut befindet, außerordentlich verstricken lassen. (Die Redezeit wird dem Redner verlängert.)

Aber diese Auffassung von dem Verhältnis der Mehrheit zur Minderheit, von ihrem unbeschränkten und unbeschränkbaren Rechte ist ein außerordentlich falscher und gefährlicher Begriff. Die Mehrheit ist nicht das Parlament, das Parlament gehört auch der Minderheit. In Wahrheit muß eine Majorität so herrschen, daß sich auch die Minderheit im Parlament zu Hause fühlt. In dem Lande, wo die Herrschaft der Parlamentsmehrheit am ausgeprägtesten ist, in England, regiert jede Mehrheit so, daß auch die Minderheit in gewissem Umfang damit einverstanden sein kann. Warum sollen wir anerkennen, daß die Mehrheit ein absolutes Recht besitzt und daß die Minderheit nichts tun kann, als sich überstimmen zu lassen? Das ist nicht Politik, das wäre Mathematik. Ich sage, auch eine geschlossene Mehrheit würde mir nicht imponieren, so daß ich der sozialdemokratischen Fraktion raten möchte, sich hier bedingungslos zu fügen, bis zu dem Maße zu fügen, wie es ein Abgeordneter hier ausgeführt hat. Aber die Wahrheit ist, daß es im österreichischen Abgeordnetenhause überhaupt keine Mehrheit gibt. Das ist noch lange keine Mehrheit, was sich im Seniorenkonvent und bei Abstimmungen zusammenfindet. Das ist eben nicht die organisch gewachsene Mehrheit, die allein Anspruch hätte, von der Minderheit mit Verehrung betrachtet zu werden, weil sie sich eben verantwortlich für das Parlament und für den ganzen Staat fühlt. Wo eine solche Mehrheit fehlt, und in Oesterreich fehlt sie eben von Natur aus, kann man nicht behaupten, daß das Mehrheitsprinzip einzig und allein maßgebend sei, oder gar, daß es die Erscheinung der Demokratie wäre. Es ist also nicht wahr, daß sich die Minderheit jedes Gesetz gefallen lassen muß; wir haben durchaus das Recht zu verlangen, daß bei jedem Gesetz, das die Gesamtheit angeht, auch wir gehört, auch unsere Forderungen und Wünsche berücksichtigt werden,

zumal da diese sogenannte Mehrheit aus allen Ecken und Winkeln zusammengeklaubt wird, und für ihre Beschlüsse keine Verantwortung übernimmt. Aber sofern es sich um Grundrechte des Proletariats handelt, so ist jede Diskussion ausgeschlossen. Wenn sich eine Mehrheit fände, die den frevlerischen Mut hätte, an ein proletarisches Grundrecht zu greifen, so gibt es für das Proletariat und für seine Abgeordneten nur eine Politik: diese Leute so zu behandeln, wie unter Badeni! (Lebhafte Zustimmung.)

Darüber also, daß die Obstruktion ein berechtigtes Kampfmittel zur Verhinderung schlechter, nur dem Uebermut einer Majorität entsprungener Gesetze ist, hat in Europa nie eine Meinungsverschiedenheit bestanden. Diese Obstruktion hat es überall gegeben, und sie ist schon als zeitweiliges Mittel der Erziehung der Mehrheit sehr nötig. Denn wenn sich die Minderheit nur ducken und fügen würde, so könnte die Majorität sehr übermütig werden und sich um die Rechte der Minderheit, die ebenso gewiß sind wie die der Mehrheit, nicht kümmern wollen.

Bei der Beurteilung der Obstruktion als eines Mittels, etwas herauszupressen, in dessen Verurteilung ich mit allen Rednern einig bin und in dessen restloser Abneigung ich natürlich nicht schwanke, ist aber noch eines zu beachten. Bei den Forderungen des Proletariats handelt es sich ja nicht bloß um die Gesetzgebung, sondern vielleicht in noch hervorragenderem Maße um die Verwaltung. Nicht bloß um das Parlament, sondern auch um die Regierung. Nun ist es mit den österreichischen Regierungen so und es wird mit ihnen immer ärger, daß sie nur die Augenblickssorgen vor sich sehen und als Regierungssorge ihnen nur erscheint, was als Augenblicksschwierigkeit vor ihnen steht. Eine österreichische Regierung hat nun vor allem die Aufgabe, die sogenannten Staatsnotwendigkeiten, und das sind meistens Militärforderungen, durchzubringen. Die Regierung beachtet also nur die Parteien, die für das Gesetz stimmen, oder die Partei, die das Gesetz etwa obstruiert. Eine Partei, die bloß dagegen spricht oder bloß dagegen stimmt, ist bei ihren Erwägungen ein totes Gewicht, die beachtet sie nicht. Und zwar nicht nur bei der Verhandlung und Abstimmung, sondern überhaupt in der gesamten Verwaltung nicht. Es ist von vielen Seiten hervorgehoben worden, daß die Arbeiter jetzt in der Verwaltung ganz anders behandelt werden als früher. Das läßt sich ja nicht auf der Wage abwägen, aber sicher ist, daß jeder Bezirkshauptmann die Politik macht, die die Regierung macht, und sich so gebärdet, wie sich die Minister gehaben. Im Grunde genommen liegt die Bedeutung unserer parlamentarischen Vertretung nicht gerade darin, daß sie positive Vorteile für die Arbeiter erreicht, sondern vor allem und in der Hauptsache darin, daß sie die politische Macht der Arbeiterklasse verkörpert. Und wenn nun die Arbeiter über den arbeiterfeindlichen Geist klagen, so ist das nur ein Beweis der Verminderung unserer Macht überhaupt. Das ist freilich keine so auffällige Tatsache. Leider ist es ja so, daß wir bei den Wahlen im Jahre 1911 in einem bedeutenden Teile unseres Verbreitungsgebietes eine empfindliche Niederlage erlitten haben, und die Folge davon ist, daß die Machthaber meinen, über die Forderungen der Sozialdemokraten gleichgültig hinweggehen zu dürfen. Und das verschärft sich noch dadurch, daß die Regierung glaubt, parlamentarischen Schwierigkeiten von seiten der Sozialdemokraten nicht ausgesetzt werden zu können. Wenn man das erwägt, so ist die Idee, auf die Regierung durch die parlamentarische Taktik einen Druck auszuüben, daß sie, deren Ohren gegen die Klagen der Arbeiterschaft geradezu verstopft sind, für sie das Gehör erlange, durchaus nicht unlogisch oder unmöglich. Aber das ist eine Politik, die gewiß außerordentlich bedacht sein muß und die ihre besonderen Schwierigkeiten hat. Ohne Zweifel wäre es besser, wenn uns diese Politik nicht aufgezwungen würde; aber wenn diese Politik bei allen üblich ist — und es üben sie nicht bloß die Ruthenen, sondern ebenso auch die deutschbürgerlichen Parteien — so würde, wenn wir sie unterlassen, das uns gewiß ein gutes Sittenzeugnis

eintragen; aber man hat doch das Gefühl, daß wir dabei die Wurzen unserer guten Sitten wären. (Lebhafter Beifall.)

Nun werde ich nicht sagen, daß der Parteitag eine solche Taktik festlegen soll. Die Möglichkeit einer solchen Taktik hängt von außerordentlich viel Umständen ab. (Seliger: Das hab' ich ja gesagt!) Aber daß es möglich ist, eine Erhöhung des Rekrutenkontingents als eine Sache aufzufassen, bei der sich die Fraktion der Regierung so unangenehm bemerkbar machen kann, daß sie sich auf bestimmte Forderungen des Proletariats einzugehen bereit findet, das halte ich durchaus für keine Unmöglichkeit und weder den ethischen Auffassungen des Proletariats, noch den ethischen Anforderungen des Parlaments widersprechend. Wir können es ja nicht mißverstehen, daß alle diese subtilen Unterscheidungen in das gerade Empfinden eines Proletariers nicht hineingehen, sondern daß er einfach das Bedürfnis hat, daß die Fraktion bei solchen Dingen der Regierung zu der Erkenntnis verhilft, daß nicht bloß Ruthenen und Slowenen, nicht bloß die Nationen, sondern auch Klassen existieren, daß vor allem eine Klasse besteht, die an den Staat sehr berechtigte Forderungen zu stellen hat und die es nicht weiter dulden will, daß ihre Forderungen permanent zurückgestellt werden und allmählich in Vergessenheit geraten. Das Proletariat sagt der Regierung, daß es nicht weiter warten will! (Lebhafter Beifall.)

Das führt uns naturgemäß zu der Frage, wie sich das Verhältnis zwischen Proletariat und Parlament gestalten wird. Eine sehr lange Zeit stand das Parlament in dem Mittelpunkt unserer Ideologie. Aber es ist unmöglich, daß wir das Parlament in diesem Mittelpunkt erhalten. Wie immer man über die Krankheit des österreichischen Parlaments denken mag, darüber sind wir uns klar, daß der Heilungsprozeß sehr lange dauern wird. Denn er ist beeinflußt und gestört durch die internationale Situation in Europa, in die das Reich gestellt worden ist. Ein Reich, das heute tatsächlich um seine Daseinsmöglichkeit ringen muß, ein solcher Staat konzentriert naturgemäß seine ganze Kraft auf die Bewachung der Grenzen und hat für die soziale Lehre, daß nur ein sich gesund entwickelndes Volk eine Stütze für den Staat ist, wenig Empfänglichkeit. Es wird diesem Staate noch lange nicht gut gehen und auch lange nicht gut dem Parlament. Denn das Parlament ist nichts anderes als das zur Erscheinung gekommene Oesterreich. Den Staat sieht man natürlich nicht. Und was man von ihm sieht, das ist von soviel Weihrauch umgeben, daß ihn das weniger scharfe Auge nicht durchblicken kann. Im Parlament kommt das ganze ekelhafte Oesterreich zur Erscheinung, und es ist nicht anzunehmen, daß es den Arbeitern weiter gefällt und sie begeistert. In der Tat ist das Urteil der Arbeiter über das Parlament nichts anderes, als das Urteil über den Staat Oesterreich. Deshalb darf die Fraktion die Sache nicht übelnehmen. Da die Arbeiter nicht die Möglichkeit haben, die eigentlich Verantwortlichen über die Bank zu legen, so nehmen sie die her, bei denen sie diese Möglichkeit haben. (Heiterkeit.) Da sie den Stürgkh nicht packen können, so packen sie den Seitz an. (Erneute Heiterkeit.) Wir müssen deshalb die Ueberschätzung des Parlamentarismus aus den Köpfen der Arbeiter herausbringen, die Ueberschätzung, die von dem Parlament Dinge und Leistungen erwartet, die kein Parlament zu leisten vermag. Daß das zu einem beträchtlichen Teil die Folge der eigentümlichen Bedingungen ist, unter denen wir unseren Wahlrechtskampf führen mußten, ist mit Recht schon hervorgehoben worden. Aber es ist eben etwas ganz anderes, ob ein Proletariat, wie etwa das deutsche oder jetzt das italienische, das Wahlrecht als Frucht der Einsicht der Regierungen erhalten hat oder ob es sich es wie wir, gegen eine Welt von Feinden, gegen den Berg der angehäuften österreichischen Dummheit erobern mußte. Dazu kommt noch die Heftigkeit unserer Wahlkämpfe, so daß gleichsam durch den Mechanismus des Wahlkampfes die Bedeutsamkeit des Parlaments immer von neuem übertrieben wird und die Ueberschätzung immer neue Nahrung erhält. Was wir den Arbeitern klar machen müssen, ist nun, daß das Wahl-

recht vor allem das Mittel ist, das Wachstum des Proletariats, seine Reife und Selbständigkeit zu demonstrieren, seinen politischen Einfluß zu zeigen, seine politische Macht zu offenbaren.

Und daraus ergibt sich, daß wir uns eben mehr in der Partei einrichten müssen. In ihrer klugen Rede hat die Genossin Schlesinger gemeint, daß es daran gefehlt habe, daß die Politik der Fraktion den Massen nicht verständlich gemacht worden ist. Kann das richtig sein? Es gibt gewiß wenig Fraktionen der Sozialdemokratie, die so der Ausdruck der Partei wären, wie unsere Fraktion. Es ist nicht etwa ein Gegensatz wie in manchen romanischen Ländern, wo sich vielleicht auf der einen Seite das Proletariat, auf der anderen Seite als seine Vertreter Literaten und Akademiker befinden, sondern diese Abgeordneten sind Blut von unserem Blute, Fleisch von unserem Fleische, sind wirklich unser bestes Fleisch. (Heiterkeit.) Sie brauchen keinen Umweg zu den Herzen der Arbeiter und das Wort, das sie zu ihnen sprechen, trifft immer bereite Gemüter. Wie können wir nun meinen, daß sie sich den Arbeitern nicht verständlich gemacht haben? Es wird doch wohl mehr an dieser österreichischen Politik liegen, die so verwickelt, so unverständlich ist, daß sie dem gesunden Menschenverstand schier unbegreiflich wird! Denke ich aber an die Aufgabe der Partei, so muß ich noch eines sagen: Niemand kann sich dem Eindruck entschlagen, daß wir Aufgaben übernehmen, denen unsere Kräfte nicht gewachsen sind, daß wir Leistungen übernehmen, die uns eigentlich nicht zukommen, die unsere politische Kraft überlasten, geradezu aufzehren. Niemand, der die Partei mit aufmerksamem Blick betrachtet, wird sich einer Besorgnis entschlagen können, da er die Verwandlung so vieler Vertrauensmänner in Tätigkeitsorgane der Konsumvereinsbewegung sieht. Man hat den Eindruck, daß diese Seite unserer Aufgaben allmählich die anderen überwuchert, daß wir da Dinge übernehmen, zu denen uns — von der materiellen Tragfähigkeit will ich gar nicht sprechen, aber von der intellektuellen — die Vorbedingungen noch fehlen. Und dadurch werden der politischen Bewegung, die das Rückgrat der Partei ist und auch der Gewerkschaften, von der Leben, Blut und Feuer ausgeht, viele Kräfte entzogen und die Gefahr besteht, daß dadurch über die Partei eine geistige Verarmung kommen kann, ein Defizit an Kräften entstehen kann, das sich für die Partei sehr schädlich erweisen könnte. Ich halte es für meine Pflicht, gegenüber diesem allzu hastigen Tempo die warnende Stimme zu erheben. Wenn man mit Genossen aus der Provinz spricht, hört man schon heute die Klage, daß so viele tüchtige Männer sich plötzlich in Kaufleute verwandeln; ein Kommerzium soll aber unsere Partei nicht werden.

Was uns gegenüber dem Versagen des Parlaments nottut, das ist der größte und tiefere Nachdruck auf das eigentliche Sozialdemokratische, auf den eigentlichen Wesensstern unserer Arbeit. Das wird vielleicht nicht so glänzend aussehen, nicht so berauschend, nicht so imposant. Aussaat des Sozialismus: das ist die Aufgabe, die vor uns steht. Wir müssen in die Tiefe gehen, die Indifferenten erwecken, die Gleichgültigen aufrütteln und alle mit dem Bewußtsein von der ehernen Notwendigkeit des Sozialismus erfüllen. Ein Erfolg wie die Wahlreform kann der Partei eine Zeitlang das Bewußtsein ihres Fortschrittes geben. Das Eigentliche und Wesentliche ist aber, wie viel entschlossene und tatkräftige Sozialdemokraten es in ihren Reihen gibt und das Wichtigste ist, sie zu mehren, sie so zu mehren, bis das gesamte Proletariat im Namen und im Willen des Sozialismus versammelt ist. (Lebhafter Beifall.)

Cermak (Teplitz): Es wurde von einer Reihe von Rednern hervorgehoben, daß die Debatte über den Bericht des Klubs der Abgeordneten weit über den eigentlichen Rahmen hinausgegangen ist, und daß sich die Genossen und Genossinnen nicht nur mit dem Bericht und den Anträgen beschäftigen, sondern daß sie, was selbstverständlich und natürlich ist, die Fragen erörtern, die jetzt die gesamte Arbeiterbewegung Oesterreichs erfüllen. Es wurde mit Recht ausgesprochen, daß in breiten Massen der Bevölkerung

eine Unklarheit oder nennen Sie es so, Verdrossenheit oder Mißstimmung herrscht, und die Meinungen darüber mannigfach sind, wo die Schuldigen zu suchen sind, und was zu tun ist, daß es besser werde.

Ich meine, daß der Parteitag sich hüten muß, in diesen Meinungen nur auf die äußeren Erscheinungen zu sehen und auf der Oberfläche haften zu bleiben. Was wir über die Fraktion zu reden haben und was sich äußert in den Anträgen Graz und Meidling, ist zu beurteilen als der Ausdruck des Mißmutes über Erscheinungen, deren tiefere Ursachen nicht liegen in der parlamentarischen Taktik allein. Es wurde darauf verwiesen, daß sich in der Diskussion widerspiegelt die Auffassung der Bevölkerung über das Parlament, und daß dieses nichts anderes sein kann, als der Ausdruck dieses Staates.

Zu unserem politischen Jammer, den wir förmlich in den Gliedern tragen, kommt noch dazu, daß in ganz Europa gegenwärtig der Imperialismus nach Ausdruck ringt, und ihn findet. Es geht nicht nur uns so, sondern auch den Genossen im Reiche, die doch viel stärker sind als wir, und die auch zu hören bekommen, daß die Massen unzufrieden sind mit der Betätigung der Partei. Bedenken Sie, zur selben Zeit, da das schlechte Wehrgesetz in Oesterreich beschlossen wurde, das denn doch, wenn auch nur teilweise, die zweijährige Dienstzeit eingeführt hat, ist, trotz des theoretischen Kampfes des Proletariats, in der französischen Kammer das Gesetz über die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit angenommen worden. Wir müssen die österreichischen Erscheinungen eben auch in ihrem Zusammenhang mit den weltpolitischen Fragen beurteilen.

Die Diskussion über die Taktik ist, wie wir alle wissen, teilweise nur scheinbar gegen die Fraktion gerichtet. Worüber wir diskutieren, ist die Frage nach der Entwicklung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs. Was der Inhalt aller Ausführungen sein kann, das ist nur die Sorge um die Zukunft und das Wachstum der Partei. Und bei dieser Betrachtung dürfen wir nicht vergessen, daß unser politischer Jammer zusammenfällt mit der Welle des Imperialismus, daß zur gleichen Zeit der Klassenkampf sich bedeutend verschärft, wodurch den Gewerkschaften, Genossenschaften und der politischen Arbeiterbewegung neue Probleme für ihren Kampf gesetzt werden.

Als wir in Innsbruck über den Separatismus sprachen, haben einige Genossen, wie wir heute erkennen, mit Recht erklärt: Lassen wir uns nicht zu überhitzten Beschlüssen hinreißen. Wir werden die Gefahren überstehen, wir müssen nur durchhalten. Wir dürfen uns vom Separatismus nicht anfressen und uns nicht verwirren lassen.

Und in einer ähnlichen Beziehung möchte ich behaupten, was wir in unserer politischen Krise heute zu sagen haben, das ist, wir müssen eben durchhalten, wir leben in einer Zeit, die für uns ungünstig ist, aber es bleibt uns kein anderer Weg, als in zäher, unermüdlicher Arbeit der schwierigen Situation Herr zu werden. Es ist natürlich, daß bei dem Suchen nach den Schuldigen hie und da daneben gegriffen, und auch Fragen zweiter Linie in den Vordergrund gestellt werden. Ich möchte darauf hinweisen, was auf dem Reichenberger Parteitag im Jahre 1908 beim Bericht der Fraktion Genosse Adler gesagt hat: Er habe die Befürchtung, ob die Bevölkerung die ungeheuren Schwierigkeiten, mit denen die Fraktion im Parlament zu kämpfen hat, begreifen wird. Diese Befürchtung, glaube ich, hat sich leider als berechtigt erwiesen, da es nun viele Genossen gibt, die mit dem vollständigen Erfassen der Schwierigkeiten des österreichischen Parlamentarismus noch nicht ganz fertig sind. Wir haben seit dem Parteitag vom Jahre 1908 immer davon geredet, daß die Zeit des Wahlrechtskampfes uns eine Ueberschätzung des Parlamentarismus gebracht hat. Wir müssen uns nun aber auch davor hüten, daß wir nicht jetzt vielleicht in das andere Extrem verfallen, oder vielleicht gar in den Fehler hineingeraten, daß wir von parlamentarischen Kunstgriffen zu große Bedeutung und Wirkungen er=

hoffen. Ich glaube, fast alle Redner waren einig, daß von einer Obstruktion um jeden Preis, eine Obstruktion der Frivolität, wie wir sie bei den Ruthenen und anderen kleinen Parteien sehen, bei uns niemand etwas wissen will. Aber weil die Obstruktion ein Notrecht der Bevölkerung darstellt, so wird auch der Parteitag die Obstruktion als ein Mittel des proletarischen Klassenkampfes in das Arsenal unserer Waffen einverleiben müssen. Ich glaube daher, wir können es ganz ruhig auf diesem Parteitag aussprechen, daß wir selbstverständlich nicht in die Torheit verfallen, die Obstruktion als normales Kampfmittel anzuerkennen, daß wir aber doch daran festhalten, daß die Fraktion die Obstruktion unter besonderen Umständen vielleicht wird anwenden müssen. Wiewohl die Massenaktion zum Teil abgelöst wurde durch unsere parlamentarische Arbeit im Reich, im Land und in den Gemeinden, so steht doch fest, daß bald die Zeit wieder kommen wird, wo zum Beispiel in schweren Verlegenheiten des Staates das österreichische Proletariat zur entscheidenden Tat wird aufgerufen werden, so werden Sie, dessen bin ich sicher, mit unverminderter Kraft wieder in Aktion treten. Im Einverständnis mit den Delegierten von Deutschböhmen, die die Fragen in Konferenzen und Sitzungen der Vertrauensmänner vor dem Parteitag eingehend beraten haben, beantrage ich eine Resolution, von der ich hoffe, daß sie den Absichten der Antragsteller, soweit ihnen der Parteitag entgegenkommen kann, auch entspricht. Sie lautet:

Resolution:

Der Parteitag lehnt die Obstruktion als ein normales Mittel der parlamentarischen Taktik ab.

Die Obstruktion ist nur unter besonderen Umständen, nur als äußerstes Mittel parlamentarischer Abwehr anwendbar. Der Parteitag vertraut dem Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten, daß er die Waffe der Obstruktion gebrauchen wird, wenn die Umstände dies erfordern und einen Sieg des Obstruktionskampfes erhoffen lassen. Der Parteitag vertraut der Arbeiterklasse, daß sie in diesem Falle dem Obstruktionskampf im Parlament Rückhalt und Schwung geben wird im organisierten Massenkampf außerhalb des Parlaments. Der Parteitag warnt vor der Ueberschätzung der Möglichkeit, durch Kunstgriffe der parlamentarischen Taktik Erfolge zu erreichen. Die Macht unserer Abgeordneten ist immer nur bestimmt durch die Zahl, durch die Geschlossenheit, durch die Reife und Kampfbereitschaft der Masse, deren Beauftragte sie sind. Die Organisierung der Massen und ihre Erfüllung mit sozialistischer Erkenntnis ist daher der einzige Weg zu Siegen im Parlament wie außerhalb des Parlaments.

In dieser Erkenntnis geht der Parteitag über die Anträge der Bezirksorganisationen Graz und Wien XII zur Tagesordnung über.

Ich bitte um die Annahme dieser Resolution. (Beifall.)

Dr. Bauer (Wien): Die Diskussion leidet vor allem unter einem Fehler: daß sich hinter dem Worte Obstruktion die verschiedensten Begriffe verstecken. Der eine Genosse hält es schon für Obstruktion, wenn wir für das, was im Sozialpolitischen Ausschuß geschieht, Vergeltung üben in einem anderen Ausschuß. Darüber gibt es aber gar nichts zu streiten. Das hat noch niemand für unzulässig angesehen. Ein anderer Genosse hält es schon für Obstruktion, wenn in der letzten Sitzung vor dem Schluß der Parlamentssession Genosse Jokl in allerletzter Stunde eine anderthalbstündige Rede hält, um durch sie durchzusetzen, daß die im Seniorenkonvent getroffene Vereinbarung auch eingehalten wird. Auch das sind Selbstverständlichkeiten, über die nicht erst geredet werden muß. Dieser Mittel haben wir uns auch immer bedient. Aber auch was Genosse Austerlitz im zweiten Teil seiner Rede ausgesprochen hat, in dem er verlangt, daß wir bei der Vorlage über die Vermehrung des Rekrutenkontingents uns der Regierung möglichst unangenehm machen, ist nicht etwas Neues. Unsere Genossen haben sich auch bei der letzten Wehrvorlage der Regierung recht „unangenehm gemacht".

Ein gründlicher Statistiker hat ausgerechnet, daß die Reden des Genossen Leuthner zur Wehrvorlage allein fünfunddreißig Stunden ausfüllten. Ich glaube nicht, daß das der Regierung besonders angenehm war. Aber all das ist noch keine Obstruktion und all das kommt hier nicht in Frage. Die Obstruktion, die in Frage kommt, die sagt: Dieses Gesetz, das die Mehrheit beschließen will, wollen wir unbedingt verhindern, und wenn alle Pultdeckel im Parlament zerschlagen werden müssen. Das allein ist es, worum es sich handelt.

Die Entschiedenheit, warum ich und andere Genossen diese Forderung nach der Obstruktion bekämpft haben, hat hauptsächlich darin ihren Grund, weil wir glauben, daß sich darin noch immer eine gewaltige Ueberschätzung dessen ausdrückt, was diesem Parlament abzuringen ist, durch bloße Dinge im Parlament, durch bloße taktische Kunstgriffe. Ich will das an einem Beispiel zeigen. Nehmen Sie das Bäckerschutzgesetz. Eine kleine Sache, die aber nicht nur für die Bäckerarbeiter, sondern für die ganze Arbeiterklasse größte Bedeutung hat. Stellen Sie sich vor, es läge dem deutschen Reichstag vor als Regierungsvorlage, wie es bei uns ist. Es unterliegt für mich gar keinem Zweifel, daß es im deutschen Reichstag einstimmig oder vielleicht, weil es zu schlecht ist, von allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen würde. Ich bin überzeugt, daß die Hauptkämpfer für ein solches Bäckerschutzgesetz in Deutschland die Kollegen unserer Christlichsozialen, das Zentrum, wären. Nicht etwa weil sie besser sind als unsere Christlichsozialen, sondern weil sie Hunderttausende Arbeiter festzuhalten haben und weil sie wissen, daß ihnen alle Arbeiter davonlaufen würden, wenn sie eine solche Politik machten, wie sie unsere Christlichsozialen treiben. Bei uns ist das anders. Unsere Christlichsozialen haben auch Arbeiter, insbesondere auch Bäckerarbeiter; aber sie wissen, daß sie sich das leisten können, den erbitterten Kampf gegen den kleinsten Fortschritt des Arbeiterschutzes in der offensten und gehässigsten Weise zu führen, ohne befürchten zu müssen, daß sie von den christlichsozialen Arbeitern eine Absage bekommen. Sie haben weniger Grund als ihre Klassengenossen draußen im Reiche, sich vor den Arbeitern zu fürchten, weil es ihnen nicht schadet, auch wenn sie noch so scharf gegen die Arbeiter auftreten. Woran liegt das? Das ist vor allem eine Kulturfrage. In Deutschland ist das allgemeine Wahlrecht schon seit dem Jahre 1867 und die Arbeiter haben gelernt, das Wahlrecht zu gebrauchen. Es liegt daran, daß es die österreichischen bürgerlichen Parteien mit ihrer proletarischen Gefolgschaft eben noch sehr bequem haben, und da ist es nicht unsere Hauptaufgabe, zu obstruieren, damit das Parlament überhaupt nicht dazu kommt, ein solches Gesetz zu beraten, sondern wir müssen die Beratung benützen, zur Erziehungsarbeit benützen, um den bürgerlichen Parteien die Larve vom Gesicht zu reißen, und neue Arbeiterschichten von ihnen zu lösen. Gewiß, man holt sich Niederlagen, die schönsten Anträge werden niedergestimmt; aber das ist nicht unfruchtbar, wenn es nur richtig benützt wird.

Ich fürchte, wir selber nützen das nicht genug aus. Ich habe den Eindruck gehabt, daß Fragen ganz anderer Natur im Wahlkampf eine größere Rolle gespielt haben als solche Dinge. (Sehr richtig.) Daß man den Wahlkampf oft zu sehr geführt hat vom Standpunkt der Moral, daß man sich zu sehr gekümmert hat um die Reinheit gewisser Personen und Parteien. Aber unsere Aufgabe ist etwas anderes, unsere Aufgabe ist, die Klassengegensätze aufzuzeigen, dann werden unsere bürgerlichen Parteien langsam so „fortschrittlich" werden wie das Zentrum im Deutschen Reich. Das ist der Weg, um Erfolge zu erringen. Schätzen Sie die Tätigkeit der Abgeordneten nicht danach, was sie nach Hause bringen, behandeln Sie Ihre Abgeordneten nicht als Agenten, die im Parlament für Sie Geschäfte abzuschließen haben, schätzen Sie Ihre Abgeordneten danach, was sie beitragen zur Entfesselung der Klassengegensätze; was sie beitragen, um jene gewaltige Zahl der Arbeiter, die heute noch nicht sozial-

demokratisch ist, aus der Gefolgschaft der bürgerlichen Parteien zu reißen und die bürgerlichen Parteien gerade durch die Furcht davor allmählich zur Nachgiebigkeit zu erziehen. Das bringt freilich von heute auf morgen weniger ein als die hier empfohlenen Geschäfte: „Gebt uns sozialpolitische Gesetze, so lassen wir das Wehrgesetz passieren.“ Aber es ist die einzige fruchtbare Arbeit, es ist vor allem die einzige sozialdemokratische Arbeit. (Beifall.)

Noch etwas anderes. Erfolge. Aber was für Erfolge? Sind denn die positiven Erfolge im Parlament in Ländern, wo die Sozialdemokratie stärker ist als in Oesterreich, gar so herrlich? Genosse Leibfried hat uns erzählt, wie unzufrieden die Vorarlberger Arbeiter sind; die haben doch so nahe in die Schweiz, in das Reich der vollen Demokratie! Gerade auf sozialpolitischem Gebiet könnten Sie sehen, daß auch etwas viel Vollkommeneres als das allgemeine Wahlrecht den kapitalistischen Staat nicht aus der Welt schafft! Der deutsche Reichstag, die französische Kammer, sie triefen auch nicht gerade von Freundschaft für die Arbeiter, wenn es dort auch nicht so traurig bestellt ist wie in Oesterreich. Erfolge solcher Art, wie sie viele Arbeiter erträumen, sind überhaupt nicht zu haben in der kapitalistischen Welt.

In welcher Zeit leben wir denn? Dieses Oesterreich bekommt allmählich das Gefühl, daß es nur noch vor einer einzigen Frage steht, vor der Frage, ob es überhaupt noch bestehen kann! (Sehr richtig!) Es sieht sich nach dem Balkankrieg in einer geradezu katastrophalen Situation, die mit keiner Soldatenvermehrung zu beseitigen ist. Es sieht die Zuspitzung der Dinge in Ungarn, in Kroatien und im Süden. Es sieht den Zusammenbruch im Parlament, den Zusammenbruch in Böhmen und in Galizien; es sieht, wie diese Nationen wütend gegeneinander losfahren. Die Herrschenden bei uns haben nicht die Gewohnheit, nachzudenken, aber jetzt beginnen sie doch nachzudenken und es wird ihnen ganz bange dabei. Sie werden zunächst alles daransetzen, parlamentarisch oder außerparlamentarisch ihr Heer zu stärken. Sie werden versuchen, „Ordnung“ zu machen, ohne sich um papierene Paragraphen zu kümmern. Drüben in Ungarn haben sie schon „Ordnung“ gemacht, was sie eben für Ordnung halten. Hier fangen sie an, „Ordnung zu machen“, in Böhmen mit der Verwaltungskommission und mit den famosen Theorien des Verwaltungsgerichtshofes. Die Dinge werden aber noch weiter gehen. Glauben Sie, daß ein Großstaat ewig ein Parlament haben kann, täglich abhängig von den Launen und der Verdauung eines ruthenischen Abgeordneten? Man muß sehen, daß wir in Oesterreich unzweifelhaft Katastrophen entgegengehen.

Das Parlament ist in einem unhaltbaren Zustand, weil die Mehrheit völlig preisgegeben ist der Minderheit; der Staat ist in einem Zustand, den er nicht erträgt. In einer solchen Zeit muß man sich dreifach überlegen, mit den Ruthenen und den Slowenen dabei zu sein. Unsere Aufgabe ist eine andere. Unsere Aufgabe ist, den Völkern die drohende Gefahr einer absolutistischen Entscheidung zu zeigen, die Massen zum Kampfe aufzurufen dagegen und, wenn eine Lösung innerhalb dieses staatlichen Rahmens überhaupt noch möglich ist, zum Kampfe zu rufen um eine Lösung auf dem Wege der Demokratie, nicht auf dem Wege des Absolutismus.

Mit der Erkenntnis von der Ueberschätzung des Parlamentarismus allein ist noch gar nichts getan. Es nützt gar nichts, wenn Sie den Massen nur sagen: „Erwartet nicht zu viel vom Parlament!“ Denn damit würden Sie die Massen nur entmutigen, wenn Sie nicht etwas anderes zeigen, wenn Sie ihre Hoffnung nicht auf etwas anderes richten können. Und dieses andere ist nicht allein der Sozialismus in seiner letzten Abstraktion, nicht die Vertröstung der Dinge. Sie müssen den Massen vielmehr zeigen, wie diese kapitalistische Welt selbst nicht in fernen Jahrhunderten, sondern heute schon uns immer wieder Katastrophen entgegenbringt — hier wie überall in der ganzen Welt; Katastrophen, die ebenso viele Gelegenheiten sind für die Arbeiterklasse. Er-

innern Sie sich doch an unseren Parteitag in Salzburg! An das Jammern dort, das noch viel größer war als hier! An diese Stimmung dort: „Es ist nichts zu richten! Man kann nichts erreichen!“ Und wie plötzlich ist es dann anders geworden! Nicht weil wir uns geändert hätten, sondern weil drüben in der Mandschurei der Krieg losgebrochen ist, weil die Revolution durch ganz Rußland brauste, weil die Geschichte uns eine Stunde gebracht hatte, die in wenigen Monaten vollbringen konnte, was ein Jahr vorher noch als eine Utopie erschien! Daran erinnern Sie die Genossen! Lehren Sie sie erkennen, wie die Welt umgewälzt wird und wieder umgewälzt werden wird! Jeder technische Fortschritt, der das Wachstum der Industrie beschleunigt und die Zahl der Arbeiter vermehrt, jede Gärung in Asien, jede revolutionäre Strömung in Indien, jede Phase der Revolution in China erschließt unbegrenzte Möglichkeiten für die ganze Welt. Jede solcher Umwälzungen kann bedeuten, daß auch für uns wieder Stunden kommen wie die von 1905; Stunden, in denen plötzlich möglich wird, was sonst in Jahren nicht möglich war. Lehren Sie die Arbeiterklasse glauben, daß doch Oesterreich nicht allein existiert, daß unsere Geschicke nicht entschieden werden auf dem Franzensring, sondern durch das große Weltgeschehen der kapitalistischen Entwicklung! Wenn die Genossen das verstehen, werden sie nicht kleinmütig sein und an allem verzweifeln, wenn wir nach Hause kommen müssen und sagen: „Das Bäckerschutzgesetz ist noch immer nicht fertig.“ (Lebhafte Zustimmung.)

Wenn man uns endlich deutlich genug zu sagen beginnt, daß wir den Parlamentarismus nicht überschätzen sollen, ist damit allein noch nichts getan. Auch die andere Seite müssen Sie sagen: Sie müssen die Massen glauben und hoffen lehren auf die Entwicklung. Das ist es, was uns fehlt, und mein Vorwurf gegen die Parteipresse, den ich lange habe, ist nicht der, daß sie zu ungenau über einen Ausschuß berichtet oder die Rede eines Abgeordneten zu kurz wiedergibt, sondern der, daß sie die Dinge um uns und außerhalb des Reiches nicht genug ausnützt und an ihnen nicht die Arbeiter denken lehrt für unser Land. Die chinesische Revolution ist nicht ein Kuriosum, das man der Seltsamkeit wegen erzählt, sondern sie erschließt Ausblicke von ungeahnter Größe, von ungeahnten Möglichkeiten für uns selbst. So müssen wir die Genossen denken lehren; dann ist mir nicht bange, daß der Ueberschätzung des Parlamentarismus folgen wird Entmutigung oder Verzagtheit; dann bin ich gewiß, daß die Arbeiterklasse in unserem Lande denken lernen wird, wie eben Sozialdemokraten denken, nicht ob diesem kapitalistischen Staate etwas mehr oder weniger abzuringen ist, sondern denken, daß unsere ganze Arbeit nicht bloß administrative Reformen in diesem Staate sind, sondern die Zertrümmerung der uns feindlichen Staatsgewalt selbst. (Lebhafter Beifall.)

Abgeordneter Dr. Adler: Sie haben wohl alle das Gefühl, das ich selber habe, daß ich nach der soeben gehörten Rede hätte unten bleiben können. In der Tat, was uns Genosse Bauer gesagt hat, ist das Wesentliche, was zu dieser ganzen Diskussion zu sagen ist. Wenn ich trotzdem einige Bemerkungen hinzufüge, so wesentlich deshalb, weil ich mich der Verantwortung nicht entziehen will, die mir ebenso obliegt wie den anderen Mitgliedern der Fraktion und der Parteivertretung. Daß die Massen, daß die Vertrauensmänner in Oesterreich in keiner angenehmen Stimmung sind, das begreift sich, wir sind keiner in gehobener Stimmung, und jeder, der einmal ein paar Wochen im Ausland gewesen ist, hat, wenn er das erste schwarzgelbe Brett sieht, das Gefühl, er schwanke, ob er in ein Gefängnis oder in ein Irrenhaus zurückkehrt. Wir sind in der denkbar ungünstigsten Situation. Die Geschichte hat Oesterreich und seine Völker gegenwärtig in ein Uebergangsstadium, in einen krankhaften Zustand gebracht, von dem man nicht weiß, ob für dieses Staatsgebilde und mit ihm ein Weg möglich ist. Darunter leiden wir alle. Aber das muß ich schon sagen, wenn ich nach

Oesterreich hereinkomme und mir zum Bewußtsein kommt, was uns hier fehlt, dann ist es mein letzter Gedanke, daß uns die Obstruktion noch fehle. (Schallende Heiterkeit.) Die vermisse ich am wenigsten. (Erneuerte Heiterkeit.) Davon haben wir schon recht viel und übergenug, und wenn ich frage, worunter wir, nach den äußeren Symptomen zu urteilen, so leiden, ist mir noch nie eingefallen, daß man die Schwächen des Parlaments am besten dadurch kuriert, daß man das Parlament erschlägt. Das ist nicht der richtige Weg, um aus der Volksvertretung, die schwach ist, eine starke Volksvertretung zu machen.

Trotzdem begreife ich die Stimmung; es ist die Stimmung, die ich kenne, solange ich in der Partei bin. Wir sind ja alle mitschuldig an diesem Oesterreich, insofern wir ein Stück Oesterreichertum in uns tragen, das auszurotten freilich die wichtigste Aufgabe wäre. Wir haben die Stimmung: wenn es nicht weitergeht, dann „hau'n m'r all's z'samm'!" Programmatisch hat sich diese Stimmung in der österreichischen Partei in verschiedenen Schlagwörtern ausgesprochen. In den alten Zeiten — wir halten doch heute eine Art Jubiläumsparteitag — hat das geheißen: „Mit allen Mitteln", das hat bedeutet: „Dynamit womöglich." Die Zeiten sind ruhiger geworden, wir haben Leute, die die Literatur beherrschen, parlamentarische Geschichte studiert haben, Bücher schreiben. Die drücken sich nicht so aus, die sagen: „Mit den schärfsten Mitteln." Das ist nicht mehr Dynamit, sondern etwas viel Harmloseres, nämlich Obstruktion. Wir sind seinerzeit von den alten Mitteln abgekommen und haben das Amendement gemacht: „Mit allen zweckdienlichen Mitteln", das war das erste, und zweitens hat es geheißen: „Mittel, die dem Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechen." Also mit allen zweckdienlichen Mitteln. Da muß ich sagen: Ich halte die Obstruktion in Oesterreich für kein allgemein gesprochen zweckdienliches Mittel. Es ist etwas ganz anderes, ob wir Sozialdemokraten obstruieren oder irgendwelche tschechische Nationalsoziale oder irgendwelche Ruthenen. Genosse Austerlitz hat nun ein gefährliches Wort in seinen vielfach so richtigen Auseinandersetzungen ausgesprochen. Er hat gesagt: „Wir sind die Wurzen des Parlaments." Ja, die wollen wir auch sein, das heißt, wir sind so durchdrungen davon, daß wir auch in Oesterreich das Parlament als eines der Mittel der Entwicklung für unsere Völker brauchen, daß wir die Gewissenhaftigkeit haben, uns mit Selbstverleugnung in den Dienst dieses Parlaments zu stellen. Wir hatten sie von allem Anfang an. Mit dem Bewußtsein sind wir eingetreten und davon werde ich mich durch die Argumente, die ich bisher gehört habe, nicht abbringen lassen. Darum möchte ich noch eine Analogie zu dem alten theoretischen Streit anführen. Wenn wir damals sagten: „Wir wollen jene Mittel anwenden, die dem Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechen", so müssen wir heute vom Parlament sagen: Mit den Mitteln, die dem parlamentarischen Rechte entsprechen. Ich weiß, daß viel von dem, was ich hier sage, Ihnen nicht angenehm klingt. Ich habe es aber niemals für meine Aufgabe gehalten, den Massen zu sagen, was sie schon wissen und darum gern hören, sondern ihnen das zu sagen, wovon ich überzeugt bin — ich kann mich ja irren — daß ich eine vernünftigere und tiefere Einsicht in diesem Punkte habe als sie. Würde das nicht der Fall sein, dann würde ich nicht hinausgehen, um sie zu belehren, sondern würde mich von ihnen belehren lassen! Diese Pflicht ist mitunter sehr unangenehm. Ich gebe zu, daß man damit nicht Beifallsstürme hervorruft und sehr fest auf den Beinen stehen muß, um gegen die Stimmung der Masse aufklärend zu wirken und ihr seine Meinung zu sagen. Aber das halte ich für nötig. Ich meine, daß man darum mit sehr großer Vorsicht das verführerische Wort aussprechen sollte, das Austerlitz ausgesprochen hat: „Die Mehrheit imponiert mir nicht!" Mir imponiert sie auch nicht in dem Sinne, daß ich mich ihr tatenlos unterwerfe, sondern ich habe so lange zu kämpfen, bis aus der Minderheit die Mehrheit geworden ist. Das ist unsere Aufgabe. Unsere Arbeiterschaft und die Massen zu der Meinung zu bringen, daß wir

Effekt und Wirkung erzielen können über unsere wirkliche Kraft hinaus, heißt die Massen irreführen. Wir müssen abwägen und so viel Selbsterkenntnis haben — das ist eine der wichtigsten Arbeiten, die zu leisten ist — daß wir in jedem Moment wissen, was wir können und was wir nicht können. Es ist ein Aberglaube, daß nur ein Sprung ist von der Ohnmacht zur Allmacht. (Lebhafter Beifall.) Wir müssen unseren Parteigenossen sagen, daß Macht nur allmählich durch harte Arbeit gewonnen wird und daß sich Ohnmacht nicht sofort durchsetzt in Macht, die alles und jedes in jedem Moment erreichen kann.

Man hat hier mehrfach unseren Salzburger Parteitag vom Jahre 1903 erwähnt. Das war ein Parteitag, wo der Wahlrechtskampf für eine Zeit flau geworden war und wo die Parteivertretung die Vorwürfe dafür hören mußte, weil die Genossen angenommen haben, daß wir daran schuld seien. Gerade auf jenem Parteitag ist eine Resolution gefaßt worden, deren Tendenz und Richtung mir heute in deutlichste Erinnerung gekommen ist. Eine Resolution, die den Genossen ins Gedächtnis ruft, das allgemeine, gleiche Wahlrecht, wenn es errungen ist, ist nicht das Ende, sondern ist der Anfang, nicht das Ende der Umwandlung Oesterreichs, sondern der Anfang, nicht das Ende unserer Arbeit, sondern der Anfang unserer Arbeit. Müssen wir denn wieder mit den Anfangsgründen dessen, was wir gelernt haben, kommen, muß ich Sie wieder an den alten, trivial gewordenen Vergleich erinnern, den wir hunderte- und hundertemal den Leuten gesagt haben, um sie eben nicht zu täuschen über das Maß dessen, was der Parlamentarismus bringen kann, den alten Vergleich: Das Parlament des allgemeinen Wahlrechts ist die Luft für uns, die wir zum Atmen brauchen. Man kann ohne Luft nicht leben, man kann freilich von der Luft allein auch nicht leben, sondern das ist erst die Bedingung, um weiterzukommen. Und nun, weil wir politisch Luft haben, weil wir politisch atmen können, verlangen die Genossen sofort, daß wir Erfolge haben, solche Erfolge, von denen das Abc der sozialistischen Erkenntnis Ihnen sagen muß, daß sie parlamentarisch nicht errungen werden können, ja daß sie innerhalb des Kapitalismus nicht in dem Maße durchzusetzen sind. Das muß man den Massen sagen. Ja freilich, wer seine Kandidatur damit angefangen hat, daß erstens der Gegner ein Halunke und ein Trottel ist (Heiterkeit), was, glaube ich, leider zu den Anfangsgründen jeder Wahlagitation gehört (Heiterkeit), und zweitens, daß, wenn ich gewählt werde und nicht der andere, dann sofort die Milch billiger und das Fleisch billiger wird: wer so agitiert hat, der hat sich die Folgen seines Unverstandes und seiner Demagogie selbst zuzuschreiben. (Rufe: Sehr richtig!) Parteigenossen, der hat eben nicht sozialdemokratisch agitiert, der so agitiert haben sollte. (Lebhafter Beifall.) Nun ist es ja freilich nicht immer bequem, solche Kritik zu üben; man sagt das gewöhnlich nicht so in der großen Oeffentlichkeit, aber jeder von uns, der gewissenhaft ist, sagt es sehr häufig und mit größerer Intensität und Deutlichkeit in den Kreisen unserer Vertrauensmänner. (Beifall.) Und wenn nun auf einmal auf dem Parteitag von da und dort Anträge gebracht werden, die noch immer mit der nötigen Vorsicht abgefaßt sind — mit so einem Rettungsboot, auf das dann der Dr. Deutsch steigt und davonfahren will (Heiterkeit), Anträge, die der Fraktion sagen: „Ihr seid nicht »ruppig« genug“, wie in Deutschland der klassische Ausdruck lautet (Heiterkeit), wenn uns also angedeutet wird, daß wir eventuell das Parlament in Stücke hauen müssen — denn wenn wir Obstruktion machen, dann haben wir es in Stücke gehaut; wenn die Ruthenen es tun, dann muß das nicht die Folge sein — wenn solche Anträge kommen, dann muß man sich doch überlegen, ob das nicht eine allzu große Anpassung ist an die mangelhafte Einsicht von Genossen, deren mangelhafte Einsicht man selbst mitverschuldet hat. (Beifall.) Wenn man sagt, daß die Fraktion, wenn sie überstimmt wird im Parlament und nichts anderes tut, als sie tun kann, nämlich einen anderen Antrag stellt und nach neuen Mitteln sucht, denselben Zweck

zu erreichen, wenn man dann sagt, das sei die „Taktik geprügelter Jungen", wie uns hier auf dem Parteitag gesagt wurde, so verrät das nicht jene gewissenhafte Erfassung der Funktion unserer parlamentarischen Vertretung, wie sie von Genossen an hervorragenden Posten unbedingt zu verlangen wäre. Nun wird der Spieß umgedreht und man sagt: Man kann uns doch nicht zumuten, auf die Obstruktion zu „verzichten"! Das habe ich heute aus einem halben Dutzend Reden herausgehört, das „Verzichten". Der Genosse Deutsch, der der Hauptredner dieser Richtung ist, wenn wir das Ding so bezeichnen wollen, hat auch davon gesprochen. Ich meinesteils „verzichte" aber auf gar nichts. Auf gar nichts! Es ist ja möglich, daß in irgendeinem Moment in irgendeiner Situation die Obstruktion ein notwendiges, vernünftiges Mittel sein kann, und wenn mir da Gott den Verstand gibt, diesen Moment zu erkennen, dann werde ich obstruieren. Aber im allgemeinen zu sagen: Ihr müßt mehr „verschärfte" Mittel anwenden, das heißt Obstruktion machen, das ist, wie wenn etwa ein unvernünftiger Arzt sagen würde: Es muß im allgemeinen mehr Strychnin angewendet werden. (Heiterkeit.) Nun, Genossen, das halte ich nicht für die richtige Methode, taktische Regeln aufzustellen. (Lebhafter Beifall.)

Natürlich ergibt sich in alldem eine Reihe von Widersprüchen. Die Genossin Schlesinger hat uns, ich glaube sogar in sehr treffender Weise, auseinandergesetzt, daß man eigentlich mehr Fühlung mit den Massen herstellen muß. Hier bei dem Punkt, von dem wir jetzt reden, handelt es sich um eine ganz bestimmte Art von Fühlung, nämlich um die Erklärung und Darlegung der parlamentarischen Aufgaben, der Aufgaben der Fraktion und ihrer Möglichkeiten und Wirkungen. Auf der anderen Seite erklärt uns Muchitsch, es werde viel zu viel in den Zeitungen vom Parlament geschrieben!

Ja, Parteigenossen, wie sollen denn die Leute dann verstehen, was im Parlament vorgeht, wenn man es ihnen in der Zeitung nicht erklärt? Der Fehler liegt wo anders. Wir schreiben nicht zu wenig in den Zeitungen, aber es wird zu wenig gelesen. Es scheint mir übrigens, daß die Genossin Schlesinger auch den Vorwurf macht, es sei irgendeine Diskussion irgendwo abgeschnitten worden. Ich bin mir eines solchen Fehlers nicht bewußt, im Gegenteil. Ich halte die Anträge, die da gekommen sind, zwar in der Sache für grundfalsch, aber sie haben ein erhebliches Verdienst, daß sie uns diese Debatte verschafft haben, daß sie uns die Möglichkeit geben, uns über gewisse Mißverständnisse mit den Vertrauensmännern auseinanderzusetzen. Für die Debatte bin ich, nur hoffe ich, daß sie einen anderen Effekt haben wird, als diese allgemeine Redensart von den „schärfsten Mitteln" als Richtschnur für die Partei aufzustellen, denn das sagt gar nichts. Wichtig wäre allerdings eine Mahnung, und da ist jeder schuldig, der hier im Saale ist und darüber hinaus, und ich bin weit davon entfernt, mich etwa entlasten zu wollen. Wichtig ist allerdings, daß wir über der täglichen Arbeit nicht vergessen, daß wir Sozialdemokraten sind, daß wir Sozialdemokraten zu gewinnen haben, und ich wage es zu sagen, nicht allein Parteimitglieder. (Sehr richtig!) Daß wir in größerem Umfang als bisher — und mit Recht hat einer der Genossen auf die glänzenden Erfolge der Bildungsarbeit hingewiesen — sozialdemokratische Agitation betreiben. Allerdings laßt euch nicht allzusehr ins Bockshorn jagen durch die Raunzereien, wie Seitz es nennt. So schlimm ist es nicht. Ich hätte gern ein paar Versammlungen mehr vor der Eröffnung des Parlaments gehabt, um vor der Eröffnung des Parlaments in einer Versammlung dreimal auszuspucken (Heiterkeit), nicht vor der Versammlung, sondern vor dem Zustand des Parlaments, vor diesem Oesterreich. Diese Versammlungen sind diesmal aus technischen und anderen Gründen unterblieben; aber daraus, daß diese Versammlungen unterblieben sind, daraus dürfen Sie nicht entnehmen, daß die agitatorische und die Versammlungstätigkeit in Wien

geruht hat. Das wäre ein großer Irrtum, und ich muß die Genossen aus der Provinz darauf nachdrücklich hinweisen: wir haben ja hier Schwierigkeiten. Sie werden mir zugestehen, daß ich den Greuel des § 14 gewiß nicht unterschätze; aber wenn Sie das Sperrsechserl in Wien abschaffen, weiß ich nicht, ob das für die Entwicklung der Parteien nicht ebenso wichtig wäre. (Heiterkeit.) Die großen Versammlungen waren prachtvoll besucht. Tausende Menschen waren an einem Abend beisammen. Aber diese Arbeit war wirksam nur nach außen. Sie ist nicht so tief gegangen wie die Hunderte und Hunderte von Sektionsversammlungen, die Woche für Woche abgehalten wurden (So ist es!), wo wirklich jene Aufklärung hineingetragen wurde, mit mehr Erfolg, als das in großen Versammlungen möglich ist. Wir sind also nicht so schlecht. Ich will nicht Zufriedenheit posieren. Ich halte es aber gerade für den krankhaftesten Zustand, wenn die Partei von den „Erfolgen" leben will. Als sozialdemokratische Partei leben wir mit Naturnotwendigkeiten von der Einsicht in die Unmöglichkeit, ein wirklich menschenwürdiges Dasein innerhalb des Kapitalismus zu erreichen. (Beifall.) Ich bin kein Verächter der kleinen Dinge, ich halte jeden kleinsten Schritt, den wir im Arbeiterschutz machen, für etwas Wichtiges, und nichts ist für unsere Taktik so entscheidend und nichts widerspricht dem blödsinnigen Gerede von der negativen Natur des Marxismus und des geschichtlichen Materialismus so sehr wie der große Gedanke, den Marx in den Worten ausgesprochen hat, daß die Erringung des Zehnstundentages eine wirkliche revolutionäre Tat gewesen ist. Jedes Stück solcher Tagesarbeit, das die Lebenshaltung der Arbeiter hebt, hebt sie nicht nur leiblich, sondern auch geistig, hebt ihren Stolz, ihr Selbstbewußtsein, gibt ihnen die Möglichkeit, sich besser zu bilden. Jedes solche Stück hat genau soviel Wert, als es — wie es in unserem alten, aber nach vierundzwanzig Jahren noch immer guten Hainfelder Programm steht — dazu beiträgt, das Proletariat kampffähiger zu machen. Nicht also um es zufrieden zu machen, nicht um es mit Erfolgen zu füttern, die in der kapitalistischen Gesellschaft nicht zu holen sind, sondern um es unzufrieden und zugleich kampffroh zu machen, um es vorwärts zu treiben, arbeiten wir! Ueberlassen Sie das Prunken mit solchen Erfolgen und das Jagen nach ihnen der Demagogie unserer Gegner, und unsere Kritik muß es sein, daß wir ihnen zeigen, daß das, was sie als Erfolge ausgeben, nichts als Schwindel ist, nichts als Verkleisterung des traurigen Zustandes des Kapitalismus.

Wir brauchen gar nicht so betrübt zu sein, es ist eine schlechte Zeit und ich gebe zu, daß, wer sieht, wie durch die Komplikation von Krise und Lebensmittelverteuerung und Belastung mit neuen Steuern das Elend steigt, traurig werden kann. Aber der einzige, der nicht traurig werden kann und nicht traurig bleiben kann, das ist der Sozialdemokrat. Denn der weiß, daß das nicht so bleiben kann, daß das nicht so bleiben muß, weil er die Entwicklung kennt und darin die Entwicklung des Kapitalismus sieht, die selber zum Sturze des Kapitalismus treiben muß. Ueber unsere Taktik im Parlament ist das eine zu sagen: Wir werden im Parlament versuchen, nach wie vor vernünftige Politik zu machen (Lebhafter Beifall), dem Parlament abzuringen, was wir ihm nur abringen können, aber ohne es zu zerstören, weil wir wissen, daß wir dann nicht für uns, sondern für ganz andere Leute arbeiten würden. Wir werden nach wie vor im Parlament zu holen versuchen, was möglich ist, und manchmal gelingt ja auch ein Handstreich. Denn die Vertreter des Kapitalismus im Parlament sind zwar einig gegen uns, aber nicht unter sich und seine Vertreter schlafen manchmal. (Heiterkeit.) Es ist ja richtig, daß wir in diesem Parlament die „Wurzen" sind, ja nicht allein die Wurzen des Parlaments, sondern jedes einzelnen Ausschusses, daß wir nämlich jene Partei sind, die die allerfleißigste ist. Bei jeder Arbeit sind unsere Leute die Unterrichtetsten, Fleißigsten und am besten Vorbereitetsten; das spüren ja die Gegner auch und das schmerzt sie am allermeisten. Unsere Genossen freilich finden das für selbstverständlich,

sie sagen, das wissen wir ja, daß ihr gescheite Leute seid, deshalb haben wir euch ja gewählt. (Heiterkeit.)

Und nun: Wir werden im Parlament unsere Pflicht tun, das übrige aber, Genossen, ist eure Sache, außerhalb des Parlaments an der Aufklärung der Massen zu arbeiten. Wir werden dabei nicht minder mittun: nicht als Fraktion, nicht als Abgeordnete, sondern als Sozialdemokraten, die ihre Pflicht zu tun haben in jedem Stücke, bei jeder Arbeit der Agitation und der Organisation. (Stürmischer Beifall.)

Abgeordneter **Seliger**: Ich bin vollkommen mit Genossen Adler einverstanden, daß nach der Rede des Genossen Bauer und jetzt auch nach der Rede des Genossen Adler die Diskussion über den vorliegenden Gegenstand erschöpft ist und ich würde nicht das Wort ergreifen, wenn mich dazu nicht zwei Bemerkungen in der Debatte zwängen. Der Genosse Austerlitz hat behauptet, ich hätte hier sozusagen ein absolutes Recht der Majorität verfochten, nichts ist mir weniger eingefallen als das. Ich habe mich dagegen gewendet, daß wir uns hier festlegen auf eine bestimmte Taktik, auf die Anwendung einer bestimmten Methode des parlamentarischen Kampfes für einen Augenblick, den wir noch gar nicht abzusehen in der Lage sind und vor allem dessen politische Umwelt zu beurteilen wir heute gar nicht vermögen. Es ist doch so: Solange wir den Parlamentarismus anerkennen, müssen wir auch das Recht der Majorität anerkennen und ich glaube auch für uns, denn am Ende können die Arbeiterschutzgesetze auch nur mit Majorität beschlossen werden. Darum bin ich der Meinung, daß wir dieses parlamentarische Grundgesetz antasten dürfen durch die sozialdemokratische Obstruktion — die etwas anderes ist als jede andere Obstruktion — nur in einem Augenblick, wo alle Dinge für uns auf dem Spiel stehen, wo es sich vielleicht um die Zukunft, das Leben und die Entwicklung der ganzen Arbeiterschaft handelt. Wir können heute nicht unsere Taktik für einen in ferner Zukunft liegenden Augenblick festlegen in dem, wie hier angedeutet wurde, vielleicht das Koalitionsrecht der Arbeiter angetastet werden soll. Denn stellen Sie sich nur die Möglichkeit vor, ich glaube, ein solcher Anschlag auf das Koalitionsrecht der Arbeiter würde im österreichischen Abgeordnetenhaus erst dann geschehen, wenn sich die bürgerlichen Klassen und ihre Regierung so stark fühlen, daß sie nicht nur den Kampf mit uns im Parlament aufnehmen können, sondern wenn sie sich auch stark genug fühlen werden, jede Bewegung, jeden Widerstand der Arbeiterklasse außerhalb des Parlaments niederschlagen zu können. Da wird die Taktik nicht die Fraktion allein erwägen. Wenn die Dinge im Parlament so stehen, dann wird sich die Fraktion an den Genossen Hueber wenden mit der Frage: Wie steht es heraußen? — und die Entscheidung wird nicht der Klub der Abgeordneten, sondern die gesamte gewerkschaftliche und politische Organisation der Arbeiterschaft fällen. Darum glaube ich, es wäre nicht richtig zu sagen, ich werde in diesem Falle die Obstruktion ergreifen, weil ich zu dieser Entscheidung nicht das Recht habe. Meine Ausführungen gipfelten darin, daß das Handeln und die Entschlüsse bei entscheidenden Fragen im Parlament in voller Uebereinstimmung sein müssen mit der Kraft und dem Grad der Machtentwicklung des gesamten Proletariats in Oesterreich. Daß das geradezu ein Gesetz ist im politischen Leben, dafür haben wir gerade in Böhmen ein Beispiel. Wir haben es erlebt, daß man den Landtag mit einem Federstrich beseitigte und an seine Stelle den Absolutismus stellte. Wissen Sie, was der böhmische Landtag in der Ideologie des Volkes, das in dem Lande die Mehrheit hat, bedeutet? Es bedeutet etwa das, was in der Denkweise des Proletariats das Koalitionsrecht einnimmt; und dennoch konnte es die Regierung wagen, den Landtag zu beseitigen und dennoch haben die bürgerlichen tschechischen Parteien nicht die Kraft, Vergeltung zu üben und sich zur Wehr zu setzen. Dennoch kann es geschehen, daß die tschechischen Parteien im Reichsrat nicht einmal ein Wort reden. Warum konnte das geschehen? Weil die Machtverhältnisse innerhalb der tschechischen Nation

heute ganz andere sind, weil die Dinge so liegen, daß zu einem solchen Vergeltungskampf im Wiener Reichsrat den tschechischen parlamentarischen Vertretern im tschechischen Bürgertum selbst die Kraft fehlt. Ich glaube nicht, daß wir Sozialdemokraten je in einem Augenblick vergessen dürfen, daß unsere Fraktion in ihren Kraftäußerungen im Parlament nicht über den Grad der wirklichen Kraft des Proletariats in Oesterreich hinausgehen darf.

Nun hat Genosse Rapoldi auch die Aeußerung gemacht: „Was wir in Böhmen gemacht haben, das sei ein Bluff. Ich kann schon sagen, unsere Tiroler Genossen könnten in ihrem Land was immer für Beschlüsse fassen, ich würde mir nie anmaßen zu sagen, es wäre ein Bluff. (Zahlreiche Rufe: Sehr richtig!) Und ich muß Genossen Rapoldi bitten, er möge den Vertrauensmännern von Böhmen soviel Gewissenhaftigkeit zugestehen, daß sie außerstande sind, eine Politik des Bluffs zu machen. Mit dem Programm, das wir aufgestellt haben, ist es uns blutiger Ernst, denn dieses Programm weist den Weg für das Eindringen in die Selbstverwaltung, in die Verwaltung überhaupt; nicht nur im Land und in den Kreisen, sondern auch den Weg in die Kommunalverwaltung. Die Erfüllung dieses Programmpunktes ist die Voraussetzung dafür, daß die Arbeiterschaft Böhmens in die Lage kommt, die allgemeine parlamentarische Politik, die im Reichsrat begonnen hat, fortzusetzen in der Detailarbeit der Selbstverwaltung im Land und in den Gemeinden. Darum war es kein Bluff, sondern eine ernste und wie ich glaube über Deutschböhmen hinausreichende große und ernste Arbeit, die wir da geleistet haben, und ich bin fest überzeugt, daß, wenn wir auch heute nicht gleich in den Besitz der nationalen Autonomie kommen, so ist sie doch unser erstes Kampfziel, für das wir alle Kräfte der deutschböhmischen Arbeiterschaft einsetzen werden. Und ich glaube, daß dafür in einem bestimmten Zeitpunkt auch wirksam werden wird die Kraft der anderen Arbeiter des Landes. Wir befinden uns hier in den Grundfragen in Uebereinstimmung mit den tschechischen Arbeitern, wenn wir auch vorher nicht eine Verständigung mit den Separatisten hatten.

Wir gehen unseren eigenen Weg. Das sind die Wege des Proletariats Vorwärtsbewegung und der Aufwärtsbewegung, des deutschen Proletariats und so auch des tschechischen. Wir glauben mit gutem Gewissen sagen zu können, daß wir mit dieser Aktion Arbeit für die gesamte österreichische Arbeiterschaft geleistet haben.

Abgeordneter Dr. Renner: Durch die kräftigen Sensenhiebe der Genossen Bauer und Adler ist die Wiese abgemäht. Es bleibt nur hie und da ein Halm stehen. Da möchte ich warnen vor Auffassungen, die aus der Rede Austerlitz' herausgeklungen haben. Allerdings sprach er mit so viel Rettungsbooten — wenn man das Bild gebrauchen kann — daß man nicht weiß, ob er sich im ganzen mehr dafür oder dagegen ausgesprochen hat. Aber ich möchte feststellen: die ganze Kraft der sozialistischen Agitation und Aktion ist darauf begründet, daß wir sprechen im Interesse der übergroßen Mehrheit des Menschengeschlechts. Wir machen das Recht der Mehrheit überall geltend. Wir haben deshalb nicht das Recht, noch handeln wir klug daran, das Recht der Mehrheit irgendwo zu bezweifeln. Es fällt mir nicht ein, jede zusammengewürfelte und augenblicklich uniformierte Mehrheit für unantastbar zu halten; aber es liegt im Wesen unserer Anschauung, daß die Mehrheit das Recht hat, und so haben wir nicht das Recht, im Parlament die Mehrheit zu hemmen, außer wir appellieren von der schlechtinformierten Mehrheit im Wege von Neuwahlen an die besserinformierte Wählerschaft.

Nun hat Austerlitz anfangs seiner Rede gesagt, daß es mit der Obstruktion in Oesterreich anders stehe. Das seien Obstruktionen von Nationen, die seien anders aufzufassen. Wenn eine Nationsmehrheit infolge des nationalen Notstandes zur Obstruktion greift, hat das eine ganz andere Wirkung auf den Staat, die Herrschenden und die Völker selbst, als wenn eine Klasse, die noch eine Minderheit in ihrer Vertretung darstellt, zur

Obstruktion greift. Die Obstruktion einer Klasse wäre mit anderen Mitteln zu besiegen als die einer Nation. Ich möchte aus diesen Gründen nicht empfehlen, die Obstruktionstaktik einzuschlagen. Unsere Obstruktion wäre das Ende aller Obstruktionen, nämlich das Ende des Parlaments. Wir würden uns schweren Gefahren aussetzen, ohne den Schatten eines Erfolges. Niemals würden wir eine Rekruten-, niemals eine Steuerbewilligung hindern, niemals ein Budget, niemals eine neue Steuer, solange sie von den bürgerlichen Parteien gebilligt wird.

Die Stellung der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie zum Parlament ist verschieden. Die Kapitalistenklasse hat im großen und ganzen das, was sie vom Staate braucht: ihr bürgerliches Gesetzbuch und ihre bürgerlichen Gerichte, Polizei und Gendarmen. Nur wir haben nicht das, was wir wollen. Die Mitteilung, daß wir Sozialdemokraten fleißig waren, bedeutet für die bürgerlichen Klassen mehr Sozialpolitik, mehr Arbeiterschutz, höhere Lasten zugunsten der Besitzlosen. Dafür haben Sie das deutlichste Zeichen in der Rede des pensionierten Sektionschefs und gegenwärtigen Präsidenten des Industriellenbundes, des Herrn Brosche, der sagte, man müsse doch froh sein, daß das Parlament nicht obstruiert werde, denn sonst würde es nur noch Arbeiterschutz beschließen! Das Wesentliche einer modernen Gesetzgebung können nur Schutzgesetze für die Arbeiterklasse sein. Die paar Kleinigkeiten, Hausiergesetz und unlauterer Wettbewerb, tun vom Kapitalismus nichts weg und tun nichts dazu. Jede soziale Gesetzgebung ist eine Last für die Herrschenden. Deshalb wären sie sehr froh, wenn wir so töricht wären, das einzige Instrument zu zertrümmern, das wir noch haben.

Wie können wir wirken? Ich sage, die Spekulation auf den parlamentarischen Erfolg droht zu einem Faulbett auszuarten. Man stellt sich vor, die 80 Sozialdemokraten werden die 436 Bürgerlichen stillsetzen, womöglich hinauswerfen, und der Arbeiterklasse werde der entscheidende Kampf erspart. Oder man glaubt, die achtzig sollen durch besondere Geschicklichkeit bewirken, daß die 436 so wirken wie Sozialdemokraten. Oder was meint man, daß die achtzig machen sollen? Nun können die achtzig nur kämpfen auf der Basis der Verteidigung. Dadurch, daß diese Verteidigungstruppe drinnen ist, ist viel Unheil erspart worden, dem die Arbeiterklasse sonst nicht entgangen wäre. Der ungarische Gast hat erzählt, wie dort unten das Vereinsrecht, das Versammlungsrecht, die Presse geknebelt wird, wie die Arbeiter auf der Straße behandelt, sie in jeder Beziehung rechtlos gemacht werden. Es könnte doch derselbe Gedanke auch den herrschenden Klassen Oesterreichs kommen. Wenn sie das nicht machen können, so aus dem Grunde, weil die achtzig Sozialdemokraten als Verteidiger der Volksrechte, soweit wir solche haben, dastehen. Wir sind in der Defensive, was das Stimmen und die Erfolge betrifft. Wir sind aber in der Offensive mit den Argumenten. Wenn wir in der Defensive sind, können wir auch manches bewirken, dadurch, daß wir die schlafende Mehrheit überrumpeln. Aber sie muß schlafen, wenn man sie überrumpeln soll. Doch als Sozialdemokraten wissen wir, daß dieser Staat und dieses Parlament nichts sind als Organe der herrschenden Klasse, daß wir drinnen stehen im Hause der Feinde, vorläufig in der Minderheit, bereit, den Kampf aufzunehmen.

Doch im Volk sind wir in der Offensive. Wir müssen ausgehen von der Auffassung, daß jeder Unaufgeklärte ein Stück des Volkes ist und der ganze Kampf im Parlament nur das Vorspiel ist für die Aufklärung, da wir die vertreten, die heute noch in der Gefolgschaft der bürgerlichen Parteien sind. Es wäre falsch, die Hauptwirkung zu verlegen auf den Franzensring, während sie liegt in der Volks- und Wählerversammlung, damit unsere Fraktion auch die Vertreterin der Volksmehrheit werden kann.

Austerlitz hat gemeint, daß die wirtschaftliche Bewegung der Partei viel Intelligenz entziehe und die politische Bewegung darunter leidet. Die politische Bewegung hat nun wie jede Bewegung ihre hoch- und ihre tiefgehenden Wellen.

Nicht zu allen Zeiten kann man das sagen, daß die politische Bewegung die Hauptsache ist. Der ganze Parlamentarismus und unsere politische Bewegung laufen darauf hinaus, den Staat in den Dienst der Arbeiterklasse zu stellen, laufen hinaus auf Staatshilfe. Seit wann sind wir denn die Gläubigen der Staatshilfe geworden, seit wann bilden wir uns denn wirklich ein, daß der heutige Staat das Instrument der Befreiung der Arbeiterklasse sein wird? Wenn wir das täten, wäre das ein tiefer Fall von der theoretischen Höhe, die wir bisher innehatten. Wahr ist vielmehr, daß die ganze Arbeiterklasse in ihren materiellen Bestrebungen, in ihrer geistigen Erhebung der Träger des Sozialismus ist. Deshalb dürfen wir die Selbsthilfe des Proletariats in Gewerkschaften und Genossenschaften nicht geringer schätzen. Wenn es augenblicklich etwas stiller ist in der politischen Bewegung, so bleibt uns noch ein reiches Feld offen in den Gewerkschaften, Genossenschaften und in den Bildungsorganisationen. Wir haben nicht unsere Rechnung gestellt auf dieses Oesterreich und innerhalb dieses Oesterreich nicht auf den Parlamentarismus und auf diese und jene Geschäftsordnungsbestimmung; wir haben unsere Rechnung gestellt auf die eigene Kraft der Arbeiterklasse, die sich auslebt in Gewerkschaften, Genossenschaften und Bildungsorganisationen. Diese eigene Kraft wird uns vorwärtstragen. (Beifall.)

Wagner (Wien XVI): Das Argument von der Obstruktion hat in unserem Bezirk nicht besonders um sich gegriffen, wenn wir auch eine entschiedenere Politik der Fraktion wünschen. Wir haben ja eigentlich seit Jahren nichts anderes als Parlamentspolitik gemacht; wir haben das geistige Auge der Massen ganz auf das Parlament konzentriert. Es ist unsere Pflicht, den Massen auseinanderzusetzen, in welcher schwierigen Situation sich unsere Abgeordneten im Parlament befinden. Wir müssen ihnen auch auseinandersetzen, daß die Leistungsfähigkeit des Parlaments eine Grenze hat, daß es doch nur ein Mittel zum Zweck ist. Wir sollten mehr Organisationspolitik machen. Es ist nicht richtig, daß die Unzufriedenheit ein hemmender Faktor ist für die Entwicklung der Organisation. Das widerlegen Ihnen die Erfolge, die wir hier im Bezirk trotz der Krise und der Unzufriedenheit mit dem Parlament erzielt haben. Ich möchte darauf verweisen, daß wir bei den Wahlen in manchen Bezirken unsere Kassen bis zum Weißbluten leeren, es ist ja naturgemäß, daß wir alle Mittel aufwenden, um unseren Kandidaten durchzusetzen. Aber ich weiß nicht, ob es richtig ist, in Bezirken, wo die Wahl sehr unsicher ist, so viel Geld aufzuwenden, es würde doch genügen, uns zu sagen, wir treten dort in den Wahlkampf nur ein, um Gelegenheit zu haben, zu den Massen zu sprechen. Dann hätten wir mehr Geld für die Bildungsarbeit. Dann könnten wir so manchen tüchtigen Parteigenossen in diesen Bezirken unabhängig machen, der sich völlig der Organisationsarbeit widmen könnte, und ich weiß nicht, ob nicht diese Arbeit wirkungsvoller und nützlicher wäre als das, was mancher Genosse im Parlament leistet, der dort Stunden, Tage und Wochen verbringt, bis man irgendein kleines Gesetzerl für die Arbeiter herausbringt. Mit der Obstruktion einzusetzen und das Parlament damit zu zerschlagen, halte ich für falsch. Ein schlechtes Parlament ist mir noch immer lieber als gar kein Parlament. Wenden wir uns hinaus, verrichten wir zielbewußte Arbeit, machen wir unsere Organisation mächtig und stark, das wird den Abgeordneten den nötigen Rückhalt geben. Manche sagen, die Politik der Abgeordneten soll so sein, daß sie von Erfolg zu Erfolg schreitet, damit die Vertrauensmänner mit den Erfolgen, die ihnen die Fraktion liefert, in die Häuser und Versammlungen gehen und sagen können: Seht, unsere Fraktion hat wieder einen Erfolg. Ja, das wäre freilich gut. Aber

ich meine, der umgekehrte Weg ist der richtige. Vor allem müssen wir unsere Organisationen und unsere Macht steigern, dann werden wir auch im Parlament Erfolg haben. Denn dann wird auch die Fraktion im Parlament die nötige Macht haben, Erfolge für die Arbeiterschaft durchzusetzen.

Pölzl stellt den Antrag auf Schluß der Debatte.

Dieser Antrag wird angenommen.

Es werden dann die

Begrüßungstelegramme

verlesen: von Hoffmann aus Köln, dann weiter ein Begrüßungstelegramm der Britisch-sozialistischen Partei, dann ein Telegramm der serbischen Sozialdemokratie (großer Beifall), ein Telegramm des Kongresses der bosnisch-herzegowinischen sozialdemokratischen Partei (lebhafter Beifall). Der Parteitag beschließt, mit einem Begrüßungstelegramm an den bosnisch-herzegowinischen Parteitag zu erwidern.

Hierauf wird die Verhandlung auf Montag früh vertagt.

Dritter Verhandlungstag.

Vormittagssitzung.

Dr. Deutsch (Wien): Im Auftrag der Delegierten der Bezirksorganisationen von Graz und Meidling habe ich folgende Erklärung abzugeben:

Wir haben uns entschlossen, für den ersten Teil des Antrages Cermak zu stimmen, weil darin das enthalten ist, was wir ja gewünscht haben. Er kommt unserer Auffassung insoweit nahe, als er die Obstruktionsmöglichkeit nicht verneint, als er die Obstruktion nicht aus der Hand geben will.

Wir haben unseren Antrag vornehmlich deshalb gestellt, weil wir wünschten, daß auf dem Parteitag eine große politische Diskussion entfesselt, daß über die Taktik im Parlament gesprochen werde. Das ist auch erreicht und damit wäre der Zweck erfüllt, den wir erstrebt haben.

Schließlich ist es uns aber auch darum zu tun, daß der Parteitag in dieser wichtigen Frage zu einer einheitlichen Kundgebung komme, und deshalb haben wir uns entschlossen, für den Antrag Cermak (ohne den letzten Absatz) zu stimmen, wodurch sich unsere Anträge erledigen und natürlich auch der letzte Teil des Antrages Cermak, der verlangt, daß der Parteitag über unsere Anträge zur Tagesordnung übergehe.

Gestatten Sie, daß ich noch hinzufüge: Es scheint uns, daß diese Diskussion für uns alle von Nutzen gewesen ist. Wir haben gewiß aus ihr sehr viel gelernt und glauben, daß die Diskussion für die Partei förderlich ist, insofern sie beigetragen hat, unsere sozialistische Ueberzeugung zu festigen und damit auch den proletarischen Befreiungskampf zu stärken. (Beifall.)

Es folgt nun

das Schlußwort des Referenten.

Abgeordneter Seitz: Ich habe schon oft über die parlamentarische Tätigkeit zu berichten gehabt. Die Abgeordneten haben bei solchen Debatten schon mehr Anerkennung geerntet als diesmal, wir haben schon eine liebenswürdigere Kritik gehört, aber trotzdem muß ich sagen, daß mich noch niemals die Debatte so gefreut hat wie diesmal. Wer da gesehen hat, mit welcher Spannung die Debatte durch zwei Tage verfolgt wurde, wie die Gegensätze aufeinanderprallten, wie die wichtigsten Lebensfragen der Partei, nicht nur

ihre parlamentarische Arbeit erörtert wurden, dem werden diese zwei Tage noch lange in Erinnerung bleiben. Ich muß gestehen, daß ich — und ich habe das ja auch in meinen einleitenden Worten bemerkt — diese ganze Diskussion vorerst als nicht sehr bequem empfunden habe. Nicht etwa, daß sich die Abgeordneten für zu schwach hielten, ihr standzuhalten, oder daß wir fürchteten, mit dem Parteitag in einen prinzipiellen Gegensatz zu geraten, nein, sondern weil ich es nicht für zweckmäßig hielt, vor den Gegnern über Parlamentstaktik zu sprechen, weil ich befürchtete, daß etwa nach der einen oder anderen Richtung ein *falsches Bild unserer Absichten* und unserer *Beweggründe* entstehen könnte, weil die Gefahr nahe lag, daß wir den Gegnern entweder als Obstruktionisten schlechthin wie die Ruthenen erscheinen oder als Gegner der Obstruktion immer und unter allen Umständen. Auch diese Befürchtung hat sich als übertrieben erwiesen. Ich glaube, daß nunmehr auch jeder Gegner verstehen wird, *welche Richtlinien* der Parteitag für die parlamentarische Taktik festlegt. Deshalb sind wir dankbar allen, die sich an der Festlegung beteiligt haben, sowohl denjenigen Genossen, deren Urteil wir nicht für zutreffend halten und deren Begehren wir nicht erfüllen können, als auch jenen, die auf Grund ihrer praktischen Arbeit festgestellt haben, daß sie mit der Taktik der Fraktion einverstanden sind. Wir sind sowohl dem Genossen *Preußler* dankbar, wenn er auch aus den eigenen Mißerfolgen in seinem Agitationsgebiet auf Mißerfolge der Partei überhaupt geschlossen hat, wie jenen, die in ihrer praktischen Arbeit Erfolge erzielt haben und die die Dinge daher ruhiger und sachgemäßer beurteilen wie Genosse *Rapoldi* und andere.

Unvergeßlich werden uns die Stunden des Höhepunktes der Debatte sein, als der junge *Bauer* und der alte *Adler* — Genosse *Adler* möge entschuldigen, wenn ich ihn so bezeichne — in die Debatte eingriffen. Wie Genosse *Bauer* gestern nicht nur in der klassischen Sprache, sondern auch in Ton und Elan der jungen Marx und Engels die Richtlinien unserer Politik zeigte, wie er die Kleinmütigen und Zaghaften mit jener jugendlichen Kraft, die nur denen eigen ist, die noch etwas zu erleben haben, in die Höhe riß; wie dann Genosse *Adler* in die Geschichte zurückging, nicht nur in die Geschichte überhaupt, sondern in die Parteigeschichte im besonderen, wie er uns zeigte, daß die Parteibewegung nie eine gleichmäßige Wellenbewegung war, sondern, im ganzen betrachtet, immer aufwärts und vorwärts führt, wie *Adler* an die wissenschaftlichen Lehren und alten Grundsätze der Parteien erinnerte, an die alte Wahrheit, daß wir zwar jeden kleinen Erfolg hinnehmen müssen, ja gierig nach ihm greifen und ihn erzwingen müssen, daß wir uns aber nicht täuschen dürfen über die *Beschränktheit aller Erfolge im Klassenstaat* und daß wir große Erfolge nur im letzten Kampf erzielen können. In diesem Augenblick mag mancher von uns, der im kleinlichen Alltagsleben leicht geneigt ist, an das große Ziel zu vergessen, sich aufgerafft, sich erinnert haben an die schönen alten Tage des prinzipiellen Kampfes. Wollen wir in der praktischen Agitations- und Organisationsarbeit nie vergessen, was der *Inhalt unserer Arbeit sein muß*, der Arbeit draußen und der Arbeit im Parlament: die Arbeiterklasse zu erfüllen mit der Erkenntnis und dem Bewußtsein ihrer Lage und ihrer Aufgaben und sie kampffähig zu machen.

Die parlamentarische Arbeit kann selbstverständlich nicht nur den Zweck haben, kleine Erfolge zu erzielen. *Bauer* hat ganz richtig gesagt, wir müssen das Parlament mehr zu einer Tribüne machen für unsere Agitation. Wir müssen daher nicht nur im Parlament reden und stimmen, sondern auch dafür sorgen, daß in der Presse über diese parlamentarische Arbeit nicht nur berichtet wird, welche Reden gehalten werden und wie die Reden sind, sondern vor allem über die inneren Zusammenhänge dieser Politik und voran über die Bedingungen, unter denen wir und die bürgerlichen Parteien wirken, über die Grundsätze, von denen wir uns leiten lassen; wir müssen diese Berichte verwenden zur prinzipiellen Schulung der Genossen,

zur Verbreitung und Vertiefung der Erkenntnis, zur Aufdeckung der Klassengegensätze.

Ich möchte auf diesen Teil der Diskussion besonders aufmerksam machen, weil in der Wahlbewegung wie im Parlament unsere Bewegung wirklich häufig die Methoden der bürgerlichen Parteien annimmt. Wir dürfen nicht hinausgehen und sagen: „Wählt uns, dann wird sofort das goldene Zeitalter beginnen!", sondern wir müssen sagen: „Wählt uns, um zu protestieren gegen das Elend der arbeitenden Klasse, um zu zeigen, daß die Arbeiter entschlossen sind, als bewußte Kämpfer zu wirken für ihre Interessen." Wir müssen in dieser Wahlagitation die prinzipiellen Gegensätze hervorheben und wir werden dann auch besser wirken als jetzt. Unsere Wahlagitation ist sehr häufig zugespitzt auf die Gewinnung von Schichten, die eigentlich nicht zu uns gehören, und dabei vergessen wir oft an jene, die Fleisch von unserem Fleische sind. Wir wenden uns häufig an Fernstehende, weil wir glauben, daß sie bei der Wahl das Zünglein an der Wage sind — besonders in der Stichwahl — und weil wir glauben, daß wir die Arbeiterstimmen ohnehin schon alle haben. Das ist aber gewöhnlich nicht wahr, und wenn es wahr wäre, wo bliebe dann die prinzipielle Schulung? Um uns so zum richtigen Wege zurückzuführen, war die Debatte sehr nützlich.

Nun zu den einzelnen Rednern! Da möchte ich zunächst gegen meinen Freund Seliger, der ja ein alter, erfahrener Parlamentarier ist, eine Bemerkung machen. Wenn ich ihn recht verstanden habe, so meint er, wir dürfen und können zur Obstruktion überhaupt nie greifen. Ich weiß nicht, habe ich ihn mißverstanden, dann erledigt sich jede Diskussion. Habe ich ihn aber recht verstanden und ist er wirklich dieser Ansicht, dann muß ich schon sagen: so scharf darf man die Formel nicht fassen. Ich habe schon gesagt, und das ist sicher, daß unter gewissen Umständen die Obstruktion eine Waffe im parlamentarischen Kampf nicht nur sein kann, sondern sein muß, daß wir eventuell einmal zu diesem Mittel greifen müssen.

Ein anderer Redner hat darauf verwiesen, daß der Abgeordnete Jokl einmal eine längere Rede gehalten hat und daß diese Rede Jokls einen kleinen Erfolg hatte. Also sei Obstruktion sehr gut. Aber dieser kleine Erfolg war ein Zufallserfolg im parlamentarischen Getriebe.

Es war der letzte Tag vor den Ferien und die bürgerlichen Parteien hatten ein Interesse daran, noch schnell einige Beschlüsse zu fassen. Da haben wir ihnen gesagt: „Wenn ihr keine Zeit habt für uns und unseren Antrag über das Arbeitsbuch, dann haben wir keine Zeit für eure Vorlagen. Dann wird eben die Sitzung geschlossen und ihr habt auch nichts!" Jokl hat dann so lange geredet, bis die Verhandlungen mit den Parteien zum Abschluß gekommen waren.

Das ist nicht Obstruktion, das sind Methoden, die im Parlament immer angewendet werden können. Die wahre Obstruktion ist unter Umständen notwendig und wird von uns nicht abgeschworen, die leichtfertige verurteilen wir. Wir haben das wiederholt deutlich ausgesprochen.

Ein anderer Redner hat gemeint, wenn sie die Wehrreform mit dem § 14 machen wollen, so sollen sie sie machen. Uns ist es lieber, als wenn sie gemacht wird mit stiller Zustimmung der Partei. Demgegenüber muß ich feststellen, daß nie eine Wehrreform weder unter stiller noch unter lauter Zustimmung der Partei gemacht wurde, sondern daß jede im schwersten proletarischen Kampf von den bürgerlichen Parteien durchgeführt wurde. Derselbe Redner hat auch gemeint, die Abgeordneten mögen halt etwas mehr reden. Sie haben sich zu rasch überrumpeln lassen. Damit hat er gewiß das Entzücken der meisten Mitglieder des Abgeordnetenhauses ausgelöst. Ich kann ihm verraten, daß bei solchen Debatten immer fast alle Abgeordneten sprechen wollen und daß die Redner, die für eine halb- oder einstündige Rede in Aussicht genommen sind, zwei und drei Stunden

sprechen. In der Tat haben wir bei der Wehrreformdebatte genug geredet. Ich habe mir von einem Genossen, der allerdings etwas hervorragt, die Zeit zusammengestellt, die er in der General- und Spezialdebatte zur Wehrreform mit seinen Reden ausgefüllt hat. Genosse Leuthner hat in der General- und Spezialdebatte zusammen nicht weniger als dreißig Stunden gesprochen. (Heiterkeit.) Aber auch die anderen Genossen, die zu Wort gekommen sind, Reisel, Winarsky, Schuhmeier, waren nicht zu kurz und unsere Redner haben zusammen in der Wehrreformdebatte siebzig Stunden beansprucht. Das ist die Zeit von 14 Sitzungstagen oder etwa vier Wochen der Session. In dieser Beziehung kann man also den Abgeordneten gewiß keinen Vorwurf machen. Wir haben nicht ohneweiters zugestimmt, sondern haben gegen die Wehrreform gekämpft und haben alles, was man gegen sie anführen kann, restlos angeführt und den Standpunkt der Partei nach allen Richtungen hin vertreten. Man vergißt oft, daß es sich bei der parlamentarischen Arbeit nicht allein um den schließlichen Erfolg handelt, sondern um die Diskussion und die Ergebnisse dieser Diskussion für die Agitation. Eine Wehrreform mit dem § 14 ist nicht dasselbe wie eine parlamentarisch erledigte Wehrreform. Ueberdies wäre eine Wehrreform mit dem § 14 unseren bürgerlichen Parteien weit lieber gewesen. (Sehr richtig!) Es hat schon ein Genosse gesagt: Was wäre denn geschehen, wenn mit dem § 14 oder mit dem § 43 des Wehrgesetzes durch Heranziehung der Ersatzreservisten das stehende Heer vermehrt worden wäre? Wir hören förmlich die Stimmen der Christlichsozialen und der Nationalverbändler, wie sie in Volksversammlungen draußen geschrien hätten: „Da war eine Vorlage! Wir hätten uns bemüht, dieses Gesetz ausreichend zu verbessern, eine Menge Erleichterungen zu schaffen, hätten auch für ein niedrigeres Rekrutenkontingent gestimmt; aber da sind die bösen Sozialdemokraten gekommen mit ihrer Obstruktion, haben jede sachliche Beratung unmöglich gemacht und haben es erzwungen, daß die Regierung das Gesetz mit dem § 14 verhängt hat." (Lebhafte Zustimmung.) Das wäre weitaus schlimmer, und ich möchte sehr abraten vor der Empfehlung einer solchen Taktik.

Genosse Wagner (Wien IX) nötigt mich auch zu einigen Bemerkungen. Er hat ein Laster, das eigentlich eine Tugend ist, aber in der Politik unter Umständen eine gefährliche Tugend. Er hält nämlich die anderen für klüger, als er ist. Das soll man nie in der Politik. (Heiterkeit.) Er glaubt, wir Abgeordneten seien weitaus gescheiter als er, ja wir seien im Besitz irgendeiner Geheimwissenschaft, die wir niemand verraten wollen, und er fordert uns also auf, das doch endlich herauszusagen. Aber ich muß ihm zu meinem Bedauern sagen, wir wissen nichts, als was wir schon gesagt haben. Wir sind nicht gescheiter als er. (Heiterkeit.) Er hat aus der Tatsache, daß Genosse Deutsch, der Parteisekretär ist und an der Quelle sitzt, auch einen Antrag zur Obstruktion gestellt hat, geschlossen: Wir anderen wissen ja nicht, wofür es gut ist; aber da er es wissen muß und er die Geheimwissenschaft hat, dann muß es seine Gründe haben. Das ist falsch. Es ist zwar ein altes Sprichwort: Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er vieles andere; aber immer ist das nicht richtig. Auch ein Parteisekretär kann irren und muß nicht immer alles am besten wissen. (Stürmische Heiterkeit.) Wir haben also keine Geheimwissenschaft für die Obstruktion, sondern wir sind offen der Meinung, daß die Obstruktion als normales Abwehrmittel nicht zu verwenden ist. Wagner hat auch gewünscht, wir mögen ihm deutlicher erklären, ob denn der nichtbefriedigende Zustand in unseren Organisationen, diese Arbeitsmüdigkeit, eine Folge der parlamentarischen Tätigkeit oder eine Folge der Gleichgültigkeit der Massen ist. Ja, Genossen, das kann ich ihm nicht sagen. Es mögen vielleicht beide Ursachen zutreffen. Gewiß haben wir wenige Erfolge erzielt im abgelaufenen Jahr, gewiß zu wenige in allen den sechs Jahren. Ich muß dagegenüber dem Genossen Strunz bemerken, der bemängelt hat, daß ich

über die ganzen sechs Jahre berichte. Man kann ja nicht sagen, am 31. Oktober hat ein Erfolg begonnen und am 31. Oktober des nächsten Jahres hat er aufgehört. Wenn wir zum Beispiel eine Verordnung für die kontinuierlichen Betriebe erreichen, so ist sie schon viele Jahre vorher im Embryo da. Wenn unsere Arbeit von geringem Erfolg begleitet war in den sechs Jahren und insbesondere im letzten Jahr, so mag das gewiß draußen lähmend gewirkt haben auf die Agitation. Ja, Genossen, wenn wir hinausgehen und sagen könnten: Wir haben den Achtstundentag erreicht oder die Abschaffung der indirekten Steuern, die Beseitigung der Wohnungsnot — Dinge, die man heute nicht erreichen kann — so wäre natürlich die Agitation belebt worden. Der Mißerfolg dagegen mag gewiß auf die Agitation lähmend gewirkt haben, aber ebenso sicher ist, daß wir die Ursachen auch außerhalb des Parlaments suchen müssen, in der geringeren Werbetätigkeit der Partei und in der Gleichgültigkeit breiter Arbeiterschichten. Wagner hat uns auch verglichen mit den Ruthenen und hat gemeint: Wenn die Ruthenen obstruieren, so ist das sehr öde und sehr fad. Schon deshalb, weil sie in einer fremden Sprache sprechen; wenn aber die Sozialdemokraten obstruieren würden, wäre das eine geistreiche Obstruktion, die befruchtend wirken würde auch auf die Agitation und gewiß durch den Inhalt der Reden. Glauben Sie, daß, wenn wir einmal eine Obstruktion mit Dauerreden machen würden, diese Reden in die „Arbeiter-Zeitung" kämen und daß diese Reden gar so geistreich wären? Einmal hat ein Redner, kein Sozialdemokrat, versucht, in eine solche zwölfstündige Obstruktionsrede seine gewiß reichen Fachkenntnisse über eine bestimmte Frage hineinzulegen; aber auch diese Rede hat sich wirklich nicht unterhaltlich gelesen. So läßt sich die Sache nicht machen und ich würde den Genossen Wagner einladen, einmal zu Hause im stillen Kämmerlein zu versuchen (Heiterkeit), so eine zehnstündige Rede zu halten und sich dann zu fragen, ob diese Rede so geistreich wäre, daß sie, wenn sie gedruckt würde, befruchtend wirken würde. (Heiterkeit.) Auch die Abgeordneten sind keine Tausendsasas und ihre Obstruktionsreden würden ziemlich öde sein, wie alle derartigen Reden. Der Genosse Wagner hat dann ein Argument aufgegriffen, das ich schon in meinen Eingangsworten widerlegt habe. Er meint, wenn wir erklären, wir obstruieren die Staatsnotwendigkeiten bis zur Erfüllung unserer sozialpolitischen Forderungen, dann müssen wir bei Erfüllung dieser Forderungen durchaus nicht die Obstruktion aufgeben, es gebe da schon noch Mittelwege und man könne auch dann noch die Staatsnotwendigkeiten obstruieren, wenn die sozialpolitischen Notwendigkeiten erfüllt sind. Genosse Wagner, diese Mittelwege möchte ich kennen! (Beifall.) Ich glaube, nichts ist klarer als das: Wenn wir erklären — wie das der Antrag Graz will — daß wir obstruieren, solange die Sozialversicherung nicht Gesetz ist, dann müssen wir in dem Augenblick, wo man uns die Sozialversicherung gibt, erklären, jetzt hört unsere Obstruktion auf. Wir hätten also gezeigt, daß unsere Obstruktion die Wehrreform verhindern könnte, aber wir würden diese Mittel preisgeben, würden auf diese Verhinderung verzichten, weil wir die Sozialversicherung bekommen haben. Das wäre das nationalsoziale Schlagwort: Kanonen gegen Volksrechte. Darüber kommt uns niemand hinweg. Einen Mittelweg dazwischen gibt es nicht. Denn wenn wir eine Obstruktion, von der wir eben gezeigt haben, daß sie wirksam ist, daß sie ausreicht, um die Gesetzwerdung der Vorlage zu verhindern, aufgegeben haben, dann kommt es nicht mehr darauf an, ob wir pro oder kontra stimmen.

Ein Wort gegen Genossen Preußler. Er sagt, die Arbeiterschaft beklagt es, daß Hochenburger noch immer Justizminister ist. Preußler ist ja auch Parlamentarier, er ist Mitglied des Salzburger Landtages. Ich bitte ihn, uns zu sagen, wie man den Hochenburger wegbringen könnte. Seitdem ich den Herrn Dr. Hochenburger im Parlament sehe, zerbreche ich mir den Kopf darüber. Nun, wenn Preußler das Mittel

kennt, so wäre es boshaft, es uns nicht zu sagen. Er hat ja im Salzburger Landtag auch einen Mann als Landmarschallstellvertreter, der den Arbeitern nicht gerade sympathisch ist, den Herrn Dr. Stölzel. Ich lade ihn ein, zuerst im Salzburger Landtag den Stölzel zu beseitigen, dann werden wir vielleicht auch noch den Hochenburger wegbringen. (Heiterkeit.)

Genossin Schlesinger hat gemeint, es werde zu wenig diskutiert. Dieser Meinung sind wir alle. Wenn sie aber sagt, die Mitteilung einer fremden Meinung werde als Störung betrachtet, kann ich ihr nicht zustimmen. Auch in der Presse vernimmt man ja fremde Meinungen. Zu Beginn dieser Diskussion lasen wir im „Kampf" einen Artikel des Genossen Schab. Ich hätte ihn nicht aufgenommen. (Heiterkeit.) Dagegen ist die Anregung der Genossin Schlesinger zu unterstreichen, daß die Politik mehr in die Massen getragen wird und verständlicher zu machen ist.

Genosse Schmerz meinte, wir sollen nicht den Stürgkh dulden. Das erledigt sich durch meine Bemerkungen zum Hochenburger. Wir würden ihn nicht dulden, wenn wir könnten, und möchten ihn sobald als möglich weggeschickt wissen. Damit bin ich in meinen Bemerkungen zu einzelnen Reden fertig, die übrigen sind durch die gestrige allgemeine Diskussion erledigt worden.

Eines ist sicher und das hat auch Friedrich Adler gesagt: Wir haben in einem jahrzehntelangen Wahlrechtskampf die Bedeutung des Parlaments weit überschätzt. Wir wußten das. Es war selbstverständlich, daß wir im Wahlrechtskampf bei jedem schlechten Gesetz, das das Privilegienparlament beschloß, sagten: So arbeitet das Privilegienparlament! Hätten wir ein Parlament des gleichen Wahlrechts, dann wäre es besser! Es war selbstverständlich, daß wir die großen Massen für den Wahlrechtskampf nur gewinnen konnten, indem wir die Bedeutung des Parlaments mehr hervorhoben. Als das Parlament des gleichen Wahlrechts kam, mußte es enttäuschen. Wie Viktor Adler schon gesagt hat: Wir haben zwar damals nie vergessen, zu sagen: „Das Wahlrecht ist die Luft, wir können ohne Luft nicht leben; aber wir können auch von der Luft nicht leben." Aber trotzdem hat man das allgemeine Wahlrecht überschätzt. Es wird nur dann von Wert sein, wenn wir den Arbeitern unausgesetzt sagen: Jetzt hast du die Waffe, nun lerne sie endlich gebrauchen.

Die Waffe allein nützt dir nichts. Diese Predigt muß zum großen Teil der Inhalt unserer politischen Agitation sein. Wenn darin zu wenig getan wird, ist das nicht allein die Schuld unserer Fraktion, sondern unser aller.

Tatsache ist, daß große Massen von Arbeitern uns völlig fernstehen und die Waffe, die die Sozialdemokratie geschmiedet hat, nicht nur nicht zu gebrauchen wissen für sich, sondern sie gebrauchen sie gegen sich und gegen die Interessen ihrer Klasse. Das muß man soweit als möglich zu beheben trachten durch ausreichende umfassende Agitation. In dieser müssen wir uns immer vor Augen halten, daß positive Erfolge nur zum geringen Teil im Parlament erzielt werden können, daß das Parlament des gleichen und allgemeinen Wahlrechts ein Instrument der herrschenden Klassen ist und noch lange bleiben wird und daß der Aufstieg der Arbeiterklasse nicht so rasch erfolgen kann, wie wir es wünschen. Wir müssen die indolenten Arbeiter erziehen zu der Einsicht und der Erkenntnis, daß im kapitalistischen Staate auch mit dem gleichen Wahlrecht nicht die Erfolge erzielt werden können, auf die sie Anspruch haben. Wir dürfen nicht sagen: „Es ist wenig zu erzielen, daher ergib dich in dein Schicksal", sonsondern wir müssen sagen: „Es ist wenig erzielt worden, sehr wenig, daher müssen wir trachten, daß es mehr wird, durch deine Kraft!" Wenn ihr unzufrieden seid, daß so wenig erreicht ist, dann setzt diese Unzufriedenheit um

in nützliche Energie in der Agitation, dann geht von Mann zu Mann, von Tür zu Tür, und werbet um die Herzen und Gehirne der Arbeiter! Nie dürfen wir darüber hinwegtäuschen, daß alle Erfolge im Klassenstaat nur sehr beschränkt sein können, daß das Parlament nur eines der vielen Mittel sein kann, um die Arbeiter mit dem Bewußtsein und mit der Erkenntnis ihrer Lage zu erfüllen und mit dem eisernen Willen, sich ein besseres Los zu schmieden. (Lebhafter Beifall.)

Ich habe nun die vorliegenden Anträge zu besprechen. Ein Antrag von Joachimstal ist verspätet eingelangt und muß darum nach dem Parteistatut dem Parteivorstand zugewiesen werden. Dann sind die Anträge der Bezirksorganisationen Meidling und Graz. Sie sind zurückgezogen worden und damit erledigt. (Dr. Deutsch: Erledigt durch eine Erklärung.) Dann kommt der Antrag der Bezirksorganisation Römerstadt. (Der Antrag verlangt eine Aktion des Verbandes für Aenderung der Reichsratswahlordnung, und zwar nach deutschem Muster: Wahlzelle, amtliches Kuvert u. s. w.) Ich kann mich natürlich auf die Einzelheiten, die da im Schluß des Antrages angeführt worden sind, nicht einlassen. Im allgemeinen ist aber die Frage, deren Behandlung der Antrag anregt, höchst erwägenswert, und es wird sehr gut sein, den Antrag anzunehmen.

Dann liegt der Antrag des Genossen Cermak vor, der zusammenfaßt, was das Ergebnis unserer zweitägigen Arbeit ist. Er sagt, daß die Obstruktion nicht ein normales Mittel der parlamentarischen Taktik sein könne, daß sie aber als Mittel der Abwehr unter Umständen angewendet werden muß. Diesen Antrag empfehle ich zur Annahme. Der letzte Absatz ist nicht mehr notwendig. Er besagt nämlich, daß über die Anträge Wien und Graz zur Tagesordnung überzugehen sei. Das ist dadurch erledigt, daß diese Anträge zurückgezogen sind. (Lindner erhebt Widerspruch.) Genosse Lindner aus Graz wünscht, es sei bei der Resolution Cermak ein Satz zu streichen, und zwar der Satz: „daß die Waffe der Obstruktion nur gebraucht werden wird, wenn die Umstände es erfordern und ein Sieg des Obstruktionskampfes zu erhoffen ist". Er habe den Antrag Graz nur unter der Bedingung zurückgezogen, daß dieser letzte Satz „und ein Sieg des Obstruktionskampfes zu erhoffen ist" gestrichen wird. Cermak aber hält die Resolution so aufrecht, wie sie ist. Lindner legt der Resolution einen anderen Sinn unter. Er meint, daß nach der Resolution die Obstruktion nur zulässig ist, wenn wir uns versichert haben, daß sie bestimmt zum Siege führt. Hier ist aber nur gesagt, „wenn ein Sieg zu erhoffen ist". Lindner kann also ruhig für die Resolution stimmen. Er kann aber, wenn er dagegen stimmen will, getrennte Abstimmung verlangen.

Es liegt dann der Antrag Witzmann vor, der Fraktion das Vertrauen zu erklären. Zu diesem Antrag habe ich keine Meinung zu äußern. Dann liegt dazu ein Zusatzantrag Gröbner und Hartmann vor, der die Obstruktion als äußerstes parlamentarisches Kampfmittel der Sozialdemokratie keineswegs ein für allemal ausgeschlossen wissen will. Dieser Antrag würde sich von selbst erledigen, wenn der Antrag Cermak angenommen wird. Sollte er aber abgelehnt werden, dann müßte natürlich über den Antrag Gröbner abgestimmt werden.

So glaube ich, daß wir das Ergebnis der Diskussion in dem Antrag Cermak zusammenfassen können. Und wenn Sie noch ein übriges tun und dem Antrag Witzmann zustimmen, das heißt dem parlamentarischen Klub das Vertrauen aussprechen, so kann ich erklären, daß wir uns nach Kräften bemühen werden, dieses Vertrauen zu rechtfertigen.

Vorsitzender **Tomschik**: Es folgen tatsächliche Berichtigungen.

Rapoldi (Innsbruck): Wie ich mich durch Einsichtnahme in das Stenogramm überzeugt habe, ist mir eine Aeußerung durchgerutscht, die ich nicht beabsichtigte. Ich wollte nicht sagen, daß die Sozialdemokraten Deutschböhmens einen Bluff unternommen haben, sondern nur erklären, daß die Oeffentlichkeit außerhalb Deutschböhmens an die Aktion keine besonderen Hoffnungen knüpfen kann, wenn der Kampf um die nationale Autonomie nur von einer Seite geführt wird, weil der Erfolg an die Voraussetzung geknüpft ist, daß der Kampf von beiden Seiten geführt werde. Mir ist es ferngelegen, den Kampf der deutschböhmischen Genossen zu unterschätzen. Just die Tiroler, die wissen, daß die Autonomiefrage auch für uns aktuell werden kann, verfolgen diesen Kampf mit großer Aufmerksamkeit und können nur wünschen, daß er so bald als nur möglich einen Erfolg habe.

Regner (Knittelfeld): Ich möchte gegenüber Muchitsch richtigstellen, daß ich nicht gesagt habe, das Parlament habe überhaupt nichts gebracht. Ich habe vielmehr folgendes gesagt: Es wird viel von taktischer Klugheit gesprochen, aber nicht das ist es, was uns der Masse entfremdet, sondern die Tatsache, daß die Hoffnungen, die im Wahlrechtskampf den Massen gemacht wurden, sich nicht erfüllt haben. Damit ist doch nicht gesagt, daß das Parlament nichts gebracht hat.

Lindner (Graz): Ich möchte, daß über die Resolution Cermak getrennt abgestimmt wird, weil wir nur in der Voraussetzung, daß jener Satz wegfällt, unseren Antrag zurückgezogen haben.

Nach einer persönlichen Richtigstellung des Genossen **Preußler** (Salzburg) gegenüber der Rede Seitz' folgt

die Abstimmung.

Auf Verlangen **Lindners** wird bei dem Antrag Cermak 19 über die Worte: „und einen Sieg der Obstruktion erhoffen lassen" getrennt abgestimmt. Der Antrag Cermak wird sodann ohne den letzten Teil, der sich nach der Erklärung des Dr. Deutsch von selbst erledigt, angenommen. Ebenso entfällt durch die Annahme des Antrages Cermak der Antrag 18 von Gröbner und Genossen. Der Antrag 17 Witzmann und der Antrag 10 Römerstadt werden angenommen.

Nachmittagsitzung.

Die Auswärtige Politik und die Militärforderungen.

Abgeordneter **Leuthner**: Wir gehen aus der einjährigen Balkankampagne hervor, bedeckt mit Schuld, niedergedrückt von wirtschaftlicher Not und beladen mit Gefahren, die wir nicht nur auf dem Balkan, die wir in ganz Europa gegen uns erweckt haben. Ein Argwohn, ein gar nicht unberechtigter Verdacht gegen die Bedenkenlosigkeit, gegen die völlige Unzuverlässigkeit der österreichischen Politik und ihre Methoden hat sich herausgebildet, ein Argwohn, der bei jedem Interessenkonflikt Oesterreich-Ungarns mit anderen Staaten diesem sofort gefährliche Formen geben muß. Aber es gibt was, was noch betrübender ist als diese Tatsache. Was war der Widerhall einer Politik beispielloser Mißerfolge, beispiellosen Kostenaufwandes? Sehen wir der Wahrheit ins Gesicht, obwohl es die schmerzlich bitterste Erkenntnis ist, der wir uns hingeben können. In einem großen Teil Deutschösterreichs ist es dem Auswärtigen Amt gar glänzend gelungen, die breiten Schichten des Kleinbürgertums und Bürgertums vor seinen Wagen zu spannen. Wir haben die Eigentümlichkeit, uns bei Betrachtung des Auslandes immer zu beweisen, daß es im gemütlichen Oesterreich weit besser gehe als anderswo; aber ich glaube, wir haben keinen Anlaß mehr, uns zu entsetzen über die französischen Chauvins und die

alldeutschen Kriegshetzer. In dem, was diese treiben, tritt, wenn auch verzerrt, wenn auch ins Häßliche verzeichnet, wenn auch abscheulich geworden durch die Uebertreibung, doch ein letzter Rest einer echten Idee und eines Idealismus von ehemals hervor. Nun, an die Stelle alldeutscher und französischnationaler Ideale, als der letzten bewegenden Gründe des französisch-deutschen Gegensatzes, an Stelle dieser Gefühls- und Gedankenbewegungen trat in Oesterreich eine Kanzlei, ein Apparat der Lüge, in dessen Dienst zehn Wiener und zehn Budapester Blätter standen, und dieser Apparat der Irreführung, der Täuschung, des Märchenerzählens, er hat hier dieselben Dienste geleistet, die anderswo die chauvinistische Ueberhitzung von Ideen leistet, die seit Jahrzehnten in den Menschen wirken.

Oder wollen Sie etwa leugnen, daß wir hier in Wien wochenlang ein wirkliches Kriegsfieber hatten? Wollen Sie leugnen, daß sich die Macht der offiziellen Demagogie außerordentlich stark gezeigt hat? Wollen Sie leugnen, daß Gefahren in der Stimmung der Bevölkerung selbst lagen, die durchaus nicht nachstehen denen, wie sie in den Chauvinismen der verschiedenen anderen Länder liegen? Daß dasselbe sich in Oesterreich vollzogen hat, nur noch in weit gemeineren, niedrigeren, verächtlicheren Formen? Es war hier nicht notwendig, Broschüren herauszugeben mit grellen Zahlenaufstellungen, wie es etwa die englische Wahlpropaganda tut. Denn hier besorgten dasselbe Geschäft die Zweikreuzerblätter mit ihren grauenhaften, läppischen Bildern, immer wieder den einen monomanischen Gedanken: „wir müssen es den Serben zeigen“ von neuem in den Seelen des Kleinbürgers entflammend. Und wenn sich anderswo eine ganze Theorie der Gegensätze zwischen zwei Völkern herausgebildet hat, eine ganze Literatur die Irrtümer des Chauvinismus umkleidet, so war der geistige Gehalt der volkstümlichen Balkanpolitik in Wien zusammengedrängt in zwei Kernsätze, die man von jedem, bis hinauf zu den Gebildetsten unter den Kriegsbegeisterten hören konnte: daß wir uns das von den Serben nicht gefallen lassen dürften und daß wir mit den Serben ein Ende machen müßten. Es ist eine tiefbeschämende, aber nicht zu widerlegende, weil durch die reichste Anschauung bestätigte Tatsache, daß allgemein hier in Wien das Verhältnis zu einem Staate, mit dem Oesterreich durch seine Grenznachbarschaft in eine Schicksalsgemeinschaft gebracht ist, aufgefaßt wurde mit den Begriffen und Vorstellungen einer Wirtshauskeilerei.

Aus Vorstellungen und Ehrbegriffen, wie sie sich am Stammtisch entwickeln, ergeben sich die psychologischen Voraussetzungen für die Möglichkeit der Berchtoldschen Politik.

Freilich steht diese Tatsache nicht losgelöst, nicht vereinzelt da in der Gestaltung der öffentlichen Dinge in Oesterreich. Sie ist mit anderen ähnlichen Erscheinungen keineswegs bloß durch den wirrenreichen und hemmnisreichen Gang der Dinge bei uns entstanden, sie hat auch ihre bewußte Pflege gefunden, Pflege in doppeltem Sinne: in dem seit einem Jahrzehnt gepredigten Neuösterreichertum der hohlen Pose und leeren Redensart und in der seit Bienerths Regierungsantritt betriebenen, höchst folgerichtigen, höchst klug geregelten, auf die Seelenart des Wiener Kleinbürgers gut eingestimmten Bekämpfung aller der Werte, die das moderne Staatswesen ausmachen. In der Widerstandslosigkeit, mit der breite Schichten der Oeffentlichkeit eine Politik hinnehmen, die in keinem anderen Staate Europas einen Tag möglich wäre, drückt sich zum Teil der Erfolg jener antiparlamentarischen Propaganda aus, der in Wien fast die ganze bürgerliche Presse zu Gebote steht, jener Propaganda, die seit sechs Jahren unausgesetzt arbeitet, in der Bevölkerung die Vorstellung zu erwecken, als ob jeder Mangel, jeder Schaden, der im öffentlichen Leben auftritt, aus-

schließlich in der Schuld des Parlaments läge. Ist es nicht ein grelles Bild unserer Zustände, daß sich fast in jedem Brief der Ersatzreservisten und Reservisten aus Bosnien und Galizien die Wendung wiederholt: „Wir haben uns an den Leutnant X Y gewendet und der sagte: »Wenn ihr eure Heimsendung durchsetzen wollt, geht zu euren Abgeordneten, die sollen sich darum sorgen. Die sind verantwortlich!«" Ich will gar nicht erörtern, was Vorgänge dieser Art von dem Geiste der österreichischen Disziplin aussagen, aber was sie noch in anderer Hinsicht verraten, ist dies: daß bis zu dem Offizier hinunter der Instinkt gedrungen ist, man müsse die Bevölkerung gegen das Parlament aufhetzen. Und ich bezweifle, daß diese plumpe Art, die Bevölkerung umzustimmen, völlig ihren Zweck verfehlt habe.

Da darf es uns nun nicht wundern, daß die Wirkungen, wenn sie einmal Boden fassen konnten, auch weiterdrangen. Es ist ohnedies nicht die Tugend des Oesterreichers, daß er starren Gesetzessinn beweise und das vom Gesetz Verordnete als etwas nur durch die vom Gesetz eingesetzten Institutionen zu Beseitigendes halte. Wir Sozialdemokraten, leidenschaftlich bestrebt, den Inhalt der Gesetze zu wandeln nach den Bedingungen der Zeit, nach den Bedürfnissen der Arbeiterklasse, sind um so tiefer durchdrungen von der Ueberzeugung, daß das moderne Leben überhaupt erst beginnt, wo die Achtung vor dem Gesetz als allgemeine und selbstverständliche Grundlage des staatlichen Lebens anerkannt wird und wo bis zum letzten Bürger jeder versteht, daß das Gesetz, willkürlich und ungestraft angetastet von den regierenden Gewalten, nichts sonst als die Auflösung des modernen Staatslebens in die despotische Anarchie bedeutet. In dieser Auflösung nun ist das österreichische Staatsleben begriffen. Wir haben ein Bürgertum, wir haben bürgerliche Parteien, wie die Christlichsozialen und Deutschnationalen, die die Fermente bilden können einer solchen Auflösung aller konstitutionellen Einrichtungen in die freche Willkür eines bedenkenlosen Despotismus und Militarismus. Hat sich je außer in unserer Partei eine Stimme erhoben gegen die Ungeheuerlichkeiten, die sich an die Mobilisierung knüpften und ihr folgten? Ich gestehe, ich habe mich niemals über das Oesterreichertum allzu großen Illusionen hingegeben, aber in dem Wahne war ich doch befangen, daß mit Notwendigkeit dieses gehäufte Elend der Mobilisierung und all das ihr auf dem Fuße folgende grausame Unrecht unwiderstehlich Empörung auch in den kleinbürgerlichen und bürgerlichen Schichten hervorrufen müßten.

Ich habe mich aber ganz böse getäuscht. Als die Tatsache hervortrat, daß man Reservisten, die acht Monate oder noch länger unter Waffen gestanden hatten, diese Zeit mit vierzehn Tagen Waffenübung gleichsetzte, während den Reserveleutnants derselbe Zeitverlust mit zwei Waffenübungen, mit vollen zwei Monaten angerechnet wurde: da meinte ich, das muß die ursprünglichen Gefühle heraustreiben bei allen, ob sie imperialistisch oder nicht imperialistisch, vaterländisch oder nicht vaterländisch gesinnt sind. Daß man unterscheidet zwischen dem wohlfeilen Fleisch der Massen und den Auserwählten, das, dachte ich, muß die Stumpfsinnigsten aufpeitschen. Aber was bekamen wir zu sehen? Daß kein einziges bürgerliches Blatt von der Sache auch nur Notiz nahm. Doch auch der Kriegsminister nahm den ermunternden Erfolg seiner Handlungsweise wahr. Er wäre töricht gewesen, wenn er auf der einmal beschrittenen Bahn nicht weitergegangen wäre. So hält er jetzt zwanzigtausend Ersatzreservisten zurück, um die neue Wehrvorlage, die durchgesetzt werden soll, kurzerhand vorwegzunehmen! Warum sollte er auch nicht? Von den beiden bürgerlichen Parteien der Deutschen waren die Christlichsozialen stets eine Partei des unbedingten Geschäftspatriotismus, und der Nationalverband hat das Schamloseste begangen, was eine Partei tun kann: nicht nur seine Ideale verraten — das haben schon viele ver-

übt — sondern diese Ideale umgeschaffen zu Beweismitteln, die Intrigen und Tücken der Wiener Balkanpolitik auszugeben als die höchsten Güter des deutschen Volkes! Angesichts der schamlosesten Entblößung der Gesinnungslosigkeit, von der jeder Tag während der Balkankrise Beweise brachte, durfte sich die Kriegsverwaltung aller Bedenken entschlagen. Sie zerschlug das erst im vorigen Jahr bewilligte Wehrgesetz und holte unter seinen Trümmern die „Deckungstruppen" hervor. Aber wer kümmerte sich darum? Die bürgerliche Presse schwieg und als sich die Arbeiterpresse an alles wendete, was sonst die sittlichen Kräfte vertritt, was durch Stellung und Bildung seinen Namen verknüpft mit den Idealen der Kultur, da antwortete uns dasselbe feige, niederträchtige Schweigen, das immer über diesem Oesterreich liegt, wenn das Recht zertreten wird von der öffentlichen Gewalt. Und so entschleierte sich in ungeheuchelter Wahrheit der wirkliche Zustand, in dem wir leben, jener Zustand der Kulturlosigkeit, dem als Hülle entspricht die bei uns zum äußersten Gipfel getriebene Kulturheuchelei, welche von den wirklichen Idealen, Bewegungen, Empfindungen Europas immer nur die prächtig und hochmodern ausgeschmückte Vorhalle für den Empfang der Gäste hat. Aber dahinter und drinnen, im inneren Bau unserer Kultur, findest du nichts als das verstaubte Gerümpel der Kanzlei und die lügenströmende Tinte unserer bürgerlichen Presse.

Was also sollte die Anmaßungen unseres Militarismus hemmen? Sie gehen weiter ihre Bahn. Wenn Sie die neue Wehrvorlage zur Hand nehmen, wenn Sie Zeile für Zeile sie überlesen, erstarren Sie vor der Kühnheit ihrer Schöpfer. Ja, es ist wahr: In den letzten zwei Jahren ist eine ganze Welle gewaltiger Militärforderungen über Europa hingegangen, aber man hat die militärischen Forderungen überall als das hingestellt, was sie waren. Man ist ehrlich und offen vor das Volk hingetreten und hat mit Zahl und Ziffer genau gesagt, was man will und wünscht. Ja in Deutschland nötigte „die gesteigerte politische Kultur", von der gestern ein Redner sprach, die besitzende Klasse, durch den Wehrbeitrag und eine Vermögenssteuer die ganzen Kosten der Heeresvermehrung auf die eigenen Schultern zu nehmen. Was geschieht bei uns? Unsere neue Vorlage enthält — wie alle Vorlagen dieser Art und dieses Ursprungs — in jedem Worte und in jeder Silbe Irreführung, Täuschung und Lüge. In der vorjährigen Vorlage hieß die Begründung: Wir heben jetzt 212.000 Mann aus, wir tun das, weil wir wissen, daß in Oesterreich Rekrutenvorlagen von dem Wehrgesetz nicht getrennt werden können und ein Wehrgesetz für längere Zeit geschaffen wird. Wir verlangen so viel, weil die Vorlage einen Rahmen aufstellt, in den die Bevölkerung hineinwachsen soll. Aber die 212.000 Mann sind ein Aeußerstes, sind die Grenze der Leistungsfähigkeit des Volkes, deshalb sehen wir uns genötigt, die volle Durchführung der zweijährigen Dienstzeit zu hemmen und ein Drittel der Rekruten drei Jahre bei den Fahnen dienen zu lassen. So hieß es im Jahre 1912. Aber das Papier des Wehrgesetzes war noch nicht trocken von der Sanktionstinte und schon begannen die Herren, die Materialien für eine neue Vorlage zu sammeln. Die Assentierung wurde ins Werk gesetzt auf Ergebnisse hin, die die sogenannte „personelle Leistungsfähigkeit" der Völker Oesterreich-Ungarns in dem glänzendsten Lichte zeigen sollte. Und die neue Rekrutenvorlage beweist in der Tat, daß der Mangel an Tauglichen, der im vorigen Jahre die dreijährige Dienstzeit begründen sollte, gar nicht besteht. Im Ueberfluß sind die Tauglichen da. Wir sind köstlich ausgerüstet. Nicht bloß Taugliche, nein, vierzigtausend Volltaugliche stehen zur Verfügung. (Bewegung.) Ganze 249.000 Volltaugliche konnten dieses Jahr aufgebracht werden, also um sechstausend mehr als die neue Vorlage fordert! Wie dieses Wunder zustande kam, können wir uns sehr deutlich vorstellen, wenn wir uns den Satz vor Augen halten, der in der Begründung der vorjährigen Wehrvorlagen steht. In den letzten

Jahren, so las man da, hatte man bei den Assentkommissionen keinen Grund, auf große Ziffern der Stellungsergebnisse hinzuwirken, da bei dem kleinen Kontingent nicht das Bedürfnis dafür vorhanden war. Heute hat man offenbar wieder das Bedürfnis nach „hohen Ziffern der Stellungsergebnisse" und hat darauf hinwirken lassen. Die bekannten Vertreter der medizinischen Wissenschaft in Uniform, die in der Kaserne, wenn sie an den ihnen ausgelieferten Soldaten herumdoktern, oft Hühneraugen nicht von Tuberkeln zu unterscheiden wissen, haben in den Stellungskommissionen den vollen Zauber ihrer Kunst walten lassen und haben die Lahmen, die Krummen, die Tauben und die Blinden, die Schiefen und Halben in Taugliche, ja in Volltaugliche verwandelt.

Glauben Sie nun nicht, die Militärverwaltung hätte sich besondere Mühe gegeben, zu begründen, warum sie nach Ablauf eines Jahres eine zweite ungeheure Vermehrung des Kontingents fordert. Sie wiederholt die Phrasen der vorjährigen Begründung. Sie darf es, denn wir sind in Oesterreich. Das Kriegsministerium darf hintreten und sagen: Wir brauchen neue 31.000 Rekruten, das heißt wir brauchen mehr als 70.000 Mann Vermehrung des stehenden Heeres, weil unsere Stände schwach und unzulänglich sind, weil wir so lange Jahre hindurch die Entwicklung unseres Heeres unterlassen haben. Das darf das Kriegsministerium sagen, weil es mit voller Sicherheit weiß, in der politischen Welt Oesterreichs hat niemand nachgerechnet, daß wir mit der Vermehrung des Heeres, wie sie im Gesetz von 1912 vorgesehen ist, bereits zu einer Friedensstärke von 516.500 Mann emporgediehen sind. Um 100.000 Mann von 418.000 auf 516.000 wurde im Vorjahr die Friedensstärke gesteigert und dennoch — vernachlässigt! Wie könnte man in einem anderen Lande mit einer solchen Behauptung in die Oeffentlichkeit hinaustreten? Aber das ist so die österreichische Eigenart, daß in dem Gedächtnis der Menschen, in dem Gefühl breiter Schichten der bürgerlichen Bevölkerung die sachlichen Werte nicht leben, in denen sich die Mitregierung der Bevölkerung verwirklicht. Denn was heißt das Parlament? Das Parlament ist bis zu einem gewissen Grad eine formale Einrichtung. Die unerschütterliche Grundlage des konstitutionellen Lebens bildet die konstitutionelle Gesinnung der Wählermassen, bildet ihr Wissen um die Dinge, die im Staat geschehen, bildet, könnte man sagen, ihr gutes Gedächtnis für die Zahlen und Tatsachen, in denen es sich darstellt. Wenn aber das Gegenteil der Fall ist, wenn nur die Pest der kleinen persönlichen Züge, die Sensation, der Klatsch die öffentliche Meinung beherrscht, wenn die „Kronen-Zeitung" der Geist der Bürger ist, dann machen zehn Parlamente keinen Parlamentarismus aus und die Kriegsverwaltung tut nur, was sie tun darf, sobald sie aus der Unwissenheit und Uninteressiertheit der bürgerlich-kleinbürgerlichen Massen ihre Folgerungen zieht. Freilich, sie tut es diesmal mit besonderer Kühnheit. 585.000 Mann soll unser Friedensstand künftig zählen, 530.000 die Zahl sein der zwei und drei Jahre präsent Dienenden! Das ist das Ungeheuerste, was man sich vorstellen kann, das ist mehr, als man selbst in Deutschland gewagt hat. Ich bitte, sich eines ins Herz und Gedächtnis einzutragen: es ist das alte Gerede von dem militärisch zurückgebliebenen Oesterreich zur Sage geworden; wir sind nicht mehr der mit unserer Armee „verdorrende", sondern, von Frankreich abgesehen, der militärisch am meisten vorausgeeilte Staat, wenn diese Vorlage Gesetz wird. (Sehr richtig!) Die heurige Heeresverstärkung in Deutschland wurde als die ungeheuerste bezeichnet, die es je gegeben, als Gefährdung des Friedens, und die Regierung selbst hat — sehr mißbräuchlich — die großen Erinnerungen des Jahres 1813 anrufen zu müssen geglaubt, um sie durchzusetzen. Nun, diese deutsche Vorlage steigert den Friedensstand auf 661.000; daß er, die Offiziere und Unteroffiziere eingerechnet, 800.000 Mann zählt, hat hier nichts zu besagen; Offiziere und längerdienende Unteroffiziere verkörpern ja nicht die Blutsteuer, sondern nur die Geldsteuer des Volkes.

Aber die Blutsteuer des Volkes in Deutschland ist selbst nach dieser letzten ungeheuren Heeressteigerung noch immer unter einem Prozent, während mit dieser neuen Vorlage die Blutsteuer Oesterreichs über 1 Prozent der Volkszahl hinausgeschritten ist. Oesterreich hat also den militaristischesten Staat der Welt, den Staat mit den reichsten kriegsgeschichtlichen Erinnerungen, bereits übertrumpft. Wir haben das Rennen gewonnen; aber rechts und links werden bei diesem Rennen alle erwerbenden Stände in diesem Staat liegen bleiben. (So ist es!)

Doch ist darum in Oesterreich die Geldsteuer nicht hinter der Blutsteuer zurückgeblieben. Sie ist ja nicht vom Abgeordnetenhaus, sie ist von den Delegationen abhängig. Und danach hat sich das Kriegsministerium prächtig eingerichtet. Erinnern Sie sich an das Jahr 1911, als in den Delegationen ein großer Auftrieb von Ministern zu sehen war, der Kriegsminister, der Admiral Montecuccoli, Bienerth, der Finanzminister Meyer — jeder sang sein Liedchen und jedes Liedchen klang in den Kehrreim aus: „Wir haben geschworen, wir haben im Jahre 1910 geschworen, daß wir bei Gott und allen Heiligen nicht mehr aufwenden werden als hundert Millionen dauernde und hundert Millionen einmalige Ausgaben!"

Und der Kriegsminister Schönaich öffnete seine von Narben bedeckte Brust und zeigte seine Narben rechts und links, die ihm in dem Kampfe um diese hundert Millionen das Kabinett des Thronfolgers auf der einen Seite, die beiden Finanzminister auf der anderen Seite geschlagen hatten. Unsere Vertreter in den Delegationen meinten, man möge einer Kriegsverwaltung, die die angenehme Gewohnheit habe, jedes Budget mit fünfundzwanzig, bestenfalls mit zwölf Millionen Nachtragskredit abzuschließen, nicht allzuviel Glauben schenken. Aber die Mahnungen blieben unbeachtet und das Vertrauen wendete sich selig und hoffend den Schwörenden zu. Hundert Millionen dauernde, hundert Millionen einmalige Ausgaben auf Raten bis 1915 verteilt! Diese Ziffern wurden ausdrücklich mit Beziehung auf die neue Wehrvorlage genannt und ausdrücklich wurde gesagt, sie schlössen die Kosten der Vorlage im wesentlichen ein. Doch wenige Monate darauf lag der Gesetzentwurf vor und man bekam zu lesen, daß die fünfundsechzig, die von den hundert Millionen auf die Wehrvorlage fielen, nicht zureichen würden, daß man werde auch 1915 weitere fünfundzwanzig Millionen an dauernden Ausgaben hinzufügen müssen. Eine Kleinigkeit — aber nehmen Sie dazu noch fünfundzwanzig Millionen Vermehrung der laufenden Ausgaben für die Landwehr hüben und zwanzig Millionen für die Landwehr drüben und es gibt schon eine ganz gewaltige Summe. Man weiß schon darum nie recht, wie viel der Militarismus bei uns frißt, weil er aus drei Krippen frißt.

Ja, das war nur ein kleiner Auftakt. Drei Tage nach der Sanktionierung der Wehrvorlage kam der neue Hausherr im Kriegsministerium, Auffenberg, mit der Haubitzenforderung heraus, die auf zweihundertfünfzig Millionen zu bewerten ist und die mit hundertfünfundzwanzig Millionen als erste Hälfte und mit vierzig Millionen als erste Rate vor die Delegationen gebracht wurde. Nun lesen Sie aber im Bericht des Ausschusses der Delegation nach, was dort als Begründung der Wehrforderung angeführt wird: Sie ist, so heißt es da fromm- und dreist, die notwendige Folge der Wehrvorlage — der Wehrvorlage also, auf der der Hundertmillionenschwur lastete!

Und nun kommt die neueste Wehrvorlage. Noch zwei Jahre, bis 1915, gilt der heilige, allerdings bereits gründlich durchlöcherte Schwur. Jetzt wird er vollends zerrissen, 11 Millionen fortlaufende und 108 Millionen einmalige Ausgaben werden gefordert, von denen 53 Millionen bis 1915 aufzubringen sind — eingestandenermaßen, denn auch die anderen 65 werden wir bis dahin zu berappen haben. Anmutig fügt sich den großen

Dreistigkeiten eine kleine Schnoddrigkeit an. Ausdrücklich als Nachtragskredit werden zehn Millionen für das Jahr 1913 gefordert! Daß es zu keinen „vorhergesehenen“ Nachtragskrediten im Militärbudget kommen werde, das gerade hatte das Kriegsministerium 1911 vor den Delegationen am heftigsten beteuert.

Allein zählen wir unbekümmert weiter, statt der beschworenen 100 Millionen dauernder und 100 Millionen einmaliger Mehrauslagen haben wir ihrer bereits an laufenden 141 mehr und an einmaligen 248; aber da der Haubitzenrest von 210 Millionen bis 1915 nachgeschoben werden muß — denn *vierzehn Haubitzenregimenter* stellt die neue Wehrvorlage auf, und Haubitzenregimenter ohne Haubitzen gibt es doch nicht — so können wir ruhig sagen: 458 Millionen einmaliger Ausgaben. Fügen Sie jetzt noch den Nachtragskredit der Balkandummheiten Berchtolds bei, den die Wohlwollendsten auf 400 Millionen schätzen, und wir halten bereits bei 848 Millionen. Doch nun gedenken Sie der beiden Landwehren, die sich seit 1904 so prächtig in Oesterreich von 10.000 Rekruten jährlich auf 36.000, in Ungarn von 12.500 auf 32.000 entwickelt haben. Ihre Mehrkosten gemäß den beiden Vorlagen beziffern sich ungefähr auf 110 Millionen dauernder und 140 Millionen einmaliger Auslagen. Da wären wir denn genau bei der *Milliarde einmaliger Mehrauslagen* angelangt, die man in Deutschland nur anzusprechen wagte, weil man einen Wehrbeitrag der Besitzenden ausschrieb, während sie bei uns durch Schuldenmachen hereingebracht werden sollen, und die Zinsen der Schulden wird man aus den indirekten Abgaben, aus den Aermsten der Armen, den schnapstrinkenden galizischen Bauern, und aus den deutschen und tschechischen Arbeitern herauspressen.

Vergessen Sie auch nicht, daß die österreichischen Offiziere *eine starke, heftig politisierende Gruppe* unter sich haben, *die mit aller Gehässigkeit der Demokratie und insbesondere der Arbeiterschaft gegenübersteht.* Lesen Sie das wortführende Blatt der politisierenden Offiziere, die Danzersche „Armee-Zeitung“, ihre Agitationsbroschüren, ihre wissenschaftlich sein sollenden Schriften, ja selbst ihre Romane! Aus jedem Wort, das die Arbeiter, die Sozialdemokratie berührt, springen Haß und Verachtung heraus. Verunglimpfung des Parlaments und der Staatsstreich sind die tägliche Losung. Fabrizius, der das Parlament auseinandertrieb, ist der vorbildliche Held. Diese politisierende Gruppe hat ganz das Zeug dazu, in einer nahen Zukunft einer bedenklichen Politik als noch bedenklicheres Werkzeug zu dienen.

Der Militarismus ist der alte Feind, seine Gefahren sind jedem vertraut, und doch meine ich, daß der *Marinismus* noch weit schlimmere Gefahren in sich birgt. Freilich, er ist in diesem kontinentalen Lande neu, seine Art ist den meisten fremd und unbekannt. Mit jenem *Dreadnoughtskredit* von 312 Millionen Kronen trat er den Menschen hier zum erstenmal ins Bewußtsein. Wie ein Blitz leuchtete es damals vor den Blicken der Entsetzten auf. So teure Werkzeuge des Mordes hatte man freilich noch nicht gesehen. Das war etwas, was märchenhaft klang, und man mußte sich daran gewöhnen, von Schiffen zu hören, deren jedes 60 Millionen kostete. Und Graf Montecuccoli, der vor kurzem verabschiedete Marinekommandant, hat alles getan, diese Gewöhnung vorzubereiten. In seiner Delegationsrede vom Jahre 1911 erzählt er mit stolzem Selbstbewußtsein, daß das Marinebudget, das zu Tegetthoffs Zeiten 28 Millionen betrug, auf 50 Millionen gestiegen sei zur Zeit, als er die Marineabteilung übernommen hatte. Im Jahre 1910 hatte es bereits 84 Millionen erreicht. Das war das letzte Vordreadnoghtsbudget. Mit dem ersten Dreadnoughtbudget, das die erste Dreadnoughtrate von 55 Millionen enthielt, schnellte die Gesamtsumme der Ausgaben mit elegantem Schwung auf 123 Mil-

lionen Kronen hinauf. Und von dieser Höhe mußte es allmählich emporsteigen mit den folgenden Raten, die zwischen 68 und 67 Millionen schwebten. Aber auch dieses Dreadnoughtsratenprogramm war, was alles österreichische ist, Schwindel und Volksbetrug. (Brausender Beifall.) 1911 wurde es aufgestellt, 1912 forderte das Marineamt neben zwei außerordentlichen Krediten einen dritten, der nicht weniger als 40 Millionen betrug und sich zusammensetzte aus 27 Millionen „zur Beschleunigung der Dreadnoughtsraten" und aus 13 Millionen, die die Hälfte bildeten einer Forderung, deren zweite Hälfte wir wahrscheinlich heuer auszulöffeln haben werden. So schwang sich das Marinebudget 1912 auf 180 Millionen empor, und wenn es für 1913 auf 143 hinabzugleiten schien, so war das nur Papier und Schein: die ganzjährige Mobilisierung der Flotte, die unter Dampf ausfahrtbereit gehalten wurde, weil die Montenegriner hätten dränend von ihren Felsen in die Adria hinabschwimmen können, dürfte uns reichlich 40 Millionen gekostet und die Budgetsumme wohltätig abgerundet haben. 180 Millionen ist also die Ziffer, die Normalziffer von jetzt ab, und drohend nähert sich die zweite Serie der Dreadnoughts.

Die Größe der modernen Linienschiffe, die Ungeheuerlichkeit ihrer Kostensummen erscheinen den meisten wie eine Sonderbarkeit, wie eine üble Modelaune des übermütig ausgreifenden Militarismus. Aber sie sind anderes, sie bedeuten den ersten Schritt auf der Bahn des Verhängnisses, auf die alle Seestaaten mit der Dreadnoughtsmanie geraten sind. Bei den Dreadnougths handelt es sich nicht bloß um den Tonnengehalt, um die gewaltig gesteigerten Kosten, obwohl diese zunächst ins Auge fallen, sondern entscheidend ist, daß mit der Aufnahme der Dreadnoughts in den Flottenbauplan die Entwicklung unserer Flotte unter das Gesetz einer notwendigen unablässigen Kostensteigerung gerät, daß, wer heute 21.000 Tonnen gesagt hat, morgen 23.000, übermorgen 28.000 und 30.000 sagen muß, und daß, wer heute 60 Millionen für ein Schiff ausgegeben hat, beim nächsten zu bauenden Dreadnoughtsgeschwader 80, beim folgenden 100 Millionen für jede Einheit ausgeben wird. Die Dreadnoughts sind nicht eine bloße tote Summe von Tausenden von Tonnen und Millionen von Kronen, in ihnen spricht sich ein Zusammenwirken, in ihnen sprechen sich Geist und Macht der Technik unserer Tage aus, die auf diesem Gebiet, aller finanziellen Schranken und Fesseln entledigt, im rasendsten Lauf vorwärts eilt. Daß wir Dreadnoughts haben, ist in mancher Beziehung an sich eine Neuheit, vielleicht sogar in mancher Hinsicht ein Sprung und doch ist's, wenn man die Entwicklungsreihe der Jahrzehnte überschaut, der notwendige Ausdruck des Werdeganges der Dinge seit Anfang der Neunzigerjahre. Denn was bedeutet der Dreadnought? Es bedeutet ein Schiff, das den Grundsatz der Fernkampfentscheidungen verwirklicht. Und die Entscheidung muß im Fernkampf gesucht werden, weil im Nahkampf der Torpedo Schuß gegen Schuß auch den Schiffsgeschützen vom größten Kaliber überlegen ist. Die Flucht in die Weite vor dem Torpedo ist das Entwicklungsgesetz des modernen Kriegsschiffes. Die Flucht vor dem Torpedo zwingt die Kriegsschiffe, die zunächst in den Achtzigerjahren mit vier Riesengeschützen, deren Kaliber bis zu 40 Zentimeter hinaufschnellte, ausgestattet waren, sich mit Mittel- und Kleinartillerie auszurüsten, um die herannahenden Torpedoboote mit Schnellfeuer zurückscheuchen zu können. Diese torpedoabwehrende Klein- und Mittelartillerie übt nun aber ihre selbständige Wirkung aus. Da sie mit ihrem Geschoßhagel die unbeschützten Teile der Panzerschiffe verletzt, so nötigt sie zur Erweiterung des Panzerschutzes, und will man mit dem Tonnengehalt nicht allzuweit aufsteigen — dazu fehlte damals noch der Mut — zur Verringerung des Kalibers und des unmittelbaren Panzerschutzes der Riesengeschütze. Verringerung der Kaliber, aber Steigerung der Schußwirkung, der „Mündungsenergie" wird die Parole. Dann aber setzt sogleich ein zuerst allmähliches Wachsen des Tonnen-

gehalts ein. Wenn Sie die Schiffslisten der Jahre bis zum japanischen Krieg verfolgen (bei uns die „Habsburg"- die „Erzherzog Karl"-Klasse), so sehen Sie, wie da neben den vier 30 Zentimeter-Kanonen die Mittelartillerie an Zahl und Kaliber zunimmt. Die Mittelartillerie ist das Leitmotiv des Schiffsbaues bis zur Dreadnoughtsperiode. Die Geschütze mittlerer Größe werden nun auch zum Hauptwerkzeug des Kampfes der Panzerschiffe gegeneinander. Auch sie streben wie die panzerbrechenden Riesengeschütze Entscheidungen in der Ferne an; das nötigt sie, das Rohr zu verlängern, das Kaliber zu vergrößern, denn die Schußwirkung steigt mit der Anfangsgeschwindigkeit und mit dem Gewicht der Geschosse. Diesen Entwicklungsgang hat der Russisch-Japanische Krieg gewaltig beschleunigt. Zum erstenmal in der Geschichte wurde am 9. Februar 1904 vor Port Arthur eine Seeschlacht auf 7500 Meter eröffnet.

Damit schien der Sieg der großen Kaliber entschieden und mit ihnen das gewaltige Wachstum des Tonnengehalts gegeben, denn das riesige Anwachsen der Geschützgewichte verlangte das große Schiff zum Träger. Freilich hat es gerade die berühmteste Schlacht der neuen Geschichte seit Trafalgar, die Schlacht bei Tsuschima, zweifelhaft gelassen, ob hier das mittlere oder das große Kaliber die Entscheidung gebracht habe. Aber da indessen der Fortschritt der Technik die Schußweite der Torpedos stetig ausdehnte, so mußte das Schlachtschiff seine Flucht in die Ferne fortsetzen, um nun im Fernkampf die Entscheidung erzwingen zu können. Nach kurzem Schwanken, nachdem man die Mittelartillerie auf 24 Zentimeter Kaliber gesteigert, springt der Dreadnoughttyp hervor. Er sucht „die Kraftkonzentration in der Einheit", er macht das Großgeschütz mit 30 Zentimeter Kaliber zum führenden Geschütz, stellt es in Acht- und Zehnzahl auf, er steigert die Schnelligkeit, um das Einhalten der Kampfentfernung zu sichern, er hält die Panzerung verhältnismäßig schwächer und er schleudert die Tonnenzahl von 18.500 auf 20.000 Tonnen empor. Denn alle diese Vergrößerungen der Kampfmittel und des durch sie verkörperten Gewichts müssen ausgeglichen werden durch eine Vergrößerung des Schiffes, weil sie getragen werden müssen auf dem Meere. Das große Schiff aber bedeutet die riesenhaft gesteigerten Kosten des Schiffbaues, wie die Schnelligkeit des Schiffes bedeutet die Wahl stets gewaltigerer, kunstreicherer, kostbarerer Antriebsmaschienen, und mit den Dreadnoughts ist das Linienschiff von 16 auf 21 und 22 Knoten Schnelligkeit emporgeschnellt.

Aber wir haben gesagt, das Schicksal des Großkampfschiffes wird bestimmt durch seinen Wettstreit mit dem Torpedo und dieses macht in seiner Entwicklung nicht halt. Wie die selbsttätig sich bewegenden, durch kunstreiche Apparate in ihrer Laufrichtung gehaltenen, wie Fische im Meer schwimmenden Geschosse zu Zeit des Japanisch-Russischen Krieges auf 1500 bis 2000 Meter hinaus wirkten, so fahren sie jetzt auf 4000 bis 6000 Meter unter Wasser fort. Und zugleich wächst mit dem Querschnitt der Geschosse ihre Sprengladung, ihre Sprenggewalt, von 90 auf 130, ja auf 150 Kilogramm. Das ergibt eine Sprengwirkung, von der einer der eifrigsten Verteidiger der Dreadnoughts, Kretschmer, sagt, die wenigen Versuche, die man mit Zielen von der Stärke der Unterwasserwand der Dreadnoughts gemacht — solche Versuche sind äußerst kostspielig — hätten erwiesen, daß ein einziger Torpedoschuß diese Wand in Stücke reißt. Und zweifelnd fragt selbst dieser Dreadnoughtapostel: ob angesichts dieser Tatsache die Dreadnoughts noch in Linie würden kämpfen können, ob sie nicht würden auseinanderrücken müssen, um die Treffsicherheit der Torpedos zu mindern. Aber darin birgt sich die bange Frage: Ist der Dreadnought, wie weit er auch ins Kampffeld hinausfliehe, seines Lebens noch sicher? Denn mit dem Torpedo hat auch sein Träger sich gewaltig gewandelt. Da er bei Nacht rasch und unbemerkt seine furchtbare Waffe an den Leib der gewaltigen Kriegsschiffe herantragen und ebenso rasch wieder entfliehen soll, muß er an Schnelligkeit alle anderen Schiffsarten über-

treffen. Schon gibt es Torpedoboote, die 38 Knoten in der Stunde laufen. Und das besagt wieder: dank der teuren Maschinen hat das Torpedoboot, hat der Torpedobootzerstörer seine Herstellungskosten vervielfacht, wie anderseits ein einziger Torpedoschuß modernster Art 25.000 Mark kostet. An allen Punkten des Marinewesens schleudert die Technik die Kosten märchenhaft in die Höhe.

Die Beschleunigung der Fahrt der Torpedoboote nötigt mittelbar, die gesteigerte Schnelligkeit der Linienschiffe nötigt unmittelbar auch die Fahrtgeschwindigkeit der Kreuzer zu erhöhen, die ja als Aufklärungsfahrzeuge der Schlachtflotte dienen. Da aber die großen Panzerkreuzer, eine Zwischenform zwischen Kreuzer und Panzerschiff, höchste Schnelligkeit mit größter Kampfkraft verbindend, als Großkampfschiffe gelten, mit den Dreadnoughts Ebenbürtigkeit wahren, werden sie sowohl mit acht Geschützen des stärksten Kalibers als auch mit den mächtigsten Antriebsmaschinen versehen. Hier wächst nun alles zu den riesigsten Dimensionen. Die Größe und Wasserverdrängung des Schiffes, bestimmt durch die Schwere der Bestückung, durch die machtvollen Maschinen, durch die gewaltige Kohlenmenge, übertreffen sogar die der Dreadnoughts, und wie diese zu 30.000 Tonnen, steigt die Maschinenkraft in fünf Jahren von 28.000 auf 87.000 Pferdekräfte empor und gewinnt bei dem neuesten Fahrzeug dieser Art in Rußland der Preis die phantastische Höhe von 100 Millionen Mark. Dieser Entwicklungsgang faßt knapp fünf Jahre in sich und in rasendem Fortlauf aufwärts und vorwärts senkt sich der Fluch des Veraltens über alles, was kaum erst das Neueste und Gewaltigste hieß. Betrachten Sie die Schiffslisten der vorbildlichen Flotten, der englischen und deutschen, Sie sehen über lange Reihen verbleichender und sterbender Typen. Jedes Geschwader, jede Baugruppe veraltet mitten im Bau und ist thoretisch überholt, wenn sie dienstbrauchbar und frontreif wird. Der Schimmer des Namens „Dreadnought" ist heute falsch und blinder Glanz. Das Schiff, das diesen Namen trägt, der zum Gattungsnamen wurde, hielt 1906 seinen Stapellauf — um 10.000 Tonnen Wasserverdrängung und acht Zentimeter Kaliber wird es durch das Geschwader übertroffen, das in England 1913 in Bau gegeben wurde. Dieses Verhängnis des Veraltens mitten im Werden trifft natürlich noch schwerer die kleine Flotte, ja macht ihr Bestreben, wenigstens mit der Qualität auf der Höhe zu bleiben, durchaus vergeblich. Das gilt selbst von Deutschland, das rein zahlenmäßig mit seinen größten Schiffen zu England in das Verhältnis von 1 zu 1·6 emporgerückt ist. Aber es ist nicht ganz echt, was so glänzt. Das Trachten, schnell zu bauen, um Schritt zu halten, und der Zwang, sich gleichwohl in engere Grenzen des Budgets zu fügen, als sie der englischen Seemacht gezogen sind, verleitet die deutsche Marineverwaltung, an einzelnen Punkten zu sparen. Allein sparen heißt hier zurückbleiben. Billig und schlecht ruft ihr heute eine Gruppe der deutschen Fachleute zu und rechnet nach, daß das erste deutsche Dreadnoughtgeschwader, die Schiffe der „Nassau"-Klasse mit ihren 28 Zentimeter-Geschützen, überhaupt nur Halbdreadnoughts seien, daß die „Helgoland"- und „Kaiser"-Klasse an dem 30·5 Zentimeter-Kaliber noch festhielt, als England bereits mit der „Orion"- und „King Georg"-Klasse zum 34·3 Zentimeter-Kaliber übergegangen war. Die deutsche Marineverwaltung aber, die noch vor zwei Jahren, wie Montecuccoli sogar noch vor einem Jahr das Alleinseligmachende, den unüberschreitbaren Grenzwert der Mündungsweite von 30·5 Zentimeter gepredigt hatte, gesteht halb und halb die Berechtigung dieser Vorwürfe zu und hat jetzt mit England den Sprung hinauf zum 38 Zentimeter-Kaliber getan. In der Tat handelt es sich bei diesem Uebertrumpfungsbestreben, das den ganzen Entwicklungsgang des Flottenausbaues bestimmt, keineswegs um leere, wüste Zahlenwut, der Wahnwitz entspringt dem Zwang, den der Fortschritt der Technik ausübt. Ist es der oberste Grundsatz des im Fernkampf die Entscheidung suchenden Dreadnoughts, jedem einzelnen Schuß die erreichbar höchste Durchschlagskraft zu verleihen,

so kann ein Schiff mit 30·5 Zentimeter-Kaliber seiner zehn oder zwölf großen Geschütze schon einem Schiff mit 35·6 Zentimeter-Geschützkaliber, wie sie bisher Amerika baute, nicht ebenbürtig entgegentreten. Das Geschoßgewicht kann nur in engen Grenzen durch die Verlängerung des Rohres, durch die Erhöhung der Anfangsgeschwindigkeit ersetzt werden, abgesehen davon, daß mit der Anfangsgeschwindigkeit die Abnützung des Rohres steigt: mehr als hundertfünfzig Schüsse ist ohnedies kaum eines der Riesengeschütze abzugeben imstande. Entscheidend ist hier, daß mit der Entfernung die Geschwindigkeit und Energie des Schusses beim leichteren Geschoß unverhältnismäßig abnimmt. Ein Beispiel wird das obwaltende Verhältnis erläutern. Ein Geschütz von 30·5 Zentimeter Kaliber und mit einer Rohrlänge von 50 Kaliber entsendet sein 394 Kilogramm schweres Geschoß mit 900 Meter Anfangsgeschwindigkeit und 16.270 Meter Mündungsenergie. Ein Geschütz von 35·6 Zentimeter Kaliber und mit einer Rohrlänge von 45 Kaliber entsendet sein 635 Kilogramm schweres, mit langer Spitze versehenes Geschoß mit einer Anfangsgeschwindigkeit von 792 und einer Mündungsenergie von 20.300 Meter. Aber bei 8250 Meter, der wahrscheinlichen Gefechtsentfernung, langt das leichtere und stumpfere Geschoß mit 524 Meter Geschwindigkeit und 5520 Meter Erdenergie an, das schwerere mit 575 Meter Geschwindigkeit und 10.700 Meter Erdenergie. Mit anderen Worten, die Durchschlagswirkung des Geschosses ist bei der in Betracht kommenden Entfernung doppelt so groß, wenn man auch nur 5 Zentimeter im Kaliber aufsteigt. Noch stärker wächst die Sprengwirkung, da zum Beispiel das Geschoß des 38 Zentimeter-Kalibers 31 Kilogramm Sprengladung fassen kann, das Geschoß des 30·5 Zentimeter-Kalibers bloß 11·5 Kilogramm. Ist es also etwa Uebertreibung, wenn ich behaupte, daß unsere Dreadnoughts bereits altes Eisen sind, obwohl sie noch zum Teil in Bau und Ausrüstung stehen, trotzdem sie später entworfen und, die Erfahrungen vieler Flotten benützend, in Einzelheiten, wie zum Beispiel in der Aufstellung der Geschütze, hohe Vorzüge aufweisen? Meinen Sie, daß unser Marineamt, das bekanntlich den Glauben an das allein berechtigte 30·5 Zentimeter-Kaliber bereits aufgegeben hat, sich tatsächlich bei den nächsten Dreadnoughts mit dem 35 Zentimeter-Kaliber, das angekündigt wurde, begnügen wird? Tut es dies aus Furcht vor den Kosten des 38 Zentimeter-Kalibers, der jetzt Trumpf ist, so wendet es sich einem bereits veralteten Typ zu, steigt es aber zum 38 Zentimeter-Kaliber hinauf, so werden nicht nur die Wasserverdrängung und die Baukosten ins Maßlose hinaufsteigen, sondern auch dies wird keine Rettung sein: denn die Ersatz-„Monarch"-Klasse wird noch kaum in den Bau kommen, und England, Amerika und ihnen folgend Deutschland werden bereits zum 40 Zentimeter-Kaliber schwören, das jetzt schon erprobt wird. Es ist eine Hetzjagd ohne Halt, ohne Atemholen und zum Wahnwitz wird sie, will eine kleine oder mittlere Marine mittun. Da sie nun notwendigerweise in langsamerer Aufeinanderfolge bauen und jedem Geschwader dennoch einen gleichen Typ wahren muß, fällt sie aus dem Wettlauf aus, bevor er recht begonnen, und vergeudet in verzweifeltem Bemühen nutzlos Geld. Schon hier gilt das Wort, das wir noch oft werden wiederholen müssen: Eine kleine Flotte — wie die unsere — ist keine Flotte, sie ist bloß prahlerisch verschleudertes Steuergut.

Doch die ganze Dreadnoughttheorie ruht auf ungeschichtlichem Boden. Auf eine zweifelhafte Bewertung des Verlaufes der Schlacht bei Tsuschima aufgebaut, übersieht sie die sichersten Ergebnisse des Japanisch-Russischen Seekrieges: daß die panzerbrechenden Geschosse den Panzern erstaunlich wenig antaten, daß hingegen die verhältnismäßig schwersten Verluste auf beiden Seiten durch Minenexplosionen entstanden sind. Die Seemine hat in allen Kämpfen auf dem Meer seit dem Krimkrieg eine hervortretende Rolle gespielt, die sonderbarerweise von den Flottenschwärmern gern über-

sehen wird. Nach dem Sezessionskrieg faßte der Nordstaatenadmiral Porter sein Urteil über die Kriegsergebnisse in dem Satz zusammen, daß die Minenhindernisse eine bessere Verteidigung der Küsten darstellen als die Forts, die ohne Sperren den Durchbruch einer feindlichen Flotte nicht abwehren könnten. In der Tat hatten die Minen der südstaatlichen Konföderierten der Flotte der Nordstaaten sieben Monitore und elf Holzkriegsschiffe zugrunde gerichtet, sieben andere kampfkräftige Schiffe schwer beschädigt. Im Japanisch-Russischen Krieg sind 25 Kriegsschiffe durch Sprengwirkung der Minen der Vernichtung anheimgefallen. In Ihnen lebt gewiß noch die Erinnerung an jenem 14. April, da vor Port Arthur von der zum Ausfall herausdampfenden russischen Flotte zuerst der „Petropawlowsk“ auf eine Streumine geriet und alsbald mit Mann und Maus sank, dann die „Pobjeda“ durch eine zweite Minenentladung kampfunfähig gemacht wurde. Was der Torpedoangriff vom 8. Februar begonnen, vollendete die Seemine: das Schicksal der russischen Port Arthur-Flotte. In der Nacht vor der Schlacht hatte im Licht der russischen Scheinwerfer das japanische Minenschiff „Korio Maru“ die Bahn mit Minen verseucht, die gewöhnlich das ausfahrende russische Geschwader zu nehmen pflegte. Nun begann zwischen Belagerern und Belagerten ein Minenkrieg; einen Monat nach dem Untergang des „Petropawlowsk“, am 15. Mai 1904, sanken zwei von den sechs japanischen Linienschiffen, die „Hatsuse“ und die „Jashima“, die auf das russische Sperrfeld geraten waren. Den Kampf vor Port Arthur hat zuletzt die Mine entschieden; doch seit 1904 ist die Minentechnik nicht stehengeblieben. Führte die Mine damals 35 Kilogramm Schießwolle, so birgt sie heute an die 100 Kilogramm und mehr. Die Schnelligkeit der Minenfahrzeuge, die Vervollkommnung der Tauchvorrichtungen hat die einstige Verteidigungswaffe zu einem furchtbaren Angriffsmittel gemacht, über das ein englischer Admiral nach seinen Manöverwahrnehmungen die Meinung äußert: „Der vom Erfolg gekrönte Seetaktiker der Zukunft wird nicht derjenige sein, der die artilleristisch wirksamste Stellung zu gewinnen, sondern derjenige, der die feindliche Flotte am geschicktesten auf ein Minensperrfeld aufzuziehen weiß.“ Aber liegt in diesen Worten nicht das Urteil über den Wahn von sieghaften Großkampfschiffen? Diese Kolosse, jedes ein Wunderwerk der Technik, jedes den Wert ungezählter Millionen verkörpernd, jedes Träger der gewaltigsten artilleristischen Kraft und — was am Ende doch nicht gleichgültig ist — jedes mehr als tausend Menschen an Bord bergend, wird zum hilflosen Nichts, wo es an die Schießwollbüchse stößt, sinkt als rettungsloses Wrack zum Meeresgrund, wo der Zufall es den Zünder der Mine berühren läßt, die, am Tauende schwebend, unter dem Wasserspiegel tückisch lauert. Schon reicht die Wirkungskraft der Streuminen bis zu Meerestiefen von 110 Meter, und wenn es dem schwedischen Techniker Leon gelingt, für die freischwimmende Treibmine den sicherwirkenden Tiefenregulierungsapparat zu verfertigen, der sie unter Wasser unsichtbar schwimmend erhält, bilden auch die größten Meerestiefen für die Dreadnoughts keine sichere Zuflucht mehr. Hier stehen wir vor dem allerletzten Schritt, der die Ueberlegenheit der Unterwasserwaffen über das Riesenschiff mit all seiner Panzer- und Geschützlast wohl endgültig entscheiden dürfte. Es wird ein recht ungemütliches Fahren werden auf einem solchen Leviathan, der sich brüstend dehnt und hebt als Herr der Meere, dieweil seine Lenker der einzige Angstgedanke beherrscht, daß der nächste Maschinenhub des Schiffes Herrlichkeit mit all seinen Bewohnern auf einen Schießwolltopf und damit zur Unterwelt senden kann. Denn der Treibmine ist mit den Räumungswerkzeugen des Minensuchschutzes nicht beizukommen. Vermag sie einmal unter Wasser schwimmend zu verharren, so gibt es gegen sie kein Mittel, keine Rettung als das freundliche Ungefähr zufälligen Ausweichens.

Doch gesellt sich heute der Mine ein jüngerer und gewandterer Genosse, die angriffslustigste der Unterwasserwaffen, das Unterseebot,

bei. Es bringt am Tage den Torpedo an die Riesenschiffe heran wie das Torpedoboot zur Nacht. Es ist nicht mehr das schwerfällige Ding der ersten Versuchszeit, da es mit seiner schwachen Seefähigkeit und geringen Laufstrecke in der Küstennähe verharren mußte: zum Tauchboot entwickelt mit einer Ueberwassergeschwindigkeit von 16 Knoten und einer Dampfstrecke, dem sogenannten Aktionsradius, von 2000 Seemeilen, wird es fähig, in den weiten freien Seeraum hinauszufahren, und unsichtbar, der torpedoabwehrenden Kleinartillerie der Dreadnoughts unerreichbar, in der Tagschlacht das unentrinnbare Verderben an den unter Wasser hilflosen Koloß heranzutragen. Die französischen Manöver im Juli und August 1911 haben einwandfrei dargetan, daß eine Linienschiffflotte, die, vom schützenden Gürtel der Torpedoboote umgeben, im freien Meer schwimmt, am hellen Tage wirksam von Unterseeboten angegriffen werden kann, von Booten, die heute selbst bei hohem Seegang den Kurs zu halten wissen. Was vermag da das Riesengeschütz, und schleuderte es unter Donnerrollen Siebenzentnergeschosse? Selbst die größere Fahrgeschwindigkeit der Dreadnoughts biete ihnen nur bedingten Schutz und zweifelnd hören wir sogar einen Schwärmer für die Großkampfschiffe, hören wir den Seelord Churchill die Frage erheben, ob nicht der Uebergang zu völlig neuen Schiffstypen sich nötig machen würde. Die Fernkampfentscheidung wird zum holden Wahn, wenn die Uebermacht der Unterwasserwaffen so überwältigend ist, daß, wie ein österreichischer Marineschriftsteller meint, eine schwimmende Tonne von minenverdächtigem Aussehen genügen wird, ein nervös gewordenes Geschwader zu bestimmen, seine Fahrtrichtung zu ändern, wenn die Lenker des Kolosses immerfort kummervoll auslugen, ob nicht das Sehrohr eines Tauchbootes über dem Wasserspiegel aufblitzt.

Die Entwicklung der Unterwasserwaffen stellt den Großkampfschiffen die Daseinsfrage.

Wohl ist ein jedes dieser neuen Riesenschiffe ein Wunderwerk der Wissenschaft und Technik; wohl ist es ein Bild der Vollkommenheit, von den gewaltigen Panzertürmen mit ihren Riesengeschützen und den Turbinen in ihrer ungeheuren Arbeitsleistung hinab bis zu den kleinsten Richtmitteln und Hilfsmaschinen; wohl hat die Technik kaum auf irgend einem anderen Gebiet so zum nie zu sättigenden Staunen darzutun vermocht, was sie heute hervorzubringen imstande ist, als auf diesem Gebiet, wo ihr die Ausbeutung der Steuerkraft des Volkes unbegrenzte finanzielle Möglichkeiten darbietet; aber anders ist es mit den Anwendern dieser Kunstwerke bestellt. Sie stehen zweifelnd an ihren ungeheuren Mordmaschinen, immer wieder von der Besorgnis beschlichen, ob dieses Wettlaufen nach der zerstörendsten Schußwirkung, nach der beschleunigtesten Fahrtschnelligkeit, nach der überwältigendsten Tonnenzahl nicht ein irres Rennen ins Leere ist. Denn am Ende ist das, was einem stürmischen Aufsteigen in die Höhe gleichsieht, nur die rasende Flucht des Linienschiffes vor den unheimlichen Zerstörungsgewalten, die in dreifacher Gestalt das Unterwasser beherrschen. Vielleicht kommt die Zeit, schreibt trüb und traurig ein Vertreter des Dreadnoughtsgedankens, wo alle Entscheidungen des Seekampfes unter den Wasserspiegel verlegt werden.

Inzwischen aber rast der Lauf über die Leichenhügel des Volksvermögens besinnungslos weiter. Und wenn dies nun für die großen Flotten gilt, doppelt und dreifach gilt es für die Seemächte zweiten und dritten Ranges. Es ist die unmittelbare Folge des beständigen Steigens aller Größen- und Wirkungsverhältnisse von Schiffsklasse zu Schiffsklasse, daß die Großschiffsstrategie mit ihrem obersten Grundsatz — dem Grundsatz des Kraftzusammenschlusses in der Einheit — in Widerspruch gerät. Die Geschwader im Fernkampf, im „laufenden Gefecht", in eine Linie zu bringen, an dieser Linie entlang das Breitseitfeuer, auf dessen höchste Wirkungssteigerung hin die Dreadnoughts gebaut sind, überwältigend zu entfalten: das ist der aus dem Konstruktionsgedanken der Schiffe notwendig er-

fließende taktische Gedanke. Aber den Bau der Schiffe macht unmöglich, was er selbst fordert. Da Schiffstype nach Schiffstype durch Fahrtgeschwindigkeit und Tragweite der Geschütze sich scheiden, sind sie nebeneinander nicht verwendbar, ohne daß die leistungsfähigere Type die ungünstigeren Verhältnisse, die knappere Entfernung der leistungsunfähigeren für sich gelten läßt. Wird dieser Widerspruch durch höheren Altersunterschied allzu stark, so muß die Leitung der Seeschlacht zur Unmöglichkeit werden und die schwächeren Einheiten reißen die stärkeren mit ins Verderben, wie dies die Schlacht bei Tsuschima an überzeugenden Beispielen veranschaulicht. Wie kann bei solcher Lage der Dinge eine kleinere Flotte überhaupt Kampffähigkeit besitzen? Bei ihr löst eine Type die andere in größeren Zeitabständen ab, die einzelnen Geschwader der Flotte trennen starke Unterschiede der Kampfstärke und der Kriegsbrauchbarkeit. Und so ist denn wiederum eine kleine Flotte keine Flotte, sie ist in der Tat weit schwächer, weit gefechtsuntüchtiger, als die Zahlen ihres Tonnengehalts und ihrer Geschütze anzuzeigen scheinen. Allein — und das zeigt in grellstem Licht die Sinnlosigkeit von Seerüstungen eines rein kontinentalen Staates von der Art Oesterreich-Ungarns — zu See entscheidet die Ziffer, die Masse der Kriegsmittel. Gewiß, auch im Landkrieg gibt es eine zahlenmäßige Ueberlegenheit, der gegenüber Tapferkeit, Ertragen von Verlusten, taktisches Geschick und strategisches Genie erlahmen, aber alle diese sittlichen und geistigen Vorzüge verlegen hier die Grenze des unbedingten Sieges der Massenwucht sehr weit. Nicht so in der Seeschlacht. Zur See vermögen wohl Unerschrockenheit, Entschlußkraft, Erspähen der vom Zufall gegönnten Möglichkeiten viel, aber am Ende kämpft der Mensch hier nicht gegen den Menschen, sondern die Maschine gegen die Maschine, und der Mensch ist nur deren Anwender, deren „Bedienungsmannschaft". So entscheidet denn die Größe und Zahl der Maschinen, entscheidet um so mehr, als die See im taktischen Sinne keine Verteidigung gestattet, die Kampfesweise also nicht kennt, die zu Lande dem Schwachen mit der Möglichkeit des Sieges winkt. Zu Lande ist mit der Waffentechnik die Abstoßungskraft der Waffen und damit die Kraft der Abwehr gestiegen. Dieser Satz, der in den Militarismus einen antimilitaristischen Zug bringt, der die Möglichkeit in sich schließt, daß das milizartig organsierte Aufgebot eines kleinen freien Volkes sich sieghaft zu wehren vermag gegen es umdrängende Militärstaaten, der also etwa die Formel der Unabhängigkeit der Schweizer Republik ausspricht — dieser Satz gilt zur See nicht. Das Großkampfschiff ist eine Angriffswaffe in der Hand des Starken wie des Schwachen. Denn das Meer hat nichts, was der Abwehr Stärke leiht, hat nicht Berg noch Bodenwelle, nicht Geländeschwierigkeiten, nicht Deckung gegen Sicht und Schuß. Es ist die gleiche ebene Fläche für alle, die ihr Schicksal ihm anvertrauen, setzt in der Schlacht auf hoher See den Angreifer wie den Angegriffenen dieselben Bedingungen des Erfolges. Dieses Gesetz des Seekrieges bringt das Großkampfschiff zur reinsten Ausprägung. Es ist auf den Fernkampf hin gebaut, es sucht die hohe See. Und wenn es zu Lande das Geheimnis der Verteidigungskraft ausmacht, daß die Abstoßungskraft einer verstärkten Front mit jedem Schritte gewinnt, den der Angreifer näher kommt, daß von der aufs höchste gesteigerten Wirkung des Nahfeuers, der Gewehre und Maschinengewehre oft ein siegreich vorwärtsgetragener Angriff dennoch zusammenbricht, so gilt auf dem Meere für das Großkampfschiff das Gegenteil. In der Ferne wirken die rasch dahinsausenden Geschosse der Dreadnoughtsgeschütze, in der Nähe ist eine einzige Sprengladung des Torpedos mächtiger als dieser gigantische Kraftaufbau. Zur See gibt es darum auch keine hinhaltende Gefechtsführung, kein allmähliches Einsetzen der Kräfte, kein Aufsparen der Reserve: Kraftzusammenfassung gilt für die Einheit wie für das Ganze, Vereinigung der Kräfte in Raum und Zeit. Darum gewinnt hier die bloße brutale Zahl eine ganz andere Gewalt als auf dem Lande, darum ist

nur die überlegene Flotte eine Flotte und — wiederum gilt das Wort — eine kleine Flotte ist eben keine Flotte. Sie ist nur willkommenes Material für Schießübungen des siegreich Uebermächtigen.

Damit ist eben das Gesetz, das für eine Flotte, wie sie Oesterreich-Ungarn baut und allein bauen kann, unabänderlich gegeben. Wer eine Hochseeflotte baut, kann heute nur Großkampfschiffe bauen, wer Großkampfschiffe baut, muß ihre Wirkungskraft und Mächtigkeit, ihre Herstellungskosten rastlos steigern, und vermag er es nicht in dem Maße wie die großen Seemächte, so zimmert er nur schwimmende Särge, und möchte auch jeder von diesen Särgen sechzig Millionen kosten wie unsere Dreadnoughts. Vielleicht gilt das Wort bei weiteren Fortschritten der Unterwasserwaffen für die Großkampfschiffe überhaupt, für die Großkampfschiffe einer unterlegenen Flotte gilt es gewiß.

Wenn sonach die Flottenvereinsphrase von unseren Großkampfschiffen behauptete, sie seien zu unserer Verteidigung nötig, so lügt sie, denn verteidigen kann das auf Fernentscheidung gerichtete Schiff überhaupt nicht. Wenn sie behauptet, wir brauchen eine Flotte großer Schiffe, um unsere dalmatinische Küste gegen Invasionen zu decken oder unseren Seehandel zu schützen, so lügt sie von neuem, denn zu dem einen wie zu dem anderen ist unsere Seemacht entweder nicht erforderlich oder nicht fähig. Nicht erforderlich ist sie für die Verteidigung der dalmatinischen Küste.

Wer sollte sie zur See überfallen? Doch nur Italien. Aber mit Italien würde zu Land der Entscheidungskampf ausgefochten werden, was auch sonst zur See geschehe. Und wunderlich müßte es um die italienische Kriegsleitung bewandt sein, die dem Entscheidungskampf Kräfte entzöge, um sie an das ungewisse Unternehmen einer Landung zu wagen. Minen, Unterseeboote und Torpedoboote können die Häfen Dalmatiens wirksam sperren. Würde Italien — und es müßte doch vor der Landung erst die Seeherrschaft erkämpft haben — diese durch den Verlust kostbaren Einheiten in den Minenfeldern aufs Spiel setzen? Dalmatien wäre eines solchen Spieles gar nicht wert. Moderne Kriege führt man nicht mit „Diversionen", mit Teilunternehmungen, im Stile des 18. Jahrhunderts. Die Unterwasserwaffen also sind eine Verteidigungswaffe, aber ihre Wirkung wird nicht gestärkt durch eine Flotte von Großkampfschiffen, wenn diese dem Gegner unterlegen ist. Im Kampfe mit den Großkampfschiffen wenden sogar die Unterwasserwaffen ihre Gunst dem Starken zu. Das Großkampfschiff findet jedoch selbst im Hafen keinen Schutz, da der überlegene Gegner allein imstande ist, die Minenfelder der Blockade, indem er sie unter den Schutz seiner Geschütze stellt, zu unüberwindlichen Hindernissen zu gestalten. Die Gegenminen der Verteidiger braucht er nicht zu fürchten. Die Wasserstrecke vor Port Arthur war schließlich so mit Minen verseucht, daß weder Freund noch Feind sie zu durchdringen vermochte. Aber gerade das lieh den Japanern den endgültigen Sieg, denn die Flotte des Gegners war nun eingesperrt, war Eisengerümpel, das im Hafen rostete. Und draußen auf dem Meere vor den Minenfeldern wehte Japans Flagge, unbeschränkte Seegewalt verkündend. Unser Port Arthur hieße — stießen wir mit einer wirklichen Seemacht zusammen — etwa Pola.

Wie aber darf man überhaupt vom Schutz der Handelsflotte durch eine Kriegsflotte in unseren Tagen sprechen? Die Schiffahrt von heute ist vor allem Linienschiffahrt, als solche an bestimmte Linien, Ankunfts- und Abfahrtszeiten gebunden. Und daneben gibt es eine freie Schiffahrt. Zwischen den Schiffen beider, und namentlich unter den Fahrzeugen der zweiten Gruppe, walten die ungeheuersten Unterschiede der Fahrtgeschwindigkeit, und nun stelle man sich vor, daß etwa österreichische Kreuzer diese Reisegesellschaft von abenteuerlich bunter Zusammensetzung in einer Schutzgemeinschaft zusammenfaßten? Der Zweck des Gegners, die Schiffahrt, die weder ihre Linien noch ihre Fristen einzuhalten vermöchte, zu hemmen, wäre auch bei dem undenkbaren Gelingen dieses Unternehmens

erreicht. Oder kann Oesterreich-Ungarn je so stark sein, um seine Linien im östlichen Mittelmeer und nach Ostindien schützend zu beherrschen? Am Ende vermag einen Schutz des Seehandels durch Geleitschiffe heute auch die stärkste Seemacht wirksam nicht durchzuführen. Zur See gewährt Schutz, wer über die See hin waltet. Allein die modernen Kriegsschiffe mit ihrem riesigen Kohlenverbrauch, ihrer Unfähigkeit, größere Schiffsschäden durch die Bordmittel zu heilen, sind weit mehr noch als die alten Segellinienschiffe auf Flottenstützpunkte angewiesen. Die besitzt im weiten Erdenraum in zusammenhängender Folge nur England, und darum ist nur England der freien Bewegung auf dem Meere fähig, die in beschränkterem Maße in den von ihnen beherrschten Gewässern Amerika, Japan und Frankreich besitzen. Nur England im weiten Erdenraum und Amerika, Japan und Frankreich in jenem engeren Kreise umspannen das Meer mit den ehernen Banden der Kabel, überbrücken es mit Funkenstationen. Gerade aber die Funkentelegraphie hat die Grundlagen des modernen Seekrieges umgewälzt. Sie stellt die nachrichtenlose gegen die mit Nachrichten versehene Flotte, die stets mit der Heimat und der Küste in Verbindung bleibt, stets über die Bewegungen des Gegners unterrichtet werden kann. Gibt es eine stärkere Bürgschaft des Sieges? England hat sie überall. Flotten wie die österreichische haben sie nirgends. Nachrichtenlos, durch einen schweren Troß von Kohlenschiffen und Werkzeugschiffen in der Bewegung gehemmt, so zog der spanische Admiral Cervera nach Kuba hin und tappte, mußte in den Hinterhalt tappen, den ihm die amerikanische Flotte legte. Er verfiel ruhmlos dem Verderben, und das leuchtendste Genie wäre einem gleichen Schicksal nie entgangen. Die unterlegene Seemacht vermag die materiellen Voraussetzungen eines erfolgreichen Seekrieges überhaupt nicht herzustellen.

Und nun soll freilich — das ist doch wohl die beliebteste Phrase unserer Flottenenthusiasten — die Flotte die Versicherungsprämie der Handelsmarine und des Seehandels sein. Das wäre ein Geschäft, und ein Geschäft bedarf der klaren Rechnung. Wie aber Oesterreich-Ungarn der einzige unter den europäischen Staaten ist, dessen gewerbereichste Landesteile eine Industriewüste, siedlungsarme, gewerbelose Gebiete von dem einzigen Hafen trennen, der einzige, an dem etwas über zweimalhunderttausend Großstaater an der Küste leben, während die anderen Staaten ihre Gestade mit einem Kranz gewaltiger Städte umsäumen, wie also Oesterreich-Ungarn der vom Meere am meisten abgewendete Staat ist, so ist auch seine Handelsmarine durchaus ein Kunstprodukt und nicht aus der freien wirtschaftlichen Kraft des Volkes erwachsen wie die deutsche oder englische. Unsere Handelsflotte ist eine Subventionsflotte. Aus Steuergeldern ist sie erbaut, und wenn die österreichischen Handelsschiffe der Linienschiffahrt und der freien Schiffahrt in den Jahren 1901 bis 1910 an Subventionen 134 Millionen empfingen, mehr als ihr Aktien- und Obligationenkapital beträgt, wenn Oesterreich und Ungarn in den letzten Jahren diese Subventionen noch steigerten, so daß heute die Schiffahrtsgesellschaften und Reedereien beider Staaten alle sechs Jahre etwa den vollen Wert ihrer Fahrzeuge vom Staat ausbezahlt erhalten — was soll da die Versicherungsprämie? Sie versichert die Steuergelder, die in Form von Subventionen abfließen, durch Steuergelder, die der Kriegsflotte zuströmen; wohl das wunderlichste Versicherungsgeschäft, das je abgeschlossen wurde. Betrachten wir aber unseren Seehandel und nehmen wir wahr, daß bei einem Außenhandel von 6289 Millionen im Jahre 1912 bloß 1168 Millionen an Wert zur See ausgingen und eingingen, so erkennen wir, daß wir die teuerste Flotte der Welt haben, für die wir bei einem Budget von 180 Millionen ein volles Sechstel des Wertes unseres Seehandels bezahlen. Und dagegen verschwindet nun trotz seiner Riesenhaftigkeit das englische Flottenbudget, das mit 944 Millionen Mark gegen den Wert des Seehandels von 27.400 Millionen Mark gerechnet, nur etwas mehr als das Dreißigstel beträgt, verschwindet das gewaltige deutsche Budget von 467 Millionen, da es kaum ein Dreiund-

zwanzigstel des mit 13.000 Millionen zu bewertenden Außenhandels zur See umfaßt.

Die englische Flotte entspricht in ihrer Größe dem Gedanken der Weltherrschaft, die deutsche dem Gedanken, den Engländern einen Angriff auf die deutsche Seegeltung so kostspielig zu machen, daß sie davon abstehen, und die Spannung zwischen beiden der Tatsache, daß England mit neun Zehnteln seiner Lebensbedürfnisse auf die See hingewiesen ist, während Deutschland 67 Prozent seines Außenhandels dem Meere anvertraut. Obwohl das Rüsten beider Wahnsinn ist, entfließt der Wahnsinn doch bloß verkehrten Schlußfolgerungen vorhandener Tatsachen. Der österreichische Marinismus, dieser Wahnsinn ohne Methode, hat zu keinen Tatsachen der wirklichen Welt überhaupt Beziehung, er ist bloß Ausdruck der Prestigepolitik, Ausdruck der Meinung, daß zur Etikette des Großstaates eine Flotte mit Dreadnoughts gehört.

Der Redner beantragte darauf folgende Resolution (21):

Der Parteitag spricht in Entrüstung und Abscheu sein Urteil über die Balkanpolitik des Wiener Kabinetts, die, ziellos schwankend und herausfordernd zugleich, Oesterreich-Ungarn im Laufe des letzten Jahres wiederholt an den Rand des Krieges gedrängt, die, begleitet von einer dreisten, bedenkenlosen Kriegshetze und mit ihrem Gefolge von Mobilisierungen das wirtschaftliche Leben aufs tiefste erschüttert, den Kredit verwüstet und mit alledem Geschäftsstockungen und eine Arbeitslosigkeit über das Reich, ja in weiten Gebieten des Reiches einen beispiellosen Notstand heraufbeschworen hat.

Oesterreich-Ungarns Balkanpolitik ist ausschließlich bestimmt durch die törichte Furcht vor dem großserbischen Gedanken, dessen vorgebliche Gefahren zu bannen die Herstellung verfassungsmäßiger Zustände in Kroatien und der Ausbau der Autonomie Bosniens die wirksamsten Mittel wären. Statt mit plumpen Intrigen und mit beschämendem Mißlingen in die Streitigkeiten der Balkanstaaten sich einzumengen und den Haß und das Mißtrauen aller zu ernten, müßte eine vernünftige Politik Oesterreich-Ungarns auf dem Balkan vielmehr wirtschaftliche Vorteile für seine Völker in einer sorgsamen und vorausschauenden Handelspolitik suchen, die bisher die verblendete Habsucht der Agrarier unmöglich gemacht hat. Oesterreich-Ungarn hat auf dem Balkan keine anderen als wirtschaftliche Interessen. Es darf daher keine protektoratähnliche Stellung in Albanien ansprechen, womit bloß eine Quelle beständiger Kriegsgefahren eröffnet würde, auch nicht in der Form einer Mitherrschaft mit Italien, eines Kondominiums, das uns notwendig in einen feindlichen Wettstreit und Gegensatz mit den Nachbarstaat brächte, mit dem freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten für uns ein Gebot des Friedens und der Kultur ist.

Der Parteitag erhebt Protest gegen die geplante neue Erhöhung der Heeres- und Landwehrkontingente, die durch gesetzwidrige Zurückbehaltung der Ersatzreservisten vorwegzunehmen die Kriegsverwaltung kühn genug war. Die ungeheuren, auf 400 Millionen geschätzten Kosten der Mobilisierung, die Fortsetzung der Geschützreform, die angekündigte Aufstellung eines zweiten Dreadnoughtgeschwaders bedrohen die Völker Oesterreich-Ungarns mit einer außerordentlichen Mehrbelastung von weit über einer Milliarde. Der Militarismus hat von dem Staate vollständig Besitz ergriffen, er zerrüttet seine Finanzen, gräbt die Quellen der Steuerkraft ab und entzieht den sozialen und kulturellen Reformen alle Mittel, drückt die breiten Schichten des arbeitenden Volkes ins tiefste Elend und treibt sie übers Meer. Der Militarismus ist zum einzigen Inhalt unseres Staatslebens, unserer Staatstätigkeit geworden. Der Parteitag fordert daher die gesamte Arbeiterklasse auf, ihren Kampf gegen den Militarismus mit leidenschaftlicher Entschlossenheit zu führen und alle, die ihn stützen, als Feinde der Volkskraft und Zerstörer der Volkswirtschaft tatkräftigst zu bekämpfen.

Die Resolution wurde ohne Debatte einstimmig angenommen.

Die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit.

Referent Dr. Bauer: Ein Delegierter auf diesem Parteitag hat mir von einer Maschinenfabrik in Böhmen erzählt. Dort waren vor einem Jahre 2000 Arbeiter beschäftigt; jetzt ist diese Zahl auf 1100 heruntergegangen, und diese 1100 arbeiten nicht, wie vor einem Jahre gearbeitet wurde, 54

Stunden in der Woche, sondern sie arbeiten nur vier Tage in der Woche und auch an diesen Tagen nicht die volle Zeit. Und das Lohneinkommen derer, die übrig geblieben sind, die nicht ausgewandert sind, ist so gesunken, daß der Dreher, der vor einem Jahre dort 60 Kr. in der Woche verdient hat, seinen Verdienst auf 20 Kr. in der Woche herabgesetzt sieht. Dieses eine Beispiel ist typisch. Es zeigt, wie es heute in Oesterreich aussieht. In dem Zeitpunkt, in dem jene ungeheuren Forderungen gestellt werden, von denen Leuthner gesprochen hat, sehen wir die Fabriksäle leer, die Maschinen stillgestellt, Zehntausende arbeitslos, Hunderttausenden das Lohneinkommen durch Feierschichten verkürzt, ganze Heerkörper von Proletariern zur Auswanderung in das Ausland getrieben! Die Statistik des Arbeitsstatistischen Amtes sagt uns, daß die Aussicht, durch die öffentlichen Arbeitsnachweise eine Stelle zu bekommen, in so ziemlich allen Gewerben ungefähr halb so groß ist wie vor einem Jahre, und wenn statistische Daten für das letzte Jahr vorliegen werden, wird sich zeigen, daß die Kindersterblichkeit, die Zahl der Verurteilungen wegen Diebstahls und Betruges, der Selbstmorde und der Bankerotte gestiegen sind. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß wir heute in Oesterreich in einer schwereren Wirtschaftskrise stehen, als alle gewesen sind, die wir in den letzten Jahrzehnten gehabt haben; die so schwer ist, wie keine war seit jener industriellen Depression der Siebzigerjahre, die dem großen Krach von 1873 gefolgt ist. Wie ist es möglich, daß die ganze bürgerliche Welt mit solchem Gleichmut dieses Anwachsen des Massenelends sieht? Gestern oder vorgestern ist in den Wiener Zeitungen ein Rundschreiben veröffentlicht worden, gezeichnet von den allervornehmsten Herrschaften, von der Frau Anka v. Bienerth, von Herrn Sieghart u. s. w., ein Rundschreiben, in dem erzählt wird, daß es heute in Wien 50.000 Schulkinder gibt, die kein warmes Mittagessen haben, und man bittet um milde Sammlungen für diese Kinder. Aber mich dünkt, diese milden Sammlungen, das ist doch ein zu kleines Mittel, um das Gewissen der herrschenden Klassen zu beruhigen. Ich wundere mich, daß man nicht noch das Gefühl dafür hat, daß es heute in Oesterreich ganz andere Dinge und ganz andere Sorgen gibt als alles das, wovon im öffentlichen Leben die Rede ist, und daß selbst der Herr Prečechtel in Böhmen eine kleine Sache ist gegenüber der ungeheuerlichen Steigerung des Massenelends!

Freilich, die bürgerliche Welt kann einen triftigen Entschuldigungsgrund für ihre Interesselosigkeit anführen. Sie kann sagen: „Ja, sind denn diese Wirtschaftskrisen irgend etwas Neues? Erleben wir das nicht alle zehn Jahre wenigstens einmal? Es ist ja traurig, aber es läßt sich dagegen nichts machen!" Das ist ja innerhalb dieser bürgerlichen Welt zum größten Teil wahr. Es ist wahr, daß seit 1825, wo zum erstenmal eine moderne Industriekrise über Europa hereingebrochen ist, in jedem Jahrzehnt mindestens einmal die ganze industrielle Welt aus den Fugen gegangen ist. Jeder solchen Krise folgt eine mehrere Jahre dauernde Depression. Dann erholt sich die Industrie allmählich wieder, die Prosperität hebt an und sie steigert sich bis zur Hochkonjunktur, in der die Arbeiterschaft zu der furchtbarsten Ueberanstrengung gezwungen wird, um schließlich — Sie kennen die berühmte Schilderung von Engels — immer wieder zu enden im Graben des Krachs. Es ist also wahr: wir wundern uns über Krisen nicht mehr und regen uns über sie nicht mehr auf; aber die Krise, die wir jetzt haben, ist nach Ursachen, Verlauf und Schwere doch etwas anderes als die anderen Krisen, die wir durchgemacht haben.

Wir haben eine Hochkonjunktur in den Jahren 1905 bis 1907. Dann kam die internationale Krise, die von Amerika ausging, sich über ganz Europa verbreitete und der Hochkonjunktur ein jähes Ende machte. Im Jahre 1908 hatten wir schlechten Geschäftsgang, Arbeitslosigkeit, Feierschichten. Das hat sich gesteigert im Jahre 1909 unter der Nachwirkung der bosnischen Krise. Die Industrie erholte sich nur außerordentlich langsam.

Während es Deutschland und England auffällig schnell gelungen ist, die Krise von 1908 zu überwinden, hat sich unsere Industrie in den Jahren 1909 und 1910 nur sehr langsam erholt, was wohl zurückzuführen ist vor allem auf zwei ungünstige Ernten. Im Jahre 1909 war eine ungünstige Weizenernte, im Jahre 1911 die Dürre. Während aber unsere Industrie in den Jahren 1910 und 1911 sehr mäßigen Geschäftsgang hatte, ist schon eine Epoche der maßlosesten kapitalistischen Spekulation hereingebrochen. Nach vielen Jahren haben wir wieder eine große Börsenspekulation erlebt. Während der österreichischen Bourgeoisie der Krach von 1873 jahrzehntelang in den Knochen gelegen ist und sie vor der Börse Furcht hatte, hat die junge Generation unter der Einwirkung der Ausdehnung des Bankwesens und der kapitalistischen Entwicklung in Deutschland wieder an der Spekulation in Aktien Geschmack gefunden. Durch das Netz der Bankfilialen, das ganz Oesterreich überzieht, hat die Börse die Fühler ausgestreckt in das letzte Landstädtchen und die gewaltigste Börsenspekulation hervorgerufen.

Wir hatten gleichzeitig mit dieser Ausdehnung der Börsenspekulation, deren erste Phase der Skoda-Rummel war, der den ersten Dreadnoughtbauten gefolgt ist, eine ungeheure Steigerung der Bau- und Bodenspekulation. Erinnern Sie sich, wie hier in Wien gebaut worden ist. Nicht kleine Wohnungen in den Vorstädten, sondern in der Innern Stadt sind halb neue Häuser niedergerissen und große Spekulations- und Luxusbauten aufgeführt worden. Diese Spekulation hat die Bodenwerte gewaltig hinaufgetrieben. In Galizien, wo die Bevölkerung einiger Städte durch den Zuwachs aus Rußland sehr schnell gestiegen ist, ist eine maßlose Spekulation mit Grund und Boden, Petroleum- und Kohlenfeldern eingetreten. Die Verdichtung des Netzes der Bankfilialen in Galizien führte dort zu einer Ausdehnung des Kredits und nährte den Boden für die Spekulation. So hatten wir in den Jahren 1910 und 1911 zwar einen ziemlich schlechten Geschäftsgang der Industrie, aber die Spekulation hat die Aktien und den Boden zu Preisen hinaufgetrieben, die selbst in Zeiten der höchsten Prosperität nicht berechtigt gewesen wären.

Die Kapitalisten glauben uns ja unsere Wertlehre nicht, daß der Wert durch die Arbeit geschaffen wird, und wenn man sie reden hört, so könnte man meinen, sie glaubten wirklich, wenn man in der Kasse einen Wechsel neben eine Aktie legt, daß sie Junge zeugen. Aber in Wirklichkeit zeigt sich immer, daß wirkliche Werte nur durch die Arbeit erzeugt werden. Und wenn das Kreditsystem zu hoch sich türmt über die Produktion, dann muß der Krach kommen. (Zustimmung.) Das erste Anzeichen dieses drohenden Krachs war die Kreditanspannung im Sommer des vorigen Jahres.

Aber wenn das allein geblieben wäre, so hätten wir nur eine typische Spekulationskrise bekommen, und die wäre nicht so schwer geworden wie die, die wir jetzt erleiden. Da sind ganz andere Dinge hinzugekommen. Dinge, die nicht aus dem kapitalistischen Wirtschaftsleben schlechthin stammen, sondern aus dem Kriege der Balkanstaaten und den Kriegsrüstungen bei uns.

Es hat ein sehr hoher Herr einmal gesagt, er freue sich darüber, daß durch den Bau der Kriegsschiffe nicht nur unsere Wehrmacht gestärkt wird, sondern daß auch so viele Arbeiter Beschäftigung und Verdienst erhalten. Aber man soll bei diesen Rüstungen die andere Seite nicht vergessen: daß, wenn man auf den Markt immer neue Staatsschuldverschreibungen wirft, um das Geld sich auszuleihen für Kriegsschiffbauten — und zwar in einer Zeit, in der die österreichische Bourgeoisie wieder an Aktien Geschmack gefunden hat und gar nicht Renten kaufen will — daß das zur Folge haben muß, daß eben andere festverzinsliche Papiere nicht gekauft werden; daß also, wenn man mehr Renten ausgibt, man keine Pfandbriefe anbringen und daher keine Hypotheken bekommen, keine Häuser bauen kann. Man kann es geradezu als ökonomisches Gesetz hinstellen: Je

mehr **Kriegsschiffe** gebaut werden, desto weniger **Wohnungen werden gebaut**. Das bedeutet aber auch, daß die Bautätigkeit erwürgt wird, und daß alle jene Industrien in Mitleidenschaft gezogen werden, die eben nur gedeihen können, wenn Häuser gebaut werden.

Dazu kam dann noch ein anderes. Die österreichischen Banken waren gewohnt, mit fremden Kapitalien zu arbeiten, vor allem mit französischem, und dieses französische Kapital ist uns auf den Tag entzogen worden. Der erste Anlaß war noch ein wirtschaftlicher. Das französische Kapital hatte in Schlesien eine Petroleumraffinerie, die sich weigerte, dem Petroleumkartell beizutreten. Die französische Raffinerie wurde nun von der Regierung gesperrt. Schon das hat die Franzosen sehr empfindlich gemacht. Dazu kam, daß die französischen Kapitalisten, welche die Schuldverschreibungen der Südbahn besitzen — es sind das Herren, die unter den Kapitalisten den französischen Esprit, die reinste Ausstrahlung der gallischen Rasse vertreten, nämlich das Pariser Bankhaus **Rothschild** (Heiterkeit) —, ihren Profit bedroht sahen, da die Südbahn ihre Verpflichtungen nicht einzuhalten vermochte. Das hat die französischen Kapitalisten verletzt. Und da, wie alle Regierungen, auch die französische nichts als das Exekutivorgan der Kapitalisten ist, so hat die französische Regierung den französischen Kapitalisten schon damals den Rat gegeben, nach Oesterreich weniger Geld zu leihen. Nun kam die politische Krise heran, die seit 1909 einen verschärften Gegensatz zwischen dem Dreibund und dem Dreiverband und dadurch auch eine Spannung zwischen Oesterreich und Frankreich brachte. Da kam Frankreich auf den Gedanken, Oesterreich wirtschaftlich zu treffen mit einer Waffe, die oft gefährlicher ist als Dreadnoughts, es kam dazu, Oesterreich den französischen Kredit zu sperren in einem Augenblick, wo gerade hier eine wahnsinnige Spekulation auf Grund und mit Benützung des französischen Kredits sich entwickelt hatte. Die Krise wurde dadurch bedeutend verschärft.

Weiter! Da die österreichische Regierung sah, daß es auf dem Balkan nicht mehr geheuer war, und man anfing zu rüsten, da hat sich Graf Berchtold die Vertreter der Banken rufen lassen und hat ihnen gesagt: „Meine Herren! Sie müssen damit rechnen, daß ich eines Tages ein paar Milliarden Kriegsanleihe brauche, es müssen Reserven bereitsgehalten werden!" Und am nächsten Tage wurde den Kaufleuten in Böhmen, Galizien und Ungarn, den Baumeistern in Wien und den Fabrikanten in den Industriestädten die Kredite eingeschränkt oder ganz gesperrt und die Folge war, daß ganze Betriebe stillgesetzt werden mußten; Tausende Arbeiter wurden entlassen, das Elend stieg in allen Schichten, aber die Kapitalsreserven wurden in Bereitschaft gehalten für den glorreichen Kriegszug der österreichischen Diplomatie, der mit solchem Triumph geendet hat! (Zustimmung.)

Dazu kamen schließlich die Kriegshetze, das frevelhafte Lügenspiel der bürgerlichen Presse, die Mobilisierung. Jetzt liefen die **Sparer** in die Sparkassen, das Geld wanderte wieder in die Strümpfe zurück, in Galizien vergruben es die Leute in die Erde. Und wenn das Geld den Banken und Sparkassen genommen wird, so können sie auch den Geschäftsleuten keines leihen. Also wieder Entlassung von Arbeitern, Einschränkung des Marktes, Erschütterung der Volkswirtschaft. Die kleinen Sparer allein hätten freilich nicht so viel ausgemacht. Aber die großen Patrioten, die sich für ihre Verdienste um das Vaterland mit Orden schmücken und den Adel verleihen lassen, bei denen der Patriotismus im geraden Verhältnis steht zu dem Besitz von Waffenaktien, und die sonst ihre Gelder vermittels der Banken der Industrie zur Verfügung gestellt haben, haben sich jetzt **Auslandswechsel** gekauft, um sicher zu sein, daß, **wenn das Vaterland schon zugrunde gehen sollte, wenigstens von ihrem Gelde nichts verloren geht!**

So hatten wir eine Krise bekommen, trotzdem wir keine Prosperität hatten, eine Krise als das Ergebnis schmutziger kapitalistischer Spekulation,

als das Ergebnis der imperialistischen Politik der herrschenden Klassen, als das Produkt des österreichischen Jammers, den wir in den letzten Jahren so gründlich gekostet haben. Mit gutem Gewissen können die Herren diesmal nicht sagen, daß die Not der Arbeitslosen und die Not der großen Massen, deren Einkommen durch die Krise so empfindlich gekürzt worden ist, sie nichts angehen, sie seien eine normale Erscheinung der kapitalistischen Wirschaft und man könne nichts dagegen tun. Diesmal kann man die Schuldigen feststellen und jetzt fragen wir sie: Was wollt ihr tun, um denen zu helfen, die ihr in diese Lage gebracht habt?

Es sind nun Menschen da, die helfen wollen. Sie sagen: „Die Leute wandern aus, weil es ihnen hier schlecht geht. Verbieten wir ihnen also das Auswandern!" Das hieße aber den Schaden, den sie angerichtet haben, bis zum Unerträglichen steigern. Erst nehmen sie den Menschen die Möglichkeit, in der Heimat Brot und Arbeit zu finden, und dann wollen sie ihnen verbieten, anderswohin zu gehen, wo sie Brot und Arbeit finden. Mich wundert es nicht, daß so viele Leute auswandern; mich wundert es nur, daß so viele hier bleiben! Bei einem Verbot der Auswanderung handelt es sich nicht so sehr um die eigentlichen Industriearbeiter, sondern vielmehr um die Kleinhäusler, die kleinen Bauern, die in einem Teil des Jahres Nebenerwerb brauchen. Sie am Auswandern zu hindern, würde nicht nur die schlimmsten Leiden über sie bringen, das wäre die furchtbarste Gefahr auch für die von der Krise nicht getroffene Arbeiterschaft. Wenn ich Hunderttausende Menschen, die kein Brot finden, hier im Lande behalte: was bleibt ihnen übrig, als Lohndrücker und Streikbrecher zu werden? Jeder Versuch, die Auswanderung zu verhindern, ist nichts als ein Versuch, den großen Industriellen, den Kartellmagnaten und vor allem dem Großagrarier billige Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen. Wenn die Regierung ein Gesetz vorlegt, das nur so trieft von Sozialpolitik, das besorgt ist um die landwirtschaftlichen Arbeiter, damit ihnen im Ausland kein Unrecht geschieht, das nur erlaubt auszuwandern demjenigen, der hier im Inland schon einen Arbeitsvertrag schließt, der allen sozialpolitischen Anforderungen entspricht — so sagen wir: das sollen sie zuerst in Oesterreich machen! (Lebhafte Zustimmung.) Sie soll erst sorgen, daß die österreichischen landwirtschaftlichen Arbeiter nicht hier ausgebeutet werden. Jede Sozialpolitik, die erst anfängt, wenn der Mensch auswandern will, und nur dem Zwecke dient, daß er nicht auswandern kann, daß ihm beim Auswandern Schwierigkeiten gemacht werden können, ist nichts als Heuchelei! (Zustimmung.)

Wie macht man es in anderen Ländern? Dort verlangt man in der Krisenzeit, daß Staat, Land und Gemeinde große öffentliche Arbeiten unternehmen, um den Arbeitslosen Arbeit zu schaffen. Die österreichische Regierung will auch große Arbeiten unternehmen; sie will Dreadnoughts bauen und man sagt, da werden auch viele Leute Beschäftigung finden. Vor allem ist es aber nicht gleichgültig, was für Arbeiten unternommen werden. In einer der furchtbarsten Krisen der Weltgeschichte, zur Zeit des amerikanischen Sezessionskrieges, als die Krise in der Textilindustrie durch die Baumwollnot entstanden ist, sind in den nördlichen und westlichen Industriebezirken Englands Zehntausende Arbeitslose von den Gemeinden beschäftigt worden, aber nicht um Dreadnoughts zu bauen, sondern um Kanalisierungen, Straßen und Häuser zu bauen, um die Städte zu assanieren. Wenn man heute dorthin kommt, sieht man es noch angeschrieben, daß die Stadt gesund geworden ist durch die Arbeit jener Arbeitslosen. Bei uns wird man in einigen Jahren den Fremden zu einem großen Haufen alten Eisens führen können und sagen: „Das ist übrig geblieben von den Notstandsarbeiten der österreichischen Regierung!" Aber davon ganz abgesehen, sind das keine Notstandsarbeiten, wenn man das Geld für die Dreadnoughts sich auf diese Weise verschafft, daß man keine Telephone

baut und die Telephonarbeiter entläßt, daß man keine Waggons, Lokomotiven und Schienen bestellt und daß die Arbeiter, die in Fabriken beschäftigt wurden, wo nützliche Gegenstände hergestellt werden, zum Dreadnoughtbauen geschickt werden!

Sonst hat man oft gesagt: In der Zeit der Krise bestellt man billiger und die Waren sind billiger; darum soll der Staat nicht in den Zeiten des guten Geschäftsganges, sondern in der Zeit der Krise bauen. Dieses Argument trifft jetzt nicht zu. Wir haben diesmal nicht eine Krise mit niedrigem Zinsfuß, sondern mit hohem, so daß Staat, Land und Gemeinden Geld nur zu den wucherischesten Preisen bekommen. Und auch sonst gehen die Preise nicht herunter, weil die Kartelle ihre Preise nicht herabsetzen trotz der Krise und lieber mit der Produktion herabgehen als mit den Preisen. Das alte Argument für Notstandsarbeiten trifft also nicht mehr ganz zu. Ich sage daher ganz offen, wenn wir von der Regierung, von Land und Gemeinde verlangen, daß möglichst viel öffentliche Bauten und Arbeiten gemacht werden müssen, um den Arbeitslosen Arbeit zu geben, so habe ich wenig Hoffnung, dabei viel zu erreichen. Bei dem heutigen Stand der österreichischen Finanzen wird man nicht viel Arbeit vergeben können, denn die paar Heller, die noch da sind, braucht man ja für die 31.000 Soldaten mehr! Die Hoffnung, daß sich durch vermehrte öffentliche Arbeiten etwas richten läßt, ist also sehr klein. Es gibt in Wirklichkeit, um den österreichischen Arbeitern Arbeit zu verschaffen, nur ein einziges Mittel: Die Erschließung neuer Märkte für unsere Industrie!

Der österreichische Imperialismus ist nicht das, was der Imperialismus anderwo ist, nämlich der Ausfluß des Bedürfnisses des Kapitals, sich neue Märkte für neue Waren, neue Anlagegebiete und Profitmöglichkeiten zu suchen. Es ist ein Imperialismus der bloßen Form, der es den anderen nur nachmacht darin, daß er auch Eroberungen machen will, auch Kriegsschiffe baut und auch den Frieden stört. Aber um Märkte, um Anlagegebiete für die österreichische Industrie ist es ihm nicht zu tun. Das macht er den anderen nicht nach! Und so wachsen bei uns zwar die Lasten ebenso schnell wie anderswo; während aber die Industrie anderswo auch wächst, bleibt sie bei uns zurück. Diese andere Seite des Imperialismus — der zwieschlächtigen Charakters ist wie der Kapitalismus überhaupt — daß er nämlich die industrielle Entwicklung ungeheuer beschleunigt, hat der rein formale, rein dynastische österreichische Imperialismus nicht. Wir machen seit 1908 eine Balkanpolitik, die uns an den Rand des Abgrundes bringt, und zugleich verhindern wir selbst, daß unsere Waren auf dem Balkan Absatz finden!

Wenn sich die österreichische Regierung nicht einmal in dieser Zeit entschließen kann, neue Handelsverträge mit den Balkanstaaten zu schließen, dann ist der Augenblick wahrscheinlich versäumt für immer. (Sehr richtig!) Weil die neuen Eisenbahnen, die jetzt auf dem Balkan gebaut und in ein paar Jahren fertig sein werden, die kleinen Balkanstaaten aus der österreichischen Umarmung lösen, sie mit dem Weltmarkt in Verbindung bringen, diese Länder daher Oesterreich nicht mehr brauchen werden. Man hört schon heute, daß die Hindernisse für einen Handelsvertrag mit Serbien nicht mehr allein bei Hohenblum und Tisza liegen, sondern auch in Belgrad; daß ihn dort eine große Partei nicht will, nicht nur aus politischem Haß, sondern weil in diesem neuen vergrößerten Serbien sich verstärkte Bestrebungen nach eigener industrieller Entwicklung regen; weil dort eine merkantilistische Politik einzusetzen beginnt, die selbst eine Industrie entwickeln will und daher eine Verbesserung der handelspolitischen Beziehungen zu Oesterreich nicht wünscht. Wenn also dieser letzte Augenblick nicht benützt wird, ist das einzige Gebiet, das uns noch eine Absatzmöglichkeit bot, für immer verloren. (So ist es!)

Vor einem Jahre ließ sich Berchtold eine Deputation nordböhmischer Industrieller kommen und versicherte ihr, er werde den Balkankrieg be-

nützen, um uns gute Beziehungen, gute Märkte auf dem Balkan zu sichern. Aber kaum hatte dies der Minister gesagt, schrie schon Hohenblum, die serbischen Schweine seien eine viel größere Gefahr als die serbischen Soldaten, und die Regierung ist sofort zurückgewichen. Mit den großen Schweinezüchtern traute man sich nicht anzubinden.

Der Staat schafft den Arbeitslosen keine Arbeit. Aber kümmert er sich wenigstens darum, was mit den Arbeitslosen geschieht? In anderen Staaten suchen der Staat und die Gemeinden das Elend der Arbeitslosen doch wenigstens zu lindern. In allen Ländern gibt es eine staatliche oder eine kommunale Arbeitslosenfürsorge mit Ausnahme von Rußland, dem Balkan und Oesterreich-Ungarn. Wir haben eine Arbeitslosenfürsorge in England, wo das neue Gesetz die obligatorische staatliche Arbeitslosenversicherung für vier große Industriezweige eingeführt hat, und wo der Staat für die anderen Zweige den Gewerkschaften, welche Arbeitslosenunterstützung gewähren, staatliche Unterstützung gibt. Wir haben sie in Dänemark und in Norwegen, wo Staat und Gemeinden Zuschüsse zu den Arbeitslosenkassen der Gewerkschaften gewähren, und auch in Finnland steht ein solches Gesetz in Vorbereitung. Die französische Republik gewährt Zuschüsse in der Höhe von 30 Prozent der Unterstützungen an die Arbeitslosenkassen. Von den 25 Kantonen der Schweiz haben sechs Kantone eine staatliche Arbeitslosenfürsorge.

Noch viel weiter ist das Gebiet, in dem die Gemeinden für die Arbeitslosen vorsorgen. In Deutschland haben elf Städte eine kommunale Arbeitslosenfürsorge organisiert; zumeist zahlen sie Zuschüsse an jene Gewerkschaften, die Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben. In Belgien haben hundert Gemeinden das „Genter System". In zahlreichen Gemeinden Hollands, Frankreichs, der Schweiz und in vereinzelten Gemeinden Italiens finden Sie dasselbe System. In Oesterreich aber kümmert sich der Staat nicht um die Arbeitslosen, und was die Gemeinden betrifft, so kommt es ja vor, daß, wenn ein neuer Bürgermeister gewählt wird, er einmal eine Rede hält, in der er sich der Arbeitslosen erinnert. (Heiterkeit.) Aber von den Worten des Herrn Weiskirchner werden die Arbeitslosen nicht satt.

Uns interessiert auch die Frage, wie die Arbeitslosenfürsorge einzurichten ist. Es ist eine Erfahrungstatsache, daß dies nicht anders möglich ist als durch direktes Zusammenwirken mit den Gewerkschaften. Alle anderen Versuche sind geradezu lächerlich und kläglich ausgefallen. Man will auch in Deutschland nicht sagen, daß man sich um die Unorganisierten nicht kümmere, und gewährt kommunale Zuschüsse auch an die Unorganisierten, die Ersparnisse für den Fall der Arbeitslosigkeit hinterlegen. Nur Straßburg und Mühlhausen verzichten auf diesen Schwindel. Aber die Erfahrung lehrt, daß diese Unterstützung an die „Sparer" ganz bedeutungslos ist. Die Gemeinde Schöneberg bei Berlin hat ganz beträchtliche Summen an die Gewerkschaften ausgezahlt, die Arbeitslosenfürsorge eingerichtet haben; aber ihr Budget in Bezug auf die Unterstützung der einzelnen Sparer bleibt bisher unter 500 Mark! Das ganze System bleibt einfach auf dem Papier stehen.

Es kann auch nicht anders sein. Eine direkte staatliche Arbeitslosenversicherung kann allenfalls England machen, das geordnete öffentliche Arbeitsnachweise hat. Denn die Arbeitslosenunterstützung braucht eine genaue Kontrolle. Man muß wissen, wer arbeitslos ist, ob Arbeitslosigkeit in diesem oder jenem Falle wirklich vorliegt. Dazu bedarf es einer großen Organisation. Ja, woher sollen denn der Staat und die Gemeinde diese Organisation nehmen? Sie können nichts anderes tun, als sich an die Organisation halten, die schon da ist, die den Arbeitsmarkt kennt und beherrscht: die Gewerkschaft. Deshalb wird auch dem österreichischen Staat und seinen Gemeinden nichts übrig bleiben, wenn sie das Elend der Arbeitslosen

lindern wollen, als die öffentliche Arbeitslosenfürsorge auf die Gewerkschaften zu gründen.

Bis jetzt ist noch gar nichts geschehen und so ist es unsere Pflicht, da einen Vorstoß zu machen. Unsere Abgeordneten haben sich mit der Gewerkschaftskommission ins Einvernehmen gesetzt. Verhandlungen über unsere Forderungen an den Staat sind so weit gediehen, daß unsere Fraktion binnen kurzem dem Parlament einen ausgearbeiteten Gesetzentwurf über die Gewährung staatlicher Zuschüsse zu der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung unterbreiten wird. Die bürgerlichen Parteien werden da nicht sagen können, daß kein Geld da sei, die Sache zu machen; denn es kommt ihnen ja leider sehr billig, weil ja nur ein kleiner Teil der Arbeiter in den Gewerkschaften steht. 1912 haben die Gewerkschaften etwas weniger als zwei Millionen Kronen für Arbeitslosenunterstützung gezahlt. Wenn der Staat einen Zuschuß von 50 Prozent zu jeder Arbeitslosenunterstützung geben würde, so würde das also nicht mehr als eine Million Kronen kosten! Das würde auch der österreichische Staat aushalten! Wenn es auch wahr ist, daß dies selbstverständlich die Werbekraft der Gewerkschaften steigern würde und daher auch die Kosten sich allmählich steigern würden; wenn es auch wahr ist, daß infolge der Krise die Unterstützungen größer werden, so handelt es sich doch hier nur um eine bescheidene Summe. Die Herren werden keine Ausrede haben, daß das unerschwinglich ist; sie werden zeigen müssen, ob sie wenigstens ein bißchen beitragen wollen zur Linderung des Elends, das sie selbst hervorgerufen haben.

Wenn wir das vom Staate fordern, so noch mehr von den Gemeinden. Es ist einfach eine Schande, daß das Genter System in fast ganz Europa eingeführt ist und daß wir in der Gesellschaft von Rußland und Montenegro allein es noch nicht kennen! Es ist eine Schande, daß sich die österreichischen Gemeinden gar nicht um die Arbeitslosen kümmern! Selbst von diesen erbärmlichen Gemeindevertretungen, die das österreichische Privilegienwahlrecht uns beschert, müssen wir erwarten, daß sie wenigstens das tun, was in anderen auch nicht gerade sozial vorgeschrittenen Ländern schon geschieht. Es ist unsere erste Pflicht nach diesem Parteitag, daß Sie in den einzelnen Orten, selbstverständlich im Einvernehmen mit den gewerkschaftlichen Organisationen — denn solche Einrichtungen könnten auch gegen die Gewerkschaften mißbraucht werden! — überall in den Gemeindevertretungen die Forderung nach der kommunalen Arbeitslosenfürsorge stellen.

Aber die Forderung, die wir nun überall zu stellen haben — und es wäre eine sehr ernste und praktische Frage, ob die Aktion unserer Gemeindevertreter nicht zu fördern wäre durch besonders ausgearbeitete Musterstatuten — diese Forderung ist noch nicht einmal die wichtigste Folgerung aus dieser wirtschaftlichen Krise. Es gibt noch wichtigere für uns: Forderungen an unser Denken, die sich aus der Krise ergeben!

Wer die Geschichte der älteren Wirtschaftskrisen kennt, der weiß, daß die wirtschaftliche Krise einmal die Triebkraft der politischen Revolution gewesen ist. Wer zum Beispiel die Geschichte der Umwälzung Englands in den Zwanziger- bis Sechzigerjahren studiert hat, der weiß, daß das Auf und Ab der Arbeiterbewegung jener Tage, der Chartistenbewegung, aber auch des bürgerlichen Radikalismus, der das moderne England geschaffen hat, daß jede Phase dieser Bewegung bestimmt war durch den wirtschaftlichen Prozeß, daß immer die Hochflut der revolutionären Bewegung in die Zeit der Krise und der Niedergang in die Zeit des guten Geschäftsganges gefallen ist. Und das war überall so. Der unmittelbare Anlaß der Achtundvierziger-Revolution war eine schwere industrielle Krise und die Beruhigung ist nicht nur erzeugt worden durch die Bajonette, sondern durch das kalifornische Gold, das die Prosperität

der Fünfzigerjahre hervorgerufen und dadurch eben jene, die als Arbeitslose revolutionär gewesen waren, in selbstzufriedene Spießbürger verwandelt hat.

Wie aber ist es heute? Heute ist es genau umgekehrt! Heute sehen wir, daß der Mut, die Tatkraft und Leidenschaft der Arbeiter in guten Zeiten wachsen, weil sie in solcher Zeit nicht um die Arbeitsstellen fürchten, weil die Organisationen wachsen und die Presse sich verbreitet. Während sie sofort verzagen und jammern — und auch die Parteitage der Arbeiter widerspiegeln dieses Gejammer (Heiterkeit) — wenn die Krise kommt. Diese Veränderung ist nicht auf Oesterreich beschränkt; das gilt von Paris bis Petersburg und San Francisco und es ist leicht, diese Veränderung zu erklären Früher war die revolutionäre Bewegung der augenblickliche Verzweiflungsausbruch einer hungernden Masse und er entstand in den Zeiten der Krise. Heute ist die Arbeiterbewegung ein organisierter Massenkampf, ein Massenkampf, der die Organisationen, die Presse, den ganzen gewerkschaftlichen, politischen und genossenschaftlichen Apparat braucht, und der gedeiht besser, wenn es den Arbeitern gut geht. Aber diese Umkehrung in der sozialen und politischen Funktion der Krise geht in Oesterreich viel weiter als anderswo.

In der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre hatte Deutschland eine glänzende industrielle Konjunktur und die Prosperität dauerte damals viel länger, als sie sonst zu dauern pflegte. Sofort waren Leute da, die gesagt haben: „Krisen gibt es überhaupt nicht mehr. Daß sich die wiederholen müssen, das ist ein altes »orthodoxes«, marxistisches Dogma. Krisen kehren nicht mehr wieder." Zuerst haben es bürgerliche Professoren gesagt, dann haben es natürlich Parteigenossen nachgesagt. Da entstand daraus eine neue Theorie: Es gibt keine Krisen mehr, es gibt keine Verelendung der Massen mehr, es gibt keine Katastrophen, keine Kriege, keine Revolutionen mehr, sondern es wird sich alles friedlich und schön aufwärts entwickeln. So hat man es damals geglaubt, weil es fünf Jahre so gegangen ist! Dann kam aber im Jahre 1901 die Wirtschaftskrise — sie kam um zwei Jahre verspätet, aber sie kam doch. Mit einem Schlag war es anders und sofort haben die deutschen Arbeiter erkannt, daß es nichts ist mit dem friedlichen „Hineinwachsen" in den Sozialismus, daß dieser bequeme Weg leider nicht gangbar ist. Ich glaube, die deutschen Parteigenossen haben auch damals durch die Krise gelitten, ihre Organisationen und ihre Presse; aber das Denken der Parteigenossen hat nicht gelitten. Das deutsche Proletariat ist durch jene Krise revolutioniert worden. Es hat sich befreit von dem Wahn, daß es einen Frieden mit der kapitalistischen Welt geben könne. Es ist zurückgekehrt zu der alten revolutionären Lehre, daß es nichts gibt als den Kampf, so lange, bis wir so stark geworden sind, das ganze kapitalistische System zu stürzen! (Stürmischer Beifall.)

Die österreichischen Arbeiter — so glaube ich — haben das noch nicht gelernt. Sie hoffen noch immer einen steten Aufstieg, wie man sich ihn in Deutschland vom Jahre 1895 bis zum Jahre 1901 gedacht hat, so langsam und friedlich vorwärts. Aber wenn die Werbekraft der Partei nur von den „positiven Erfolgen" in der kapitalistischen Welt abhängt, dann müssen wir immer wieder Enttäuschungen erleben, in jeder Krise. Jede Krise muß uns dann entmutigen. Denn jedem Fortschritt ist in der kapitalistischen Welt so eine enge Grenze gezogen. Und wenn wir uns durch die Gewerkschaften ein paar Heller Lohnerhöhung erkämpfen, so nützt der erhöhte Stundenlohn nichts, wenn uns schon morgen wieder diese Verbesserung geraubt werden kann, indem man Feierschichten einlegt! Das ist eben der Unterschied zwischen allen bürgerlichen Parteien und uns, daß wir nicht glauben an die Möglichkeit eines menschenwürdigen Daseins innerhalb dieser Gesellschaftsordnung, die in jedem Jahrzehnt einmal den Wahnwitz sehen läßt, daß die Textilfabriken

stillstehen, während Tausende nichts anzuziehen haben; daß die Schuhfabriken stillgesetzt sind, während die Kinder barfuß in die Schule gehen; daß die ganze Produktion stillgesetzt wird und die Arbeiter nicht arbeiten dürfen, obwohl das Volk an allem Mangel leidet! Wenn wir die Unvereinbarkeit der kapitalistischen Welt mit den Interessen der Arbeiterklasse erkennen, dann wird die Krise uns nicht verzagt machen, sondern sie wird uns nur eine Mahnung sein zu gesteigertem Eifer, zu verdoppeltem Mut, sie wird uns ein Ruf sein zur Tat! (Stürmischer Beifall.)

Der Berichterstatter beantragt folgende

Resolution:

Die inneren Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise werden in den periodisch wiederkehrenden Wirtschaftskrisen offenbar. Die Produktion wird eingeschränkt, während das Volk an allen Produkten Mangel leidet. Die Waren häufen sich in den Speichern der Kapitalisten, während den Volksmassen Nahrung, Kleidung, Obdach fehlen. Die Erzeugnisse der Arbeit sind unverkäuflich, weil die Arbeiter ihre eigenen Erzeugnisse nicht kaufen können. Die periodische Wiederkehr der Wirtschaftskrisen mit der Arbeitslosigkeit, den Feierschichten, den Lohnkürzungen, der Steigerung des Massenelends in ihrem Gefolge kann nicht verhindert werden, solange die kapitalistische Produktionsweise bestehen wird. Die Wirtschaftskrisen, unvermeidliche Wirkungen der auf das Privateigentum an den Produktionsmitteln gegründeten Produktionsweise, werden erst mit der Aneignung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft verschwinden.

Der Eintritt der schweren Wirtschaftskrise, die jetzt auf der österreichischen Volkswirtschaft lastet, ist beschleunigt, ihre Wirkung verschärft, ihre Dauer verlängert worden durch die auswärtige Politik des österreichischen Imperialismus und durch die Vergeudung der wirtschaftlichen Kräfte des Landes durch den Militarismus. Der Kampf gegen die abenteuerliche Balkanpolitik der herrschenden Klassen und gegen die maßlosen Forderungen des Militarismus ist daher in den stärksten wirtschaftlichen Bedürfnissen der Arbeiterklasse begründet.

Die Arbeiterklasse fordert vom Staat, von den Ländern und von den Gemeinden Maßregeln, die geeignet sind, die Arbeitslosigkeit einzudämmen. Zu diesem Zwecke verlangen wir:

1. Erschließung neuer Absatzgebiete für die österreichische Industrie durch die Verbesserung der Handelsverträge mit Serbien und mit Rumänien und durch die Abschließung von Handelsverträgen mit den anderen Balkanstaaten und mit überseeischen Ländern.

2. Vergebung öffentlicher Arbeiten und Lieferungen in möglichst großem Umfang. Beschaffung der für produktive öffentliche Arbeiten erforderlichen Mittel durch Einschränkung der unproduktiven Ausgaben. Bei den öffentlichen Arbeiten sind in erster Reihe heimische Arbeitslose, und zwar ohne Herabdrückung des Lohnniveaus, zu verwenden.

3. Die Auswanderung der Arbeitslosen darf nicht verhindert werden.

4. Verkürzung des gesetzlichen Höchstarbeitstages. Ueberstunden sind nicht zu bewilligen.

Soweit der Staat, die Länder und die Gemeinden den Arbeitslosen keine Arbeitsgelegenheit schaffen können, sind sie verpflichtet, das Elend der Arbeitslosen zu lindern. Wir fordern daher nach dem Vorbild des Auslandes die Gewährung von Staats- und Gemeindezuschüssen zu der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung. Insbesondere unsere Vertreter in den Gemeindevertretungen werden beauftragt, überall die Gewährung kommunaler Zuschüsse zu der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung zu verlangen.

Kapusta (Aussig): Sie werden sagen, das, was ich vorzubringen habe, gehört eigentlich nicht streng zu diesem Punkt der Tagesordnung, aber ich finde keine andere Gelegenheit dafür. Die wirtschaftliche Krise wird sehr verschärft durch die Lebensmittelteuerung, und diese wird auch mit hervor-

gerufen durch die jahrelang betriebene unselige agrarische Politik. Wir werden in verhältnismäßig kurzer Zeit einen neuen Zolltarif- und neue Handelsverträge bekommen. Obwohl uns noch einige Jahre davon trennen, erscheint es mir nicht verfrüht, schon heute darüber zu reden, daß es notwendig sein wird, die arbeitende Bevölkerung rechtzeitig zum energischen Widerstand gegen neue Vorstöße der Agrarier aufzurufen. Sie werden wohl wissen, daß die Agrarier heute schon ungeheure Anstrengungen machen und eine riesenhafte Agitation entfalten, daß der Zolltaraf nicht nur aufrecht erhalten, sondern noch dadurch verschärft werde, daß Lebensmittel verzollt werden müssen, die heute zollfrei sind, so daß die Teuerung noch ärger wird. Wenn die Agrarier so zeitig anfangen, ist es am Platze, daß auch wir zeitig aufstehen und dieser Agitation rechtzeitig entgegenwirken. Ich will nicht sagen, daß bis heute nichts ge chehen ist, es wird aber nach meiner Ueberzeugung gut sein, wenn der Kampf rechtzeitig von einer Zentralstelle aus organisiert wird. Ich stelle mir vor, daß die Parteivertretung den geeigneten Zeitpunkt benützen müsse, um eine eingehende Agitation im ganzen Lande zu entfalten, um dieser Agitation der Agrarier ein Paroli zu bieten. Es ist ungeheuer wichtig, daß wir die Bevölkerung aufklären und der grünen Internationale der Ausbeuter die rote Internationale der Ausgebeuteten entgegenstellen. Wenn die Bevölkerung wissen soll, was auf dem Spiele steht, müssen wir sie frühzeitig aufklären. Auch bei einem Wahlkampf beginnen wir nicht erst, wenn die Wahl ausgeschrieben ist; wenn wir warten, bis der Zolltarif zur Verhandlung steht, ist die Zeit der Aufklärung zu kurz.

Witzmann (Wien): Genosse B a u e r hat schon auf die Notwendigkeit der kommunalen Arbeitslosenfürsorge hingewiesen. Es ist nun eine Lücke, daß unser Kommunalprogramm darüber nichts enthält. Es spricht zwar von der Einrichtung eines städtischen Arbeitsamtes — dem unterstehen: kommunale Gewerbeinspektion, Arbeiterversicherung, kommunale Arbeitsstatistik, die städtische Dienst- und Arbeitsvermittlung — aber mit keinem Wort ist von einer kommunalen Arbeitslosenfürsorge die Rede. Nachdem wir diese für notwendig halten, soll das in unserem Kommunalprogramm zum Ausdruck kommen. Darauf möchte ich die berufenen Faktoren aufmerksam machen. Da Genosse B a u e r auch die entsetzliche Mitteilung gemacht hat, daß in Wien mehr als 50.000 Schulkinder ohne Mittagmahl sind, sollen unsere Gemeindevertreter dies zum Anlaß nehmen, um nicht nur in Wien, sondern auch anderwärts einen Vorstoß in der Richtung zu machen, daß armen Kindern auf Gemeindekosten ein Mittagmahl verabreicht wird. Unsere Gemeindevertreter nehmen gewiß jede Gelegenheit wahr, um unser Kommunalprogramm allmählich zu verwirklichen. Ich bin überzeugt, es gibt in Oesterreich Städte, wo das Bürgertum mehr soziales Verständnis hat als in Wien, vielleicht kann man auf diesem Gebiet etwas erreichen.

Es gibt in Wien Zehntausende von Arbeitern, die sich nicht darum kümmern, was sie zu verlangen berechtigt sind, um das Heimatsrecht. Es kommen sehr oft Unterstützungsbedürftige und fragen, was sie tun sollen, denn die Gemeinde gebe ihnen nichts. Man muß nun den Leuten sagen, sie mögen sich rechtzeitig um das Heimatsrecht kümmern. Gewiß ist es eine unangenehme Sache, Unterstützungen in Anspruch zu nehmen, und wir werden jedem nahelegen, es erst zu tun, wenn er keinen anderen Ausweg hat, schon deshalb, weil die Gemeinden die Unterstützungen benützen, um die Arbeiter rechtlos zu machen.

Thoma (Wien): Wir müssen uns fragen, was geschieht von den verantwortlichen Leuten, um das namenlose Elend, das hier geschildert wurde, zu mildern. Gar nichts. Die Herrschaften haben es nicht notwendig, auch nur darüber nachzudenken. Als die Organisation der Arbeiter noch nicht so stark war wie jetzt, als sie eigentlich gar keine wirkliche Organisation hatten, war die Krisenzeit eine Gefahr für die besitzenden Klassen. Wenn das heute nicht mehr der Fall ist und sich die Dinge im Wesen gemildert haben, so ist das

nur der Arbeiterschaft zuzuschreiben. Die Herrschenden haben sich noch niemals gefragt, was geschieht mit dem Arbeiter, der zu Monaten Arbeitslosigkeit verurteilt ist, während aber die Gewerkschafter sich Tag und Nacht den Kopf zerbrechen, um immer neue Mittel dazu verwenden zu können, diesem Elend entgegenzuwirken. Wenn andere Staaten zur Einsicht gekommen sind, wo die Arbeiterschaft nicht wesentlich größeren Einfluß hat auf die Staatsmaschine wie bei uns, müssen wir nach Mitteln suchen, um sie zu bewegen, daß nicht wir die ganzen Opfer tragen, sondern auch sie, wenn man bei ihnen überhaupt von Opfern reden kann.

In früheren Zeiten haben wir in Wien die Arbeitslosigkeit zu unserer Propaganda in bedeutendem Maße ausgenützt. Anfangs der Neunzigerjahre wurden Arbeitslosenversammlungen abgehalten und man hat versucht, den Menschen, die von allen Seiten verlassen sind, die Gedanken einzuimpfen, die man nicht imstande war, ihnen beizubringen, als sie in der Werkstätte gestanden sind. Aus jenen Armen, in der Not von uns aufgesuchten sind manche tüchtige Verfechter unserer Ideen geworden. Wenn wir den großen Schaden tragen müssen, den uns die bürgerliche Gesellschaft auferlegt, so wollen wir wenigstens den Nutzen haben, den Menschen, die empfinden, daß sie von der ganzen Welt verlassen sind, zu sagen, wo sie ihr Heil zu suchen haben. Wenn er in der Zeit, da er arbeitete, den Gedanken nicht aufnehmen konnte, so ist es jetzt möglich, ihn ihm beizubringen. Während die Gewerkschaften alle Mittel prüfen, die zur Linderung des Notstandes dienen können, vergibt die Regierung Arbeiten ins Ausland und erwägt gar nicht, daß die Arbeiterschaft derartiges nicht anders denn als Verhöhnung auffassen kann.

Die Regierung hat immer vielleicht als einzigen Entschuldigungsgrund zur Seite, daß sie sich vom österreichischen Unternehmertum nicht übervorteilen lassen will. Aber mit den österreichischen Unternehmern kann die Regierung, so glaube ich, in einem solchen Falle schon fertig werden. Wenn sie so oft, wenn sich diese Herrschaften an sie wenden, wo es sich um Pressionen gegen die Arbeiter handelt, den Unternehmern zur Verfügung steht, so hätte sie auch ausreichende Mittel, die Unternehmer kirre zu machen. Es wäre schon möglich, es dahin zu bringen, daß solche Arbeiten in Oesterreich hergestellt werden, ohne daß man sich von den Unternehmern übervorteilen zu lassen braucht. Es ist in Oesterreich üblich, den Arbeitern, die irgend etwas verlangen, immer zu antworten, ja, das geht aus Rücksicht auf die anderen Schichten nicht. Gerade bei der Sozialversicherung sagt man uns jetzt auch, daß man sie nicht durchführen könne, weil man so viele Umstände berücksichtigen muß, weil man mit den Verhältnissen der galizischen Zwergbauern rechnen muß; aber man braucht sie ja nicht mit diesen Schichten zu verquicken. Die Arbeiterversicherung ist das wichtigste und notwendigste, denn keine Schicht der Bevölkerung nimmt in dieser Gesellschaft so viele Opfer auf sich, wie gerade die Arbeiter. Nehmen wir die Statistik der Unfallversicherung; wo gibt es einen Stand, der so viele Menschenleben und so viele Glieder täglich und stündlich opfern muß wie die Arbeiter? Es gibt sicherlich keinen zweiten. Wir müssen uns sehr entschieden gegen die Auffassung verwahren, daß die Arbeiterschaft nur als Objekt der Ausbeuter in der Gesellschaft sei. Auch das hat seine Grenzen. Ich glaube, daß der Parteitag der Regierung und den herrschenden bürgerlichen Parteien gezeigt haben wird, daß wir bei der Bedrohung der Lebensinteressen der Arbeiter nicht bloß die Parteivertretung und die Gewerkschaftskommission, sondern das ganze Instrument der österreichischen Arbeiterschaft in Bewegung setzen werden, und daß es die Herren nicht bloß mit einzelnen Persönlichkeiten, sondern mit der ganzen Kraft der Arbeiterschaft zu tun bekommen. (Lebhafter Beifall.)

Beck (Salzburg): Mir erscheint dieser Punkt als der wichtigste und notwendigste der heutigen Tagesordnung und es hat mich gewundert, daß

sich nach den Ausführungen des Genossen Bauer niemand zum Wort gemeldet hat. Ich finde es unbegreiflich. Draußen warten schon die Genossen, was wir ihnen vom Parteitag nach Hause bringen mit Rücksicht auf die Arbeitslosigkeit und die wirtschaftliche Krise. Das Elend ist durch die unglückliche österreichische äußere Politik so weit gekommen, daß Tausende Arbeiter arbeitslos sind. Obwohl unsere Genossen darüber schreiben und im Parlament darüber sprechen, so habe ich nichts gefunden, was die Arbeiterschaft wünscht, nämlich eine Gegenmaßregel, die in irgend einer Form zu helfen imstande ist. Wenn wir die Krise betrachten, so sehen wir, daß auch die kleinen Gewerbetreibenden und auch Industrielle von ihr betroffen werden. Aber diese Leute bekommen Subventionen und werden unterstützt. Aber Tausende und Tausende von Arbeitern, die monatelang arbeitslos und dem Elend und Hunger preisgegeben sind, läßt der Staat ohne jede Hilfe. Viele werden dem Alkoholismus zugeführt, manche greifen selbst zum Verbrechen in ihrer Verzweiflung. Ich glaube, wir müssen den Genossen nicht nur sagen, daß wir vom Staate, den Ländern und den Gemeinden Arbeitslosenunterstützungen verlangen, wir müssen auch die Arbeiter aufklären über die Ursachen dieses Elends, über die Ursachen der Krise. Das ist echter proletarischer Geist und sozialdemokratische Erziehung, diese Aufklärung zu beginnen. Wenn wir in Salzburg bei den Holzarbeitern und Metallarbeitern 40 Prozent Arbeitslose haben, wenn die Arbeitslosenunterstützungen bei den Maurern, Holzarbeitern, Metallarbeitern die höchsten Zahlen, die je erreicht worden sind, schon überschritten haben, so ist eben das ein Zeichen des entsetzlichsten Elends. Die Genossen müssen da im Parlament energisch auftreten. Und ich glaube, da könnte der Ausdruck vielleicht angewendet werden: „mit allen möglichen Mitteln". Es wird auch vielleicht notwendig sein, daß wir wie im Jahre 1895 wieder auf die Straße marschieren. Wenn auch diese Vorschläge vielleicht nicht die ganz richtigen sind und ich es der Parteileitung überlassen will, zu entscheiden, was zu tun ist, so will ich in meiner Rede doch sagen, daß die Verzweiflung von Tausenden und Tausenden auf das Höchste getrieben wurde, und daß sich das Regierung und bürgerliche Parteien vor Augen halten mögen. Es ist auch empörend, daß die Unternehmer diese Notlage der Arbeiter, die die Krise heraufbeschworen hat, ausnützen, um die Arbeiter in die gelben und schwarzen Organisationen zu pressen. Ich glaube, daß sich auch mit dieser Frage der Parteivorstand beschäftigen sollte, weil auch an Genossen diese Erpressung geübt wird. (Beifall.)

Dr. Bauer (Schlußwort): Ich muß mich nur gegen die gerade gehörte Rede des Delegierten aus Salzburg wenden. Der Genosse hat zurückgegriffen auf die große Debatte, die wir gestern geführt haben, und hat im Sinne vieler, die gestern gesprochen haben, gemeint, daß wir auch für die Arbeitslosenversicherung den Kampf „mit allen Mitteln" im Parlament führen sollen — ein Wort, über dessen Bedeutung ja nach der gestrigen Debatte kein Zweifel ist. Ich will gleich am Anfang aussprechen, damit nicht wieder unberechtigte Hoffnungen erweckt werden und Enttäuschungen kommen: für die Abschaffung der Wirtschaftskrisen werden wir schon mit allen Mitteln kämpfen. Aber daß die wirtschaftlichen Krisen und der Kapitalismus gerade durch das österreichische Parlament abgeschafft werden können, das glauben wir nicht. Daß wir auch gegen die jetzige Arbeitslosigkeit kämpfen müssen, habe ich schon gesagt. Aber ich habe auch gesagt, daß es jetzt in dieser Krise, wo die Betriebe stillstehen und der Kredit erdrosselt ist, sehr schwer ist, Arbeit zu schaffen. Daß das einzig wirksame Mittel zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit — ganz abschaffen kann man sie auch damit nicht — der Abschluß von Handelsverträgen ist. Aber auch bei den Handelsverträgen kommt das auf Detailbestimmungen an, und daß man diese Detailbestimmungen in den Handelsvertrag obstruiert, das möchte ich bezweifeln. Wenn ich den Genossen recht verstehe, so kann es sich also nur darum handeln, daß wir dafür kämpfen, daß vom Staat, den Ländern und

den Gemeinden Zuschüsse zu den gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützungen gegeben werden. Aber, Genossen, Sie werden zugeben, daß man das nicht mit der Obstruktion im Parlament erreichen kann, sondern daß das erheischt, daß man diese Forderung erst ins Bewußtsein der Oeffentlichkeit bringen muß, da ja darüber in der Oeffentlichkeit noch wenig gesprochen wurde. Aber daß wir den Arbeitern versprechen könnten, daß wir ihnen etwas durchsetzen, was sie von der Arbeitslosigkeit oder allen Folgen der Arbeitslosigkeit befreit, das geht nicht. Das können wir nicht. (Beck: Aber gemacht soll etwas werden! Versammlungen u. s. w.) Wenn Sie gemeint haben, daß wir in Versammlungen aufklären und daß wir den Kampf aufnehmen müssen mit aller Energie, um für die Arbeiter eine Arbeitslosenunterstützung zu erkämpfen, so stimmen wir ja überein. Das wollen wir ja, daß von diesem Parteitag aus eine kraftvolle Bewegung ausgehe.

Was die Ausführungen des Genossen Witzmann betrifft, so bemerke ich, daß das Kommunalprogramm, von dem er gesprochen hat, offenbar das Wiener Kommunalprogramm ist, das der Prüfung des Parteitages nicht untersteht. Ein Kommunalprogramm für das Reich haben wir nicht.

Es liegt dann auch ein Antrag des Genossen Kořinek vor, der verlangt, daß unsere Vertreter im Parlament dafür eintreten, daß den Grundbesitzern keine Sträflinge und keine Zöglinge der Besserungsanstalten als landwirtschaftliche Arbeiter zur Verfügung gestellt werden. Darüber klagen ja die landwirtschaftlichen Arbeiter, und auch Industriearbeiter haben Grund zur Klage, daß die Regierung Häftlinge der Strafanstalten und die Landesausschüsse Zöglinge der Besserungsanstalten als Lohndrücker zur Verfügung stellen. So begreiflich ich aber diese Klage finde, so müssen Sie doch berücksichtigen, daß wir die gänzliche Abschaffung der Sträflinge und insbesondere die Ausschaltung der Zöglinge der Besserungsanstalten von der produktiven und nützlichen Arbeit nicht wünschen können. Wir wollen ja nicht, daß die unglücklichen Opfer der Gesellschaft hungern und dabei verlottern und verlorengehen, sondern wir wollen, daß sie nützlich beschäftigt werden, daß insbesondere die Zöglinge der Besserungsanstalten zu nützlichen Arbeitern erzogen werden. Aber das können wir selbstverständlich nicht dulden, daß man sie als Lohndrücker benützt, sondern wir müssen fordern, daß sie, wenn man sie zur Arbeit heranzieht, ebenso entlohnt werden, wie die anderen Arbeiter, damit sie nicht als Lohndrücker Konkurrenz machen. In diesem Sinne können wir dem Antrag zustimmen und ich möchte die Genossen nur ersuchen, nicht nur die allgemeine Klage zu erheben, sondern auch einzelne Fälle, wo solcher Mißbrauch von Sträflingen und Zöglingen der Besserungsanstalten vorkommt, unseren Abgeordneten mitzuteilen. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß es in einzelnen Fällen durch Intervention gelingt, diese Mißstände abzuschaffen. Uebrigens möchte ich Sie noch bitten, die vorgelegte Resolution anzunehmen. (Beifall.)

Die Abstimmung.

Die vom Referenten beantragte Resolution 22 wird einstimmig angenommen, ebenso auch folgender Antrag 11 Kořineks:

> Obwohl die Arbeitslosigkeit auch in der Land- und Forstwirtschaft vorhanden ist, gewährt das Justizministerium an einzelne Großgrundbesitzer Sträflinge und Korrektionspfleglinge, die als land- und forstwirtschaftliche Arbeiter verwendet werden.
>
> Dadurch werden die freien Arbeiter geschädigt, und deshalb protestiert der Parteitag gegen die Verwendung der Sträflinge als Arbeiter außer den Strafhäusern und beauftragt die sozialdemokratische Fraktion im Abgeordnetenhaus, dafür einzutreten, daß eine derartige Schädigung der Arbeiter durch die Sträflinge eingestellt wird.

Bericht der Wahlkommission.

Abgeordneter Bretschneider: Ueber den Wahlvorschlag ist nicht viel zu berichten. Er ist in voller Uebereinstimmung der beteiligten Länder vorgenommen worden. Im Auftrag der Wahlkommission habe ich nur noch zur Kenntnis zu bringen, daß die Genossen wünschen, es möge bei der nächstjährigen Wahlbesprechung der niederösterreichischen Delegierten, welche ja die Vorschläge für den Parteivorstand und die engere Kontrolle zu erstatten haben, auch die Wahlkommissionsmitglieder der anderen Länder einladen mögen. Die Kommissionsmitglieder ersuchen darum, ohne damit, wie sie ausdrücklich erklärten, das Bestimmungsrecht der Niederösterreicher irgendwie einschränken zu wollen.

Vielleicht kann diesem Wunsch der Parteigenossen Rechnung getragen werden. Für das nächste Jahr wird auch der Wunsch ausgesprochen, es möge eine Stelle im Parteivorstand für einen anderen Vertreter freigemacht werden dadurch, daß ein Mitglied des Parteivorstandes, das infolge seiner Funktion Sitz und Stimme im Vorstand hat, zugunsten eines anderen zurücktritt. Es hätte sich daher im nächsten Jahr der Parteitag und die Wahlkommission mit diesen Wünschen zu beschäftigen. Die Genossen haben das Verlangen für das heurige Jahr nicht gestellt, weil sie verhindern wollen, daß durch einen im letzten Augenblick ausgesprochenen Wunsch sich Komplikationen ergeben.

Die Wahlkommission schlägt Ihnen auch gleich drei Skrutatoren vor, und zwar: Sever (Wien), Lindner (Graz) und De Witte (Karlsbad).

Die Sitzung wird hierauf vertagt.

Vierter Verhandlungstag.

Vormittagssitzung.

Am Dienstag folgte als erster Verhandlungsgegenstand der Punkt

Der Stillstand in der sozialpolitischen Gesetzgebung.

Referent Eldersch: Es wurde schon in der Verhandlung über den Bericht der parlamentarischen Fraktion geklagt, daß trotz der Geltung des allgemeinen Wahlrechtes die Mehrheit des Parlaments in sozialpolitischen Fragen eine Feindseligkeit zeigt, die für die Dauer der Arbeiterschaft unerträglich wird. Die Erklärung dafür liegt nahe. Es ist auch in diesem Falle der Unverstand der Massen der größte Feind der Massen selbst. Solange ein erheblicher Teil der Arbeiterschaft, sei es infolge des Terrors der Unternehmer, sei es durch mißbräuchliche Anrufung des nationalen und religiösen Gefühls, für Unternehmerkandidaten stimmt, wird es im Parlament nicht besser werden. Sehen Sie sich einmal an, wer sich bei der Bekämpfung sozialpolitischer Gesetze in die erste Reihe drängt: Dr. Licht, Dr. Freißler, Langenhan, Lodgman — lauter Abgeordnete, die nur mit Hilfe der Unternehmer, dadurch, daß es den Unternehmern gelungen ist, eine große Zahl von Arbeitern ihre wirtschaftliche Uebermacht fühlen zu lassen und sie für diese Abgeordneten zur Urne zu bringen, ihr Mandat erlangt haben. Es ist nur natürlich, daß diese Abgeordneten den Unternehmern den Dank für die Vergewaltigung der Arbeiterschaft dadurch abstatten, daß sie alle sozialpolitischen Vorlagen auf das heftigste bekämpfen. Man muß diese Herren nur an der Arbeit sehen. Wenn sie schon nicht erklären, daß den geringen Fortschritt, den unsere

Abgeordneten verlangen, die Großunternehmer, die ſie ja eigentlich vertreten, zu ertragen nicht in der Lage ſind, wenn der Hinweis auf das Ausland unmöglich wird, reden ſie den Vertretern der Bauern und Kleingewerbetreibenden ein, es ſei beiſpielsweiſe die geſetzliche Feſtlegung des Zehnſtundentages eine Gefahr für ihre Wähler, weil auch die bäuerlichen Arbeiter nicht werden ſo lange arbeiten wollen, wenn die Arbeiter der Großinduſtrie nur zehn Stunden arbeiten und weil auch die Kleingewerbetreibenden darunter zu leiden haben werden. Wir haben dieſe *Taktik der Klopffechter des Kapitalismus* ſehr anſchaulich beobachten können bei der Verhandlung der Forderung unſerer Fraktion, in den kontinuierlichen Betrieben den Achtſtundentag einzuführen. Hier handelt es ſich doch wirklich nur um die kapitalskräftigſte Unternehmergruppe, die in der Lage wäre, dieſe Forderung zu bewilligen, ohne daß ihre Konkurrenzfähigkeit dadurch gefährdet würde. Und bei der Beratung dieſer Angelegenheit ſind die Bauern, ſind die Kleingewerbetreibenden aufgeſtanden und haben erklärt, ſie wollen von dieſem Antrag nichts wiſſen, denn er bedeute ein *gefährliches Präjudiz* auch für ſie. Solange alſo ein erheblicher Teil der Arbeiterſchaft *für bürgerliche Kandidaten ſtimmt*, ſo lange werden dieſe Abgeordneten unter den entſchiedenſten Bekämpfern des Arbeiterſchutzes in erſter Reihe ſtehen.

Es iſt auch richtig, daß dem Parlament wenig Zeit gegeben wird zur Erledigung ſozialpolitiſcher Geſetze. Das Parlament wird nach dieſer Richtung hin von der Regierung arg mißhandelt. Monatelang iſt es geſchloſſen und wenn es dann zuſammentritt, wird ihm ein Speiszettel von ſogenannten *Staatsnotwendigkeiten* vorgelegt, die es *raſch hinunterwürgen ſoll*. Es kann nicht geleugnet werden, daß wir, abgeſehen von dieſen Umſtänden, die der Betätigung des Parlaments auf ſozialpolitiſchem Gebiet an und für ſich hinderlich ſind, im Parlament einem *Komplott der Regierung und der bürgerlichen Parteien* gegen den Ausbau der Arbeiterſchutzgeſetzgebung gegenüberſtehen. Die bürgerlichen Parteien bewilligen die Staatsnotwendigkeiten und die Regierung hat ſich dafür offenbar verpflichtet, den bürgerlichen Parteien die Schaffung von Arbeiterſchutzgeſetzen zu *erſparen*. Die Regierung bringt ſozialpolitiſche Vorlagen überhaupt nicht mehr ein, außer ſie wird dazu durch das Votum der Ausſchüſſe und des Parlaments gezwungen, wenn die Verhandlung von ſozialdemokratiſchen Anträgen eine Situation gezeigt hat, die ſie dazu nötigt, dieſem Antrag durch eine ſchlechtere Vorlage die Spitze abzubrechen. Dann verſucht man zunächſt, die Beratung der Vorlage zu *verzetteln*. Die Regierung, die verpflichtet wäre, die Erledigung einer derartigen Vorlage mit Ernſt und Eifer zu betreiben wie in anderen kapitaliſtiſchen Staaten, tut alles, um das Zuſtandekommen eines ſolchen Geſetzes zu *verhindern, offen oder verſteckt*.

Wir können dieſe Arbeitsmethode der Regierung und der bürgerlichen Parteien anſchaulich an einigen Beiſpielen ſtudieren. Nehmen wir das *Bäckerſchutzgeſetz*. Ein ſozialdemokratiſcher Antrag auf Beſchließung eines Bäckerſchutzgeſetzes lag vor vier oder fünf Jahren vor. Der Antrag wurde im Sozialpolitiſchen Ausſchuß verhandelt. Daraufhin erklärten die bürgerlichen Parteien, ein ſolcher Antrag müſſe zuerſt in den verſchiedenen Beiräten verhandelt werden. Man müſſe ihn an den Arbeitsbeirat abtreten. Die Beiräte ſind überhaupt ein wirkſames Mittel geworden, jeden Ausbau der Arbeiterſchutzgeſetzgebung zu verſchleppen. Im Arbeitsbeirat ſind alle Intereſſenten vertreten. Die Unternehmer, die Arbeiter — die Arbeitervertretung iſt allerdings geſchwächt durch die Vertreter der gelben Gewerkſchaften — die Regierung und die Wiſſenſchaft. Ein Beſchluß des Arbeitsbeirates iſt alſo ſchon von Haus aus ein *Kompromiß*. Aber dann kommen die Vorlagen in den Induſtrierat und Gewerberat, wo die Arbeiter nichts zu ſuchen haben, und wenn dann alle drei Beiräte geſprochen haben,

dann zieht die Regierung die mittlere Linie und was dabei schließlich herauskommt, haben wir beim Bäckerschutzgesetz gesehen.

Die Regierung hat eine Vorlage eingebracht, die eigentlich keine andere Wirkung haben wird, als daß sie die allerschäbigsten Unternehmer zwingt, wenigstens einen Teil jener Verhältnisse in ihrem Betrieb zu schaffen, die die Arbeiter durch die Kraft ihrer Organisation in den besseren Betrieben längst durchgesetzt haben. Da kommen dann die Gewerbetreibenden und erklären, das Gesetz bedeute eine Gefahr für das Gewerbe, und der Bäckermeister Brandl setzt sich im Sozialpolitischen Ausschuß hin und hält eine Obstruktionsrede.

Ein Mittel, Arbeiterschutzgesetze, die man im Parlament beschließt, in der Praxis unwirksam zu machen, ist die Uebung, die wichtigsten Bestimmungen erst im Verordnungsweg wirksam werden zu lassen. So war es zum Beispiel bei dem Schutzgesetz für die Handlungsgehilfen. Man mußte so tun, als ob die bürgerlichen Parteien, die noch immer auf die Stimmen der Angestellten spekulieren, für diese Arbeitergruppe etwas tun wollten. Man beschloß also das Handlungsgehilfengesetz und das Gesetz über den Ladenschluß, worin aber bestimmt wurde, daß die wichtigsten Bestimmungen erst von den Statthaltereien im Verordnungsweg durchgeführt werden müssen. Die Sonntagsruhe, die Sieben Uhr-Sperre und vieles andere sollen im Verordnungsweg geregelt werden, die Verordnungen fehlen. Man stellt also die Absicht des Gesetzgebers fest, aber in der Praxis muß sich dann erst die betreffende Arbeitergruppe — denn der Schwindel wird nicht bloß bei den Handelsangestellten allein betrieben — mit der Landesregierung herumraufen, damit sie das Gesetz durchführe. Hat man also einmal schon das Parlament auf seine Seite gebracht, was eine schwierige Sache ist und einen Kampf von Jahren erfordert, sind auch die Fährlichkeiten im Herrenhause überstanden und ist ein Arbeiterschutzgesetz fertig geworden, dann führen es die Behörden nicht aus. Am sinnfälligsten zeigt sich diese passive Resistenz beim Ladenschlußgesetz. Kein Statthalter will den Anfang machen. Jeder wartet, was der niederösterreichische Statthalter verordnen wird. Trotzdem der Handelsminister gar nichts dreinzureden hat, denken sich die Statthalter — möglicherweise sind Weisungen ergangen —: Der Bienerth ist am Sitze der Regierung, in der Nähe des Handelsministeriums, er wird wissen, wie der Wind oben weht, er wird eine Witterung dafür haben, ob eine Verordnung erlassen werden darf. Bienerth steht nun unter dem reaktionären Einfluß der Christlichsozialen und auch das Handelsministerium ist in Arbeiterfragen nichts als eine Expositur der christlichsozialen Partei, nicht einmal des Nationalverbandes. (Schrammel: Aber der Nationalverband ist damit einverstanden!)

Es ist gefährlich, die Durchführung von Arbeiterschutzgesetzen der Bureaukratie zu überlassen, weil sie unter dem Einfluß der Unternehmercliquen steht, weil sich jeder Sektionschef als Sachwalter der Unternehmer fühlt und darauf spekuliert, sich recht bald pensionieren zu lassen und in den Dienst der Unternehmer zu treten. (Lebhafte Zustimmung.) Ist einer im Eisenbahnministerium, will er Eisenbahndirektor werden, ist er im Finanzministerium, will er Bankdirektor werden, ist er im Handelsministerium, so Präsident einer Unternehmerorganisation, und leitet er die Schiffahrtsabteilung, so wird er Generalvertreter eines ausländischen Schiffahrtskartells. Früher war Sektionschef Mataja, der Leiter unserer sogenannten Sozialpolitik, lebendiger, in den letzten Jahren sehen wir auch bei ihm eine passive Resistenz. Da er schon ausgedient hat, muß man auch ihn im Verdacht haben, daß er nur darauf wartet, bis sich eine Stelle in einer Unternehmerorganisation für ihn findet.

Es iſt alſo gefährlich, der öſterreichiſchen Verwaltung die Einführung von Arbeiterſchutz zu überantworten.

Bezeichnend iſt auch die Art, wie bei der Verhandlung des Antrages auf Einführung der Achtſtundenſchicht in kontinuierlichen Betrieben vorgegangen wurde. Damals hat die Regierung den Antrag abgelehnt, weil ſie auf dem Standpunkt ſtehe, daß dieſe Frage international geregelt werden müſſe; ſie werde aber im Verordnungsweg Pauſen und eine entſprechende Sonntagsruhe verfügen, ſo daß die ärgſten Härten der überlangen Arbeitszeit gemildert werden. Eine ſolche Verordnung iſt tatſächlich im September 1912 erſchienen und ſie hatte im Oktober 1913 in Kraft zu treten. Kaum war aber die Verordnung erlaſſen, ſo hat ſich auch ſchon der Widerſtand der Unternehmer eingeſtellt. Sie ſind zum Handelsminiſter Schuſter gelaufen und haben erklärt: Wenn wir die Arbeiter nicht mehr in dem bisherigen Umfang ausbeuten dürfen, müſſen wir zugrunde gehen. Und der Miniſter hat ihnen ſofort beruhigende Erklärungen gegeben. Wir müſſen den entſchiedenſten Einſpruch dagegen erheben, daß die Regierung, wenn ſie ſchon nach jahrelangem Zögern eine Verordnung erläßt, wenn die Unternehmer bei ihr antichambrieren, dieſe Verordnung ſofort unwirkſam macht. In dieſes Kapitel gehört auch folgender Fall, der die ganze Oeffentlichkeit, ſofern ſie menſchlich empfindet, herausgefordert hat. Sie erinnern ſich an die Verordnung, daß Kinder unter vierzehn Jahren bei gefährlichen landwirtſchaftlichen Maſchinen nicht beſchäftigt werden dürfen. Dieſe Verordnung war kaum ein Jahr in Wirkſamkeit, und wer den Bienerth kennt, weiß, daß er die Unternehmer ſicherlich nicht zu ſtark mit Aufſicht beläſtigt haben wird. Nun, nachdem die Verordnung ein Jahr in Wirkſamkeit iſt, erklärt der Statthalter auf Betreiben der chriſtlichſozialen Agrarier, daß er die „Härten" dieſer Verordnung mildern werde. Und es wird wieder zugelaſſen werden, daß Kinder unter vierzehn Jahren bei gefährlichen landwirtſchaftlichen Maſchinen verwendet, verſtümmelt, gemordet werden. Ich möchte, um die Gefahr, welcher die Arbeiterſchutzgeſetze ausgeſetzt ſind, wenn ſie der Verordnungsgewalt der öſterreichiſchen Verwaltung überantwortet werden, zu ſchildern, hier noch eine Aeußerung des früheren Sektionschefs Broſche, der jetzt Präſident des Induſtriellenbundes iſt, anführen. Er hat am 14. Oktober auf dem Induſtriellentag in Auſſig erklärt, nur der Arbeitsunfähigkeit des Abgeordnetenhauſes und dem mäßigenden Einfluß des Herrenhauſes ſei es zu danken, daß die Induſtrie nicht ſchweren Schädigungen durch die Geſetzgebung ausgeſetzt ſei. Nicht gegen die agrariſche Wirtſchaftspolitik, die die Induſtrie zugrunde richtet, wendet ſich der Präſident der Induſtriellenorganiſation, nicht darum ſorgt er ſich, daß die Grundlagen, auf denen die Induſtrie nur gedeihen kann, geſchaffen werden, ſondern es iſt ſeine Hauptſorge, das Parlament möge arbeitsunfähig bleiben und die Herrenhäusler mögen ihren Einfluß auf die Geſetzgebung voll ausnützen, um den Ausbau der Arbeiterſchutzgeſetzgebung zu hintertreiben. Und ein ſolcher Menſch war noch vor kurzer Zeit Sektionschef im Handelsminiſterium.

Es muß feſtgeſtellt werden, daß im abgelaufenen Jahre vom Abgeordnetenhauſe kein Arbeiterſchutzgeſetz beſchloſſen wurde. Was im letzten Jahre an Arbeiterſchutzgeſetzen in Wirkſamkeit getreten iſt, das war im Abgeordnetenhauſe bereits zur Zeit unſeres vorigen Parteitages beſchloſſen. Es wurde dann im Herrenhauſe verhandelt und iſt im Laufe des Jahres in Wirkſamkeit getreten. Das Herrenhaus tut bei dem Kampf der Regierung gegen den Arbeiterſchutz wacker mit. Es bekämpft nicht nur die Arbeiterſchutzgeſetze, ſondern auch ſolche Geſetze, die keinen anderen Sinn haben, als mittelalterliche Formen im Arbeitsverhältnis zu beſeitigen. So kann doch wirklich kein Unternehmer behaupten, daß ihm das Kontraktbruchgeſetz irgendwelchen Schaden bereiten würde, daß die Induſtrie ein Intereſſe daran hätte. Man kann doch nicht im Ernſt be-

haupten, daß es ſich da um ein Lebensintereſſe der Unternehmer handelt, dieſe unwürdigen mittelalterlichen Verhältniſſe aufrechtzuerhalten. Trotzdem hat das Herrenhaus den einſtimmigen Beſchluß des Abgeordnetenhauſes abgelehnt. (Stürmiſche Rufe der Entrüſtung.) Wir aber müſſen auf dieſe Provokation der geſamten Arbeiterſchaft damit antworten, daß wir dafür ſorgen, daß die Abneigung gegen das Herrenhaus in der Bevölkerung noch geſteigert wird. (Beifall.)

Wenn Arbeiterſchutzgeſetze in Diskuſſion ſtehen, dann kommt von den Unternehmern immer die Ausrede: Ja, ſolche Geſetze müſſen international vereinbart werden.

Arbeiterſchutz in einem Lande, ſagen ſie, ſei nicht möglich, weil die Konkurrenz mit den ausländiſchen Unternehmungen das nicht zulaſſe. Wir wiſſen, daß das in den allermeiſten Fällen eine faule Ausrede iſt. Wir haben im Inland in ein und derſelben Branche bei demſelben Artikel die größten Verſchiedenheiten in den Arbeitsverhältniſſen. In der Textilinduſtrie zum Beiſpiel haben bei uns 120.000 Arbeiter eine längere als zehnſtündige Arbeitszeit, alle anderen haben ſchon den Zehnſtundentag. Die Induſtriellen, die ihren Arbeitern heute ſchon beſſere Arbeitsverhältniſſe gewähren oder gewähren mußten als andere, hätten ſelber ein Intereſſe daran, dem Zehnſtundentag zuzuſtimmen, damit die Schmutzkonkurrenz jener Induſtriellen unterbunden werde, die es mit unaufgeklärten Arbeitern zu tun haben und ſie zu einer längeren Arbeitszeit zwingen können. Nichtsdeſtoweniger ſehen wir, daß die Induſtriellen jeder Verkürzung des Höchſtarbeitstages den heftigſten Widerſtand entgegenſetzen, und wenn auf internationalen Konferenzen Vertreter anderer Induſtrieſtaaten einen Schutz für die jugendlichen Arbeiter und Frauen beantragen wollen, dann ſind unſere Induſtriellen Gegner dieſer Anträge und dann laufen unſere öſterreichiſchen Beamten förmlich als ihre Geſchäftsreiſenden nach Berlin und bitten dort kniefälligſt, man möge doch dazu helfen, daß das Schutzalter der Jugendlichen nicht allzuſehr ausgedehnt werde. Nach dieſem Vorgehen haben weder Regierung noch Unternehmer das Recht, ſich darauf zu berufen, daß irgendein Arbeiterſchutzgeſetz erſt international vereinbart werden müßte, weil ſie deutlich bewieſen haben, daß ſie ſolch internationale Vereinbarungen eben hintertreiben oder gerade nur noch das allerbeſcheidenſte Maß von Arbeiterſchutz zulaſſen wollen.

Auf dem Gebiet der Frauen- und Kinderarbeit wurden, wie Sie wiſſen, amtlich geradezu entſetzenerregende Verhältniſſe feſtgeſtellt. Die Gewerbeinſpektoren teilen in ihrem Bericht über das Jahr 1912 mit, daß 2153 Frauen und Kinder entgegen den Beſtimmungen des Geſetzes zur Arbeit verwendet wurden. Sie können ſich vorſtellen, daß bei der Unzulänglichkeit der Gewerbeinſpektion das nur Fälle ſind, die zufällig ausgeforſcht wurden, daß ſie uns alſo nur über einen ganz geringen Teil der Fälle berichten. Auch die Erhebungen des Arbeitsſtatiſtiſchen Amtes, obwohl ſie höhere Zahlen anführen, können auf Vollſtändigkeit keinen Anſpruch erheben, da auch dabei nur Stichproben gemacht werden konnten. Aber doch erzählen uns dieſe Erhebungen, daß in Oeſterreich 148.368 Schulkinder erwerbstätig ſind, davon 1121 im Alter von weniger als vier Jahren. Im Sommer werden 24.679 Schulkinder 50 bis 60 Stunden wöchentlich beſchäftigt, 7974 mehr als 60 Stunden, 35.142, alſo 23·7 Prozent der erwerbstätigen Schulkinder, werden auch in den Nachtſtunden verwendet. Die Berner Konferenz hat nun beſchloſſen, daß das Schutzalter für Jugendliche mit 16 Jahren feſtgeſetzt, ein abſolutes Verbot der Nachtarbeit für die Jugendlichen bis zum 14. Lebensjahr erlaſſen werde und Frauen und Jugendliche nur durch zehn Stunden täglich beſchäftigt werden ſollen. Daß das Schutzalter nicht höher feſtgeſetzt wird, danken wir Oeſterreich. England hatte vorgeſchlagen, das Schutzalter mit 18 Jahren zu beſtimmen. Das finden wir heute ſchon in England, Frankreich und den ſkandinaviſchen Staaten verwirklicht. Die Berner Konferenz hat nun — wogegen wir uns

am schärfsten wenden müssen — für das Inkrafttreten des Verbotes der Nachtarbeit für Kinder von 14 bis 16 Jahren Fristverlängerungen zugestanden. Es soll möglich sein, in der Glasindustrie, in Walz- und Hüttenwerken Kinder zwischen 14 und 16 Jahren noch zehn Jahre lang bei Nacht zu beschäftigen. Eine „Uebergangsfrist“ von nicht weniger als zehn Jahren soll den allerreichsten Ausbeutern bewilligt werden, für die Angewöhnung an so primitive Arbeiterschutzbestimmungen. Wir haben also zu gewärtigen, daß die österreichische Regierung diesen Ausbeutern, wie dem Grafen Harrach und den Eisenkönigen, eine Frist von zehn Jahren bewilligen wird für das Inkrafttreten der Arbeiterschutzbestimmungen, die auf der Berner Konferenz beschlossen worden sind. Dabei sollen auch noch Arbeitszeitverlängerungen für Frauen und Jugendliche zulässig sein. Die Beschlüsse der Berner Konferenz sind vollständig unzulänglich und wenn es nicht möglich war, bessere Bestimmungen zu erreichen, so ist in erster Linie die österreichische Regierung daran schuld. Ich weiß nicht, ob es notwendig war, die deutsche Regierung zu animieren, daß sie gegen die Anträge der englischen Regierung stimme; aber jedenfalls ist es eine auffällige Erscheinung, daß die österreichische Regierung bei anderen Regierungen hausieren geht, um das Ausmaß der internationalen Vereinbarungen im Arbeiterschutz möglichst herabzudrücken und diese Vereinbarungen für die Arbeiterschaft nahezu wertlos zu machen.

Wir haben auch zu beklagen die vollständige Unzulänglichkeit der Verhältnisse auf dem Gebiet unserer Gewerbeinspektion. Es ist ja das Verdienst unseres Genossen Adler, der unermüdlich am Werke ist, daß alljährlich wenigstens etwas für den Ausbau der Gewerbeinspektion geschieht; aber was geschieht an Vermehrung der Inspektoren und ihrer Arbeitskräfte, ist blutwenig, und wir müssen daher ein rascheres Tempo fordern.

Ich komme nun zu der wichtigsten sozialpolitischen Vorlage, nämlich zur Sozialversicherung, die ja im Mittelpunkt der Diskussion steht, wo Fragen des Arbeiterschutzes zur Sprache kommen. Wir haben jahrzehntelang gekämpft, bevor es uns gelungen ist, den Widerstand der bürgerlichen Parteien und der Regierung zu brechen, bevor es uns gelungen ist, die Regierung zu veranlassen, daß sie im Parlament eine Vorlage über die Sozialversicherung einbringe. Nun liegt eine solche Vorlage seit dem November 1908 im Abgeordnetenhause und wir sind heute nicht weiter in der Beratung der Vorlage, als daß sie in einem Subkomitee bis auf einige Einzelheiten, die allerdings sehr wichtig sind, erledigt ist. Aber seit neun Monaten ist nichts geschehen, um die noch offen gebliebenen Details zu bereinigen. Wir müssen feststellen, daß die Regierungsvorlage durchaus unzulänglich ist, daß sie in ihren Grundlagen verfehlt ist, weil bei der Entstehung dieser Vorlage die Arbeiterfeindschaft der bürgerlichen Parteien Gevatter gestanden ist. Man hat sich nicht die Frage vorgelegt: Wie ist die Alters- und Invalidenversicherung am zweckmäßigsten zu lösen? — sondern man hat sich gefragt: Wie gestalte ich die Vorlage, um sie den Arbeitern möglichst zu verekeln und um den Einfluß der Arbeiter bei ihrer Verwaltung möglichst auszuschalten? So ist die Vorlage zustande gekommen, die offenbar den Zweck hat, den Einfluß der Arbeiter in der Sozialversicherung zu nullifizieren, die aber bei Verfolgung dieses Zweckes weitere schwere Mängel in die Versicherung brachte. Die Sucht, den Einfluß der Arbeiter auszuschalten, hat zu dem Vorschlag geführt, Bezirksstellen einzurichten, die dreißig Millionen jährlicher Verwaltungskosten erheischen werden und die weiter die Krankenkassen schädigen, da sie eine rasche Erledigung ihrer Angelegenheiten unmöglich machen. Die Bezirksstellen werden der Erledigung der Agenden der Krankenkassen förmlich im Wege stehen. Es ist doch klar, daß man bei einem Sozialversicherungsgesetz darauf Bedacht zu nehmen

hätte, die Verwaltungskoſten möglichſt herabzuſetzen, damit die Beiträge möglichſt vollſtändig für die Leiſtungen an die Mitglieder verwendet werden können. Aber der Gedanke, die Arbeiter von der Verwaltung auszuſchalten, hat ſo vorgeherrſcht bei der Regierung und den bürgerlichen Parteien, daß man darauf nicht die geringſte Rückſicht genommen hat. Dazu kommen noch die Schwierigkeiten, die darin beſtehen, daß die Selbſtändigenverſicherung mit der Arbeiterverſicherung in organiſatoriſcher und in finanzieller Beziehung unlöslich verbunden wurde. Im Jahre 1908 hat der Sektionschef Wolf, der Leiter des Departements für das Verſicherungsweſen, über eine Interpellation der bürgerlichen Parteien erklärt, die Selbſtändigenverſicherung ſei in Oeſterreich nicht durchführbar, ſie ſei ein Problem, das kein Beiſpiel habe in der Geſetzgebung anderer Staaten, während für die Arbeiterverſicherung Erfahrungen vorliegen. Wegen der Verſchiedenheit der Lebens- und Erwerbsverhältniſſe der Selbſtändigen und der Arbeiter ſei eine Verbindung beider Verſicherungen unmöglich.

Das war im Mai 1908 und im November 1908 bekamen wir eine Vorlage, die für dieſe beiden Verſicherungen den innigſten organiſatoriſchen Zuſammenhang geſchaffen hat. Nun iſt die Frage der Alters- und Invalidenverſicherung der Arbeiter vollkommen ſpruchreif. Die größten Schwierigkeiten ſchafft aber die Geſtaltung der Selbſtändigenverſicherung. So iſt eine der Schwierigkeiten, die den neunmonatigen Stillſtand der Beratungen im Subkomitee verurſacht hat, die Frage, ob man in Galizien die Selbſtändigenverſicherung wird durchführen können. Die Vertreter von Galizien, ſowohl die Polen als auch die Ruthenen, erklären übereinſtimmend, die Selbſtändigenverſicherung ſei in Galizien nicht durchführbar, weil die galiziſchen Kleinbauern die 6 Kr. Beiträge im Jahre nicht zahlen können. Was ſoll man mit ihnen machen, wenn die Verſicherung eingeführt wird und ſie die Beiträge ſchuldig bleiben? Man kann doch nicht dem kleinen Bauern die Keuſche verkaufen und ſo den Beitrag exekutiv eintreiben, damit er nach 25 Jahren eine Rente von 120 Kr. bekomme. Man wird von der Selbſtändigenverſicherung in Galizien nur Koſten haben, aber keine Beiträge bekommen. Die Verſicherung der Selbſtändigen in Galizien iſt eben undurchführbar. Es iſt ſelbſtverſtändlich, daß man einer Vorlage das größte Mißtrauen entgegenbringen muß, bei der feſtgeſtellt wird, daß die Verſicherung in dem größten Kronland überhaupt nicht durchführbar iſt. Die Regierung hat dieſe Bedenken anerkannt und hat erklärt, ſie werde zugeſtehen, daß die Selbſtändigenverſicherung in Galizien erſt in einem ſpäteren Zeitpunkt aktiviert wird, der vom galiziſchen Landtag feſtzuſtellen iſt. Darauf erklärten nun die Polen und Ruthenen: „Wenn die Selbſtändigenverſicherung in Galizien nicht eingeführt wird, ſo verlangen wir vom Staatsſchatz eine Entſchädigung dafür, daß der Staat den Zuſchuß zu den Selbſtändigenrenten erſpart. Der Staatsſchatz wird gebildet aus den allgemeinen Steuergeldern, zu denen auch wir beitragen, und darum wollen wir auch einen ſolchen Beitrag, wir wollen ihn für unſere Armenpflege verwenden!“ Darum geht nun der Streit ſeit neun Monaten. Er geht darum, nach welchem Schlüſſel dieſe Entſchädigung zu bemeſſen ſei, ob nach der Bevölkerungszahl, wie es die Polen und die Ruthenen fordern, oder nach einer Kombination aus Bevölkerungszahl, Steuerleiſtung des Landes und der wahrſcheinlichen Zahl der Rentenfälle. Ich möchte aber feſtſtellen, daß in dieſen neun Monaten überhaupt nicht verhandelt wurde, daß nur getan wird, als ob verhandelt würde, daß die Regierung nur einſeitige Erklärungen abgibt und der Obmann des Sozialverſicherungsausſchuſſes, der ein Pole iſt, der Profeſſor Buzek, nur immer ſo redet, als ob er mit jemand in ſeinem Klub darüber geſprochen hätte, und die Entſcheidung des Polenklubs „für die nächſte Zeit“ in Ausſicht ſtellt. Damit ſind neun Monate vergangen. Ich wiederhole noch einmal, daß die Einver-

leibung der Selbſtändigenverſicherung eine Mine gegen die Arbeiterverſicherung bedeutet. Es iſt klar, daß es ſich den Schlachzizen nicht um die Schwierigkeiten der Selbſtändigenverſicherung handelt, ſondern daß ſie weit mehr Gegner der Ausgeſtaltung der Arbeiterverſicherung ſind. Die Verſicherung der landwirtſchaftlichen Arbeiter iſt ihnen unangenehm, die Beiträge für die Kranken-, Unfall- und Altersverſicherung der landwirtſchaftlichen Arbeiter wollen ſie nicht zahlen, und auch die Schlachzizen der anderen Länder wollen das nicht. Nun flammern ſie ſich an jede Schwierigkeit, ſo vergehen Monate und Jahre und es ſind fünf Jahre vergangen, ohne daß die Vorlage erledigt wurde.

Ich muß noch eines Details Erwähnung tun. Das ſind die Uebergangsbeſtimmungen. Die Regierungsvorlage kennt keine. Sie erklärt, wer 60 Jahre alt iſt, unterliegt nicht mehr der Verſicherung und fällt wie bisher der Armenverſorgung anheim. Nun haben wir immer in der entſchiedenſten Weiſe den Standpunkt vertreten, daß Uebergangsbeſtimmungen geſchaffen werden müſſen, haben es für unmöglich erklärt, daß wir 25 Jahre ſpäter als Deutſchland — es wird noch mehr Zeit vergehen — die Invalidenverſicherung einführen und keine Uebergangsbeſtimmungen ſchaffen. Die Arbeiter, die jetzt 60 Jahre alt ſind, haben vor 20 Jahren angefangen, die Forderung zu propagieren, ſie haben den Kampf mitgekämpft, und nun, da ſie die Folgen des Alters in den Knochen ſpüren und da endlich das Ziel des jahrelangen Kampfes erreicht werden ſoll, ſollen ſie ſeiner nicht teilhaftig werden, für ſie ſoll der Bettelſack bleiben und auch ſie ſollen auf irgend einem Miſthaufen verkommen. (Große Bewegung.) Wir haben erklärt: es iſt unmöglich, das der Arbeiterſchaft zu bieten. Sie wird ſich eine ſolche Behandlung abſolut nicht gefallen laſſen. Ich verweiſe darauf, daß in Deutſchland die Alters- und Invalidenverſicherung bereits 1891 in Kraft getreten iſt und man damals und auch in allen ſpäteren Geſetzen, ſo auch jetzt in der Reichsverſicherungsordnung, Uebergangsbeſtimmungen geſchaffen hat, die es den alten Arbeitern, die in der vorgeſetzlichen Zeit einer verſicherungspflichtigen Beſchäftigung nachgegangen ſind, bereits nach einem Jahre, jetzt ſogar nach 40 Wochen ermöglichen, in den Genuß einer Alters- und Invalidenrente zu gelangen. Was alſo im Jahre 1891 für die deutſchen Arbeiter geſchehen iſt, das ſoll nach 25 Jahren in Oeſterreich nicht möglich ſein? In dieſer Frage hat ſich die Regierung — und das muß feſtgeſtellt werden — eines Treubruches ſchuldig gemacht. Sie hat den Ausſchuß düpiert. Ich habe damals als Mitglied des Ausſchuſſes den Antrag geſtellt, da hat die Regierung erklärt, es ſei nicht möglich, die Koſten für dieſe Staatszuſchüſſe aufzubringen, und ſo beantragten wir, daß der Staatszuſchuß nur ſolchen Rentnern gewährt werde, die nicht mehr Sondereinkommen haben als 1200 Kr., während die Regierungsvorlage 2400 Kr. vorgeſehen hatte, aber die Regierung müſſe in die Vorlage dafür Uebergangsbeſtimmungen für die alten Arbeiter hineinnehmen. Die Regierung iſt dieſen Vertrag eingegangen. Sie hat erklärt, ſie werde ſich bemühen, Uebergangsbeſtimmungen zu ſchaffen. Als im Frühjahr 1911 das Parlament aufgelöſt wurde, war die Beratung ſo weit vorgeſchritten, daß der Ausſchuß bis auf einige Detailfragen mit der Sozialverſicherung fertig war. Nach Einberufung des neuen Parlaments hat die Regierung die Vorlage wieder eingebracht. Sie hat von dem, was der Ausſchuß beſchloſſen hat, das, was ihr angenehm war, hineingenommen, was ihr unangenehm war, ausgelaſſen. Dabei haben ſich die Herren einer Unanſtändigkeit ſchuldig gemacht. Sie haben wohl unſeren Antrag, daß der Staatszuſchuß nur Perſonen bis zu 1200 Kr. Sondereinkommen zugewendet werden ſoll, aufgenommen, aber von den Uebergangsbeſtimmungen war keine Rede. Im Gegenteil, die Regierung erklärte, es ſei nicht möglich, ſolche zu ſchaffen, weil der Koſtenaufwand zu hoch wäre. In Wirklichkeit

würde aber die Sozialverſicherung in den erſten Jahren nahezu keine mit Rückſicht auf das öſterreichiſche Budget in Betracht kommenden Koſten verurſachen. Sie würde ſich wohl in ſpäteren Jahren ſteigern, aber höchſtens den Betrag von 100 Millionen Kronen, wenn kein Rechenfehler vorliegt, erreichen. In Deutſchland haben dieſe Uebergangsbeſtimmungen 57 Millionen Mark gekoſtet, uns würden ſie hoch gerechnet 70 bis 80 Millionen Kronen koſten für alle überjährigen Arbeiter; aber dieſe 70 bis 80 Millionen verteilen ſich auf eine Reihe von Jahren und ihre Laſt würde von Jahr zu Jahr geringer. Ein Staat, der Milliarden hinauswirft für zweckloſe Rüſtungen, der hat wahrlich die Pflicht, die Exiſtenz ſeiner Greiſe wenigſtens inſoweit zu ſichern, als er ihnen die Möglichkeit der Inanſpruchnahme einer ſo minimalen Altersrente ſchafft. (Beifall.)

Auch der ſchärfſte Kritiker der deutſchen Invalidenverſicherung wird zugeben müſſen, daß ſie für die Arbeiterſchaft von ungeheurer Bedeutung iſt. Ich ſpreche da nicht nur von den Renten, ſondern vor allem auch von der gemeinnützigen Vermögensanlage. Die deutſchen Invalidenverſicherungsanſtalten, die nicht von Sozialdemokraten, ſondern von Bureaukraten verwaltet werden, müſſen — nicht aus ſozialpolitiſchen Gründen, das möchte ich betonen, ſondern aus Gründen der Oekonomie — in weitgehendem Ausmaß das Vermögen der Träger der deutſchen Invalidenverſicherungsanſtalten gemeinnützig anlegen. Die gemeinnützige Vermögensanlage der deutſchen Invalidenverſicherungsanſtalten betrug Ende 1912 über 1117 Millionen Mark.

Das waren 28 Prozent des Geſamtvermögens. Davon waren belehnt: Arbeiterfamilienhäuſer, Ledigenheime mit 418 Millionen zu einem Zinsfuß von 3 bis 4 Prozent, Geneſungsheime, Kranken-, Invaliden-, Siechenhäuſer, Volksheilſtätten mit 117 Millionen, Volksbäder, Schlachthäuſer, Waſſerleitungen, Kanäle, Friedhöfe mit 172 Millionen, für Erziehung und für die Hebung der Volksbildung wurden aufgewendet 86 Millionen, für andere Wohlfahrtszwecke — darunter allerdings auch Kirchen — 146 Millionen, für eigene Anſtalten 68 Millionen Mark. Sie hatten 39 Lungenheilſtätten, 12 Tuberkuloſeanſtalten, 34 Geneſungsheime, 3 Krankenhäuſer, 15 Invalidenheime, Walderholungsſtätten u. ſ. w. Nun können Sie den Wert dieſer Inſtitutionen für die deutſche Arbeiterklaſſe ermeſſen. Sie können ermeſſen, wie zweckmäßig und umfangreich dort Volkskrankheiten bekämpft werden, allerdings nicht vornehmlich aus ſozialpolitiſchen Gründen, ſondern in der Erwägung, daß, wenn man Tuberkulöſe und ſonſtige Kranke rechtzeitig in eine Anſtalt bringt, man ihnen die Arbeitsfähigkeit noch für Jahre erhalten und vielleicht wieder verſchaffen kann, und daß die Anſtalten dann wieder an Renten erſparen. Es iſt ſicher, daß der Gedanke, Renten zu erſparen, auch mitgeſpielt hat bei dieſer Betätigung der Verwaltungen der deutſchen Invalidenverſicherungsanſtalten; trotzdem aber iſt es für die Arbeiter von ungeheurem Wert, daß dieſe Anſtalten der vorbeugenden Heilpflege ihre Aufmerkſamkeit widmen.

Dieſe Inſtitutionen beſtehen in Deutſchland ſeit 25 Jahren. Und ich frage Sie: Was haben wir in Oeſterreich? Wir haben zwei Tuberkuloſeheilſtätten und ſonſt noch einige Pavillons in öffentlichen Krankenanſtalten. In Oeſterreich müſſen die ſiechen Arbeiter zugrunde gehen, weil alle die Vorkehrungen, die man in Deutſchland hat, hier fehlen. Was die Krankenkaſſen aus eigenen Mitteln leiſten können, leiſten ſie, aber ihre Mittel ſind beſchränkt.

Wir haben alſo an der Regierungsvorlage viel auszuſetzen, vor allem, daß ſie gegen die Arbeiter gemacht wurde. Nichtsdeſtoweniger verlangen wir auf das energiſcheſte, daß dieſe Vorlage endlich Geſetz werde. Es iſt Pflicht der Regierung, darauf zu drängen, daß die Beratung im Abgeordnetenhauſe ihren Abſchluß finde. Bei ſogenann-

ten Staatsnotwendigkeiten arbeitet die Regierung mit dem ſtärkſten Druck, nur um dieſes Geſetz kümmert ſie ſich nicht; im Gegenteil, ſie beteiligt ſich an den offenkundigen Verſchleppungsmanövern der bürgerlichen Parteien. Man kann ſchon kaum mehr von einer paſſiven Reſiſtenz reden, es iſt ſchon ein ausgeſprochener aktiver Widerſtand. Darum müſſen wir heute auf das energiſcheſte den Abſchluß der Beratungen verlangen. (Lebhafter Beifall.)

Deshalb beantrage ich folgende

Reſolution:

Der Parteitag konſtatiert, daß das Abgeordnetenhaus im abgelaufenen Jahre auf dem Gebiet der ſozialen Geſetzgebung vollſtändig unfruchtbar geweſen iſt. Der Ausbau der Arbeiterſchutzgeſetze wird entweder durch Zuweiſung von Initiativanträgen an die zahlreichen Beiräte verſchleppt oder er ſcheitert an dem offenen Widerſtand der bürgerlichen Parteien des Abgeordnetenhauſes, die ſich ſelbſt nicht ſcheuen, obſtruktioniſtiſche Mittel anzuwenden, um die Beratung ſozialpolitiſcher Vorlagen zu hintertreiben.

Noch arbeiterfeindlicher iſt die Haltung des Herrenhauſes, das Beſchlüſſe des Abgeordnetenhauſes, wenn ſie ein kärgliches Stück Arbeiterſchutz oder auch nur die Beſeitigung mittelalterlicher Formen des Arbeitsverhältniſſes beinhalten, jahrelang unerledigt läßt, um ihnen dann auf Antrag der intereſſierten Unternehmerorganiſationen die Zuſtimmung zu verweigern.

Die Regierung unterſtützt dieſe ſkandalöſe Mißachtung beſcheidener Arbeiterforderungen, indem ſie durch eine Art paſſiver Reſiſtenz der Verſchleppung von Verhandlungen über ſozialpolitiſche Anträge und Vorlagen in jeder Weiſe Vorſchub leiſtet. Im Sommer dieſes Jahres hat ſie ſogar durch direkte Einflußnahme auf die Regierung anderer Staaten die internationalen Vereinbarungen der Berner Konferenz über den Schutz der jugendlichen Arbeiter und der Arbeiterinnen auf ein durchaus unzulängliches Maß herabgedrückt, um ſich den reichſten und mächtigſten Unternehmerklüngeln Oeſterreichs gefällig zu erweiſen. Mit Verordnungen, die, kaum erlaſſen, in den Durchführungsvorſchriften unwirkſam gemacht werden, wie die Verordnung über die Arbeitszeit in den kontinuierlichen Betrieben, oder die zurückgezogen werden, wie das Verbot der Verwendung von Kindern im landwirtſchaftlichen Maſchinenbetrieb in Niederöſterreich, wird die Regierung die Arbeiter über ihre ſoziale Rückſtändigkeit nicht hinwegtäuſchen.

Das Vorgehen der bürgerlichen Parteien des Herrenhauſes und der Regierung in der Behandlung ſozialpolitiſcher Angelegenheiten iſt eine Provokation der Arbeiterſchaft; es fordert die tatkräftigſte Abwehr der organiſierten Arbeiter heraus.

Der Parteitag erneuert die bisher unerledigt gebliebenen ſozialpolitiſchen Forderungen der Arbeiterklaſſe, die auf Parteitagen und Gewerkſchaftskongreſſen erhoben und begründet wurden, und fordert alle Parteikörperſchaften und Arbeiterorganiſationen auf, den Kampf für den Ausbau der Arbeiterſchutzgeſetzgebung unermüdlich fortzuführen, die Arbeitermaſſen über die Urſachen des Stillſtandes in der ſozialpolitiſchen Geſetzgebung aufzuklären, damit die arbeiterfeindlichen Abgeordneten von den Arbeiterwählern zur Verantwortung gezogen werden. Wenn Parlament und Regierung in ihrem Widerſtand gegen die Schaffung ſozialer Schutzgeſetze beharren, dann muß ein Kampf für einen ausreichenden geſetzlichen Schutz des Lebens und der Geſundheit der Arbeiter aufgerufen werden.

Der Parteitag proteſtiert auf das entſchiedenſte gegen die beiſpielloſe Verſchleppung der Verhandlungen über die Sozialverſicherungsvorlage. Volle fünf Jahre ſind ſeit Vorlage dieſes Geſetzentwurfes verſtrichen und erſt jetzt wird von der Mehrheit des Ausſchuſſes zugegeben, daß die Selbſtändigenverſicherung in Galizien überhaupt nicht durchführbar iſt. Trotz aller gegenteiligen Verſicherungen werden die Verhandlungen zwiſchen der Regierung und dem Polenklub über die Sonderſtellung Galiziens überhaupt nicht geführt. Seit neun Monaten ruht die Arbeit des permanenten Sozialverſicherungsausſchuſſes und es iſt in dieſer Zeit in der galiziſchen Frage nicht einmal noch zu irgendeiner ſeriöſen Erklärung der beteiligten Parteien gekommen. Die einſeitigen Erklärungen

der Regierungsvertreter verfolgen nur den durchsichtigen Zweck, die Oeffentlichkeit darüber zu täuschen, daß überhaupt nicht verhandelt wird. Es wird immer offenkundiger, daß die bürgerlichen Arbeiterfeinde nicht gewillt sind, die Schwierigkeiten, die die organisatorische und finanzielle Verbindung der Arbeiterversicherung mit der Versicherung der Selbständigen geschaffen hat, durch eine zweckmäßige Aenderung der Regierungsvorlage zu überwinden, sondern daß sie diese Schwierigkeiten nur dazu benützen, um das Zustandekommen der schon seit Jahren spruchreifen Arbeiter-Invaliden- und Altersversicherung zu verschleppen.

In der Arbeiterschaft hat dieses skandalöse Vorgehen der Regierung und der bürgerlichen Parteien eine tiefgehende Erbitterung ausgelöst. Durch Steuer- und Militärforderungen wird die arbeitende Bevölkerung in unerträglicher Weise blastet, die wirtschaftliche Not wird durch die wucherische Agrarierpolitik maßlos gesteigert und Regierung und Mehrheitsparteien weigern sich, Arbeitergreisen und Arbeiterkrüppeln einen kärglichen Rentenanspruch durch die Alters- und Invalidenversicherung zu gewährleisten.

Der Parteitag fordert den ehesten Abschluß der Verhandlungen über die Sozialversicherung. Wird diesem bescheidenen Verlangen nicht Rechnung getragen, dann muß die Arbeiterschaft neuerlich zum Kampf für die Durchsetzung dieser proletarischen Lebensnotwendigkeit aufgerufen werden.

Debatte.

Ebert (Turn): Unter den vielen Gesetzentwürfen und Anträgen, die unsere Genossen im österreichischen Parlament zum Schutz der Arbeiter eingebracht haben und die bis jetzt unerledigt geblieben sind, befindet sich auch eine ganze Anzahl von Schutzbestimmungen für die Bergarbeiter. Mit Ausnahme des Lohnzahlungsgesetzes ist innerhalb zwölf Jahren auf dem Gebiet der Gesetzgebung für die Bergarbeiter so viel wie gar nichts geschehen. Nach dem großen Streik von 1900 haben die Bergarbeiter dann im Jahre 1901 das Neunstundengesetz erhalten; nach der allgemeinen Bergarbeiterbewegung vor zwei Jahren hat sich die Regierung in Oesterreich veranlaßt gefunden, den Bergarbeitern wieder ein kleines Gesetz, das Lohnzahlungsgesetz zu geben. Aus diesen Erfahrungen müssen wir Bergarbeiter beinahe zu der Ansicht gelangen, daß bei uns jede noch so geringfügige Schutzgesetzgebung für die Bergarbeiter erst durch einen gewaltigen Kampf der Bergarbeiterschaft erobert werden kann. Es ist gestern sehr viel darüber gesprochen worden über die Wirkung der Krise. Für die Bergarbeiter bildet aber jede Krise eine zweifache Gefahr: Erstens weil einmal die Bergwerksbesitzer wie die Unternehmer der übrigen Branchen die beste Gelegenheit finden, die Löhne herabzudrücken, Feierschichten einzulegen und Maßregelungen von unbeliebten Personen vorzunehmen; zweitens weil während der Krise im Bergbau auch die Versicherungsvorkehrungen bedeutend leiden. Die Bergwerksbesitzer haben ein Interesse, Dividenden zu erhalten, und die Beamten sind darauf gedrillt, diese Dividenden vor jeder Gefährdung zu bewahren. Darunter leiden die Versicherungsvorkehrungen im Bergbau, und es kann festgestellt werden, daß in den Jahren der Krise die Ziffer der Unfälle in der Unfallstatistik der Bergarbeiter steigt. Die letzten Ereignisse in England und Amerika, die großen Katastrophen sollten auch die österreichische Regierung mahnen, für eine Verbesserung der Bergwerkinspektion zu sorgen. Bei diesen Massenunglücken sollte sie sich erinnern, daß die Bergarbeiter in Oesterreich die schlechteste Versicherung haben. Wir wollen die Mängel der Unfallversicherung, wie sie für die übrigen Arbeiter in Oesterreich bestehen, durchaus nicht verkennen; aber wir wollen für die Regierung doch feststellen, daß für diese anderen Arbeiter diese Unfallversicherung seit 25 Jahren besteht, während die Bergarbeiter von ihr vollständig ausgeschlossen sind.

Wenn wir uns den Gang der Verhandlungen über die Sozialversicherung, von der Koerberschen Vorlage angefangen bis jetzt, vor Augen halten, so müssen wir feststellen, daß die Grubenbesitzer mit ihrem Einfluß auf die Regierung vollständig Sieger geblieben sind. In der Koerberschen

Vorlage war den Wünschen der Bergarbeiter wenigstens insoweit Rechnung getragen, daß man die Einbeziehung der Bergarbeiter in die allgemeine Krankenkasse vorgesehen hatte, daß die Bergarbeiter auch der allgemeinen Unfallversicherungsanstalt angegliedert werden sollten, und daß die Beseitigung der Bruderladen wenigstens so weit vorgesehen war, daß mit dem Inkrafttreten des Sozialversicherungsgesetzes die in den Bergbau eintretenden Arbeiter nicht mehr in den Bruderladen, sondern in der Sozialversicherung versichert werden sollten. Die Bergwerksbesitzer haben sofort dagegen Stellung genommen, und wenn sie heute die Sozialversicherung in die Hand nehmen, so sehen Sie, daß von allen diesen Bestimmungen nichts übrig geblieben ist. Daher haben unsere Abgeordneten, nachdem es einmal sichergestellt war, daß die Bergarbeiter in die allgemeine Sozialversicherung nicht einbezogen werden würden, einen Antrag auf Einführung der Unfallversicherung der Bergarbeiter im Parlament eingebracht. Aber auch hier können wir die Beobachtung machen, daß die Regierung den Wünschen der Bergwerksbesitzer willig war und die Verwirklichung dieser Vorlage bis in die jüngste Zeit verschleppte.

In den letzten Tagen ist es allerdings der Fall gewesen, daß die Unfallversicherungsvorlage im Volkswirtschaftlichen Ausschuß so weit gediehen ist, daß sie innerhalb weniger Stunden im Parlament erledigt werden könnte. Da wir aber bisher immer beobachten konnten, welchen großen Einfluß die Bergwerksbesitzer auf die Regierung haben, und da ihre Anstrengungen nicht fruchtlos geblieben sind, so beschleicht uns das Gefühl, daß sie noch im letzten Moment bei der Regierung williges Ohr finden und die Vorlage verhindern könnten. Wir müssen daher hier auf dem Parteitag gegen jede weitere Verschleppung protestieren und verlangen, daß unsere Abgeordneten mit aller Energie für die endliche Verwirklichung der Unfallversicherung der Bergarbeiter eintreten.

Dr. Deutsch (Wien): Es ist uns sehr wohl bekannt, daß Regierung und bürgerliche Parteien bei den zerrütteten Verhältnissen Oesterreichs manches nicht tun *können*, was sie tun wollen. Arbeiterschutzgesetze könnten sie beschließen, aber sie *wollen* nicht. Daß es mit der Arbeiterschutzgesetzgebung so langsam vorwärts geht, hat nicht nur darin seinen Grund, daß die bürgerlichen Parteien die Anträge der Sozialdemokraten niederstimmen, sondern auch darin, daß sie die *Beratung* darüber *verschleppen*. Um ein krasses Beispiel herauszugreifen: Seit zehn Jahren liegt ein *Antrag Ofner* dem Parlament vor, der den Zweck hat, die Kinder vor übergroßer Ausbeutung zu schützen. Wahrscheinlich werden noch weitere zehn Jahre vergehen, bevor dieser ohnedies sehr bescheidene Antrag zur Verabschiedung kommt! Bis vor kurzem erklärte man oft, der Kinderschutz sei eine *neutrale* Sache, er sei nicht eine Sache der Klassen, das Kind müsse auf jeden Fall geschützt werden. Als der Kaiser im Jahre 1908 von der „*Fürsorge für das Kind*" sprach, hat das auch in manchem von uns die Hoffnung erweckt, es werde vielleicht gelingen, etwas Ernsthaftes zu erreichen. Es sind wohl damals viele *Ordensbedürfnisse gestillt*, aber die Not des proletarischen Kindes ist nicht gelindert worden. Die Aktion für das Kind, von der man damals so viel redete, stand im Zeichen der rührseligen Humanität, die ganze Aktion war eine Humanitätsduselei, hatte den wesentlichsten Inhalt, daß viele vornehme Damen und Herren sich als Wohltäter betätigen konnten. Dem proletarischen Kind brachte diese Wohltätigkeitsmode schöne Reden, aber keine nützliche Tat.

Uebrigens wurde die rührselige Einigkeit bald zerstört, und zwar, als man über die *Kinderarbeit* zu sprechen begann. Zur Zeit des großen Kinderschutzrummels, als man nur von Waisenhäusern und Asylen redete, war man völlig einig. Als aber die Frage der Kinderarbeit zur Diskussion kam, als die Frage lautete, *ob man die Kinder vor Ausbeutung schützen soll*, trat sofort eine Uneinigkeit auf, *weil sich die Klassengegensätze bemerkbar machten*. Der Gegensatz kam

besonders scharf auf dem Salzburger Kinderschutzkongreß zum Ausdruck. Dort sollte zum Schutz des Kindes irgend etwas — genau wußten es wohl die Veranstalter selbst nicht — unternommen werden, aber der Kinderschutzkongreß wurde zu einem Kongreß gegen den Kinderschutz. Diejenigen, die dort das große Wort führten, hatten nicht das Interesse, das Kind zu schützen, sondern ihren Profit zu wahren. Das waren die Agrarier und die ihnen verbündeten Klerikalen, die Nutznießer der Kinderarbeit, die ein Interesse an der Ausbeutung des Kindes haben.

Kläglich war es zu sehen, wie die anderen Bürgerlichen den Angriffen der Agrarier nicht standhalten konnten. Alle, die sonst dabei waren, als es galt, schöne Reden zu halten, knickten kläglich zusammen, als es galt, ernsthaft den Agrariern und Klerikalen, die die Kinderarbeit forderten, entgegenzutreten. Die Folge des Kongresses war deshalb nicht die, daß der gesetzliche Kinderschutz verbessert, sondern daß er verschlechtert wurde. (Hört! Hört!)

Im Jahre 1912 waren Verordnungen erlassen worden, durch die die Arbeit der Kinder unter 14 Jahren an landwirtschaftlichen Maschinen verboten wurde. Einige Wochen nach dem Kinderschutzkongreß wurde diese Verordnung in Niederösterreich aufgehoben, weil das Verbot der Verwendung von Kindern unter 14 Jahren an den Maschinen den Agrariern eine „zu große Belastung" ist. Da haben wir wieder deutlich gesehen, daß auch der Kinderschutz eine Klassenfrage ist, die nicht rechtlos gelöst werden kann in der bürgerlichen Gesellschaft, weil diejenigen, die ein Interesse an der Ausbeutung haben, jede Reform zu hintertreiben suchen, und die einzigen, und auf die man sich verlassen kann, die Proletarier sind, denn ihr Interesse ist es, die Jugend, die Menschheit der Zukunft, zu schützen. (Beifall.)

Die anderen reden wohl von der Menschlichkeit, die es geböte, die Kinder zu schützen, aber die Menschlichkeit wird sofort als lästiger Balast über Bord geworfen, wenn der Profit in Frage steht. Die Arbeiter, die den Kampf führen zum Schutz der Kinder, sind verpflichtet, auch unseren Parteitag nicht vorübergehen zu lassen, ohne es zu sagen, daß wir in diesem Kampf ausharren wollen, weil wir wissen, daß die Kinder, daß die Jugend das wichtigste ist, was das Proletariat zu verteidigen hat. Wenn wir sagen, daß es die vornehmste Aufgabe der Sozialdemokratie ist, das Proletariat kampffähig zu machen und zu erhalten, dann heißt es vor allem, für den Schutz der Jugend einzutreten. Wenn wir unsere Jugend vor den Ausbeutungsgewalten des Kapitalismus bewahren, wirken wir für die erhöhte Kampffähigkeit des Proletariats. (Lebhafter Beifall.)

Adelheid Popp: Wenn die Sozialversicherungsvorlage, die jetzt ihr fünfjähriges Jubiläum feiert, zustandegekommen sein wird, was bringt sie für die Arbeiterin, für die Frau? Obwohl wir dieses Gesetz als einen Fortschritt ansehen müssen, bleibt es doch weit hinter dem zurück, was in anderen Ländern schon besteht. So kennt es keine Witwenrenten, keine Renten für die Arbeiterin, die heiratet und nur als Frau die Prämien zurückgezahlt bekommt. Während also für die alten Männer doch kleine Renten vorgesehen sind, ist die Frau nach wie vor auf den Bettel angewiesen in ihren alten Tagen, denn sie kann eine Rente nur bekommen, wenn sie bis in ihr Greisenalter als Arbeiterin tätig ist. Mit der Gesetzwerdung der Sozialversicherung hört der Kampf der Arbeiter daher nicht auf. Eldersch hat darauf hingewiesen, daß 150.000 Kinder im schulpflichtigen oder vorschulpflichtigen Alter in Oesterreich arbeiten müssen, und da erstrecken sich die Erhebungen nur auf das Drittel der Schülerzahl. Bauer hat gestern von 50.000 Schülern in Wien gesprochen, die ohne Mittagessen zur Schule gehen. Die Wiener Kinder können eben von so vielen Arbeitereltern nicht kräftig genährt werden, weil der Verdienst der

Eltern zu gering, die Arbeitslosigkeit zu groß ist, die industrielle Kinderarbeit aber doch nicht in dem Maße möglich ist, wie in der Provinz. Durch die Bemühungen unserer Fraktion ist es gelungen, die Gewerbeinspektion etwas auszubauen. Es sind auch fünf weibliche Gewerbeinspektoren ernannt worden. Aber was ist das für die Hunderttausende von Arbeiterinnen! Diese fünf Gewerbeinspektorinnen haben nicht die Möglichkeit und nicht die Zeit, alle industriellen Betriebe zu inspizieren, in denen Arbeiterinnen beschäftigt sind. Und nicht einmal sie werden vollständig zur Inspektion verwendet. Die Gewerbeinspektorin von Graz zum Beispiel befindet sich schon seit längerer Zeit in Wien und macht Bureauarbeiten. Das zeigt uns deutlich, daß es der Regierung gar nicht ernst ist, die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterinnen ernsthaft zu heben. Der Gewerbeinspektor für Reichenberg hat festgestellt, daß dort junge Mädchen und Frauen in gesegneten Umständen in den Samtschneidereien Arbeiten verrichten, bei denen sie täglich fünfunddreißig Kilometer gehen müssen. Der Gewerbeinspektor hat mit dem Unternehmer vereinbart, daß eine Frau bestimmt werde, an die sich die Frauen und Mädchen wenden können, wenn sie allmonatlich unwohl sind, und daß sie, ohne die Entlassung befürchten zu müssen, einige Tage zu Hause bleiben können. Wir haben im letzten Bericht des Gewerbeinspektors vergeblich etwas darüber gesucht, wie das gewirkt hat. Aber die Reichenberger Genossinnen und das Gewerkschaftssekretariat in Reichenberg haben es untersucht und gefunden, daß keine einzige Arbeiterin von dieser Verfügung etwas weiß, keine einzige Arbeiterin davon Gebrauch gemacht hat und daß sich an den vom Gewerbeinspektor als schädlich konstatierten Zuständen nichts geändert hat. Wir bitten unsere Abgeordneten im Parlament, wo immer sich die Gelegenheit bietet, auf den notwendigen Schutz der Arbeiterinnen, der Mütter und Kinder hinzuweisen. Nicht weil wir glauben, daß sich das Parlament und die bürgerlichen Parteien dadurch würden beeinflussen lassen, sondern weil wir wissen, daß das Wort, das die Abgeordneten im Parlament sprechen, tiefer in die Massen eindringt, als das Wort, das wir in den Versammlungen sagen, und weil wir wollen, daß auch in die Masse der Arbeiterinnen das sichere Bewußtsein komme, daß der einzige Schutz und Hort der Arbeiterin die Sozialdemokratie ist. (Beifall.)

Ruschak (Mürzzuschlag): Ich habe beim Bericht der Parlamentsfraktion den Gedanken ausgesprochen, ob es nicht möglich wäre, zur Erringung der Sozialversicherung zu den schärfsten Kampfmitteln zu greifen. Ich bin eines Besseren belehrt worden. Aber Sie müssen begreifen, daß solche Gedanken und Empfindungen bei einem Manne aufsteigen, der aus einem Bezirk kommt, wo wir das entsetzlichste Elend mitansehen mußten, daß, so wie man sagt, vierzigjährige Diener einer Fabrik auf das Pflaster geworfen wurden, nur weil man die Betriebe sperrte, weil die Konzentration des Kapitals vorgeschritten ist und man zur Erhöhung des Profits die Betriebe zusammenschiebt. Da, Genossen, müssen Sie begreifen, daß bei den Arbeitern der kühle Verstand oft zum Teufel geht.

In den Kreisen der Arbeiterschaft herrscht große Erbitterung über die schleichende Obstruktion der bürgerlichen Parteien, ich möchte sagen, gegen diesen Streik, den die Regierung und das Herrenhaus gegen die Sozialversicherung und die sozialpolitischen Vorlagen machen. Wie diese Herrenhäusler nur ihren Geldsack vertreten, haben wir schon bei der Zuckersteuer gesehen. Das Parlament hatte ihre Herabsetzung beschlossen und sofort hat die Regierung bei den Herrenhäuslern werktätige Hilfe gefunden, um das zu verhindern. Wir haben dies gesehen beim Kontraktbruchgesetz. Wir haben es gesehen bei der Verschleppung der Dienstpragmatik, wie unseren Staatsangestellten das Koalitionsrecht geraubt wurde. Mögen sich Regierung und Herrenhaus sagen lassen, daß gegenüber ihrem Verhalten gegen die Sozialversicherung die Geduld der österreichischen Arbeiter ein Ende hat. Wenn Oesterreich nicht imstande ist, mit dem sozialpolitischen Fortschritt

in anderen Staaten Schritt zu halten, dann ist es nicht mehr wert, als daß es von der Landkarte verschwindet.

Zipper (Wien): Wir Bäckerarbeiter meinen, daß es den bürgerlichen Abgeordneten nicht leicht gemacht werden darf, gegen das Gesetz zu stimmen. Es ist eine Aufgabe der Bäckerarbeiter, für die Förderung, die unser Kampf durch die Fraktion und die Arbeiterschaft erfahren hat, den Dank auszusprechen. Begreiflicherweise können wir Bäckerarbeiter in diesem Kampfe nicht auf unsere Kraft allein angewiesen bleiben, sondern es muß, wie es schon auf dem Gewerkschaftskongreß ausgesprochen wurde, jede Forderung der Arbeiter einer Branche zur Forderung aller werden. Auf diese Weise wird es auch leichter sein, Klarheit darüber zu verbreiten, was wir vom Parlament erwarten können und was nicht. Die Arbeiterschaft wird dann auch die nötige Lehre daraus ziehen, wenn wir parlamentarische Niederlagen erleiden, das heißt, wenn unsere Anträge niedergestimmt werden. Das wird die Werbekraft unserer Organisationen nur steigern. Und wir werden bei entsprechender Ausnützung solcher parlamentarischer Niederlagen den letzten Arbeiter in unsere Organisationen, in die gewerkschaftliche und in die politische Organisation hineinbekommen. Wir Bäckerarbeiter wissen, daß unsere Genossen im Parlament alles daransetzen werden, um den kleinen Fortschritt zu erreichen, den das Bäckerschutzgesetz uns bringt, und wir erwarten, daß auch die übrige Arbeiterschaft uns in unserem Kampfe unterstützen wird. Bei der letzten Wahl in der Leopoldstadt ist es wieder deutlich zum Ausdruck gekommen, wie sich die Bürgerlichen koalieren und mit welchen Gründen bei allen Unternehmern, ohne Unterschied der Gesinnung, Stimmung dafür gemacht wurde, damit der Christlichsoziale gewählt werde. Im Blatte des Reichsverbandes der Bäckermeister hieß es: „Weg mit jeder Parteitrottelei, es kann doch nicht anders sein, als daß die Bürgerlichen zusammengehen, um den Niedergang der Sozialdemokratie herbeizuführen." Gerade beim Bäckerschutzgesetz ist es mit Händen zu greifen, daß die eine reaktionäre Masse beisammen ist. (Beifall.)

Eldersch (Schlußwort): Ich habe nur noch die Anträge der Landesorganisation Schlesien und der Bezirksorganisation Mährisch-Trübau zur Annahme zu empfehlen. Es sind Anträge, deren Inhalt bereits zum Teil in meiner Resolution Ausdruck gefunden hat. Was sonst noch darin gesagt wird, ist eine Selbstverständlichkeit, daß sich nämlich die kompetenten Organisationen, wenn es nötig ist, eine große umfassende Aktion unter der Arbeiterschaft einzuleiten, zum Kampfe für die endliche Gesetzwerdung der Sozialversicherung miteinander verständigen. Auf die Debatte brauche ich sonst nicht zurückzukommen. Zum Schlusse möchte ich Sie bitten, diese Aktion für die Sozialversicherung und den Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung, die unserer Ansicht nach notwendig werden wird, um den Widerstand der koalierten Arbeiterfeinde zu brechen, schon jetzt vorzubereiten. Die Arbeiterschaft über die Bedeutung der Arbeiterschutzgesetzgebung aufzuklären und namentlich jenen Teil der Arbeiterschaft, der sich noch immer bereit findet oder gezwungen wird, bürgerliche Kandidaten zu wählen, aufzuklären, daß sie sich an ihren Lebensinteressen versündigen, wenn sie Feinden der Arbeiterschaft zu einem Mandat verhelfen. Wir sind schon mit anderen Gegnern fertig geworden, es wird uns auch gelingen, den Widerstand, den der Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung und die Sozialversicherung findet, zu brechen, wenn nötig, die Energie der Arbeiterschaft außerhalb des Parlaments zu mobilisieren. Wenn jeder in seinem Kreise seine Pflicht erfüllt, ist mir nicht bange darum, daß sich schließlich die ganze Arbeiterschaft erhebt und daß auch jene Arbeiterschichten zur Einsicht kommen, die bisher noch einem Bürgerlichen ihre Stimme gegeben haben, und dann wird es möglich sein, den Arbeiterschutz im Parlament wieder ein gutes Stück vorwärts zu bringen. (Lebhafter Beifall.)

Bei der Abstimmung wird zunächst die Resolution 23 und hierauf auch der Antrag 2 der Landesorganisation Schlesien und der Antrag 5 der Bezirksorganisation Mährisch-Trübau angenommen.

Der internationale Sozialisten- und Gewerkschaftskongreß in Wien.

Abgeordneter **Dr. Adler:** Es ist Ihnen bekannt, daß in Kopenhagen auf dem internationalen Kongreß im Jahre 1910 beschlossen wurde, den nächsten Kongreß im Jahre 1913 abzuhalten. Als unsere Einladung, den Kongreß in Wien abzuhalten, angenommen wurde, war es für uns eine freudige Ueberraschung. Aber ich sage es offen, eine Ueberraschung, weil wir selbst, die wir Oesterreich kennen, nicht gehofft haben, daß sich der politische Ruf Oesterreichs in der internationalen Welt so verbessert hat (Heiterkeit), daß man dem alten Oesterreich zutraut, es werde ein internationaler Sozialistenkongreß hier ohne Schwierigkeiten stattfinden können. Denn wir, die Partei, wir sind ja besser als dieses Oesterreich und ich hoffe, daß die Zweifel, die bei unseren ausländischen Genossen bestanden, sich nicht auf uns, auf die Partei, bezogen haben. Aber nach einiger Ueberlegung haben wir uns gesagt: Gut, wir wollen diesem Oesterreich das vielleicht nicht ganz verdiente Kompliment machen (Heiterkeit), aber wir hoffen und wir haben die Erwartung, ja die Sicherheit, daß auch die politischen Bedingungen danach angetan sein werden, uns die Abhaltung des Kongresses ohne Schwierigkeiten zu ermöglichen.

Nun ist im vorigen Jahre etwas eingetreten, was allerdings den Ruf Oesterreichs nicht verbessert und was die Schwierigkeiten für den Kongreß augenblicklich sehr vermehrt hat. Als wir im Oktober vorigen Jahres zur Sitzung des Internationalen Bureaus zusammenkamen, standen wir vor der Tatsache des Ausbruchs des Balkankrieges, und Sie erinnern sich sehr gut daran, welch ungeheuer gespannte Atmosphäre in ganz Europa, besonders aber hier in Wien herrschte. Wir mußten uns sagen, es sei außerordentlich bedenklich, für den August dieses Jahres einen Kongreß, der noch eine ganze Reihe von Vorbereitungen braucht, gerade nach Wien in die unmittelbare Nähe des Kriegsschauplatzes, in das Zentrum der diplomatischen Verwicklungen einzuberufen. Zugleich aber war es notwendig, daß die Internationale gegenüber der Kriegsgefahr sofort und mit aller Energie, mit dem ganzen Aufwand an Autorität, über die das Proletariat aller Länder gemeinsam verfügt, eine große Manifestation veranstaltete. Unter diesen Umständen wurde beschlossen, anstatt des Kongresses, der heuer im Jahre 1913 hätte stattfinden sollen, sofort einen internationalen Kongreß nach Basel einzuberufen. Sie erinnern sich, welch glänzenden, geschichtlich denkwürdigen Verlauf diese Manifestation genommen hat und welche Wirkung nach außen, auf die gesamte Oeffentlichkeit diese Manifestation des Proletariats gehabt hat. Nun ist ein weiteres Jahr abgelaufen und der Kongreß wird anstatt in diesem Jahre im nächsten Jahre, und zwar wie beschlossen in Wien stattfinden.

Da ich die politischen Schwierigkeiten, die mit der Gestaltung dieses Oesterreich zusammenhängen, erwähnt habe, will ich Ihnen nicht verhehlen, daß die Behandlung, die unser Baseler Kongreß nachher in Oesterreich erfahren hat, die Art und Weise, wie mit der Baseler Resolution hier in Wien Justiz und Preßpolizei und Parlament umgegangen sind, ich verhehle Ihnen nicht, daß dieser Rückfall in das älteste Oesterreich mir einigermaßen Bedenken gemacht hat, wie sich Oesterreich zu unserem Kongreß verhalten wird. Aber ich sage mir, das war ein Ausnahmsfall, es war mitten in der Aufregung, die die Kriegshetze erzeugt hatte. Außerdem ein Ausnahmsfall insofern,

als Polizei, Regierung und das Parlament in größter Verlegenheit waren, wie sie gegenüber dieser unerhörten, noch nie dagewesenen Demonstration, die in Basel stattgefunden hat, sich verhalten sollen. Und es ist eine Tatsache, wenn das auch nie ausgesprochen wurde, daß man sich hernach von oben bis unten, von der Regierung bis in alle bürgerlichen Parteien hinein geschämt hat (Lebhafter Beifall), mit Recht geschämt hat, eine solche Dummheit gemacht zu haben. Ich hoffe also nach alledem, daß wir nun auch nach dieser Seite hin den Kongreß mit gutem Gewissen hier aufnehmen können und daß wir gegen den abermaligen Rückfall der Regierung ziemlich gesichert sein werden.

Es erübrigt nun, zu beraten, was notwendig ist, um den Kongreß zu empfangen. Ich erinnere Sie daran, daß dieser internationale Sozialisten- und Gewerkschaftskongreß ein Jubiläumskongreß nach zweifacher Richtung sein wird. Am 28. September 1864 wurde in London in der Martins Hall die alte Internationale gegründet und der Wiener Kongreß wird also ein Jubiläum des fünfzigjährigen Gedenktages der Gründung der ersten Internationale sein. Es ist hier nicht meine Aufgabe, Ihnen auch nur in den größten Zügen ein Bild von dem Inhalt der Geschichte dieser fünfzig Jahre aufzurollen, von der Geschichte des Proletariats in diesem halben Jahrhundert. Es genüge, Sie daran zu erinnern, daß die alte Internationale zu ihrer Zeit etwas war, was in den Gehirnen nur weniger Menschen eine wirksame deutliche Gestalt gehabt hat, während heute die Internationale der Ausdruck der organisierten Arbeit des Proletariats der ganzen Welt ist.

Wenn wir uns das noch deutlicher vor Augen halten wollen, so brauchen wir uns nur daran zu erinnern, daß im nächsten Jahre noch ein zweites Jubiläum gefeiert wird, das eines Vierteljahrhunderts. Es werden fünfundzwanzig Jahre vergangen sein seit der Erneuerung der Internationale auf dem Kongreß in Paris im Jahre 1889, und wenn wir, so alt manche von uns sind, doch noch, auch die Aeltesten von uns, zu jung sind, um vom ersten Vierteljahrhundert der Internationale aus eigener Erfahrung, aus eigenem Erleben viel zu wissen, so haben alle das Vierteljahrhundert seit dem Pariser Kongreß im lebhaftesten Gedenken. Dieses Vierteljahrhundert, es ist unser aller Leben, unser aller Arbeit. Und so wird der internationale Kongreß in Wien nach allen diesen Richtungen Gedankenreihen eröffnen über den Weg, der uns führte von London über Paris bis Wien.

Die eine Tatsache schon, daß man überhaupt in Wien einen internationalen Sozialistenkongreß abhalten kann, ist sowohl aus der Perspektive von 1864 als auch — beinahe noch mehr — aus der Perspektive von 1889 ein Beweis für den Fortschritt, den das internationale Proletariat überhaupt und den auch das Proletariat unseres Landes in dieser Zeit gemacht hat.

Nur noch wenige Worte über die technischen Bedingungen des Kongresses. Der Kongreß wird selbstverständlich veranstaltet von dem Internationalen sozialistischen Bureau und wir sind nur die Wirte, die ihre Gäste selbstverständlich mit der größten Freude und mit brüderlicher Freundschaft hier empfangen. Es ist zunächst notwendig, sich über die Zeit des Kongresses zu einigen, und obwohl die endgültige Entscheidung Sache des Internationalen sozialistischen Bureaus sein wird, das in einigen Wochen in London zusammentritt, so schlagen wir doch vor, daß wir den Wunsch aussprechen, daß der Kongreß in der letzten Augustwoche hier in Wien stattfinde, im schlimmsten Falle aber, wenn sich irgendwo unübersteigliche Hindernisse zeigen sollten — aber nur ungern — in der ersten Septemberwoche. Ich verweise auf diesen Punkt darum, weil ich weiß, daß eine ganze Reihe internationaler Fachkongresse nur abwartet, daß der Zeitpunkt fixiert ist, um ihrerseits ihre Vorkehrungen zu treffen, und ich betone, daß es in einer großen Stadt wie Wien nicht gleichgültig ist, wann ein

solcher Kongreß stattfindet. Es handelt sich da um die Unterkunft vieler Personen, und diese läßt sich in dieser Zeit viel leichter beschaffen. Auch für die Lokale, die wir für den Kongreß in Aussicht nehmen können, müssen wir jene Zeit wählen, die sie nicht für anderes in Anspruch nehmen. Es ist selbstverständlich, daß nur die allergrößten und allerschönsten Säle in Wien gerade gut genug sind, um unsere Genossen zu empfangen. Die organisatorischen Vorkehrungen werden von der Partei im Einvernehmen mit den Gewerkschaften — es ist ein Sozialisten- und Gewerkschaftskongreß — und selbstverständlich mit dem Internationalen sozialistischen Bureau getroffen werden, und ich werde Sie am Schlusse meiner Ausführungen bitten, dem Parteivorstand ein Mandat zu diesem Zweck zu geben.

Nun ist es eine sehr bedauerliche Tatsache, die ich nur mit einem Satz andeuten will, daß wir nicht, was wir in Kopenhagen noch hoffen konnten, den internationalen sozialistischen Kongreß mit einer völlig geeinigten Partei empfangen können. Wir können das nicht ändern und ich will darüber kein weiteres Wort sprechen. Wir können in dieser Sache leider nichts tun.

Nun zur Tagesordnung des Kongresses.

Ich habe Ihnen darüber nur die vorläufigen Mitteilungen zu machen, die möglich sind, ohne dem Bureau vorzugreifen. Wir haben noch auf der Tagesordnung einen Rest von Kopenhagen, einen Antrag von Keir Hardie und Vaillant, der die Frage aufwirft, welche Mittel dem Proletariat zur Verfügung stehen, um im Kriegsfall einzuwirken durch die Arbeiter der staatlichen Betriebe und die Verkehrsarbeiter, insofern sie für den Krieg gebraucht werden. Das ist ein Rest, der noch zu erledigen ist; ich vermute aber — ohne einen Antrag auszusprechen an dieser Stelle, wo er ja nicht hingehört — daß dieser Punkt im Zusammenhang mit der Frage des Imperialismus und Militarismus erledigt werden wird. Daß diese Frage, die brennendste für die ganze Welt, Gegenstand der Erörterung des Kongresses sein wird, das versteht sich von selbst, und ich meine, daß auch im Zusammenhang mit diesem Punkt eine Anregung der sozialistischen Organisationen von Salonich, über die Orientfrage und die Internationale zu reden, behandelt werden wird. Es ist nun weiter von der sozialistischen Partei Argentiniens ein Antrag gestellt worden, die sozialistische Agrarpolitik auf die Tagesordnung des Kongresses zu stellen. Diejenigen, die sich mit der Frage überhaupt beschäftigt haben und die sich erinnern, welche Schwierigkeiten sich einer einheitlichen und zusammenfassenden Erörterung der Agrarpolitik nicht auf internationalen, sondern auf nationalen Kongressen entgegenstellen, und wie schwierig es ist, gerade diese an den Boden und an die Verschiedenheiten des Bodens gebundene Frage prinzipiell zu erörtern, der wird wohl mit uns der Meinung sein, daß es nur ein unendliches Reden auslösen müßte, für die das Wort „uferlos" erst erfunden werden müßte, wenn wir international über die Agrarfrage sprechen würden. (Heiterkeit.)

Darüber müssen wir vorläufig noch unsere Gelehrten arbeiten lassen. Ich hoffe, wir werden zu manchen guten Büchern noch einige dazu bekommen; dann wollen wir später einmal sehen; heute, glaube ich — das ist meine Meinung — wird es dem Kongreß nicht möglich sein, diese Frage irgendwie fruchtbringend zu erörtern.

Anders steht es mit dem Antrag der französischen Delegation, die Lebensmittelteuerung auf die Tagesordnung zu setzen. Das ist in der Tat eine internationale Erscheinung, die der heutigen Gestalt des Kapitalismus einen wesentlichen Zug verleiht, eine Erscheinung, die schon von dem Kongreß sachgemäß und bis zu einem hohen Grad aufklärend und zielführend erörtert werden kann. Wir werden also zunächst diese zwei Gruppen von Fragen haben, auf der einen Seite die, die mit der Weltpolitik, dem Imperialismus und Militarismus zusammenhängen, auf der anderen die, die mit dem Kapitalismus in einem engeren Sinne

zusammenhängen, zunächst also die Lebensmittelteuerung und — darüber werden wir uns vielleicht im Bureau noch auseinandersetzen — wieder eine spezielle Frage des Arbeiterschutzes. Vielleicht wird es gerade nach den Erfahrungen mit der Berner Konferenz angezeigt sein, vom internationalen Arbeiterschutz, wie wir ihn verstehen, auf dem Kongreß zu sprechen. Vielleicht werden wir dabei — es gibt doch eine Reihe von Ländern, wo Parteigenossen das innere Getriebe der Diplomatie ihrer Staaten zu erkennen in der Lage sind — interessante und wichtige Aufschlüsse bekommen. Es werden also die Fragen des Arbeiterschutzes und des Kapitalismus wahrscheinlich nach dieser Richtung hin zur Erörterung kommen. Ueber all das aber haben wir nicht zu beschließen.

Erwähnen möchte ich, daß das Internationale Bureau dafür sorgen will und diese Absicht schon ausgedrückt hat, daß über die Fragen, die zur Erörterung kommen sollen, in gründlicherer Weise als bisher Vorarbeiten geleistet werden. Es sollen durch besondere Kommissionen die Referate vor dem Kongreß vorgearbeitet und den Delegierten vorher zugänglich gemacht werden.

Sie alle haben wohl mit mir das Gefühl: wir haben vor uns eine Aufgabe, deren Würde — aber auch deren Bürde wir vollständig erkennen. Es ist keine leichte Aufgabe, einen internationalen Kongreß zu ordnen und aufzunehmen. Aber wir hoffen, ihr organisatorisch gewachsen zu sein, und setzen es dabei als selbstverständlich voraus, daß die Wiener Genossen der Parteivertretung zur Seite stehen werden. (Beifall.) Die Arbeiten werden mit jener Pünktlichkeit und organisatorischen Exaktheit, die wir in Wien endlich erlernt haben, erledigt werden, und wir hoffen, wir werden den internationalen Sozialistenkongreß, die bedeutendsten Vorkämpfer des internationalen Proletariats aller Länder, jene Schar von Menschen aller Zungen, die im Vorkampf stehen für die Zukunft, für die Freiheit, für die Erfüllung der geschichtlichen Mission des Proletariats, hier in Wien, auf dem alten Boden reaktionärer Kongresse, so empfangen, daß einmal von einem Wiener Kongreß etwas anderes ausgehen wird als Unrecht und Bedrückung, daß von ihm ausgehen wird geschichtliche Arbeit für die Fortentwicklung der Menschheit durch das Eingreifen des klassenbewußten Proletariats. (Lebhafter Beifall.) So bitte ich Sie, folgende Resolution anzunehmen:

> Der Parteitag nimmt mit freudiger Genugtuung zur Kenntnis, daß der internationale Sozialisten- und Gewerkschaftskongreß in Wien stattfinden wird und beauftragt die Parteivertretung, mit den Gewerkschaften in Fühlung zu treten und im Einvernehmen mit dem Internationalen sozialistischen Bureau alle Vorbereitungen zu treffen, um die Vertreter der Internationale in Wien würdig zu empfangen.

Wir brauchen nichts mehr zu beschließen als diese schlichten Worte. Nun gestatten Sie, daß ich dem Genossen Huysmans, der als Vertreter des Internationalen sozialistischen Bureaus hier ist, um die ersten Vorbereitungen zu treffen, ausdrücklich dafür danke, daß er sich herbemüht hat und uns die Aufgabe, die wir haben, wesentlich erleichtert hat, indem er gleich bei unseren ersten Schritten mithilft. Sie werden dabei Gelegenheit haben, in ihm einen Mann kennen zu lernen, der sich auf das Organisieren versteht und der Sache wahrlich sehr gut gewachsen ist. Wir werden uns, die wir nun in ein näheres Verhältnis zum Internationalen sozialistischen Bureau und Sekretariat treten, auf das beste vertragen, wie dies auch bisher der Fall war.

Die Resolution 24 wird einstimmig angenommen.

Es werden Begrüßungstelegramme verlesen von der rumänischen und von der holländischen Sozialdemokratie.

Nachmittagssitzung.

Wahl der Parteivertretung.

De Witte: Im Auftrage des Wahlkomitees habe ich den Bericht über die durchgeführte Abstimmung zu erstatten. Es sind im ganzen 231 Stimmen abgegeben worden. In die Parteileitung wurden die bisherigen Mitglieder gewählt. An Stelle Schuhmeiers tritt David.

Das Ergebnis der Wahl ist im einzelnen folgendes:

Parteivertretung:

Viktor Adler 231 Stimmen.
Anton David 230 Stimmen.
Wilhelm Ellenbogen 230 Stimmen.
Engelbert Pernerstorfer 231 Stimmen.
Adelheid Popp 229 Stimmen.
Jakob Reumann 231 Stimmen.
Anton Schrammel 224 Stimmen.
Karl Seitz 209 Stimmen.
Ferdinand Skaret 231 Stimmen.
Josef Tomschik 231 Stimmen.

Engere Parteikontrolle:

Heinrich Beer 231 Stimmen.
Laurenz Widholz 231 Stimmen.

Weitere Parteikontrolle:

Simon Abram (Innsbruck) 230 Stimmen.
Ludwig Czech (Brünn) 230 Stimmen.
Josef Gruber (Linz) 230 Stimmen.
Hans Jokl (Troppau) 230 Stimmen.
Vinzenz Muchitsch (Graz) 230 Stimmen.
Robert Preußler (Salzburg) 230 Stimmen.
Anton Schäfer (Reichenberg) 230 Stimmen.
Josef Seliger (Teplitz) 221 Stimmen.

Die Reaktion in Justizpraxis und Justizgesetzgebung.

Friedrich Austerlitz: Indem wir unser Auge auf die Satzungen des Strafrechtes werfen, sind wir uns über die eigentliche und innere Natur der Strafe nicht im unklaren. Wir wissen, daß das Strafrecht nur Ueberbau der ökonomischen Verhältnisse ist, und wir wissen, daß der größte Teil der Strafsatzungen bestimmt ist, die gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse aufrechtzuerhalten und sie vor Angriff und Kritik zu bewahren. Wir wissen noch mehr: daß auch das Verbrechen nur eine soziale Erscheinung ist. In Wahrheit ist das Verbrechen die Strafe der Gesellschaft für ihre Versündigungen, und man kann sagen, daß der größte Teil der Verbrechen und der größte Teil der Strafsatzungen nur in den ökonomischen Verhältnissen seine Ursache hat. In einer Gesellschaft, in der es keine Ausbeuter und keine Ausgebeuteten gibt, in einer Gesellschaft mit Sicherung der Lebensbedingungen für alle Glieder der Gesellschaft, würde der größte Teil der Verbrechen überhaupt entfallen. Wir wissen natürlich, daß in die Seele des Menschen auch andere Leidenschaften eingewoben sind als die, die der philosophische Dichter mit dem Worte Hunger bezeichnet. Aber auch der größte Teil der anderen Verbrechen, etwa die aus geschlechtlicher Leidenschaft, ist zum größten Teil ein Produkt der Unsicherheit, der Unruhe und der Unrast, die über das menschliche Geschlecht durch die ökonomischen Verhältnisse, durch die Schwankungen der wirtschaftlichen Lage gekommen ist. Wenn wir wahrnehmen, wie das Verbrechen als soziale Erscheinung immer mehr anwächst

und wie wenig die Machthaber, die Nutznießer der kapitalistischen Ordnung, es zu begreifen vermögen, daß das Verbrechen keine bloße individuelle Tatsache ist, daß also zur Eindämmung des Verbrechens die Drohung mit der Strafe nicht ausreicht, sondern die Sicherung der ökonomischen Lage der Menschen notwendig wäre; und wenn wir sehen, welche ungeheure Last der Gesellschaft durch das Verbrechen, durch die Unschädlichmachung und Internierung der Verbrecher verursacht wird — denn wir dürfen nicht übersehen, daß die Strafe nicht das einzige ist, was dem Verbrechen nachfolgt, sondern daß sie eine Anzahl von Wirkungen auslöst, die das ganze gesellschaftliche und wirtschaftliche Dasein des Gestrauchelten angreifen — wenn wir die ungeheuren Kosten und Gefahren des Verbrechertums für die moderne Gesellschaft wahrnehmen, so können wir nur sagen, daß das Verbrechen der größte Luxusgegenstand ist, den sich das zivilisierte Europa heute gestattet.

Und wir können wohl sagen: wenn nur ein Bruchteil der Kosten, die für die Bekämpfung des Verbrechertums und für die Unschädlichmachung des Verbrechers angewendet werden, zur Hebung der sozialen Lage der breiten Massen aufgewendet würde, so wäre das für die Gesellschaft mit ungleich geringeren Kosten verbunden und würde eine weit intensivere Verdrängung des Verbrechens erreichen. Es ist ein Verdienst der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, daß die Zahl der Verbrecher heute nicht noch größer ist. Denn wenn die Gewerkschaften die Lebenslage der Arbeiter nicht heben, ihnen in Zeiten der Not und Arbeitslosigkeit nicht beistehen würden, so hätte die Zahl der Verbrechen noch ganz andere Dimensionen angenommen. Und wenn gegenüber den niederdrückenden Tendenzen des Kapitalismus die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sich nicht bemühen würden, die Arbeiterklasse physisch, geistig, moralisch, finanziell emporzuheben, so würde das Verbrechertum noch mehr anwachsen. (Lebhafte Zustimmung.) Aber mit den strafrechtlichen Satzungen streben die herrschenden Klassen die Sicherung ihrer Herrschaftsinteressen an. Sie geben die kapitalistische Gesellschaftsordnung als eine gleichsam von Gott gesetzte Ordnung aus und mit der Fülle der Paragraphen im Strafgesetzbuch wird im Grunde nur der Zweck verfolgt, die Herrschaft der besitzenden Klassen vor den Angriffen der unterdrückten Volksklassen, die auf die Umwälzung dieser Ordnung hinzielen, zu bewahren. Diesen Herrschaftsinteressen der Besitzenden stellen wir nun unsere proletarischen Interessen entgegen. Wir begehren also die Abschaffung aller Bestimmungen des Strafrechtes, die die Beschränkung der Meinungsfreiheit zum Ziele haben; wir begehren die Abschaffung aller Strafrechtsbestimmungen, die den Kampf der Arbeiter um eine bessere Stellung der arbeitenden Klasse hindern wollen. Wir fordern die Abschaffung aller Bestimmungen, die sich der Machtentfaltung des Proletariats entgegenstellen.

Wenn wir nun über die politischen Delikte im Strafgesetzbuch zur Klarheit gelangen wollen, so müssen wir uns vor allem die eigentümliche Natur dieses Staates, in dem wir leben, zu vergegenwärtigen suchen. Oesterreichs unverwischbares und in allen seinen Lebensäußerungen mit aller Deutlichkeit hervortretendes Merkmal ist die Verachtung alles dessen, was man Gesetz nennt.

Jener starre germanische Rechtsbegriff, der eine Satzung klar und unwiderruflich gestalten will, der das Recht in deutliche, nicht zu verdunkelnde Worte gießen will, dieser germanische Begriff von Recht ist allem Oesterreichischen vollständig fremd. Dem Oesterreichertum ist die Willkür eingeboren, die man dann in der Sprache der Gesetze „freies Ermessen" nennt. Jedes feste, bestimmte, deutlich umrissene Gesetz ist dem typischen Oesterreicher einfach ein Greuel. Wir hantieren in Oesterreich mit einem Strafgesetz, das mehr als ein Jahrhundert alt ist; denn im Jahre 1852 ist das alte, aus dem Jahre 1803 stammende Gesetz nur modern auffrisiert worden. Die Fülle der sozialen und politischen Entwicklung, die wir in diesem Jahr-

hundert auch in Oesterreich durchmessen haben, hat die Bande dieses alten Strafrechtes natürlich vollständig gesprengt. Und so leben diese Paragraphen im Strafgesetz eigentlich nur ein schemenhaftes Leben. Sie sind gleichsam die Gespenster der Vergangenheit, die immer hervorkommen, um das moderne, pulsierende Leben zu bedrängen. Es wäre nicht möglich gewesen, daß sich dieses Strafgesetz so lange erhalten hätte, wenn die eigentliche Natur des Oesterreichertums, die das Gesetz ja nur als eine lästige Behelligung empfindet, nur als eine Art Erfindung von unverbesserlichen Phantasien ansieht, das alte Gesetz in der Praxis nicht eigentlich aufgehoben hätte. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß die Zeit jener gewissen Gutmütigkeit, die in Oesterreich lange herrschend schien, immer mehr und mehr im Verschwinden begriffen ist, daß die Schärfe der Klassenkämpfe ihre unverkennbaren Spuren auch dem Strafrecht und der Strafpraxis aufdrängt, und daß die Justiz des Staates, die vielleicht einmal das bewußte Suchen nach Gerechtigkeit war, immer mehr und mehr in den Dienst der herrschenden Klassen tritt, immer sichtbarer und unaufhaltsamer zur Klassenjustiz sich entfalten muß. Die politischen Paragraphen des alten Strafgesetzes, die heute so tot scheinen, könnten also plötzlich sehr lebendig werden, zumal dann lebendig werden, wenn der Tag einer neuen Herrschaft in Oesterreich angebrochen sein wird. Deshalb hat das Proletariat ein sehr ernstes Interesse an der Reform des Strafgesetzes, und natürlich daran, daß die Reform so gestaltet werde, daß sie dem politischen und sozialen Kampfe der Arbeiterklasse keine unbezwinglichen Hindernisse entgegenstellt. (Zustimmung.)

Es ist nun nicht meine Absicht, all die betreffenden Paragraphen des Entwurfes eines neuen Strafgesetzes, wie er im Herrenhaus beschlossen worden ist, einer detaillierten Kritik zu unterziehen. Ich muß diejenigen, die sich für die Sache näher interessieren, auf meine Darstellung in der letzten Nummer des „Kampf" verweisen. Nur im allgemeinen muß auf die besondere Natur der politischen Delikte hingewiesen werden. Mit diesen steht es so, daß sie anderes als dehnbare und jeder Ausdeutung fähige Kautschukbestimmungen nicht sein können. Es ist eben etwas anderes, eine Handlung, ein Geschehen durch Begriffsmerkmale zu umschreiben, und es ist etwas anderes, eine bloß gedachte Wirkung von Worten in Paragraphen zu fassen und so zu fassen, daß jene Interpretationen, die zu den Berufsfreuden des Richtertums gehören, nicht möglich seien. Bei den politischen Delikten ist es überhaupt so, daß die Strafe vor dem Begriffsmerkmal da ist. Das Primäre ist der Vorsatz, den politischen und sozialen Kampf, der der bestehenden Ordnung gefährlich ist, zu hindern und darum zu strafen. Und erst danach wird das juristische Handwerkszeug beigestellt, die Paragraphen aufgestellt, die darum so sein müssen, daß sie für jede wie immer geartete Aeußerung dieses Kampfes brauchbar sind. Neben der Definition steht immer die Interpretation: denn mit dem politischen Richten ist die Tendenz unlöslich verknüpft, das Gesetz so zu drehen, zu wenden und zu deuteln, daß es für jede Handlung, die den Regierenden im Augenblick unangenehm ist, passend und durchführbar erscheine. Wie soll sich das Richtertum von dieser Tendenz fernhalten, da es doch ein Teil dieses Staates ist, der seit Jahrzehnten mit den gewagtesten Gesetzauslegungen operiert, mit Gesetzauslegungen, die Gesetzbrüchen so ganz nahe kommen? Die armen Gerichte haben ja eigentlich nur noch die Aufgabe, diesen Gesetzauslegungen das juristische Feigenblatt beizustellen. Wir sehen das ja so deutlich bei der Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes über den böhmischen Verfassungsbruch. Daß die Einsetzung der böhmischen Landeskommission und deren Bekleidung mit den Prärogativen des Landesausschusses, ja des gesamten Landtages, den gewissesten und fundamentalsten Bestimmungen der Verfassung widerspricht, unterliegt nicht dem geringsten Zweifel. Wenn man nun sieht, wie sich die armen Richter des Verwaltungsgerichtshofes abquälen, wie sie ihren ganzen Witz aufbieten,

um dem Verfassungsbruch eine juristische Rechtfertigung zu verschaffen, so erkennt man, daß die Gerichte zu diesen gewaltsamen Auslegungen einfach gezwungen werden und daß diese gewagten Interpretationen immer deutlicher die Bedingung des Regierens werden. Wie sich aber dadurch das Rechtsgefühl abstumpfen muß und wie dieses Exempel, von einem der höchsten Gerichte ausgehend, auf das gesamte Richtertum verwüstend einwirken muß, braucht keine ausführliche Darlegung. Wir können also daran nicht zweifeln, daß der gesamte juristische Apparat in dem Augenblick parat stehen werde, wenn das Interesse der sogenannten staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung das Verurteilen erheischen wird. Wie sorgfältig und peinlich wir jedes Wort des Strafgesetzes auch prüfen mögen: in dem Augenblick, in dem das Proletariat im Kampfe mit der Staatsgewalt liegt, werden alle diese Paragraphen gegen uns mobilisiert werden. Prinzipiell lehnen wir alle diese Delikte rundweg ab. Denn wir sehen in dem Kampfe der Klassen im Staate und in der Gesellschaft das bewegende Prinzip und wir wissen, daß dieser Kampf, wenn er erfolgreich sein soll, mit Nachdruck, mit Schärfe, mit Wucht, mit Unbekümmertheit geführt werden muß. Und was die Paragraphen des Strafgesetzbuches schützen, sind immer nur die Herrschaftsinteressen, die Vorurteile dieser Gesellschaft, und die sind uns kein Objekt der Verehrung und Ehrfurcht. Von diesem prinzipiellen Gesichtspunkt geleitet, müssen wir diesen politischen Delikten die Forderung nach dem Rechte und nach der Freiheit der Kritik an dem Staate und an allen Organen dieses Staates mit Entschiedenheit entgegenstellen. (Lebhafter Beifall.)

Und obwohl es für uns sicherlich nicht der wichtigste Paragraph ist, so möchte ich dennoch auf die Paragraphen, die sich mit der Majestätsbeleidigung befassen, mit einigen Worten eingehen. Nicht bloß deshalb, weil die Zeiten, in denen sich das Proletariat mit der monarchischen Stütze nicht in unmittelbarem Konflikt befindet, in Oesterreich vergehen können und Zeiten kommen können, wo der Monarch in die Arena des politischen Kampfes unmittelbar eintritt. Sondern vor allem deshalb, weil die Unterbindung der Kritik gerade an diesem Punkt eines der wichtigsten Behelfe ist, um den Bürgern des Staates Mannhaftigkeit und Tapferkeit auszutreiben und an Stelle der notwendigen Entschlossenheit eine Auffassung treten zu lassen, daß vor den Herrschenden jedes offene und freimütige Wort zu ersterben habe. Wir wissen, wie es um die politische Majestätsbeleidigung heute steht, daß in den §§ 63 und 64 des Strafgesetzes sozusagen das spanische Zeremoniell kodifiziert ist, wonach ein kritisches Wort an der Person oder an den Handlungen des Staatsoberhauptes schlechthin ausgeschlossen ist, daß wir überhaupt einen Zustand haben, der an die Auffassungen und an die Gewohnheiten asiatischer Staaten erinnert. Und der brave Oesterreicher brauchte doch nur ein einziges deutsches Witzblatt, um wahrzunehmen, daß in Ländern und Reichen, die ebenfalls monarchisch gesinnt sind und wo man sich auf die monarchischen Qualitäten gar nicht wenig einbildet, der Kritik durchaus nicht die Grenzen gesetzt sind, die zum Bestand Oesterreichs als notwendig erachtet werden, wobei sich diejenigen, die dem zurückhaltendsten Worte gegenüber dem Monarchen das Gefängnis androhen, doch bedenken sollten, wie sehr diese Angst vor dem bürgerlichen Freimut mit der Beteuerung kontrastiert, daß in Oesterreich alles in Liebe und Treue zum Monarchen entflammt sei! Aber daß in einem Staate, in dem, wie der Verwaltungsgerichtshof sagt, dem Monarchen alle Rechte zufallen, die die Verfassung dem Parlament vorbehält, der Kritik an dieser Einrichtung des Staates ein anderer Spielraum eröffnet werden muß, ist klar. Nun hat der Entwurf, den das Herrenhaus beschlossen hat, mit der Ehrfurchtsverletzung, die uns heute gängelt, einigermaßen aufgeräumt. Aber es ist noch lange nicht jene Kritik möglich, die das politische Leben unumgänglich nötig macht; der neue Entwurf steht sogar noch weit hinter der Auffassung der Regierungsvorlage vom Jahre

1874 zurück. In dem Entwurf, der damals dem Abgeordnetenhaus vorgelegt wurde — Sie sehen, es geht mit den Reformen in Oesterreich nicht außerordentlich rasch; wir sind nach vierzig Jahren immer noch bei einem Entwurf — war die Strafe für Majestätsbeleidigung mit einem Jahre begrenzt, während der, den das Herrenhaus beschlossen hat und auf dessen Modernität sich seine Konstrukteure nicht wenig einbilden, noch immer drei Jahre als Höchststrafe festsetzt. Die Strafe für Majestätsbeleidigung angesichts des Kaisers wurde im Jahre 1874 nach unten mit der Mindeststrafe von drei Monaten bestimmt; in dem neuen Entwurf ist sie drei Monate bis zu fünf Jahren Gefängnis. Nun glaube ich nicht, daß der Fall jemals vorkommen wird; davor schützt schon die Einrichtung der Höflinge und der Polizei. Aber der Unterschied fällt doch auf. Und die Definition der Majestätsbeleidigung bleibt sogar hinter der Fassung des Gesetzes vom Jahre 1803 zurück. Denn damals wurde als Beleidigung der Majestät bezeichnet: „Lästerung auf die Person des Landesfürsten, aus welcher unverkennbare Abneigung gegen denselben entstehen kann.“ Erst im Jahre 1852 sind wir zu der beschämenden Ehrfurchtsverletzung gekommen, und im Jahre 1912 kommen wir noch immer nicht recht von ihr fort!

An diesem einen Beispiel sehen wir, daß die neuen Paragraphen noch weit hinter dem zurückbleiben, nicht etwa, was wir als Maximum fordern, sondern hinter dem, was wir als Maximum konzedieren können. Der Fußangeln gegen das freie Wort, gegen die freie Kritik wird es im Strafgesetz noch zahlreiche geben. Noch immer wird — wenn auch mit anderen Worten als heute — die Kritik an den Handlungen der Verwaltung und ihrer Organe als die Aufreizung zum Haß und zur Verachtung bestraft werden. Nun sind uns die betreffenden P e r s o n e n höchst gleichgültig; wir haben es niemals mit den Menschen zu tun, sondern nur mit ihren H a n d l u n g e n. Aber in einem Staate, wo die Ungesetzlichkeit geradeaus zur verfassungsmäßigen Einrichtung geworden ist, wo Recht und Gesetz immer nur eine Aschenbrödelrolle gespielt haben, in einem solchen Staate ist die Notwendigkeit der Kritik sehr groß. Wir sind nicht schuld, daß die Handlungen unserer Minister, daß die Tätigkeit unserer Statthalter, daß die Haltung unserer Bezirkshauptleute so geartet ist, daß schon ihre Darstellung den Staatsbürger mit dem Hasse gegen diesen Staat und gegen seine Organe erfüllt. Wenn wir in dieser Darstellung gehindert werden, wenn ihr Schranken auferlegt würden, so wäre die Folge nur, daß dieses Unrecht und diese Ungesetzlichkeiten immer üppiger in die Halme schießen und alles bedrohen würden, was an Rechts- und Gesetzesgefühl noch vorhanden ist. Wir sind Arbeiter an dem Werke der Entwicklung der Gesellschaft. Wir verschmähen nicht den kleinsten Fortschritt im Entwicklungsgang der arbeitenden Menschen; aber wir wissen, daß jeder dieser Fortschritte dem Eigennutz, dem Hochmut und Uebermut der herrschenden Klassen abgerungen werden muß. Diese Hindernisse können wir aber nur wegräumen, wenn wir das Herrschaftsinteresse als mit dem Gange der Entwicklung unvereinbar aufzeigen und seine Unnatur demonstrieren, wenn wir es dem „Hasse und der Verachtung“ aller entwicklungsfähigen und entwicklungsbedürftigen Schichten ausliefern. (Lebhafter Beifall.)

Was sie also als eine „strafbare Handlung“ erachten und mit Strafe bedrohen, erscheint uns als eine s i t t l i c h e H a n d l u n g, als eine m o r a l i s c h e P f l i c h t, als die Erfüllung der Aufgaben, die uns die Geschichte zugewiesen hat. Deswegen werden uns die salbungsvollen Redensarten von der Notwendigkeit, die „Autorität“ zu schützen, die Autorität des letzten Polizeiorgans bis hinauf zu der Autorität des lieben Gott, die von der Bedrohung und von der Gefährdung des inneren Friedens durch eine zu energische Kritik nicht ins Bockshorn jagen. Im politischen Kampfe — und in den Paragraphen des Strafgesetzes wird er ja nur fortgesetzt — gibt es nicht Verbrecher und Richter, sondern nur Sieger und Unterlegene. In dem Augenblick, wo ich nicht Macht genug habe gegen die Herrschenden, bin ich

unterlegen. Aber das beweist nicht, daß das Gesetz, dem ich verfalle, Gerechtigkeit ist und ich Verbrecher bin, beweist nur, daß sie im Besitz der Macht sind, ich aber nicht im Besitz der vollen Kraft war. (Lebhafte Zustimmung.)

Mit besonderer Aufmerksamkeit müssen wir alle Bestimmungen des Strafgesetzes beobachten, die sich gegen den sozialen Kampf der Arbeiterklasse richten, alle die, die den Lohnkampf der Arbeiter beeinflussen wollen. Ist doch bereits die gegenwärtige Bestimmung des Koalitionsgesetzes, jener § 3, der den Streikbrecher als eine der geheiligten Personen der bürgerlichen Gesellschaft erklärt, eine unverkennbare Ausnahmsbestimmung. Anscheinend ist er keine sehr gefährliche Sache, denn er bedroht mit Strafe nur die Versuche, durch Mittel der Einschüchterung und der Gewalt die Teilnahme am Streik zu erzwingen. Aber die Schranke des Gesetztextes hat die Interpretation durchbrochen und schon seit sehr langem hat der Oberste Gerichtshof „erkannt", daß unter den Mitteln der Einschüchterung auch die bloße Beschimpfung des Streikbrechers zu verstehen sei. Aber wie soll man denn mit dem Streikbrecher reden, wenn nicht entschieden, fest, ja unhöflich? Ich will doch den Streikbrecher, der eben im Begriff steht, an seinen kämpfenden Genossen Verrat zu begehen, von der Uebeltat abhalten, mit Zuspruch, Mahnung, Warnung abhalten. Daß man dabei nicht mit süßlichen Redensarten auskommt, daß man ihm den Verrat, den er begehen will, mit deutlicheren Worten klarmachen muß, liegt auf der Hand. Mit den Paragraphen und mit der Auslegung wird also die Ehre des Streikbrechers, des Verräters also, als ganz besondere Ehre erklärt. Aber zu der Ausnahmsbestimmung des Gesetzes tritt noch gegen die Streikenden eine Ausnahmspraxis. Wir haben am letzten Parteitag eine ausführliche Diskussion über das Streikpostenstehen gehabt. Durch kein Gesetz des Staates ist das Streikpostenstehen verboten. Wie könnte es auch verboten werden, da ja durch das bloße Stehen nichts Strafbares begangen wird und die Möglichkeit, daß von dem Streikpostenstehen eine strafbare Handlung ausgehen werde, nämlich die der Uebertretung des Koalitionsgesetzes, doch noch keine strafbare Handlung ist? Derjenige, der auf der Gasse steht, kann ja viele strafbare Handlungen begehen. Er kann stehlen, er kann morden, er kann rauben; aber die bloße Möglichkeit setzt doch einleuchtenderweise eine strafbare Handlung nicht. Wie macht man es aber in Oesterreich? In Oesterreich kommt die Polizei und verhaftet den Mann, der Streikposten steht, dann sperrt sie ihn nach der kaiserlichen Verordnung vom Jahre 1854 bis zu vierzehn Tagen ein, und die Geschichte ist erledigt. Wir sind so gewöhnt an diese alte absolutistische Verordnung, daß wir die elende Schmach dieses Zustandes gar nicht mehr recht fühlen. Aber er ist doch nichts anderes als wie die Gerichtsbarkeit des Feudalstaates; daß sie jetzt sogenannte Staatsorgane üben wie vormals der Gutsherr, der den leibeigenen Bauer einfach über die Bank legen durfte, macht keinen Unterschied. Dabei sind diese elenden Oesterreicher absolut nicht dazu zu bringen, auch nur in eine Diskussion über das Streikpostenstehen einzutreten. Sie verteidigen nicht die Gesetzlichkeit ihres Vorgehens, sie behaupten sie nicht und sie beweisen sie nicht, sondern sie kuschen einfach (Heiterkeit und Rufe: Sehr richtig!), sie springen mit den Arbeitern um, wie es ihnen beliebt, sie üben Gewalttätigkeit ohne Scham und den Staatsbürger lassen sie einfach nach altem Brauch „das Urtel schelten". Das tun wir ja und manchmal auch sehr ausgiebig (Heiterkeit), aber daraus machen sie sich gar nichts, denn sie haben gar kein Bedürfnis mehr, zu erhärten, daß es in ihrem Staate gesetzlich zugehe, und sie empfinden es auch gar nicht mehr als Beleidigung, wenn man von ihren Maßregeln behauptet, daß sie ungesetzlich seien. Ueberhaupt sehen wir in dem Lohnkampf der Arbeiter unausgesetzt Bestimmungen des Strafgesetzbuches aufmarschieren, die mit ihm nicht den geringsten Zusammenhang haben. Es gehört wohl zu den größten Infamien, daß eine so sittliche, eine so im Dienste der Allgemeinheit stehende Tätigkeit, wie es die der gewerkschaftlichen Vertrauensmänner ist, mit dem Erpressungs=

paragraphen verfolgt werden kann. Der gemeine Sprachgebrauch, der nie irre geht, wird über die Definition des Erpressers nicht im Zweifel sein. Ein Erpresser ist ein gemeiner Kerl, einer, der durch einen unanständigen Druck einen materiellen Vorteil erreichen will, worauf er keinen Anspruch hat. Und nach diesem Paragraphen, der schon im Sprachgebrauch das Merkmal der Gemeinheit an sich trägt, werden nun Vertrauensmänner verurteilt, die dafür sorgen und darüber wachen, daß die mit mühseligen Opfern erkämpfte Stellung des Arbeiters im Verhältnis zum Unternehmertum nicht herabgedrückt werde! Das bringt nur die juristische Gymnastik zuwege! Aber der Gerichtssaal ist kein Platz der juristischen Geistesgymnastik, sondern er soll der Rechsverwirklichung dienen und diese wird eine um so vollkommenere sein, je weniger sie sich von der natürlichen Billigkeit, dem Rechte, das mit uns geboren, entfernt. Auch im neuen Strafgesetzbuch lauern solche Paragraphen, die den Lohnkampf bedrohen. Wenn auch der Begriff der Erpressung nun so gefaßt wird, daß er auf die gewerkschaftlichen Kämpfe nicht mehr anwendbar ist, so bekommen wir dafür die Nötigung, und auch mit der gefährlichen Drohung können arge Auslegungen verübt werden. Ueberhaupt wird nicht allen Pragraphen anzusehen sein, was mit ihnen bezweckt wird. Da ist insbesondere der Paragraph über die fahrlässige Gefährdung durch Betriebsstörung, ein Paragraph, der in sich eigentlich widersprechend erscheint: weil Fahrlässigkeit etwas Unbewußtes, Störung etwas Zweckbewußtes ist. In dem Paragraphen wird von allen möglichen technischen Dingen gesprochen, aber seine letzte Absicht wird wohl sein, gewisse Betriebseinstellungen zu hindern und zu verfolgen, die dem Staate oder der Gesellschaft als besonders peinlich erscheinen. Er wird also nicht benützt werden bei fahrlässigen Störungen des Betriebes von Luftfahrzeugen, sondern er wird benützt werden gegen Lohnkämpfe bei Eisenbahnen oder in Hochöfen u. s. w. Eine brutale, aber ehrliche Gesetzgebung würde vielleicht sagen: bei Eisenbahnen darf man nicht streiken. Und Eisenbahner, die sich genau und wörtlich an ihre Vorschriften halten, werden eingesperrt. Denn es ist wohl eine Auflehnung gegen die österreichische Natur, wenn sich die Eisenbahner einfallen lassen, ihre Vorschriften ernst zu nehmen. (Heiterkeit.) Kürnberger hat einmal gemeint, er getraue sich in Oesterreich eine Revolution zu entfesseln, indem er einfach alle Gesetze peinlich beobachtet. So entfesseln die Eisenbahner, indem sie sich nach den Gesetzen ihres Betriebes halten, eine Revolution auf der Eisenbahn. Brutal ist man auch in Oesterreich, aber aufrichtig ist man nicht. Hier will man alles mit List erreichen, und der harmloseste Text kann in der Praxis zu argen Fallstricken werden.

Zwischen dem Gesetz und seiner Anwendung stehen nämlich diejenigen, die anklagen und die richten. Aber schon dadurch wirkt das Gesetz, davor alle gleich sind, gegen die gesellschaftlichen Klassen sehr ungleich. Das Anklagemonopol des Staatsanwalts wird zu einer Ungleichheit des politischen Rechtes. Selbst bei gemeinen Verbrechen können sich die Klassenunterschiede geltend machen. Gewiß, wenn ein Mord, eine Notzucht geschehen, wird der Staatsanwalt auch den Besitzenden anklagen — obwohl wir die Verwandlung von Mord in Totschlag, von Totschlag in Ueberschreitung der Notwehr bei den besitzenden Klassen oft genug wahrnehmen. Aber bei allem, was mit dem politischen und sozialen Kampfe zusammenhängt, wirkt an dem Erheben oder Unterlassen der Anklage der Klassenstandpunkt mit. Das Koalitionsgesetz richtet sich gegen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Aber haben wir jemals Anklagen gegen Unternehmer erlebt? Die Arbeiter streiken, die Unternehmer sperren aus. Die Unternehmer wenden Mittel der Einschüchterung an, um andere Unternehmer zu zwingen, sich an der Aussperrung zu beteiligen. Von solchen Fällen ist schon sehr oft berichtet worden. Aber niemals haben wir gesehen, daß ein Staatsanwalt deswegen eine Anklage erhoben und einen Fabrikanten verfolgt hat, weil er Mittel der Einschüchterung gebraucht. Da haben wir das Wahlschutzgesetz.

Es ist geradezu ein ideales Gesetz, um Wahlfälschungen, Wahlnötigungen und Wahlbetrug zu verhindern. Und es gibt doch kein Land in Europa, in dem sich bei Wahlen der Druck des Unternehmertums auf die Arbeiter in so schamloser Weise hervortraut wie in Oesterreich! Nach den letzten mährischen Landtagswahlen hat man von einem Zirkular des Witkowitzer Werkes erfahren, das alle Merkmale der Wahlnötigung enthielt. Aber ist es denkbar, daß der Staatsanwalt den Schuster anklagt, jenen Schuster, der die Dreadnoughts auf Pump liefert und zu den Kostbarkeiten unseres Patriotismus gehört? Aber es muß nicht einmal ein Schuster sein; es ist einfach undenkbar, daß der Staatsanwalt zum Schutze des Wahlrechtes von sozialdemokratischen Arbeitern ausrückt. Schon die Zugehörigkeit zur Partei beeinflußt den Staatsanwalt. Angriffe auf die sogenannte staatliche Ordnung werden ja in Oesterreich nicht bloß von den Sozialdemokraten erhoben, sondern auch von anderen, eigentlich von allen Parteien. Aber kann ein Staatsanwalt einen Christlichsozialen anklagen? Da würde er doch den Vorwurf auf sich laden, daß er von den Patrioten die verfolgt, die es an schwarzgelber Gesinnung am wenigsten fehlen lassen. Auch bei den Nationalisten müßte er auf Vorwürfe gefaßt sein, auf die, daß die Regierung diese bestimmte Nation bedrücke. Der Staatsanwalt dagegen, der Sozialdemokraten verfolgt, macht sich oben nur beliebt. Dann steht es mit den politischen Verbrechen sehr oft so, daß ihre Kenntnis von selbst an den Staatsanwalt nicht gelangt, daß sie „angezeigt" werden müssen. Wenn ein Sozialdemokrat eine Majestätsbeleidigung begeht, so wird er von den Bürgerlichen denunziert; denn sie halten das Denunzieren von Sozialdemokraten für verdienstlich. Wir aber halten das Denunzieren für verächtlich und zeigen die Gegner nicht an. So sieht man, daß das Anklagemonopol der Staatsanwaltschaft unmittelbar zur Ungleichheit des politischen Rechtes führt.

Ebenso entscheidend wie der Ankläger ist auch der Richter. Nun soll keineswegs geleugnet werden, daß sich die österreichischen Richter von jener gewissenlosen, scharfmacherischen, haßerfüllten Tendenz, wie sie bei so vielen reichsdeutschen Richtern wahrzunehmen ist, ziemlich freigehalten haben. Namentlich von der großen Stadt wird man das sagen dürfen, wo das Richten und die Richter so stark unter der Kontrolle der Oeffentlichkeit stehen. Auch sind die Richter in der großen Stadt in die Parteikämpfe nicht so unmittelbar verstrickt, obwohl, wenn man die Begründung des Urteils in einem Prozeß des Abgeordneten Tomschik liest, man eine Ahnung bekommt, wessen solche Richter fähig wären, wenn die Kontrolle der Oeffentlichkeit ihre Parteigehässigkeit nicht zügeln würde. Anders steht es schon mit der Justiz in den kleinen Städten. Da bringt gleichsam die körperliche Nähe eine Auffassung bei den Richtern hervor, die zur Ungleichheit führt. Der Richter sitzt mit dem Unternehmer, mit dem Fabrikdirektor an einem Gasthaustisch, er bildet mit ihnen die „Gesellschaft", er trifft mit ihnen bei den Vergnügungen zusammen, er wird in den Bannkreis der bürgerlichen Klasse hineingezogen. Dann schreitet die Nationalisierung des Richtertums in der Provinz immer mehr fort. Was sich so hübsch liest und was, wenn es so wäre, ganz in Ordnung wäre, daß nämlich der Richter ein Teil seines Volkes sei, sich zu seinem Volke gehörig fühle, kein welt- oder lebensfremder Richter bleibe, das ist in der Wirklichkeit so, daß der Richter ein Nationalist ist und der Arbeiter ein Angehöriger der Partei, die von der Partei des Richters auf das schärfste gehaßt und auf das böseste verfolgt wird. Ganz unbewußt wird da der Richter in die Klassenjustiz hineingezogen.

Deswegen werden wir nicht zustimmen, die Kompetenz des Berufsrichtertums noch auszudehnen und die Rechtsprechung durch die Geschwornen noch weiter einzuschränken. Das will der Strafgesetzentwurf nun in einem sehr ausgiebigen Maße tun. Herr Hofrat Lammasch meint in dem Bericht an das Herrenhaus, daß sich die Geschwornen in so vieler

Hinsicht als ein schlechtes und unzulängliches Gericht erwiesen haben, weshalb es notwendig sei, die Kompetenz der Geschwornen wenigstens einzuschränken. Aber das scheint ein sehr merkwürdiger Schluß. Denn entweder sind die Geschwornen ein gutes Gericht, dann ist es nicht notwendig, ihre Kompetenz einzuschränken, oder aber sie sind ein schlechtes Gericht, dann darf man sie überhaupt nicht zulassen. Warum das schlechte Gericht bei Anklagen zugelassen werden soll, von denen die schwersten Strafen ausgehen können, bei Anklagen, wo die Strafe bedeutend geringer ist, aber nicht, das ist ganz unerfindlich. Nun ist es zweifellos, daß sich die Geschwornen ihrer Umwelt nicht entziehen können, daß sie ihre Klassengesinnung auch auf die Geschwornenbank mitnehmen, daß es mit der Unbefangenheit und Denkfreiheit der Geschwornen seine sehr gewissen Grenzen hat. Aber dennoch ist das Geschwornengericht eine demokratische Institution, und das Problem ist nicht, das Geschwornengericht abzuschaffen, sondern es zu entwickeln. Nun liegen meines Erachtens — und das wird von allen, die sich mit der Frage beschäftigt haben, ausnahmslos bestätigt — die Mängel und Unzulänglichkeiten des heutigen Geschworneninstituts darin, daß die Geschwornenbank g a n z e i n s e i t i g zusammengesetzt ist. Das ist nämlich so die Demokratie in Oesterreich: Zwölf Männer aus dem Volke urteilen; so soll es sein. Aber wie kommen diese zwölf Männer aus dem Volke hervor? Die Geschwornen werden bekanntlich aus der sogenannten Urliste ausgelost; die Urliste aber stellt der Gemeindevorstand zusammen. Das heißt: aus den Männern, die die vom Gesetz geforderten Qualitäten zu dem Amte des Geschwornen besitzen, sucht der Gemeindevorsteher die aus, die e r für verläßlich hält und die e r zum Richten bestimmen will, so daß die Geschwornen in Wien von irgendeinem P a w e l k a im Magistrat ausgesucht werden (Heiterkeit), der natürlich bei der Auswahl der Geschwornen nach jenen Methoden verfährt, die der Ehrenmann bei der Aufstellung der Wählerlisten gewohnt ist. Mit einem Wort: anstatt der Männer aus dem Volke, die richten sollen, haben wir ausschließlich M ä n n e r a u s d e r c h r i s t l i c h s o z i a l e n P a r t e i. (Sehr richtig! — Rufe der deutschböhmischen Delegierten: Oder Männer aus dem Nationalverband.) Natürlich muß diese Einseitigkeit der Geschwornen zur Abstumpfung alles Rechtsgefühles führen. Ein Greisler unter zwölf Leuten ist ein schätzenswertes Element der Rechtsprechung, aber zwölf Greisler zusammen, die haben ihre bestimmten Ansichten von der Gesellschaft und der gesellschaftlichen Ordnung, und diese Ansichten werden nicht gerade sehr geläutert sein. Sie haben die Ansichten, die sie in der Politik haben, die an ihrem Wirtshaustisch laut werden. Und das übertragen sie in den Gerichtssaal und summieren sie zu einer Einheit, die mit einer Rechtsprechung durch das Volk gar wenig Beziehungen und Berührungspunkte hat. Wir brauchen deshalb eine R e f o r m d e s G e s c h w o r n e n i n s t i t u t s, und zwar eine Reform, daß wirklich alle wirkenden Kräfte der Gesellschaft auf der Geschwornenbank zur Verkörperung gelangen und daß diese, wie immer man den Prozeß der Auswahl gestaltet, doch immer ein Abbild der gesamten Kulturauffassungen innerhalb der Volkheit darstelle. Schlechtweg ausgeschlossen ist natürlich die Unterstellung der politischen, insbesondere der Preßdelikte unter die Berufsrichter. Den Berufsrichtern will der Entwurf zum Beispiel seiner Einsicht nach auch die geschriebenen Majestätsbeleidigungen und Religionsstörungen zuweisen. Wir dürfen nicht vergessen, daß sich bei uns die Auslese des Richtertums, die richterliche Karriere ausschließlich durch das Wohlwollen des Vorgesetzten, besonders des Justizministers vollzieht. Nun wüßte wohl ein jeder Richter, wie es um seine Karriere stehen würde, wenn er die Beleidigung eines Mitgliedes des kaiserlichen Hauses durch einen umstürzlerischen Sozialdemokraten als strafbare Handlung n i c h t erkennen wollte. Und erst die Frommheit! Frommheit ist bei uns ja keine innere Ueberzeugung, kein Glaube an das Uebersinnliche und das Ueberirdische; Frommheit ist bei uns eine Beamteneigenschaft, ein Mittel der Karriere; Servilismus nicht gerade vor dem lieben Gott, denn der gibt

wohl nicht viel darauf, sondern vor sehr irdischen Menschen. Und wir wissen, was für ein Uebermaß von Klerikalismus heute schon vorhanden ist und was eine nicht übermäßig ferne Zukunft uns bescheren kann. Dieser österreichische Staat wird immer gefährlicher werden, und uns seinem Mechanismus zu überliefern, weil sich die Institution, die wenigstens auf dem Wege zur Rechtsprechung durch das Volk liegt, als unzureichend herausgestellt hat, das wäre ausbündige Torheit. Nicht Abschaffung oder Einschränkung des Schwurgerichtes, sondern seine Entwicklung und Ausgestaltung ist das, was wir fordern. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir kommen um so mehr zu dieser Ansicht, wenn wir die gegenwärtigen Verhältnisse betrachten. Die Reaktion in der Justizpraxis läßt sich mit einem Wort ausdrücken: Hochenburger! Der Herr v. Hochenburger ist ein sehr talentierter Mann (Heiterkeit), er hat es nämlich verstanden, über seine eigentliche Natur, die durchaus eine dumpfe, gehässige, verfolgungssüchtige ist, damit hinwegzutäuschen, daß er sich für einen extrem deutschnational wirkenden Minister ausgibt. Immer von neuem betrachte ich es mit einer gewissen Heiterkeit, wenn die deutschnationalen Zeitungen, die in der Provinz gleichfalls sehr viel konfisziert werden, in Wut und Leidenschaft geraten und losgehen wollen und sich plötzlich erinnern, daß der eigentliche Träger dieses Systems doch der deutsche Minister Hochenburger sei! Ihr Zorn ist sogleich gedämpft. Ich bin überzeugt, daß Hochenburger bewußte Gesetzwidrigkeiten nicht scheut, die ihn in Gefährlichkeiten zu bringen scheinen, weil er damit dartun will, daß er auch schwere Gefahren nicht fürchtet, um für die deutsche Sache als deutscher Minister zu wirken. Mit diesem Schein deckt er dann seine wahre Natur! Denn Herr v. Hochenburger ist ein Minister, der allen Beeinflussungen widerspruchslos gehorsam ist. Heute ist in der „Arbeiter-Zeitung“ die Geschichte von dem Kellner und Offizier erzählt worden, die, wenn normale Verhältnisse in Oesterreich herrschten, einen Sturm der Entrüstung hervorrufen würde. (Lebhafte Zustimmung.) Ein Offizier ist mit einem Kellner in Streit geraten, weil er glaubte, er habe eine größere Note auf den Tisch gelegt, als der Kellner entgegengenommen haben will. In diesem Streit hat sich der Offizier gröblichster Schimpfworte bedient, wie sie eben Offiziershochmut gebraucht. Der Kellner hat nichts gesagt als: „Das ist nicht wahr! Sie wissen gar nichts.“ Der Offizier hat nun eine ehrenrätliche Untersuchung gegen sich veranlaßt. Da ist nun der Kellner gefragt worden, wie die ganze Geschichte war; er hat natürlich erzählen müssen, daß der Offizier ihn mit bestimmten Ausdrücken belegt hat, daß er ferner den Säbel ziehen wollte und den Kellner geohrfeigt hat. Nun hat dieser Offizer den Kellner wegen Ehrenbeleidigung geklagt! Ich glaube schon, der Richter wird sich über diesen Offizier seine Gedanken gemacht haben. Er hat den Kellner freigesprochen, indem er erklärte, wenn man sagt: „Das ist nicht wahr“, so ist das nicht der Vorwurf der Lüge, ist auch keine Ehrenbeleidigung, wenn es einem Offizier gesagt wird. Nun hatte der Richter noch zu entscheiden, ob die Erzählung des Kellners, der Offizier habe ihn mit Schimpfworten belegt, wahr sei oder nicht. Der Offizier hat nämlich behauptet, wenn man sagt, ein Offizier habe geschimpft, so sei das eine unerhörte Behauptung. (Lebhafte Heiterkeit.) Der Richter hat nun gesagt: Dafür, daß der Offizier den Kellner geschimpft hat, sind erstens Zeugen da und zweitens ist das sehr wahrscheinlich. Wer den Säbel ziehen will und Ohrfeigen gibt, dem ist auch das Schimpfen zuzumuten. Und überhaupt verraten die Ausdrücke, daß sie der Kellner nicht erfunden haben kann, weil sie ja so nach der Kaserne riechen.

Der Richter konnte nun an dem, was ihm der Justizminister als Beleidigung der Armee vorwarf, gar nicht vorbeigehen, wenn er die Glaubwürdigkeit prüfen wollte. Er hatte zu fragen, ob ein Mann Schimpfworte gebraucht habe. Wenn der Kellner gesagt hätte, der Offizier habe ihn „Parlamentsgauner“ oder „Streikbrecher“ genannt, so hätte der Richter es

natürlich nicht glauben können, weil derartige Worte einem Offizier fern liegen. Wenn der Richter aber hört, der Offizier habe geschimpft: „Marsch, abfahren!" und „Schweinskopf" geschimpft, so ist das doch der ganze Duft und die Gemütsverfassung der Kaserne. Das mußte doch der Richter untersuchen. Im übrigen kann er sich wohl gesagt haben: Das ist doch zu arg! Erst schimpfen, den Säbel ziehen, dann Ohrfeigen und zum Schluß noch klagen: das wäre doch zu viel, was sich selbst ein Offizier in Oesterreich erlauben darf. Es ist zum erstenmal geschehen, daß der Herr v. Hochenburger beachtet hat, was in der „Arbeiter-Zeitung" gestanden ist. Was dort sonst über die Staatsanwälte und über die Gerichte steht, und es ist alles sehr lesenswert, das liest und beobachtet er nicht. Aber daß sich ein simpler Bezirksrichter herausgenommen hat, von Kasernenhofblüten zu reden, das hat ihn rebellisch und wild gemacht. Der Fall ist nicht nur für das Maß der wirklichen Unabhängigkeit der Richter so bezeichnend, er ist auch bezeichnend für die Ueberhebung und Anmaßung, die dem Militarismus nun beliebt und aus der er sich und seine Ausschreitungen als unantastbar erklären möchte. Wie wäre es erst, wenn ein wirkliches Interesse dieser sauberen Staatsgewalt in Gefahr gekommen wäre? Wie würden da die Beeinflussungen erst anheben?

Tatsächlich ist unter Hochenburger die Preßfreiheit, die mit Koerber anfängt, vollständig ausgerottet worden. Man kann es heute ohne Gefahr sagen — er wird ja nicht mehr Minister werden (Lebhafte Heiterkeit) — Koerber war wirklich ein anständiger Mensch; darum ist er auch ins Exil geschickt worden. Es ist gleich nach ihm schlechter geworden. Aber ein gewisses Schamgefühl hat man sich doch bewahrt. Die Schamlosigkeit hat erst unter Hochenburger begonnen. Und was während des Balkankrieges an Konfiskationen geleistet wurde, übersteigt das Maß der Unfreiheit und Verfolgungssucht aller früheren Zeiten. In seiner Rede im Preßausschuß hat Hochenburger erzählt, er habe „nur" drei Ordonnanzen erlassen. Ich könnte, ohne sie gesehen zu haben, wohl angeben, was sie enthalten haben. Erstens ist der Krieg als geheiligte Institution erklärt worden. Es wurde nämlich gegen den Krieg „gehetzt". Man hat alte Gedichte hervorgesucht, in denen der Friede gepriesen und der Krieg gebrandmarkt wird. Die Kriegsbegeisterung ist den Leuten ausgetrieben worden. Dagegen mußte man was tun. Als der Präsident des preußischen Abgeordnetenhauses einen Redner zur Ordnung rief, weil er den Krieg „beleidigt", hat man draußen gelacht. In Oesterreich hat man aber tausendmal Zeitungen konfisziert, weil sie gegen den Krieg „aufgereizt" haben. Man hat es erfunden und den Staatsanwälten mitgeteilt, den Angriff gegen den Krieg als das Verbrechen der Störung der öffentlichen Ruhe zu betrachten; so ist das Wüten gegen den Krieg als das Wüten gegen die Ruhe ausgegeben worden. Dann hat man gefunden — das haben alle Provinzzeitungen erfahren — daß man auch wegen des Paragraphen, der von der Verbreitung unruhiger Gerüchte handelt, konfiszieren könne. Die Verfasser des Strafgesetzes im Jahre 1803 haben wohl daran gedacht, daß jemand das Gerücht aussprenge, es sei die Pest ausgebrochen. Diesen Paragraphen hat man nun zum Konfiszieren benützt und gesagt, es sei ein beunruhigendes Gerücht, wenn man mitteilt, Rußland würde es sich nicht gefallen lassen, wenn Oesterreich Serbien mit Krieg überziehen sollte! Ferner ist jede Mitteilung über militärische Dinge konfisziert worden. Obwohl hunderttausend Reservisten mobilisiert wurden, so ist jede Mitteilung, in der stand, es sei einer eingerückt, unterdrückt worden!

Nun müssen wir uns die Form unserer Preßunfreiheit klarmachen. Je schärfer die Zeitungen sind, desto zurückhaltender schreibt man. Wenn keine Aufregung ist, weiß man, daß auch der Staatsanwalt nicht konfisziert. Wird man aber einmal konfisziert, so ist das schon ein Grund, daß man vorsichtiger wird. Man will ja nicht konfisziert werden, weil das erstens Geld kostet, weil damit doch auch die Leser geschädigt werden, und weil man

das Gefühl der Demütigung, daß irgendein minderwertiger Herr die ganze Arbeit so vieler Menschen vernichten darf, sich ersparen möchte. Man wird also viel zurückhaltender. Nun hat aber der Staatsanwalt den Auftrag erhalten, unter allen Umständen zu konfiszieren. Man will nämlich eine wahre Panik, eine vollständige Unsicherheit erzeugen. Die Zeitungen sollen wissen, daß sie nicht davor sicher sind, daß auch das Vaterunser konfisziert wird. Mit einem Wort: die Konfiskationsbefugnis wird zu einem politischen Instrument. Je größer die Dummheiten sind, die die Herrschenden machen, desto bösartiger wird die Konfiskationspraxis, je ärger das Treiben der Machthaber, desto größer die Rechtsunsicherheit.

Das sind Dinge, die absolut nicht auszuhalten sind. Es ist nur traurig, daß die Preßfreiheit immer mehr und mehr in Verruf gerät. Erstens erwachsen ja auf dem Sumpfboden der kapitalistischen Ordnung Zeitungen, die überhaupt kein Bedürfnis haben, ein frisches, freimütiges Wort zu sagen. Das sind die Zeitungen, bei denen das Geschäft so üppig blüht, die so dick von Inseraten angeschwollen sind. Sollen die das blühende Geschäft durch überflüssige Tapferkeit gefährden? Da wird das freimütige Wort zum Luxus! Es ist einleuchtend, daß sich diese Presse, diese Inseraten- und Geschäftspresse, jeder Kritik begibt, daß mit einem Wort eine Presse entsteht, die vollständig charakterlos und geschlechtslos ist, und daß diese Presse der beste Verbündete der Nutznießer der Preßunfreiheit wird. Dazu kommt die außerordentliche Verwilderung der Parteikämpfe. Es ist in Ilion gesündigt worden und außerhalb Ilions. Wir haben eine Presse, die sich in persönlichen Kämpfen gefällt und die natürlich den Sinn für die Preßfreiheit immer mehr abstumpft. Darunter leiden ganz besonders wir, und zwar in zweifacher Beziehung. Erstens sind alle unsere Angeklagten sicher, von den bürgerlichen Geschwornen wegen Beleidigung von Bürgerlichen verurteilt zu werden. Und zweitens kann es keiner unserer Vertrauensmänner mehr wagen, gegen die Verleumdungen in der nationalistischen und klerikalen Presse, die ja zum Zwecke dieser Verleumdungen regelrechte Betriebe organisiert haben, die Geschwornen zur Genugtuung seiner beleidigten Ehre anzurufen. Wir haben auf der einen Seite das Privilegium der bürgerlichen Presse, uns zu verleumden, so viel sie will, sie ist so immun, wie überhaupt eine Immunität nur machen kann. Sie kann sich in gröblichsten Ausschreitungen ergehen, die giftigsten Verleumdungen ausstreuen; wenn ein Sozialdemokrat zu den bürgerlichen Geschwornen kommt, ist der bürgerliche Ehrabschneider der Freisprechung völlig sicher. Ebenso sicher ist aber der sozialdemokratische Redakteur der Verurteilung, wenn auch sein Verschulden nicht annähernd so groß sei als das der Bürgerlichen gegen uns. Es kann auch nicht annähernd so groß sein; weil ja der sozialdemokratische Redakteur wohl weiß, was ihm bei den bürgerlichen Geschwornen bevorsteht, was seine Angriffe schon abdämpft. In diesem Punkt hat sich die Geschwornenjustiz, wie wir sie heute wahrnehmen, als vollständige Klassenjustiz herausgebildet. Und ich zögere nicht, zu sagen, daß ich die Aufhebung der Kompetenz der Geschwornengerichte bei Ehrenbeleidigungen durch die Presse nicht nur für nützlich, sondern schlechthin für unerläßlich halte. Es scheint da ein Gegensatz zwischen unseren Politikern, die klagen, und unseren Redakteuren, die geklagt werden. Aber selbst wenn ich zugebe, daß diese Geschwornen auch für uns gewisse Lichtseiten haben, und selbst wenn ich zugebe, daß die Abschaffung der Kompetenz der Geschwornengerichte für private Ehrenbeleidigungen auch Nachteile für uns hätte, so sage ich, es wird auch für uns gut sein, wenn sich unser politischer Kampf in Formen bewegen wird, wie sie im ganzen zivilisierten Europa die Regel sind. Natürlich sind nicht die Zeitungen daran schuld, das zu erklären bin ich der Solidarität mit meinen engeren Berufsgenossen schuldig; diese Flut von persönlicher Politik schlimmster Art, von Ehrenbeleidigungen, von Beschimpfungen, die hat sich in die Zeitungen zuerst aus den Vertretungskörpern ergossen, denn, natürlich, böse Beispiele verderben gute Sitten.

(Heiterkeit.) Denn solange dort nicht auf besseren Ton gehalten wird, solange nicht der persönliche Kampf durch den programmatischen, durch den Kampf der Argumente verdrängt wird, ist auf eine Besserung in den Zeitungen nicht zu hoffen. Das ist aber keine nebensächliche Frage. Diese Verpöbelung behindert den ernsten politischen Kampf, daß wir zu einer ernsten Auseinandersetzung, zu einer ernsten politischen Bekämpfung unserer Gegner so schwer kommen. Wir würden unseren Klassenkampf nur fördern, wenn wir ihn von dieser Verwüstung reinigen und in eine höhere und reinlichere Atmosphäre heben könnten. (Lebhafte Zustimmung.)

Was wir verlangen und wovon wir sicher sind, die Wortführer aller politisch reifen Klassen in Oesterreich zu sein, das ist, daß mit der Fesselung und Vergewaltigung der Presse endlich aufgehört werde. Bestehe sie nun in der Form des Verbotes der Kolportage oder in der unermeßlichen Konfiskationswillkür, die jetzt den Staatsanwälten eingeräumt ist und die das freie Wort tötet! Daß der Hochenburger an allem schuld ist, daß er damit einverstanden ist, daß diese ganze Gemeinheit in letzter Linie auf ihn zurückführt, das hat er ja selbst durch ein weithin sichtbares Zeichen bekräftigen wollen. Wenn die Staatsanwälte wissen, daß es dem Hochenburger recht ist, dann konfiszieren sie eben; sie fühlen es ja, das geht wie ein elektrischer Strom von ihm in die Provinzorte. Warum hat er nun dem Mager den Orden verliehen, wenn nicht aus dem Grunde, um öffentlich zu sagen, daß es ihm recht ist, was die Staatsanwälte verüben, daß es ihm wünschenswert ist, daß weiter so vorgegangen werde, daß er vollständig einverstanden ist, daß die Schande immerzu anwachse? (Lebhafter Beifall.) Es ist gar kein Zweifel, daß der Sitz des Uebels der Hochenburger ist. Aber selbst wenn es möglich wäre, was Preußler so innig wünscht und worin wir alle mit ihm einig sind, den Hochenburger zu entfernen: den Hochenburger sind wir los, die Hochenburger sind geblieben! Die Wahrscheinlichkeit, daß sich kein zweiter solcher Mensch finden werde, die ist sehr gering. (Sehr richtig!) Die Wahrscheinlichkeit, daß sich ein gleicher Mensch findet, ist aber sehr groß. Wir müssen das Uebel an der Wurzel fassen. Wir müssen den Staatsanwälten die Willkür entwinden, denn dieses System des Konfiszierens, wie selbst das System der Benützung der Vernachlässigung der pflichtgemäßen Obsorge, dieses ganze System der persönlichen Unverantwortlichkeit ist des Journalisten schlechthin unwürdig. Wir wollen das verantworten, was wir schreiben, natürlich müssen die Formen der Verantwortlichkeit den Ansprüchen unserer Zeit gemäß gestaltet werden; wir stehen für unsere Ueberzeugung gern ein. Diese fade Wehleidigkeit unserer Zeit und namentlich der bürgerlichen Journalisten, die sich vor einer Verfolgung fürchten wie etwa das Dienstmädchen, das vom Lande kommt, um Gottes willen nur nichts mit der Polizei zu tun haben will, die ist eine Entartung der Presse. Der Journalist muß seine Bestrafungen tragen wie der Soldat seine Wunden. Er hat sie im Kampfe bekommen, sie ehren den Mann. Beredter als alle meine Worte wäre es freilich, wenn ich Ihnen einen solchen Staatsanwalt in Person vorführen würde. So ein junger Herr, vom echten österreichischen Strebergeist erfüllt, einer unserer neumodischen Bureaukraten, die nur von der Sucht nach Auszeichnungen erfüllt, nur von dem Wunsch beseelt sind, sich nach oben beliebt zu machen: und dieser eine Mensch ist Herr über alles Geschriebene und Gedruckte in der großen Stadt! Welche Ungeheuerlichkeit! Und seinem Zugriff ist es möglich, die ganze Arbeit eines Tages, die auch materiellen Wert hat und auch einen geistigen Wert für die Leser, mit einem Griff zu vernichten! Denn das alles, was der Konfiskation folgt, die ganze Prozedur beim Gericht ist ja nur ein leerer Formelkram geworden. Auch das war nicht immer so. Auch das ist die Aera des Hochenburger, die das ganze Preßrecht auf die ganz gemeine Zensur reduziert, die ganze Preßpraxis reduziert hat auf die allgemeine Unterdrückung, die den Gerichten die Unabhängigkeit auch in dieser Beziehung ausgetrieben hat. Wenn so ein Richter ein einzigesmal einem

Einspruch stattgibt, verschwindet er beim Oberlandesgericht oder er wird vom Senat entfernt. Wir haben die Kunst der Beeinflussung der Gerichte durch die Hochenburgerei nach den Ereignissen vom 17. September ja ausreichend kennen gelernt. Aus seinen Erlässen und Belehrungen hat sich in Wahrheit eine regelrechte Kabinettsjustiz herauskristallisiert, die das Recht so wendet und dreht und beugt, bis es ganz zu Unrecht geworden ist. (Lebhafter Beifall.)

Wir können nur wiederholen: Dem Skandal mit der Verschleppung der Preßreform muß ein Ende gemacht werden. Warum das Preßgesetz im Abgeordnetenhause nicht fertig wird, ist eigentlich nicht zu begreifen. Denn es ist ja gar kein Widerstand dagegen, es werden im Ausschuß immer einstimmige Beschlüsse gefaßt; das ist eigentlich selbstverständlich. Alle Parteien haben ihre Zeitungen und alle haben das gleiche Bedürfnis nach Aufhebung des Kolportageverbotes, nach Preßfreiheit. Es ist hier wirklich die innere Arbeitsunfähigkeit des Hauses sichtbar. Mit dem größten Nachdruck werden wir aber die kläglichen Ueberbleibsel von Preßfreiheit, die das Gesetz noch gelassen hat, gegen eine gewaltsame Interpretation schützen. Wir machen ja einigermaßen „Fortschritte". Im Jahre 1801, als man das Strafgesetz des Absolutismus in einer Hofkommission beriet, da war noch die Meinung sehr für die qualifizierte Todesstrafe bei Hochverrat und für gemeine Delikte, wie zum Beispiel für Nachahmung der Bankozettel. Wissen Sie, worin die bestanden hätte? Schleifung der Verurteilten zur Richtstätte, Radbrechen von oben herab, Flechtung des Körpers aufs Rad. So arg verfährt man mit den politischen Verbrechern heute freilich nicht. Wenn ich mich aber an ein Manifest Josefs II. erinnere, den man ja nicht beleidigt, wenn man ihn als eine Seltenheit in der Herrscherreihe bezeichnet, der er angehört hat, wenn ich mich an dieses Manifest von 1781 erinnere, so muß ich freilich sagen, daß der österreichische Geist nur selten eine Entgleisung zum stürmischen Fortschritt gezeigt hat. In diesem berühmten Zensuredikt heißt es: „Kritiken, wenn es nur keine Schmähschriften sind, sie mögen treffen, wen sie wollen, vom Landesfürsten bis zum Untertanen, sollen nicht verboten werden, da es ja jedem Wahrheitsliebenden eine Freude sein muß, wenn ihm solche auf diesem Wege zukommt." Von diesem josefinischen Geist, daß es den Regierenden eine Freude ist, wenn ihnen die Kritik ihrer Handlungen zukommt, von dem ist bei unseren Machthabern blutwenig zu bemerken. Der österreichische Geist ist eben der Geist des römischen Katholizismus, der Geist einer blinden Verehrung, eines von Zweifeln nicht angekränkelten Glaubens, ist die Vorstellung einer von Gott eingesetzten Autorität und der Folgsamkeit und Fügsamkeit der Untertanen. Und er ist es, der durch die Jahrhunderte lebendig geblieben ist! Es ist kein Zufall, daß Grillparzer, der ja ein großer Dichter ist und deshalb die reaktionäre Natur des Oesterreichers besonders scharf ausprägt, seiner Lieblingsgestalt, seinem Kaiser Rudolf das Wort in den Mund legt: „Gott aber hat die Ordnung eingesetzt." Unter dieser göttlichen Ordnung verstehen sie eben alle ihre Herrschaftsinteressen, die Interessen aller irdischen Organe und Nutznießer der göttlichen Ordnung. Für diese verlangen sie Untertänigkeit, und wenn sie auch die formalen Leibeigenschaften aufgehoben haben und wenn der Kapitalismus mit seiner ehernen, zermalmenden Gewalt über die Wirtschaftsformen der Vergangenheit auch hinweggegangen ist und neue entstehen ließ: die Vorstellung von einer geistigen Untertänigkeit, von einer geistigen Leibeigenschaft, die ist aus ihren Köpfen nicht ausgelöscht worden. Darum hat man hier die Bildung, die Gesittung als Element der Volkskraft immer zu leugnen gesucht und hat nie die Erkenntnis gehabt, daß Bildung und Gesittung auch ihre entscheidenden Faktoren sind, um die wirtschaftliche Kraft zu heben. Indem wir gegen diesen österreichischen Geist rebellieren, indem wir ihm unsere proletarische revolutionäre Gesinnung entgegenstellen, pflügen wir nicht bloß das Erdreich für die Aussaat des Künftigen um, sondern die Freiheit macht

uns auch fähig, den Kampf zu führen, den die Gegenwart gebietet. Die Freiheit brauchen wir als ein Lebenselement für unseren Kampf, und alles, was sich der Freiheit entgegenstellt, sie hemmt, ist ein Hindernis unseres Kampfes. Deshalb sind wir, indem wir die Freiheit der Meinung, die Freiheit der Kritik verteidigen, die Bahnbrecher einer besseren Zukunft und wirken als entschlossene Kämpfer der kommenden Zeit. (Stürmischer Beifall.)

Kreibich (Reichenberg): Wir in der Provinz haben unter der Reaktion in der Verwaltung und Justiz oft noch mehr zu leiden als Sie im Zentrum des Reiches, weil bei uns die Geschwornen und Richter oft viel feindseliger sind. Wir haben zwei recht typische Fälle beim Reichenberger Schwurgericht erlebt. In dem einen Fall handelt es sich um einen bürgerlichen Defraudanten, dem durch das Schuldig der Geschwornen eine Strafe drohte. Diese Gefahr wurde durch die Richter abgewendet, die erklärten, die Geschwornen hätten sich geirrt. In dem anderen Fall hat es sich durch das Geständnis der Geschwornen herausgestellt, daß die Richter eine Frau auf Grund eines irrtümlich zustande gekommenen Spruches der Geschwornen zum Tod verurteilten. Allerdings handelt es sich in dem einen Fall um einen Bürgerlichen, der Geld unterschlagen hat und dessen Verbrechen durch die sozialdemokratische Zeitung aufgedeckt wurde; den Mann hat man geschont. In dem anderen Fall handelt es sich um ein durch jahrelanges Elend verzweifeltes Weib, das sich und die Kinder aus dem Elend der Welt wegschaffen wollte. Wir sehen auch bei den Konfiskationen die Interpretationskunst des Staatsanwalts. Der Reichenberger Staatsanwalt hat auch einen neuen selbständigen Teil der Armee entdeckt. Es sind das die Reservisten, wenn sie in einem Eisenbahnzug zufällig zusammen sitzen und gemeinsam heimfahren. Wegen Beleidigung einer solchen „selbständigen Abteilung der Armee“ sind wir konfisziert worden. Nach dieser Probe des Staatsanwalts wird es uns nicht mehr wundern, wenn nächstens auch eine Gruppe von Soldaten, die mit ihren Köchinnen beisammen sitzen, als eine „selbständige Abteilung der Armee“ betrachtet wird. Ein anderer Fall. Haben Sie schon jemals gesehen, daß, wenn jemand, der mitangesehen hat, wie einer schlecht behandelt wird, seiner Empörung mit dem Rufe Ausdruck gab: „Der wird wie ein Hund behandelt!“, er von dem Mißhandelten wegen Ehrenbeleidigung geklagt wird, weil der Mann vor Empörung konstatierte, daß man ihn wie einen Hund behandelt habe? Uns ist aber das doch passiert. Wir haben geschrieben, daß die Reservisten wie das Vieh behandelt wurden, und wir wurden wegen Beleidigung der — Reservisten konfisziert. (Heiterkeit.) Es war damals in der ersten Empörung geschrieben worden, die Richter, die diese Konfiskation bestätigten, seien Idioten. Wir bedauern, nach der Rede des Genossen Austerlitz, daß so geschrieben wurde; jetzt erkennen wir, daß sie nur bestätigt haben, daß sie gezwungen sind, österreichische Richter zu sein. (Beifall.)

Dr. Friedrich Adler: Das, was wir alle gegenüber der gegenwärtigen Justizpraxis fühlen, insbesondere nach dem krassen Falle, der heute bekanntgeworden ist, können wir kurz in dem einen Satze zusammenfassen, daß es bald nötig sein wird, neben jedem einzelnen Paragraphen des Staatsgrundgesetzes einen eigenen Laternenpfahl zu errichten. Wir hatten bei keinem unserer Parteitage in den letzten fünfundzwanzig Jahren Zeit, uns mit der Justiz zu beschäftigen. Es geschieht heute zum erstenmal, und auch da konnten wir uns nur mit dem Dringendsten befassen, mit dem Strafgesetzentwurf, der dem Abgeordnetenhause gerade vorliegt. Es wird aber einmal notwendig sein, auch die prinzipiellen sozialistischen Forderungen klarzulegen, die wir an die Justiz stellen. Ich glaube, daß die Genossen in den Versammlungen bei aller Anerkennung der Vorzüge, die der jetzt vorgelegte Entwurf gegenüber dem hundertzehn Jahre alten Strafgesetz hat, auch von diesem alten Strafgesetz, das heute in Geltung ist, sprechen werden, weil dieses Strafgesetz der klarste Ausdruck unserer ganzen gesellschaftlichen Zustände ist. Ich hoffe, daß unsere Agitation nicht so sehr

auf die Zufriedenheit hinauskomme, daß wir endlich von dem 110 Jahre alten Gesetz befreit werden, sondern daß wir die Diskussion des Strafgesetzes benützen zu einer systematischen Kritik unserer gesamten Gesellschaftsordnung. (Beifall.)

Die Resolution 25 wird hierauf einstimmig angenommen.

Eventuelles.

Abgeordneter **Dr. Adler**: Es ist eine kleine Anzahl von Anträgen eingelaufen, die sich nicht gut unter einem Punkt der Tagesordnung unterbringen ließen. Wir haben sie darum unter Eventuelles zusammengefaßt. Es ist nun auch in der letzten halben Stunde ein Antrag gekommen. Der Antrag Kořinek fordert mit Rücksicht darauf, da die Agitation bei den in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Arbeitern und ihre Organisierung mit besonderen Schwierigkeiten verbunden sind, daß der Parteitag die Vertrauensmänner verpflichte, überall nach Möglichkeit ihre Tätigkeit auch auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter auszudehnen. Dazu habe ich zu bemerken, daß wir in einzelnen Gegenden Ansätze zu solchen organisatorischen und agitatorischen Arbeiten haben, daß diese Ansätze von Partei wegen so viel als möglich gefördert werden und daß es selbstverständlich wünschenswert ist — wiewohl die Schwierigkeiten nicht zu unterschätzen sind — daß so viel als möglich Genossen diese Arbeit unterstützen. Ich empfehle daher den Antrag zur Annahme, in der Auffassung, daß er als Mahnung gelte, auf einem bereits betretenen Wege fortzuschreiten.

Der Antrag 13 lautet:

> Mit Rücksicht darauf, daß die Agitation und die Organisierung der in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Arbeiter mit besonderen Schwierigkeiten verbunden sind, verpflichten sich die Vertrauensmänner, überall nach Möglichkeit ihre Tätigkeit auch auf die Forst- und Landarbeiter auszudehnen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Abgeordneter **Dr. Adler**: Der Antrag der Lokalorganisation von Bautsch und Mährisch-Trübau besagt, daß in Berücksichtigung der geringen finanziellen Mittel, die der Partei zur Verfügung stehen, jene Genossen, die ein Reichsrats- oder Landtagsmandat innehaben und nebst diesem noch in bezahlter fester Stellung stehen, einen Teil der Diäten an die Parteikasse abzuführen haben. Da von diesen Diäten doch so viel gesprochen wird, möchte ich diesen Antrag zum Anlaß nehmen, um Ihnen die Sache klarzulegen. Der Antrag rennt offene Türen ein. Die Genossen wissen offenbar nicht, daß diesem Antrag von der Reichsratsfraktion bereits entsprochen worden ist — die Landtagsabgeordneten sind stellenweise ziemlich noch vereinzelt und der Genosse Preußler zum Beispiel möge sich als Obmann der Salzburger Landtagsfraktion mit seinem Klub auseinandersetzen. (Heiterkeit.) In den Ländern, wo doch etwas mehr Landtagsabgeordnete sind, haben die Genossen bereits Aehnliches durchgeführt wie die Reichsratsfraktion. Was aber die Reichsratsfraktion betrifft, so wird diesem Antrag entsprechend gehandelt, seit wir eine größere Reichsratsfraktion haben. Gerade die Mitglieder der Fraktion geben von ihren Diäten einen ganz erheblichen Teil in eine gemeinsame Klubkasse. Diese Klubkasse ist bestimmt, die Mittel zu liefern für die Erhaltung unseres Fraktionssekretariats. Wir haben, wie Sie wissen, zwei Beamte und eine umfangreiche bürokratische Einrichtung und ich dürfte Ihnen nichts Neues sagen, wenn ich Ihnen mitteile, daß sich diese Einrichtung unter der Leitung des Genossen Bauer als Rückgrat unserer parlamentarischen Arbeit glänzend bewährt hat. Ueber das hinaus wird aus der Klubkasse eine Arbeit gemacht, die bei allen Wahlen zur Geltung kommt und noch mehr werden wird. Das ist die Ansammlung jenes politischen Materials, das für die einzelnen Bezirke notwendig ist, um mit einer gewissen Ausrüstung in den Wahlkampf einzu-

treten. Auch diese Arbeit kostet Geld. Der Klub gibt auch regelmäßig die gedruckten Berichte über seine Tätigkeit heraus, die den Vertrauensmännern unentgeltlich geliefert werden. Außerdem liefert die Klubkasse jährlich einen Betrag von 5000 Kronen an die Parteikasse ab, die auch die Ueberschüsse erhält, wenn sich solche ergeben. Sie sehen also, es wird den Wünschen, die in dem Antrag ausgesprochen werden, bereits Rechnung getragen. Selbstverständlich bleibt immerhin ein Rest zu wünschen übrig für jene Genossen, die den Wert der Diäten für das Leben des Abgeordneten überschätzen, die nicht wissen, daß diese Diäten durchaus nicht einen Luxus gestatten, sondern daß das sehr abenteuerliche Leben eines Abgeordneten, insbesondere wenn er nicht in Wien wohnt, wirklich ganz außerordentliche Ausgaben nötig macht, für die die Diäten in ihrem heutigen Umfang keinen vollen Regreß bedeuten. Als Obmann der Fraktion will ich Ihnen darüber vollkommen klaren Wein einschenken. Da das, was der erste Teil des Antrages wünscht, ohnedies schon in ausreichender Weise geschieht, so halte ich diesen Teil für überflüssig. Dazu kommt nun noch ein zweiter Teil, der eine Kommission wünscht, die vom Reichsparteitag zur Ueberwachung dieses Beschlusses eingesetzt werden soll. Ich glaube, die Kommission können wir uns schenken, da wir Ihnen ohnedies freiwillig sagen, was wir tun. Ich glaube auch, daß die Genossen von Mährisch-Trübau das nicht so streng gemeint haben und damit einverstanden sein werden. Ich glaube, wir könnten, damit wir den Antrag nicht ablehnen und die Genossen höflich behandeln, den Antrag der Fraktion zuweisen, sie möge untersuchen, ob das, was sie heute schon tut, zu den Forderungen des Antrages im richtigen Verhältnis steht. (Zustimmung.)

Der Antrag 12 lautet:

> In Berücksichtigung der geringen finanziellen Mittel, die der Partei zur Verfügung stehen, haben jene Genossen, die ein Reichsrats- oder Landtagsmandat innehaben und nebst diesem noch in bezahlter fester Stellung stehen, einen Teil der Diäten an die Parteikasse abzuführen.
>
> Ueber die Durchführung dieses Beschlusses wacht eine vom Reichsparteitag einzusetzende Kommission.

Der Antrag wird der Fraktion zugewiesen.

Abgeordneter Dr. **Adler:** Dann ist noch in der letzten halben Stunde ein Antrag von Wiener Genossen eingelaufen, der auf eine wohlgemeinte Aktion zur Verbreitung der „Arbeiter-Zeitung“ abzielt. Er verlangt, daß der Parteitag eine zwanziggliedrige Kommission wählen soll, die das Problem der größeren Verbreitung der „Arbeiter-Zeitung“ einem gründlichen Studium unterzieht und dem nächsten Parteitag geeignete Vorschläge zu unterbreiten hat. Ich möchte bei dieser Gelegenheit bemerken, daß ich aus privaten Unterredungen mit Genossen entnommen habe, sie hätten keine Möglichkeit gehabt, über die „Arbeiter-Zeitung“ zu sprechen. Das ist ein Irrtum. Es war natürlich beim Parteibericht die volle Möglichkeit gegeben, über die Presse zu sprechen. Der Parteivorstand hat nur geglaubt, diesmal nicht einen eigenen Punkt über die Presse auf die Tagesordnung stellen zu müssen, weil damit ein Referat und Debatten verbunden sind, die einen weiten Umfang annehmen. Wir haben einen ausführlichen gedruckten Bericht über den Stand der Parteipresse vorgelegt, so daß wir glaubten eine eigene Debatte über die Presse nicht eröffnen zu sollen. Sie hätten von Emmerling alle Auskünfte haben können. (Cermak: Er hat auf Fragen nicht geantwortet!) Nun, wenn das nicht geschehen ist, das werden wir, wenn es sich im Protokoll ergibt, nachholen. Nun zu dem Antrag. Da ich auch mit der „Arbeiter-Zeitung“ in engerer Beziehung stehe, so erlaube ich mir den Dank auszusprechen für das bekundete Wohlwollen, das aus dem Antrag spricht, aber ich glaube, daß auf diesem Wege das Ziel nicht erreicht werden kann. Das, glaube ich, ist mehr eine lokale Angelegenheit. Damit soll sich hauptsächlich

die Wiener Organisation beschäftigen und ich glaube, die Antragsteller werden sich da Wien anschließen. Das muß nicht auf dem Parteitag geschehen. (Sever macht einen Zwischenruf.) Ich weiß ja, Genosse Sever, Sie wünschen den Redakteuren der „Arbeiter-Zeitung" zu sagen, sie sollen die Redaktionsarbeiten früher schließen. Genosse Sever wird eingeladen, das in der Lokalorganisation in Wien zu tun, wo er es ja ohnehin reichlich tut. Aber hier die Delegierten des Parteitages damit zu beschäftigen, ist nicht notwendig. Die Delegierten des Parteitages wissen die Schlechtigkeit der Redakteure der „Arbeiter-Zeitung" ganz genügend einzuschätzen. (Lebhafte Heiterkeit.) Ich bitte daher, diesen Antrag — ich kann nicht anders, da er nicht zurückgezogen wird — abzulehnen.

Der Antrag 26 wird mit allen gegen die Stimme Severs abgelehnt. (Heiterkeit; Dr. Adler [lachend zu Sever]: Der Ehren halber!)

Abgeordneter Dr. Adler: Schließlich liegt noch ein Antrag vor, der sich mit dem nächsten Parteitag beschäftigt. Es ist die Organisation Graz, und wahrscheinlich sind es die steirischen Genossen überhaupt (Zustimmung), die in dem Antrag wünschen, daß der nächste Parteitag in Graz abgehalten werde. Mir persönlich und wahrscheinlich auch dem gesamten Parteitag ist der Antrag sehr sympathisch. Die Genossen in Graz haben ein herrliches Haus und sie wünschen offenbar, es allen Delegierten zu zeigen. Und sie haben recht. Graz ist für den Parteitag auch ein sehr geeigneter Ort und ich glaube, wir können das vorläufig mit der Einschränkung annehmen, daß wir nicht wissen, ob wir im nächsten Jahre, da der internationale Kongreß ist, einen Parteitag abhalten werden. Das Statut nötigt uns nicht dazu. Ich empfehle den Antrag in der Formulierung: als Ort des nächsten Parteitages — ohne Rücksicht, ob er im nächsten Jahre ist oder nicht — Graz zu wählen. Ich glaube, wir können diese Einladung annehmen.

Der Antrag 27 (Graz) wird dann einstimmig angenommen.

Die Schlußreden:

Abgeordneter Sever: Wir alle haben die Pflicht, dem Präsidium für die umsichtige Leitung der Geschäfte Dank und Anerkennung auszusprechen. Wir wollen aber auch nicht der Genossen vergessen, die im Sekretariat die vorbereitende Arbeit geleistet haben, so wie auch der Genossen und Genossinnen, die mit der Berichterstattung eine große Arbeit geleistet, aber auch nicht der Genossen, die sich als Ordner betätigt haben. Ich glaube in Ihrem Namen zu sprechen, wenn ich allen den herzlichen Dank ausspreche. (Beifall.)

Abgeordneter Seliger: Wir dürfen nicht fortgehen, ohne unseren Gastgebern in engerem Sinne, unseren Ottakringer Genossen, für die freundliche Aufnahme in ihrem Heim und für all das Entgegenkommen, das sie der Gesamtheit des Parteitages und jedem einzelnen Delegierten gegenüber bei der Erfüllung seiner Pflichten bewiesen haben, unseren herzlichsten Dank auszusprechen. Wir sind verpflichtet, auch dafür, daß sie die harte und schwere Arbeit, die wir hier zu verrichten hatten, durch so angenehme, frohe und schöne Stunden unterbrochen haben, herzlichsten Dank zu sagen unseren Ottakringer und allen unseren Wiener Genossen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Pernerstorfer: Wir sind am Ende unserer Beratungen. Da möchte ich vor allem einen geschäftlichen Wunsch aussprechen. Wir haben auf diesem Parteitag eine Reihe großer, höchst interessanter und für die Partei höchst wertvoller Berichte gehört; aber Sie alle werden mit mir einverstanden sein, daß diese Berichte einen Fehler haben. Die Berichterstatter haben, mit einer einzigen Ausnahme — merkwürdigerweise des Genossen Dr. Viktor Adler (Heiterkeit. Bauer: Auch ich!) — ihre Redezeit überschritten. So interessant diese langen Referate waren, so sehr dankbar wir den Genossen für alle Arbeit sind: als Vorsitzender möchte ich den Wunsch aussprechen, daß künftighin die Referenten sich mehr Zwang auferlegen und

ihre Ausführungen in kürzere Zeit zusammenfassen. Ich brauche nicht ausdrücklich auf einzelne Berichte hinzuweisen. (Heiterkeit.)

Wir haben uns mit den Gegenständen befaßt, die für das österreichische Proletariat von der größten Wichtigkeit sind. Wir haben erörtert die gegenwärtige wirtschaftliche Krise, die Arbeitslosigkeit, das Stocken der sozialpolitischen Gesetzgebung. Das sind alles Dinge, die dem Arbeiter unmittelbar auf den Fingern brennen. Auch die große Politik haben wir beraten. In einem ausgezeichneten Bericht hat uns Leuthner die auswärtige Politik Oesterreichs vorgeführt. Erlauben Sie mir noch dem Gedanken Ausdruck zu geben, daß, wenn wir sowohl in Oesterreich als auch im größten Teil Europas von den Schrecken des Krieges verschont geblieben sind, die sozialdemokratischen Parteien aller Länder ein Stück des Verdienstes für sich in Anspruch nehmen dürfen. Zu stark ist überall in den modernen Kulturländern die Sozialdemokratie, als daß die Herrschenden nicht Besorgnis hätten, daß im Falle eines Krieges Verwicklungen vorkommen können. Im Westen, in Deutschland und Frankreich, ist es der Sozialismus, der die Herrschenden mit Besorgnis erfüllt, im Osten ist es die immer drohende Revolution, die die Machthaber des großen russischen Reiches beunruhigt. So dürfen wir es in Anspruch nehmen, schon jetzt beigetragen zu haben zur Erhaltung des Friedens.

In allen Berichten gleichermaßen, bisweilen in stürmischer Weise, ist zum Ausdruck gekommen die Ansicht, daß wir in dem Staate, in dem wir zu leben gezwungen sind, jämmerliche Verhältnisse haben. Von besonderer Wichtigkeit war deshalb die Debatte über die parlamentarische Tätigkeit. Es scheint fast, als ob das Proletariat Oesterreichs nervös und hysterisch geworden sei. Aber vergessen Sie nicht: alle Völker Oesterreichs sind nervös und hysterisch. Das ist kein Wunder. Jahrhundertelang hat man sie in Knechtschaft gehalten wie in einer Zelle. Als man ihnen scheinbar ein Stück Freiheit gab, was haben sie entdecken müssen? Sie sind aus der Zelle herausgelassen worden, aber sie sind auf unübersteigbare Mauern gestoßen. Eine Ungeduld hat alle erfaßt, die wesentlich darin begründet ist, daß die Völker gewohnt waren, daß sie von oben herab regiert werden, und sich nicht zusammengefunden haben im Bewußtsein ihrer eigenen Kraft und nicht mit dem festen Willen, ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen. Hoffen wir, daß von diesem Parteitag ab bei dem deutschösterreichischen Proletariat dieses hypnotische Hinstarren auf das Parlament ein Ende nimmt. Erinnern Sie sich an das Kurienparlament, an das Ständeparlament, wie wir es nennen können. Als in Hainfeld die getrennten Parteien zusammentraten, lebte in einem großen Teil der Genossen ein antiparlamentarischer Zug. Er mußte überwunden werden. Aber der Hainfelder Parteitag hat schon ausgesprochen, was immer für das Proletariat eine natürliche Sache war, daß das Parlament nichts sein kann als eines der Mittel, die wir im Kampfe zu gebrauchen haben, und unsere ganze Wahlrechtsbewegung war getragen nicht von dem Gedanken, daß das allgemeine Wahlrecht die Erfüllung unserer Wünsche bringen werde, sondern daß es die Erfüllung eines natürlichen Rechtes ist, daß die Arbeiter Einlaß fordern in das Parlament, weil sie nicht Bürger zweiter Klasse sein wollen, weil sie es als Zurücksetzung empfinden, nicht an der Stätte vertreten zu sein, wo die Gesetze gemacht werden. Diese Bewegung hat Jahrzehnte gedauert und schwere blutige Kämpfe erfordert. Dadurch ist das Interesse des Proletariats, wenn ich so sagen darf, sehr stark der politischen Politik zugewendet worden, und darum gibt es auch kein Proletariat, das so bekannt ist mit den Einzelheiten der parlamentarischen Vorgänge wie gerade das österreichische.

Die Augen des Proletariats waren auf die österreichische Politik gerichtet. Nun ist die Politik ein schweres und nicht immer reinliches Geschäft. Als wir in genügender Zahl ins Parlament kamen, als wir es benützten als offene Tribüne für das Proletariat, da ist jene merkwürdige Erscheinung

aufgetreten, daß das österreichische Proletariat auf momentane Erfolge lossteuerte. Zwar haben unsere Redner und unsere Presse nicht verabsäumt, in Tausenden von Reden und Artikeln darzulegen, daß wir keine Reformpartei sind. Wir hätten es machen können wie die bürgerlichen Parteien, wie es vielleicht gar manchem vorzuschweben scheint. Wir hätten Geschäfte machen können. Vielleicht wäre das gelungen, wenn wir uns entschlossen hätten, eine bürgerliche Reformpartei zu sein, eine radikale Arbeiterpartei, wie sie in England so lange bestanden hat und noch besteht, die wesentlich darauf ausgeht, Vorteile des Tages zu erringen, aber nicht erfüllt ist von dem großen sozialistischen Geiste.

Wenn hier der Ruf nach Obstruktion ertönt, so hat das seinen Grund darin, daß die alte bewährte revolutionäre Taktik nicht mehr so viel Wertschätzung hat in unseren Reihen, wie es sein sollte. Wir haben draußen zu sagen: „Wir können keine bloße Reformpartei sein; wir werden wohl alles tun, um Vorteile aller Art für das Proletariat herauszuschlagen. Aber wir werden dieser Gesellschaft immer gegenüberstehen als eine revolutionäre Partei. Was unser Ziel ist, ist nicht gerade dieses oder jenes Gesetz, das ist der Umsturz der heutigen kapitalistischen Ordnung. Wir tragen in uns den Charakter der Unversöhnlichkeit, den unsere Partei im Gegensatz zu allen anderen Parteien hat. (Lebhafter Beifall.)

Was ist unsere Aufgabe? Schulung der Köpfe. Es war die Klugheit des Parteiführers Lueger, daß er auf leere blinde Instinkte ausgegangen ist, daß er Dinge gesagt hat, zu deren Begreifung die Leute kein Hirnschmalz brauchen. Das, was er den Leuten zu sagen hatte, war schnell gelernt. Wir aber sagen den Massen: Ihr müsset, ihr müsset lesen! Das zu sagen ist nicht immer eine sehr erfreuliche Aufgabe, besonders in Wien und Niederösterreich, wo man dergleichen als Aufforderung zur Fadheit hinstellt, aber wir müssen sie erfüllen. Denken Sie an unsere alten Kämpfer von 1868 an! Waren das Leute, die auf unmittelbare Erfolge ausgegangen sind? Sie sind erfüllt gewesen von dem Gedanken des Sozialismus. Nicht Vorteile haben sie geerntet. Das einzige, was sie davontrugen, waren Verfolgung, Gefangenschaft, Vernichtung der Existenz in Hunderten Fällen. Wir müßten uns schämen vor den alten Kämpfern, wenn wir plötzlich eine Partei der reinen Opportunität würden. Aber es ist nicht nur nötig, die Köpfe zu erhellen. Ohne enthusiastische Begeisterung und ohne Schwung der Seele würden wir nicht vorwärtskommen. Unsere Aufgabe muß es sein, in die Herzen der Proletarier einen hell lodernden Feuerbrand hineinzuwerfen und zu sorgen, daß er nicht nur die Herzen erwärme, sondern auch die Köpfe erleuchte. Wer diesen sozialistischen Geist in sich trägt, wird nicht fragen nach den Erfolgen des Tages; er wird wissen, daß wir eine Armee von Kämpfern zu sein haben.

Und auch Geduld ist eine Tugend, die wir haben müssen. Was wir vertreten, ist die größte Idee, die in der Menschheit da ist. Daß sie so lange ringen müssen, erfüllt manche der Menschen mit Ungeduld. Aber wie lange kämpfen wir? Nicht einmal zwei Menschenalter. Wollen Sie eine in ihren Grundfesten heute noch ziemlich gesicherte Welt entwurzeln, umwerfen in zwei Menschenaltern? Aber sorgen wir dafür, daß das große Heer von Tag zu Tag wachse, und wir werden die Kraft bekommen, unsere Aufgabe auszuführen. Wir als Sozialisten sind gewiß Optimisten im besten Sinne des Wortes. Wir wissen mit Festigkeit und Sicherheit, uns gehört die Welt und die Zukunft! Aber wir sind sehr kritisch für die Gegenwart. Mit unserer Unzufriedenheit mit der Gegenwart muß jedoch verbunden sein die schrankenlose Hoffnungsfreudigkeit, die in uns wohnt und nicht zu erschüttern ist.

Gerade vor hundert Jahren ist das deutsche Volk in einem großen Kampf gestanden, aber das deutsche Volk ist verraten und betrogen worden von Fürsten, die ihm alle Versprechungen gemacht hatten. Die deutschen

Untertanen von damals erfuhren, was die Geschichte tausendfach lehrt, daß auf Versprechungen von Fürsten nichts zu geben ist. Der Feind ist hinausgeworfen worden aus dem deutschen Lande, aber in Knechtschaft blieb das deutsche Volk weiter. Wir haben nun unsere Hoffnungen nicht gestellt auf Fürsten und nicht auf andere Machthaber. Wir wissen, daß uns gegenübersteht eine geschlossene Schar, mit der es kein Kompromiß gibt, mit der es nur Kampf gibt bis zur großen Entscheidung. Wenn wir heute zurückblicken auf die fünfundzwanzig Jahre der neugeordneten Partei, hinausblicken über die Grenzen unseres Landes, wenn wir den Aufschwung der Sozialdemokratie in der ganzen Kulturwelt sehen, so können wir sagen: Ueberall herrschen noch die Gegner, nirgendwo ist noch die Macht in unseren Händen, aber das Gefühl der Trostlosigkeit bemächtigt sich unser nicht. Und wenn auch die Gegenwart uns trostlos erscheint — wir wissen, daß die Zukunft uns gehört, und so können wir Sozialdemokraten mit dem Dichter, der vor siebenundneunzig Jahren, drei Jahre nach der großen Völkerschlacht von Leipzig, das deutsche Volk und deutsche Fürsten, jenes wegen seiner Schwäche, diese wegen ihrer verräterischen Treulosigkeit, in herrlichen Strophen angeklagt hat, mit weitaus größerem Rechte die Worte sprechen:

> Untröstlich ist's noch allerwärts,
> Doch sah ich manches Auge flammen
> Und klopfen hört' ich manches Herz.

(Brausender Beifall.)

Der Parteitag ist geschlossen.

Die Delegierten erheben sich und stimmen begeistert das „Lied der Arbeit" an. Unter Hochrufen auf die Sozialdemokratie verlassen sie den Saal.

Begrüßungsschreiben und Telegramme.

Von der britischen Arbeiterpartei.

Werte Genossen! Im Auftrag des Exekutivkomitees der britischen Arbeiterpartei danke ich Ihnen für die Einladung zu eurem Kongreß. Wir bedauern, daß verschiedene Umstände uns hindern, in diesem Jahr einen Delegierten zu entsenden. Es ist unser aller Wunsch, daß euer Kongreß zu einem großen Erfolg werde und dazu beitrage, die österreichische Bewegung stärken und geschlossener zu machen.

Freundschaftliche Grüße von eurem ergebenen

Middleton, Sekretär.

Von der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands (J. L. P.).

Werte Genossen! Ich bin von unserem Vorstand beauftragt, Ihnen herzlichst für Ihre Einladung zur Teilnahme an Ihrem bevorstehenden Kongreß zu danken und dem Bedauern Ausdruck zu geben, daß es uns diesmal nicht möglich ist, eine Vertretung zu entsenden. Unser Vorstand sendet seine herzlichsten Wünsche für den Erfolg des Kongresses und sieht dem Wiener Internationalen Kongreß entgegen, wo er hofft, das Vergnügen zu haben, die Bekanntschaft vieler Ihrer Mitglieder zu machen.

Ich bin auch beauftragt, Sie zu verständigen, daß der 21. Jahrestag der Gründung der Unabhängigen Arbeiterpartei (J. L. P.) als der „Großjährigkeits“-Kongreß nächste Ostern zu Bradford gefeiert werden wird. Wir hoffen zuversichtlich, daß die sozialdemokratische Arbeiterpartei Oesterreichs uns die Ehre erweisen werde, aus diesem Anlaß einen Vertreter zu entsenden, und erneuern hiemit die Einladung, die unser Vorsitzender, Abgeordneter J. Keir Hardie, an Sie gesandt hat.

Mit brüderlichen Grüßen

Francis Johnson.

Von der sozialistischen Partei Italiens.

Werte Genossen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich! Wir haben Ihren geschätzten Brief vom 3. Oktober erhalten, in welchem Sie uns zu Ihrem Jahreskongreß einladen, der vom 31. Oktober bis 4. November stattfindet.

Wir danken Ihnen für Ihre Einladung, in welcher wir gerne dieselben Gefühle sehen, welche uns im letzten Jahre drängten, eine Zusammenkunft mit Ihren Vertretern zu wünschen, um die brüderliche Verbindung der Völker zu festigen, eine Verbindung, welche die Politik der herrschenden Klassen bedroht durch ihre adriatische und albanische Rivalität.

Gerne würden wir eure Einladung annehmen, aber gerade in den letzten Tagen dieses Monats werden wir in einem allgemeinen politischen Kampf begriffen sein und Sie werden leicht verstehen, daß wir diesen Kampf niemand entziehen können, da doch dieser Kampf so wichtig ist für unser Land.

Es ist uns also unmöglich, auf Ihrem Kongreß durch einen Delegierten vertreten zu sein, aber wir hoffen, daß Sie Ihren Parteigenossen unsere Gefühle der Solidarität und Brüderlichkeit übermitteln, welche wir für den Kampf hegen, den ihr so leidenschaftlich gegen eure Bourgeoisie führt, und wir hoffen, daß Sie unsere besten Wünsche genehmigen für die Kämpfe und Erfolge Ihrer Partei.

Genehmigen Sie unsere brüderlichen Grüße.

Der Sekretär: Lazari.

Von der französischen sozialistischen Partei (französische Sektion der Arbeiter-Internationale).

Werte Genossen! Mit großer Freude würden wir einen unserer Kameraden zum nächsten Kongreß der sozialistischen Partei Oesterreichs entsenden. Gründe materieller Natur erlauben es uns indes nicht, was wir herzlich bedauern.

Wir wünschen vom ganzen Herzen euren Arbeiten den besten Erfolg und bitten Sie, den Kongreßteilnehmern zugleich mit unserer Entschuldigung die besten Wünsche, welche wir für die Größe, die Stärke und die Festigung der österreichischen Arbeiterbewegung hegen, zu übermitteln. Alle unsere Sympathien sind mit Ihnen, denn wir kennen Ihre Geschlossenheit und Ihre Ergebenheit an unser gemeinsames Ideal des internationalen Friedens und der Befreiung der Arbeit.

Mit brüderlichen Grüßen

Für den Nationalrat: Louis Dubreuilh.

Von der Arbeiterpartei Belgiens.

Werte Genossen! Das Sekretariat des Generalrats hat von Ihrer liebenswürdigen Einladung Kenntnis genommen, bedauert aber, keinen Delegierten zu Ihrem Kongreß senden zu können.

Genehmigen Sie, werte Genossen, mit den besten Wünschen für den guten Fortgang Ihrer Arbeiten und der Entwicklung Ihrer Organisation die Versicherung unserer brüderlichsten Gefühle.

Es lebe der internationale Sozialismus!

Für den Generalrat der belgischen Arbeiterpartei:

Der Sekretär: Andersmisen.

Von der sozialdemokratischen Partei Dänemarks.

Indem wir für Ihre freundliche Einladung zur Beschickung Ihres Parteitages herzlichst danken, sehen wir uns leider nicht imstande, einen Vertreter zu entsenden.

Wir ergreifen gleichzeitig die Gelegenheit, Ihnen zum Gelingen Ihrer Arbeit und zu dem Wachstum der Partei unsere besten Wünsche zu übersenden.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Th. Stauning.

Von der sozialdemokratischen Partei Norwegens.

Werte Genossen! Ihre geehrte Einladung, einen Delegierten zu dem Parteitag in Wien zu schicken, haben wir freudig empfangen.

Wir sind aber jetzt in unserem Lande mit der Arbeit für die kommunalen Wahlen sehr engagiert. Es ist unter diesen Umständen leider unmöglich für einen unserer Parteigenossen, nach Wien zu fahren, so gern wir die Gelegenheit benützt hätten, unsere dortigen Genossen grüßen zu können.

Indem wir hoffen, später eurer Einladung folgen zu können, bitten wir euch, einen herzlichen Gruß unserer Bruderpartei und dem Parteitag von der Sozialdemokratie Norwegens zu bringen, mit dem Wunsch für Gedeihen und Sieg des Sozialismus in Oesterreich.

Mit sozialdemokratischen Grüßen

Magnus Nilssen, Parteisekretär.

Von der Sozialdemokratie Schwedens.

Dem treuen glänzenden Vorposten für internationalen Sozialismus und in schwierigen Verhältnissen für europäische Kultur dem kühnen Kämpfer gegen alle Kriegshetzer sendet aus fernem Norden beste Grüße und Glückwünsche

Die Sozialdemokratie Schwedens durch Branting.

Von der Sozialdemokratie Hollands.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands sendet die besten Wünsche für Ihren Kongreß und hofft, daß Ihre Beratungen zur Stärkung der internationalen Sozialdemokratie beitragen werden.

Van Kuykhof, Parteisekretär.

Von der schweizerischen Sozialdemokratie.

Genossen! Wir entbieten im Namen der schweizerischen Sozialdemokratie den Genossen Oesterreichs herzlichen Gruß. Der Geist der Solidarität und des zukunftfrohen Kampfes leite eure Verhandlungen.

Dr. Fritz Studer.

Von der Sozialdemokratie Bulgariens.

Inmitten des erbitterten vielversprechenden Sobranjewahlkampfes (unter Hauptforderung: föderative Balkanrepublik) stehend, bedauern wir, an Ihrem Parteitag nicht teilnehmen zu können, senden Ihnen innige Brudergrüße und wünschen Ihren Beratungen besten Erfolg.

G. Kyrkow, Parteisekretär.

Von der serbischen Sozialdemokratie.

Die serbische Sozialdemokratie begrüßt den Jubiläumskongreß der brüderlichen Partei, die so große Verdienste für die Emanzipations- und Friedenspolitik des Proletariats hat. Die serbischen Arbeiter geben dem Wunsche Ausdruck, daß die parallele Aktion zwischen der balkanischen und österreichischen Sozialdemokratie im Sinne unserer Kulturbestrebungen aufs Wohl aller Nationen gegen die Raub- und Kriegspolitik der herrschenden Klassen, die beste Garantie für den Triumph der Freiheit und des Friedens wird. Hoch die Sozialdemokratie!

Tragischa Laptschewitsch.

Von der rumänischen Sozialdemokratie.

Wir wünschen den Arbeiten des Kongresses Erfolg, indem wir euch auf das wärmste zu eurem Kampfe gegen den österreichischen Imperialismus beglückwünschen und euch bitten, nicht zu vergessen, daß der Imperialismus in anderen Ländern von gleicher Art ist und überall Elend, Krisen und Reaktion erzeugt. Es lebe der Friede durch den Sieg des Sozialismus!

Für den Vorstand: Racovski.

Von der griechischen sozialdemokratischen Partei.

Ich danke Ihnen verbindlichst für Ihren Brief vom 3. Oktober, in dem Sie die griechische sozialistische Partei einladen, einen Delegierten zu eurem Kongreß zu entsenden. Leider hat infolge der zwei Balkankriege unsere Organisation gelitten und liegt nun sehr danieder. Es wird geraume Zeit dauern, bis unser Werk wieder jene Höhe erreicht hat, wie einstmals. Diese Tatsachen machen es uns leider unmöglich, einen Delegierten zu entsenden.

Aber das Exekutivkomitee wünscht, daß ich Ihnen die herzlichsten Wünsche aller griechischen Sozialisten für den Erfolg Ihres Kongresses übermittle und Sie versichere, daß wir alle einig sind in der Ueberzeugung, welche Sie betätigen für den Triumph der Sozialdemokratie und die Verbrüderung aller Nationen im Osten und Westen.

Ich verbleibe mit brüderlichen Grüßen im Auftrag der griechischen sozialistischen Partei:

P. E. Drakoules.

Von dem Zentralbüro der ausländischen Gruppen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands.

Herzlichste Grüße der Tagung der Bruderpartei! Wir freuen uns wegen großartigen Steigens Ihrer Bewegung, wünschen weiter Erfolge und Siege.

Zentralbüro ausländischer Gruppen sozialdemokratischer Arbeiterpartei Rußlands.

Von der sozialdemokratischen Partei in Kroatien-Slawonien.

Werte Parteigenossen!

Die mißlichen Verhältnisse, in welchen wir uns infolge des Ausnahmszustandes und all der übrigen abnormen Zustände, welche wir letzter Zeit durchmachen mußten und noch immer darin befinden, macht es uns diesmal zu unserem größten Bedauern nicht möglich, Ihrem uns ehrenden Rufe Folge zu geben und einen Vertreter unserer Partei zu Ihrem diesjährigen Parteitag zu entsenden.

Wir müssen uns begnügen, Ihnen auf diesem Wege unsere innigsten brüderlichen Grüße und Wünsche zu übermitteln, daß dieser Parteitag recht Gutes zur Förderung der sozialistischen Arbeiterbewegung in Oesterreich schaffen möge, da ja jeder Fortschritt im Nachbarland seine guten Folgen auch für unsere Bewegung haben muß.

Von der Sozialdemokratie Bosniens.

Der Kongreß der bosnisch-herzegowinischen sozialdemokratischen Partei begrüßt warm den Kongreß der deutschen sozialdemokratischen Partei in Oesterreich und bedankt sich bei deren Parlamentsvertretern für die erfolgreiche Hilfe. Wir wünschen eurem Kongreß Erfolg, denn in eurer Macht liegt auch die Bedingung für unseren Fortschritt.

Es sind ferner Begrüßungen eingelangt: Vom Organisationskomitee der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, von der polnischen sozialistischen Partei Russisch-Polens, vom Auslandskomitee des jüdischen Arbeiterbundes, von der sozialistischen Partei Portugals, von den Genossen Pittoni (Triest), Hofmann (Köln) und von der Bezirksorganisation St. Joachimsthal.

Protokoll

der

V. sozialdemokratischen Frauenreichskonferenz

Abgehalten in Wien am 30. und 31. Oktober 1913





Erster Tag.

Vormittagssitzung.

Die Konstituierung.

Adelheid Popp: Im Auftrag des Frauenreichskomitees begrüße ich Sie alle, die Sie zu unserer V. Reichskonferenz erschienen sind. Die Beschickung der heutigen Konferenz bringt zum Ausdruck, daß die Arbeiterinnenbewegung von Jahr zu Jahr im Wachsen begriffen ist. In Innsbruck konnten wir Ihnen von 18.000 politisch organisierten Frauen berichten. Der heutige Bericht spricht schon von 20.000, aber auch diese Ziffer ist überholt, denn die Werbeaktion im September hat uns allein über 3000 neue Mitglieder gebracht (Bravo!), so daß wir heute über 23.000 Mitglieder haben. In Bezug auf die Gesetzgebung sind wir allerdings seit dem Innsbrucker Parteitag nicht weitergekommen. Das vom Parlament beschlossene Gesetz, das den Frauen die Möglichkeit gibt, politischen Vereinen anzugehören, sich politisch zu betätigen, ist im Herrenhaus nicht erledigt worden und geht an das Abgeordnetenhaus zurück. Ja in einer gewissen Beziehung ist es sogar seit Innsbruck schlechter geworden. Früher kannten wir nur in der Provinz die Verfolgung der Frauen, die sich politisch betätigen. Aber nun handhabt man diese Methode auch in Wien. Es gibt Polizeikommissariate, die es versuchen, den Frauen, die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sind, Hindernisse in den Weg zu legen. Wir werden uns dies selbstverständlich nicht gefallen lassen und werden mit allen Mitteln dafür kämpfen, daß uns das Recht, das wir uns trotz der rückständigen Gesetzgebung erworben haben, nicht genommen wird, ob das Parlament vor dem 1. Jänner 1914 mit dem Gesetz fertig wird oder nicht. (Beifall.) Der große Erfolg, den wir mit unserer Werbeaktion erzielt haben, ist aber um so höher einzuschätzen, als er in eine Zeit fällt, wo Oesterreich auf allen Gebieten unter einer großen Krise leidet, wo die Arbeitslosigkeit Hand in Hand ging mit der Einberufung vieler Tausender von Familienvätern. In dieser Zeit, wo alles unter dem Druck der Krise geseufzt hat, haben unsere Genossinnen die Energie und den Fleiß aufgebracht, die sozialdemokratische Partei durch so viele neue Kämpferinnen zu verstärken. Wir können mit voller Genugtuung sagen, daß wir seit der letzten Frauenkonferenz Fortschritte gemacht haben. Möge uns auch die heutige Konferenz zu neuen Erfolgen führen.

Von den schweren Verlusten, die die österreichische Partei und die Internationale erlitten, will ich hier nicht sprechen, dazu ist der Parteitag berufen. Aber lassen Sie mich unserer Genossin Marie Jansky gedenken (die Anwesenden erheben sich), die uns durch den Tod entrissen wurde. Sie war eine brave und selten arbeitsfreudige Genossin, wir werden nie vergessen, mit welchem Fleiß, mit welcher Aufopferung sie in unserer Bewegung tätig war.

Nachdem die Frauensektion des Gesangvereines „Wohlfahrt" den „Sängergruß" von Uthmann vorgetragen hat, wird das Präsidium gewählt.

Auf Vorschlag der Genossin Deutsch werden folgende Genossinnen gewählt: zu Vorsitzenden Seidl (Wien), Sponner (Reichenberg); als Schriftführerinnen Krasa (Wien), Graf (Amstetten), Kohlberger (Graz), Klapatsch (Brünn).

Die Vorsitzende **Seidl** dankt namens der Gewählten und begrüßt die erschienenen Gäste. (Beifall.) Begrüßungsschreiben sind eingelaufen von der jüngsten Organisation, die erst kürzlich mit 54 Mitgliedern sich konstituiert hat, von der Organisation der jungen Mädchen sowie von der Genossin Kluszynski in Oderberg namens der polnischen Frauen Schlesiens, die bedauert, unserer Konferenz nicht beiwohnen zu können.

Es folgen nun die

Begrüßungen.

Luise Zietz: Ich habe Ihnen die herzlichsten Grüße der Gesamtpartei Deutschlands und besonders der Genossinnen zu überbringen. Damit verbinde ich den Wunsch, daß Ihre Verhandlungen vom besten Erfolg begleitet sein mögen. In den deutschen Genossen und Genossinnen war der Geist der internationalen Solidarität immer lebendig und ein besonders starkes Zusammengehörigkeitsgefühl Ihnen gegenüber hat uns immer erfüllt. Wenn es erst nötig gewesen wäre, uns zum Bewußtsein zu bringen, daß wir die internationale Solidarität in der Arbeiterbewegung nicht entbehren können, geschah das im letzten Jahr, weil jetzt alle schlimmen Wesenszüge des Kapitalismus der imperialistischen Epoche so kraß in Erscheinung getreten sind. Wie lange hat uns das Gespenst eines europäischen Krieges geschreckt! Wie Sie leiden wir unter den schweren Rüstungen, die den Arbeitern so große Lasten auferlegt haben und die die Machtmittel des Staates stärken, die nicht zum wenigsten gegen die weibliche arbeitende Bevölkerung angewendet werden. Die Sozialreform ist auch bei uns völlig ins Stocken geraten. Statt daß sie vorwärts geht, wird das, was besteht, auf fast allen Gebieten gar nicht angewendet. Schwere wirtschaftliche Kämpfe mußten wir durchfechten, bei denen die Proletarierinnen nicht nur als Frauen, sondern auch als im Produktionsprozeß Stehende beteiligt waren. Auf politischem Gebiet ist Reaktion eingetreten und wenn sie auch nicht so stark ist, wie die Herrschenden sie wünschen, werden diese nur von der Arbeiterbewegung im Zaum gehalten, weil sich eine so starke und sozialistisch geschulte Arbeiterschaft eine Entrechtung nicht gefallen ließe und bereit wäre, mit der ganzen Kraft in den Kampf zu treten und mit den schärfsten Mitteln Eingriffe in ihre Rechte abzuschlagen. Wie Sie haben wir ganz außerordentlich unter der wirtschaftlichen Depression zu leiden, die nicht nur Arbeitslosigkeit, sondern auch, was das schlimmste ist, Unsicherheit der Existenz bringt, die wieder ungeheure Mutlosigkeit in die Massen trägt und die Agitation und Organisation erschwert, weil erst die Mutlosigkeit gebannt werden muß. Dabei haben wir unter der Lebensmittelteuerung zu klagen; eine internationale Erscheinung, die wieder beweist, daß wir die Internationalität, das Zusammenfassen aller Kräfte des Proletariats zu gemeinsamen Vorgehen in allen Ländern, brauchen. Wenn die Partei in Deutschland im letzten Jahr nicht solche Fortschritte gemacht hat, wie wir es wünschten, so ist das auf viele Erscheinungen zurückzuführen und trotzdem haben die Genossinnen einen viel größeren Fortschritt gemacht als die Gesamtbewegung. Unter den zwölftausend Mitgliedern, die die Partei gewonnen hat, sind zehntausend Frauen. Was meiner Meinung nach ganz besonders dazu beigetragen hat, ist nicht nur der Umstand, daß für die Frauenorganisation das Rekrutierungsgebiet noch viel größer ist, sondern auch der, daß wir im vorigen Jahr eine große Reihe von Bezirkskonferenzen veranstaltet haben, in denen wir mit den Genossinnen, die schon in der Arbeit stehen, die örtlichen Hindernisse besprochen haben, die unserer Bewegung entgegenstehen. Dadurch, daß ein starker Appell an ihr Persönlichkeitsbewußtsein erfolgt ist, wurde bei den Frauen große Arbeitsfreudigkeit ausgelöst. In Deutschland hat die Partei 150.000 weibliche Mitglieder und gewerkschaftlich organisierte Frauen haben wir 220.000. Das ist schon ein recht hübsches Amazonenheer. In ihren großen Kämpfen kann die Partei der Mitarbeit

der Frauen nicht entbehren und man braucht das weibliche Proletariat auch in der Jugendbewegung, die die Menschen schult, daß sie, wenn sie achtzehn Jahre alt sind und in Deutschland das Recht haben, einer politischen Organisation anzugehören, auch von diesem Recht Gebrauch machen. Aus dem Haus, wo die Jugend sozialistisch erzogen worden ist, in die Jugendbewegung und dann mit achtzehn Jahren in die politische Organisation, das muß der Weg sein! Wir haben uns sehr gefreut, daß Sie bei ihrer Hausagitation in den letzten Tagen in Wien tausend Mitglieder gewonnen haben. Die Bewegung eines Landes stützt auch die des anderen. So haben wir diese Nachricht reichlich ausgenützt. Sofort habe ich an sämtliche Parteiblätter eine Notiz geschickt und unseren Frauen gesagt: „So machen sie es in Wien, zeigt, daß ihr es auch machen könnt!" Sich gegenseitig nacheifern, das ist gehandelt im Sinn der Internationale, daß wir unseren schweren Kampf erleichtern und den Weg abkürzen zum Endziel: der Befreiung der Arbeiterklasse.

Serene Buchinger (Budapest): Ich überbringe Ihnen die herzlichsten Grüße der sozialdemokratischen Arbeiterinnen Ungarns. Es wird Sie freuen, wenn ich Ihnen mitteile, daß nach einem Stillstand zurzeit wieder ein Aufschwung der ungarländischen klassenbewußten Arbeiterinnenbewegung zu verzeichnen ist. Und das erfreulichste ist, nicht nur in Budapest, sondern auch in den größeren Provinzstädten zeigt sich ein Aufschwung. Unser Blatt hat schon über 6000 Abnehmerinnen, obwohl es erst vor zwei Jahren gegründet wurde. (Beifall.) Wir wollen ein verläßliches Glied sein in der ungarischen wie in der internationalen Arbeiterbewegung. Ich wünsche Ihren Beratungen den besten Erfolg. (Beifall.)

Genosse **Schrammel**: Die Reichsparteivertretung der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie hat mich entsendet, um an Ihren Beratungen teilzunehmen. Sie haben eine reichhaltige, aber auch eine inhaltsvolle Tagesordnung. Sie zeigt uns, wie tief die Arbeiterinnenbewegung in Oesterreich gegangen, was sie durch die Jahre hindurch schon an Bildungsarbeit geleistet hat. Sie zeigt uns, wie reif Sie geworden sind, als Lehrerinnen für die sozialdemokratischen Ideen aufzutreten. Ihre Bewegung ist aber auch in die Breite gegangen. Sie sind von 18.000 auf 23.000 Mitglieder gestiegen, das ist für Oesterreich eine ganz beträchtliche Zahl, denn wir haben nur 29 Millionen Einwohner und davon sind nur 10 Millionen Deutsche. Wenn es möglich war, unter solchen Verhältnissen eine solche Arbeiterinnenbewegung zu schaffen, so zeigt dies, mit welchem Fleiß und Ernst die Genossinnen in Oesterreich sich ihrer Aufgabe widmen. Sie können die Versicherung hinnehmen, daß Sie die deutschösterreichische sozialdemokratische Partei mit freudigem Stolz erfüllen. Denken Sie zurück an die Anfänge Ihrer Bewegung. Damals hat es selbst unter den Parteigenossen viele gegeben, die sich von der Frauenbewegung in Oesterreich nicht viel erhofften. Und nun sehen wir eine mächtige Bewegung vor uns. Und wenn die Genossin Popp von den Verfolgungen der Frauen durch die Behörden gesprochen hat, so ist gerade dies der beste Beweis dafür, daß die proletarische Frauenbewegung ein Machtfaktor geworden ist. Man weiß, was es bedeutet, wenn die Frauen Sozialdemokratinnen geworden sind. Sie sind die Erzieherinnen der Jugend und mehr als die Gegenwart fürchten die Herrschenden die Zukunft. Nehmen Sie im Namen des Parteivorstandes die herzlichsten Grüße entgegen. (Lebhafter Beifall.)

Genosse **Chaloupka**: Es ist mir der ehrende Auftrag zuteil geworden, Ihnen im Namen des Landesparteivorstandes und des Wiener Vorstandes die herzlichsten Grüße auszudrücken. Wir erblicken in den Frauen einen wertvollen Bestandteil der Gesamtorganisation. Wir wissen, daß Ihre Organisation heute fest und stark ist, um den Angriffen der Behörden entschieden entgegentreten zu können. Und so fürchten wir auch nicht, daß es der Behörde irgendwie gelingen könnte, Ihre Reihen zu erschüttern. Wir glauben, daß Ihre bisherigen Erfolge Sie nicht zur Ruhe bringen, sondern

im Gegenteil zu neuer Arbeit ermutigen werden. In diesem Sinne heiße ich Sie herzlichst willkommen.

Anna **Boschek** (Wien): Ich bin beauftragt, Ihnen die besten Wünsche und herzlichsten Grüße von der Gewerkschaftskommission zu übermitteln. Es sind erst einige Wochen her, seit wir hier in Wien den Gewerkschaftskongreß abgehalten haben, der zugleich ein Jubiläumskongreß gewesen ist und einen Rückblick auf eine zwanzigjährige Tätigkeit bot. Bei der Berichterstattung auf dem Kongreß wurde mit Freude auf den Fortschritt in der gewerkschaftlichen Organisierung der Frauen hingewiesen. Hatten die Gewerkschaften vor zwanzig Jahren kaum 2000 Frauen in ihrer Mitte, so zählen sie heute, trotz der schärfsten Krise und trotz der chronischen Depression, aus der Oesterreich ja fast nie herauskommt, 50.000 Frauen als Mitglieder. (Großer Beifall.) Wenn man weiß, in wie schwierigen Verhältnissen die arbeitenden Frauen stehen, wie schwer ihr doppelter Beruf Mutter, Arbeiterin zu sein, sie drückt, so ist diese Ziffer sehr erfreulich und ermutigend. Mag das ganze öffentliche Leben in Oesterreich noch so traurig sein, wir haben eines, auf das wir vertrauen können: die Arbeiter- und Arbeiterinnenbewegung auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet. Wir haben keine Ursache, mutlos zu sein. Wir sind im Aufstieg und es wird die Zeit kommen, wo die Partei, die Gewerkschaftskommission und die Gesamtbewegung die Frauen als ein volles Stück des Ganzen betrachten werden. Möge die heutige Konferenz ihren Teil dazu beitragen. (Beifall.)

Genossin **Merta** (Mähren): Namens des tschechisch-zentralistischen Frauenreichskomitees begrüße ich Sie auf das herzlichste. Wir haben es trotz der nationalen Zwistigkeiten zu einem ganz hübschen Fortschritt gebracht. Unser Blatt, das knapp ein Jahr besteht, hat heute 2000 Abnehmerinnen. (Beifall.) Wir hoffen, daß unsere Organisation zum Fortschritt der Arbeiterinnenbewegung in Oesterreich beitragen und den Gedanken festigen wird, daß nur durch Einigkeit die Arbeiterinnenbewegung stark ist. (Lebhafter Beifall.)

Josefine **Deutsch** (Wien): Im Namen der Frauen Wiens begrüße ich Sie auf das herzlichste. Wir Wienerinnen freuen uns, Gäste aus der Fremde begrüßen zu können. Wir werden alles tun, um Ihnen den Aufenthalt in Wien möglichst angenehm zu machen. Der Kongreß nützt ja insbesondere uns in Wien, weil er immer in der Stadt, wo er tagt, einen großen Antrieb bildet für die weitere Entwicklung. Darum wünschen wir dem Kongreß die besten Erfolge. (Beifall.)

Amalie **Seidl**: Ich danke allen Genossen und Genossinnen, die gesprochen haben, für ihre freundliche Begrüßung. Besonders angenehm haben uns die Worte der Genossin Zietz aus Deutschland berührt. Wenn wir die deutschen Delegierten hören, so erfaßt uns immer, ich möchte sagen, ein Gefühl schwarzgelben Neides. Aber wir in Oesterreich sind arme Leute und müssen mit Wasser kochen. Wir haben viel größere Schwierigkeiten zu überwinden, aber wir hoffen, daß es uns gelingen wird, in nicht allzu ferner Zeit wenigstens annähernd unsere Bewegung dorthin zu bringen, wo sie heute schon in Deutschland ist.

Für die Mandatprüfungskommission, die zugleich Wahlkommission ist, werden folgende Genossinnen gewählt: Fanny Neumann (Böhmen), Hönigsmann und Boschek (Wien), Koch (Steiermark), Rauscher (Wiener-Neustadt).

Es folgt nun der

Bericht über die Tätigkeit des Frauenreichskomitees und der „Arbeiterinnen-Zeitung“.

Referentin **Proft**: Seit einer Reihe von Jahren sind wir gewohnt, vor die Frauenreichskonferenz mit einem Bericht zu treten, der eine große Steigerung der Mitgliederzahl aufzuweisen hat. Aus dem Bericht, den wir

Ihnen heuer vorlegen, werden Sie den Eindruck gewonnen haben: Es ist in den letzten zwei Jahren nicht weniger gearbeitet worden als früher, ja das Erreichte ist unter den obwaltenden Umständen noch höher anzuschlagen. Ihnen, die Sie die Kleinarbeit machen, brauche ich nicht im einzelnen die Mühen zu schildern, die die Genossinnen im letzten Jahr hatten, wenn sie neue Erfolge erzielen wollten. Niemals hatten die arbeitenden Frauen Oesterreichs so viel Kummer und Sorge wie im Vorjahr. Die Vertrauenspersonen hatten aber dazu noch die Aufgabe, die Frauen trotz der schweren wirtschaftlichen Krise anzueifern, in der Organisation auszuhalten. Im Namen des Frauenreichskomitees habe ich deshalb allen Genossinnen und besonders auch denen, die die scheinbar kleinste Funktion ausüben, wärmstens zu danken dafür, daß sie nicht nur gearbeitet haben wie sonst, sondern auch unter den schwersten Umständen für die Partei zu werben gesucht haben. Ich will nun den gedruckten Bericht etwas ergänzen und da möchte ich folgendes vorausschicken: Im vergangenen Jahr mußten wir uns, bevor wir irgendwelche Veranstaltungen für die Frauenorganisation beschlossen, erst fragen: Werden wir damit Anklang finden, jetzt, wo die Frauen so viel Sorge durch die Mobilisierung, die Arbeitslosigkeit und durch die Verminderung der Arbeitsgelegenheit haben; werden sie auch zu unseren Versammlungen kommen? Aber anderseits sagten wir uns, daß wir doch gerade jetzt alles tun müssen, um zu zeigen, daß die einzige Hoffnung der arbeitenden Menschen in der Sozialdemokratie liegt. Wir haben uns also dazu entschlossen, eine ganze Reihe von Versammlungen über Krieg, Arbeitslosigkeit und Teuerung abzuhalten. Sie waren von großem Erfolg, weil man die aufrichten konnte, die davorstanden, den Mut zu verlieren. Und es ist uns gelungen, auch in der schwersten Zeit unseren Mitgliederstand zu erhalten. Wir haben Fragebogen an sämtliche 312 Orte geschickt, wo es Frauenorganisationen gibt; leider haben aber nur 232 geantwortet. Ich muß bitten, von nun an alle Fragebogen beantwortet zurückzuschicken. In den 232 Orten haben wir 16.706 Mitglieder. Im ersten Halbjahr 1913 wurden 806 Monatsversammlungen und 225 öffentliche Versammlungen abgehalten; das ist im Vergleich mit der Versammlungstätigkeit der Partei, die man schon für mangelhaft erklärt hat, eine große Anzahl. Vorträge wurden 392 gehalten. Leider hat Steiermark über Vorträge gar nicht berichtet. In 24 Orten sind Unterrichte eingeführt, 64 Orte halten Lese- und Diskussionsabende ab. 181 Orte haben Vertretungen in allen von der Partei eingesetzten Korporationen. Leider haben nur 167 Orte die Möglichkeit, eine Bibliothek zu benützen, sei es eine eigene, sei es eine Zentralbibliothek oder eine, die ihnen eine Gewerkschaft zur Benützung überläßt. In 34 Orten werden Unterstützungen gewährt, entweder aus den Organisationsgeldern oder aus besonderen Beiträgen, die 20 H. bis 1 Kr. betragen. In 35 Orten ist die Verbreitung von Druckschriften organisiert. In einzelnen großen Städten sind Redeunterrichte abgehalten worden, in Wien ein Funktionärinnenkurs, der von durchschnittlich 40 Mitgliedern besucht wurde.

Es wäre unter den damaligen Verhältnissen Kraft- und Geldverschwendung gewesen, wenn das Frauenreichskomitee neben der Partei eigene große Aktionen unternommen hätte. Eine Aktion gegen den § 30 hätte keinen Zweck gehabt; wir hätten nichts verlangen können, was wir nicht schon vorher verlangt haben, daß nämlich das neue Vereinsgesetz endlich vom Herrenhaus erledigt werde. Wenn wir also über eine größere Tätigkeit nach außen nicht zu berichten haben, so über eine um so emsigere innerhalb der Partei. Wir haben nicht allein für die politische Frauenorganisation gearbeitet, sondern es auch als selbstverständlich angesehen, uns um die Frauen zu kümmern, die beruflich tätig sind, um so den Gewerkschaften behilflich zu sein, die Arbeiterin für die Organisation zu interessieren. Wir haben ihnen nicht nur Hilfe geleistet durch Beistellung von Referentinnen, sondern auch ein wenig mit Geld geholfen. Ich hoffe, daß die Konferenz dazu ihre Zustimmung geben wird. Der jungen Organisation der Dienstmädchen haben

wir geholfen, soweit es in unseren Kräften gestanden ist. Wenn sie auch nicht sehr viel Mitglieder gewonnen hat, so ist doch ihr Einfluß unter den Dienstmädchen und für die Dienstmädchen gewachsen.

Für die „Arbeiterinnen-Zeitung“ ist nicht nur dadurch geworben worden, daß wir Mitglieder für die Frauenorganisation zu gewinnen suchten, es ist auch die Kolportage gepflegt worden und es kamen neue Einzelabonnements. Aber infolge der Krise ist die Auflage gesunken. Von 28.000 Exemplaren ist sie im Jänner auf 25.600 gefallen. Das erklärt sich daraus, daß die Gewerkschaften durch die Krise Mitglieder verloren haben; am meisten die Textilarbeiter, wodurch allein schon ein Ausfall von 700 Exemplaren zu verzeichnen ist. Um 1000 Exemplare hat sich die Auflage dadurch verringert, daß die Heimarbeiterinnen ein eigenes Blatt gegründet haben, während früher die „Arbeiterinnen-Zeitung“ obligatorisches Organ war. Als die Krise aus dem allerärgsten Stadium getreten war, ist die Auflage wieder gestiegen und wir sind wieder gegen 28.000 Exemplare heraufgekommen.

Den Beschluß, den Genossinnen die Werbeaktion zu empfehlen, hat das Reichskomitee und das niederösterreichische Landeskomitee nach reiflicher Ueberlegung gefaßt. Ich weiß nicht, ob die Genossinnen draußen darüber sehr erfreut gewesen sind. Es war das zu einer Zeit, wo infolge der Not die Leute eher geneigt waren, auszutreten als einzutreten. Aber eifrig, wie die Genossinnen sind, haben sie sofort gearbeitet und es sind beträchtlich viel Mitglieder gewonnen worden. Wir haben für die Werbeaktion eine Auflage der „Arbeiterinnen-Zeitung“ von 101.000 Exemplaren drucken lassen, davon 60.000 für Wien. Durch diese Aktion haben wir die Auflage auf 29.000 Exemplare gesteigert. Bisher haben wir über 3000 Mitglieder gewonnen, und zwar: in Wien 1047, in Niederösterreich 350 — die Aktion wurde nur in einzelnen Orten durchgeführt — in Schlesien 90, in Mähren 92, in Böhmen 1774, Steiermark, Kärnten, Tirol und Salzburg haben noch nicht berichtet, Oberösterreich und Vorarlberg haben sich nicht beteiligt. Die Werbeaktion ist noch nirgends gänzlich abgeschlossen.

Zum Kassenbericht habe ich zu bemerken, daß den Einnahmen für den Frauentag von 2622 Kr. nicht nur Ausgaben von 395 Kr. gegenüberstehen, sondern daß die Hauptausgabe in der Post Druckerei, die 2700 Kr. beträgt, enthalten ist. Ich will weiter bemerken, daß die Ausgaben für den Frauentag in Wien nicht vom Frauenreichskomitee, sondern vom Landeskomitee gedeckt wurden.

Aus Leoben ist der Antrag gestellt: „Der Kopf der »Arbeiterinnen-Zeitung« ist zu ändern, sie soll heißen: »Sozialdemokratische Frauenzeitung«.“

Dieser Wunsch ist nicht von gestern, er ist schon oft ausgesprochen worden. Aber wir sind nach reiflicher Ueberlegung immer wieder zur Ueberzeugung gekommen, daß der heutige Titel der richtigste ist, weil er am deutlichsten zum Ausdruck bringt, welche Interessen das Blatt vertritt: die der proletarischen Frau. Ich glaube, wir sollen dem Blatt den Titel belassen, unter dem es uns zwanzig Jahre die besten Dienste geleistet hat, zwanzig Jahre lang eine Ermunterung für alle Arbeiterinnen war. Darum empfehlen wir Ihnen den Antrag zur Ablehnung.

Ich möchte nochmals auf die neueste Einrichtung unserer Organisation, die Verbreitung von Druckschriften, besonders aufmerksam machen und Sie bitten, dieselbe überall einzuführen. Wir haben den Genossinnen ein ganz nützliches System empfohlen und in einzelnen Orten sind bereits zufriedenstellende Erfolge zu verzeichnen. Diejenigen, die durch das Lesen von Broschüren und kleinen Büchern für die Bewegung interessiert werden und so aufgeklärt zu unseren Versammlungen kommen, werden leichter für die sozialdemokratische Partei gewonnen werden können.

Die genaue Aufstellung über den Stand unserer Organisation finden Sie im Parteibericht. Leider ist eine Anzahl von Ländern nicht nur in der

Mitgliederzahl zurückgegangen, einige Organisationen sind ganz eingegangen. Einzelne Länder haben durch die Krise ganz besonders gelitten und so schließen wir das Berichtsjahr mit einem Abfall von 32 Mitgliedern. Sie können aber die Versicherung mitnehmen, daß die Landesvertrauenspersonen im nächsten Jahr bemüht sein werden, wieder einen größeren Fortschritt zu erzielen. Wir werden den Genossinnen Agitationsmittel beistellen, vielleicht auch ein paar Kronen, wenn es nötig ist.

So glauben wir, voraussagen zu können: Wenn wir wieder zusammenkommen und sich die wirtschaftlichen Verhältnisse gebessert haben, werden Sie vom Fortschritt der Organisation das gewöhnliche Bild bekommen. Tun wir alles, was wir können, in dem Bestreben, den sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse möglich zu machen.

Mathilde Eisler: Ich habe für die Kontrolle zu berichten: Die Kontrolle hat in jedem Vierteljahr kontrolliert und alles in Ordnung gefunden. Ich stelle den Antrag, dem scheidenden Frauenreichskomitee das Absolutorium zu erteilen.

Die Debatte.

Emmy Freundlich: Ich glaube, wir kümmern uns zu wenig um die politischen Vorgänge in den einzelnen Ländern. Da geschehen vielfach Dinge, die die Frauen besonders interessieren können. Wir haben auch in einer ganzen Reihe von Gemeindevertretungen Sozialdemokraten sitzen und da werden oft Debatten geführt, die für die Frauen von der größten Bedeutung sind. Deshalb sollen die Landesfrauenkomitees beauftragt werden, eine Genossin zu bestellen, die über alle Vorgänge auf politischem Gebiet an die „Arbeiterinnen-Zeitung" berichtet, damit die Frauen in den einzelnen Ländern über die Dinge informiert werden. Da fallen mir gerade zwei Dinge ein: Im Linzer Gemeinderat ist über eine Schulzahnklinik debattiert worden. Das ist eine Sache, die Bedeutung hat. Ebenso standen Gemeindewahlreformen auf der Tagesordnung. Man will Frauen das Wahlrecht geben, die Steuern zahlen, aber die übrigen vom Wahlrecht ausschließen. Ich glaube, es ginge, die Berichte über Versammlungen und Unterhaltungen zu beschränken und politisch aktuelle Berichte mehr zu pflegen.

Sie wissen, daß auf dem letzten Verbandstag der Konsumvereine beschlossen wurde, daß jeder Aufsichtsrat verpflichtet wird, ein weibliches Mitglied zu wählen, die die Vorsitzende eines Agitationskomitees zu sein hat, das für die Genossenschaftsbewegung zu agitieren hat. Wir sind darangegangen, einen genossenschaftlichen Bildungsfonds zusammenzubringen, der in einem Jahr 40.000 bis 50.000 Kr. erreicht haben dürfte. Dieser wird dazu verwendet, den Funktionären die nötige Schulung, wo sie fehlt, zu verschaffen. Wenn in Ihren Organisationen die Vorstände der Konsumvereine sich an Sie wenden, daß ein weibliches Mitglied in den Vorstand entsendet werde, bitte ich Sie, dieser Frage alle Aufmerksamkeit zu widmen. Das ist nicht nur deshalb wichtig, weil wir immer neue Positionen in allen Zweigen der Arbeiterbewegung erringen wollen, sondern auch deshalb, weil wir ja einmal mittätig sein wollen in der Verwaltung der Gemeinde, des Landes und des Staates. Dafür wird unsere Tätigkeit in der Genossenschaftsbewegung die beste Schulung sein.

Wir haben auf der Konferenz in Innsbruck auch viel über die Aufhebung des § 30 des Vereinsgesetzes gesprochen. Dieser Paragraph besteht noch immer, aber schließlich werden wir seine Aufhebung doch erleben. Ich glaube deshalb, wir sollten uns in unseren Organisationen mehr mit der Frage beschäftigen, was wir dann tun werden, wenn diese Beschränkung gefallen ist. Die Innsbrucker Resolution war ein Notbehelf, sie hat an Deutlichkeit sehr viel übrig gelassen und wir müssen deshalb hier darüber sprechen, daß wir alle Instanzen beauftragen, sich damit zu beschäftigen, daß uns diese Aufhebung nicht unvorbereitet treffe.

Ich stelle folgenden Antrag:

Die politischen Frauenorganisationen haben nicht nur die Pflicht, Mitglieder zu werben und diese zur sozialistischen Ueberzeugung zu erziehen, sie müssen auch zu allen Vorgängen des politischen Lebens Stellung nehmen; da die politischen Verhältnisse in jedem Kronland verschieden sind, kann nicht immer das Frauenreichskomitee solche Aktionen anregen. Es vollziehen sich außerdem in jedem Kronland politische Ereignisse — Debatten im Landtag, in den Gemeindevertretungen, Anträge der sozialdemokratischen Vertreter — die für die Frauen besonders wichtig sind. Die Frauenkonferenz beauftragt deshalb die Landeskomitees, eine Korrespondentin zu wählen, die beauftragt wird, solche Ereignisse zu Artikeln und Notizen für die „Arbeiterinnen-Zeitung" zu verarbeiten, damit die Frauen ein lebhaftes Interesse für die politischen Vorgänge in ihrer nächsten Nähe erlangen. Sind diese Ereignisse von besonderer Bedeutung für die Frauen, so sollen die Frauenlandeskomitees veranlassen, daß in speziellen Versammlungen hiezu Stellung genommen wird. Dadurch werden nicht nur indifferente Frauen gewonnen, sondern die Organisationen zur praktischen politischen Tätigkeit erzogen.

Josefine Deutsch: Wir in Niederösterreich haben die Werbeaktion, obwohl wir nicht überzeugt waren, daß sie überall möglich sein werde, mit unserer ganzen Kraft mitgemacht und haben trotz der großen Krise einen sehr schönen Erfolg aufzuweisen. Wir haben ja noch nicht Berichte von allen Organisationen und es laufen auch noch überall Neuanmeldungen ein, aber doch haben wir schon in Niederösterreich über 300 Mitglieder gewonnen. Was die 1074 neuen Mitglieder betrifft, die wir in Wien gewonnen haben, so trägt den Löwenanteil davon der XXI. Bezirk, der 375 Mitglieder bis jetzt gewonnen hat. Genossin P o p p hat schon erwähnt, daß man jetzt von der Polizei aus darangeht, unserer Organisation mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Der Fall, von dem sie gesprochen hat, hat sich bei uns in Meidling ereignet. Wir haben seit vier Jahren eine politische Frauenorganisation, die sehr schön gearbeitet hat und bereits 325 Mitglieder zählte. Niemals hat sich um uns jemand gekümmert, vor vier Wochen aber ist unsere Obmännin zur Polizei vorgeladen worden, es wurde riesig viel Papier verschrieben und der Kommissär hat angedeutet, daß die Sache noch vor das Bezirksgericht kommen wird, wie in Wilhelmsburg. Wir lassen uns nicht schrecken, verlieren können wir ja dabei nichts. Im Gegenteil, wir wissen, daß auf das Wilhelmsburger Urteil dort eine Versammlung folgte, wie sie Wilhelmsburg noch nicht gesehen hat und ich bin überzeugt, daß, wenn man auch hier in Wien gerichtlich gegen uns vorginge, uns das nicht schaden würde. Wir werden ja noch hören, was in der Sache geschehen wird. Die Genossin F r e u n d l i c h wünscht, daß wir wieder eine Debatte darüber anfangen, was wir tun werden, wenn der § 30 beseitigt wird. Bei einer solchen Debatte würden hundert Meinungen aufeinanderplatzen. Wenn wir eine solche Debatte wollen, so müßte sie schon vorher vorbereitet sein.

Fanny Neumann (Aussig): Wir in Böhmen haben bei der Werbeaktion ganz gut abgeschnitten. Wir haben 1747 Mitglieder gewonnen, dabei haben manche Kreise gar nichts unternommen, so zum Beispiel der Warnsdorfer Kreis, wo nur der Ort Warnsdorf die Werbeaktion mitgemacht hat. Allerdings auch hier ohne großen Erfolg, was seinen Grund in der Krise hat. Manche Frauen sind uns abgefallen, die sehr gerne geblieben wären, aber sie waren nicht mehr imstande, die Beiträge zu leisten. Auch in Westböhmen wurde die Aktion nicht unternommen, insbesondere nicht in Schmiedeberg, Weipert und im Ascher Kreis. In den Kreisen, wo wir gute Erfolge hatten, war der Erfolg hauptsächlich der Tüchtigkeit der Kreisvertrauenspersonen zuzuschreiben. So in Reichenberg, Teplitz, Bodenbach und Aussig. Die Kosten für die Aktion in Böhmen hat das Landeskomitee getragen. Wir haben den Organisationen Zeitungen und Beitrittserklärungen zur Verfügung gestellt, wir haben Instruktionen an die Kreisorganisationen hinausgegeben, wir haben uns an die Bezirks- und Kreisorganisationen der Männer um Unter-

stützung gewendet. In den meisten Orten sind uns auch in der Tat die Parteigenossen wacker zur Seite gestanden. Wir haben mit unserer Werbeaktion in Böhmen früher begonnen. Als wir alle Vorarbeiten getroffen hatten, erschien das Korrespondenzblatt des Reichskomitees. Während wir geschrieben hatten, daß die Werbeaktion nicht an einem Tag durchgeführt werden müsse, schrieb die Instruktion des Reichskomitees, die Werbeaktion müsse an einem Sonntag gemacht werden. Während wir geschrieben hatten, daß die Agitationsnummer der „Arbeiterinnen-Zeitung" per tausend Stück 12 Kr. kostet, schrieb das „Korrespondenzblatt" von 16 Kr. Das führte zu vielen Mißverständnissen. Da möchte ich schon bitten, daß sich das Reichskomitee das nächstemal rechtzeitig mit dem Landeskomitee ins Einvernehmen setze. In Böhmen haben wir bis jetzt eine Schikanierung durch die Behörde nicht zu verzeichnen. Nur in ganz vereinzelten Fällen wurde die Flugblätterverteilung von der Behörde beanständet. Wenn die Krise vorüber sein wird, werden wir in Böhmen noch mehr Arbeiterinnen organisieren können, als es uns bisher möglich war. (Beifall.)

Adelheid **Popp**: Der Antrag, der gestellt wurde, den Titel „Arbeiterinnen-Zeitung" zu ändern, ist von den Genossinnen aus Leoben schriftlich begründet worden, da sie eine Delegierte infolge der Krise nicht schicken konnten. Die Genossinnen aus Leoben meinen es gut, sie wollen, daß wir leichter auch in jene Kreise der Frauen dringen, die nicht in der unmittelbaren Erwerbsarbeit beschäftigt sind. Wir haben aber keine Ursache, auf den Antrag der Genossinnen aus Leoben, so gut er gemeint ist, einzugehen, da der Name Arbeiterin auch für die in der Wirtschaft Tätigen ein Ehrentitel ist. Genossin F r e u n d l i c h hat den Antrag gestellt, in allen Ländern eine Korrespondentin für die „Arbeiterinnen-Zeitung" zu bestimmen. Es ist dies ganz zweckmäßig. In den meisten Ländern sind ja die Landesvertrauenspersonen Korrespondentinnen der „Arbeiterinnen-Zeitung", aber es schadet nichts, wenn das, was schon mehr oder weniger auf Grund einer Vereinbarung besteht, nunmehr zur Pflicht gemacht wird. Die Genossin P r o f t wünscht, daß die Genossinnen aus den einzelnen Orten der „Arbeiterinnen-Zeitung" mitteilen, was sie im Interesse der Propaganda veröffentlicht wünschen. Das deckt sich zum Teil damit, was die Genossin F r e u n d l i c h beantragt, weil ja die Landesvertrauenspersonen orientiert sind über das, was in den einzelnen Orten, Bezirken und Kreisen vor sich geht.

Ich möchte Ihnen einen Ueberblick über die gewaltige Entwicklung der „Arbeiterinnen-Zeitung" in den letzten zehn Jahren geben: Im Jahre 1903 hatten wir eine Auflage von 3200, 1907 von 10.500, 1910 von 20.000 und jetzt haben wir eine Auflage von 28.000 Exemplaren. Der Absatz gestaltet sich in den einzelnen Ländern folgendermaßen: In Wien, wo wir früher knapp 300 Stück abgesetzt haben, haben wir 6499, in Niederösterreich 3281, Oberösterreich 850, Salzburg 331, Steiermark 1862, Kärnten 806, Tirol 601, Vorarlberg 183, Böhmen 10.035, Mähren 1124 und Schlesien 1725 Stück abgesetzt. Dort, wo es nicht möglich ist, Arbeiterinnen für die Organisation zu gewinnen, muß man trachten, sie wenigstens zu Abnehmerinnen und Leserinnen der „Arbeiterinnen-Zeitung" zu machen. In Wien haben wir jetzt auch eine Kolportage eingerichtet, so daß Broschüren, soweit sie besonderes Interesse für die Frauen haben, durch eine Kolporteurin verkauft werden. Ich möchte Sie ersuchen, dieser Frage Ihr Augenmerk zuzuwenden und sich an der Organisation der Jugendlichen ein Beispiel zu nehmen, die es am besten verstanden haben, sozialdemokratische Broschüren in die Massen zu bringen. Das Frauenreichskomitee sendet Ihnen auch das sogenannte „Material" zu. Es soll dies für die Zusammenkünfte Ihrer Mitglieder, dort, wo es an einer Referentin fehlt, das nötige Diskussionsmaterial liefern. Die Sache kostet uns viel Geld und ich möchte Sie schon aus diesem Grund ersuchen, dieses Material nicht nur in den Bibliothekskasten zu legen, sondern im Interesse der Organisation auch wirklich zu benützen. (Beifall.)

Nachmittagssitzung.

Elsa Kueschke (Reichenberg): Ich möchte die Worte der Genossin Neumann unterstreichen, das Korrespondenzblatt möchte nicht mehr die kleineren Organisationsdinge ausführlich beschreiben. Das sollte den Kreisblättern überlassen bleiben. Durch den Ausbau der Bezirks- und Kreisorganisationen ist dem Wunsche zu entsprechen, daß von den Ländern an die „Arbeiterinnen-Zeitung" regelmäßig über politische Vorgänge berichtet werde; es wäre am besten, solche Berichte vierteljährlich zu machen. Der Teil der „Arbeiterinnen-Zeitung", der so frei würde, könnte für wichtigere Dinge verwendet werden. Die Berichte sollten möglichst knapp abgefaßt werden.

Nun noch einige Worte über die Kolportage: Im Reichenberger Kreis haben wir viele Lichtstrahlenbroschüren verbreitet. Wir wundern uns, daß in anderen Kreisen in dieser Richtung so wenig getan wurde. Von der Broschüre der Genossin Popp, „Schutz der Mutter", haben wir allein 400 Exemplare gebraucht. Im Landesfrauenkomitee haben wir den Beschluß gefaßt, an alle neueintretenden Mitglieder die Broschüre der Genossin Zietz, „Gehörst du zu uns?", zu verteilen. Wenn einige Genossinnen meinen, daß diese Broschüre vor allem mehr für Deutschland berechnet ist — obwohl ihr Gedankengang für alle Länder innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gilt — so gibt es ja noch andere Broschüren, mit denen ähnliche Propaganda gemacht werden kann, so zum Beispiel die Broschüre der Genossin Schlesinger aus der Lichtstrahlenbibliothek. Jedenfalls wären wir froh, wenn das Beispiel der Reichenberger Genossinnen den anderen Genossinnen zur Ermunterung und zum Ansporn dienen würde.

Marie Ducia (Lienz): Ich möchte Ihnen ein kleines Bild der Frauenbewegung von Tirol geben. An der letzten Frauenkonferenz konnten wir erst über 90 politisch organisierte Frauen aus Tirol berichten. Sie waren alle aus einer Gegend, im übrigen Tirol existierten außerdem nur drei Frauenorganisationen. Während der Zeit zwischen der letzten und der heutigen Konferenz haben wir aber für die politische Organisation nicht weniger als 600 Frauen gewonnen. Wenn in der allerletzten Zeit die Fortschritte nicht auf derselben Höhe blieben, so hat das seinen Grund darin, daß wir die wirtschaftliche Krise sehr stark zu spüren bekamen. Ueberdies muß ja immer bei der Beurteilung der Tiroler Verhältnisse bedacht werden, daß Tirol so stark unter der Herrschaft der Geistlichkeit steht, aber überdies noch ein so industriearmes Land ist. (Beifall.)

Marie Jockl (Troppau): Nach dem Parteibericht ist unser Mitgliederstand zurückgegangen, aber ich darf Sie daran erinnern, daß wir im Jahr 1912 1088 Mitglieder hatten, im Jahr 1913 1106. In Wahrheit macht sich in Schlesien die wirtschaftliche Krise furchtbar bemerkbar. Der Rückgang ist ja nicht nur in der Frauenbewegung, sondern auch in der ganzen Arbeiterbewegung bemerkbar und auf die Wirtschaftskrise allein zurückzuführen. (Beifall.) Uebrigens möchte ich noch bemerken, daß unsere Frauenbewegung mehr Kräfte braucht. Man verlangt immer, daß gerade die Frauen unserer Vertrauensmänner und Parteifunktionäre, die Frauen der Genossen, die Parteistellungen bekleiden, vor allem die Organisierung der Frauen zu übernehmen hätten. Aber gerade die Frauen der Parteiangestellten haben weniger Zeit; da sich die Männer gar nicht um das Haus und um die Erziehung der Kinder kümmern, so sind doch gerade die Frauen dieser Männer mit der Erziehung ihrer Kinder und mit der Hauswirtschaft beschäftigt. Wir brauchen mehr Kräfte für die Frauenbewegung. (Beifall.)

Marie Koch (Graz): Auch wir in Steiermark haben 127 Mitglieder verloren. Vergleichen Sie aber damit den Rückgang in der Parteiorganisation, die einen Verlust von 1000 Arbeitern zu verzeichnen hat, so werden Sie finden, daß wir getan haben, was möglich war. Wie sehr wir unter der Krise leiden, möge Ihnen die Tatsache vor Augen führen, daß wir in

Steiermark Orte haben, in denen auf einmal 1000 Männer entlassen wurden, daß wir Orte haben, wo seit dem Herbst nur an zwei Tagen in der Woche gearbeitet wird. Unter solchen Verhältnissen kann die Organisierung der Frauen nicht vorwärts gehen. Wir können sie nicht in unsere Vereine bringen, wenn sie uns mit Tränen in den Augen entgegentreten. Da ist keine Agitation möglich. Aber diese Genossinnen gehen uns ja nicht verloren, wir müssen einstweilen auf sie verzichten, wir hoffen, daß es im Frühjahr besser wird. In der letzten Zeit beschäftigen wir uns in Graz auch mit der Organisierung der jugendlichen Arbeiterinnen. Wir wollen die Lehrmädchen in einer Sektion des Verbandes der jugendlichen Arbeiter zusammenfassen, wobei selbstverständlich ein paar Genossinnen von uns als Beiräte fungieren. Die großen Aktionen aber sollen die jugendlichen Arbeiterinnen mit den jugendlichen Arbeitern gemeinsam führen. Das Gemeinsamkeitsbedürfnis muß gepflegt werden. (Beifall.)

Marie Beutelmeier (Linz): Die Organisation in Oberösterreich ist stets ein Sorgenkind gewesen. Auch jetzt sind die Sorgen nicht geschwunden, denn wir sind an Mitgliederzahl zurückgegangen. Wenn Sie nach den Gründen dieses Rückganges fragen, so kann ich nur sagen, es sind dieselben Gründe wie in jenen Ländern, die auch von einem Rückgang berichtet haben. Vor allem ist es die Krise. Dazu kommen aber die eigenartigen Verhältnisse unseres Landes. Die Industrie ist nur in einzelnen Städten vorhanden. Vor allem kommt für uns die Tabakindustrie in Betracht. Da ist es nun sonderbar, daß die Tabakarbeiterinnen, die 50 bis 60 Prozent gewerkschaftlich organisiert sind, so schwer für die politische Organisation gewonnen werden können, obwohl sie viele ihrer Erfolge der politischen Organisation verdanken. Die Textilindustrie, wo so viele Arbeiterinnen beschäftigt sind, ist vollständig lahmgelegt. Einzelne Fabriken, zum Beispiel in Traun, sind völlig gesperrt. Und auch ein geschichtliches Moment, glaube ich, spielt hier noch immer eine gewichtige Rolle. In jenem Bauernkrieg, der an der Scheide des 16. und 17. Jahrhunderts getobt hat, wurde alles, was fortschrittlich gesinnt war, von der Reaktion gemordet und fortgetrieben und nur das rückständigste Element der Bevölkerung blieb zurück. Noch heute, nach Generationen, spüren wir das und unsere Schulverhältnisse tragen dazu bei, diesen Zustand noch dauernder zu gestalten. Ich meine aber, daß wir keinen Grund haben, betrübt zu sein, wir haben fleißige Werbearbeit geleistet und das, was wir gewonnen haben, ist ein fester Besitz, ein fester Grund, auf dem fußend wir die berechtigte Hoffnung haben, Fortschritte zu machen. Was nun den Antrag der Genossinnen Freundlich und Proft betrifft, so müssen wir bedenken, daß es für uns oft von großer Bedeutung ist, wenn Sie Berichte über scheinbar ganz geringfügige Dinge aus kleinen Orten in die „Arbeiterinnen-Zeitung" aufnehmen. In solchen kleinen Orten sind die Ansätze zu organisatorischer Arbeit ganz schwach. Oft bilden ganz familiäre Zusammenkünfte den ersten Ansatz zur organisatorischen Arbeit und da ist es für uns schon wichtig, daß die betreffenden Frauen auch sehen, daß man sich um sie kümmert. Ich habe auch eine Beschwerde der Organisation von Ebensee über die Schnittmuster in der „Arbeiterinnen-Zeitung" vorzubringen. Diese Muster sind wohl sehr modern, aber solche moderne Sachen macht man nicht zu Hause (sehr richtig!), infolgedessen müssen viele Organisationen wieder daran gehen, Näh- und Schnittkurse zu machen. Sollen die Schnittmuster in der „Arbeiterinnen-Zeitung" einen Zweck haben, dann müssen es leichte Muster sein, nach denen die Frauen arbeiten können. (Beifall.)

Julie Klapatsch (Brünn): Auch das Land Mähren hat im vergangenen Jahr keinen Fortschritt zu verzeichnen. Wir haben bei unserer Werbeaktion wohl 100 neue Mitglieder gewonnen und im Vergleich zu dem Verlust von 800 Mitgliedern, den die politische Organisation der Männer erlitten, haben wir sogar den traurigen Trost, daß es uns besser ergangen ist. Aber dieser Fortschritt kann in Wahrheit nur ein Stillstand genannt werden.

Auch bei uns ist die Ursache dieser Stagnation die wirtschaftliche Krise. Wir haben ja hauptsächlich Textilindustrie im Land, die am meisten unter der Krise zu leiden hat. Dazu kommen die Siedelungsverhältnisse, die erschwerend wirken. Zwei Drittel der Bevölkerung sind Tschechen, die Deutschen wohnen zerstreut in Sprachinseln, deren Verbindung durch die schlechten Verkehrsverhältnisse sehr schwierig ist. In Nordmähren ist wohl ein geschlossenes deutsches Sprachgebiet, aber es ist vom Zentrum des Landes, wo die agitatorischen Kräfte vereinigt sind, nicht so leicht zu erreichen. Bei den letzten Landtagswahlen in Brünn wurden die schriftlichen Arbeiten fast nur von den Frauen gemacht. Die Frauen waren auch in den Agitationslokalen beschäftigt, so daß sich die Männer ganz auf den Schlepperdienst konzentrieren konnten. Ich glaube, daß auch in anderen Ländern die Frauen in dieser Art herangezogen werden sollten. Die Berichterstattung der Landeskomitees an die „Arbeiterinnen-Zeitung", wie sie der Antrag Freundlich wünscht, wäre sehr notwendig. Aber leider sind zu wenig Kräfte da, die diese Aufgabe bewältigen könnten.

Fanny Groeger (Klagenfurt): Kärnten hat zwar keine hervorragende Industrie, aber auch das wenige, was wir bei uns an Industrie haben, hat unter dem Druck der Krise sehr gelitten. Viele Arbeiter müssen auswandern, weil sie keine Arbeitsgelegenheit haben, und diese Auswanderer sind ja gerade die tüchtigsten, die qualifizierten Arbeiter, also jene, die am meisten für unsere Organisation in Betracht kommen. Unser Mitgliederverlust ist ja nicht groß, aber wir konnten in einer solchen Zeit nicht die Werbeaktion unternehmen. Wir konnten nicht in einer solchen Not an die Frauen herantreten. In einigen Orten wurde wohl geworben, aber mit keinem großen Erfolg. Allerdings, die Auswanderung darf uns nicht verzweifelt machen, denn die ausgewanderten Arbeiter treten ja wieder, wenn sie anderswo Arbeit finden, in die Organisation ein oder sind zumindest sehr leicht für sie zu gewinnen. Was den Antrag Freundlich betrifft, so wäre ich sehr dafür, daß eine solche Korrespondenz eingeführt wird.

Anna Aster (Teplitz): Die Berichte von den Organisationen lassen ersehen, daß überall in den einzelnen Ländern die Krise geherrscht hat. Arbeitslosigkeit, Kriegsgefahr und Auswanderung schädigten die Entwicklung der Frauenorganisation ungemein. Namentlich in der Porzellanindustrie ist jetzt bei uns eine große Arbeitslosigkeit. Dabei freilich müssen wir auch bekennen, daß die Frauen vielfach noch nicht wissen, wie man ein Vereinsleben gestaltet und es durch kleine Streitigkeiten bisweilen schädigen. Was die Monatsbeiträge für gewerkschaftlich organisierte Arbeiterinnen in unserer Organisation betrifft, so können wir in Böhmen mit 20 H. nicht auskommen. Wir müssen 26 H. einheben. Es soll daher in der Zeitung nicht von 20 H. gesprochen werden. Die Genossinnen von Leoben wünschen den Titel der „Arbeiterinnen-Zeitung" geändert. Sie wollen, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" lieber „Frauen-Zeitung" genannt wird. Warum dies? Wir sind doch Arbeiterinnen, ob wir nun in die Fabrik gehen oder ob wir auch im Hauswesen tätig sind, bleiben wir nur bei dem alten guten Titel. Wir sind auch immer bestrebt, die Frauen zum politischen Verständnis zu erziehen und das Interesse der Frauen an den politischen Vorgängen wachzurufen. Die Kolportage fördern wir nach Kräften. Freilich wissen wir, daß viele unserer Frauen ein Fünferl lieber in die Lotterie setzen, als es für eine Zeitung auszugeben. In dieser Richtung bleibt noch viel Arbeit zu tun übrig. In Deutschland ist es vielfach besser, dort lesen die Frauen, dort sind aber auch die Männer anders. (Heiterkeit.) Doch auch bei uns geht es schon vorwärts. In einigen Kreisen unterstützen uns bereits die Männer ausgiebig. Genossin Fokl hat gemeint, die Frauen unserer Parteiangestellten sollen entlastet werden. Genossin Fokl hat mit dieser Bemerkung durchaus nicht recht. Gerade die Frauen der Parteifunktionäre müssen für unsere Frauenorganisation noch viel mehr leisten als sie geleistet haben. Sie sind die Berufenen hiezu, und wenn sie ihre Pflicht erfüllen, so können wir in

einem Jahr mehr Erfolg aufweisen, als dies jetzt der Fall ist. Was die Modebeilage der „Arbeiterinnen-Zeitung" anlangt, so bin auch ich mit ihr nicht einverstanden. Diese ganze Modezeitung hat für Arbeiterfrauen sehr wenig Bedeutung, vor allem deshalb, weil die Schnitte nicht dabei sind. Nach den Angaben der Modezeitung ist es unmöglich, daß sich die Frauen etwas anschaffen können. Wenn etwas getan wird, ist es notwendig, daß es ganz getan wird.

Genosse **Pichler** (Oderberg): Ich selbst hätte mich nicht zum Wort gemeldet, aber ich bin sozusagen Obmann einer Frauenorganisation. Die „Arbeiterinnen-Zeitung" ist glänzend geschrieben, aber für die Agitation vielfach zu schwer. Die „Arbeiterinnen-Zeitung" müßte dem Klerikalismus mehr Aufmerksamkeit widmen, sich mehr mit diesen Fragen befassen, der Klerikalismus ist der größte Feind der Arbeiterschaft und der Frauen. An Aufklärung mangelt es auch in politischen Fragen. Man hört die Frauen oft sagen, nun gibt es so viel sozialdemokratische Abgeordnete, aber alles bleibt so teuer wie es war und wird noch teurer. Es fehlt hier an politischer und volkswirtschaftlicher Erziehung. Vor allem zu beachten wäre das Bibliothekswesen. Ein Ort, der eine gute Bibliothek hat, kann der Frauenbewegung große Dienste erweisen. Wir sollten darauf achten, was sie lesen. Ich habe selbst darüber Betrachtungen angestellt. In unserer Bibliothek haben wir Bebels „Frau und der Sozialismus", und obwohl wir schon einige Zeit eine Frauenorganisation an unserem Ort haben, so wurde zwar manche andere leichtfaßliche Broschüre verlangt, aber kein einzigesmal noch das Bebel-Buch. Die Romane freilich werden fleißig gelesen. Hier sollten die Frauenorganisationen eingreifen. Bücher mit sozialistischem Inhalt müßten mehr angeboten und mehr gelesen werden. Endlich noch ein Wort zur Bemerkung der Genossin J o c k l. Sie hat es sicher ganz gut gemeint, aber ihre Meinung ist nicht richtig. Die Frauen der Parteiangestellten müssen der Frauenbewegung ihre ganze Kraft zur Verfügung stellen.

Hromatka (Brünn) beantragt Schluß der Debatte.

Der Antrag wird abgelehnt.

Amalia Pölzer: Es wurde behauptet, daß die Werbeaktion nicht rechtzeitig eingeleitet wurde. Dieses Bedenken hatten auch wir im Reichskomitee. Selbstverständlich ist bald in dem einen Land, bald in dem anderen etwas, was eine solche Aktion behindert. Aber wir mußten uns einmal sagen, daß wir den Sprung wagen müssen, und daß man, nach einem alten Sprichwort, am besten schwimmen lernt, wenn man ins Wasser geworfen wird. Und schließlich hat sich ja gezeigt, daß die Aktion, wenn auch nicht den Erfolg, den wir wünschten, doch einen ganz erfreulichen Erfolg gehabt hat. Aber ich meine, die Genossinnen sollten nicht warten, bis von der Zentrale aus eine solche Aufforderung an sie kommt. Jede Lokalorganisation kann bei irgendeinem Anlaß, wo sie glaubt, daß die Gemüter der Frauen für eine solche Aktion empfänglich sind, von selbst vorgehen. Die Aktion hat uns viel Geld gekostet. Aber wir bereuen das Geld nicht, denn es hat uns einen Erfolg gebracht und auch für die „Arbeiterinnen-Zeitung" hat es gute Dienste geleistet. Was den Antrag Leoben betrifft, möchte ich schon empfehlen, ihn abzulehnen. Diejenigen, die an dem Titel „Arbeiterinnen-Zeitung" Anstoß nehmen, die sich nicht als Arbeiterinnen fühlen, die gehören ja so nicht zu uns. Man könnte vielleicht darüber sprechen, ob man nicht einen Untertitel geben sollte, etwa „Reichsorgan der sozialdemokratischen Frauenorganisation". Aber das ist keine Sache, die auf einer Konferenz erledigt werden kann. Die „Arbeiterinnen-Zeitung" ist jetzt so ziemlich eingeführt und es wäre ein Fehler, wenn sie jetzt einen anderen Titel erhielte. Was die Vorwürfe bezüglich der Schnitte betrifft, so glaube ich schon, daß es eine Kunst ist, die niemand kann, nämlich die Kunst, jedem recht zu tun. Die eine möchte ein Sonntagskleid machen, die andere ein Wochentagskleid, wenn Sie der Redaktion eine Karte schreiben, so wird das leicht zu machen sein, aber in der Zeitung kann man nicht allen Wünschen Rechnung tragen.

Wir sind gewiß nicht fehlerfrei, aber uns fehlt nicht der Wille, wenn auch die Kräfte vielleicht nicht immer ausreichen. (Beifall.)

Marie Sponer (Reichenberg): Wenn gesagt wird, die Genossinnen hätten es lieber, daß die Berichte von den einzelnen Orten kommen, als wenn die Landesvertrauensperson für alle zusammen berichtet, so meine ich, daß es auch möglich wäre, wenn die Genossinnen ihre Berichte an die Landesvertrauensperson schicken; sie kann dann aus allen diesen Berichten zusammen einen Bericht machen. Damit werden auch die Genossinnen zufrieden sein, die jetzt die kleinen Berichte schicken. Ich möchte den Vertrauenspersonen auch empfehlen, so viel als möglich überall Kinderbibliotheken einzuführen, das ist etwas, was zum eigentlichen Tätigkeitsgebiet der Frauenorganisation gehört, die damit sehr viel Nützliches leisten kann. Wir haben in Reichenberg vor zwei Jahren damit angefangen, obwohl die Genossen uns zunächst verlachten. Aber wie sie sahen, wie die Kinder die Bücher verschlangen, änderten sie ihre Meinung und schließlich haben sie uns unterstützt, indem sie uns selbst eine neue Bibliothek anschafften. Es ist allerdings nicht möglich, daß jede Organisation eine solche Kinderbibliothek habe, aber es kann eine Bezirksbibliothek als Wanderbibliothek eingerichtet werden.

Anna Perthen (Bodenbach): Ich kann Ihnen vom Kreis Bodenbach einen erfreulichen Bericht bringen. Wir haben einen Mitgliederstand von 1100 Frauen zu verzeichnen. Bei der Werbeaktion haben wir 352 Frauen gewonnen, 82 allein davon in Bodenbach. Daß sich die Frauen der Parteiangestellten an der Aktion so lebhaft beteiligt haben, hat in den Versammlungen guten Eindruck gemacht und ein Großteil unseres Erfolges ist diesem Umstand zuzuschreiben. Es ist daher sehr zu wünschen, daß sich die Frauen unserer Parteiangestellten in der Arbeiterinnenbewegung fleißig beteiligen.

Olga Hönigsmann (Wien): Das Modeblatt, das die „Arbeiterinnen-Zeitung" herausgibt, wurde heute von zwei Rednerinnen angegriffen. Als verantwortliche Redakteurin kann ich darauf nur antworten, daß es ja wirklich schwer ist, das Modeblatt allen recht zu machen. Ich kann auch nicht recht glauben, daß unsere Schnittmuster nirgends Anklang gefunden hätten, denn wir bekommen nach jeder Nummer acht bis zehn Zuschriften aus der Provinz, wo man uns um diesen oder jenen Schnitt ersucht. Sie dürfen auch nicht vergessen, daß Nähen und Schneidern theoretisch nicht beigebracht werden können. Gewiß, kleine Kenntnisse sind bei unseren Schnittmustern vorausgesetzt. Schließlich dürfen Sie nicht vergessen, daß man ja im Anfang bei einer solchen Sache immer im Dunkeln tappt. Und es ist uns nur angenehm, wenn Sie uns sagen, was Ihre Wünsche sind, damit wir daraus lernen. (Beifall.)

Anna Wolfik (Stockerau): Daß das Frauenreichskomitee eine Aktion zur Werbung neuer Mitglieder unternehmen mußte, beweist, daß vor der Aktion nicht so gearbeitet wurde, wie es notwendig ist. Mit dem bloßen Verteilen von Flugblättern und Agitationsnummern ist es nicht getan. Da (auf den Mund zeigend), da ist unsere Agitation. (Heiterkeit und Beifall.) Natürlich kommt es darauf an, was wir sprechen. Die mündliche Agitation ist unser wichtigstes Mittel, vorwärts zu kommen. Was den Vertrieb von Broschüren betrifft, so weiß ich ja, daß sich oft einer umdreht, wenn man an ihn herankommt, er möge eine Broschüre um sechs Kreuzer kaufen. Aber da heißt es, die Sache schlau anpacken. Uns sind von 100 Broschüren 70 geblieben, niemand hat sie um sechs Kreuzer haben wollen. Dann haben wir sie im Jurbazar um 10 Kreuzer gekauft. (Heiterkeit und Beifall.) Man darf sich bei dem Broschürenverkauf nicht immer an dieselben Leute wenden, sondern man muß trachten, sie auch in anderen Kreisen an den Mann zu bringen. Mit den Beiträgen allein kann man das Auskommen nicht finden und es ist schon Sache jeder Organisation darüber nachzudenken, daß die nötigen Mittel für ihre Aktionen sie selbst zu beschaffen hat.

Gabriele Proft (Schlußwort): In der ziemlich umfangreichen Diskussion, die wir hatten, sind nur wenige Beschwerden laut geworden. Einige Aeußerungen muß ich allerdings etwas eingehender besprechen. Kritisiert wurde vor allem ein Verstoß, der bei der Vorbereitung der Werbeaktion im Sommer gemacht wurde. Im Juni hat die Sitzung wegen der Aktion stattgefunden. Später wurden die Zirkulare zu allen Landesvertrauenspersonen hinausgeschickt und zu einer Zeit, da unsere Korrespondentin, die Genossin Freundlich, in Wien nicht anwesend war, mußte die Korrespondenz verschickt werden. Durch einen Irrtum der Druckerei wurden nun Ziffern entweder unrichtig gebracht oder vertauscht; darauf ist der ganze bedauerliche Vorfall zurückzuführen, der dann unseren Genossinnen namentlich in Böhmen so viel unnötige Arbeiten gemacht hat. Dieser Verstoß konnte nur deshalb passieren, weil wir damals in einer sehr unangenehmen Lage waren. Wir haben im Juni an die Landesorganisationen hinausgeschrieben, aber im August haben erst zwei Länder geantwortet. Alle anderen hatten sich nicht einmal gemeldet. Wie konnten wir wissen, ob wir die Agitation für 10.000, für 50.000 oder 100.000 Menschen ins Werk setzen sollen? Dennoch bitte ich die Genossinnen hier nochmals um Entschuldigung. Die Genossin Freundlich hat vom Anschluß der Frauen an die Gesamtorganisation gesprochen. Wir haben es heute vermieden, darauf zurückzukommen, da ja die Dinge jetzt nicht anders stehen als vor zwei Jahren. Im Augenblick, da sich die Verhältnisse klären sollten, werden wir gewiß an die Genossinnen in die Provinz hinausschreiben. Dann hat die Genossin Freundlich einen Antrag eingebracht, der die Wahl von Korrespondentinnen bezweckt. Darauf hat die Genossin Jockl genug Vorwürfe zu hören bekommen, weil sie gesagt hat, alles könnten die jetzt in der Bewegung tätigen Genossinnen nicht arbeiten. Aber so schwer soll ja die Sache nicht werden. Wir empfehlen Ihnen den Antrag Freundlich zur Annahme. Geklagt wurde ferner auch über die Ungefälligkeit der Parteigenossen und darüber, daß gerade die Frauen der Funktionäre in der Organisation nicht mitarbeiten. Aber verfallen wir nicht wieder in den entgegengesetzten Fehler. Nicht jede Frau eines Parteigenossen ist fähig, in der Parteiarbeit tätig zu sein, man muß hier immer individualisieren. Nun zu den Aeußerungen der Genossin Beutelmeyr. Gerade Oberösterreich ist eines der Länder, denen wir Mahnschreiben senden mußten. Genossin Beutelmeyr weiß sicher, daß ihr niemand verwehrt, mit uns zu arbeiten. Dann ist von den Zeitungsberichten gesprochen worden. Die Versammlungsberichte werden ja immer kleiner und geringer. Das Ueberhandnehmen von Berichten über Feste, Kränzchen und dergleichen müssen wir besonders deshalb verhindern, weil es leicht falsche Vorbilder geben kann. Ist über so ein Kränzchen von einer Genossin berichtet worden, gleich erbittet eine andere Genossin von uns die Adresse dieser Genossin, um ein Fest nachzumachen. Wir haben aber kein Interesse daran, solche Dinge bei uns allzu sehr einbürgern zu lassen. Das Zentralblatt ist auch nicht dazu da, allzu viele Nachrufe zu bringen, die Nachrufe gehören in die lokalen Blätter. Die Genossin Aster meinte, man sollte nicht von einem einheitlichen Beitrag sprechen, den gäbe es doch in Wirklichkeit nicht und verwies auf Böhmen. Aber in Innsbruck wurde in Wirklichkeit ein Einheitsbeitrag beschlossen, allerdings war dieser als Mindestbeitrag gedacht, es sollte keinen Beitrag unter 20 H. geben. Dann wurde von Weihnachtsfeiern gesprochen. Das ist gewiß wichtig, aber wir werden morgen darüber noch ausführlich bei den Referaten der Genossinnen Schlesinger und Freundlich sprechen können. Was über die Führung der Modezeitungen zu sagen war, hat die Redakteurin Hönigsmann bereits vorgebracht. Damit haben wir alles erwähnt, was zu sagen nötig war. Wenn wir einander behilflich sind, können wir die gewonnenen Erfahrungen zum Nutzen unserer Organisation anwenden. (Beifall.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag Leoben auf Aenderung des Titels der „Arbeiterinnen-Zeitung" einstimmig abgelehnt, der Antrag Freundlich angenommen.

Die Genossin **Beutelmeyr** klärt ein Mißverständnis auf, sie habe ihren Vorwurf nicht gegen das Reichskomitee als solches gerichtet, sondern nur gemeint, daß man auch den Rat der auswärtigen zur Kontrolle gehörenden Mitglieder hätte einholen sollen.

Die Genossin Jockl stellt fest, sie habe nicht gesagt, die Frauen der Parteiangestellten sollen sich nicht organisieren, sondern man dürfe von ihnen nicht zuviel verlangen.

Es folgt der Punkt

„Frauentag und internationale sozialdemokratische Frauenkonferenz 1914".

Adelheid Popp: Wir haben drei Frauentage hinter uns und schon bei der zweiten Veranstaltung war ein gewisser Mißmut zu verspüren. Ein Teil der Genossinnen hat gefunden, daß diese Art der Propaganda, die sich Jahr für Jahr in derselben Form wiederholt, der Sache, der sie dienen soll, dem Frauenwahlrecht, nicht nützt. Das Frauenreichskomitee mußte den zweiten Frauentag einberufen, weil diese Aktion sich auf einen Beschluß des internationalen Kongresses gründet, der 1910 in Kopenhagen stattgefunden hat. Wir Vertreterinnen aus Oesterreich haben diesen Antrag, der von Deutschland ausging, unterstützt. Es schien uns sehr gut, daß an allen Punkten des Reiches zu gleicher Zeit alle Kräfte für die Propaganda des Frauenwahlrechtes eingesetzt werden, denn die Propaganda, die sonst in Gelegenheitsversammlungen für das Wahlrecht der Frauen betrieben wird, geht unter. Niemand bemerkt sie. Dagegen wird so ein Frauentag auch den Indifferenten, jenen Frauen, die vom Frauenwahlrecht noch nichts wissen, bemerkbar.

Der erste Frauentag hat, wenn auch nicht überall, so doch im großen und ganzen mit einem Erfolg abgeschlossen. Beim zweiten Frauentag hatten wir trotz großer Vorarbeit das Gefühl, daß die Sache weniger gut gewesen sei, wenn auch wieder in einzelnen Orten ein großer Erfolg zu verzeichnen war. Wir fragten uns deshalb, ob wir das wiederholen können? Nun dachten wir, daß heuer der Internationale Kongreß in Wien stattfinden würde, wo die Frage entschieden werden könnte. Doch wurde dieser Kongreß durch die außerordentliche Tagung zu Basel hinausgeschoben und da mußten wir uns sagen, es wäre beschämend, wenn wir den Frauentag nicht abhalten würden, solange die Internationale nicht anders beschlossen hat. Wir haben also heuer im Frühjahr den Frauentag zum drittenmal abgehalten und er fiel besser aus als im Vorjahr. Die Presse hat sich mehr als sonst mit dem Frauenwahlrecht befaßt. Die Bedeutung des Frauentages liegt nicht nur in der unmittelbaren Wirkung auf die Oeffentlichkeit und auf die Frauen insbesondere, sondern auch in der Agitation, die durch unsere Presse geleistet wird, indem sie sich zur Zeit des Frauentages mit unserer Forderung nach dem Frauenwahlrecht intensiv beschäftigt. Und nun stehen wir wieder vor der Frage: Sollen wir zum viertenmal den Frauentag abhalten? Unsere Parteigenossen, das muß hier festgestellt werden, haben uns in der großartigsten Weise unterstützt. Es ist rühmenswert, wenn unsere Genossen an allen Ecken und Enden des Reiches zu den Frauenversammlungen eilen, um dort zu sprechen, und nicht nur unsere Abgeordneten, sondern auch die Vertrauensmänner und alle Parteigenossen, die überhaupt in Betracht kommen, haben uns wacker unterstützt. Es gibt viele Frauen, die da meinen, der Kampf um Lohn, um kürzere Arbeitszeit u. s. w. sei viel wichtiger als der Kampf um das Frauenwahlrecht. Diese Frauen vergessen, daß das

Frauenwahlrecht ein Mittel ist, um auch auf jenen Gebieten Fortschritte zu machen, um auch an jenen Stellen, wo man die Frauen bisher nicht hört, unsere Forderungen vorzubringen. Und darum, weil sich der Frauentag nicht nur auf einen internationalen Beschluß gründet, sondern weil er der Sache der Frauen selbst nützt, müssen wir ihn auch im Jahre 1914 abhalten. Vor wenigen Wochen erst haben die deutschen Genossinnen auf den Parteitag in Jena den Antrag gestellt, daß der Frauentag auch im Jahre 1914 abgehalten werden solle. Der Parteitag hat beschlossen, den Parteivorstand mit der Durchführung zu beauftragen. Wir werden nicht verfehlen, falls Sie sich heute unserem Vorschlag anschließen, auch unseren Parteitag zur Annahme dieses Beschlusses zu bewegen. Auch in den anderen Ländern, die sich dem ersten und zweiten Frauentag nur zögernd angeschlossen haben, wird nun der Frauentag mit großer Begeisterung abgehalten, so zum Beispiel in Holland. Die Aufforderung der amerikanischen Genossinnen an das Internationale Frauensekretariat in Stuttgart, die Abhaltung des Frauentages an demselben Tage in allen Ländern durchzusetzen, konnte nicht Anklang finden. Wir und die Genossinnen in Deutschland haben uns bezüglich des Tages freie Hand gelassen mit Rücksicht auf die Parteiverhältnisse. Seit dem erste Frauentag hat sich manches zugunsten des Frauenwahlrechtes geändert. So in Holland, vor allem aber in Dänemark und Norwegen, aber auch in Amerika. Ueberall, wo Frauen in Parlamenten sitzen, sehen wir, wie sie sich auf Gebieten betätigen, die früher fast gar nicht berührt wurden: Mutter- und Säuglingsschutz sowie Schutz der unehelichen Kinder, das sind gewiß Fragen von großer Bedeutung.

Wenn man erfährt, daß unter den arbeitenden Kindern die Mehrheit unehelich ist und daß unter den unehelichen Kindern die mutterlosen noch früher zur Arbeit gezwungen werden als die anderen, so sind das Dinge, die den Frauen und Müttern sehr nahe gehen. In den Ländern, wo es ein Frauenwahlrecht gibt, wird über diese Dinge gesprochen und es werden dagegen gesetzliche Schutzmaßregeln durchgesetzt. Bei uns fehlt es an all dem. Wenn wir für das Frauenwahlrecht demonstrieren, treten wir nicht nur für das aktive Frauenwahlrecht ein, sondern wir wollen auch das passive Wahlrecht. Den Frauen soll auch die Möglichkeit gegeben werden, im Hause der Gesetzgebung für die Interessen der Frauen und Mütter selber einzutreten. Wir wollen das aktive und passive Wahlrecht nicht nur für das Parlament, sondern auch für die Landtage und für die Gemeindestuben. Wiener-Neustadt und Waidhofen an der Ybbs haben den steuerzahlenden Frauen bereits das Wahlrecht gegeben, also nicht das, was die Arbeiterinnen brauchen. Trotzdem kann man sagen, daß die Frauen von Wiener-Neustadt sich an den Wahlen mit einer Lebendigkeit beteiligt haben, die die besten Hoffnungen gibt für das Erwachen des politischen Verständnisses der Frauen. In Oesterreich ist auch das Land Vorarlberg hier zu nennen und auch die Gemeinden von Linz und Steyr haben sich mit dieser Frage befaßt. Die Genossinnen von Linz haben sich sehr eifrig bemüht, das Interesse der Frauen für das Gemeindewahlrecht lebendig zu machen. Weiters ist bekannt, daß bereits in Böhmen bei den letzten Landtagswahlen eine Frau zum Abgeordneten gewählt wurde. Freilich ist infolge der Unfähigkeit der bürgerlichen Parteien und der Regierung in Böhmen die Wirksamkeit des ganzen Landtages lahmgelegt. Nun haben wir in der ganzen Frauenbewegung in Oesterreich kein Land, in dem unsere Organisation so stark ist wie in Böhmen. Dort müssen darum unsere Genossinnen auch in politischer Richtung bahnbrechend sein. Wir müssen dafür Sorge tragen, daß das Wahlrecht auch ausgedehnt werde auf die arbeitenden Frauen. Die deutschböhmischen Genossinnen müssen Versammlungen einberufen und das Interesse der Frauen an den politischen Vorgängen stärken. Je länger wir schweigen, je länger wird es dauern, bis die anderen auf uns aufmerksam werden. Es gilt, den Gedanken des Frauenwahlrechtes zu popularisieren.

Die sozialdemokratischen Frauen sind naturgemäß die Vorkämpferinnen für die politische Gleichberechtigung der Frauen. Auf die bürgerlichen Frauen können wir nicht warten. In Deutschland, wo die bürgerliche Frauenbewegung vor zwanzig Jahren mit radikalen Worten ins Leben getreten ist, wird sie immer rückständiger. Sie schließt sich immer mehr den frauenwahlrechtsfeindlichen Parteien an und hilft ihnen bei den Wahlen. Das Wiener Frauenstimmrechtskomitee tut nichts, weil das Gesetz eine politische Tätigkeit verhindert. So bleibt nichts übrig als der Wille und die Kraft der arbeitenden Frauen, die sich auf keine Deputationen verlassen, sondern selbst für den Kampf um ihre politischen Rechte eintreten.

Nun kann man fragen, ob es sich denn lohnt, für das Frauenwahlrecht einzutreten, wenn man unser Parlament ansieht, wenn man sieht, wie in diesem Parlament nichts vom Fleck geht und wie die selbstverständlichsten Gesetze nicht beschlossen werden. Wird es im Parlament anders werden, wenn dort auch die Frauen als Abgeordnete sitzen? Es klingt vielleicht überhebend, wenn wir sagen: vielleicht wird es gelingen, dieses Parlament vorwärtszupeitschen, wenn Frauen darin wären, Frauen, deren Blick durch Erziehung und Gewohnheit auf die kleinen Notwendigkeiten des Lebens gerichtet ist. Aber die Frage steht noch anders, denn der Einfluß auf das Parlament ist in Wirklichkeit nur zu gewinnen durch die Stärke der Arbeiterschaft außerhalb des Parlaments. Wir haben in Oesterreich einen Zustand wie nirgends in der Welt. Die Frauen sind von der Gesetzgebung verhindert, sich selbst zu schützen, die bürgerlichen Volksvertreter tun nichts zum Schutze der Frauen und unsere Abgeordneten, die es tun wollen, sind nicht mächtig genug, etwas durchzusetzen. Für all diese Dinge müssen wir das Verständnis in den Reihen der Arbeiterfrauen wecken und stärken. Man sage nicht, die Arbeiterin habe kein Verständnis für das Wahlrecht, sie wolle mehr Brot und billigere Lebensmittel, sondern man kläre sie auf, daß die Forderung nach politischer Gleichberechtigung ein Weg ist zum Schutze der Arbeiterin, der Mutter und des Kindes. Wenn wir all dies berücksichtigen, so müssen wir sagen: Ja, es ist notwendig, daß die Arbeiterinnen ihre ganze Kraft der Propaganda für das Frauenwahlrecht widmen. Gerade im kommenden Jahre 1914 wollen wir alles daransetzen, eine große, mächtige Kundgebung für das Frauenwahlrecht zu veranstalten. Bei der internationalen sozialistischen Frauenkonferenz sollen unsere Vertreterinnen auftreten und erklären können, daß die proletarischen Frauen in Oesterreich die Propaganda für das Frauenwahlrecht in immer größere Massen hineintragen, daß unsere Bewegung stärker wird von Jahr zu Jahr und daß der Frauentag von 1914 alle seine Vorgänger weit überstrahlt.

Nun haben wir die internationale Frauenkonferenz im Spätsommer 1914 in Wien zu erwarten. Das Frauenreichskomitee möchte Ihnen darum heute schon empfehlen, sich mit der Frage der Delegation zur Konferenz zu befassen. In England und in Amerika rüsten die Genossinnen schon heute. Die ganze Welt erwartet diesen Kongreß und die sozialistischen Frauen rechnen damit, von uns in Wien empfangen und begrüßt zu werden. Das Programm ist noch nicht festgestellt, aber sicherlich wird es eine große, mächtige, auch nach außenhin imposant wirkende Kundgebung der sozialistischen Frauen aller Länder sein. Ich habe Ihnen eine Resolution vorzulegen, die sich mit dem Frauentag und der internationalen Konferenz beschäftigt; ich bitte Sie im Namen des Frauenreichskomitees, folgender Resolution Ihre Zustimmung zu geben:

I.

Gemäß den Beschlüssen der Internationalen sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen 1910 ist auch im Jahre 1914 eine einheitliche Kundgebung für das allgemeine aktive und passive Frauenwahlrecht zu veranstalten. Der Frauentag soll überall im Einvernehmen mit den Parteiorganisationen vorbereitet werden;

die Genossinnen haben mindestens vier Wochen vor dem Stattfinden des Frauentages in allen Kreis-, Bezirks- und Lokalorganisationen darüber zu berichten, um sich die Unterstützung der Parteiorganisationen zu sichern. Jedoch kann sich die Aufgabe der Frauenorganisationen, für das Frauenwahlrecht Propaganda zu machen, nicht in der Abhaltung des Frauentages erschöpfen. Es ist vielmehr Pflicht aller Genossinnen, durch ihre Vertreterinnen in den Parteikörperschaften, so oft Aktionen für eine Wahlrechtserweiterung diskutiert und vorbereitet werden, sei es für einen Landtag oder eine Gemeinde, die ausdrückliche Hervorhebung des Frauenwahlrechtes zu fordern.

Die Vertreterinnen der organisierten Arbeiterinnen sind der Ueberzeugung, daß die politische Gleichberechtigung der Frauen ebenso unentbehrlich ist zur Durchsetzung des Arbeiterinnen-, Mutter- und Kinderschutzes als zur Durchdringung der großen Massen der noch indifferenten proletarischen Frauen mit dem Geist des Sozialismus.

II.

Die IV. sozialdemokratische Frauenreichskonferenz spricht ihre große Freude und Befriedigung darüber aus, daß die Vertreterinnen der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich im Jahre 1914 Gelegenheit haben werden, Delegierte der sozialdemokratischen Fraueninternationale in ihrer Mitte zu begrüßen.

Die Konferenz fordert schon jetzt die Frauenorganisationen auf, für eine zahlreiche Beteiligung an dieser internationalen Frauentagung Sorge zu tragen, und beauftragt das Frauenreichskomitee, alle Vorbereitungen zu einem würdigen Empfang der ausländischen Genossinnen zu treffen.

Debatte.

Therese Schlesinger: Meine Vorrednerin hat die Gelegenheit benützt, um über die Frage des Frauenwahlrechtes zu sprechen. Ich möchte hier noch ergänzend bemerken, daß gerade der Wahlrechtskampf und der Wahlkampf es sind, die in die Reihen der Männer in immer größerem Maße das Bewußtsein von den Aufgaben und Zielen der Sozialdemokratie hineingetragen haben. Unsere Partei ist gerade durch diese Kämpfe an Zielklarheit und Erkenntnis gewachsen, trotz aller Mißgeschicke dieses unglückseligen Oesterreich. Aus diesem Grunde müssen wir die Forderung erheben nach der Ausdehnung des allgemeinen Wahlrechtes auf die Frauen. Ich glaube nicht, daß, wenn heute neben den Männern Frauen im Parlament sitzen würden, das Parlament viel besser arbeiten könnte. Aber wir müssen uns sagen: so gut unsere Genossen die Wahlrechtskämpfe ausgenützt haben, um Erkenntnis in die Reihen der Männer zu tragen, so gut müssen auch wir diese Aufklärung unter die Frauen bringen. Und für Frauen gilt es noch mehr, weil es schon kräftigerer Mittel bedarf, um ihr Interesse für politische Vorgänge zu erwecken. Aber unseren Frauen in Oesterreich erwächst noch eine andere Aufgabe. Wir wissen ganz genau, daß, wenn das Parlament nicht vorwärtskommt, daran die nationalen Zwistigkeiten dieses zusammengeheirateten und zusammengeraubten Oesterreich schuld sind. Jede neue Schicht, die der kämpfenden Arbeiterschaft gewonnen wird, bedeutet zugleich eine Stärkung der Internationalität. Mehr als in anderen Ländern ist in Oesterreich die Internationalität die Bedingung für das Gedeihen der Arbeiterschaft. Ich erwarte vom internationalen Kongreß eine ganz kolossale propagandistische Wirkung gerade für die Erziehung zur Internationalität, zur Ueberwindung der engherzigen und schmählichen Zwistigkeiten, in die die bürgerlichen Politiker auch die Arbeiterschaft hineingetrieben haben. Wir haben allen Grund, dies schmerzlich zu bedauern, wir haben aber auch allen Grund, daran zu arbeiten, daß das anders werde und daß das Bewußtsein der internationalen Zusammengehörigkeit immer kräftiger und kräftiger werde.

Die Debatte wird morgen fortgesetzt.

Zweiter Tag.

Vormittagssitzung.

Die Debatte über den Punkt „Frauentag und internationale sozialistische Frauenkonferenz“ wird fortgesetzt.

Luise **Zietz**: Ich möchte meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß Sie beschlossen haben, auch im nächsten Jahre den Frauentag abzuhalten. Der Frauentag hat nicht nur der Propaganda für das Frauenwahlrecht gedient, sondern er hat auch außerordentlich dazu beigetragen, die großen Massen der uns fernstehenden Frauen aufzurütteln und viele von ihnen uns näherzuführen. Der Umstand aber, daß der Frauentag in allen Ländern stattfindet, trägt auch sehr viel dazu bei, den Gedanken der Internationalität in den Herzen und Köpfen der Frauen zu befestigen. Ich wünsche, daß der Frauentag, den Sie im Jahre 1914 veranstalten, die früheren Frauentage an Größe und Bedeutung noch übertrifft.

Minna **Krasa**: Es ist selbstverständlich, daß wir den Frauentag, der sich auf einen internationalen Beschluß gründet, durchführen müssen. Wir dürfen ihn nicht überschätzen, aber auch nicht unterschätzen. Wenn eine so große Zahl von Frauen in den Straßen aufmarschiert, da strömen so und so viele Neugierige zusammen und fragen: Ja, was wollen denn die? So wird das Interesse für unsere Sache geweckt, so wird der Boden aufgewühlt, in dem wir dann leichter den Samen des Sozialismus säen können. Es wäre heute verfrüht, darüber etwa Beschlüsse fassen zu wollen, wie wir den Frauentag abhalten mögen. Wir haben jetzt die Krise, aber in ihrer ganzen Wirkung werden wir sie erst im Winter zu spüren bekommen, und noch im kommenden Frühjahr werden wir die Nachwirkungen fühlen. Wir wissen auch nicht, was uns politisch zu Beginn des nächsten Jahres bevorsteht, aber soviel können wir heute schon beschließen, daß wir möglichst viel an Vorarbeit für den Frauentag leisten wollen, damit er sich den früheren Frauentagen würdig anreiht.

Anna **Kaff**: Wir alle sind von der Notwendigkeit des Kampfes um das Frauenwahlrecht durchdrungen. Aber unsere Aufgabe ist es, diese unsere Begeisterung hinausgetragen in alle Gaue Oesterreichs, sie allen zugänglich und verständlich zu machen. Wir wissen, daß das letzte Wort nicht im Parlament gesprochen werden wird, sondern auf der Straße. Darum müssen wir hinausgehen, um das Proletariat ohne Unterschied des Geschlechtes vorzubereiten. Der Frauentag ist der einzige Tag, an dem wir weit hinaus sichtbar und hörbar proklamieren, daß wir die politische Gleichstellung der Frauen fordern. Er ist aber auch ein Tag der Heerschau über die Massen, die wir bereits gewonnen, ein Tag des Rückblicks über die schon geleistete Arbeit, ein Tag des Ausblicks auf die Arbeit, die wir noch zu leisten haben. In diesem Sinne bitte ich Sie, geschlossen dafür zu stimmen, daß wir auch im Jahre 1914 einen Frauentag abhalten.

Marie **Beutelmeier** (Linz): Ich möchte den Eindruck schildern, den der Frauentag auf uns Frauen in der Provinz ausgeübt hat. Er war uns gleich vom Beginn an etwas Großes, etwas Heiliges, mit einem Wort: er war der Tag der Frauen. Der Frauentag 1914 kann eine besondere Anziehungskraft entfalten. Im Jahre 1917 werden die Handelsverträge erneuert. Darauf wäre das Schwergewicht zu legen. Vergessen Sie aber nicht, daß der Frauentag für uns Frauen noch einen besonderen Vorteil hat. Niemals stehen uns die politischen und die gewerkschaftlichen Blätter, niemals die Referenten, ob sie nun Abgeordnete sind oder nicht, so zur Verfügung wie um diese Zeit, und niemals wird in den Frauen so deutlich der Gedanke rege, daß sie eins sind mit den männlichen Parteigenossen, daß sie mit ihnen zusammen eine Partei sind.

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Es folgt nun der Punkt

Die Aufgaben der sozialistischen Frauenorganisationen.

Hiezu liegt folgende Resolution vor:

Resolution
zu Punkt 4: Aufgaben der sozialistischen Frauenorganisationen.

Von der Erkenntnis ausgehend, daß die steigende Zahl der Mitglieder den Frauenorganisationen erhöhte Aufgaben stellt, verpflichtet die V. Frauenreichskonferenz alle Organisationen, die Erziehungs- und Bildungsarbeit eifriger und planmäßiger als bisher zu fördern und auszugestalten.

Es sollen die Vorträge so gewählt werden, daß sie die Proletarierfrauen nach und nach in alle Gebiete der sozialdemokratischen Bestrebungen einführen und mit den wichtigsten Grundfragen des Sozialismus und der Sozialpolitik vertraut machen.

Bei Vorträgen, deren Inhalt zu Diskussionen Anlaß geben können, ist auf solche ein besonderes Gewicht zu legen, weil sie vorzüglich geeignet sind, den Inhalt des Vortrages dem Verständnis der Zuhörer näherzubringen und das Gehörte dem Gedächtnis einzuprägen.

Außer den Vorträgen mit und ohne Diskussion empfiehlt die Konferenz dort, wo die Bedingungen dazu gegeben sind, gesonderte Diskussionsabende abzuhalten. In kleineren Orten, wo Vorträge selten abgehalten werden können, sind die Diskussionsabende ein teilweiser Ersatz dafür.

Sind am Orte keine rednerischen Kräfte vorhanden, so können die Vorträge und Diskussionsabende durch Vorlesungen ersetzt werden. Die Leiterin soll eine mit dem Programm der Sozialdemokratie vertraute Genossin sein, damit sie imstande ist, Anfragen aus den Kreisen der Zuhörerinnen zu beantworten. Zur Vorlesung eignen sich Artikel aus dem „Kampf", der „Bildungsarbeit", der „Arbeiterinnen-Zeitung", dem „Abstinent", der „Gemeinde", „Für unsere Hausmütter" und aus den „Mitteilungen des Frauenreichskomitees" sowie aus allen Parteiblättern. Auch geeignete Kapitel aus Büchern und Broschüren sollen benützt werden. Es sollen auch aktuelle Fragen, die die Parteiorganisation beschäftigen (Wahlen, Abstimmungen im Parlament, Konferenzen, Parteitage rc.) diskutiert werden.

Die guten Erfahrungen, welche in Wien mit den Funktionärinnenkursen gemacht wurden, veranlassen die Konferenz, die Abhaltung solcher Kurse überall dort, wo es möglich ist, zu empfehlen.

*

Die Abhaltung von Näh-, Schnittzeichen- und ähnlichen Kursen ist in manchen Fällen sehr geeignet, indifferente Frauen heranzuziehen, doch darf durch solche Bestrebungen die Erziehung zum Sozialismus nicht vernachlässigt werden.

Die planmäßige Bildungsarbeit wird aber nur dann erfolgreich sein, wenn sie durch Anleitung zu zielbewußtem Lesen der Parteiliteratur unablässig gefördert wird.

Wenn die Frauenorganisationen Feste veranstalten, so sollen sie in erster Linie erhebend wirken und darf deshalb der finanzielle Gesichtspunkt niemals der allein vorherrschende sein. Es sollen nach Möglichkeit die Programme der Bildungsarbeit benützt werden oder andere gute Musik- und Theaterstücke zur Aufführung gelangen, die geeignet sind, den Geschmack der Zuhörer zu entwickeln.

Leitfaden.

Als besonders notwendig empfehlen wir folgende Vortragsthemen:

1. Was will die Sozialdemokratie?
2. Was erwartet die Arbeiterfrau vom Sozialismus?
3. Das Frauenwahlrecht und die gesellschaftliche Entwicklung.
4. Die Aufgaben der politischen, der gewerkschaftlichen und der genossenschaftlichen Organisationen.
5. Die Ursachen der Teuerung. (Indirekte Steuern, Zölle rc.)
6. Kapital und Gewerkschaften.
7. Der Kleinhandel und die Konsumvereine.
8. Kirche und Schule.

9. Häusliche und öffentliche Erziehung.
10. Was fordert die Arbeiterschaft für die Greise, Invaliden, die Kranken und Arbeitslosen?
11. Was fordert die Sozialdemokratie für die Witwen und Waisen, die Schwangeren und Wöchnerinnen?
12. Wie sollen die Proletarierkinder vor Erwerbsarbeit, Elend und Verwahrlosung geschützt werden?
13. Die Bedeutung der Jugendorganisation. (Mit Berücksichtigung der Organisation der jungen Mädchen.)
14. Körperpflege und Hygiene des Weibes.
15. Berufs- und Volkskrankheiten.
16. Der Alkohol — ein falscher Freund.
17. Bevölkerungszunahme und Sozialdemokratie.
18. Was fordern wir zum Schutz der Heimarbeiter?
19. Freiheitsdichtungen und andere Vorlesungen.
20. Satirische und humoristische Gedichte.

Ein Unterrichtsplan für die Funktionärinnenkurse.

1. Der Sozialismus. (Zwei Vorträge.)
2. Arbeiterinnenschutz und Gewerkschaften. (Zwei Vorträge.)
3. Die Frauen und die Genossenschaften. (Ein Vortrag.)
4. Die Frauenfrage. (Zwei Vorträge.)
5. Organisationsfragen. (Zwei Vorträge.)
6. Rechtsfragen im Frauenleben. (Zwei bis drei Vorträge, wenn im Ort ein juristisch unterrichteter Genosse zu finden ist, der sie übernimmt.)

Als Material soll in den Funktionärinnenkursen außer der bekannten Broschürenliteratur noch verarbeitet werden: Bebel, „Die Frau und der Sozialismus"; Danneberg, „Das Parteiprogramm"; Kautsky, „Das Erfurter Programm"; Adolf Braun, „Gewerkschaften"; Paul Göhre, „Die Geschichte der deutschen Konsumvereine".

Zu diesem Punkt sind zwei Referentinnen bestimmt.

Referentin Therese **Schlesinger:** Es ist noch nicht sehr viele Jahre her, daß die Bildungsarbeit in der ganzen Partei ziemlich planlos war. Bei den Vorträgen entschieden nicht so sehr die politischen Ereignisse, sondern der Zufall persönlicher Beziehungen. Manche von Ihnen wird sagen, es ist heute auch nicht anders. In der Tat trifft dies vielfach zu. Wir sind noch nicht so weit, daß wir durch ein System von Vorträgen die Hörer in die sozialistische Ideenwelt einführen. Aber seit wir die Unterrichtsausschüsse haben, ist es doch besser geworden. Nach und nach haben sich die Organisationen, vor allem die Wiener, daran gewöhnt, den Rat des Unterrichtsausschusses anzunehmen. In den Frauenorganisationen ist dies allerdings weniger der Fall. Ich weiß sehr genau, daß es nicht immer geht, nach einem System zu arbeiten, vor allem in der Provinz. Aber wir müssen immer auf dem Standpunkt stehen, uns Ziele zu setzen, die wir trotz aller Schwierigkeiten anzustreben haben. Wenn ich Ihnen also einen bestimmten Plan vorschlage, so bitte ich, mir nicht entgegenzuhalten: Ja, das hat diese oder jene Schwierigkeiten. Die Zustimmung, die ich von Ihnen verlange, ist nur die, daß Sie sagen: Soweit es uns möglich ist, werden wir nach diesem Plan arbeiten. Dort, wo eine junge Organisation ist oder in der Organisation Genossinnen sind, die noch nicht viel gelesen haben, überhaupt, wo man es mit einer sehr bedrückten Arbeiterkategorie zu tun hat, dort ist es gewöhnlich um das Vortragswesen am traurigsten bestellt. Da wird einmal ein Vortrag gehalten über die Kinderpflege und dann über die Anwendung der Kochkiste und dann wieder ein ärztlicher Vortrag. Man glaubt immer, diese Frauen bei irgendeinem besonderen Bedürfnis packen zu müssen. Dieser Gedankengang ist sehr natürlich. Aber wir dürfen nicht vergessen, wenn wir den Frauen über die Kochkiste sprechen, so stoßen wir auf die Frage: Ja was sollen sie in ihrer Not in die Kochkiste geben? Wenn wir sie über irgendeine Frauenkrankheit aufklären, so ist damit nicht

viel geholfen, weil ihnen bei ihrer Lebensweise und Arbeitsplage nicht viel zu helfen ist. Mit einem Wort: wir stoßen immer auf bestimmte Grenzen. Und wenn die Frauen solche Vorträge gehört haben, so wissen sie noch immer nicht, wo das hinaus soll. Nicht vielleicht daß solche Vorträge überflüssig oder gar schädlich wären, aber keiner dieser Vorträge erfüllt seinen Zweck, wenn er den Frauen nicht den Zusammenhang all ihrer Leiden und Beschwerden mit der ganzen Gesellschaftsordnung eröffnet. Darum ist der erste und wichtigste Rat, den ich Ihnen für die Bildungsarbeit bei den Frauen gebe: aufzuklären über das, was die Sozialdemokratie will.

Von dieser Ueberzeugung ausgehend, daß das Eindringen in die Grundgedanken des Sozialismus nicht nur das Wichtigste ist, sondern auch vorangehen muß, habe ich Ihnen ein Verzeichnis von Vorträgen vorgelegt, wie sie hintereinander zu halten sind. Es ist natürlich nicht notwendig, sich Punkt für Punkt genau daran zu halten, aber jedenfalls soll ein Vortrag über das Thema: „Was will die Sozialdemokratie?" vorangehen. Ein solcher Vortrag gibt Ihnen die Gelegenheit, die Frauen nicht nur bei ihren einzelnen Bedürfnissen zu fassen, sondern ihnen auch den großen Ausweg, das herrliche Ziel, dem wir zustreben, zu zeigen. Die nächsten Vorträge sollen dann die Gedanken des ersten Vortrages vertiefen. Ein zweiter Vortrag soll auseinandersetzen, was die Sozialdemokratie für die Frauen bedeutet. Dann soll über das Frauenwahlrecht im besonderen gesprochen werden, und schließlich soll auf die Fragen der Zoll- und Steuerpolitik u. s. w. eingegangen werden. Zur Sozialversicherung schlagen wir Ihnen zwei Vorträge vor. Ich halte es für verfehlt, wenn bei den Vorträgen über die Sozialversicherung zu sehr in die politischen Details eingegangen wird. Das können wir dort tun, wo wir es bereits mit geschulten Frauen zu tun haben. Sonst aber wird es sich empfehlen, zunächst darüber zu sprechen, was die Arbeiterschaft für die Greise, Invaliden, Kranken und Arbeitslosen fordert, und in einem zweiten Vortrag, was wir für die Witwen und Waisen, für die Schwangeren und Wöchnerinnen verlangen, wobei auch die Frage der Mutterschaftsversicherung zu behandeln ist. Wir haben auch für Vorträge über Krankheiten vorgesehen. Die Frauen haben viel Interesse für die ärztlichen Fragen; leider ist es nicht immer das richtige. Sie kommen in die ärztlichen Vorträge oft, nicht um zu erfahren, wie man leben, wie man seine Wohnung halten soll, sondern wie man sich den Besuch eines Arztes ersparen kann. Das ist natürlich den Frauen nicht übelzunehmen, wenn man weiß, wie schwer jeder Kreuzer erworben wird und welches Unglück es bedeutet, das Geld zum Arzt tragen zu müssen. Ueber dieses Bestreben dürfen wir uns nicht aufhalten. Aber das ist nicht Aufgabe der Bildungsarbeit. Wenn wir den Kindern und Frauen, die nicht versichert sind, durch die Organisation einen Arzt ersparen könnten, täten wir es mit Freude, aber Vorträge über das Gesundheitswesen haben nicht den Zweck, den Rat des Arztes zu ersparen, sondern den, den Frauen zu zeigen, wie nötig der ärztliche Rat ist, wie man leben muß, um seine Gesundheit nicht den schwersten Gefahren auszusetzen. Freilich können das nicht viele, aber wir hätten keinen Drang nach vorwärts, wenn wir es ablehnten, das Ziel zu kennen, das angestrebt werden muß. Wir haben auch die Frage der Heimarbeit auf das Programm gestellt, weil das nicht nur eine der wichtigsten Fragen ist, sondern eine, in der die größten Irrtümer obwalten. Ich kann die Frage heute nicht erörtern, aber das eine muß ich sagen: an jedem Tag werden die Frauen mehr zum Verdienen gedrängt, und zu den Argumenten für die Beibehaltung des Titels „Arbeiterinnen-Zeitung" kann man noch anführen: mit jedem Tag werden die proletarischen Frauen mehr Arbeiterinnen, immer weniger werden die, die außer der Arbeit in der Wirtschaft keine Arbeit verrichten. Immer mehr sehen sich die Frauen um Heimarbeit um, und das ist eine Arbeit, die unter den gesundheitsgefährlichsten Verhältnissen vollzogen wird. Zum Schlusse haben wir Ihnen Freiheitsdichtungen und satirische Dichtungen angeraten.

Es ist ein berechtigtes Streben, nach ernsten Vorträgen auch etwas Heiteres zu genießen. Leider ist aber manchmal die Heiterkeit so, daß sie nicht in eine sozialistische Veranstaltung hineinpaßt. Es wird beschlossen, etwas Heiteres zu veranstalten. Da erinnert sich eine Frau, ihr Mann habe einen Freund, der irgend einmal etwas vorgetragen hat. Man nimmt nun den als Vortragenden, ohne zu wissen, wer er ist. Es ist vorgekommen, daß solche Unterhaltungen viel mehr geschadet haben, als die ernsten Vorträge nützen konnten. Man muß dem Verlangen nach etwas weniger schwerem Programm Rechnung tragen, aber das muß unter der Kontrolle der Partei und im sozialistischen Sinne geschehen. In Wien, wo dies unter der Kontrolle des Unterrichtsausschusses vor sich geht, ist ein Mißgriff nicht so leicht möglich. In der Provinz soll man einen Vortragenden nicht einladen, den man nicht kennt und von dem man nicht weiß, was von ihm zu erwarten ist. Wir müssen uns in den Vorträgen auch mit dem Genossenschaftswesen beschäftigen. Es bestehen darüber sehr viele Irrtümer, sehr viele Frauen wissen nicht, was die Konsumvereine leisten und was sie nicht leisten können. Darum ist es nötig, von Zeit zu Zeit aufklärende Vorträge zu veranstalten.

Besonders Gewicht möchten wir darauf legen, daß den Vorträgen, wo es möglich ist, eine Diskussion folgt. Ich kenne die Schwierigkeiten, die dem entgegenstehen. In Wien ist es das Sperrsechserl, das die Frauen um halb 10 Uhr auseinandertreibt, trotzdem man erst um halb 9 Uhr angefangen hat. Wir sollten dahin streben, für die Vortragsabende mehr Zeit zu gewinnen. Sie sollten pünktlich um 8 Uhr beginnen, wo es geht noch früher. Dann bleibt noch Zeit für eine Diskussion. Man braucht ja nicht eine Diskussion von einer Stunde. Zwei bis drei Anfragen an den Vortragenden über einzelnes aus dem Vortrag werfen Licht auf Stellen, die vielen unverständlich gewesen sind. Sie müssen bedenken, der Vortragende legt sich die Sache zurecht und er glaubt da oft, es seien den Zuhörerinnen Dinge verständlich, die vielen nicht verständlich sind. Wenn ein Zweifel geäußert wird, ist es aber dann nicht der Zweifel der einzelnen, die fragt, sondern der von dreißig bis vierzig Zuhörerinnen. Der Vortragende verliert nämlich sehr leicht durch die eingehende Beschäftigung das Gefühl für die Schwierigkeiten des Gegenstandes und übersieht das, was genauer zu erklären ist. Hier genügt eine kurze Anfrage, um Klarheit zu schaffen. Außer Vorträgen sollen Diskussionsabende stattfinden. Sie können sofort im Anschluß an den Vortrag sein. Wenn aber der Vortrag großes Interesse gefunden hat und man nicht sofort diskutieren kann, kann man acht oder vierzehn Tage später die Diskussion vornehmen. Aber ob sie sofort oder später ist: es ist immer gut, daß eine Genossin eine kurze Einleitung spricht und auf die Fragen, die kommen können, eine Antwort geben kann. Es ist dann gar kein Unglück, wenn eine Frage kommt, auf die die Diskussionsleiterin antworten muß: „Das weiß ich nicht!" Auch der allergelehrteste Mensch der Welt wird nicht auf jede Frage eine Antwort wissen. Man kann dann sagen: „Ich werde mich erkundigen oder über die Sache nachlesen und werde dann Antwort geben!" Damit erleichtern Sie sich die Sache und haben nicht die Angst, daß Sie falsch antworten. In kleinen Orten kommt es vor, daß lange Zeit kein Vortragender zu gewinnen ist. In solchen Orten sollten besonders die Diskussionen besser gepflegt werden. Wenn es aber nicht möglich ist, müssen Sie sich mit Vorlesungen aushelfen. Da soll eine Genossin etwas vorlesen und daran soll sich eine Diskussion knüpfen. Vorgelesen sollen werden Artikel aus der Parteipresse und aus leicht faßlichen Broschüren, auch Artikel aus unserer Frauenkorrespondenz, und vielleicht könnten wir die Genossin Freundlich bitten, daß sie solche zum Vorlesen besonders geeignete Artikel als solche auch bezeichnet. Jedenfalls sind aber Diskussionen dem Vorlesen vorzuziehen, denn das gesprochene Wort wirkt immer besser als das gelesene; man macht mehr Eindruck, wenn man so redet, wie einem der Schnabel gewachsen ist. Wir haben über die Diskussionsabende in der „Arbeiterinnen-Zeitung" eine Diskussion ge-

halten. Manche Genossin hat nun dabei die Begriffe Diskussionsabend und Redeunterricht verwechselt. Manche glaubte, wenn man einen Winter lang Diskussionsabende hatte und nicht fünf bis sechs Rednerinnen aus ihm hervorgegangen sind, sei er nutzlos gewesen. Die Diskussionsabende haben aber nicht den Zweck, Rednerinnen heranzubilden, in den Diskussionsabenden sollen alle reden, diese Abende sollen bilden und aufklären. Rednerin kann nicht jede werden; es gibt auch unter den Männern viele, die die Scheu nicht überwinden, vor vielen Menschen zu reden. Aber richtig ist, daß in diesen Diskussionsabenden manche erkennt, daß auch sie reden kann, und daß sie, wenn sie die Dinge so gut versteht, wie eine andere, die spricht, sich auch traut, öffentlich zu sprechen. Diese Genossinnen sind dann die Teilnehmerinnen für den Redeunterricht. Nun darf man bei allem nicht an die großen Vorteile des Lesens vergessen. Das Gedruckte verweht nicht, wie das Gesprochene, man hat es vor sich, und wenn man Zeit hat, kann man es immer wieder vornehmen. Es ist nun erfreulich, daß sich das Bibliothekswesen entwickelt. Das Bibliothekswesen ist oft dem Zufall anheimgegeben gewesen. Man hat Bücher geschenkt bekommen und hat sie angenommen, was es auch war, wenn es auch schade um die Zeit war, die man auf das Lesen dieser Bücher verwendete. Nun wird das Bibliothekswesen besser geregelt werden. Gestern hat ein Genosse gemeint, man solle nicht so nachgiebig sein gegen Genossinnen, die Romane verlangen und die Bücher über Sozialismus nicht lesen wollen. Wir wollen, daß nicht Bücher in den Bibliotheken stehen, die zu lesen verlorene Zeit bedeutet, wir können aber nicht verlangen, daß die Frauen nur sozialistische Bücher lesen. Es gibt Tausende Frauen, bei denen wir es als großen Fortschritt betrachten müssen, wenn sie einen guten Roman, eine gute Novelle lesen. Unterhaltungslektüre möchte ich den Frauen dringend empfehlen, erstens weil die Arbeiterfrauen so wenig Freude und Erholung haben, und als Erholung wirkt der Roman schon bildend, wenn die Frau etwas liest, was sie von ihren Sorgen ablenkt und auf andere Gedanken führt. Dann gibt es Romane, die die Leser vertraut machen mit der Geschichte der Arbeiterbewegung und anderen geschichtlichen Vorgängen, deren Kenntnis nützlich für unsere Bestrebungen ist.

Natürlich müssen die Genossinnen, die für unsere Sache gewonnen sind, auch aufgeklärt werden über die Ideen des Sozialismus. Alle haben das Verzeichnis der Broschüren bekommen, die das Frauenreichskomitee zur Kolportage empfiehlt. Diese Broschüren werden manchen Frauen genügen, aber die Leiterinnen und die Vertrauenspersonen müssen über das hinausstreben, sie müssen versuchen, sich in einem höheren Maße Wissen über den Sozialismus anzueignen. Ueber dieses Broschürenverzeichnis hinaus haben wir jetzt eine kleine Liste angelegt, die aber durchaus nicht erschöpfend sein soll. Vor allem ist da die Broschüre zu nennen: „Was will die Sozialdemokratie?" Sie sollte von Zeit zu Zeit von jeder Genossin gelesen werden. Dann die Erläuterung des Parteiprogramms von Danneberg, die sie um eine Menge historischer und theoretischer Kenntnisse bereichert. Daß Bebels Buch: „Die Frau und der Sozialismus" nicht nur gelesen, sondern studiert werden sollte, ist selbstverständlich. In Deutschland ist nun jetzt die sozialistische Frauenbibliothek geschaffen worden, sie ist das schönste Andenken an Bebel, denn sie ist durchweht von Bebels Geist. Sie geht von dem Gedanken aus, die ganze Produktionsweise, die Lage der Arbeiterklasse und die Ziele der Bewegung zu schildern, ausgehend von der Bedrängnis der proletarischen Frau. Sie ist ein weiterer Ausbau des Bebelschen Buches. Besonders empfehlen wir Ihnen die Broschüre der Genossin Zietz „Die Frauen und der politische Kampf" und die Broschüre „Die Kinderarbeit", dann Adolf Brauns „Die Arbeiterin und die Gewerkschaft". Diese drei Broschüren sind besonders geeignet, das sozialistische Wissen der Frauen zu vertiefen. Für die große Masse der österreichischen Arbeiterinnen sind sie allerdings nicht geeignet, aber jede Vertrauensperson sollte diese Broschüren lesen, dann könnten sie es unternehmen, Vorträge darüber zu halten.

So wünschenswert wir die ärztlichen Vorträge halten, so gibt es in vielen Orten keinen Arzt und keine Aerztin, die bereit wären, in unseren Vereinsveranstaltungen zu sprechen. In vielen Gegenden kann der Arzt, wenn er es auch will, nicht als Vortragender in einer Arbeiterversammlung auftreten. Da müssen sich die Genossinnen selbst helfen. Vorsicht ist freilich dabei vonnöten, daß Sie sich sagen: ich bin kein Arzt. Aber manches kennen Sie selbst. Vor allem empfehlen wir Ihnen da zur Benützung die reiche Literatur über die Alkoholabstinenz, und dann die im Verlag der Berliner „Vorwärts"-Buchhandlung erschienene Arbeiter-Gesundheitsbibliothek, wo Sie Aufklärung über alle Fragen der Gesundheit, der Nahrung, der Bekleidung, der Körperpflege finden. „Die Reichenberger Schwurgerichtsverhandlung gegen Dr. Viktor Adler" ist, meines Erachtens, eine der besten Broschüren. Sie stammt aus einer Zeit, wo Dr. Adler den Richtern und Geschwornen das Alphabet des Sozialismus beibringen mußte, und darum ist sie eine der leichtfaßlichsten Propagandaschriften. Ebenso zu empfehlen sind die Broschüren über die Teuerung von Otto Bauer und Bauers Broschüre über die Balkanfrage. Sie haben nun ziemlich viel Ratschläge erhalten, von denen Sie gewiß einen oder den anderen befolgen können. Wenn Sie es tun, werden Sie sicher keine schlechten Erfahrungen machen. (Beifall.)

Es folgt nun das zweite Referat.

Referentin Emmy **Freundlich:** Ein großer Teil unserer Frauenorganisationen ist in Orten, wo die Genossen und Genossinnen mit der Bildungsarbeit auf die eigene Kraft angewiesen sind. Wenn auch ein oder zwei Genossen Vorträge halten können, so sind das gewöhnlich die einzigen, die imstande sind, im Orte eine führende Rolle zu spielen, aber sie sind meist mit Arbeit zu überhäuft, daß es ihnen möglich ist, sich in hervorragenderer Weise in den Dienst der Frauenorganisation zu stellen. Darum meine ich, daß wir all das Gute und Schöne, was uns Genossin Schlesinger gezeigt hat, nur bekommen, wenn wir bei der Schulung unserer Funktionärinnen anfangen. Freilich, wenn eine neue Organisation gegründet wird, muß man froh sein, wenn man eine oder zwei Frauen findet, die bereit sind, die Leitung der Organisation zu übernehmen. Das sind nicht immer Genossinnen, die von der Partei und dem Sozialismus schon sehr viel wissen, das sind Frauen, die viel guten Willen und Begeisterung mitbringen, aber ein sehr geringes Maß von praktischem und ein noch geringeres von theoretischem Wissen. Wir haben in der letzten Zeit etwas versucht, was das einzig Richtige und Mögliche ist, um unseren Funktionärinnen eine solche Schulung zu geben, wie wir sie zu verlangen verpflichtet sind. Das sind die Funktionärinnenkurse. In der Provinz ist es schwer, solche abzuhalten. Aber bei einigem guten Willen und einiger Tatkraft wird das auch in der Provinz möglich sein. In Deutschböhmen haben wir über hundert Frauenorganisationen mit natürlich einer großen Reihe von Funktionären. Es müßte meiner Ueberzeugung nach leicht möglich sein, daß man in allen größeren Städten im Laufe des Winters solche Funktionärinnenkurse abhält. Wir haben fast überall eine Stadt, um die eine Reihe von Industriedörfern gelagert ist. Die Funktionärinnen können nun Sonntag nachmittags in die Stadt fahren oder gehen und an dem Kurs teilnehmen. Diese Teilnahme können wir aber nicht vollkommen umsonst verlangen. Wir müssen die Kosten ersetzen, die die Genossinnen haben. In Wien wurde die Sache so durchgeführt, daß jede Frauenorganisation, die ihre Funktionärin hinschickt, ihr die Kosten der Straßenbahnfahrt und das Sperrgeld ersetzt. Die Frauenorganisationen haben auch spezielle Bedürfnisse, die in allgemeinen Veranstaltungen nicht befriedigt werden können. Wenn in einer Arbeiterschule oder Parteischule über Gewerkschaften gesprochen wird, so werden die Fragen, die die Frauen betreffen, nicht so vorwiegend behandelt, wie in einer Frauenveranstaltung. Dort wird auch viel mehr vorausgesetzt, als die Funktionärinnen an Vorkenntnissen mitbringen. Es kommt

auch in Betracht, daß unsere Funktionärinnen nicht nur Frauen und Mütter sind, sondern auch Arbeiterinnen, die also das nicht mitbringen können, was der Lehrer der Parteischule voraussetzen muß. Wir haben Funktionäre, die mit praktischen Aufgaben und der Betätigung der Organisation noch nicht ganz vertraut sind. Darauf müssen wir auch in unseren Funktionärinnenkursen Rücksicht nehmen. Wir wissen wohl, welche Schwierigkeiten die Abhaltung solcher Kurse mit sich bringen. Aber wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Sie werden einwenden, es werde an den nötigen Lehrkräften mangeln. Aber es handelt sich da um höchstens drei Vorträge für den Referenten, und ich glaube, daß wir in allen Orten, wo größere Organisationen sind, die nötigen Kräfte finden werden. Wir haben Ihnen einen gedruckten Unterrichtsplan vorgelegt und den Vortragszyklus auf zehn Vorträge beschränkt. Der Unterrichtskurs soll mit drei Vorträgen über Sozialismus beginnen. Dann soll ein Vortrag über den Arbeiterinnenschutz und die Gewerkschaften folgen, dann über die Frau und die Genossenschaften und dann Vorträge über die praktische Arbeit in Organisationen und zum Schluß ein Vortrag über verschiedene Rechtsfragen; ein solcher Vortrag darf aber nur juristisch geschulten Genossen anvertraut werden. Die Herausgabe belehrender Broschüren ist durch das Frauenreichskomitee in genügendem Maße erfolgt. Es wäre nur notwendig, daß diese Broschüren mehr gekauft und gelesen werden, und es ließe sich auch darüber sprechen, ob es nicht gut wäre, ein Handbuch darüber hinauszugeben, was in den Funktionärinnenkursen gelehrt wird, so daß die Besucherinnen das, was sie gelernt haben, leicht auffrischen können. Wir stehen erst vor dem November; wenn Sie nach Weihnachten mit diesen Kursen beginnen, können Sie bis Ende März fertig werden. Lassen Sie die Resolution nicht im Kasten liegen, sondern berichten Sie darüber, wenn Sie nach Hause kommen. Und nicht genug daran, Sie müssen sich auch im Ausschuß gründlich damit befassen, weil nur so diese Resolution Leben erhält. Seitdem unsere Organisation so gewachsen ist, ist es nicht möglich, die praktische Agitationsarbeit von einer Zentrale zu leiten. Dem sollen unsere „Mitteilungen“ abhelfen. Sie finden darin Ratschläge in Bezug auf die Bildungsarbeit, Vortragsdispositionen, Stoff für Diskussionsabende und dergleichen. Diese „Mitteilungen“ muß die Obmännin von einer Genossin des Ausschusses zur andern wandern lassen. Bei den Diskussionsabenden dürfen Sie sich durch gewisse Schwierigkeiten nicht so leicht abschrecken lassen. Insbesondere nicht, wenn vielleicht nur eine geringe Zahl von Teilnehmern und Teilnehmerinnen anwesend ist.

Nun zu den Nähkursen und dergleichen. Wir haben erst eine Minderheit von Frauen um uns gesammelt, die bereits die Notwendigkeit der sozialistischen Erziehungsarbeit einsehen. Den Millionen politisch unorganisierten Frauen in Oesterreich stehen 23.000 organisierte gegenüber. Wir haben also eine große Mehrheit von Frauen, die von der Notwendigkeit, sich politisch zu organisieren, noch nicht viel wissen, von denen aber doch viele das Bedürfnis haben, nützliche Anregungen zu empfangen. Damit rechnen die klerikalen und nationalen Frauenorganisationen, die durch solche Näh-, Stick- und Haushaltungskurse viele Frauen und Mädchen gewinnen. Diese Frauen und Mädchen gehen nicht hin, weil sie der Klerikalismus anzieht, sondern weil sie in diesen Kursen einen gewissen Kontakt mit anderen Frauen gewinnen. Wir dürfen also nicht sagen, unsere Organisationen dürfen solche Kurse nicht abhalten, wohl aber müssen wir sagen, die Abhaltung solcher Kurse darf nicht die Lebensaufgabe unserer Organisationen sein. Diese Kurse dürfen uns nur ein Notbehelf sein für die indifferenten Frauen. Wir müssen uns vor Augen halten, daß unsere Organisationen vor allem die geistige Erziehungsarbeit an den Frauen zu leisten haben. Bei der Veranstaltung von Festen ist es oft schwer, das Richtige zu treffen, namentlich bei den geringen Geldmitteln, die uns besonders in der Provinz zur Verfügung stehen. Eine gewisse Er-

leichterung schafft hier die „Bildungsarbeit“, in der Sie Programme für solche Feste finden. Vielfach beschäftigen sich unsere Organisationen mit der Veranstaltung von Kinderfesten. In Deutschland leistet die Frauenorganisation auf diesem Gebiet Hervorragendes. Ueber diese Kinderfeste finden Sie das Notwendige in einem Werkblatt des Kinderrates, das heute fertiggestellt wird. Auch die Weihnachtsfeste sind ein wunder Punkt. Es ist nicht so leicht, ein geeignetes Programm für ein Weihnachtsfest sozialdemokratischer Frauen festzusetzen. Jedenfalls empfiehlt es sich, hiebei nicht Kinder zu Vorträgen und zu Theatervorstellungen heranzuziehen. Nicht nur deshalb, weil da die Schulbehörden Schwierigkeiten machen, sondern vor allem deshalb, weil es pädagogisch wirklich bedenklich ist, daß Kinder Theater spielen. (Sehr richtig!) Wenn die Klerikalen dies machen, so haben wir keinen Grund, es ihnen nachzumachen. Wir sollen aber auch darauf dringen, daß die Feste unserer Frauenorganisationen alkoholfreie Feste sind. (Bravo!) Wenn Sie sagen, dann kommt uns niemand, so sage ich, das ist heute nicht mehr richtig, wie das Grazer Beispiel beweist. Uebrigens ist das auch eine Sache der Erziehung, einige Vorträge über die Schäden des Alkoholismus sind da sehr nützlich. Was unterscheidet uns von einem christlichsozialen oder deutschnationalen Arbeiterinnenverein? Diese sehen ihre Hauptaufgabe in der Veranstaltung von Festen. Sie sind nichts anderes als eine andere Auflage der Veteranen- und Kriegervereine. Unsere Organisationen dürfen auf diese Stufe nicht hinabsinken. Sie haben höhere Aufgaben zu erfüllen, wenn sie das Recht behalten sollen, sich proletarische Organisationen zu nennen. Sie haben vor allem die politische Erziehungsarbeit der Frauen zu leisten. Und wenn wir heute sehen, daß schon in 64 Organisationen regelmäßige Diskussionen und in 35 Organisationen eine regelrechte Kolportage stattfindet, dann dürfen wir nicht annehmen, daß unsere Forderungen unerfüllbar sind. Das Beste, was wir den Frauen geben können, das Beste, was wir Frauen für die Arbeiterklasse leisten können, das ist, die arbeitenden Frauen mit sozialistischem Wissen und sozialistischen Kenntnissen zu erfüllen. (Lebhafter Beifall.)

Die Vorsitzende **Seidl** teilt mit, daß von der internationalen Sekretärin Klara Zetkin folgendes Telegramm eingelangt ist:

> Den Beratungen der österreichischen Genossinnen, deren Arbeiten und Kämpfe so wertvoll für die sozialistische Fraueninternationale sind, sendet herzlichste Wünsche, mit dem Bedauern, verhindert zu sein, der freundlichen Einladung Folge zu leisten,
>
> Klara Zetkin, internationale Sekretärin.

Die Konferenz spricht Genossin Zetkin den herzlichsten Dank aus.

Bericht der Mandatprüfungskommission.

Für die Mandatprüfungskommission berichtet die Genossin **Koch**: Die Konferenz ist von 111 Delegierten und Gästen besucht. Davon 1 aus Deutschland, 1 Delegierter von der Parteivertretung, 1 von der Gewerkschaftskommission, 3 von der niederösterreichischen Landesparteivertretung, 1 von der tschechischzentralistischen Frauenorganisation, 1 vom Bildungsausschuß und 4 Delegierte von der ungarischen Frauenorganisation. Nach den einzelnen Kronländern geordnet, haben entsendet: Böhmen 11 Genossinnen und 2 Genossen, Niederösterreich 11 Genossinnen, Wien 33, darunter 9 von Gewerkschaftszentralen, Oberösterreich 1, Salzburg 1, Tirol 2, Vorarlberg 1, Kärnten 1, Steiermark 11, Mähren 6, Schlesien 5. Ferner ist anwesend das ganze Frauenreichskomitee, das sind 11 Genossinnen. Wir haben alle Mandate geprüft und für richtig befunden.

Debatte.

Elsa **Grailich** (Preßburg): Als Gast habe ich wohl nicht das Recht, in diese Debatte einzugreifen, aber ich bitte um Erlaubnis, dies tun zu

dürfen, weil es mich dazu drängt, Ihnen im Namen der ungarischen Vertreterinnen für die zahlreichen Anregungen aus den gehörten Referaten zu danken. Wir stehen ja erst am Anfang unserer Bewegung, wir stehen dort, wo Sie vor 20 Jahren begonnen haben, und da gereicht es uns zum Trost, zu hören, daß in Ihren Provinzorganisationen vielfach dieselben Schwierigkeiten bestehen, die sich uns jetzt gegenüberstellen. Als wir die Organisation in Preßburg gegründet haben, da war das erste, was wir taten, eine Referentinnenschule ins Leben zu rufen. Aber wir erkannten bald, daß wir nicht den richtigen Weg gingen. Wir haben eine Referentinnenschule, Diskussionen und eine Funktionärinnenschule unter einem machen wollen. Das ist nun gescheitert, weil unsere Genossinnen nicht den Mut haben, sich in einer Versammlung zum Wort zu melden und sich damit zu Rednerinnen auszubilden. Wie ist es nun zu erreichen, daß sich die Genossinnen an der Diskussion beteiligen? Fragt man, wer reden will, so ist alles still. Fragt man, ob alle alles verstanden haben, dann sagen sie ja. Das ist nun eine große Schwierigkeit. Wir haben deshalb Zwangsdiskussionen eingeführt, an denen sich jede Genossin ohne weitere Förmlichkeit beteiligen kann. Da reden nun die Frauen. Dann fragen wir plötzlich: „Wer will sich zum Wort melden?“ Nun meldet sich eine oder die andere. Nachdem wir drei Jahre arbeiten, haben wir einen Kreis, der sich an die Formalitäten gewöhnt hat. Dadurch, daß wir auf diese Seite ein Hauptgewicht gelegt haben, hat unsere kleine Organisation einen festen Stamm von Genossinnen, der schon weiß, wie die Organisationsarbeit zu betreiben ist. Ich glaube, es sollte eine Broschüre über alle diese Formalitäten erscheinen, wenn ich auch weiß, daß im österreichischen „Arbeiter-Taschenkalender“ für das Jahr 1913 eine Anleitung zur Leitung von Versammlungen erschienen ist. Eine solche Broschüre, wie ich sie mir vorstelle, braucht nicht formell und trocken, sie kann auch eine Agitationsbroschüre sein. Aufklärung, auch bei den Funktionärinnen, tut not. Ich danke der Konferenz für die zahlreichen Anregungen, die wir aus ihr mitnehmen können. Wir wollen Ihnen folgen auf dem Wege, auf dem Sie uns vorausgegangen sind, und ich glaube, in gemeinsamer Arbeit werden wir das Ziel leichter erreichen. (Beifall.)

Nachmittagssitzung.

Zu Beginn der Nachmittagssitzung wird die

Wahl des Frauenreichskomitees

vorgenommen.

Den

Bericht des Wahlkomitees

erstattet

Genossin Anna **Boschek**: Das Wahlkomitee schlägt die bisherigen Mitglieder des Reichskomitees zur Wiederwahl vor. Weiters stellt es den Antrag, bei der nächsten Frauenkonferenz die Zahl der Mitglieder des Reichskomitees zu verringern, so zwar, daß in das Komitee selbst sechs Mitglieder, in die Kontrolle aus Wien zwei und aus der Provinz ebenfalls zwei Mitglieder gewählt werden sollen. Es besteht nämlich in Wien seit vier Jahren das Frauenlandeskomitee für Niederösterreich, das dem Reichskomitee einen großen Teil der Arbeiten abgenommen hat. Es empfiehlt sich daher, die ausschließlich in Niederösterreich tätigen Genossinnen in das Landeskomitee zu wählen und die Zahl der Mitglieder des Reichskomitees zu verringern. Ferner unterbreitet die Referentin über Ersuchen der Genossinnen aus Böhmen den Antrag, es mögen die Provinzkontrollmitglieder mindestens zweimal im Jahre der Reichskomiteesitzung zugezogen werden. Die Genossinnen aus Böhmen hätten erklärt, zu den Kosten möglichst viel beisteuern zu wollen. Das Wahlkomitee unterstützt diesen Antrag.

Gabriele **Proft:** So begreiflich das Verlangen der Provinzgenossinnen ist, die der Kontrolle angehören, so ist es doch unmöglich, diesem Antrag zuzustimmen, wenn die Genossinnen bloß sagen, sie würden über die Kosten mit sich reden lassen. Es handelt sich doch nur darum, daß sie bei großen Aktionen mitreden. Welche große Aktionen haben wir? Erstens den Frauentag, darüber kann gelegentlich des Parteitages alljährlich gesprochen werden. Zweitens käme die Werbeaktion in Betracht, wenn wir sie alljährlich wiederholen wollten. Aber bedenken Sie, daß die Kosten des zweimaligen Kommens 300 Kr. betragen. Das können wir nicht leisten. Entweder müssen die Genossinnen sagen, daß sie die Hälfte der Kosten tragen, oder wenn sie das nicht erklären, dann sind wir außerstande, einem solchen Antrag zuzustimmen.

Fanni **Neumann** (Aussig): Wie in Böhmen legen großen Wert darauf, im Reichskomitee vertreten zu sein. Es geht uns nicht um die Kosten. Wir sind bereit, die Kosten der Reise und Diäten auf uns zu nehmen. Aber wir wollen bei wichtigen Sitzungen dabei sein, weil wir bei der letzten Werbeaktion die Erfahrung gemacht haben, daß uns viel Unangenehmes erspart worden wäre, wenn wir hätten bei der Beratung dabei sein können.

Marie **Jokl** (Troppau): Bei uns hat es böses Blut gemacht, daß die Kontrollmitglieder zwei Jahre hindurch den Beratungen nicht beigezogen wurden. Was den Kostenpunkt betrifft, so wollen wir gern die Hälfte der Kosten auf uns nehmen.

Genosse **Czermak:** Ich möchte Sie bitten, den Antrag der Genossin B o s ch e k anzunehmen. Wenn zum Beispiel die Genossinnen aus Steiermark nicht imstande sind, die Kosten zu bezahlen, so darf dies nicht hindern, die Kontrollmitglieder aus Böhmen zu berufen. Sie dürfen nicht vergessen, daß sich die Hälfte der organisierten Frauen in Böhmen befindet, daß daher die Berufung des Kontrollmitgliedes aus Böhmen selbst dann zweckmäßig und notwendig wäre, wenn Böhmen die Kosten nicht tragen könnte.

Adelheid **Popp:** In Böhmen ist, wenn auch nicht die Hälfte, so doch ein starkes Drittel der organisierten Frauen, und es ist gewiß notwendig, mit ihnen enger in Fühlung zu treten. Genossin P r o f t verschließt sich dem auch nicht, aber bei der Beschränktheit unserer finanziellen Mittel ist es uns wichtiger erschienen, Geld für irgendeine Agitation auszugeben, statt es dafür zu verwenden, um mit den Kontrollmitgliedern einige Stunden zu beraten. Schon die Genossin K o ch wird nicht imstande sein, über die Kostenfrage eine ähnliche Erklärung abzugeben, wie sie die Genossin J o k l gemacht hat, obwohl Steiermark doppelt soviel organisierte Frauen zählt als Schlesien.

Bei der A b st i m m u n g wird der Antrag, die Kontrollmitglieder aus der Provinz mindestens zweimal im Jahre zur Sitzung des Reichskomitees einzuladen, mit der Bestimmung angenommen, daß über die Aufbringung der Kosten von Fall zu Fall entschieden wird. Auch der Antrag, bei der nächsten Frauenkonferenz die Zahl der Reichskomiteemitglieder zu verringern, wird angenommen.

Die Wahlen ergaben folgendes Resultat:

In das Reichskomitee werden gewählt: P o p p, P r o f t, P ö l z e r, S ch l e s i n g e r, S e i d l, Josefine D e u t s ch, H u b e r, S ch u l l e r.

In die Kontrolle werden gewählt aus Wien: E i s l e r, F r e u n d l i ch und M ü n z l e r; aus der Provinz: N e u m a n n (Aussig) und K o ch (Graz).

Hierauf wird die

Debatte

fortgesetzt.

Marie **Ducia** (Lienz): Die Referate der Genossinnen S ch l e s i n g e r und F r e u n d l i ch haben mich befriedigt. Wir nehmen Richtlinien nach Hause, nach denen wir arbeiten können. Aufklärung möchte ich nur darüber haben,

wie Sie sich die Einrichtungen von Funktionärinnenkursen in Tirol vorstellen, wo die Organisationen mehrere Stunden Bahnfahrt voneinander entfernt sind. Wohl haben wir in Tirol gleich von Anfang an Beiträge von 10 H. gehabt, ja in einem Fall sogar von 50 H. Aber unsere freien politischen Organisationen sind aus den Arbeiterinnen-Bildungsvereinen entstanden und haben von ihnen die Unterstützungseinrichtungen und verschiedene andere Benefizien übernommen, an denen die Mitglieder festhalten. Viel Geld wird auch für Kinderfeste ausgegeben, so daß für die politische Erziehungsarbeit nicht viel übrigbleibt. Darum ist die Einrichtung von Funktionärinnenkursen in Tirol so außerordentlich schwer.

Marie **Bock** (Wien): Aus der „Arbeiterinnen-Zeitung" ersehen wir, daß viele Organisationen, wenn sie Schnittzeichen-, Häkel- oder Stickkurse einrichten, das so hinstellen, als hätten sie einen großen Fortschritt gemacht. In Simmering haben wir zwei solche Kurse abgehalten. Als wir sie ankündigten, hatten wir einen Zuwachs von 26 Mitgliedern. Nach dem Kurs sind alle, bis auf neun, wieder weggegangen. Als Genossin Freundlich diese Einrichtungen als Agitationsmittel bezeichnete, war ich erfreut, daß die Konferenz kein Zeichen der Zustimmung gab. Mit diesen Mitteln ist gar nichts erreicht. Auch die neun Frauen, die übriggeblieben sind, lesen kein einziges Buch, kommen nicht in eine einzige Versammlung. Wenn wir nicht Zahlenreiter sein wollen und eine Organisation nicht so leicht auffassen wollen, müssen wir sagen, daß wir mit dem vielen Geld, das diese Dinge kosten, nicht Personen hereinziehen dürfen, die keine Parteigenossinnen sind. Als proletarische Organisation haben wir nicht die Pflicht, den Hausfrauentugenden und den rückständigen Anschauungen der Frau Konzessionen zu machen. Eine Frau, die ihre Zeit versteht, hat keinen Gefallen an solchen Sachen. Wir müssen die Frauen für unseren Kampf schulen und da helfen uns nicht Schnittzeichnen- und Nähkurse, dafür brauchen wir Bildung. In der Resolution wird gesagt, daß diese Kurse nur zur Gewinnung von Mitgliedern abgehalten werden sollen. Wo ist da die Grenze? Der Schnittzeichenkurs in Simmering hat 25 Abende gedauert. In dieser Zeit haben wir 6 Mitgliederversammlungen, 4 Agitationsversammlungen und 1 Lichtbildervortrag gehabt. Das ist ja auch nicht wenig; aber trotzdem haben wir der anderen Seite, die uns nicht vorwärtsbringt, viel mehr Arbeit gewidmet. Es sind doch auch bei dem Schnittzeichenkurs Genossinnen nötig, die die Liste führen, und dadurch werden Personen entzogen, die bei den Diskussionsabenden dann fehlen. Meiner Meinung nach können solche Kurse nur in Frage kommen, wenn es schon gar nicht gelingen soll, eine Organisation ins Leben zu rufen. Aber in einer Organisation mit 700 oder auch 170 Mitgliedern Blumen- und Frisierkurse abzuhalten, ist überflüssig.

Amalie **Pölzer** (Wien): Wir müssen damit rechnen, daß es viele Frauen und Mädchen gibt, die sagen: Ich möchte etwas Praktisches lernen! Wenn wir ihnen nicht die Gelegenheit dazu geben, so gehen sie eben in ein Kloster oder in eine Kongregation, um es zu lernen. Es ist wahr, wir geben viel Geld für Unterrichte aus, wir könnten dafür viel Funktionärinnenkurse abhalten. Trotzdem müssen wir diese Dinge machen. Wenn über die Fluktuation geklagt wird, so leiden nicht nur wir darunter, sondern auch die Gewerkschaften. Wir möchten gern unser ganzes Geld für Aufklärungsarbeiten ausgeben, aber die Praxis zwingt uns, auch anderes zu machen. Es werden doch auch Tanzkurse abgehalten. Sie sind nicht nur eine Einnahmsquelle, es ist auch besser, die Leute tanzen bei uns als anderswo. Sollen wir die Arbeiter in bürgerliche Vereine schicken? Man wünscht, daß wir mehr Diskussionsabende abhalten. Aber die Frauen müssen sich erst daran gewöhnen. Wir werden ja auch durch Verbreitung von Broschüren dafür sorgen, daß die Aufklärung allgemeiner wird. Ich möchte nur, daß die Genossinnen nicht verstimmt von hier weggehen, in der Meinung, man verüble ihnen die Abhaltung von Kursen.

Marie Jokl (Troppau): An ein Vortragsschema, wie es von der Genossin Schlesinger vorgeschlagen wurde, können wir uns nicht halten. Wir müssen mühselig herausbringen, welche packende Titel wir einer Versammlung geben, damit die Frauen kommen. Erst wenn wir die Frauen beisammen haben, können wir einflechten: „Was will die Sozialdemokratie?" Wir müssen die örtlichen Verhältnisse besprechen. Am meisten Frauen kommen zu uns, wenn wir Kritik am Gemeinderat üben. Wir wissen nur zu gut, wie nötig Funktionärinnenkurse sind. Die Funktionärinnen wissen nicht, wie man eine Versammlung eröffnet, ein Protokoll schreibt, einen Kassenbericht macht. Deshalb bin ich sehr dafür, daß ein Handbuch herausgegeben werde, das den Genossinnen all das erklärt. Ueber Diskussionsabende und Kolportage haben wir das Zirkular des Frauenreichskomitees bekommen. Wir haben beschlossen, uns auf der Landeskonferenz damit zu befassen. Die Veranstaltungen für die Kinder pflegen auch wir. Wir haben Kinderausflüge, Märchenvorlesungen, Lichtbildervorträge. Es wäre uns aber sehr lieb, wenn der Bildungsausschuß solche Lichtbildervorträge wie für die Erwachsenen auch für die Kinder hinausschickte. Die Weihnachtsfeiern und Weihnachtsbescherungen sind uns sehr unangenehm. Sehr viel Geld müssen wir im ganzen Jahr weglegen, um es für diesen Zweck beisammen zu haben, und die wichtigsten Dinge können aus Mangel an Geld nicht gemacht werden. Da haben wir uns eine schöne Geschichte eingewirtschaftet.

Josefa Wolfik (Stockerau): Viele Genossinnen waren über den Artikel der Genossin Bock, der sich mit dem Schnittzeichenkurs befaßt, etwas erstaunt. Es ist gar nicht notwendig, sechs Monate einen Schnittzeichenkurs zu halten, in sechs Stunden kann man Schnittzeichnen lernen. Man soll aber nur die teilnehmen lassen, die ein Jahr Mitglieder sind und bezahlt haben. Es ist richtig, das Schneidern ist für uns nicht die Hauptsache, wir brauchen tüchtige Frauen. Ich weiß nun, daß viele nicht gern in Versammlungen kommen, da muß man eben eine Tagesordnung haben, die Frauen anzieht. Ich möchte Sie auch bitten, die „Frauenkorrespondenz" zu den Diskussionen zu verwenden. Anfangs haben bei uns die Frauen auch nicht gesprochen, aber jetzt haben wir schon eine Reihe von Frauen, die reden. Die letzte Versammlung in Stockerau war von mehr Frauen als von Männern besucht. Wir hätten den Männern schon fast den Vorsitz wegnehmen können. (Heiterkeit.)

Gabriele Proft: Was die Genossinnen als belehrende Broschüre fordern, ist etwas anderes als das Handbuch. Belehrende Broschüren über Politik, Arbeiterinnenschutz, Mutterschutz, haben wir. Solche werden verbreitet und das wird in größerem Maße dann geschehen, wenn die Kolportage organisiert ist. Daß ein Handbuch für die Funktionärinnen nötig ist, empfinden wir seit einer Reihe von Jahren. Es kommen sehr viel Anfragen an uns über die einfachsten Sachen. Da glauben wir, eigentlich müßte man das zusammenstellen und herausgeben, damit man über die Dinge nicht erst drei bis vier Seiten lange Briefe schreiben muß. So notwendig ein solches Handbuch wäre, so hat die niederösterreichische Landeskonferenz davon Abstand genommen, denn es ist nur eine Frage der Zeit, daß mit der Aenderung des Vereinsgesetzes unsere ganze Organisationsform geändert werden muß. Ich bin zweifache Funktionärin der Kinderfreunde, ihnen also nicht mißgünstig. Es sind uns nun aus der Provinz berechtigte Klagen von braven Genossinnen zugegangen. Es ist vorgekommen, daß in Orten, wo wir nicht imstande waren, unsere Frauenorganisationen zu halten, eine Kinderfreundeorganisation gesetzt worden ist, an der sich Leute beteiligen, die früher keine Lust hatten, mitzuarbeiten, und solche, die man nicht gern als Sozialdemokraten sich betätigen sieht. Man muß also die Errichtung einer Kinderfreundeorganisation unter solchen Umständen ernst erwägen.

Ein Teil von dem, was gegen die Nähkurse gesagt wurde, ist unberechtigt. Daß man, wenn man in unserer Organisation nur nähen gelernt

hat, nicht eine überzeugte Genossin ist, ist richtig. Aber warum sollen wir es nicht möglich machen, daß neben der prinzipiellen Aufklärung den Frauen gelehrt wird, mit den wenigen Mitteln, die sie haben, ihr Hab und Gut leichter in Stand halten zu können? Wenn man sagt, wir dürfen nicht Hausmütterchen erziehen, so glaube ich, auch die Genossen werden uns dankbar dafür sein, wenn die Frauen das bei uns lernen, was sie unter den traurigen Verhältnissen früher nicht lernen konnten. Es ist auch heute nicht mehr nötig, daß eine Frauenorganisation 100 Kr. für einen Schnittzeichenkurs ausgibt. Die Unterrichtsverbände veranstalten doch allerlei Kurse, an denen die Mitglieder der angeschlossenen Organisation unentgeltlich teilnehmen können. Ich bitte Sie deshalb, daß Sie trachten, in den Bezirksunterrichts- und Lokalorganisationen, wo derartige Beschlüsse gefaßt werden, eine Vertretung zu bekommen. In mehr als fünfzig Orten haben die Frauen noch keine solche und damit nicht die Möglichkeit zu verlangen, was sie brauchen.

Aus unserem Bericht ergibt sich, daß im ersten Halbjahr 1913 im Durchschnitt sechs Monatsversammlungen in jeder Organisation abgehalten wurden — in Wien zehn — aber in derselben Zeit nur zwei bis drei Vorträge in einer Organisation. Daraus geht hervor, daß in vielen Orten die Mitgliederversammlungen viel zu wenig zu Vorträgen und Diskussionen ausgenützt werden. Vielleicht wird es möglich sein, in den „Mitteilungen" des Frauenreichskomitees auch Vortragsdispositionen für den Funktionärinnenkurs zu veröffentlichen. Damit können sich gewiß auch die Genossinnen in der Provinz etwas helfen. (Lebhafter Beifall.)

Marie **Beutelmeier** (Linz): Ich glaube, daß wir bei der nächsten Konferenz ein besseres Ergebnis in der Bildungsarbeit werden haben können, weil ja jetzt erst eigentlich die Bildungsausschüsse ihre Tätigkeit werden entfalten können. Was die Kinder betrifft, so ist es an manchen Orten nicht leicht, sich mit ihnen zu befassen, weil nicht die nötigen pädagogisch geschulten Kräfte zur Verfügung stehen. Aber unstreitig hat es große Vorteile, wenn sich die Organisation um die Kinder kümmert. Es kommen ja Zeiten völliger politischer Ruhe und da ist es schon gut, wenn die Frauen in den kleinen und kleinsten Organisationen durch die Sorge um die Kinder einen Anlaß haben zusammenzukommen. Natürlich darf dabei kein Drill sein, aber eine gewisse Zucht, ein gewisses kollegiales Verhalten muß in die Kinder gebracht werden; mit der Lesehalle für die Kinder haben wir große Erfolge erzielt. Im September haben wir sie erst eröffnet und seither ist sie ständig überfüllt.

Mathilde **Eisler** (Wien): Wird irgendwo ein neuer Ausschuß gewählt, so haben viele der gewählten Genossinnen gar keine Ahnung, was sie zu tun haben. Da möchte ich den Landesvertrauenspersonen und den Referentinnen, die hinauskommen, empfehlen, sich nach der Generalversammlung mit den gewählten Genossinnen zusammenzusetzen und ihnen zu sagen, was sie zu tun haben. Ueberall, wo wir hinkommen, gibt es Feste, und fast immer wird das Schlechteste geboten, denn man schaut nur darauf, daß das Fest viel Gewinn bringt. Dasselbe gilt von den Weihnachtsbescherungen, und so ist es kein Wunder, daß es da bei unseren Weihnachtsfesten oft so zugeht wie bei den Bürgerlichen. Die verschiedenen Kurse sollen uns nichts anderes sein als eine Brücke, um die indifferenten Frauen für unsere Sache zu gewinnen.

Marie **Schuller** (Wien): In Floridsdorf haben wir eine ganze Reihe von Unterrichten, Vorträgen und Kursen. Uns sind die Kurse nur Mittel zum Zweck. Die Frau, die sich zu einem Kurs einschreiben läßt, muß mindestens drei Monate Mitglied sein, und kommt dann der nächste Unterricht und will sie ihn mitmachen, so muß sie wiederum drei Monate bezahlen. So haben wir alle unsere Mitglieder festgehalten und haben es auf einen Mitgliederstand von 1000 gebracht. Die Vorträge der Aerztinnen, die wir durch zwei Jahre abgehalten haben, haben uns ein erfreuliches Ergebnis gebracht.

Bisher hat jede von unseren sieben Sektionen für sich gearbeitet. Jede Sektion macht ihre Kurse. Im nächsten Jahr wird die Veranstaltung der Kurse von einer Stelle aus erfolgen. Diskussionsabende haben wir bisher wenige gehabt, weil wir befürchteten, zu wenig Frauen dafür zu bekommen.

Grete **Buchsbaum** (Bruck a. d. Mur): Viele Genossinnen, mit denen wir sprechen, sagen uns immer: Was haben wir von der Organisation als höchstens die „Arbeiterinnen-Zeitung"? Darum hat mich meine Organisation beauftragt, mich für die Kurse auszusprechen.

Adelheid **Popp**: Die Genossinnen dürfen das, was die Genossinnen Freundlich und Schlesinger vorschlagen, nicht als absolut undurchführbar ansehen. Die Genossinnen meinen: Ja, wie sollen wir Funktionärinnen bekommen, die sich in all diese Dinge einarbeiten? Manche Genossin werde sich schrecken, eine Funktion anzunehmen, wenn sie alles das machen soll, was in der Resolution steht. Aber wenn sie sich mit der gleichen Liebe, die sie oft für andere Dinge aufwenden, der Bildungsarbeit zuwenden, dann läßt sich sehr viel erreichen. Heute sieht man viele Frauen, die ganz verschüchtert in die Organisation gekommen sind, an der Spitze eben dieser Organisation. Das ist aber nur möglich, weil sie alle jene Probleme, von denen die Referentinnen gesprochen haben, wenigstens teilweise erfaßt haben. Wir sagen Ihnen nicht, Sie sollen sofort überall Referentinnenkurse abhalten, aber man kann es überall versuchen, dort früher, dort später, und wenn Sie an das Frauenreichskomitee herantreten und sagen, bei uns wollen wir das machen, dann wird Ihnen das Komitee in jeder Beziehung entgegenkommen. Die Organisation in Floridsdorf leistet nicht nur in den Kursen, sondern auch auf anderen Gebieten sehr viel. Floridsdorf hat einen Funktionärinnenkurs eingerichtet, wo die 40 Funktionärinnen des Bezirkes vereinigt werden, um in den Fragen des Sozialismus sich zu schulen. Die sozialistische Ausbildung der Mitglieder darf nirgends vernachlässigt werden, so daß wir sagen können, wir haben nicht nur so viele Parteimitglieder, sondern wir haben so viele Sozialdemokratinnen in unseren Reihen. (Lebhafter Beifall.)

Fanny **Neumann** (Aussig): In Böhmen haben wir bereits ein Handbuch für die Funktionärinnen ausgegeben. Es wäre gut, wenn das Reichskomitee ein solches für das ganze Reich herausgäbe. Wir haben die Nähkurse nicht veranstaltet, um Mitglieder zu gewinnen, sondern um unseren Mitgliedern etwas zu bieten. Wer sich bei uns an einem Nähkurs beteiligen will, muß mindestens ein Jahr Mitglied sein, und wer neu eintritt, muß ein Jahr warten, bevor er zum Nähkurs zugelassen wird. Unsere Versammlungen waren bei den ärztlichen Vorträgen sehr gut besucht, bei wissenschaftlichen Vorträgen dagegen viel schwächer.

Anna **Aster** (Teplitz): Es würde unserer Organisation viel mehr genützt werden, wenn die Genossinnen mit der Parteiorganisation mehr Fühlung hätten. Bei uns in Teplitz werden Rednerkurse und Parteischule abgehalten und daran nehmen auch Frauen teil. Neues Anleitendes, das für die Organisation nützlich wäre, haben wir heute sehr wenig gehört. (Rufe: So?)

Referentin **Freundlich** (Schlußwort): Die Frage des N ä h k u r s e s ist zu sehr erörtert worden. Das mag eine wichtige Frage sein, aber eine Lebensfrage ist es nicht. Ich glaubte, wir werden hören, was Sie an praktischer Bildungsarbeit geleistet haben und wie Sie sich den Ausbau denken. Ich glaube, in der Resolution haben wir in objektiver Weise zu den Nähkursen Stellung genommen. Natürlich ist es mangelhafte Pflichterfüllung, wenn 10 Vortragsabenden 25 Nähabende gegenüberstehen. Aber prinzipiell hat sich gegen die Nähkurse nur Genossin B o c k ausgesprochen. Sie hätten nicht so viele Worte gebraucht, um diese eine Rednerin zu widerlegen. Tatsächlich haben wir aber Organisationen, die beide Pflichten erfüllen. Natürlich kann man auch in Tirol jetzt noch keine Funktionärinnenkurse machen. Solche Dinge sind nur möglich, wo viele Organisationen auf

einem kleinen Kreise beisammen sind. Darum können wir der Genossin Ducia nur sagen, in Innsbruck ist so etwas möglich, sonst kaum wo in Tirol.

Was die Anleitungen betrifft, so meine ich, daß die Kreis- und Bezirksorganisationen die neuen Funktionärinnen einzuführen haben. Man kommt jedes Jahr in den Ort, man kann eine Sitzung mit den Genossen abhalten und ihnen die Dinge beibringen. Wo es nicht geht, muß man eben einen langen Brief schreiben. Solche Klarlegungen werden oft mißverstanden. Wir können das aber so machen, daß wir eine Nummer unserer „Mitteilungen" mit diesen Bestimmungen füllen.

Selbstverständlich darf die Organisation der „Kinderfreunde" unseren Organisationen keine Kräfte entziehen, und ebenso selbstverständlich haben wir auch noch andere Aufgaben als die „Kinderfreunde".

Es wurde auch gesagt, es können nicht alle Genossinnen die „Bildungsarbeit" lesen. Nun, so viel Dinge sind nicht zu besprechen, und man kommt schon dazu, die „Bildungsarbeit" zu lesen. Die Vorsitzende hat die besondere Pflicht dazu. Natürlich kann man bei der Bildungsarbeit nicht Parolen ausgeben wie in einem Kampf, man kann nur Anregungen geben und darauf verweisen, was nötig ist. Ich glaube, wir werden bei späteren Diskussionen auch über andere Fragen diskutieren wie heute. Wenn Sie die Resolution angenommen haben, glaube ich, werden Sie es für Ihre heilige Pflicht halten, nach ihr zu arbeiten und sich vor Augen zu halten, daß unsere Arbeit nur Wert haben kann, wenn wir für Aufklärung sorgen. Lesen Sie immer wieder die Resolution nach und wir werden nicht nur geschulte Funktionärinnen bekommen, sondern aus der praktischen Tätigkeit heraus werden sich immer mehr Genossinnen verpflichtet fühlen, an ihrer eigenen Bildung zu arbeiten. Ohne Mühe kein Lohn. (Bravo, bravo!)

Referentin **Schlesinger** (Schlußwort): Es ist gesagt worden, wenn man die Frage diskutiere: „Warum bin ich Sozialdemokratin?", so hat, wie Genossin Neumann meinte, keine einzige darauf eine Antwort gegeben. Die Frage wäre aber besser anders zu stellen. Ich habe einmal in einem Diskussionsabend die Frage beantworten lassen: „Wie bin ich zur Sozialdemokratie gekommen?" Da haben alle gesprochen. Man darf eben die Frage nicht so stellen, daß sie mit programmatischen Erörterungen beantwortet werden muß. Ich möchte Ihnen noch folgende Themen empfehlen: „Was sollen wir einer Frau sagen, die sich zurückgesetzt fühlt, weil ihr Mann so viele Abende durch die Organisation vom Hause ferngehalten wird?" Es kommt auch vor, daß die Männer nicht die ganze Zeit, die sie nicht zu Hause sind, gerade in der Organisation verbringen. (Heiterkeit.) Ein anderes Thema ist: „Wie versorge ich meine Kinder, wenn ich in die Arbeit gehe?" Darüber werden die Frauen, die eine Bedienung zu besorgen haben, und Heimarbeiterinnen, die ihre Arbeit abzuliefern haben, gewiß reden. Dabei können wir über die Kinderhorte sprechen, über ihre Vorzüge und Nachteile, über das Behüten der Kinder durch ältere Kinder; es sind also Fragen, zu der jede Frau etwas zu sagen hat. Für einen Diskussionsabend eignet sich auch die Frage der Kochkunst sehr, nämlich im Thema: „Wie erleichtern wir uns die häusliche Arbeit?"; ferner Fragen der Kindererziehung, so die, ob man die Kinder schlagen soll. So gibt es viele Fragen von größter Bedeutung, an denen wir in unseren Organisationen nicht vorüber gehen dürfen.

Die Resolution der Referentinnen wird einstimmig angenommen.

Es folgt der Punkt

Eventuelles.

Gisela **Laferl** (Wien): Ich möchte die Genossinnen in der Provinz bitten, ihr Augenmerk der Dienstmädchenorganisation zuzuwenden. Wir haben eine eigene Stellenvermittlung, und wenn Töchter von Genossen und Ge-

nossinnen nach Wien fahren wollen, um hier Stellen anzutreten, so sollen sie, bevor sie abreisen, uns schreiben. Wir sind bestrebt, nur ordentliche Posten zu vermitteln.

Luise **Unterkircher** (Wien): Wir sind verpflichtet, den Genossinnen des Frauenreichskomitees und dem Arbeiterheim Ottakring den besten Dank auszusprechen für die Mühe, die sie sich mit unserer Konferenz gemacht haben. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzende Amalia **Seidl**: Wir haben unsere Beratungen beendet. In Oesterreich ist die Arbeit schwerer als in anderen Ländern. Sie ist gegenwärtig noch schwerer dadurch, daß sich die wirtschaftlichen Verhältnisse verschlechtert haben. Wir wissen, daß uns im nächsten Jahr neue Arbeit erwartet. In Niederösterreich werden wir wieder Wahlkämpfe durchzufechten haben, die wir benützen müssen, unsere Ideen zu verbreiten. Das Wichtigste ist Erziehungsarbeit, und in Oesterreich ist sie noch nötiger als anderswo, weil unser Kulturniveau tiefer ist. Aber je mehr Hindernisse, desto schöner und herrlicher der Lohn. Kleinigkeiten dürfen uns von der Arbeit nicht abhalten; eine große Sache erfordert immer Opfer, und diese müssen wir bringen, um unserer Sache zum Siege zu verhelfen. Wenn wir fortschreiten, wird die Zeit kommen, daß wir sagen können: So gut, wie die Genossinnen Deutschlands, sind auch wir organisiert. Trachten wir, alles daranzusetzen, daß ein immer größerer Teil der proletarischen Frauen im Lager der Sozialdemokratie steht. Nur durch Aufklärung können wir es dahin bringen, daß das Proletariat befreit wird von den Fesseln der kapitalistischen Gesellschaft. (Lebhafter Beifall.) Die fünfte Frauenkonferenz ist geschlossen.

Alle Anwesenden erheben sich und singen das „Lied der Arbeit“.

Regiſter.

Präsenzliste des Parteitages.

Kongreßteilnehmer	aus	vertritt
Abram Simon	Innsbruck	Landesorganisation Tirol
Adametz Wenzel	Wien	Bezirksorganisation Wien XIX
Adler Friedrich	Wien	Parteisekretariat und Red. „Volk"
Adler Viktor	Wien	Parteivorstand, Reichsratsabg.
Afritsch Anton	Graz	Redaktion „Kinderfreund"
Aster Anna	Turn b. T.	Kreis- u. Bezirksorg. Teplitz-Saaz
Augsten Anton	Warnsdorf	Bezirksorganisation Warnsdorf
Austerlitz Friedrich	Wien	Redaktion „Arbeiter-Zeitung"
Bachheimer Karl	Wien	Bezirksorganisation Wien XVII
Babitsch Jakob	Wien	Bezirksorganisation Wien XXI
Baumheier Franz	Altpaulsdorf b. R.	Bezirksorganisation Reichenberg
Bauer Otto	Wien	Redaktion „Kampf"
Beck Eduard	Salzburg	Bezirksorganisation Salzburg I
Bednař Edmund	Wien	Bezirksorganisation Wien XVII
Beer Heinrich	Wien	Parteikontrolle
Beer Rudolf	Wien	Bezirksorganisation Wien XX
Berdiczower Max	Wien	Bezirksorganisation Wien II
Beutel Franz	Aussig	Kreisorganisation Aussig
Beutlmayr Marie	Linz	Bezirksorganisation Linz
Billmaier Josef	Wien	Bezirksorganisation Wien VII
Biner Leopold	Wien	Bezirksorganisation Wien IV
Blazovsky Josef	Wien	Bezirksorganisation Wien XIII
Bock Marie	Wien	Bezirksorganisation Wien XI
Breitenfelder Josef	Salzburg	Landesorganisation Salzburg und „Salzburger Wacht"
Bretschneider Ludwig	Wien	Reichsratsabgeordneter
Brod Jakob	Wien	Redaktion „Arbeiterschutz"
Broczyner Alfred	Wien	Red. „Versicherungsangestellte"
Bude Wenzel	Bodenbach	Bezirksorganisation Tetschen
Bürgermeister Eduard	Haida	Bezirksorganisation Haida
Cermak Karl	Teplitz	Landesorganisation Deutschböhmen
Chaloupka Josef	Wien	Landesorganisation Niederösterreich und Redaktion „Die Gemeinde"
Czech Ludwig	Brünn	Parteikontrolle
Da Rin Alexander	Wien	Redaktion „Der Tonarbeiter"
Dangl Anton	Wien	Bezirksorganisation Wien IV
Danneberg Robert	Wien	Bezirksorganisation Wien I und Redaktion „Bildungsarbeit"
Danzer Robert	Elbogen i. B.	Bezirksorganisation Elbogen
David Anton	Wien	Reichsratsabgeordneter
Deutsch Johanna	Wien	Bezirksorganisation Wien IX
Deutsch Josefine	Wien	Frauen-Landeskomitee Niederösterr.
Deutsch Julius	Wien	Parteisekretariat
Dimmig Martin	Klagenfurt	Parteikontrolle
Domes Franz	Wien	Reichsratsabgeordneter
Dötsch Albin	Eger	Reichsratsabgeordneter
Ducia Maria	Lienz	Bezirksorganisation Lienz
Ebert Franz	Turn	Union der Bergarbeiter

Kongreßteilnehmer	aus	vertritt
Eggenbauer Leopold	Wien	Bezirksorganisation Wien III
Eisler Mathilde	Wien	Bezirksorganisation Wien V
Eldersch Matthias	Wien	Referent
Ellenbogen Wilhelm	Wien	Parteivorstand
Emmerling Georg	Wien	„Arbeiter-Zeitung"
Ernst Siegfried	Budweis	Redaktion „Böhmerwald-Volksbote"
Forstner August	Wien	Reichsratsabgeordneter
Franek Aloisia	Itzling	Landesorganis. d. Frauen Salzburgs
Frankl Franz	Wien	Reichsverein der Buchdruckerei Hilfsarbeiter
Freundlich Emmy	Wien	Redaktion „Für unsere Hausmütter"
Fried Salomon	Lundenburg	Bezirksorganisation Lundenburg
Friedmann Arnold	Wien	Redaktion „Der Handels- und Gewerbetreibende"
Fischer Anna	Wien	Bezirksorganisation Wien II
Gaidosch Rudolf	Czernowitz	Landesorganisation Bukowina
Gehringer Ferdinand	Mödling	Bezirksorganisation Mödling
Gehorsam Hugo	Prag	Bezirksorganisation Prag
Gion Johann	Wien	Redaktion „Fachzeitung d. Schneider"
Glöckel Otto	Wien	Reichsratsabgeordneter
Gollinger Franz	Hohenberg, N.-Oe.	Bezirksorganisation Lilienfeld
Götzl Wilhelm	Neutitschein	Gauorganisation des IV. Gaues
Grassinger Johann	Wien	Bezirksorganisation Wien XV
Grigorovici Georg	Czernowitz	Reichsratsabgeordneter
Gröbner Johann	Wien	Bezirksorganisation Wien VIII
Gröger Anna	Klagenfurt	Frauen-Landesorganisation Kärnten
Gröger Florian	Klagenfurt	Landesorganisation Kärnten
Gruber Josef	Linz	Landesorganisation Oberösterreich
Grünwald Julius	Wien	Redaktion „Einigkeit", Verein der Buchbinder
Haas Wilhelm	Mährisch-Ostrau	Bezirksorganisation Mähr.-Ostrau
Hackenberg Theodor	Wien	Bezirksorganisation Gmünd
Hafner Josef	Kleinmünchen	Bezirksorganisation Lambach-Haag-Schwanenstadt
Haunsch Ferdinand	Wien	Union d. Textilarbeiter Oesterreichs
Hartl Karoline	Truman	Bezirksorganisation Ebreichsdorf
Hartmann Ludo M.	Wien	Bezirksorganisation Wien VIII
Hauschka Anton	Wördern	Bezirksorganisation Klosterneuburg
Hedorfer Florian	Wien	Bezirksorganisation Wien XI
Helmer Oskar	Wr.-Neustadt	Bezirksorganisation Ebreichsdorf
Herwegh Mathilde	Furthof	Bezirksorganisation Lilienfeld
Heydtmann Artur	Wien	Wiener Volksbuchhandlung
Hiebsch Franz	Aussig	Bezirksorganisation Aussig (Land)
Hillebrand Oswald	Karlsbad	Reichsratsabgeordneter
Hladik Hermann	Gablonz a. d. N.	Kreisorganisation Gablonz a. d. N.
Hlawnička Stephanie	Wien	Bezirksorganisation Wien IV
Hofbauer Josef	Teplitz, Böhmen	Redaktion der „Freiheit" und Kreisorganisation Teplitz
Hoffmann Friedrich	Wien	Zentralverein der Gießereiarbeiter Oesterreichs
Hübel Ernst	Wien	Redaktion „Der Textilarbeiter"
Huber Betty	Wien	Bezirksorganisation Wien III
Hueber Anton	Wien	Gewerkschaftskommission
Hummel Albert	Wien	Bezirksorganisation Wien V
Jandl Stephan	Zwittau	Bezirksorganisation Zwittau i. M.
Janeček Johann	Wien	Bezirksorganisation Wien XX
Jenschik Anton	Wien	Jugendorganisation
Jokl Hans	Troppau	Landesorganisation Schlesien
Jokl Marie	Troppau	Frauenlandesorganisation Schlesien
Kaff Anna	Wien	Bezirksorganisation Wien XIII
Kahay Marie	Brünn	Bezirksorganisation Brünn

Kongreßteilnehmer	aus	vertritt
Kapusta Franz	Aussig	Redaktion „Volksrecht"
Kiesewetter Wilhelm	Trautenau	Kreisorganisation Trautenau und „Trautenauer Echo"
Kirbl Anton	Teschen	Bezirksorganisation Teschen
Klapatsch Julie	Brünn	Frauenlandeskomitee Mähren
Klauda Adolf	Wien	Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter
Klein Max	Wien	„Oesterr. Angestellten-Zeitung"
Kneschke Elsa	Reichenberg	Kreisorganisation Reichenberg
Knottek Wilhelm	Klosterneuburg	Bezirksorganisation Klosterneuburg
Koch Marie	Graz	Landesorganisation Steiermark
Koul Anton	Wien	Bezirksorganisation Wien III
Kohn Heinrich	Brünn	Landesorganisation Mähren
Kollinger Rupert	Linz	Bezirksorganisation Linz
Köllner Alois	Mödling	Bezirksorganisation Mödling
Komenda Karl	Wien	Zentralorganisation der Hotel-, Gast- und Kaffeehausangestellten Oesterreichs
Königstetter Kathi	Wien	Zentralverein d. Heimarbeiterinnen
Kořinek Alois	Mödling	Verband der Land- und Forstarbeiter Oesterreichs
Kreibich Karl	Reichenberg	Redaktion „Vorwärts", Reichenberg
Kremser Heinrich	Teplitz	Bezirksorganisation Teplitz
Kreutzer Anton	Wien	Bezirksorganisation Wien VII
Kriegner Matthias	Neunkirchen	Bezirksorganisation Neunkirchen
Kriß Hermann	Wien	Redaktion der Maschinisten u. Heizer
Krombholz Franz	Zwickau i. B.	Bezirksorganisation Zwickau, Niemes, Haida und Leipa
Kunda Marie	Wien	Bezirksorganisation Wien XVI
Kütt Philipp	Wien	Preßkommission
Lakenbacher Ernst	Wien	Verein der Versicherungsangestellten
Lang Johann	Baden	Bezirksorganisation Baden
Langer Alexander	Wien	Bezirksorganisation Wien VI
Langhans Jakob	Wien	Verband der chemischen Arbeiter
Laser Adolf	Wien	Redaktion „Volksbote", Wien XXI
Leibfried Hermann	Dornbirn	Landesorganisation Vorarlberg
Lehnert Johann	Böhmen	Kreisorganisation Asch
Lenz Hans	Böhmzeil	Bezirksorganisation Gmünd
Leuthner Karl	Wien	Reichsratsabgeordneter
Lill Franz	Wien	Redaktion „Eisenbahner"
Lindner August	Graz	Landesorganisation Steiermark
Loidl Peter	Ebensee	Bezirksorganisation Gmunden
Lötsch Konrad	Wien	Bezirksorganisation Wien XXI
Löw Dominik	Drahowitz	Reichsratsabgeordneter
Löw Emmy	Drahowitz	Bezirksorganisation Karlsbad
Maar Josef	Wien	Verband der Maler, Anstreicher und Lackierer
Mager Hermann	Wien	Bezirksorganisation Wien XIII
Maier Anna	Sternberg	Bezirksorganisation Sternberg
Maly Stanislaus	Wien	Redaktion „Zeitrad"
Mannsbarth Alois	Wien	Verband der Friseurgehilfen Oesterr.
Matouschek Karl	Fischern bei Karlsbad	Redaktion „Der Porzellanarbeiter"
Moriz Gustav	Wien	Redaktion des Fachblattes „Der Agitator"
Mrkwička Thomas	Wien	Verband der Holzarbeiter Oesterr.
Muchitsch Vinzenz	Graz	Reichsratsabgeordneter
Mühlberger Karl	Wien	Oesterreichischer Senefelder-Bund
Müller Rudolf	Wien	Organisation der Eisenbahner
Müller Rudolf	Wien	Verband der Steinarbeiter Oesterr.
Müllner Hans	Bodenbach	Kreisorganisation Bodenbach
Münzker Marie	Wien	Bezirksorganisation Wien XX

Kongreßteilnehmer	aus	vertritt
Nejedly Anton	Wien	Verein der Schuhmacher Oesterr.
Neumann Fanni	Aussig an der Elbe	Frauenlandeskomitee Böhmen, Bezirksorganisation Aussig
Neumann Wilhelm	Aussig an der Elbe	Bezirksorganisation Leitmeritz
Neutzler August	Klagenfurt	Bezirksorganisationen St. Veit, Völkermarkt, Feldkirchen
Nießner Wilhelm	Brünn	Redaktion „Volksfreund"
Nitschmann Heinrich	Zauchtel	Bezirksorganisation Neutitschein
Nowak Johann	Wien	Bezirksorganisation Sonnberg
Obrist Josef	Wien	Bezirksorganisation Wien XVIII
Ofenböck Anton	Wiener-Neustadt	Redaktion der „Gleichheit"
Palme Franz	Fischern	Abgeordneter, Verband der Porzellanarbeiter Oesterreichs
Palme Josef	Weidlingau	Bezirksorganisation Purkersdorf
Pattermann Franz	Wien	Gewerkschaft der Tabakarbeiterinnen und -Arbeiter Oesterreichs
Pernerstorfer Engelbert	Wien	Parteivorstand, Reichsratsabg.
Pfeifer Josef	Machendorf	Kreisorganisation Reichenberg
Pichler Anton	Oderberg	Redaktion des „Oderberger Echo"
Pick Karl	Wien	Zentralverein der Kaufmännischen Angestellten Oesterreichs
Pilz Josef	Gablonz	Bezirksorganisation Gablonz
Pirkebner Josef	Wien	Landesorganisation Niederösterreich
Pochop Leopold	Wien	Verband der Buchdrucker Oesterr.
Pohl Adolf	Falkenau a. d. Eger	Kreisorganisation Karlsbad
Pohl Anton	Graz	Bezirksorganisation Wies, Steierm.
Polach Johann	Brünn	Bezirksorganisation Brünn
Polke Emil	Wien	Reichsratsabgeordneter, Bezirksorganisation St. Pölten
Pölzer Amalie	Wien	Bezirksorganisation Wien X
Pölzer Johann	Wien	Bezirksorganisation Wien X
Pongratz Josef	Graz	Reichsratsabgeordneter
Popp Adelheid	Wien	Parteivorstand
Popper Siegmund	Wien	Redaktion „Abstinent"
Preußler Robert	Salzburg	Landesorganisation Salzburg, Reichsparteikontrolle
Proft Gabriele	Wien	Frauenreichskomitee
Püchler Josef	Wiener-Neustadt	Bezirksorganisation Wr.-Neustadt
Pülsl Franz	Liesing	Bezirksorganisation Liesing
Rapoldi Martin	Innsbruck	Bezirksorganisation Innsbruck
Rasch Julius	Mährisch-Schönberg	Bezirksorg. Mährisch-Schönberg u. Redaktion „Volkswacht"
Rauscher Julie	Wiener-Neustadt	Bezirksorganisation Wr.-Neustadt
Regner Anton	Knittelfeld	Bezirksorg. Knittelfeld-Judenburg
Reifmüller Franz	Wien	Reichsratsabgeordneter
Reiter Ludwig	Krems	Bezirksorg. Krems a. d. D.
Reismann Edmund	Wien	Bezirksorganisation Wien XII
Renner Karl	Wien	Reichsratsabgeordneter
Resel Hans	Graz	Reichsratsabgeordneter
Reumann Jakob	Wien	Parteivorstand
Richter Karl	Wien	Redaktion „Der Holzarbeiter"
Richter Paul	Wien	Bezirksorganisation Wien XIV
Rieger Eduard	Wien	Reichsratsabgeordneter und Redaktion „Volkstribüne"
Ringhofer Hermine	Wien	Bezirksorganisation Wien XV
Rister Leopold	Wien	Bezirksorganisation Wien V
Rösch Eduard	Stockerau	Bezirksorganisation Stockerau
Rossak Josef	Wien	Redaktion „Oesterr. Metallarbeiter"
Roth Friedrich	Wien	Verein d. Angest. d. sozialen Vers.-Anst. u „Korrespondenzblatt"
Ruschak Michael	Mürzzuschlag	Bezirksorg. Mürzzuschlag

Kongreßteilnehmer	aus	vertritt
Ruthner Karl	Wien	Bezirksorganisation Wien XIV
Ruthner Marie	Wien	Bezirksorganisation Wien XIX
Sailer Georg	Wien	Bezirksorganisation Arnau-Hohenelbe
Schacherl Michael	Graz	Reichsratsabgeordneter
Schackl Wenzel	Albrechtsdorf	Zentralverb. d. Glasarb. Oesterr.
Schäfer Anton	Reichenberg	Parteikontrolle, Reichsratsabg.
Schafzahl Hansi	Eggenberg b. G.	Frauen-Landeskomitee Steiermark
Schamann Josef	Gablitz-Hochbuch	Bezirksorganisation Purkersdorf
Scharing Julius	Rumburg	Bezirksorganisation Rumburg
Schatzmayr Hans	Villach	Bezirksorg. Villach u. Hermagor
Scheible Josef	Odrau	Bezirksorganisation Odrau
Schiegl Wilhelm	Wien	Reichsratsabgeordneter
Schiller Josef	Aussig a. d. E.	Bezirksorganisation Aussig-Stadt
Schlager Rudolf	Leoben	Bezirksorganisation Leoben
Schlemmer Ferdinand	Neunkirchen	Bezirksorganisation Neunkirchen
Schlesinger Therese	Wien	Bezirksorganisation Wien VI
Schlimp Josef	Saaz	Bezirksorganisation Saaz
Schloßnikel Hieronymus	Sternberg	III. mährischer Agitationsgau und Redaktion „Nordm. Volkstribüne“
Schmerz Laurenz	Wien	Reichsverein der Zeitungsbeamten
Schneidmadl Heinrich	St. Pölten	Bezirksorganisation St. Pölten
Schnofl Hubert	St. Pölten	Bezirksorganisation St. Pölten
Schober Josef	Wien	Bezirksorganisation Wien IX
Schober Maria	Gloggnitz	Bezirksorganisation Neunkirchen
Scholze Gustav	Machendorf	Bezirksorganisation Kratzau
Schrammel Anton	Wien	Parteivorstand
Schröder Oskar	Wien	Bezirksorganisation Wien I
Schuller Maria	Wien	Bezirksorganisation Wien XXI
Schulz Hugo	Wien	Redaktion „Glühlichter“
Schütz Eduard	Wien	Bezirksorganisation Wien XVI
Schweichhart Josef	Bodenbach a. d. E.	„Nordböhmischer Volksbote“
Seidel Amalie	Wien	Sozialdem. Frauenreichskomitee
Seitz Karl	Wien	Parteivorstand, Reichsratsabg.
Seliger Josef	Teplitz-Schönau	Parteikontrolle, Reichsratsabg.
Seligmann Rudolf	Wien	Redaktion „Der Zeitungsbeamte“
Sever Albert	Wien	Reichsratsabgeordneter
Seyfried Josef	Wien	„Oesterr. Arbeiter-Sängerzeitung“
Sigl August	Wien	Bezirksorganisation Wien X
Simonowitsch Ferd.	Wien	Gewerkschaft der Dachdecker
Skaret Ferdinand	Wien	Parteivorstand, Reichsratsabg.
Slekowetz Gustav	Wien	Redaktion „Jugendliche Arbeiter“
Smitka Johann	Wien	Reichsratsabgeordneter
Souček Gottlob	Wien	Verband der Tonarbeiter
Sponer Marie	Reichenberg	Bezirksorganisation Reichenberg-Kratzau
Stark F. K.	Mies	Bezirksorganisation Mies
Stejskal Johann	Ebreichsdorf	Bezirksorganisation Ebreichsdorf
Stern Imanuel	Brünn	I. mähr. Agitationsgau
Stika Felix	Hirtenberg a. d. T.	Bezirksorganisation Pottenstein
Stock Josef	Linz	Landesorganisation Oberösterreich
Straas Eduard	Wien	Redaktion Fachblatt „Vorwärts“
Strunz Isidor	Wien	Bezirksorganisation Wien XII
Swarowsky Anton	Tiefenbach	Bezirksorganisation Tannwald
Taucher Franz	Eggenberg b. G.	Bezirksorganisation Graz-Umgebung
Thoma Franz	Wien	Oesterr. Metallarbeiterverband
Titz Stephan	Bielitz	Bezirksorganisation Bielitz
Tomschik Josef	Wien	Parteivorstand, Reichsratsabg.
Topf Adolf	Marburg	Bezirksorganisation Marburg
Trenka Johann	Jägerndorf	Bezirksorganisation Jägerndorf
Unterkircher Luise	Wien	Bezirksorganisation Wien XII

Kongreßteilnehmer	aus	vertritt
Vogel Max	Czernowitz	Bezirksorganisation Czernowitz
Volkert Karl	Wien	Reichsratsabgeordneter
Wagner Josef	Wien	Bezirksorganisation Wien XVI
Wagner Max	Wien	Bezirksorganisation Wien IX
Wahl Franz	Wiener-Neustadt	Bezirksorganisation Wr.-Neustadt
Weigl Karl	Wien	Transportarbeiterverband
Weiguny Anton	Linz	Reichsratsabgeordneter
Weiser Josef	Troppau	Bezirksorganisation Troppau
Weiß Anna	Wien	Bezirksorganisation Wien VIII
Wels Frida	Mödling	Bezirksorganisation Mödling
Werdnik Ferdinand	Rottenmann	Bezirksorganisation Rottenmann
Widholz Laurenz	Wien	Reichsratsabgeordneter, Kontrolle
Wilhelm Wilhelm	Wien	Zentralverein der Konsumvereine
Wimmer Leopold	Krumau	Kreisvertretung Südböhmen
Winarsky Leopold	Wien	Parteisekretär und Reichsratsabg.
Winter Fritz	Wien	Redaktion der „Gewerberichter"
Winter Max	Wien	Reichsratsabgeordneter
Witte Eugen de	Karlsbad	Redaktion des „Volkswille"
Witternigg Josef	Salzburg	Bezirksorganisation Tennengau-Hallein und Pinzgau-Saalfelden
Witzmann Johann	Wien	Bezirksorganisation Wien XV
Wolf Franz	Wien	Bezirksorganisation Wien II
Wondra Adalbert	Wien	Verband der Schneider
Worel Johann	Wien	Bezirksorganisation Wien VI
Worsch Franz	Wien	Zentralverband der Maschinisten und Heizer Oesterreichs
Wutschel Ludwig	Wien	Reichsratsabgeordneter
Zdrazil Johann	Brünn	Bezirksorganisation Brünn
Zehetbauer Franz	Wien	Bezirksorganisation Wien XI
Zemanek Hermine	Wien	Bezirksorganisation Wien XVII
Zeplichal Franz	Czernowitz	Bezirksorganisation Czernowitz
Zipper Julius	Wien	Redaktion „Bäckerzeitung"
Zorn Eduard	Freiwaldau	Bezirksorganisation Freiwaldau

Gäste.

Für das Internationale Sozialistische Bureau:
Camille Huysmans, Brüssel.

Für die Sozialdemokratie Deutschlands:
Hermann Müller, Luise Zietz, Berlin.

Für die Sozialistische Partei Portugals:
Edmondo Peluso.

Für die Ungarländische Sozialdemokratie:
Jakob Weltner, Budapest.

Für die polnische Sozialdemokratie in Oesterreich:
Dr. Hermann Diamand, Lemberg. **Sigmund Klemensiewicz.**

Für die tschechische Sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich:
Rudolf Merta, Brünn. **Eduard Burian**, Brünn.

Für die südslawische Sozialdemokratie in Oesterreich:
Etbin Kristan, Laibach.

Ergebnis der Abstimmungen.

Angenommene Anträge:

1 (Klubbericht besonderer Tagesordnungspunkt), 2 (Aktion für Sozialversicherung), 5 (Aktion für Sozialversicherung), 6 („Naturfreund" Parteiorgan), 10 (Aenderung der Reichsratswahlordnung), 11 (Sträflingsarbeit in Land- und Forstwirtschaft), 13 (Agitation unter den Land- und Forstarbeitern), 15 (Kopfblätter des „Volksfreund" Parteiorgane), 16 (Unterstützung der Jugendorganisation), 17 (Vertrauen zur Reichsratsfraktion), 19 [mit Ausnahme des letzten Absatzes] (Obstruktion als Kampfmittel), 21 (Auswärtige Politik und Militärforderungen), 22 (Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit), 23 (Stillstand der sozialpolitischen Gesetzgebung), 24 Internationaler Sozialistenkongreß), (25 Reaktion in Justizpraxis und Justizgesetzgebung), 27 (Nächster Parteitag Graz).

Durch Annahme anderer Anträge oder Zurückziehung erledigt:

8 (Kampf gegen Militärvorlagen), 9 (Kampf gegen Militärvorlagen und Staatsnotwendigkeiten), 18 (Obstruktion als Kampfmittel), 19 [letzter Absatz] (Obstruktion als Kampfmittel).

Dem Parteivorstand zugewiesen:

3 (Ausschickung der Fragebogen), 4 (Einführung von Wochenmarken), 7 (Schaffung eines Reichsbildungsausschusses), 14 (Erweiterung des Arbeiterkalenders), 20 (Kampf für Vereins- und Preßgesetz, gegen Militärvorlagen).

Dem Klub der Abgeordneten zugewiesen:

12 (Diäten der Abgeordneten).

Abgelehnte Anträge:

26 (Studienkommission für Parteipresse).

Sachregister

für die Verhandlungen des Parteitages.

Sprechregister

für die Verhandlungen des Parteitages.

Sprechregister

für die Verhandlungen der Frauenreichskonferenz.

Inhaltsverzeichnis.

Wie wird man Sozialdemokrat?

Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, die ein wirkliches Programm hat. Es zeichnet in knappen Sätzen ein Bild der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, der heutigen Zustände und der Richtung, in der sie sich weiter entwickeln. Es zeigt dem Proletariat seine große Aufgabe und stellt unsere Forderungen für die Gegenwart fest. Dieses Programm muß jeder Sozialdemokrat kennen und verstehen.

Robert Dannebergs Büchlein „**Das sozialdemokratische Parteiprogramm**" (Preis 40 H.) erläutert in gemeinverständlicher Weise den Gedankengang des ersten Teiles des Parteiprogramms, der „Prinzipienerklärung". Ueber die Gegenwartsforderungen findet man in der Broschüre „**Ziele und Wege**" von Adolf Braun (Preis 24 H.) Belehrung. Eine wirksame Ergänzung hiezu bildet das **Protokoll** der Schwurgerichtsverhandlung, die im Jahre 1893 in Reichenberg gegen Viktor Adler geführt worden ist (Preis 24 H.).

Das weitere Studium wird am besten mit dem „**Arbeiterprogramm**" Lassalles (Preis 36 H.) begonnen, das uns wichtige geschichtliche Zusammenhänge erhellt. Zur Ergänzung mag die Broschüre Max Adlers „1848" (Preis 12 H.) gelesen werden. Ueber die Zeit, in der die Elemente der kapitalistischen Wirtschaftsordnung reiften, unterrichtet der erste Abschnitt von Kautskys Buch „**Thomas More**" (Preis gebunden 3 Kr.), das uns im übrigen das Leben und das Werk des Mannes vor Augen führt, der an der Schwelle des Sozialismus steht. Nun kann schon das **Kommunistische Manifest** von Marx und Engels — abgesehen vom III. Abschnitt — gelesen werden (Preis 24 H.). Die ganze Bedeutung der Entwicklung, die zum Sozialismus führt, wird uns jetzt klar. Wie sich unser Sozialismus vom alten Utopismus unterscheidet, lehrt uns Friedrich Engels in seiner Schrift „**Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft**" (Preis 48 H.). Das Reich der sozialistischen Zukunft malt uns in leuchtenden Farben August Bebel im IV. Abschnitt seines Buches „**Die Frau und der Sozialismus**" (Preis gebunden Kr. 3·60).

Aber es gilt nicht nur die großen geschichtlichen Zusammenhänge zu erkennen, sondern sich auch im Kampf der Gegenwart zurechtzufinden, der uns die Verwirklichung des Sozialismus bringen soll. Wir leben und kämpfen im Klassenstaat. Lassalles Rede „**Ueber Verfassungswesen**" (Preis 10 H.) vermittelt uns die Erkenntnis seines Wesens, die für den politischen Kampf unerläßlich ist. Die Frage „Parlamentarismus und Arbeiterschaft" ist auf dem Parteitag 1913 eingehend behandelt worden, dessen **Protokoll** (Preis Kr. 1·20) darum gelesen werden muß. In eine wichtige Gegenwartsfrage führen uns Karl Renners zwei Schriften „**Das arbeitende Volk und die Steuern**" (Preis gebunden Kr. 1·50) ein. Die nationale Frage, die auch dem kämpfenden Proletariat schwierige Aufgaben stellt, erörtern Otto Bauers Broschüre „**Deutschtum und Sozialdemokratie**" (Preis 10 H.), Dannebergs „**Nationales Lesebuch**" (Preis 50 H.) und Karl Renners Schriften „**Der deutsche Arbeiter und der Nationalismus**" (Preis 60 H.) sowie „**Was ist die nationale Autonomie? Was ist soziale Verwaltung?**" (Preis 20 H.) Sehr wichtig ist auch das **Protokoll** des Innsbrucker Parteitages, der das Verhältnis der deutschen Sozialdemokratie zu den Bruderparteien (Referent Viktor Adler), die Teuerung (Referent Otto Bauer) und die Wehrreform (Referent Hugo Schulz) besprochen hat (Preis Kr. 1·20). Ueber diese unterrichtet auch Karl Leuthners Broschüre „**Das Wehrgesetz des Unrechts und des Privilegs**" (Preis 6 H.). Die Frauenfrage mit ihren vielen Problemen, die ein Grundübel der heutigen Wirtschaftsordnung aufzeigt, behandelt eingehend August Bebel in seinem schon erwähnten Buche „Die Frau und der Sozialismus". Ueber die Weltpolitik des Kapitals, die uns der Entscheidung im Kampf um die Macht immer näher bringt, unterrichtet die Broschüre „**Imperialismus oder Sozialismus**" (Preis 12 H.).

Auch der wirtschaftliche Kampf der Arbeiter muß eifrig studiert werden, zumal er immer schwieriger wird. Er will die Ausbeutung mildern. Ihr

Wesen führt uns O. W. Payer in der Broschüre **„Mehrarbeit und Mehrwert"** (Preis 10 H.) lebendig vor Augen. Wesen, Aufbau, Kampfmittel und Ziele der Gewerkschaften erörtert Brauns Broschüre **„Die Gewerkschaften"** (Preis 60 H.). Das Bild der Entwicklung unserer Kämpfe entrollt uns Julius Deutsch in dem Buch **„Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung"** (Preis gebunden 6 Kr.).

Wer alle empfohlenen Schriften aufmerksam gelesen hat, wird sich schon an ein eingehendes Studium der Theorie heranwagen dürfen. Ehe damit begonnen wird, soll Karl Kautskys Buch **„Das Erfurter Programm"** (Preis gebunden Kr. 2·40) gelesen werden. Es gibt uns einen zusammenfassenden Ueberblick über die sozialistischen Lehren, die wir in den oben genannten Schriften ausführlicher kennen gelernt haben. Dann möge doch die kleine Schrift von Karl Marx **„Lohnarbeit und Kapital"** (Preis 30 H.) durchgenommen werden. Nun kann die Lektüre von Karl Kautskys Buch **„Karl Marx' ökonomische Lehren"** (Preis gebunden Kr. 2·40) erfolgen, ohne dem Leser allzu große Schwierigkeiten zu bereiten.

Diese sozialistische Musterbibliothek,

die hier empfohlen wird, liefert zum Preise von 25 Kr. die

Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co.

Wien VI/1, Gumpendorferstraße 18

Wichtig für jeden Vertrauensmann!

Die Tätigkeit des Sozialdemokratischen Verbandes im Abgeordnetenhause

1. Heft. XVIII. Session. (17. Juni 1907 bis 5. Februar 1908.) Vergriffen.
2. Heft. XIX. Session. (10. März bis 11. Juni 1909.) Herausgegeben im Auftrag des Klubs der deutschen Sozialdemokraten im Abgeordnetenhaus. Wien 1909. 32 Seiten. Kr. —·50, Agitationsausgabe Kr. —·20.
3. Heft. XX. Session. (20. Oktober 1909 bis 6. Juli 1910.) Wien 1910. 64 Seiten. Vergriffen. Kr. —·50, Agitationsausgabe Kr. —·20.
4. Heft. XXI. Session. (12. Oktober 1910 bis 31. März 1911.) Wien 1911. 55 Seiten. Vergriffen. Kr. —·20.

Heft 1 bis 4 in einem Band gebunden Kr. 2·—.

XII. Legislaturperiode. 1. Heft. (17. Juli bis 20. Dezember 1911.) Wien 1912. 60 Seiten. Geheftet. Kr. —·30.

XII. Legislaturperiode. 2. Heft. (5. März bis 5. Juli 1912.) Wien 1912. 72 Seiten. Geheftet. Kr. —·30.

XII. Legislaturperiode. 3. Heft. (24. September 1912 bis 20. Juni 1913.) Wien 1913. 64 Seiten. Geheftet. Kr —·30.

Soeben ist erschienen:

Was ist die Nationale Autonomie?
Was ist die Soziale Verwaltung?

40 Seiten — **Von Karl Renner** — 20 Heller

Bestellungen erbittet die

Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co.

Wien VI/1, Gumpendorferstraße Nr. 18

„Vorwärts", Wien V.

